

Cam.

156

K

Stolzmann,

Die soziale

Kategorie

<36641588300018

<36641588300018

Bayer. Staatsbibliothek

S



Die soziale Kategorie

in der Volkswirthschaftslehre.

Von

Rudolf Stolzmann,

Kaiserlichem Geheimen Regierungsrath.

I. Grundlegender und kritischer Theil.



BERLIN 1896

Puttkammer & Mühlbrecht

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.



Inhalt.

	Seite
Einleitung. Die Nothwendigkeit der sozialen Betrachtungsweise für die Volkswirtschaftslehre	1

Erster Hauptabschnitt.

Grundlegende Betrachtungen in Anschluss an die Smith-Ricardo'sche Arbeitskostentheorie.

§ 1. Die begriffliche Scheidung der sozialen von der rein ökonomischen Kategorie. Die Hypothese des sozialen Zukunftsstaates	5
§ 2. Die Vorgänger in der sozialen Methode (Carl Marx, Rodbertus, Adolf Wagner). Die Doppelnatur der wirtschaftlichen Grundbegriffe. Terminologie der beiden Kategorien. Die Bedeutung des Werthbegriffes	9
§ 3. Die Doppelnatur des Werthes. Gebrauchswerth und Tauschwerth. Gebrauchswerthschule und Arbeitskostentheorie	17
§ 4. Die effektive Wirkungssphäre der Arbeitskosten für die Werthbestimmung. Der Adam Smith'sche Urtypus	24
§ 5. Der Begriff der Nahrungseinheit als nothwendige Ergänzung des Urtypus	30
§ 6. Die Doppelstellung von Natur, Arbeit, Kapital als Produktions- und als Vertheilungsfaktoren. Ausblick über Bedeutung und Zukunft der sozialen Methode im Gegensatz zum britischen Lehrsystem	40
§ 7. Die Adam Smith'schen Werththeorien	47
§ 8. Kritik der Ricardo'schen Arbeitskostentheorie. Die Relativität des Werthes. Die innerliche Verschiedenheit der einzelnen Arbeitsgattungen	52
§ 9. Fortsetzung. Der Kapitalgewinn in seinem Verhältniss zu den Arbeitskosten. Die Duplizität der Ricardo'schen Werthlehre	62
§ 10. J. St. Mill's Vollendung der Arbeitskostentheorie	71
§ 11. Die Arbeitskostentheorie von Rodbertus und die Werthlehre im Sozialstaate	73
§ 12. Die Arbeitskostentheorie von C. Marx	92

Zweiter Hauptabschnitt.

Kritik der den Gebrauchswerth (Nutzen) mit dem Kostenwerth kombinirenden Theorien.

	Seite
§ 13. Die Werthlehre der Physiokraten	98
§ 14. Die Lehre J. B. Say's	103
§ 15. Die Lehren Hermann's. Die Kapitalnutzung als Werthelement. Hermann's Werthlehre	107
§ 16. Schöffle's Werthlehre. Der Werth, eine aus Kosten und Nutzen zusammengesetzte Bilanzgrösse. Die Sozialkraft als Werth- substanz	129
§ 17. Knies' Lehre vom gesellschaftlich fungiblen Gebrauchswerthe	134
§ 18. Knies. Fortsetzung. Der Doppelbegriff des Kapitals. Der Zins als Entgelt der Nutzungsübertragungen	140
§ 19. Knies' Lehre von Gold und Kredit. A. Das Geld	153
§ 20. Knies. B. Der Kredit	161

Dritter Hauptabschnitt.

Die Grenznutzenlehre.

§ 21. Die Menger'sche Lehre vom subjektiven Werthe	169
§ 22. Menger's Lehre von den Gütern höherer Ordnung, insbesondere vom Kapital und der Kapitalverfügung	180
§ 23. Eine spätere Abhandlung Menger's: Zur Theorie des Kapitals	191
§ 24. Die Grenznutzenlehre in der ihr durch von Böhm-Bawerk und von Wieser gegebenen Gestalt. Das Programm der Grenz- nutzenlehre. Erster Programmsatz: Wechselseitige Beziehungen zwischen Gütern derselben Art ohne Rücksicht auf ihre Produktion	196
§ 25. Die Grenznutzenlehre. Fortsetzung. Die Werthschätzung mit Rücksicht auf die Produktion. I. Allgemeine Regeln. (Zweiter Programmsatz). II. Das Kostengesetz oder die Lehre von den produktionsverwandten Gütern. (Dritter Programmsatz) . . .	207
§ 26. Die Grenznutzenlehre. Fortsetzung. III. Der Werth zusammen- wirkender Produktionsfaktoren oder der komplementären Pro- duktivgüter oder die Lehre der natürlichen Zurechnung des produktiven Ertrages. (Vierter Programmsatz). Von Wieser's Lehre vom Kapitalzins	213
§ 27. Die Grenznutzenlehre. Fortsetzung. Fünfter Programmsatz: Die Lehre vom Verkehrs- oder objektiven Tauschwerthe (Preise) und das Verhältniss desselben zum Kostengesetz . .	226
§ 28. Die Grenznutzenlehre. Fortsetzung. Von Böhm's Kapital- zinslehre	237
§ 29. Die Kritik der Grenznutzenlehre, insbesondere des ersten Pro- grammsatzes	245
§ 30. Kritik der Grenznutzenlehre. Fortsetzung. Von Komorzynski „Der Werth in der isolirten Wirthschaft“	249
§ 31. Fortsetzung. Der Passe-partout der Grenznutzenlehre: Werth- bemessung nach dem Nutzentgang bei Fortfall des zu be- werthenden Gutes. Die Wertheinheit der Grenznutzenlehre .	257

	Seite
§ 32. Fortsetzung. Kritik des zweiten und dritten Programmsatzes (Produktivgüter und produktionsverwandte Güter -- das Kosten-gesetz)	268
§ 33. Fortsetzung. Kritik des vierten Programmsatzes (Beitrags-zurechnung)	275
§ 34. Fortsetzung. Kritik der Preislehre oder der Lehre vom objek-tiven Tauschwerthe	278

Vierter Hauptabschnitt.

Zusammenfassung der positiven Ergebnisse.

§ 35. Rechtfertigung der eingeschlagenen Methode: Anschluss an den geschichtlichen Entwicklungsgang der Volkswirtschaftslehre, besonders an die britischen Klassiker, Deduktion, Abstraktion, Hypothesen, Typen, jedoch soziale Typen an Stelle der Robinsonnaden	289
§ 36. Das soziale Grundmotiv der Arbeitskosten und die soziale Beitragszurechnung	295
§ 37. Der Kapitalzins ist nicht rein-ökonomischen, sondern historisch-sozialen Ursprungs	302
§ 38. Widerlegung der von Böhm'schen Kapitalzinstheorie	314
§ 39. Bedeutung und Wirksamkeit der sozialen Arbeitskosten in-mitten der heutigen Volkswirtschaft	327
§ 40. Die Werthgesetze, die Nahrungseinheit, der Werth der Roh-produkte und die Grundrente in einem nichtkapitalistischen Wirtschafts-nstande	334
§ 41. Auseinandersetzung mit der Ricardo'schen Grundrententheorie, zuerst bei Annahme eines nichtkapitalistischen, dann bei An-nahme eines kapitalistischen Zustandes	344
§ 42. Der Kapitalgewinn ist wie der Arbeitslohn eine soziale Ab-bindungsquote. Parallele zwischen Arbeitslohn und Kapital-gewinn. Der „eherne“ Kapitalgewinn	364
§ 43. Ersetzung der Lehre vom „letzten Kapitaltheilchen“ durch die Lehre vom „letzten Kapitalisten“. Produktionskapital und Geldkapital	379
§ 44. Die Lehre vom Unternehmergewinn	398
§ 45. Verhältniss des Kapitalzinses zum Kapitalgewinn	413
Schluss	421
Druckfehler-Verzeichniss	427

Vorrede.

Die Grundzüge zur „sozialen Kategorie“ sind das Ergebniss langjähriger Studien, deren abschliessende Zusammenstellung seiner Zeit unterbrochen wurde, als ich im Jahre 1891 den ehrenvollen Ruf ins Reichs-Versicherungsamt erhielt, um dort meine ungetheilte Kraft in den Dienst einer grossen Sache zu stellen, welche praktisch auf dasselbe Ziel geht, welches mich theoretisch schon vorher so ungemein angezogen hatte: die Bethätigung des sozialen Gedankens. Alles, was ich seitdem in der sozialpolitischen Theorie und Praxis sah und hörte, hat mich in der Ueberzeugung bestärkt, dass ich mit der von mir eingeschlagenen Methode auf dem richtigen Wege war. Ich habe deshalb meine karg bemessenen Mussestunden benutzt, um vorläufig wenigstens diesen allgemeinen und kritischen Theil zum Abschluss zu bringen, obgleich ich mir wohl bewusst bin, dass ich nur einen Torso liefere, der nach Form und Inhalt den Ursprung seiner sprungweisen Entstehung nicht verleugnen kann. Der nachsichtige Leser wird Gnade vor Recht ergehen lassen, und ich muss ganz besonders die gelehrten und berufsmässigen Vertreter des Faches bitten, von einem vielbeschäftigten Staatsbeamten, der nur stundenweise aus dem nervösen Geräusch des ewig gleich gestellten Dienstes sich zu stiller Einkerhr sammelt, nicht eine akademisch abgeschlossene Leistung auf einem Gebiete zu beanspruchen, welches bisher leider der Regel nach nur von geschulter Professorenhand kultivirt wurde.

Ich sagte: bisher und leider, ohne damit einen Vorwurf nach irgend einer Seite hin aussprechen zu wollen. Denn meine ganze Schrift giebt davon Zeugniss, dass Niemand verehrungsvoller wie ich zum deutschen Professor aufschaut, und auch den Männern der

Praxis erschliesst sich immer mehr und mehr das Verständniss für die Bedeutung der sozialtheoretischen Grundfragen. Was ich mit meinen Worten ausdrücken wollte, ist nur das mit Neid gepaarte Bedauern, dass Theorie und Praxis gerade auf diesem Gebiete nicht in so inniger Beziehung, ich möchte sagen: in Personalunion verbunden sind, als dies z. B. im medizinischen und naturwissenschaftlichen Fache der Fall ist, wo Professor und Praktiker manchmal kaum auseinanderzuhalten sind. Auch in der Jurisprudenz ist die Scheidung nicht so gross. Warum ist es in der Nationalökonomie anders? Liegt es in der Sache, liegt es in der Art der Vorbildung und in der Vertheilung der Berufsbeschäftigungen oder in der Zerstretheit der Anwendungsgebiete? Der Leser mag selbst entscheiden. Mag es sein, wie es wolle. Ich für meinen Theil wäre glücklich, wenn gerade die hier gewählte Methode, d. h. die Methode der sozialen Betrachtungsweise, welche, unter strengem Ausschluss jeder Parteitendenz und jeder politischen Stellungnahme, doch mitten in die weltbewegenden praktischen Fragen des nach Gestaltung ringenden Wirtschaftslebens hineingreift, ihren bescheidenen Beitrag dazu liefern möchte, grane Theorie und frisch fröhliche Praxis mit festerem Bande aneinander zu schliessen, zu ihrem gegenseitigen Nutz und Frommen und zur Förderung der sozialen Wohlfahrt und des sozialen Friedens.

Berlin, den 1. Mai 1896.

Der Verfasser.

Einleitung.

Die Nothwendigkeit der sozialen Betrachtungsweise für die Volkswirtschaftslehre.

Zwei Kategorien beherrschen den Organismus, der sich, im Gegensatz zur engen Oekonomie des einzelnen Hanshalts, die Volkswirtschaft, ja in höherem Fluge die Weltwirtschaft nennt. Denn was will der stolze Name dieses Organismus und der Lehre, die ihn erklären will, nämlich der Volkswirtschaftslehre, sagen? Doch nichts Anderes, als dass diese Volkswirtschaftslehre, die Nationalökonomie oder mit besserer moderner Bezeichnung: die Sozialökonomie, es unternimmt, dem aus zwei Elementarbegriffen kombinierten Doppelnamen auch wirklich gerecht zu werden. Sie unternimmt es, nicht nur die Technik und das Wesen der neben einander bestehenden Einzelwirtschaften, als eines losen Aggregates selbstständiger, eigenen Gesetzen gehorchender Sonderorganismen, in ihren rein „ökonomischen“ Elementen zu untersuchen, sondern auch gerade die „sozialen“ Beziehungen und Gesetze anzudecken, welche die Individualwirtschaften aus der höheren Einheit des sozialen Gesamtkörpers entlehnen, in welche sie hineingeboren werden und hineinwachsen, denen sie, ob sie es wollen oder nicht, gehorchen müssen, und durch welche sie in ihrem eigenen natürlichen Wesen modifizirt und eigenartig umgewandelt werden.

Ist die Volkswirtschaftslehre dieser ihrer hohen Aufgabe denn nun thatsächlich gewachsen gewesen, ist es ihr wahrhaft gelungen, die soziale Kategorie als Element in ihr Fleisch und Blut aufzunehmen und in sich zu verarbeiten? Hat sie es überhaupt nur ernstlich versucht, das zu ergründen, was auf dem benachbarten wissenschaftlichen Gebiet der Staatslehre vor Jahrtausenden die

grossen Geister des Alterthums so schön begriffen und zum erhabenen antiken Staatsideal ausgefüllt und ausgedacht haben: wonach der Mensch von Natur nicht nur ein Geschöpf wie die anderen Lebenswesen, sondern im höheren Sinne des Wortes ein politisches Geschöpf, ein gesellschaftliches Wesen ist, das ein gut Theil seines eigenen Ichs abgiebt an das höhere Gebilde der Gesellschaft, um von ihm mehr und Höheres zurück zu empfangen, als es hingegeben hat?

Nein, müssen wir antworten, die Volkswirtschaftslehre, soweit sie rein dogmatischer Natur ist und die Frage beantworten will: Was ist? hat die soziale Kategorie als selbstständiges und allgemeines, der rein ökonomischen Kategorie koordinirtes Prinzip bisher kaum erkannt und aufgestellt, geschweige denn in klarer und bewusster Methode durch die einzelnen Materien der Volkswirtschaftswissenschaft hindurchgeführt. Die soziale Kategorie ist vielmehr bis jetzt im Wesentlichen nur erst von der Volkswirtschaftspolitik d. h. von der Lehre, die da untersucht, was werden soll, und also die Idee, im philosophischen Sinne des Wortes, zum Gegenstande hat, auf den Schild erhoben worden. Hier hat allerdings in den letzten Jahrzehnten eine wunderbare plötzliche Wendung stattgefunden. Sozialisten aller Parteien, konservative Sozialisten, Sozialdemokraten, Staatssozialisten, kirchliche Sozialisten, Kathedersozialisten haben den Kampf gegen den Individualismus auf dem wirtschaftlichen Gebiete mit einer Schärfe und Hast begonnen, als wollten sie Alles das über Nacht nachholen, was auf der benachbarten politischen Arena schon Jahrhunderte lang ausgekämpft worden ist. — Das für eine einzelne politische Partei in Beschlag genommene Wort „Sozialist“ in seiner wahren und edlen Bedeutung sollte heute eigentlich ein Ehrenname geworden sein, nachdem Männer, wie Rodbertus, Schäffle und Adolf Wagner der zunächst staunenden und stutzenden Welt vor Augen geführt, dass Staat und Volkswirtschaft das Beste ihres Wesens und Wirkens ihrem kommunistischen Charakter verdanken, dass sie thatsächlich längst im Sozialismus tief drinnen stecken. *) wenn dieser Sozialismus auch, wie Lassalle spottet, theilweise recht „anarchisch“ ist. Muss es nicht hente geradezu lächerlich erscheinen, sich vor dem blossen Worte „Sozialismus“ wie Kinder vor dem schwarzen Mann zu

*) Vergl. Rodbertus „Das Kapital“, Vierter sozialer Brief, herausgegeben von Kozak, Berlin 1884, in dem klassischen Abschnitte S. 73 ff.: „Ableitung der Staatswirtschaft aus der Arbeitstheilung“.

fürchten? Hat nicht der Staat selbst unter der thatkräftigen, frisch-wagenden Aegide hochherziger Regenten und getragen von der Begeistung der Edelsten aller Parteisichtungen, praktischen Sozialismus getrieben, das grosse Reformwerk der sozialpolitischen Gesetzgebung begonnen und es unverdrossen und unentwegt durch Lob und Tadel weitergeführt?

Wie weit ist doch die eigentliche dogmatische Volkswirtschaftslehre hier im Hintertreffen geblieben, wie wenig ist sie dem sozialen Zuge der Zeit gefolgt, wie unpopulär ist sie geblieben, und wie ist sie manchmal und bis heute von gewissen Richtungen neuerer Schulmethoden so geradezu verächtlich behandelt und bei Seite geschoben worden! Und dies nicht ohne Grund. Denn was soll man mit einer Wissenschaft anfangen, deren zum Theil veraltete und verknöcherte Theorien der Erfahrung und der Anwendung im praktischen Leben Hohn sprechen, und in welcher gerade die grundlegenden Begriffe, wie Werth, Kapital, Kapitalzins, Grundrente, in ihrem Wesen völlig bestritten und verworren geliebt sind? Und doch wie nothwendig ist die Erkenntniss dieser Begriffe, wie wenig ist eine gewisse Sorte stolzer „exakter“ Herrn und „Praktiker“ berechtigt, über sie zur Tagesordnung zu schreiten. Sie sind es nur zu oft, die ewig mit jenen Begriffen operiren und herumwerfen, aber der eine in dem, der andere in einem ganz anderen Sinne, so dass sie sich häufig gegenseitig nicht verstehen. Es ist richtig, dass das praktische Wollen und Handeln schliesslich die Weltgeschichte macht. Das Verständniss der Dinge muss doch aber dem vernünftigen Wollen vorausgehen. Selbst ein Genie, ein gottbegnadetes, darf sich nicht erlauben, zu wollen und zu handeln, ohne vorher gedacht und begriffen zu haben.

Gerade jetzt, wo nach theilweiser Durchführung der Sozialreform und nach Aufhebung des Sozialistengesetzes die nervöse Unruhe und der himmelstürmende Ungestüm einer gewissen inneren Einkehr und Sammlung gewichen zu sein scheint, wo eine gewisse Waffenruhe eingetreten ist, in der man auf beiden Seiten Musterung hält, ist vielleicht ein besonders günstiger Zeitpunkt eingetreten, wo auch auf theoretischem Gebiete jene ernstere nachholende Arbeit in ihrem Theile dazu helfen möge, den Boden zu ebnen, auf dem nachher weitergekämpft werden soll, die noch einmal das untersucht, was ist, um desto klarer zu erkennen, was werden soll. Nicht phantastisch philanthropische Belletristik und sensationelle Broschüren, die in Ausmalung immer neuer Utopien spekuliren, wie

es bei uns im Jahre 2000 aussehen wird, können hier ferner helfen. Nein, es möge uns vor allen Dingen erst klar werden: wie schaut es jetzt aus und weshalb ist es so? Selbsterkenntniss ist die Vorbedingung der Besserung, soziales Wissen die Vorbedingung des sozialen Wollens und Könnens. „Jedenfalls . . . müsste es grade in tief bewegter Zeit, wo der gute Bürger oft verpflichtet ist, Partei zu nehmen, allen redlichen Parteimännern erwünscht sein, im Gewoge der Tagesmeinungen wenigstens Eine feste Insel wissenschaftlicher Wahrheit zu besitzen, die ebenso allgemein anerkannt wäre, wie die Aerzte der verschiedenartigsten Richtungen die Lehren der mathematischen Physik gleichmässig anerkennen“ (Roscher).

Ich will nun den schüchternen Versuch wagen, einige kleine Bausteine zu dieser Rettungsinsel beizuschaffen oder vielmehr auf sie nur anregend hinzudeuten; denn was ich beibringen werde, ist keine Erfindung aus meinem Haupte, es ist etwas Altes, Allbekanntes und, wie mir wenigstens scheint, im Grunde so ungeheuer Einfaches und Selbstverständliches, dass einem der Gedanke kommen muss: Wie hat man denn nur dies Material so gar wenig ausgebeutet? Wenn ich also im Folgenden vorschlage, die soziale Kategorie in einigermassen neuer Methode auch auf dem Boden der rein dogmatischen Volkswirtschaftslehre mehr wie bisher hervorzuheben und durch die einzelnen Materien systematisch und prinzipiell zu verfolgen, so meine ich blos dem gegebenen sozialen Zuge der Zeit zu gehorchen, die sich eben bemüht, mit ihrem geistigen Auge in die soziale Zukunft zu schauen. Dies Auge ist nun gewissermassen die Volkswirtschaftslehre; also muss sie vor allen Dingen selbst sozial sein; denn, sagt der Dichter: „wär nicht das Auge sonnenhaft, die Sonne könnt' es nie erblicken“!

Erster Hauptabschnitt.

Grundlegende Betrachtungen in Anschluss an die Smith-Ricardo'sche Arbeitskostentheorie.

§ 1.

Die begriffliche Scheidung der sozialen von der rein ökonomischen Kategorie. Die Hypothese des sozialen Zukunftstaates.

Die erste mit Bewusstsein vorgenommene begriffliche Auseinandersetzung der sozialen aus der rein ökonomischen Kategorie ist von den sozialistischen oder doch den Sozialismus behandelnden Schriftstellern ins Werk gesetzt worden, indem sie theils in ideologischer und deduktiver Weise, rein theoretisch hypothetisch, theils mit praktischer und politischer Tendenz, den „reinen Sozialstaat“ als „Zukunftsstaat“ ins Auge fassten.

Die Untersuchungen darüber, wie dieser Staat prinzipiell aussehen müsse, haben sie, im Gegensatz zu den seit Jahrhunderten von Theologen und Moralphilosophen formulirten „Utopien“, nunmehr von einem mehr oder minder streng national-ökonomischen Standpunkte aus durchgeführt. In der Weise besonders, dass sie, nach vorausgesetzter Beseitigung des Grund- und Kapitaleigenthums, sowohl die Theilung der Arbeit als die Vertheilung des Erarbeiteten durch einen höheren Staatswillen und durch eine Zentralgewalt nach einem einheitlichen grossen Plane sich als „organisirt“ und geleitet vorstellten und so die soziale Kategorie gewissermassen als einziges und ausschliessliches Prinzip zum grundsätzlichen Ausgangspunkte erhoben.

Diese Untersuchungen über das Problem des rein sozialen Staates haben methodisch ungemein angeregt und das national-ökonomische Denken aus dem bisherigen Schlendrian zu jugend-

frischer und begeisterter Forschung aufgerüttelt. Wer diese sozialstaatliche Hypothese nicht geistig selbst durchgearbeitet oder wer nicht wenigstens die von Rodbertus zuerst ausgeführten diesbezüglichen Untersuchungen in dessen „sozialen Briefen“, besonders in dem 4., „Das Kapital“ betitelten Briefe, oder den III. Band von Schäffle's „Bau und Leben des Sozialen Körpers“, 12. Hauptabschnitt, oder doch mindestens seine „Quintessenz des Sozialismus“ mit ganzer Hingebung gelesen hat, der ist meines Bedünkens unfähig, über die soziale Frage überhaupt mitzureden; denn wie kann man sich mit dem Sozialismus innerlich und äusserlich abfinden wollen, wenn man ihn nur aus seinem Zerrbild kennt, wie es in der Tagespresse vorgeführt wird und wenn man die prinzipielle, rein logisch und begrifflich entwickelte „Quintessenz“ desselben nicht ausgedacht hat.

Auch mich hat die „Idee“ des sozialen Staates, schon vor langen Jahren, so mächtig ergriffen, dass ich vielfach den Plan in mir erwog, den sozialen Staat in seinen Prinzipien neben dem modernen individualwirtschaftlichen Staate vergleichsweise in seinen einzelnen Funktionen und Materien synoptisch zu betrachten, und gleichsam vom modernen Staate aus im Geiste eine Linie in jenen „Zukunftsstaat“ zu ziehen, um aus dieser Untersuchung zu sehen, wie sich die moderne Volkswirtschaft in schrittweiser Reform und geschichtlichen Uebergangsetappen in den rein sozialen Staat umwandeln könne.

Auch der umgekehrte Weg lag für diese Untersuchung nahe, nämlich zu prüfen, wie man hypothetisch von der fingierten Existenz des bis in das extremste Prinzip ausgedachten reinen Sozialstaates ausgehend, die gar zu extremen und deshalb schon auf den ersten Blick überflüssigen und wahnwitzigen Uebertreibungen und Spitzen des Prinzips Glied für Glied in der Richtung nach dem Standpunkte des Individualismus sukzessive abtragen könne. Soweit dieser Individualismus in seiner historischen Ansgestaltung unschädlich oder sogar nützlich ist und praktisch unentbehrlich erscheint, müsste er respektiert werden. Es wäre so der „gute Kern“ des einen und des anderen Prinzips zu konserviren, die Gegensätze harmonisch zu vereinigen und die nothwendigen genetischen Entwicklungen gleichsam aus den jeweiligen zweckmässigen mittleren Punkten der verbindenden Linie abzulesen. Aber ich habe diesen „ideologischen“ Standpunkt bald verlassen, und ich spreche von diesen „Wandlungen“ nur deshalb, weil sie, glaube ich, typisch für den Zeitgeist sind und mancher Leser bei sich fühlen

wird, dass auch er sich schon einmal in gleiche „Ideen“ versenkt habe. Ich persönlich wandte mich von diesen Untersuchungen deshalb ab, weil sie gar zu leicht zu einer verwerflichen *petitio principii* führen, ganz besonders aber, weil ich bei näherer Betrachtung merkte, dass jene spekulativen Vergleichen nach dem jetzigen Stande der dogmatischen Wissenschaft noch unmöglich sind, und zwar keineswegs bloß deshalb, weil etwa nur der eine Pol der Betrachtung, der „Zukunftsstaat“, in seiner wissenschaftlich ausgedachten Hypothese zu nebelhaft ist, nein merkwürdiger Weise besonders auch deshalb, weil der jetzige Volkswirtschaftskörper, obgleich er doch anscheinend so klar vor unsern Augen daliegt und arbeitet, in der Wissenschaft nach seinen grundlegenden und grundbewegenden Prinzipien noch gar zu unklar und bestritten geblieben ist. Wie soll man an die rationelle Heilung jenes Körpers gehen können, wenn er selbst noch nicht einmal anatomisch und physiologisch begriffen ist.

Ich merkte zu meinem Erstaunen, dass von den beiden zu jener vergleichenden Untersuchung erforderlichen „festen Punkten“ nicht einmal dieser erste fest sei, und also die ökonomische Welt von ihm aus nicht bewegt werden könne. Während ich mich der Untersuchung dieser Welt ganz hingab, bemerkte ich endlich zu meiner Freude, dass es der theoretischen Utopien gar nicht bedarf, dass es vielmehr nur gilt, den vorhandenen, überreichlich vorhandenen Sozialismus in seiner eigenartigen Wirksamkeit zu erkennen und seiner historischen naturgemässen Weiterentwicklung nachzugehen.

Gleiches lässt sich nur mit Gleichem in Parallele ziehen. der Unterschied zwischen dem Sozialismus der denkbaren Wirtschaftstadien und mithin „Reformlinien“ der angedenteten Art, lassen sich nur erkennen, wenn man die Stadien typisch gewissermassen zuvor auf gleichen Nenner gebracht hat. Dieser Nenner bildet sich nun aber aus einem zwiefachen Element: Einmal ist jeder wirtschaftliche Organismus an gewisse ewig gleichbleibende Bedingungen gebunden, denen weder die isolirte Wirtschaft, noch die antike Gesellschaftsform, noch die moderne, noch der reine Sozialstaat und sämtliche denkbaren Zwischenstufen entrinnen konnten und entrinnen werden, weil jene Bedingungen eben auf unabänderlichen Naturgesetzen beruhen. Diese Bedingungen bestehen darin, dass zur gegebenen Zeit aus dem gegebenen Urmaterial der Mutter Erde, nach dem jeweiligen Stande der menschlichen Kultur und der tech-

nischen Wissenschaft mit den gegebenen Arbeitskräften nur bestimmte Quantitäten und Qualitäten von Gütern zu erzeugen sind, die ihrer Natur und der bedürftigen Natur der Menschenkinder entsprechend, bestimmte Bedürfnissbefriedigungszwecke erfüllen — dieses sind die rein ökonomischen Bedingungen. — Auf der anderen Seite wird jedes arbeitstheilig gegliederte wirthschaftliche Kollektivgebilde, im Gegensatz zur isolirten Wirthschaft, wo nur die rein ökonomische Kategorie zur Herrschaft gelangt, in ihrer Gesetzmässigkeit von solchen Elementen berührt und beeinflusst, die aus der gesellschaftlichen Natur des Menschen, aus den jeweilig wechselnden historischen Gesetzen des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, sowie aus den konstituirten Macht- und Rechtsverhältnissen herfliessen, welche die Menschen als willensfreie Wesen sich im Grunde selbst gesetzt haben, die also weil und soweit sie Menschenwerk sind, auch von den Menschen geändert werden können — diese Elemente sind also im Gegensatz zu den erst-erwähnten konstanten Elementen variabler Natur, sie vor allen Dingen sind es, bei denen das soziale Studium und die soziale Reform einsetzen kann.

Die Vernachlässigung der ersteren, der rein ökonomischen Kategorie, gebiert die Utopien aller Art und jene Sorte von blindem Sozialismus, der nicht erkennen will, dass der arme Erdenwurm Mensch von der Materie abhängt und nicht in Luftschlössern wohnen kann, dass vielmehr dem Vertheilen ein Produziren vorangehen muss.

Die Vernachlässigung der zweiten Kategorie verführt den individualistischen Oekonomen, den Fortschritt nur von erfinderischer Produktionsmehrung, vom „Sparen“, von übermässiger Anspannung der Arbeitskräfte, von unermüdlicher Häufung der Waarenballen zu erhoffen, er bedenkt nicht, dass der Mensch nur arbeitet, um zu leben, dass nur bei gesunder Organisation der Vertheilung das Richtige nach Art und Menge produziert werden und das Produzirte seinen Zweck erfüllen kann, ohne auf der einen Seite Hypertrophie, Ueberproduktion und Krisen, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend hervorzurufen.

§ 2.

Die Vorgänger in der sozialen Methode. Die Doppelnatur der wirtschaftlichen Grundbegriffe. Terminologie der beiden Kategorien. Die Bedeutung des Werthbegriffes.

Was bisher auf diesem Felde geleistet worden, ist m. E. fast durchgehends zu einseitig ausgefallen. Zwar gebührt, wie oben anerkannt, den Sozialisten der Ruhm, auf die soziale, oder wie man häufig sagt, „historische“ Kategorie, zuerst systematisch und energisch hingewiesen zu haben. Selbst die Gegner werden Carl Marx dies Verdienst nicht absprechen können, und auch Rodbertus hat gleichzeitig und selbstständig neben ihm (der Hader darüber, wer der erste gewesen, ist wohl unerheblich) jene Kategorie in vielleicht noch fasslicherer systematischerer Weise, besonders in der Lehre vom Werthe und dem Kapitale, aus der rein ökonomischen Kategorie wissenschaftlich ausgeschieden. Doch hoffe ich in den folgenden Untersuchungen zu zeigen, wie Marx sowohl wie Rodbertus extrem über das Ziel geschossen sind, indem sie das Kind mit dem Bade ausschütteten: Beide haben die andere Kategorie über Gebühr vernachlässigt, der Erstere hat die bestehende Volkswirtschaft übertreibend und einseitig in den verzerrten „historischen Charaktermasken der kapitalistischen Produktionsweise“ vorgeführt, und Rodbertus hat, obgleich er vielfach richtig gesondert, durch blinde Akzeptirung der Ricardo'schen Werththeorie, die, wie wir sehen werden, beide Kategorien in bunter Mischung unterscheidungslos zusammenwürfelt, Maass und Boden unter den Füßen verloren.

Erst Adolf Wagner hat in Anlehnung an Rodbertus das bestimmte Postulat einer methodischen Scheidung der beiden Kategorien an die Spitze seiner „Grundlegung“ gestellt, und sie in seiner „sozialrechtlichen“ Theorie, wie er sie nennt, für die Lehre vom Werth, Vermögen und Kapital auf das Geistreichste fruktifiziert. Aber wenn er auch das richtige Prinzip aufgestellt und den „Grund gelegt“, so hat er doch der dogmatischen Wissenschaft sicherlich noch viel für den Ausbau zu thun übrig gelassen. Es tritt bei Wagner zumeist die Frage: Wie soll es sein? in den Vordergrund, und über der Erwägung der historisch-rechtlichen und sozialpolitischen Momente wird von ihm die methodische Untersuchung über die einzelnen Grundbegriffe der Wissenschaft und zwar insbesondere nach der rein ökonomischen Seite, einigermassen

vernachlässigt, es fehlt ja auch noch in seinem Werke die wichtige Preislehre und die Grundrentenlehre. Doch ich will mit ihm nicht darüber rechten, ob es überhaupt richtig ist, wenn er Seite 136 der „Grundlegung“*) sogar zur grundsätzlichen Verwerfung der Trennung der „Volkswirtschaftslehre“ und der „Volkswirtschaftspolitik“ gelangt und für die Volkswirtschaftslehre nicht nur die Darstellung der Entwicklungen (Anatomie und Physiologie der Volkswirtschaft, Roscher), sondern auch zugleich die „Postulirung bestimmter Entwicklungen“ und die Untersuchung der Frage: Was soll sein? vindiziert. Es wird schliesslich auch hier sein eigenes treffliches Wort gelten müssen, was er, gegen eine gewisse Intoleranz der sog. „exakten“ historisch-statistischen Schule sich auflehnd, vertheidigend ausspricht: „Nach Lage, Neigung, subjektiver Werthlegung und nach äusseren Umständen wird der Eine sich mehr dieser, der Andere jener Richtung hingeben. Mit vollem Rechte und im Interesse des allseitigen wissenschaftlichen Fortschritts.“

Meine Neigung und oben schon berührte Umstände haben mich bewogen, mit der Untersuchung der Frage: Was ist? ausschliesslich zu beginnen. Ich glaube so besser für die Roscher'sche „Rettungsinsel“ zu arbeiten, auf der sich alle Parteien zunächst einträchtig die Hand reichen sollten, und meine, dass so von Hause aus der Verdacht abgeschnitten wird, als solle eine Parteitendenz in die wissenschaftliche Theorie hineingetragen werden. Ganz allerdings wird der Mensch, und sei er noch so abstrakt und dogmatisch veranlagt, die Tendenz nicht ausziehen können. Verstand, Gemüth — und Wille wohnen eng nebeneinander in Einer Seele. Besonders soweit die „variable“ soziale (historische) Kategorie mitspielt, läuft die Volkswirtschaftslehre ja begrifflich schon auf eine gewisse „Teleologie“ hinaus, und nur bezüglich der rein ökonomischen Kategorie tritt das Prinzip der „Kausalität“ zum grössten Theile an die Stelle. Die Volkswirtschaft ist eben in einem ewigen Flusse begriffen, und es ist beinahe unmöglich, dem Geiste am Rande der Gegenwart halt zu gebieten. Carl Marx liefert hier ein lehrreiches Exempel; wohl Dutzend mal betont er, nur die „bestehende“ Volkswirtschaft schildern zu wollen, was mit der „Ethik“ Nichts zu schaffen habe. Ich fordere aber den Leser auf, der von Marx nur

*) Zweite Auflage vom Jahre 1879; die dritte, „wesentlich um-, theilweise ganz neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage“ vom Jahre 1892 konnte ich leider nicht mehr berücksichtigen.

etwas gelesen hat, selbst zu beurtheilen, ob dieser Schriftsteller nicht auf jeder Seite „moralisirt“ und, wenigstens unbewusst, Tendenz treibt, er. der Rodbertus den „Tendenzökonom“ nennt.

Es ist um so befremdlicher, dass die Wissenschaft die beiden Kategorien so wenig auseinandergehalten hat, als sie doch in der Praxis des Lebens in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit auch der oberflächlichsten Betrachtung auf Schritt und Tritt entgegen treten. Beinahe jeder nationalökonomische Begriff zeigt uns sein widerspruchsvolles Doppelgesicht und zwingt uns zu einer doppel-seitigen Betrachtung. Im Lichte dieser verschiedenen Betrachtung wollen wir nur einmal die vier Hauptobjekte der Wissenschaft beschauen. Ich meine zuerst die fertigen Konsumtionsmittel, um deren schliessliche Herstellung sich alle Wirthschaft dreht, und dann die drei sog. Produktionsfaktoren, durch welche und aus denen alle Güter in letzter Linie hergestellt werden, nämlich 1. Grund und Boden (kurz die „Natur“), 2. die menschliche Arbeit und 3. das Kapital. Ein Stück Brod also, ein Grundstück, eine Tagesarbeit, eine Maschine haben auf der einen Seite eine ganz bestimmte rein ökonomische natürliche Bedeutung, indem das Stück Brod eine bestimmbar naturale Funktion auf die Lebenserhaltung des Menschen ausübt, und das Grundstück einen ebenso bestimmten technischen Produktionseffekt erzeugt wie die Maschine und wie die Arbeitskraft, die der landwirthschaftliche oder der Fabriksarbeiter für einen gewissen Zeitraum seinem Arbeitgeber zur Verfügung stellt. Die Funktion der vier Objekte in diesem rein ökonomischen Sinne geht nun ausschliesslich dahin, möglichst viele und grosse konkrete Nützlichkeiten für die materielle Versorgung der Menschheit zu schaffen; Konsumtion und Produktion schlechthin ist ihr ausschliessliches Ziel. Wie das fertige Produkt unter die Produzenten und Konsumenten vertheilt wird, ist hier gleichgültig, auf Produktion zum Zwecke der naturalen Konsumtion, und so gewissermaassen auf das Wohl der Nation, auf ihre Versorgung in allgemein volkswirthschaftlichem Sinne und abgesehen von den historisch wechselnden Rechts- und Vertheilungsformen, kommt es hier an. und man hat deshalb diese rein ökonomische Kategorie wohl auch die „allgemein-volkswirthschaftliche“ oder nationalwirthschaftliche gemeint, man spricht in Anlehnung an eine von Rodbertus zuerst angewandte

Ausdrucksweise besonders von „Nationalkapital“, welches als rein-ökonomisches Kapital, als Kapital „an sich“ oder als „Naturalkapital“ dem privatwirtschaftlichen Kapitale (Privatkapitale) gegenüber gestellt wird. Ob diese letztere Terminologie zutreffend und empfehlenswerth, darüber werde ich gleich nachher handeln.

Wie anders erscheinen doch jene vier Objekte unserer Betrachtung von der anderen Seite her! Was fragt der Bäcker als Verkäufer der „Waare“ Brod danach, welche Bedeutung sein Produkt für die Lebenshaltung der Anderen hat, was fragt dieser bis auf die letzten Tage darob so viel gescholtene Mann danach, wie gross das Brod ist, er, der Aermste schiebt ja nicht, er wird geschoben und zwar vom ganzen Volkswirtschaftsorganismus, von den anderen „Vertheilern“, vom Hauswirth, von der Konkurrenz u. s. w. Er kann nur fragen, wieviel Geld und damit andere Güter er mit dem Broderlös einzutauschen im Stande ist. Waare ist sein Brod für ihn und nichts als Waare. Ebenso gleichgültig ist dem mit Kapital wirtschaftenden Unternehmer, was für Konsumtionszwecke seiner Mitmenschen er mit den von ihm produzierten Industrieartikeln befriedigt; auf den Gewinn, auf den Zins kommt es ihm an, ebenso wie dem Grundstückseigenthümer auf Rente und Pacht. Und selbst der Arbeiter, der darüber klagt, dass jene drei anderen Männer nur auf „Profit“ sehen und ihre Waaren, ihr Kapital, ihre Grundstücke nur als Machtmittel gebrauchen, um sich aus dem grossen nationalen Waarenmarkte möglichst viel „herauszufischen und für sich zu ergattern“ (Marx), besonders aber ihn, den armen „Enterbten“ um die Früchte seiner Arbeit zu bringen — wozu benutzt er sein einziges Pfund, seine Arbeitskraft? Etwa nur, um möglichst viel nützliche Güter für seine Mitmenschen zu schaffen? Nein, der Lohn allein ist sein Leitstern. Die Macht, die ihm die Nachfrage nach dem „indispensablen“ Produktionsfaktor Arbeit giebt und die er heute erst in ihrer vollen Bedeutung zu erkennen und durch Koalitionen zu verdoppeln lernt, die Macht, vermöge dieser sozialen Position auch für sich bei Vertheilung des erarbeiteten Nationalprodukts ein gewichtiges Wort in die Waageschale zu werfen, diese soziale Kategorie ist etwas Grundverschiedenes gegenüber dem technischen Produktionsfaktor Arbeit.

Während also auf der erstgedachten Seite der Betrachtung überall die „Produktivität“ maassgebend ist, kommt es auf der anderen Seite nur auf die „Rentabilität“ an, zwei Begriffe, deren Vermischung den Nationalökonomem bisher so grosse unentwirrbare

Räthsel aufgegeben hat. Bei der Lehre vom „Kapital“ beginnt man schon wenigstens hier und da zu ahnen, dass mit diesem Begriffe zwei Sachen zusammengeworfen sind, die sich begrifflich scheiden, dass z. B. ein Hammer, eine Maschine in ihrer Bedeutung als naturaltechnische Produktionsgegenstände Nichts gemein haben mit etwa dem Kapital, mit welchem im Komptoir von Rothschild in der Gestalt von Wechseln, Hypotheken, Staatspapieren und Aktien gewirthschaftet wird. dass es also ganz unzulänglich und falsch ist, das Kapital nach der noch heute herrschenden Definition allein als „produziertes Produktionsmittel“ zu betrachten, und die Gesetze von der Bedeutung, Entstehung und Vermehrung des Kapitals unterschieds- und kritiklos in gleicher Weise auf naturale Produktionsgegenstände, wie auf das, was man auf der Effektenbörse verhandelt, und überhaupt auf alles das, was Schäffle betreffend „An-eignungskapital“ nennt, anzuwenden. Um Mittel zur naturalen Produktion, um naturale sinnlich und körperlich wahrnehmbare Sachgüter handelt es sich auf der einen Seite, um soziale Machtbegriffe, Vertheilungs- und Rechtsbegriffe auf der anderen. Die soziale Kategorie ordnet die wirthschaftliche Beziehung der einzelnen Individuen in ihrem Verhältniss zu einander, sowie zum Staate und den anderen Gemeinwirthschaften, sie ist deshalb wohl auch eine privatwirthschaftliche Beziehung genannt worden.*)

*) Die letztere Bezeichnung führt nothwendig auf die Prüfung der schon oben als zweifelhaft angedeuteten Terminologie für die beiden in diesem Buche behandelten und unterschiedenen Kategorien. Was sachlich mit den beiden letzteren von mir und meinen Vorgängern, denen der Ruhm der „Entdeckung“ derselben allein zukommt, gemeint ist, habe ich bisher nur in allgemeinen Umrissen, zur Einführung des Lesers in die Materie, mir vorzuführen erlaubt, es wird hoffentlich im Folgenden immer klarer werden und Fleisch und Blut erhalten. Ich lege deshalb auf die Benennung keinen grossen Werth, und könnte dieselbe den Entdeckern, wie es üblich ist, füglich überlassen. Aber doch möchte ich, zur Vermeidung falscher Auffassungen, vorschlagen, den beiden jüngsten erst seit einigen Jahrzehnten mühsam eingeführten Schmerzenskindern der Wissenschaft von vornherein einen möglichst zweifelsreinen Namen auf ihren Weg mitzugeben. Ich habe oben schon anerkannt, dass die z. B. von Adolf Wagner, in Anlehnung an Rodhertus, festgehaltenen Ausdrücke: volkswirthschaftliche, allgemein-volkswirthschaftliche oder auch nationalwirthschaftliche Kategorie, wie sie besonders in der Bezeichnung für die eine Kapitalsorte, für das „Kapital an sich“ mit dem Worte „Nationalkapital“, als rein ökonomische Beziehung gebraucht werden, eine gewisse Berechtigung haben. Denn, wie gesagt, die rein ökonomischen

Was nun die begriffliche Scheidung beider Kategorien auf dem Gebiete der Grundrentenlehre betrifft, so ist die historischsoziale Kategorie hier bisher noch viel weniger berücksichtigt worden, wie in der Lehre vom Kapital, und doch hoffe ich zu zeigen, dass die Lehre von der Grundrente, noch in höherem Maasse wie die Lehre vom Kapital, nur mit Hilfe der Vertheilungskategorie einer endlichen Klärung zugeführt werden kann. Wir werden sehen, dass jene berühmte Ricardo'sche Grundrententheorie, die bis heute meistens als ein *noli me tangere* angesehen und behandelt wird, ihrem Hauptgrunde nach noch in der blossen rein ökonomischen Kategorie befangen ist, indem sie die Grundrente von dem Unterschiede, dem Mehr der naturalen Produktionserträge der besseren

Elemente, das „Kapital an sich“, die zur Gütererzeugung erforderlichen Produktionsgegenstände, sind ein Erforderniss jeder Produktion und jeder Volkswirtschaft, sei es im Staate mit Kapital- und Grundeigenthum, sei es im reinen Sozialstaate, wie ihn Rodbertus schildert. Rodbertus ist auch der eigentliche Vater jener Ausdrücke, besonders des Ausdrucks: Nationalkapital. In seinem rein sozialen Staate giebt es nämlich nur Nationalkapital, es fällt dies dort mit dem rein ökonomischen Kapital zusammen. Und da nimmt nun Rodbertus den dort zufällig zutreffenden Ausdruck einfach in den modernen Staat mit hinüber. Gewisse Kapitalgegenstände sind allerdings schon auf den untersten Kulturstufen unentbehrlich gewesen, sie sind in jeder Volkswirtschaft erforderlich, daher „allgemein-volkswirtschaftlicher“ Natur — aber eben deshalb gerade ist es m. E. besser, man nennt sie nicht: volkswirtschaftliches Kapital. Man „abstrahirt“ hier gerade von der Volkswirtschaft als solcher, und, was der wichtigste Gegengrund mir zu sein scheint: die rein ökonomische Kategorie kommt ja auch in der „isolirten“ Wirtschaft vor, die doch den Gegensatz zu aller Volkswirtschaft bildet. Und weiter: Volkswirtschaftslehre, Nationalökonomie ist identisch mit Sozialökonomie, welches Wort jetzt häufig von den Nationalökonomern, sehr zutreffend und den Kern erfassend, an Stelle von: Nationalökonomie gewählt wird. Nationalökonomie, Sozialökonomie entsteht nach dieser Auffassung erst bei der sozialen Betrachtung der Volkswirtschaft, also wäre das Wort: volks- oder national- oder sozialwirtschaftlich für die rein ökonomische Kategorie nicht angebracht. — Auch möchte umgekehrt auf der andern Seite vor der Bezeichnung „privatwirtschaftlich“ für die soziale Kategorie ernstlich zu warnen sein, da die letztere in der reinsten Form der Privatwirtschaft, nämlich in der isolirten Wirtschaft überhaupt nicht vorkommt, auch der Grund ihrer Entstehung nicht in der Privatwirtschaft, sondern gerade in der Sozialwirtschaft, in der Volkswirtschaft zu suchen ist. Ich werde daher im weiteren Verlaufe die eine Kategorie durchweg nur die rein ökonomische, natürliche oder naturaltechnische, die andere die soziale, die historische, die Vertheilungskategorie nennen.

Grundstücke ableitet. und die Entstehung und sukzessive Erhöhung der Rente auf das rein naturale Moment der abnehmenden Produktivität des Grund und Bodens zurückführt. während doch hier. wie die Rente der städtischen Grundstücke, aus denen so häufig Nichts „produziert“ wird, zeigt, ganz besonders bloss „Aneignungsmomente“ in Frage kommen. Schon das Wort Grund„rente“ sollte darauf aufmerksam machen, dass hier die „Rentabilität“ nicht die Produktivität entscheidend ist.

Ich hoffe ferner, im Verlaufe der folgenden Untersuchungen zu zeigen, wie beinahe alle bisherigen nationalökonomischen Theorien, nicht nur auf dem einzelnen Gebiete der Kapitalslehre, der Grundrentenlehre und weiterhin der Lehre vom Vermögen, Einkommen und Eigenthum, sondern auf allen anderen Theilgebieten und in ihrer ganzen Methode, entweder an der einseitigen oder übertriebenen Betonung der rein ökonomischen Kategorie kranken oder umgekehrt nur der anderen Kategorie ihre Aufmerksamkeit zuwenden, und endlich, wie diejenigen Lehrmethoden, welche beide Kategorien in ihrem Unterschiede ausdrücklich anerkennen, oder welche doch unbewusst und ohne sie zu nennen, mit ihnen operiren, es über die gesonderte Betrachtung derselben im Einzelnen nicht zu Stande gebracht haben, deren richtiges Verhältniss zu einander klarzustellen und die dadurch entstehenden dissonirenden und scheinbar unlöslichen Widersprüche, Antinomien und contradictions économiques (Proudhon) auf die versöhnende Einheit zu bringen. Und doch kann die Bedeutung aller einzelnen ökonomischen Begriffe, das Maass aller wirthschaftlichen Dinge nur in einer Einheit gefunden werden, die beide Kategorien in sich vereinigt.

Das Maass und die Bedeutung aller wirthschaftlichen Dinge ist nun der Werth. Da man aber als einen Maassstab nur ein solches Ding gebrauchen kann, welches schon selbst die Eigenschaft hat, welche man an dem zu untersuchenden Gegenstande messen will, wie ein Längenmaass z. B. oder ein Gewichtsmaass selbst ein langer oder schwerer Gegenstand sein muss, so ist es erforderlich, dass der Maassstab, der an die wirthschaftlichen Begriffe zu legen ist, schon selbst die beiden Kategorien enthält, die an allen zu bemessenden wirthschaftlichen Grössen vorhanden sind und ihnen ihre Bedeutung geben. Es ist deshalb meine Aufgabe, vor allem die Werthlehre kritisch und dogmatisch einer Revision im Lichte der gesonderten Bedeutung der beiden Kategorien zu

unterziehen. Auf diesem Gebiete scheint mir die dogmatische Wissenschaft sich einer ganz besonderen und nicht länger zu verantwortenden Unterlassung schuldig gemacht zu haben. Mit Recht ist der Werth der Cerberus genannt worden, der vor den Hallen der Nationalökonomie stehe, und dessen Bewältigung erst nothwendig sei, um in die ungetrübte Erkenntniss dieser dunkeln und schweren Wissenschaft einzugehen. Beinahe alle Differenz und aller Hader der verschiedenen Schulen ist auf die verschiedene Auffassung des Werthbegriffes zurückzuführen. Die Untersuchung des letzteren ist also keine müssige graue Theorie, sie ist die lebendige Grundlage der Volkswirtschaftslehre und eine Fundamental-Bedingung nicht nur der eigentlichen Volkswirtschaftslehre, sondern auch der Volkswirtschaftspolitik und der Sozialreformtheorie. Beginnt doch beinahe jede bedeutendere nationalökonomische Theorie mit einem grösseren oder kleineren Dithyrambus auf die Bedeutung des Werthbegriffes.

Schon Ricardo meint, dass aus keiner Quelle so viele Irrthümer und Meinungsverschiedenheiten für die Wissenschaft entstehen, als aus der unbestimmten Bedeutung, welche man dem Worte Werth beilegt, auch C. Marx hält den Werthbegriff für den „Eckstein“ jeder Theorie und auch seiner eigenen; er giebt zu, dass mit seiner Werththeorie auch sein ganzes übriges Lehrgebäude stehe und falle.

Uebersichtlich schildert endlich Hermann die Bedeutung des Werthbegriffes: Im Gegensatze zur Technik, sagt er, betrachte die Wirtschaftslehre die Dinge nicht an sich, sondern als Inbegriffe, welche sie im Werthe auf Grössen gleicher Einheit reduciren; sie sehe ab von den tausendfältigen Qualitäten und Verschiedenheiten der einzelnen Güter, betrachte sie vielmehr als gleichartige Quantitäten, so dass sie wohl die Grössenlehre der Güter genannt werden können. Das ist richtig, und es muss also der Nationalökonom vor allen Dingen sich einen richtigen Werthbegriff als Grössenmaassstab zueignen, um ihn auf allen seinen Wegen, wie der Zimmermann den Zollstab, mitzuführen.

§ 3.

Die Doppelnatur des Werthes. Gebrauchswerth — Tauschwerth. Gebrauchswerthsschule — Arbeitskostentheorie.

Das oben berührte Gleichniss mit dem Höllenhunde lässt sich nun dahin weiter führen, dass der Cerberus „Werth“ zwei Köpfe hat, die in ihrem schon oft angestaunten Dualismus den Forschern von Anbeginn als ein unverstandenes und deshalb unbezwungenes räthselhaftes Wunder entgegengestarrt haben. Und doch, wenn wir nur genauer hinschauen, siehe da, es sind eben nur die besprochenen beiden Kategorien, aus denen sich jenes Doppelhaupt zusammensetzt. Denn was bedeutet die besonders seit Adam Smith und Ricardo geübte Unterscheidung von Gebrauchswerth und Tauschwerth Anderes, als die Schätzung der wirthschaftlichen Dinge einmal nach dem Maassstabe ihrer rein ökonomischen, naturalen Nützlichkeit für die menschliche Bedürfnissbefriedigung, und auf der anderen Seite nach der Bedeutung, welche jene Dinge dadurch erhalten, dass man durch ihren Besitz die Arbeiten und Produkte anderer Mitglieder des sozialen Wirthschaftsorganismus erkaufen oder eintauschen und sich seine Mitmenschen dadurch materiell unterthänig machen kann.

Statt aber die erkannte Dissonanz dieser beiden Begriffe dadurch zu überwinden und auf die befriedigende harmonische Einheit zu bringen, dass man den Cerberus beherrscht da im Nacken fasste, wo sich seine beiden Häupter vereinigen und ihre gemeinschaftliche Wurzel zeigen, haben sich Smith und Ricardo damit begnügt, auf die Divergenz des Gebrauchswerthes, d. h. „der Nutzbarkeit eines besonderen Gegenstandes“, und des Tauschwerthes, d. h. „des Vermögens jenes Gegenstandes, andere Güter eintauschen zu können“, bloss kühl akademisch hinzuweisen. „Die Dinge“, sagen sie, „welche den grössten Gebrauchswerth haben, besitzen häufig wenig oder gar keinen Tauschwerth; und, umgekehrt, diejenigen, welche den grössten Tauschwerth besitzen, haben wenig oder gar keinen Gebrauchswerth. Wasser und Luft sind über alle Massen nützlich; sie sind in der That zum Leben unentbehrlich, und doch kann man, unter gewöhnlichen Verhältnissen, für sie im Tauschverkehre gar nichts erlangen. Gold dagegen, wenngleich von unbedeutendem Nutzen im Vergleiche mit Luft oder Wasser, vermag man gegen eine grosse Menge anderer Güter auszutauschen“.

„Die Nutzbarkeit“, so folgert Ricardo hieraus weiter. „ist darum nicht der Maassstab des Tauschwerths, obgleich sie für ihn unbedingt wesentlich ist.“

In den beiden hervorgehobenen Worten: „darum“ und „unbedingt wesentlich“ liegt die ganze Schwäche der Ricard'schen Theorie. Weil es Ricardo nicht gelungen ist, die Bedeutung der beiden Beziehungen zu einander aufzudecken, sagt er: Darum ist die Nutzbarkeit überhaupt kein Maassstab des Tauschwerths. Und obgleich er sogar anerkennt, dass sie unbedingt wesentlich für jenen Werth ist, lehnt er es dennoch ab, dies „Wesen“ des Begriffes auch für die „Grössenlehre der Güter“ (Hermann) d. h. für die Grössenbestimmung von konkreten Gütermengen zu benützen, d. h. die letzteren durch den Grad oder näheren Inhalt dieser Nutzbarkeit zu bemessen. In dem nun folgenden kleinen Konditionalsatze gar: „Die Güter leiten, wenn sie Nutzbarkeit besitzen, ihren Tauschwerth von zwei Quellen ab: nämlich von ihrer Seltenheit und von der Menge Arbeit, die erfordert wird, um sie zu erlangen“ — vergräbt er die fundamentale rein ökonomische Kategorie mit einem kurzen Worte leichthin für die ganze Wissenschaft. Er vernachlässigt sie sein ganzes grosses Werk hindurch und beschliesst letzteres merkwürdiger Weise durch den Ausdruck desselben Grundirrhums, mit dem er es begonnen: „Eine Art von Bedürfnissen und Bequemlichkeiten lässt mit der andern keine Vergleichung zu, der Gebrauchswerth kann durch keinen bekannten Maassstab gemessen werden, er wird von verschiedenen Personen verschieden geschätzt.“

Zu diesem unbefriedigenden Resultate gelangt Ricardo in Folge einer falschen Dialektik, welche durch die Wahl der irreführenden Beispiele von Luft, Wasser und Gold unterstützt wird. Es waren nicht Güter einander gegenüberzustellen, die wie Luft, Licht und Wasser nur Nutzbarkeit liefern und solche, die wie Gold scheinbar gar keine grosse „wahre“ Nutzbarkeit und um so grösseren Tauschwerth besitzen, sondern es kommt in der exakten Wissenschaft darauf an, einen Maassstab für den Werth derjenigen Güter zu finden, die eben heute einen allgemeinen thatsächlichen Verkehrswerth haben und deshalb geschätzt sind, also einen Werthmaassstab für diejenigen Güter, mit denen man „Haus hält“, das heisst für die sogen. „ökonomischen“ oder „wirthschaftlichen“ Güter. Luft und Licht sind gar sehr Gegenstände der technischen, aber

nicht der ökonomischen oder gar sozialökonomischen Werthschätzung, es sind sogen. „freie“ Güter.

Das richtige Thema für das bisher ungelöste Räthsel der Werthbestimmung lautet vielmehr: Wodurch wird ein Gegenstand wirtschaftliches Gut und nach welchem Massstab wird der Grad seines Werthes gemessen? Worin besteht sein Wesen überhaupt, das ihm den Werth verleiht, und wodurch wird die Grösse des letzteren, wie er sich äusserlich besonders im Preise ausdrückt, im Einzelnen gemessen? Hic Rhodus! Untersuchungen darüber, ob Güter ein grösseres oder kleineres „wahres“ menschliches Bedürfniss befriedigen, soll man gestrost den Theologen und Moralphilosophen überlassen. Es ist ökonomisch ungereimt, sich darüber zu wundern, dass ein Pfund Eisen, obgleich enorm „nützlich“, einen verschwindend kleinen Werth gegen ein Pfund Goldes besitzt, welches letztere, ethisch betrachtet, nur höchst zweifelhaften menschlichen Leidenschaften seinen Werth verdanke. Am einzelnen konkreten „wirtschaftlichen Gute“, dargestellt in einer bestimmten konkreten Quantität, waren jene beiden Beziehungen, die Ricardo Gebrauchswerth und Tauschwerth nennt, gleichzeitig und einheitlich zu untersuchen.

Es genügt nicht, die Güterarten als solche rein generisch als Güter von gar keinem, oder von grösserem oder kleinerem Werthe zu betrachten und zu sondern. Die generische Betrachtung kann in unserer realistischsten aller Wissenschaften, in der „Grössenlehre der Güter“, nicht viel nützen, denn nicht abstrakte Güterarten kommen auf den Markt, sondern konkrete Gütermengen. Die Bedeutung und Grösse der menschlichen Bedürfnisse und also auch der Befriedigungsmittel derselben, der Güter, kann nicht nach dem spezifischen Gewichte der Zollpfunde gemessen werden, Lumpen sind soviel werth wie Gold, wenn man nur die erforderlichen Quantitäten in die Gleichung einsetzt. Eisen ist soviel werth wie Diamanten wenn man berücksichtigt, dass beide Güterarten ganz verschiedene Bedürfnisse befriedigen, und Diamanten schon im geringsten Volumen das Bedürfniss des Prunkes und der Schaustellung befriedigen, Eisen aber nur in grossen kompakten Massen seine Zwecke erfüllt.

Im wirklichen Leben, in der „bestehenden Volkswirtschaft“, hat jedes einzelne Gut auch nur Einen Werth und Einen Preis. Es giebt nur einen Werth, und das, was man Gebrauchswerth und Tauschwerth nennt, sind nimmermehr Unterarten dieses Werthes,

sondern nur wissenschaftliche Hilfsbegriffe zur Erfassung und Bemessung dieses Einen begrifflich untheilbaren Werthes.

Ich muss es als einen klärenden und wahrhaft bahnbrechenden Gedanken bezeichnen, den Rodbertus ausspricht und den Adolf Wagner rühmend hervorhebt: „Es giebt nur Eine Art Werth und das ist der Gebrauchswerth. Dieser ist entweder individueller Gebrauchswerth oder sozialer Gebrauchswerth. Der erstere besteht dem Individuum und seinen Bedürfnissen gegenüber ohne alle Berücksichtigung einer sozialen Organisation. Der zweite ist der Gebrauchswerth, den ein aus vielen individuellen Organismen (bez. Individuen) bestehender sozialer Organismus hat“. Adolf Wagner (Grundlegung a. a. § 35) verwirft denn auch die „übliche unlogische Eintheilung“ des Werthes in Gebrauchswerth und Tauschwerth, indem er sich dem Rodbertus'schen Satze anschliesst: „Der Tauschwerth ist nur der historische Um- und Anhang des sozialen Gebrauchswerths aus einer bestimmten Geschichtsperiode. Indem man dem Gebrauchswerth einen Tauschwerth als logischen Gegensatz gegenüberstellt, stellt man zu einem logischen Begriff einen historischen Begriff in logischen Gegensatz, was logisch nicht angeht“. Wagner fügt hinzu: „Der Tauschwerth ist daher nicht eine dem Gebrauchswerth koordinirte Art des Werths, kein logischer Gegensatz zum Gebrauchswerth, sondern er ist ein historischer Begriff, der bestimmten geschichtlichen Perioden des Verkehrs entspricht und der im Taxwerth einen anderen historischen Werthbegriff neben sich hat“.

In der Sache trete ich, wie gesagt, diesen Sätzen unbedingt bei, doch muss ich, um mich mit ihnen vom Standpunkte des von mir aufgestellten Prinzips systematisch abzufinden, sie im Ausdruck des Gedankens folgendermaassen modifiziren. Ich frage: Wenn es, wie Rodbertus sagt, nur Einen Werth giebt, weshalb nennt er diesen dann den „Gebrauchswerth“ und gliedert ihn erst wieder in individuellen und sozialen? Wenn gerade ich im Folgenden zu dem Resultate gelangen werde, dass, im Gegensatz zu der Ricardo'schen Auffassung, das rein ökonomische Element der Branchbarkeit nicht nur eine überaus wichtige, sondern eine in letzter Linie sogar ausschlaggebende Bedeutung für die Werthbemessung äussert, so würde ich trotz alledem rathen, diese begriffliche Gleichsetzung von Werth und Gebrauchswerth zu unterlassen, sie führt zu leicht zu dem Verdachte einer *petitio principii*. Ob die Nützlichkeit, also die rein ökonomische Kategorie, oder um-

gekehrt die soziale Kategorie mit ihren Vertheilungsmomenten den Ausschlag giebt, das ist ja erst die zu untersuchende, bisher von der Wissenschaft nicht befriedigend gelöste Frage. Und gerade z. B. vom Wagner'schen Standpunkte aus, den er in den weiteren Paragraphen seines Werkes zu vertreten scheint, ist jene Terminologie, meiner Auffassung nach, bedenklich; denn Wagner führt den Werth meistens auf die „konstitutiven Elemente“: Arbeit und Kapitalgewinn, also (wie ich später zeigen werde) auf „Vertheilungsmomente“, auf die „Kosten“ zurück (vergleiche §§ 7, 47, 82 a. a. O.), und es tritt dagegen in seinen Untersuchungen das Moment des „Gebrauchswerths“ erheblich zurück. Und was gar Rodbertus betrifft, so werden wir bei Erörterung seiner Werthlehre sehen, dass er den „Werth in der Gesellschaft, im Gegensatz zur isolirten Wirthschaft, als nichts Anderes als das Medium der Vertheilung“ ansieht, und den „Gebrauchswerth“ thatsächlich gänzlich vernachlässigt.

Ferner möchte ich auch aus einem anderen Grunde abrathen, den Werth, der doch nach Rodbertus und Wagner ein einheitlicher ist, dennoch wieder hinterherin „individuellen und sozialen“ (Gebrauchswerth) zu gliedern. Es ist nämlich in der zu untersuchenden gesellschaftlichen Wirthschaft der Eine Werth, dessen Gesetze gefunden werden sollen, immer zugleich auch ein sozialer. Nur in der isolirten Wirthschaft giebt es rein individuellen Gebrauchswerth, in der arbeitstheiligen Volkswirthschaft dagegen kommt er begrifflich nie rein und abgesondert neben dem sozialen Werthe zur Erscheinung, kann deshalb auch nicht als solcher gemessen werden, noch selbst ein exaktes Grössenmaass abgehen; denn wie das einzelne Individuum irgend einen Gegenstand, welchen es nicht etwa selbst konsumirt, bewerthen und verwerthen kann, hängt von der Art der sozialen Arbeitstheilung, den sozialen Gliederungen und Machtverhältnissen ab. Nicht der Eigenkonsum, sondern der Konsum des sozialen Marktes bestimmt, wie das Individuum seine Waaren schätzen darf. Nicht das Individuum, sondern die Gesamtheit der Individuen, ihre gleichartigen Bedürfnisse in der Gesamtheit betrachtet, die Uniformität der sozialen Lebens- und Produktionsbedingungen sind es, die bestimmte gesetzmässige Erscheinungen und Bedingungen verursachen, welche, in untrennbarer Verbindung mit den rein ökonomischen Bedingungen, auf die Bildung des Einen Werths ihren zwingenden Einfluss ausüben.

Ich würde hiernach das Werthproblem so formuliren: Es giebt nur eine Art von Werth, und das ist derjenige, welcher im jeweiligen volkswirthschaftlichen Zustande organisch von zwei Momenten bestimmt wird: 1. von dem Moment der rein ökonomischen Kategorie des natürlichen Zwecknutzens, auf welchen sich der Werth von jeher und also auch schon in der isolirten Wirthschaft gegründet hat, und welches Moment man allenfalls auch mit dem gebräuchlichen Ausdruck „Gebrauchswerth“ benennen kann, und 2. durch das weitere Moment, welches man nicht nur heutzutage und künftig, sondern überhaupt, sobald Arbeitstheilung und Produktion für fremden Gebrauch entsteht, als gleichzeitigen Bestimmungsgrund hinzunehmen muss. Dies letztere Moment, welches sich eben aus dem sozialen Wesen des Wirtschaftsorganismus und den durch den letzteren gegebenen Machtverhältnissen der einzelnen Produzenten ergibt, heisst, da es historisch variabel ist, das historische Element, die historische Kategorie, und man mag es, und zwar für die heutige Gesellschaft, den „Tauschwerth“ weiter nennen.

Erst nachdem ich diese Erläuterungen und Modifikationen vorgenommen, halte ich mich für berechtigt, die beiden Kategorien im Folgenden der Kürze halber mit den einmal hergebrachten Ausdrücken Gebrauchswerth und Tauschwerth zu bezeichnen; aber, um es noch einmal zu betonen, es handelt sich nicht um Unterarten, sondern um rein theoretische Hilfsbegriffe für die Betrachtung und Bestimmung des Einen Werthes. Einen Gebrauchswerth neben dem Tauschwerth giebt es nicht, sondern man muss den ersteren mit Dühring als eine „veraltete Tradition der modernen Lehrbücher, als einen wissenschaftlich überwundenen Begriff“ dann erklären, wenn er als selbstständige Werthunterart gelten soll. Nicht als wissenschaftlich überwundener Begriff kann dagegen der Gebrauchswerth gelten, wenn man ihn als Hilfsbegriff, als sog. „rein ökonomische Kategorie“, betrachtet; und es bleibt ein dauerndes und unsterbliches Verdienst der alten und neuen deutschen „Gebrauchswerthsschule“, im Gegensatz zur englischen Schule dieser Kategorie wieder zu dem ihr gebührenden Platz verholfen zu haben. Es war auch die höchste Zeit, dass die deutsche Gebrauchswerthsschule die rein ökonomische Kategorie zu Ehren brachte; denn die englische Schule, die seit dem Anfange dieses Jahrhunderts ihren unwiderstehlichen Siegeszug über das ganze Festland Europas unternahm, drohte jene Kategorie in ewige Vergessenheit zu be-

graben, indem sie sich nicht scheute, Sätze aufzustellen, wie folgenden: „Was kann der (Tausch-)werth mit der Fähigkeit zu kleiden und zu ernähren gemein haben?“ (Ricardo, 28. Hauptstück).

Hiergegen trat eine naturgemässe Reaktion ein. Es drängte sich von selbst der Gedanke auf, dass der schliessliche vernünftige Zweck aller Wirthschaft gerade die Befriedigung der menschlichen materiellen Bedürfnisse sei, und dass das Wesen und der Werth dieser Bedürfnissbefriedigungsmittel, also der wirthschaftlichen Güter, doch in einer ganz unvermeidlichen und sogar entscheidenden Beziehung zu dem Maasse stehen müsse, in welchem diese Güter jenen ihren begrifflichen Zweck erfüllen: den Menschen zu ernähren und zu unterhalten, dass jene Beziehung also den geniessenden Menschen und nicht allein den arbeitenden Menschen zum Ausgangspunkte nehmen müsse und so den Zweck über die Mittel zu stellen habe.

Indessen ist die Gebrauchswerthsschule in ihren Hauptvertretern Menger, v. Wieser und v. Böhm-Bawerk heute nahe daran, sich durch die übertriebene Betonung des Gebrauchswerthes in das entgegengesetzte Extrem wie in eine sandige Sackgasse zu verlaufen. Welche Verkennung des sozialen Gefüges unseres modernen Staates spricht sich z. B. in dem folgenden Satze Menger's „Grundsätze der Volkswirthschaftslehre“ S. 80 aus: „Der Werth der Güter ist, gleich wie der ökonomische Charakter derselben, unabhängig von der menschlichen Wirthschaft in ihrer sozialen Erscheinung, unabhängig auch von der Rechtsordnung, ja von dem Bestande der Gesellschaft. Er ist auch in der ilosirten Wirthschaft zu beobachten und kann demnach! nicht in der Rechtsordnung wurzeln.“

Ad. Smith stellte den Satz an die Spitze seines grossen Werkes: Die Arbeit eines Volkes ist der Fonds seiner Güterversorgung und die Arbeit also auch der Maasstab des Werthes der Güter. Der in diesem Satze ausgedrückte Gedanke hat ein Jahrhundert lang seinen bestechenden Einfluss auf das wirthschaftliche Denken ausgeübt. Die Kostenwerthslehre, insbesondere die Arbeitskostenwerthslehre, ist zur Zeit noch immer die wesentlich herrschende; auch die sozialistische Schule in ihren Hauptvertretern Marx und Rodbertus hat sich ihr blindlings in die Arme geworfen, nennt sie den „Eckstein der Theorie“, und auch die sog. Kathedersozialisten (die „sozialrechtliche“ Schule) haben sich nicht von ihr voll emanzipirt. So will z. B. Wagner, der neben der ausführenden Arbeit

(Lohnarbeit) auch noch die „kapitalbildende“ und leitende Arbeit als ebenfalls „konstitutives“ werthbildendes Element anerkannt wissen. Und glaube man nur nicht, dass die Theoretiker, welche die Arbeitskostentheorie, besonders in ihrer von Ricardo formulirten Fassung, als einseitig und als einen überwundenen Standpunkt hinstellen, denselben thatsächlich überwunden haben; denn damit, dass sie neben den Produktionskosten auch den Gebrauchswerth so eklektisch-beiläufig in seiner Bedeutung schildern, ist nichts gethan. Und schon wer die Ricardo'sche Grundrententheorie als richtig anerkennt, der unterschreibt damit die Kostenwerthstheorie, denn auf die letztere ist die erstere ausschliesslich gegründet. Die Ricardo'sche Werthstheorie steckt der Wissenschaft noch heute wie ein Pfahl im Fleische. „Der Satz“, sagt von Böhm-Bawerk gar, „dass aller Werth auf Arbeit beruhe, ist in Wahrheit nichts, als eine von einem grossen Manne einmal erzählte und von einer gläubigen Menge seither nachgesprochene Fabel.“

So geht es hin und her: *Fable convenue* einerseits — Eckstein der Theorie andererseits! Wo liegt nun die Wahrheit? — In der Mitte wird sie wohl liegen, aber das sagt gar nichts, und wir werden später sehen, wie viele *juste-milieu*-Theorien sich an der Lösung der Frage vergebens versucht haben. Am einleuchtendsten noch erscheint mir die Problemstellung, wenn man mit Knies von vorn herein einen solchen theoretischen Ausgangspunkt wählt, wonach die werthbildende Bedeutung der Arbeitskosten oder wie man sich seit C. Marx ausdrückt, der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit „nur für die effektive Wirkungssphäre der Arbeit“ in Betracht zieht, während die andern werthbestimmenden Elemente eine besondere Berücksichtigung und Erklärung erfordern (Knies Geld S. 159).

§ 4.

Die effektive Wirkungsphäre der Arbeitskosten für die Werthbestimmung. Der Adam Smith'sche Urtypus.

Worin besteht nun jene „effektive Wirkungsphäre der Arbeit“? Eine richtige und erschöpfende Beantwortung dieser wichtigen und am Ende wichtigsten aller sozialökonomischen Fragen könnte vielleicht mit Einem Schlage den ganzen Grund und Ungerund der Arbeitskostentheorie aufdecken und zeigen, was die Smith-Ricardo'sche

Lehre Wahres und Falsches enthält und was sie Gutes und Böses gewirkt hat. Sie könnte zeigen, ob jene Lehre den harten Titel „Fabel“ und den Vorwurf verdient, dass sie die Wissenschaft so lange Zeit hindurch auf gänzlich unfruchtbare Pfade abseits geführt habe, oder ob nicht doch jene grossen Engländer mit dem ihrem Volke eigenen praktischen Instinkte mechanisch das Rechte getroffen, allerdings vielleicht ohne die tieferen organischen Gründe ihrer eigenen Lehre erkannt, sondern an Stelle des eigentlich wirkenden Prinzips nur Eine Erscheinungsform und Eine wichtigste Aeusserung und Bethätigung des Prinzips aufgefunden und in den Vordergrund gestellt zu haben.

Die von mir vorgeschlagene Methode der kritischen Sonderung aller sozialökonomischen Begriffe nach der rein ökonomischen und der sozialen Kategorie mag nun gerade hier ihre erste Probe bestehen.

Die Arbeit hat, wie schon oben bei der aphoristischen Betrachtung der drei sog. Produktionsfaktoren ins Auge sprang, zwei grundsätzlich verschiedene Bedeutungen und also effektive Wirkungssphären, eine rein ökonomische und eine soziale. Die erstere stellt die Arbeit in eine Linie koordinirt neben die beiden andern zur Herstellung der Werthgüter erforderlichen indispensablen natürlichen, technischen Produktionsfaktoren, nämlich neben Natur und produzierte Produktionsmittel (Kapitalgüter); als soziale Kategorie dagegen tritt die Arbeit lediglich in der Funktion eines Vertheilungsfaktors auf, nicht also als materiell sich bethätigende positiv schaffende lebendige Arbeitsthätigkeit, also als ein Mittel zur materiellen Versorgung der zu einem sozialen Organismus verbundenen Individuen, sondern erstellt und hergegeben für die Produktion von einem Subjekte, einem Rechtssubjekte, einem Menschen, nämlich dem Arbeiter und zwar zu einem ausgesprochenen Zwecke, nämlich der Erlangung eines Lohnes, einer Vergeltung für seine Leistung. Nicht also ausschliesslich diese nützliche Leistung an sich kommt in Betracht, sondern nicht minder das, was für diese Leistung dem Arbeiter vermöge seiner jeweiligen sozialen Stellung als Mensch und Partizipant am produzierenden Organismus gegeben werden muss, um ihn in dieser seiner nützlichen Funktion als dauerndes Werkzeug zu erhalten. Demnach ist es ganz natürlich, dass auch das, was der Arbeiter für die Hergebe dieses nothwendigsten aller nothwendigen Produktionsmittel, nämlich seiner Arbeitskraft, vermöge seiner ihm aus dem Besitze

derselben erwachsenden Machtstellung verlangen und ertrotzen kann, von jeher, aber besonders bei der fortschreitenden Entwicklung der Nationalwirtschaft zu einem immer mehr sozialen Einheitsorganismus, auch einen mehr und mehr überwältigenden Einfluss auf alle wirtschaftlichen Dinge, insonderheit auf den Werth der Güter, ausgeübt hat.

Auf welche von beiden Kategorien gründet denn nun die Arbeitskostentheorie den Werth und damit ihr ganzes System der Nationalökonomie? Die Frage scheint wahrhaft berechtigt und wichtig genug zu sein, um sie gründlich zu beantworten, und zwar um so mehr, als die Schule der Arbeitskostentheorie hier so karg ist und statt dem tiefsten und innersten Grunde nachzugehen, aus dem sie ihre Existenzberechtigung herleitet, und von dem ihr Sein und Nichtsein abhängt, mit beinahe axiomatischer Naivität es bei der blossen stolzen Behauptung bewenden lässt oder den Leser mit einigen apodiktischen Bemerkungen abspeist.

Zwar gehen Smith und Ricardo, mit dem Scheine einer gar gründlichen und historischen Untersuchung ab ovo, auf die „Ursprünge“ der menschlichen Wirtschaft zurück. Sie sagen: Schon in dem frühesten und rohesten Zustande der Gesellschaft, welcher beiden, sowohl der Anhäufung von Vermögensstamm, als auch der Aneignung von Grundeigenthum vorausging, scheine das gegenseitige Verhältniss der Arbeitsmengen, welche zur Erlangung verschiedener Gegenstände erforderlich waren, der einzige Umstand gewesen zu sein, der eine Regel für den gegenseitigen Anstansch des Einen gegen das Andere abgeben konnte. Wenn z. B. bei einem Jägervolke das Erlegen eines Bibers zweimal so viel Arbeit kostete, als die Erlegung eines Hirsches, so werde ein Biber natürlich gegen zwei Hirsche vertauscht werden, oder zwei Hirsche werth sein; denn es sei sachgemäss, dass was gewöhnlich das Erzeugniss zweier Tage oder Stunden Arbeit sei, auch doppelt soviel werth sein müsse, als dasjenige, was üblicher Weise das Ergebniss eines Tages oder einer Stunde sei. (Ad. Smith. Buch I. Hauptst. 5, und Ricardo, 1. Hauptstück.)

Man sieht, bis hierher nichts, als „Behauptungen eines grossen Mannes“, keine Begründung. Den Anflug zu einer solchen könnte man höchstens in dem Ausspruch A. Smith's finden: „Der Sachpreis eines jeden Dinges, mit anderen Worten, was ein jedes Ding dem Menschen, der es bedarf, kostet, ist die Beschwerde und Mühe, die er ausstand, um sich dasselbe zu beschaffen. Was

ein jedes Ding wirklich werth ist, besteht in dieser Beschwerde und Mühe, welche er sich durch dessen Eintausch ersparen und auf einen andern überwälzen kann.“ Der Gedankengang, der augenscheinlich durch den Doppelsinn des Begriffs „kosten“ beeinflusst ist, geht also dahin: Sachpreis, Werth, Kostenwerth ist identisch, gekostet aber habe das Gut nur Arbeit, „d. i.“ wie Ricardo im 20. Hauptstück die Worte Destutt de Tracy's zitirend sagt, „die Anwendung unserer Natur und sittlichen Anlagen, welche allein unser ursprüngliches Vermögen sind“.

Auch Rodbertus und Marx, die bedeutendsten Anhänger der Ricardo'schen Arbeitskostentheorie, fügen keine wesentlich neue Begründung hinzu. Rodbertus (z. B. „Creditnoth“ II S. 160) umschreibt den Ricardo'schen Gedanken mit folgenden Worten: Wirthschaftlich kommt alles Produkt, das durch Arbeit in ein Gutsverhältniss zu uns kommt, auf alleinige Rechnung der menschlichen Arbeit, weil Arbeit die einzige Urkraft und auch der einzige Uraufwand ist, mit dem die menschliche Wirthschaft „Haus hält“. — Noch mehr vermisst man bei Marx die Angabe eines Grundes, weshalb Arbeit den Werth mache. Seine viel besprochene Deduktion im Anfange des „Kapital“ geht nur dahin: Der Tauschwerth erscheine lediglich als das Austauschverhältniss, als die Gleichung, worin Gebrauchswerthe einer Art in Gebrauchswerthe anderer Art ausgetauscht werden, z. B. besage die Gleichung: 1 Quarter Weizen gleich a Zentner Eisen, dass beide Dinge einem Dritten gleich sind. Dieses Dritte, die Wertheinheit, könne der Gebrauchswerth nicht sein. Die Substanz des Werths müsse vielmehr als ein von diesem Gebrauchswerth, von dieser physisch handgreiflichen Existenz der Waare etwas durchaus Verschiedenes und Unabhängiges sein, es werde gerade durch die Abstraktion vom Gebrauchswerthe charakterisirt. Denn als Gebrauchsgegenstände oder Güter seien die Waaren körperlich verschiedene Dinge. Die Wertheinheit entspringe demnach nicht aus der Natur, sondern aus der Gesellschaft. Die gemeinschaftliche Substanz, die sich in verschiedenen Gebrauchswerthen nur verschieden darstelle, sei nun aber die Arbeit. Als Werthe (Tauschwerthe) seien die Waaren Nichts als „krystallisirte Arbeit“, weil Arbeit in ihnen vergegenständlicht oder „materialisirt“ sei.

Ich wiederhole nun meine Frage, worauf stützen jene Autoren ihre Behauptung, dass die Arbeit den Werth bestimme? Auf den

rein ökonomischen Begriff Arbeit als naturalen Produktionsfaktor, oder auf den sozialen Begriff Arbeit als Vertheilungsfaktor?

Man möchte zunächst versucht sein anzunehmen, dass das erstere der Fall sei. Denn die Ausdrücke: „Substanz des Werths“, „Arbeit, die zur Hervorbringung angewendet, die in dem einzelnen Gatte enthalten ist, krystallisirte, materialisirte Arbeit“, enthalten nichts von einem Vertheilungsmoment, andererseits sind doch aber die Worte zu beachten: die Wertheinheit entspringt nicht aus der Natur, sondern aus der Gesellschaft. Und weiterhin drückt sich Rodbertus an anderen Stellen viel deutlicher und bezeichnender dahin aus: „Die isolirte Wirthschaft ist die reine Negation der Theilung und deshalb auch des Tausches, der nur eine Form der Vertheilung des Produkts ist. Die isolirte Wirthschaft hat nur ökonomische Begriffe, keine national-ökonomischen, sie ist der Zustand des vollendeten Individualismus (Das Kapital — in der Wagner-Kozak'schen Ausgabe — S. 72, 73, 74). „Die Nationalökonomien, ihren grossen Lehrer an der Spitze, haben in der „Theilung der Arbeit“ nicht blos nur immer die individualistische Seite in den Vordergrund gestellt, dieselbe nicht blos nur immer lokal und technologisch aufgefasst, sondern auch hauptsächlich nur deren produktive Wirkung hervorgehoben, wie sich z. B. in dem von ihnen angezogenen Beispiel der Stecknadelproduktion die Auffassung sehr gut dokumentirt, als werde lediglich die vermehrte Herstellung betont, während die Staatswirthschaft nicht diese Vermehrung der Produktion, sondern die Vertheilung des durch gemeinschaftliche Arbeit hergestellten Produktes, die Theilung des Erarbeiteten ausmacht“ (S. 80 a. a. O.).

In der Gesellschaft, sagt Rodbertus weiter, im Gegensatz zur isolirten Wirthschaft, ist der Werth demgemäss nichts, als das Medium der Vertheilung, der Vertheilung des in Theilung der Arbeit gemeinschaftlich hergestellten Produkts unter die Partizipanten, er ist im Wesentlichen die Geltung, die das Arbeitsresultat des Individuums für die Gemeinschaft hat. Er ist das Richtmaass der Geltung und Vergeltung des Individuums aus dem Arbeitsresultat der Gemeinschaft (Kapital passim).

In allen diesen Auseinandersetzungen schildert Rodbertus vollbewusst und scharf den Gegensatz der beiden Kategorien, und ich glaube sie dem Leser auszugsweise wörtlich vorführen zu

sollen, um ihn gleichzeitig methodisch an die stete Unterscheidung der beiden Kategorien zu gewöhnen.

Und so behaupte ich denn, dass auch schon den Engländern Ad. Smith und Ricardo eben so gut wie Rodbertus die soziale Kategorie bei Aufstellung ihrer Arbeitskostentheorie, wenn auch nur dunkel und unbewusst, vorgeschwebt haben muss. Ich behaupte, dass denn auch, insoweit dies der Fall, die Ricardo'sche Theorie einen grossen und bedeutsamen richtigen Kern enthält, und dass sie blos deshalb im dogmatischen Resultat falsch ausgefallen ist, weil Ricardo die soziale Kategorie nicht scharf von der anderen gesondert und vielmehr beide durcheinander gewürfelt hat. Ich will versuchen, das zu beweisen und den verwirrten Knäuel zu entwirren.

Smith und Ricardo erinnern bei Aufstellung jenes angeblichen Urtypus menschlicher Wirthschaft, wo „Arbeit der uranfängliche Preis“ gewesen sein soll, an Faust, der wie so viele vor und nach ihm das, was sie nach ihrer vorgefassten Lehrmeinung als Grundelement erkannt zu haben glauben, gleich für den Anfang der Entwicklung als wirkend präsumiren. „Im Anfang war“ — so heisst es dann auf unserem Felde: — die Arbeit. So legt man die eigenen Gedankendinge der Entwicklung als Schöpfungsidee unter. Jenen angeblichen Urtypus der Werthbildung sehen sie als wohlberechtigten Ausgangspunkt ihrer Betrachtung an, weil jene Werthbildung „in jenen einfachen Verhältnissen, die zur Erklärung der primitiven Prinzipien vorausgesetzt werden mussten, (angeblich) überhaupt noch nicht alterirt sein konnte, weil die ihn alterirenden Momente, die Theilung des Bodens und Kapitals unter mehrere Grund- und Kapitalbesitzer bei ungleicher Produktivität . . . u. s. w., erst später ihre Stelle und Bedeutung finden“ (Rodbertus a. a. O. S. 22, 23). Dorthin, wo ihre theoretischen Kreise noch nicht durch die Einflüsse der später auftretenden Partizipanten, der Grund- und Kapitaleigenthümer, gestört sind, in dies Land der eigenen theoretischen Phantasie, in diesen hypothetischen Zufluchtsort flüchten sie sich, um dessen angebliche Gesetze dann einfach in die moderne Wirthschaftswelt hinüberzuretten.

Und doch ist jener „Urtypus“, wenn man ihn nun näher betrachtet und ihn auf seine wahrhaft möglichen und nothwendigen Grundprinzipien zurückführt, faktisch keineswegs so „einfach“, so „primitiv“ wie Jene ihn sich vorstellen. Er ist logisch nur denkbar und zur Erklärung der modernen Sozialökonomie verwendbar,

wenn man in ihm bereits eine organisirte soziale Arbeitsvereinigung und Arbeitstheilung, wenn auch nur weniger, so doch wenigstens so vieler Individuen voraussetzt, dass sie nach einem ausdrücklich verabredeten oder durch die Natur der Verhältnisse sich von selbst ergebenden Plane der Arbeitstheilung die materielle Versorgung des in Betracht kommenden sozialen Personenkreises so regeln, dass nach dem vorhandenen Vorrath (Fonds) von bleibenden originären Produktionselementen — Natur und Arbeitskraft nämlich — diejenigen konkreten und bestimmten „leibhaftigen“ Güter hergestellt werden, welche den Kreis der menschlichen Nahrungs- und Nothdurftsmittel, und, wenn angängig, auch des Wohlbehagens und Luxus, einheitlich und ganz befriedigen.

Smith und Ricardo haben übersehen, dass erst in einem solchen Zustande menschlicher Wirthschaft von Tauschverkehr, von Tauschwerth in dem hier brauchbaren und für die Methode verwendbaren Sinne die Rede sein kann; denn, wie Rodbertus richtig an anderen Stellen ausführt, die vorausgehende isolirte Wirthschaft ist die reine Negation der Arbeitstheilung und des Tauschwerths, und auch blosse isolirte Tauschfälle, bei sonst im Uebrigen vorwiegender Wirthschaft für den eigenen Gebrauch, diese zufällig und partiell entstehenden, plötzlich wieder verschwindenden Arbeitstheilungen, lassen das Maass der Vergeltung, also des Tauschwerths von der Dringlichkeit des Bedürfnisses und dem Vorrath des Produkts bei Jedem der Tauschenden, d. h. von dem individuellen Begehr und Angebot abhängen, so dass man die Gesetze des Tauschwerths nur untersuchen und finden kann bei der regelmässigen Arbeitstheilung, die den Einzelnen ihre besonderen immer gleichen Lebensbeschäftigungen zuweist, aus deren Zusammenwirken erst wieder der Lebensunterhalt für Alle resultirt.

§ 5.

Der Begriff der Nahrungseinheit als nothwendige Ergänzung des Urtypus.

Ich denke, wir haben nun die Bausteine zu einem umfassenden und zeitgemässen, dem jetzigen Stande der Wissenschaft entsprechenden Um- und Ausbau des „Urtypus“ zusammen, sie sind in den oben bezeichneten Voraussetzungen gegeben, die ich, um den

Schein einer willkürlichen persönlichen Erfindung zu vermeiden. in den Worten anerkannter Autoritäten vorgeführt habe. Holen wir denn also die wilden Smith'schen „Hirsch- und Bieberjäger“ herein aus ihren unwirthlichen isolirten Gefilden, Göttin Ceres mit ihren himmlischen Genossen geselle den Menschen zum Menschen und heisse sie nach vernünftigen Pläne arbeiten. Um ihr Treiben zu übersehen, nehmen wir eine kleine Zahl, und zwar eine Zahl von 10 arbeitenden Menschen an. Angenommen also, diese kleine, aber begrifflich schon soziale Wirthschaftsorganisation richte ihren Plan darauf, zur Herstellung des Lebensunterhalts ihrer 10 Mitglieder die Güter zu produzieren, welche nach der Produktivität des zur Verfügung stehenden Bodens und Urmaterials und nach dem Stande der Kultur und Technik zu erzielen sind. Sinnlich (rein ökonomisch) betrachtet, werden es also 10 menschliche Gesamtbedarfe sein, deren Herstellung der Wirthschaftsplan zu seinem Ziele hat, oder — um diesen m. E. wichtigsten wissenschaftlichen Begriff schon hier einzuführen — 10 „Nahrungseinheiten“. Jede dieser konkreten Nahrungseinheiten muss nun aus ganz bestimmten Quantitäten verschiedener Güterarten bestehen, nämlich solcher, welche die Nahrungs-, Wohnungs-, Kleidungs- und Erwärmungsbedürfnisse, und fernerhin solcher, welche die anderweitigen vorhandenen und erfüllbaren Bedürfnisse befriedigen sollen. Nehmen wir gleichfalls 10 solcher Güterarten an, aus denen die erzielbare Nahrungseinheit besteht, und setzen wir die Produktion als so eingerichtet voraus, dass jedes der 10 Individuen eine jener 10 Güterarten und Gütermengen von Anfang bis zu Ende fertig stelle, so dass also bei A. schliesslich für jede Konsumtionsperiode 10 Stück des Gutes 1 zum Verbräuche daliegen, bei B. 10 Stück des Gutes 2, und so fort bei K. 10 Stück der zehnten Gütersorte, so würde in dem vorausgesetzten Zustande die Vertheilung des Erarbeiteten so vor sich gehen, dass A., B., C. bis K. je $\frac{1}{10}$ der von ihnen persönlich gefertigten Gütersorte behalten und die übrigen $\frac{9}{10}$ gegen je $\frac{1}{10}$ des Produkts der Anderen an letztere abgeben, oder, wenn die Gesellschaft mehr sozialistisch gefärbt wäre, jeder Genosse sein ganzes Produkt in das gemeinsame Magazin schafft, von welchem aus die schliessliche Vertheilung doch wieder nach denselben Grundsätzen zu erfolgen hätte.

Ich bin nun allerdings mit Ricardo der Ansicht, dass in diesem von ihm doch schliesslich selbst gemeinten und oben von mir nur näher ausgestalteten hypothetischen Zustande der Tauschwerth der

gegen einander umgesetzten Güter vollständig mit dem Maasse der auf sie verwendeten verglichenen Arbeit korrespondirt, indessen, muss ich als neu hinzufügen, auch korrespondirt mit dem Maasse der durch jene Arbeit hergestellten Bedürfnissbefriedigungsqualität. Zwei begriffliche Maasseinheiten stehen sich hier gegenüber. Auf der einen Seite der Begriff der lebendigen produzierenden Arbeit, gemessen an einem Arbeitstag, einem Arbeitsjahr, demnach die einheitlich zusammengefasste Menge Arbeit, die dem eintägigen, einjährigen Leben des Arbeiters entspricht, auf der anderen Seite: der Begriff der erarbeiteten konkreten Nahrungsmittelmengen, (Nahrung im weitesten Sinne des gesammten Unterhaltbedarfs gemeint), welche der Arbeiter für sein Leben während eines Tages, eines Jahres oder einer beliebigen anderen Zeitspanne seines Daseins verbraucht.

Eben so gut und so schlecht wie Ricardo sagt, das eine Gut sei so viel werth als ein anderes, weil gleich viel Arbeit auf dasselbe verwendet worden und „in ihm steckt“, gerade so gut bin ich von der anderen Seite berechtigt, zu sagen, die beiden Güter sind deshalb gleich viel werth, weil sie beide ermöglichen, in jenem vorausgesetzten Zustande der Arbeitstheilung gleiche Mengen oder Quoten von Nahrungseinheiten einzutauschen. Jedenfalls aber kann man sagen, die Summe von Gütern, welche jeder Einzelne jener 10 Menschen den Zeitraum hindurch fertig gestellt, ist deshalb eine Nahrungseinheit werth, weil es ihm durch Austausch seines Produkts gelingt, ebenfalls eine solche Einheit d. h. die 10 verschiedenen Güterquantitäten für seinen Lebensunterhalt einzuholen, und die Anderen können ihm die Nahrungseinheit stellen, weil eben das Zusammenwirken der 10 Arbeiter ermöglicht, 10 Nahrungseinheiten zu schaffen und ihm eine davon abzutreten.

Wären also jene 10 Menschen rein sozialistisch, etwa vermöge einer freien Vereinbarung, eines „*contrat social*“, konstituiert, so bekäme Jeder aus dem gemeinschaftlichen Magazin einfach eine Nahrungseinheit zusammengestellt, und es wäre hier eine ganz überflüssige Spielerei, die einzelnen Theile dieser Nahrungseinheit, die 10 Gütersorten, ihrem Werthe nach noch extra nach der in ihnen enthaltenen Arbeitsmenge zu bestimmen, die richtige und naturgemässe Vertheilung erfolgte „rein ökonomisch“ in natura. Keine Spielerei aber, sondern eine bittere Nothwendigung für die individualistische Verständigung und Austragung des wirthschaftlichen Kampfes ist es, den relativen Werth der einzelnen,

von örtlich zerstreuten und durch egoistische Sonderinteressen geleiteten Individuen hergestellten Bestandtheile von Nahrungseinheiten dann haarscharf und streng zu bestimmen, wenn solch ein gemeinschaftlicher Zentralwille, der als „Vertheiler“ die Einigkeit der Arbeiter durch mehr oder minder strengen Zwang herbeiführt, fehlt und erst dadurch ersetzt werden muss, dass sich die tanschenden Personen mit fremder kalter do ut des-Politik gegenüber treten. Denn nichts Geringeres, als einen bestimmten Theil und zeitlichen Abschnitt seiner Lebenskraft giebt der Verkäufer fort, und muss, um leben zu können, im Stande sein, für einen gleichen Abschnitt seiner Lebenszeit eine entsprechende Quote und Masse Nahrungseinheit als Befriedigungsmittel zur Erhaltung seines Lebens dafür einzutauschen. Und warum geht es auch hier, warum stimmt auch hier der aliquote Theil der Arbeitseinheit mit dem gleichen aliquoten Theil der Nahrungseinheit zusammen? Eben doch aus dem nämlichen Grunde, weil trotz des fehlenden politischen Sozialismus ein wirthschaftlicher Sozialismus der Arbeitsvereinigung und Arbeitstheilung besteht, und nur insoweit er besteht, ist die wirthschaftliche Harmonie und Kongruenz erreicht, während beim blinden Zufallstausch die Werthbestimmung von Willkür, Laune und Noth abhängt. Das ist ja das Grossartige und Erhebende des sozialen Zusammenschlusses der Individuen auch auf wirthschaftlichem Gebiete, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, erst voll und ganz Mensch zu sein. Während sie scheinbar ein Stück ihres Lebens und ihrer Freiheit fortgeben, indem sie für Andere streben und arbeiten und die Anderen dasselbe für sie thun, potenziren sie ihre individuelle Macht, statt sie zu verkleinern. Der Mensch selbst giebt jetzt das Maass ab für die Dinge der Aussenwelt, der Mensch kann jetzt, wie neuere Nationalökonomien so schön hervorgehoben haben, der wirkliche Ausgangspunkt aller Wirthschaft sein. der Mensch ist das Maass aller Dinge, der Mensch als ein Ganzes bestimmt die Wertheinheit, und zwar sagt Ricardo und die alte Schule: der Mensch als arbeitendes Wesen; der Mensch als geniessendes Wesen dagegen — sagt die Schule, die jetzt nach Herrschaft ringt und die da meint, dass der Mensch nur arbeitet, um zu leben und nicht lebt, um nur zu arbeiten.

In jener begrifflich ergänzten Hypothese des Smith-Ricardoschen „Urzustandes“ decken sich also Genuss- und Arbeitseinheit noch in schöner Harmonie, aber der geniessende Mensch macht

doch hauptsächlich, ja im letzten Grunde ausschliesslich, auch dort schon die Wertheinheit ans. Dass dieselbe hier mit der Kostenarbeit zusammenfällt, ist nichts als eine zufällige Eigenthümlichkeit dieser besonderen Hypothese. Nicht weil in jener kleinen Welt bestimmte Arbeit auf ein Gut verwendet worden ist, hat es den geschilderten Werth, sondern weil die Nahrungseinheit als Wertheinheit a priori den Produzenten teleologisch bestimmend bei ihrem ganzen Wirthschaftsplane vorgeschwebt und sie bewusst oder unbewusst geleitet hat. Erst a posteriori findet, durch den Nothbehelf des Werthansatzes beim Tausche, die Werthbemessung nach Arbeit statt. Zeitlich und kausal geht die Arbeit voran, teleologisch aber bestimmt der Werth der Güter die auf ihre Erzeugung zu verwendende und verwendete Arbeit. Die Unterscheidung und Bemessung der einzelnen Güter der Nahrungseinheit in ihrem gegenseitigen Arbeitskostenwerthe ist nur „das Medium der Vertheilung“. Weil das Individuum nicht volle Nahrungseinheit gegen volle Nahrungseinheit vertauscht, muss es sich die zerstreuten Theile derselben von den einzelnen Wirthschaftsgenossen heran- und zusammenholen, wobei die Arbeit als blosse Vertheilungskategorie in diesem speziellen „historischen“ Zustande das scheinbare Maass des Werthes abgibt, aber die Arbeit nicht als natürlicher rein ökonomischer Produktionsfaktor, sondern als historische Kategorie.

Das ist es nun gerade, was die Ricardo'sche Schule übersah und bei der unvollständigen und unorganischen Vorstellung vom „Urtypus“ übersehen musste. Indem sie nur zufällige Tauschfälle betrachtete, entgingen ihr all die Elemente, die die Grundlagen der Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung in einem sozialen Organismus ausmachen, wo es sich nicht um zufällig erlegte Hirsche und Biber handelt, deren gesonderte Werthbemessung überhaupt schlechterdings unmöglich ist, sondern wo die einzelnen produzierten und zur Vertheilung gelangenden Güter in ihrer „leibhaftigen“ sinnlichen Nutzbarkeit als feste, integrierende Bestandtheile der planmässig erzeugten bestimmten Nahrungseinheiten ihren bestimmungsmässigen und bestimmten Platz einnehmen. In einem solchen Organismus sind nicht nur die demselben zur Verfügung stehenden bereiten Arbeitskräfte der einzelnen Individuen, sondern, da überdies die von ihnen zu bearbeitenden und auszunutzenden Natur-

kräfte gegebene sind, auch der Umfang und Inhalt der nach dem jeweiligen Stande der Technik, Kultur und Produktivität erzielbaren und zu vertheilenden Nahrungseinheiten eine zur gegebenen Zeit bestimmbare und bestimmte absolute Grösse.

Die effektive Wirkungssphäre der Arbeit für den Werthbildungsprozess dagegen ist nur von relativer, wenn auch eminent wichtiger Bedeutung. In dem geschilderten Zustande würde sie darin bestehen, dass sie den relativen Werth der einzelnen Güter als Bestandtheile der Nahrungseinheit „anzeigt“; „bestimmt“ kann man kaum einmal sagen, oder man muss wenigstens hinzufügen: vorausgesetzt, dass die Nahrungseinheit als solche, nämlich als Wertheinheit, vorher feststeht.

Herausgerissen aus diesem organischen Zusammenhang muss die Arbeit eine unerklärliche mystische „Substanz“ des Werthes bleiben, wie Marx sie nennt, und wie so viele Philosophen, wenn sie ein Ding nicht erklären können, von seiner „Substanz“ reden.

Will man die Gesetze ergründen, die für einen komplizirten Organismus, wie die Volkswirtschaft, gelten, so darf man nur Wirtschaftstypen benutzen, welche, seien sie auch noch so einfach, dennoch in nuce latent schon auch die heute maassgebenden Grundelemente enthalten, sonst läuft man Gefahr, statt einen Typus aufzustellen, eine Utopie zu erfinden, und dann, was für die Anwendung noch schlimmer ist, diese Utopie in die Erklärung des heutigen Wirtschaftsorganismus hineinzutragen. Vor Allem muss man bei der Aufstellung eines solchen Urtypus sich klar machen, dass es sich doch nur um eine theoretische Abstraktion und eine begriffliche Abbreviatur des wirklichen Zustandes handelt. Die einzelnen Abbreviaturen müssen genau darauf untersucht werden, ob sie nicht etwa wesentliche indispensable Grundprinzipien enthalten, die zwar im vorausgesetzten Typus scheinbar zurücktreten, aber doch vielleicht im Laufe der historischen Ansbildung des Organismus als wesentlich hervortreten und so verursachen, dass das Prinzip unwandelnde Modifikationen erleidet.

Was ganz Anderes wäre es, wenn der viel genannte Urtypus geschichtlich wäre. Dann könnte man einfach induktiv seine Gesetze ergründen und induktiv-historisch aus der Empirie die Fortbildung jener Gesetze erkennen. Diesen Anspruch als historische Thatsache und Wahrheit kann ja doch aber der „Urtypus“ uimmermehr erheben, vielmehr ist man sich längst darüber einig, dass sich die sozialen Wirtschaftsformen geschichtlich nicht aus jenen ge-

schilderten kleinen freien und gleichen, also gewissermaassen auf Grundlage eines *contrat social* gebildeten Arbeitsvereinigungen, sondern umgekehrt aus Zuständen der Gebundenheit und Unfreiheit herausgebildet haben. Die Ricardo'sche Hypothese ist eine rückwärts aus dem heutigen Zustande künstlich herausgeschälte, unvollkommene und einseitige Deduktion, in welcher von einer ganzen Reihe der wichtigsten heute mitspielenden Elemente abstrahirt wird, sie setzt eine grosse Reihe von Umständen voraus, die in Wirklichkeit wohl niemals überhaupt zusammengetroffen sind, sie setzt voraus: gleiche naturale Produktionsbedingungen für Jedermann, also beliebige Fülle von gleich fruchtbarem Boden gleich günstiger Lage, gleiche persönliche Leistungen, gleiches Produktionsresultat, ferner in sozialer Beziehung: unbedingte Freiheit und Gleichheit, Aufhebung allen Grundeigenthums oder doch allgemeine Zugänglichkeit der Naturfaktoren, und theilweise in Folge dessen: Fortfall jedes Zwangsverhältnisses, letzteres wenigstens scheinbar, eben weil (in dem künstlichen Gebilde Ricardo's die historische Kategorie in ihren Wirkungen für die oberflächliche Betrachtung latent bleiben muss; denn der Umfang der einzelnen Nahrungseinheiten in dem voransgesetzten Zustande hängt nur von der jeweilig gegebenen Produktivität des Bodens und der Arbeit, also von lauter rein ökonomischen Elementen ab. Da die zehu Arbeiter das gesammte Produkt ihrer Arbeit noch mit keinen anderen Partizipienten zu theilen haben, vielmehr Alles behalten, tritt das soziale Element der Macht und des Zwanges zurück, es wird hier ersetzt durch die Freiheit, Gleichheit und den Gerechtigkeitssinn der Mitglieder des voransgesetzten wirthschaftlichen Zustandes und durch die Thatsache, dass, wenn man einem Genossen nicht den seinem Arbeitseinsatz entsprechenden Antheil, d. h. eine gleiche Nahrungseinheit, wie den Anderen, gewährt, er davonläuft, hierdurch „zwingt“ er seine Genossen allein. Aber dieser Zwang ist der sanfte, gerechte und harmonische Zwang der hypothetisch gedachten Verhältnisse, er ist mehr ethischer und deshalb problematischer Natur.

Diese Harmonie, über welche Ricardo das Vorhandensein und die Wirkungssphäre der historischen Kategorie ganz vergisst, schwindet nun aber später, und es liegt der grosse Verstoß der Arbeitskostentheoretiker gerade darin, dass sie nicht untersuchen, ob sich nicht mit der Aenderung jener hypothetischen Grundbedingungen in den späteren Wirthschaftsperioden jene einfachen

„ursprünglichen“ zwingenden Momente geändert haben und in ganz anders geartete historische Kategorien übergegangen sind.

Ricardo übersieht, dass jetzt jenen ursprünglich erforderlichen Nahrungseinheiten der Arbeiter, welche letzteren noch Kapitalisten, Grundeigenthümer und Arbeiter gewissermaassen in Einer Person waren, neue Nahrungseinheiten hinzutreten, die eine ganz andere wirtschaftliche Betrachtung nothwendig machen. Früher war die Eine Arbeiternahrung die selbstverständliche umfassende Wertheinheit, deren einzelne Bestandtheile nur aufzuthellen und zu bewerten waren.

Der Arbeiter musste sich diese Bestandtheile von den einzelnen Genossen, wo sie zerstreut bereit lagen, zusammenholen. Auf diese wichtige Zusammenholung der Bestandtheile, auf das Resultat, dass er dann die gleiche Nahrungseinheit wie die anderen Genossen zusammenbrachte, konnte sein ausschliessliches Bestreben gerichtet bleiben.

Die neuen kapitalistischen Bodenbebauer und Industrieunternehmer haben eine Sorge mehr, sie müssen darauf sehen, dass die von den Arbeitern während der Produktion verzehrten und ihnen vorgeschossenen Nahrungseinheiten wieder erzeugt und zusammengebracht werden, es entsteht aber für die kapitalistischen Unternehmer zugleich ein anderes Postulat: Die Erzeugung und Zusammenbringung ihrer eigenen Nahrungseinheiten und damit die weitere Sorge, nicht nur, dass die Arbeiter genug zum Leben erhalten, sondern auch dass sie nicht zuviel erhalten, und dass ihnen selbst als Unternehmern das Genügende übrig bleibt.

Im früheren hypothetischen Wirtschaftszustande war die Arbeit der Produzenten der alleinige praktische Vertheilungs- und Werthmaassstab, indem sie den relativen Werth der einzelnen Bestandtheile der feststehenden Nahrungseinheit ausmachte. Die eigentliche absolute Bewertung war noch nicht erforderlich, die Arbeit war nur das Medium für die Zuteilung der einzelnen Bestandtheile der in ihrer Grösse und in ihrem Werthe gegebenen Nahrungseinheiten.

Anders heute. Da geht es nicht an, die Werthe zu vertheilen, ohne den Werth des zu Vertheilenden selbst zu kennen. Heute kann der Werth nicht blosses Medium der Vertheilung sein, d. h. es kann sein Wesen aus blossen Vertheilungskategorien nicht ergründet werden, heute müssen die Nahrungseinheiten erst in sich nach ihrer

absoluten Bedeutung bewerthet werden, ehe man an die Bewerthung der einzelnen Bestandtheile derselben gehen kann. Wenn man für den früheren Zustand die Arbeit als den alleinigen Vertheilungsfaktor ansehen konnte, da sie allein den Divisor für den gegebenen Dividendus ausmachte, wie kann man denn diesen Vertheilungsmaassstab nun von seinem früheren zufälligen Anwendungsfelde blindlings übernehmen und mit ihm in einen ganz anderen komplizirteren und in sich jetzt unbestimmten Dividendus, d. h. in die Arbeiter- und Kapitalisten-Nahrungseinheiten hinein-dividiren.

Die alten gleichen Vertheilungsmaximen wären nur bei Auftheilung der gleichen alten Nahrungseinheiten anwendbar, sie wären denkbar, wenn die Arbeiter auch noch heute gleich viele und gleich grosse Nahrungseinheiten produzierten, so viel die gegebene Produktivität der Kulturstufe es erlaubt, und zwar, wie früher, nur in Rücksicht auf ihre eigene Ernährung, und nun — hinterher etwa die Kapitalisten wie Vampyre oder Schmarotzer von einem jeden einzelnen Bestandtheile dieser nämlichen Einheiten einen gleichprozentigen Abspliss fortsangten. In dieser fehlerhaften Anschauung, der Ricardo zuerst sich schuldig gemacht hat, wurzelt noch heute der theoretische Sozialismus, besonders die Marx'sche (und auch Rodbertus'sche) Theorie vom „Mehrwerthe“. Mögen die Sozialisten doch alles Produkt zusammen, einschliesslich der Nahrungseinheiten der Kapitalisten, auf die Arbeit, als alleiniges wahres und verdienstliches Produktionsmittel, zurückführen, d. h. den Arbeitern das gesammte Produkt als ihr wahres, ihnen geraubtes Eigenthum vindiziren. Diese mehr ethische als ökonomische Betrachtungsweise kann Ihnen ja Niemand wehren. Wenn sie sich aber darauf stützen, dass die Handarbeit allein als produzirendes Element faktisch — und nach dem richtigen Dogma — den Werth der einzelnen Güter bestimme, dass der Gewinn nur einen Abzug vom Werthe des einzelnen nur als Arbeitsprodukt gedachten Gutes ausmache, so segeln sie unter falscher Flagge, sie missbrauchen die Wissenschaft als Deckmantel zu ihren Vertheilungsbestrebungen, selbst wenn man letztere an sich, aber aus ganz anderen Gründen, für gerecht ansehen wollte.

Wenn man, wie z. B. Marx wiederholt verspricht, die Gesetze der bestehenden Volkswirtschaft darlegen will, muss man sich vor Allem hüten, ethische Forderungen mit faktischen Bestimmungsgründen zu verwechseln.

Man vergegenwärtige sich doch recht genau die volle Absurdität der Ricardo-Marx'schen Gedankenfolge: Im ursprünglichen Zustande bestimmt die Arbeit allein den Werth. dieser Werth stammt nur aus der Vertheilung, deren „Medium“ derselbe ist. also wäre doch die Arbeit als werthbildendes Element nur in ihrer Gestalt als historische (Vertheilungs-)Kategorie gedacht. Wir haben gesehen, dies ist in jenem vorausgesetzten eigenartigen Urtypus auch zufällig zutreffend, da überall gleiche Produktionsbedingungen und gleiche Produktionseffekte in Gestalt gleicher Nahrungseinheiten vorausgesetzt sind und keine anderen „Vertheiler“ als die Arbeiter da sind. Statt nun zu untersuchen, wie im späteren Zustande die historische Kategorie, die als solche ja schon begrifflich variabel ist, sich in ihren Wirkungen auf die Werthbestimmung ändert. und ob nicht das Hinzutreten der zwei neuen „Vertheiler“, der Grund- und Kapitaleigenthümer, neue Vertheilungskategorien hinzufügt, vergessen jene Schriftsteller den Unterschied zwischen Produktions- und Vertheilungsfaktoren und handeln überdies nur von Einem Faktor, der Arbeit. Statt, wie es jetzt richtig wäre, 6 Faktoren zu unterscheiden, nämlich Arbeit, Natur und Kapital, je in ihren doppelten Funktionen als Produktions- und als Vertheilungsfaktoren, übernehmen sie aus dem alten Zustande den Einen Faktor, Arbeit, allein und zwar werfen sie die beiden Funktionen dieser letzteren noch überdies zusammen und unterscheiden nicht, ob die Arbeit als Produktions- oder als Vertheilungsfaktor wirkt, sie sprechen nur von der Quantität Arbeit, die in den Produkten „steckt“, nennen das „Substanz des Werthes“ und operiren so mit einem ich möchte sagen „mystischen Agens“, welches auf eine unerklärliche Weise den Werth inhärent mit dem Stoff hervorzaubert.

Auf diesem Standpunkt der logischen Verwirrung angelangt, ist dann für die Sozialisten der Schluss von selbst gegeben: Da der Werth des ganzen Produkts ausschliesslich durch die Grösse der auf dasselbe verwandten produzierenden Arbeit bestimmt wird, so ist jede Art von Gewinn und Rente ein Abzng vom Werthe, ein Raub an dem „Eigenthum“ der Arbeit — ein Diebstahl.

§ 6.

Die Doppelstellung von Natur, Arbeit, Kapital als Produktionsmittel und als Vertheilungsfaktoren. Ausblick über Bedeutung und Zukunft der sozialen Methode im Gegensatz zum britischen Lehrsystem.

Das Resultat unserer Untersuchung über die „effektive Wirkungssphäre“ der Arbeit in Bezug auf die Werthbildung lautet demnach: Die Arbeit ist weder in ihrer Bedeutung als rein ökonomische Kategorie noch in ihrer Wirkung als Vertheilungskategorie unmittelbar und ausschliesslich für die Werthbildung entscheidend. In der ersteren Funktion, als ewiger naturgesetzlicher und indispensabler Produktionsfaktor, kann sie es nicht sein, weil die beiden anderen ebenso indispensablen Produktionsfaktoren, Natur und Kapital, in unzertrennlichem Zusammenhange mit der Arbeit mitwirken, und es ist auch absolut unansmessbar, welchen grössenmässigen Antheil die drei Faktoren einzeln an der Herstellung der Güter haben, ebenso wenig, wie man von einem Kinde sagen kann, es stamme in einem Bruchtheile vom Vater, in einem anderen von der Mutter. — Als Vertheilungsfaktor kann die Arbeit heute sicherlich ebenso wenig den Anspruch auf die Eigenschaft des alleinigen Werthbestimmungselementes erheben; denn — das ist ja die Klage der Sozialisten — das Produkt wird in der „bestehenden“ Volkswirtschaft nicht allein an die Besitzer der Arbeitskraft, sondern zu einem grossen Theile auch an die Besitzer der Naturkraft und des Kapitals „vertheilt“. Der Mikrokosmos des „Urtypus“, in welchem nach der künstlich ausgedachten Hypothese, in Folge einer zufälligen historischen Akzidenz, Arbeit als Produktions- und als Vertheilungsmoment, mit anderen Worten die Nahrungseinheiten und die auf die Herstellung derselben verwandte Arbeit, kongruent waren, und gleicher Arbeit gleiches Produkt „zugetheilt“ werden „musste“, ist jetzt gebrochen. Das „Muss“ und seine Gesetze lauten jetzt anders, die letzteren können nicht mehr aus natürlichen, begrifflich konstanten Elementen abgeleitet werden, jetzt wird der Arbeit als Lohn das zugewiesen, was sich erst in Folge der Schwerkraft der Machtverhältnisse aus dem wirtschaftlichen Kampfe mit den Besitzern der beiden anderen Produktionsfaktoren als ihr Antheil herausstellt.

Die Grösse des Arbeitslohnes, des Kapitalgewinnes und der Rente ist deshalb heute auch das Resultat der sozialen Macht-

verhältnisse, und nicht nur der natürlichen Wirkung des antheiligen Produktionseffektes. Produktionseffekt und Vertheilungsquote sind keine aufeinander reduzierbaren Grössen. Die Macht allein, die Vertheilungsgesetze, schreiben die Grösse des Antheils vor. Allerdings ist wohl zu beachten, dass die Produktion nicht aus Un gemessene wachsen kann, Lohn und Renten haben allerdings ihre mögliche potenzielle latente Maximalgrenze in den jeweiligen naturalen Produktivitätsbedingungen, aber es ist eine oberflächliche Identifizierung der beiden „Kategorien“ und eine durch nichts bewiesene Behauptung oder unbewusste stillschweigende Unterstellung der älteren Schule, dass sich die jeweilige thatsächliche Höhe und Grösse der drei Antheile nach der effektiven Energie der jeweiligen Produktionsbedingungen richten, dass sie absolut und in ihrem Verhältniss zu einander mehr oder minder „eherne“ sind, oder dass auch nur die absolute Gesamtsumme des zu vertheilenden Gesamtprodukts in Folge der gegebenen Produktivität des Kulturzustandes fest bestimmt sei, und es sich höchstens um die mögliche Verschiedenartigkeit der „Vertheilung“ des Produzierten handeln könne. Die „Antheile“ wirken vielmehr auf die Produktion und deren Umfang zurück, die beiden Kategorien wirken gleichzeitig neben einander in inniger Verschlingung, und es ist nur ein Beweis für die Verkennung dieses Zusammenhanges, dass noch heute in den meisten Lehrbüchern im ersten Theile die Gesetze der Produktion und im anderen die Gesetze „der Vertheilung des Volkseinkommens“ abgesondert behandelt werden, und dabei dies „Volkseinkommen“ als ein „natürliches physisches und physikalisches Datum“ (Mill) bezeichnet und schliesslich dann doch im letzten Grunde auch die Vertheilung dieses „Gegebenen“ durch rein ökonomische, „natürliche“, „eherne“ Gesetze erklärt wird.

Um dem Leser schon hier einen vorläufigen Ueberblick über die unermessliche Bedeutung zu geben, welche eine, die beiden Kategorien unterscheidende Methode für die Bestimmung der Gesetze vom Arbeitslohn, vom Gewinne und von der Rente und somit für die ganze nationalökonomische und auch für die sozialpolitische Theorie eröffnet, stelle ich die Quintessenz der bis heute noch nachwirkenden und zum grossen Theil „herrschenden“ britischen Lehrmeinung den sich aus der hier vorgeschlagenen Methode aufdrängenden Problemen in kurzen Sätzen einander gegenüber.

Die Ricardo'sche Lehre in der ihr von Mill gegebenen Erweiterung und Formulirung lautet (wörtlich aus Ricardo und Mill entnommen):

„Der Tauschwerth aller Güter, seien es die Erzeugnisse der Gewerke, des Bergbaues oder der Landwirthschaft, wird stets bestimmt durch die Menge von Arbeit, welche nothwendig auf die Hervorbringung von denjenigen verwendet wird, die unter den ungünstigsten Verhältnissen, d. h. denen, unter welchen der nothwendige Bedarf an Erzeugnissen die Fortsetzung der Hervorbringungsarbeit gebietet, produziren. Angenommen, auf dem schlechtesten Boden arbeiten 10 Menschen, so wird als Preis für das Erzeugniss, mag es gross oder klein sein, mag es z. B. 180, 170, 160 oder 150 Quarter Weizen betragen, immer die gleiche Summe erlangt, welche letztere sich unter die Kapitalisten (Pächter) und die 10 Arbeiter ausschliesslich vertheilt. Das Mehrprodukt auf den besseren Ländereien, die Rente, fällt den Eigenthümern dieser Ländereien als blosser „Extravorthail“ zu, den sie durch das Uebergewicht der natürlichen Vorzüge ihrer Grundstücke erlangen; der Werth jenes Mehrprodukts richtet sich nach dem Preise, also nach der Hervorbringungsarbeit auf dem jeweilig bebauten schlechtesten Boden; nur Arbeitslohn und Gewinn sind die allgemeinen und einzigen Elemente der Preisbildung. — Arbeitslohn und Gewinn zusammen haben also immer einen gleichen Werth. Ist Boden noch in Fülle vorhanden, so bleibt von dem auf dem schlechtesten noch bebauten Boden gewonnenen Erzeugniss für den Kapitalgewinn mehr übrig, da die Arbeiter weniger davon zu erhalten brauchen, und dieser letztere Antheil, aber auch dieser allein, den Gewinnst regelt. Wird schlechterer Boden in Anbau genommen, so wird der Werth eines grösseren verhältnissmässigen Antheils des ganzen Erzeugnisses durch den Arbeitslohn verschlungen und folglich der Werth eines geringeren solchen Antheils dem Gewinnst zugetheilt werden. Diesem Gesetze der Vertheilung, da es auf einem Gesetze der Arithmethik beruht, lässt sich nicht entgehen. Wie gross ist nun dieser Theil des Erzeugnisses, den der Arbeitslohn verschlingt? Antwort: Dieser Lohn, dieser natürliche Preis der Arbeit, ist derjenige, welcher nothwendig ist, um die Arbeiter, einen mit dem Anderen, in Stand zu setzen, zu bestehen und ihr Geschlecht fortzupflanzen, ohne Vermehrung und Verminderung. Auf diesen natürlichen Preis sinkt der Arbeitslohn immer wieder herab, denn wenn auch bei aufsteigender Periode in Folge des grösseren Begehrs von Arbeitskräften der Marktwert der Arbeit gestiegen ist, so giebt derselbe die Ermunterung zur Eheschliessung und Vergrösserung der Bevölkerung ab, und das Resultat ist, dass

der Arbeitslohn wieder auf seinen natürlichen Preis, und in der That zuweilen wegen der Gegenwirkungen unter denselben herabsinkt. So kommen wir denn . . . zu der Schlussfolgerung: — dass in allen Ländern und zu allen Zeiten der Gewinnst abhängt von der Arbeitsmenge, welche, um die Arbeiter mit ihren Bedürfnissen zu versorgen, auf demjenigen Boden oder in Verbindung mit demjenigen Kapitale erforderlich ist, welches keine Rente liefern. Wenn die Produktion irgend eines, wenn auch noch so kleinen Theils des Bedarfs, einen gewissen Preis als nothwendige Bedingung erfordert, so wird man diesen Preis auch für alles Uebrige erhalten.

Das natürliche Streben des Gewinnstes ist demnach zu sinken; denn bei dem Fortschreiten der Gesellschaft u. s. w. erlangt man den erforderlichen Mehrbedarf an Nahrungsmitteln nur durch Aufopferung von mehr und mehr Arbeit. Das hat indessen auch seine Grenzen. Da der Pächter und der Gewerksmann ebensowenig ohne Gewinn, wie der Arbeiter ohne Lohn leben kann, so wird der immer verkleinerte Gewinn nothwendiger Weise kraft der Gesetze der Natur, welche der hervorbringenden Kraft des Bodens ihre Grenzen gesetzt haben, ständig werden.“

Näher formulirt lautet dies natürliche Gesetz, dies „Gesetz der Bodenproduktion“, dieser angeblich „wichtigste Satz der Volkswirtschaft“ (nach Mill) dahin, dass bei einem gegebenen Zustande der landwirthschaftlichen Geschicklichkeit und Kenntniss durch Vermehrung der Arbeit der Ertrag nicht in gleichem Grade zunimmt; Verdoppelung der Arbeit verdoppelt nicht den Ertrag, jede Vermehrung des Ertrages wird durch eine mehr als proportionelle Vermehrung der auf den Boden verwendeten Arbeit erlangt. (Mill I. Kap. 12 § 2).

Indess, sagt Ricardo. (6. Kap.) werde diesem Streben, dieser „Schwerkraft“ des Gewinnstes, zum Glücke von Zeit zu Zeit entgegengewirkt durch die Verbesserungen im Maschinenwesen, durch Entdeckungen in der Landwirthschaft (an anderer Stelle: durch freie Einfuhr wohlfeileren Getreides u. s. w.), was uns in den Stand setze, einen Theil der früher nöthig gewesenen Arbeit aufzugeben und deshalb den Preis des ersten Bedürfnisses der Arbeiter herabzusetzen. Hierdurch, sagt Mill (ebenda und IV, Kap. 3 § 5), durch diesen Gegenfaktor des Bodengesetzes, ist die „eindämmende Schranke“ fort und fort ein klein wenig zurückgeschoben und hierdurch ein Faktor geschaffen, der jene, die Vermehrung der Bevölkerung hemmende Schranke theilweise lockert. Das Bodengesetz,

meint er, gleiche also nicht dem Hinderniss einer entgegenstehenden „Wand.“ man könne sie eher mit einer sehr elastischen und ausdehnbaren Bande vergleichen, die anwachsende Volkszahl habe immer stark gegen diese Bande angedrängt. Wenn nun auch die alleräusserste Schranke „niemals irgendwo“ erreicht worden, so sei es doch der ernstlichste Irrthum, wenn man annehmen würde, dass zur Zeit sich keine praktische Nothwendigkeit ergäbe, das aus dem Bodengesetz sich ergebende Prinzip praktisch zu berücksichtigen. (I. Kap. 12 § 1).“

Man sieht aus allen diesen Sätzen, dass in der britischen Lehre die rein ökonomische Kategorie den Ausschlag giebt: natürliche Schwerkkräfte, Gesetze der Natur, natürliche Produktivität, ehernes Lohngesetz sind entscheidend. „Die Kargheit der Natur, nicht die Ungerechtigkeit der Gesellschaft, ist die Ursache des Elends“ — (Mill I, Kap. 13 § 2). Und selbstredend ist dann der sozialpolitische Schluss aus allen diesen Anschauungen: Erhöhtes Sparen, Vermehrung der Produktion, Enthaltbarkeit, volles Freihandelssystem, Abtreten der überflüssigen Arbeiter, für welche am grossen Mahle der Natur kein Gedeck übrig ist (Malthus), Abschaffung von Armengesetzen, „welche nur das Elend gross ziehen und Reiche und Arme schliesslich mit der Plage allgemeiner Armuth behaften“ (Ricardo, Kap. 5). Und endlich für die wichtige Lehre von den Krisen: Krisen entstehen nicht durch Ueberproduktion, sondern dadurch, dass nicht das Richtige oder dass nicht genug produziert worden ist (Kap. 21).

So die Quintessenz der britischen Schullehre. Eine Schule dagegen, welche auch die Einwirkungen der sozialen Kategorie ins Auge fasst, könnte sich folgende Zweifel und Gegenfragen erlauben:

Ist es nicht ebenso gut denkbar, dass sich die Höhe des Arbeitslohnes nach dem jeweiligen Stande der Macht, der Bildung, der Begehrlichkeit der Arbeiter richtet? Ist das ehernes Lohngesetz, soweit es überhaupt zutrifft, wirklich nur ein blosser Ausfluss der Unzulänglichkeit der natürlichen Produktionsverhältnisse, oder stammt es nicht vielmehr zu einem viel wichtigeren Theile aus der Unzulänglichkeit der Abfindungsverhältnisse, aus der sozialen Inferiorität der zerstreuten und noch nicht in machtvolle Berufsverbände vereinigten isolirten Individuen des vierten Standes, die sich in ihrer isolirten Stellung die Bedingungen des Arbeitsvertrages ohne Widerstand müssen gefallen lassen und sich noch überdies durch ihre eigene gegenseitige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte den Lohn herabdrücken?

Wenn dem so wäre, trifft dann nicht etwa ein ähnliches Gesetz auch für die Höhe des Kapitalgewinnes zu? Sind hier die wirkenden „Schwerkräfte“, von denen Ricardo spricht, nicht etwa auch mehr sozialer als rein ökonomischer Art? Wirken hier nicht etwa ähnliche Gesetze der Konkurrenz, der sozialen Isolirtheit, der Schwäche und der Macht auf die Regulirung eines, mit gleichem Rechte und gleichem Unrechte wie beim Arbeitslohn, „ehern“ (sozial-ehern) zu nennenden Kapitalgewinnes hin? Richtet sich dieser letztere wirklich nach dem Ausmaasse, in welchem die auf dem jeweilig schlechtesten, keine Grundrente gewährenden Boden beschäftigten Arbeiter dem Kapitalisten vom Produktionssegen etwas übrig lassen, oder oszillirt er nicht vielmehr, einigermassen unabhängig von dem ewigen Schwanken der Produktivität, in Folge der Konstanz der Vertheilungsgesetze Jahrhunderte lang gleichmässig um 3 oder 4 Prozent herum, und steht er nicht grade dann, wenn Nation und Produktivität sich der grössten Blüthe erfreuen, am allerniedrigsten? — Statt also, unter Aufsuchung eines jeweilig schlechtesten Bodens, diesen als bestimmenden wirthschaftlichen Mikrokosmos zu betrachten, von dem aus sich alle wirthschaftlichen Gesetze, die des Arbeitslohnes, des Gewinnes und der Grundrente, bilden, und dessen Erzeugniss angeblich ein eherner Rahmen ist, innerhalb dessen erst wieder ex posteriori sich Gewinn und Lohn auseinandersetzen — wäre es statt dessen nicht denkbar, dass die Höhe des Gewinnes und des Lohnes je ihren eigenen selbstständigen Gesetzen folgt? Wäre es nicht ferner denkbar, dass dann erst die Summe des so gefundenen Gewinnes und Lohnes diejenigen schlechtesten Ackerbaubetriebe bestimmt, deren Bebauung unter den obwaltenden Verhältnissen noch lohnt, anstatt dass Ricardo in umgekehrter Logik meint, der schlechteste Boden seinerseits bestimme, wie gross Gewinn und Lohn zusammen sein können? Wenn dies richtig, wäre dann nicht die Grösse der sozialen Kapitalisten- und Arbeiterabfindungsabtheile das primär Gegebene, das Bestimmende und nicht das Bestimmte, erst Abgeleitete? Könnte dann aber der Grad der natürlichen Produktivität noch als das ausschliesslich Entscheidende angenommen werden, oder ergäbe sich nicht vielmehr umgekehrt aus der Grösse und Menge der sozialen Abfindungsantheile, wie gross die Ausdehnung der Produktion, wie gross der Umfang der Ausnutzbarkeit des natürlichen Bodenreichtums und mithin auch das Maass des wachsenden Grundrentenbezuges sein kann? Wäre dann nicht der Umfang der durch die

sozialen Abfindungsantheile erst gegebenen Nachfrage, mit anderen Worten der Bedarf, der Konsum, die Kaufkraft das hauptsächlich Entscheidende? Ist es dann noch gestattet, mit Ricardo so ganz nebenher gelegentlich zuzugeben: „Hörten die Menschen auf zu verzehren, so würden sie auch aufhören, hervorzubringen“. (Kap. 21)? Kann man dem Satze nicht entgegenhalten, dass vom gänzlichen „Aufhören“ des Konsums nicht die Rede ist, dass aber die über die vorweg feststehenden Antheilsquoten hinaus produzierten Güter ein unverkäufliches Mehr darstellten, das zur Krise führt, weil es die zahlungsfähige Nachfrage übersteigt, weil die Produktivität und Produktion ihre eigenen Wege gehen, ohne nach der Aufnahmefähigkeit des Marktes zu fragen? Kommt die mehr oder minder starke, wenn auch „elastische“ Wand, gegen welche nach Mill die Bevölkerung ewig andrängt, wirklich von der „Kargheit der Natur“? Ist der Schluss gestattet, dass, weil jeweilig nur eine gegebene feste Quantität an Bedürfnissbefriedigungsmitteln produziert wird, dieser Umfang der Produktion durch die natürliche Produktivität sein Ausmaass erhält? Ist die „Wand“, die „Schranke“, welche angeblich „die unerbittlichen Gesetze des Elends gebiert“, nicht vielleicht zum Theil nur sozialer, nicht rein ökonomischer Natur, hat sich die Menschheit, vor allem aber eine einseitige Richtung der Nationalökonomie, hier nicht etwa selbst eine „Wand“ aufgehaut, welche den Ausblick in eine bessere Zukunft hartnäckig verwehrt? Liegt nicht vielleicht in der Differenz zwischen dem heutigen Produktionsumfang, der durch die sozialen Abfindungsgesetze bestimmt wird, und dem Produktionsumfang, den unsere hochgestiegene Kultur und Wissenschaft bei anderer Regulirung der Abfindungs- und Konkurrenzverhältnisse möglich machen würde, liegt nicht etwa in dieser vernachlässigten Falte die ganze Hoffnung der Zukunft, die Verwirklichung aller sozialen Reform und der erhabenen Forderungen des praktischen Christenthums?

Doch genug der Fragen. Wohl kann man vom Berge Nebo herah in weiter Ferne das gelobte Land erblicken, aber hineinkommen wird die Wissenschaft nur nach langer mühsamer Wanderung. Mein Zweck war nur, dem Leser, der sich derartige Fragen schon selbst oft genug vorgelegt haben wird, einen flüchtigen sammelnden Ausblick auf die Wichtigkeit der Probleme gewinnen zu lassen, die hier in Frage stehen, und zu deren Beantwortung m. E. die methodische Unterscheidung der beiden Kategorien viel mithelfen kann.

§ 7.

Die Adam-Smith'schen Werththeorien.

Interessant ist es zu sehen, wie bereits der Begründer der modernen Nationalökonomie in der Erforschung der effektiven Wirkungssphäre der Arbeit als Werthbildungsmoment viel weiter vorgeschritten war, wie sein einseitigerer, wenn auch logisch schärferer und konsequenterer Nachfolger Ricardo: Adam Smith's umfassenderem Geiste ist es nicht entgangen, dass die Arbeit in zwei Beziehungen für die Werthbildung in Betracht kommt, nämlich einmal als Arbeit, welche auf die Hervorbringung der Werthgüter verwendet worden, und das andere Mal als die Arbeit, welche man mit einer gewissen Quantität von Gütern „eintauschen kann“.

Ricardo macht ihm die Hervorstellung und Verwerthung der letzteren Beziehung gerade zum schwersten Vorwurf, indem er sagt: „A. Smith, welcher die erste Quelle des Tauschwerthes so scharf gezeichnet hat, und eigentlich in Uebereinstimmung damit zu der festen Behauptung gezwungen war, dass alle Dinge mehr oder weniger Tauschwerth erhalten, je nachdem mehr oder weniger Arbeit auf ihre Hervorbringung verwendet wurde, hat nichts desto weniger selbst einen anderen Maassstab des Tauschwerthes aufgestellt und spricht von Dingen, die mehr oder weniger Tauschwerth hätten, im Verhältnisse als sie mehr oder weniger von diesem Maassstabe einzutauschen vermöchten. Bald spricht er vom Getreide, bald von der Arbeit, als solchem Maassstabe, nicht etwa von der auf die Hervorbringung eines Gegenstandes verwendeten Menge, sondern von der Arbeitsmenge, über welche derselbe auf dem Markte verfügen kann; als ob dies zwei gleichbedeutende Ausdrücke wären, und als ob, weil nun einmal die Arbeit eines Menschen doppelten Erfolg habe, und derselbe demgemäss zweimal so viel von einem Gute hervorbringen könne, derselbe nothwendiger Weise auch doppelt so viel als die frühere Arbeitsmenge im Tausche dafür erhalten musste. Wenn dem wirklich so wäre, wenn die Belohnung des Arbeiters jedesmal im Verhältnisse zu demjenigen stände, was er hervorgebracht hat, alsdann würde die auf ein Gut verwendete Arbeitsmenge und diejenige, welche er mit jenem Gute zu erkaufen vermöchte, einander gleich sein, und eine jede würde genau als Maassstab für die Veränderungen des Tauschwerthes anderer Dinge dienen können.“ (Kap. 1.)

Ricardo verwechselt in dieser Polemik „Arbeitslohn“ mit „einzutauschender Arbeit“. Smith hat nicht behauptet, dass der Werth eines Gutes bestimmt werde durch den dem hervorbringenden Arbeiter zu verabreichenden Arbeitslohn, sondern dadurch, wieviel Arbeitskraft, lebendige Arbeit, mit dem Gute eingetauscht oder mit anderen Worten, wie viel Arbeiter damit ernährt und also angeworben werden können.

Ricardo führt nun Seiten lang weiter aus, dass, wenn zur Herstellung derselben Güter in einem anderen Lande oder zu einer anderen Zeit noch einmal soviel Arbeit als sonst erforderlich sei, die Löhnung des Arbeiters sich dennoch im Wesentlichen nicht verringern werde, und dass umgekehrt, wenn Schuhe und Kleidungsstücke und alle anderen Gegenstände des Arbeiterverzehr mittelst verbesserter Maschinerie plötzlich mit $\frac{1}{4}$ so viel Arbeit wie vorher verfertigt würden, der Preis wahrscheinlich sinken, aber der Arbeitslohn über kurz oder lang sich dem neuen Tauschwerthe der Bedürfnisse anpassen würde, für welchen man ihn ausgiebt, ferner dass die Arbeiter sich wahrscheinlich nach Verlauf von sehr wenig Jahren, wenn überhaupt im Besitze einer Vermehrung ihrer Genüsse, nur im Besitze einer geringen sehen würden.

Mit dieser Inkongruenz von Arbeitskosten und Arbeitslohn widerlegt Ricardo durchaus nicht die logische Möglichkeit, dass die Arbeit, welche mit den Gütern eingetauscht werden kann, deren Werth ausmache, sondern er beweist damit nur, dass die Produktionsarbeit heute mehr Nahrungseinheiten hervorbringen hilft, als die Arbeiter davon bekommen, d. h. den trivialen Satz, dass heute ausser dem Arbeiter noch andere Menschen, Grund- und Kapitaleigenthümer u. s. w., am Produktionsresultat partizipiren. Die Polemik Ricardos schiesst also zum grossen Theile vorbei. Was sie allerdings erlärtert, das ist nur, dass heute beide Arten der Werthbemessung nicht neben einander bestehen können, dass vielmehr die eine oder die andere falsch sein müsse. Welche Seite aber dies sei, bleibt eben gerade die offene Frage. Zutreffend ist nur ferner, dass Ad. Smith, wenn er nicht unlogisch sein wollte, konsequenter Weise jene Kongruenz hätte aufstellen müssen, da sonst zwischen dem Theile seiner Lehre, in der er „die erste Quelle des Werthes so scharf gezeichnet“, mit dem später bezeichneten Werthmaassstab kein logischer Zusammenhang vorhanden ist. Oder falls er etwa der Meinung war, dass die für den ursprünglichen Wirthschaftszustand behauptete „erste Quelle“ durch

die Einführung des Grund- und Kapitaleigenthums modifizirt worden sei, so hätte er dies strikte behaupten, schildern und begründen müssen. Ad. Smith scheint auch beinahe herausgeföhlt zu haben, dass der „uranfängliche Preis“, wie er die Arbeit nennt, heute nicht mehr besteht. Um aber den von ihm früher aufgestellten Werthmaassstab, die Produktionskostenarbeit dennoch zu retten, scheint er sich damit beholfen zu haben, dass er den zweiten Maassstab den Gebrauchswerth, nämlich die Arbeiternahrung, oder wie man den Maassstab sonst nennen will, ebenfalls dem Worte nach auf den gleichen Nenner „Arbeit“, nämlich auf die Arbeit, welche man damit eintauschen kann, bringt. Er übersieht dabei, dass dies nur ein Wortspiel ist; denn dass man mit den Produkten auch Arbeit eintauschen kann, ist in der hier noch in Betracht kommenden Richtung Nebensache; die Güter als Lebensmittel sind eine wissenschaftliche Wertheinheit nur deshalb, weil sie geeignet sind, einen Menschen zu ernähren; ob dies ein „Arbeiter“ oder ein Schmarotzer, ist für den Gegenstand der bisherigen Untersuchung vor der Hand gleichgültig. Schon Hermann sagt: „Smith übersehe, dass hier die Arbeit nur nach ihrem Genusswerthe betrachtet werde“. Präziser noch wäre es m. E. statt des unrealistischen Ausdruckes: „Genusswerth der Arbeit“ zu sagen: Es handelt sich hier überhaupt nicht um die Arbeit, sondern um eine Einheit von „Genussmitteln“, wie Smith denn auch im späteren Verlaufe der Untersuchung statt Arbeit geradezu das wichtigste aller Genussmittel, das Getreide, setzt und dieses letztere als dauernden Werthmaassstab der Güter bezeichnet. Ricardo wendet hiergegen Kap. 28 ein: „Dr. Smith's Irrthum durch sein ganzes Werk hindurch beruht auf der Annahme, dass der Tauschwerth des Getreides ständig sei . . . weil es stets die nämliche Menschenzahl ernähre. Auf dieselbe Art könnte man sagen, das Tuch sei auch immer von dem nämlichen Werthe, weil aus ihm stets die nämliche Zahl von Röcken gemacht werden kann“. Und nun folgen die oben schon zitierten denkwürdigen Worte: „Was kann der Tauschwerth mit der Fähigkeit zu kleiden und zu ernähren zu thun haben“? Der Leser entscheide, welche Meinung ihm besser gefalle, die Ricardo's oder die Ad. Smith's. M. E. ist es zwar theoretisch durchaus falsch oder doch ungenau, einen einzelnen Gegenstand, ein einzelnes Genussmittel als Werthmaassstab heranzugreifen, aber da dies Genussmittel allerdings das wichtigste ist, so handelt Smith im Effekt viel praktischer und richtiger, als Ricardo, der den Gebrauchswerth gar nicht be-

rücksichtigt.*) Wenn die Wissenschaft weiter bauen will, so kann dies meines Dafürhaltens nur auf dem Grunde jenes Smith'schen Maassstabes und nicht des Ricardo'schen geschehen, der Smith'sche Maassstab ist nur methodisch auszufüllen und zu erweitern — und zwar im Sinne der oben erwähnten „Nahrungseinheit“.

Nicht gleiches Lob kann man nun wohl der dritten (sage: der dritten!) Werththeorie Smith's spenden, welche er promiscue neben den beiden schon erwähnten, ohne ihr Verhältniss zu diesen und die Möglichkeit ihres Bestehens neben denselben nur anzudeuten, zur Anwendung bringt; er sagt: „Wenn der Preis einer Waare weder höher noch niedriger ist, als er sein muss, um die Grundrente, den Arbeitslohn und den Gewinn des auf Erzeugung, Bereitung und Feilbietung verwendeten Kapitals nach ihrem natürlichen, d. h. durchschnittlichen Satze zu bezahlen, so wird die Waare für den Preis verkauft, welchen man ihren natürlichen nennen kann. Die Waare wird dann genau für das verkauft, was sie werth ist, oder was sie demjenigen, der sie feilbietet, wirklich kostet.“ An anderen Stellen drückt er den Gedanken so aus: Der Werth löse sich in jene drei Antheile auf, und an anderen Stellen in umgekehrter Logik: die drei Antheile, Grundrente, Kapitalgewinn und Arbeitslohn bestimmen den Werth.

Diese dritte Knospe aus der Smith'schen Blumenlese, welche der Altmeister den folgenden Generationen so freigiebig hingehalten, ist dann von den Jüngern der Wissenschaft ganz besonders bereitwillig entgegengenommen und hat sich zu einem stattlichen Lehrgebäude entwickelt und entfaltet. Es fand diese dritte Theorie um so leichteren Eingang, als sie am meisten den geläufigen Anschauungen entspricht, wie sie uns im praktischen Leben überall so annaasslich und zuversichtlich entgentreten. — Ich gehe in einen Laden und frage nach dem Preis einer Waare. — Sie kostet drei Mark. — Auf die Frage: Weshalb? wird der Kaufmann antworten: Nun, weil ich selbst 2 Mark 50 Pfg. dafür bezahlt habe und doch auch eine Kleinigkeit aufschlagen und verdienen muss, denn ich will auch leben, wie Sie, mein Herr Käufer. — Gut, sagen wir. Aber weshalb haben Sie denn Ihrem Fabrikanten oder Grosshändler so viel gezahlt? — Antwort: Der hat ebenfalls eine entsprechende

*) Smith ist hier noch im Banne der vor ihm herrschenden „physiokratischen“ Schule verstrickt, welche den Bodenfrüchten einen valor intrinsecus beilegte, vergl. unten.

Summe an einen anderen Kaufmann, Fabrikanten oder an den Landwirth oder Bergwerksbesitzer gezahlt, die ihm die Rohstoffe lieferten, und Alle, Alle haben natürlich ihre Kapitalauslagen, ihre Zinsen, ihre Grundrenten angerechnet und auf den Preis geschlagen, ob zu viel, das weiss ich nicht, das gebt mich Nichts an, halten Sie Sich an diese Herren! — Und was werden diese sagen? Nun, werden sie antworten, sollen wir unsere Kapitalien, unsere Landgüter, die Arbeit unserer hoch bezahlten Arbeiter umsonst für die Menschen hergeben? Wir müssen, ausser den Löhnen für unsere Arbeiter, uns Zinsen und Renten anrechnen, und unsere Fabriken, unsere Materialien, unsere Landgüter haben uns selbst so und so viel gekostet. — Warum habt Ihr aber soviel dafür gezahlt? — Weil sie den Verkäufern so viel gekostet. — Warum dies? Weil sie so viel werth sind, weil sie so viel abwerfen, weil Angebot und Nachfrage den Preis so hoch stellen. — Der ungeheuer gelehrt klingende Satz von Angebot und Nachfrage ist dem Laien von jeher der letzte zureichende Grund aller wirthschaftlichen Weisheit gewesen.

Was steckt aber für ein tieferer Sinn hinter jenen Alltags-erklärungen des landläufigen Wirthschaftsjargons? „Kosten“ bedeutet nichts Anderes, als die Vertheilung des fertigen Gutes und dessen Werthes in die hundert Antheile, welche die Produzenten von der Urproduktion ab bis hinauf zum Halbfabrikanten, Ganzfabrikanten und Kaufmann vom Werth des Gutes in Anspruch nehmen, um kümmerlich oder reichlich zu leben, sie Alle haben auf diesem langen Wege, den das Gut in seinen Produktions- und Zirkulationsstadien durchläuft, ihren Anteil längst liquidirt, jeder Nachmann hat ihn vorgeschossen, der letzte Verkäufer ist der Inkassomandatar.

So stehts mit allen Gütern, und jene Ladenunterhaltung giebt uns ein Bild der ganzen wirthschaftlichen Welt — aber doch nur nach Einer Seite, nach der Richtung der „Vertheilung“ und zwar der thatsächlichen Vertheilung. Sie giebt ein mechanisches Bild des Vertheilungsergebnisses, aber nicht den geringsten Anschluss über die Gründe der Vertheilung; über die nothwendige Höhe der „Antheile“. geschweige denn über den Werth einer gewissen Quantität eines Gutes. Die Betrachtung des Ladeninhabers stellt eine blosser Tautologie dar, sie spielt mit der Doppelbedeutung des Wortes „kosten“. Im gewöhnlichen Leben wird dies Wort einmal identisch mit „Werth“ und „Preis“ gesetzt, und ausserdem ge-

braucht man es für die Zurückführung des Werthes auf die einzelnen Abfindungsantheile der verschiedenen, auf der langen Kette der Produktionsstufen beteiligten Wirthschaftssubjekte oder man meint damit, um in Ad. Smith'scher Ausdrucksweise zu reden: die Auflösung des Werthes der fertigen Güter in Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Grundrente. Solche Betrachtung besagt aber nur: das Ganze ist gleich der Summe seiner Theile. Die viel wichtigere Frage, weshalb gewisse Quantitäten eines Artikels einen gewissen Werth haben, diese Vorfrage lässt sie unerledigt. Ja, „aufgelöst“, d. h. vertheilt werden die „Werthe“, d. h. die Werthgegenstände, die Produkte der Landwirthschaft und Industrie, natürlich unter die Arbeiter, Kapitalisten und Grundeigenthümer, aber „bestimmt“ wird „der Werth“ nicht durch diese Antheile, das ist eitel Phantasie, das ist ein vages Laden-A.B.C.

Diese dritte Werththeorie operirt hiernach mit vier Unbekannten. Die Werthsumme, die sich in Grundrente, Kapitalgewinn und Arbeitslohn auftheilt, und die Grösse dieser drei letzteren Antheile sind unbestimmt, ein x gründet sich immer gegenseitig auf ein anderes y .

Aus diesem Dilemma herauszukommen, ist der vergebliche Versuch aller Theorien bis zum heutigen Tage geblieben, und wenn ich im Folgenden nun vorführe, auf welchem Wege die einzelnen bedeutenderen Nationalökonomen dem Ziele zugestrebt sind, so schildere ich eben nichts weiter, als die mannigfaltigen und interessanten Wanderungen und Wandlungen, welche die Wissenschaft auf dem Wege zurückgelegt, jene bisher leider ungelöste Preisaufgabe zu lösen: die grössenmässige Bestimmung der vier Unbekannten.

§ 8.

Kritik der Ricardo'schen Arbeitskostentheorie. Die Relativität des Werthes. Die innerliche Verschiedenheit der einzelnen Arbeitsgattungen.

Um das für die Lehre vom Werthe, und auch für die ganze Volkswirtschaftslehre angeblich ausschliesslich grundlegende Prinzip des Arbeitskostenwerthes in seiner ungetrübten Reinheit und Einheitlichkeit aufzubauen und durchzuführen, eliminirt Ricardo zunächst den einen der drei Antheile, die Grundrente, und zwar auf

dem bekannten einfachen Wege: er lässt den Werth sich auf solchen Grundstücken bilden, die eben keine Rente geben, das sind seiner Ansicht nach die jeweilig der Fruchtbarkeit und der Lage nach ungünstigsten Ländereien, auf denen der Bedarf der Menschheit es gebietet, den Ackerbau fortzusetzen; ich habe diese landwirthschaftlichen Betriebe oben bereits den Ricardo'schen wirthschaftlichen Mikrokosmos genannt. Das Erzeugniss dieser Ländereien wirft nur Kapitalgewinne und Arbeitslöhne ab.

Nun folgt — in der Abth. III. des 3. Hauptstücks — sein denkwürdiger Versuch, auch noch den Gewinn aus der Werthbestimmung auszuschneiden; aber es geschieht das in einer sophistischen Weise, die mir von der Wissenschaft bisher doch nicht hinreichend klar und schonungslos aufgedeckt zu sein scheint.

Der Werth ist nach Ricardo's Auffassung zunächst ein rein relativer Begriff, der nur das gegenseitige Verhältniss bezeichnet, in welchem die eine Sache zu einer anderen Sache oder zu allen übrigen Sachen ausgetauscht wird. Nun erkennt er, wie er gegen einen ihm von Malthus entgegengehaltenen Vorwurf einwendet, unumwunden an, dass die Hervorbringungskosten nicht blos in der Arbeit, sondern auch in den Gewinnsten bestehen, dass unter den Hervorbringungskosten also immer die Gewinnste einbegriffen sind. Indessen meint er, hindere dies keineswegs, dass dennoch die Kostenarbeit allein den „gegenseitigen“ Tauschwerth der Dinge bestimme. Dass es im Urzustande so sei, habe er bereits früher (er meint den oben kritisirten „Urtypus“) dargelegt, aber auch die Einführung des Kapitals ändere hieran nichts. Das Kapital sei nämlich wieder auf Arbeit zu reduzieren, es sei nur „angesammelte Arbeit“. Wenn im „Urzustande“ ein Biber doppelt so viel werth sei, als ein Hirsch, weil die Erlegungsarbeit bei jenem Thiere doppelt soviel betrage, wie bei dem letzteren, so werde später der gegenseitige Tauschwerth der beiden Thiere allerdings noch ferner durch die grössere oder geringere Arbeit bestimmt werden, die zur Herstellung der Waffen und der übrigen Ausrüstung des Jägers nöthig werde, die verglichenen Preise des Hirsches und des Bibers würden aber immer zur wirklich verwendeten Arbeit im Verhältniss stehen, sowohl was die Bildung des Kapitals als was die Erlegung der Thiere belange. Die Kapitalgewinne seien nur ein gleichmässiger Abzug vom Arbeitskostenwerthe. Denn, sagt er, unter all den im Uebrigen noch so verschiedenen Verhältnissen, dürften diejenigen, welche

einen gleichen Tauschwerth in Kapital für das eine oder andere Geschäft geliefert haben, die Hälfte, einen vierten oder einen achten Theil des Erzeugnisses in Beschlag nehmen, der Rest werde als Arbeitslohn an diejenigen gezahlt, welche die Arbeit geleistet haben. Möge also der Gewinn 50, 20 oder 10 Prozent stehen, so ändere das am gegenseitigen Tauschwerth nicht das Geringste, da nach dem Satze von der Gleichheit der Gewinne, überall gleichviel vom Ertrage in Abzug komme. Nicht auf die absoluten, in einem jeden Gute enthaltenen Arbeitstage und Arbeitsstunden komme es an, sondern nur auf das vergleichsweise Mehr oder Minder der Arbeitskosten in den unter einander in ihrem Tauschwerthe zu vergleichenden Gütern. „Ich habe nicht gesagt“, müsse er bemerken, „dass das eine Gut, welches eine Arbeit von 1000 L. Kosten in sich schliesst, während ein anderes Arbeit von 2000 L. Kosten erfordert hat, 1000 L. und dieses andere 2000 L. Tauschwerth haben werde. Ich habe vielmehr gesagt, dass ihr gegenseitiger Tauschwerth wie 2:1, und dass sie gegenseitig nach diesem Verhältnisse ausgetauscht werden. Es ist für die Wahrheit dieser Lehre nicht von Bedeutung, ob das eine dieser Güter zu 1100 L., das andere zu 2200 L. oder das eine zu 1500 L. und das andere zu 3000 L. verkauft wird. Diese Frage untersuche ich jetzt nicht, ich behaupte blos, dass ihre gegenseitigen Werthe durch die gegenseitigen Mengen von Arbeit bestimmt werden, welche auf ihre Hervorbringung verwendet werden“ (I. Kap., III. Abth. u. IV. Abth. am Schluss, besonders die Schlussnote daselbst).

Ricardo's Beweisführung ist also: Zwar ist zuzugeben, dass die Gewinnste ebenso gut wie die Arbeit die Hervorbringungskosten ausmachen; indessen, da die Höhe der Gewinne sich im grossen Ganzen ebenso verhält wie die Höhe der Arbeitskosten, so kann man von den ersteren absehen und sagen, die letzteren verhalten sich wie der Werth der produzierten Güter und, wie er als gleichbedeutend damit setzt: sie „bestimmen“ diesen Werth. Diese Gleichsetzung von „sich verhalten“ und „bestimmen“, kann ich nicht anders als einen erschrecklichen salto mortale bezeichnen. Mit demselben Rechte könnte man sagen: Da die Gewinne sich verhalten wie die Arbeit, so bestimmen die Gewinne den Werth, also nicht die Arbeit, sondern die Kapitalanlage und der durch die Konkurrenz festgesetzte Gewinn macht den Werth. Wenn man nun gar noch mit Ad. Smith auch die Grundrente als Bestandtheil der Kosten und des Werthes ansieht, und mit ihm sagt: sie

nimmt ungefähr immer einen bestimmten Bruchtheil des Produkts in Anspruch, nämlich etwa $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{3}$ (Ad. Smith Principles), so könnte man dann Arbeit und Gewinn eliminiren, und sagen: der Naturfaktor ist der eigentliche Werthbestimmer.

Alle diese drei Kombinationen hat denn auch die irregeleitete Wissenschaft glücklich hintereinander adoptirt: Ländliche Aristokratie, der „Bourgeois“, der sozialistische Arbeiter haben je nach einander den einen der drei Produktionsfaktoren auf den Schild ihres Systems erhoben, und man kann wohl mit Berens — die Lehre von der Grundrente, Leipzig 1868, S. 13 — sagen, dass sich die geschichtlich verwirklichte oder doch angestrebte Hegemonie jener drei Klassen immer in der jeweilig geltenden volkswirtschaftlichen Lehre vom Werthe ausgesprochen habe: Die Physiokraten schreiben der Natur die Wertherzeugung zu, die englische Schule nominell zwar der Arbeit, aber näher zugesehen und wie ich später noch beweisen werde, doch in letzter Linie dem Kapitale, und die Sozialisten, welche die Arbeitskostentheorie der Engländer beim Worte nahmen, der Arbeit allein.

Es ist nun einmal ein ewig verfehltes Beginnen, ein unfruchtbares Suchen nach dem Stein der Weisen, von den drei Produktionsfaktoren, die nur in ihrem untrennbaren und indispensablen Zusammenwirken die Güter herstellen, zwei oder eins zu eliminiren oder sie aufeinander zu reduzieren. Wenn es scheinbar gelingen, so steckt naturnothwendig irgendwo eine Sophistik dahinter. Auch Ricardo ist ein ähnlicher Vorwurf nicht zu ersparen, wie nun die eingehendere Kritik seiner Werthlehre ergeben wird.

Zuvörderst sucht Ricardo — in Abth. II des 1. Kapitels — den schon von Adam Smith — Abth. I Kap. 10 — angeregten Zweifel zu erledigen, ob die Arbeit einen einheitlichen Werthmaassstab abgeben könne, da sie ja in den einzelnen Gewerbszweigen und hier wieder bei den einzelnen in denselben beschäftigten Arbeiterkategorien von durchaus verschiedener Beschaffenheit ist und auch ganz verschieden vergütet wird.

Ricardo erkennt in Anschluss an Smith'sche Sätze offen an, dass die Hervorbringungsarbeit in den verschiedenen Beschäftigungsarten ganz verschieden gewürdigt und demgemäss auch verschieden vergütet wird, nämlich je nach dem Grade der dabei bestandenen Mühseligkeit, der verglichenen Geschicklichkeit, „dem inneren Werthe

der Arbeit an sich“ und je nach der für ein jedes Berufsfach verschiedenen grossen und kostspieligen Vorbildungs- und Lehrzeit. Die blossе Zeitdauer also, welche auf zwei verschiedene Arten von Werken verwendet werde, sagt er, vermöge nicht immer das Verhältniss zwischen zwei verschiedenen Mengen von Arbeit zu bestimmen. Er citirt A. Smith's Ausführungen, nach welchen „mehr Arbeit in dem beschwerlichen Werke einer Stunde, als dem leichten von zwei Stunden, oder in einer Stunde Beschäftigung in einem Gewerbe, welches 10 Lehrjahre voraussetzt, mehr, als in einem monatlichen Gewerbefleisse bei einem gewöhnlichen leichten Geschäfte enthalten sein könne.“ Indessen meint er, dass diese Thatsache seinen Satz von der Werthbestimmung des Werthes in keiner Weise alterire; denn er spreche nur von dem den gegenseitigen Tauschwerth der Güter bestimmenden Werth: „Da die Untersuchung“, führt er aus, „auf welche ich des Lesers Aufmerksamkeit zu ziehen wünsche (!), sich auf die Wirkung der Veränderungen (!) im gegenseitigen Tauschwerthe der Güter und keineswegs auf jene im absoluten Werthe (eines jeden für sich) bezieht, so kommt wenig auf die Erforschung des verglichenen Grades der Schätzung an, in welcher die verschiedenen Gattungen der menschlichen Arbeit stehen“. Die allerdings vorhandene „ursprüngliche Ungleichheit“ der qualifizirten und der gewöhnlichen Arbeit z. B. der Arbeit eines Goldarbeiters und eines gewöhnlichen Arbeiters, habe sich längst, wie Smith ausführe, im Laufe der Zeit langeher ausgeglichen und in der Werthsskala auf die richtige! Stufe gesetzt, „nicht nach einem genauen Maassstabe, sondern durch Dingen und Feilschen auf dem Markte, nach einer gewissen Art von roher Gleichheit, welche, wenn auch nicht genau, doch hinreichend ist, um die Geschäfte des gemeinen Lebens zu führen“. Diese Ungleichheiten, meint er, bleiben von einem Menschenalter zum anderen ziemlich konstant. Wenn deshalb auch Arbeitslohn und Gewinn sich änderten, so übe das auf die einfache Arbeit und auf die qualifizirte Arbeit gleiche gegenseitige Veränderungen aus, der gegenseitige Tauschwerth der Produkte der qualifizirten und der einfachen Arbeit habe daher sich immer noch nicht verändert.

Die Kritik hat es diesen Ausführungen gegenüber nicht leicht. In derselben geschickten Weise, in welcher sich Ricardo, wie oben ausgeführt, durch den Hilfsbegriff der „Relativität des Werthes“ über die Thatsache, dass neben der Arbeit auch die Gewinne die

Kosten ausmachen. hinwegsetzt, rekurriert er, um „die Aufmerksamkeit des Lesers“ von der nun einmal nicht wegzuleugnenden „ursprünglichen“ (aber doch heute noch faktisch und effektiv wirkenden) Ungleichheit abzuziehen, „in welcher nothgedrungen die verschiedenen Gattungen der menschlichen Arbeit stehen“. auf die Veränderung im gegenseitigen Tauschwerthe; zu dem irreführenden Begriff der Relativität fügt er einen noch mehr vom Grunde der Betrachtung abziehenden Hilfsbegriff hinzu, den der „Veränderung“. Dies durfte er nicht; er verdunkelt damit die Thatsache, dass die ursprüngliche Ungleichheit doch auch heute noch täglich bei der Bestimmung des Werthes überhaupt und auch des gegenseitigen Werthes der Güter einwirkt. Was Ricardo bewiesen hätte, wäre doch nur, wie er auch in der Ueberschrift zu Abth. II sagt, dass die „verschiedene Vergütung der Arbeit keine Ursache von der Veränderung im verhältnissmässigen Tauschwerthe der Güter“ sei. Hinzufügen sollte er doch aber ehrlicher Weise: diese verschiedene Vergütung alterirt allerdings den Satz, wonach die thatsächliche Bestimmung des gegenseitigen Werthes der Güter durch die blosse verglichene Arbeitsmenge stattfindet, es ändert den Satz dahin, dass nicht die Arbeit, sondern ihre Vergütung, also der Arbeitslohn, in seiner jeweiligen Höhe den Werth bestimmt, ein Satz, den er doch gerade in seinem ganzen Werke so hartnäckig bestreitet, und der auch allerdings, wie wir an anderer Stelle sehen werden, nicht korrekt ist.

Womit Ricardo in dieser ganzen Abtheilung operirt, ist eben gar nicht, wie er fälschlich meint, die Arbeit als solche, sondern es ist der Lohn. Denn was bedeutet denn: „verschiedene Würdigung“, „Ausgleichung, welche auf dem Markte stattfindet“. „Vergütung“ u. s. w. Anderes, als „verschiedener Lohn“. Wie nahe hätte da der Schluss gelegen, dass auch da, wo die Arbeit in gleichem Verhältnisse zum Werthe steht, dies lediglich deshalb geschehe, weil man derselben gleichen Lohn giebt, also dass es nicht der „rein ökonomische Begriff“ Arbeit als Produktionsfaktor, sondern die Vertheilungskategorie Arbeit, also der Arbeitslohn ist, der hier werthbestimmend einwirkt.

Ricardo's Exeget, Mill, zieht denn auch mit grosser Offenherzigkeit und klarem Blick den mystischen Schleier von seines Meisters Lehre fort. Er sagt: „Man wird bemerkt haben, dass Ricardo sich so ausdrückt, als ob die Menge Arbeit, welche es kostet, eine Waare herzustellen und sie an den Markt zu bringen, das Einzige sei, wovon der Werth abhängt. Weil aber für den

Kapitalisten die Produktionskosten nicht in Arbeit, sondern in Arbeitslohn bestehen, und da dieser grösser oder kleiner sein kann, während die Arbeitsmenge die nämliche bleibt, so ergibt sich, dass der Werth des Produkts nicht durch die Arbeitsmenge allein bestimmt sein kann, sondern durch die Menge derselben zusammen mit ihrer Vergütung, dass also der Werth zum Theil sich auf den Arbeitslohn begründet.“ Wenn Mill hier seinem Meister „zum Theil“ noch Recht giebt, so ist das noch zu schonend im Ausdruck. „Zum Theil“ den Werth auf die Arbeit zurückführen, „zum Theil“ auf den Arbeitslohn, ist nicht ganz scharf gedacht, das ist eine Kombination von zwei disparaten gegenseitig inkommensurablen Dingen. Der Arbeitslohn allein ist doch das Ausschlaggebende, die Arbeit zählt nur mit, weil und soweit man Arbeitslohn für sie zahlt. Sieht man von jener nicht zu billigen Ausdrucksweise ab, so treffen auch die folgenden Sätze Mill's zu: „Genau genommen (!) hat daher der Arbeitslohn ebensoviel (?) mit dem Werthe zu thun, wie die Arbeitsmenge“, und ferner: „Es zeigt sich also, dass der von einigen Volkswirthen aufgestellte Grundsatz, dass der Arbeitslohn keinen Bestandtheil des Werthes bilde, in grösserem Umfange ausgedrückt ist, als das wahre Sachverhältniss bestätigt und mit ihrer eigenen Ansicht übereinstimmt (?); die relative Vergütung derjenigen Arbeit, welche zur Hervorbringung verschiedener Waaren nothwendig ist, affizirt den Werth gerade ebensoviel (!) als die relativen Arbeitsquantitäten“. Zwar könne das Verhältniss einer Sache zur anderen nicht durch eine Ursache verändert werden, welche beide auf gleiche Weise affizire, und so sei der allgemeine populäre Irrthum, dass ein allgemeines gleichmässiges Steigen des Arbeitslohnes den Tauschwerth affizire, falsch; „es wirken jedoch, wenn der Arbeitslohn bei einem Geschäftszweige höher ist, als bei anderen, oder bei gewissen Beschäftigungen anhaltend steigt oder fällt, solche Ungleichheiten auf den Werth ein“. Nur, wenn man die Ursachen der Veränderungen des Werthes betrachte, so sei die Arbeitsmenge (?) dasjenige, worauf es besonders (!) ankomme.

Man hätte annehmen sollen, dass nach dieser Kritik Mill's das Märchen von der Bestimmung des Werthes durch die Arbeitskosten definitiv ausgeklungen sei. Nichts desto weniger ist es von den Sozialisten Rodbertus und Marx ausgegraben und mit neuem blendenden Nimbus umgeben worden. — Von Rodbertus später. — Was Marx betrifft, so hilft er sich über die leidige That-

sache, dass die verschiedenen konkreten Arbeiten gleicher Zeitdauer dennoch ganz verschiedenen Produktwerthen entsprechen, dadurch hinweg, dass er alle verausgabten Arbeitsquantita auf „gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit, d. h. auf gleiche Verausgabungen von menschlichem Gehirn, Nerv, Muskel, Sinnesorganen u. s. w. ohne Rücksicht auf die spezielle Form ihrer Verausgabung (z. B. in der Arbeit des Tischlers, Landmanns, Maurers)“ reduziert. Jede einzelne Arbeit setzt er einem bestimmten Quantum „gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit“ gleich, d. h. „der Arbeitszeit, die nothwendig sei, um irgend einen Gebranchswerth mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnitsgrade von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen“. Gemessen werde also die Grösse eines Gutes durch die „gemeinsame gesellschaftliche Substanz“, die Arbeit. Komplizierte Arbeit gelte nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit. „Wie diese Reduktion“, sagt er, „geregelt wird, ist hier gleichgültig. Dass sie beständig vor sich geht, zeigt die Erfahrung. Eine Waare mag das Produkt komplizirtester Arbeit sein, ihr Werth setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar.“

Mit einer solchen Logik lässt sich allerdings das Blane vom Himmel herunterbeweisen. Welche Verschwommenheit liegt in den Worten: „ihr Werth setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich“! „Wenn“, sagt Knies diesem eigenthümlichen Beweisverfahren gegenüber treffend, „im Verkehr sowohl die komplizierte Arbeit, als auch die einfache Arbeit ihr Entgelt finden, so müssen sie, sobald dieses Entgelt in demselben Gute, z. B. im Geldgute gegeben wird, es selbstverständlich in irgend einem Mengenverhältnisse erhalten, daraus folgt durchaus nicht, dass . . . das eine die Maasseinheit für das andere darstelle.“ — Und was heisst gar: „gemeinsame gesellschaftliche Substanz“, „Durchschnittsarbeit“, „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“? Entweder kann damit nur wiederum die Reduktion auf einfache Arbeit gemeint sein, und dann trifft die Knies'sche Kritik zu, oder „Durchschnittsarbeit“ soll das arithmetische Mittel der verschiedenen Arbeitsleistungen bedeuten, dann liegt darin gerade ein Verzicht auf jene Reduktion, ein Anerkenntniss der Unmöglichkeit derselben, da die gesellschaftlich nothwendige Arbeit doch eben bei jedem einzelnen Arbeitszweige eine Verschiedenheit aufweist, deren

Erklärung das Problem ausmacht. — Oder endlich der aus der Philosophie entlehnte Begriff „Substanz“ soll etwas Drittes, Mystisches, Unsagbares, Unfassbares darstellen, dann weg damit aus unserer „realistischen, exakten“ Volkswirtschaftslehre, weg damit wie mit den Bildern und Gleichnissen von Gleichsetzung „bestimmter gleichwerthiger Massen von Hirn, Nerv, Muskeln“.

Wie der Sozialist Marx übrigens zu einer solchen Gleichsetzung von Hirn u. s. w. gelangen kann, ist unfasslich, da es gerade sein höchstes Verdienst ist, gezeigt zu haben, wie die niedrigst vergüteten Arbeiter am meisten Hirn, Nerv, Muskel, ja Leben hergeben müssen.

Marx hätte wie bei „Arbeit“ überhaupt auch bei dem Begriff „qualifizierte Arbeit“ die beiden Bedeutungen der letzteren auseinanderhalten sollen: „Qualifiziert“ nennen wir eine Arbeit aus zwei verschiedenen Gründen, nämlich einmal in rein-ökonomischer, technischer Beziehung, weil sie etwa grosse Geschicklichkeit oder Kraft erfordert, dann aber nach der Richtung der sozialen, der Vertheilungskategorie, nämlich weil man ihr grossen Lohn zubilligt. Beide Bestimmungsgründe fallen aber durchaus nicht zusammen. Ein Bergswerkarbeiter, eine Feinstickerin möge noch so viel Hirn und Nerv verausgaben, ob sie deshalb höheren Lohn bekommen oder ihre Produkte hohen Preis erzielen, das beurtheile der Leser selbst.

Es ist auch hier Mill's besonderes Verdienst, im 14. Kap. Buch II auch nach dieser Richtung auf die Unzulänglichkeit der Smith-Ricardo'schen Theorie aufmerksam gemacht zu haben. Mit Recht führt er aus, dass die wirklich aufreibenden und wirklich widerwärtigen Arbeiten fast durchgängig, statt besser, als alle anderen, am schlechtesten von allen bezahlt werden, weil sie von solchen verrichtet werden, die keine andere Wahl haben, und dass theils aus diesem Grunde, theils auch wegen der natürlichen und künstlichen Monopole die Ungleichheiten des Arbeitslohnes meistens in entgegengesetzter Richtung mit dem Prinzipie einer billigen Ausgleichung stehen. „Die Mühseligkeit und die Vergütung, statt in direkter Proportion zu stehen, zeigen jetzt meistens das umgekehrte Verhältniss.“ Mill bezeichnet als solche „natürlichen Monopole“, die auf die Verschiedenheit der Vergütung der Arbeit einwirken, die Ueberlegenheit des männlichen Geschlechtes und ganzer bevorzugter Klassen der Bevölkerung, die allein die Mittel und die Gewalt besitzen, ihre Kinder zu den besser bezahlten Berufszweigen vorzu-

bereiten, das Herkommen, die grosse Konkurrenz unter den gemeineren Arbeiten, die geringere unter den qualifizirten. Er führt auch aus, dass das Mehr an Lohn, welches denjenigen Personen, die eine gewisse Lehrzeit durchmachen müssen, gezahlt wird, keineswegs lediglich nur diesen Lehrkosten entspricht.

Der verschiedene „innere Werth der Arbeit an sich“, dem Ricardo die verschiedene Schätzung der Arbeiten zuschreibt, ist hiernach nimmermehr für die Gesetze der Werthbildung zu verwenden. Wie der Produktionsfaktor „Arbeit“ keinen grössenmässig bestimmbaren Theil am Gesamtprodukt hat, welches er zusammen mit den beiden anderen Faktoren: Natur und Kapital hervorbringt, sondern der Werth des Gesamtprodukts nach anderweitigen Prinzipien, nämlich nach sozialen Machtverhältnissen unter die Besitzer der drei Faktoren vertheilt wird, so richtet sich auch je innerhalb dieser drei Klassen die verglichene Höhe der Abfindungsantheile keineswegs immer nach den „inneren“ rein ökonomischen Eigenschaften der zur Verfügung gestellten Ländereien, Kapitale oder Arbeitsleistungen. Doch hiervon später genug. Das Ergebniss der vorstehenden Untersuchung, auf welches es an dieser Stelle ankommt, bestätigt die S. 40 aus der Zergliederung des „Urtypus“ gewonnene Erkenntniss, dass die Arbeit als blosser rein ökonomischer Produktionsfaktor nicht den letzten zureichenden Grund der Werthbestimmung darstellen kann. Im Urtypus fielen die Arbeitskosten zufällig mit der wirklichen Wertheinheit, der Arbeiternahrungseinheit, zusammen. Dies hört aber sofort auf, der Fall zu sein, sobald in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung die doppelte Schwierigkeit herantritt, dass erstens die Arbeitsthätigkeiten der einzelnen Arbeiterkategorien von durchaus verschiedener Beschaffenheit sind sowie demgemäss auch verschieden gelöhnt worden, und dass zweitens neben den Arbeitern auch die Kapitalisten ihren Antheil am Produktionsertrage in Gestalt des Kapitalgewinnes geltend machen. Wir sahen, wie es Ad. Smith und Ricardo nicht gelingen konnte, über die erstere Schwierigkeit Herr zu werden. Wie die Werthlehre Ricardo's an der zweiten Schwierigkeit scheitern musste, ist der Gegenstand der folgenden Untersuchung.

§ 9.

Fortsetzung. Der Kapitalgewinn als Werthbestandtheil neben den Arbeitskosten und die Duplizität der Ricardo'schen Werthlehre.

Dem Leser, der nun schon an die stete Unterscheidung der rein ökonomischen und der sozialen Vertheilungskategorie gewöhnt ist, wird es von vornherein aufgefallen sein, dass Ricardo einen grossen Fehler beging, indem er überhaupt Arbeit, lebendige Produktionsarbeit, also ein rein ökonomisches Element, koordinirt neben Gewinn, d. h. neben einer Vertheilungsquote, als werthbestimmendes Moment hinstellte. Neben Gewinn, d. i. die Vergütung für die Hergabe des Kapitals, war eventuell als gleichartiges Element nicht die producirende Arbeit, sondern die Vergütung für die Hergabe derselben zu setzen, d. i. der Arbeitslohn. Und zu diesem Schritt ist dann, wie wir sahen, Mill ganz konsequent und logisch gelangt. Nach seiner Lehre bildet sich der Werth aus den Produktionskosten, und diese bestehen aus Arbeitslohn und Gewinn. Diese Lehre mag für die volle Lösung des Werthproblems sachlich unzulänglich sein, aber formell enthält sie wenigstens keinen logischen Widerspruch. In einen solchen musste dagegen Ricardo nothwendig verfallen. Der Widerspruch wurde künstlich nur solange verhüllt, als der geschickte Dialektiker „des Lesers Aufmerksamkeit“ vom absoluten Werthe ablenkte und nur von dem blossen „Verhältniss“ der Arbeitskosten zum relativen Tauschwerthe der producirtten Güter sprach. Ist, wie Ricardo zunächst behauptete, der Gewinn den Arbeitskosten „proportional“, ist er überall eine prozentuale gleichmässige Quote derselben, so „verhält“ sich allerdings der Werth eines Gutes zum anderen nach wie vor wie im „Urzustande“ genau wie die Arbeitskosten, obgleich die Güter neben den Arbeitskosten noch die Gewinne als koordinirten Produktionskostenbestandtheil enthalten. Ganz richtig ist es mit diesem Verhältniss zwar auch nicht, sondern wir erkannten vorhin, dass es sich bei dem einen — die Arbeit betreffenden — Theil der Produktionskosten im letzten Grunde nicht um die „Arbeitskosten“, welche ja der inneren gleichartigen Maasseinheit entbehren und deshalb als solche gegenseitig inkommensurabel sind, sondern um die Arbeitslöhne handelt. Hiervon abgesehen hatte es indessen im Resultate mit der Proportionalität seine Richtigkeit. Fataler

wird die logische Position Ricardo's aber, wenn er nunmehr zur Betrachtung des absoluten Werthes des mittels Kapital und Arbeit hergestellten Gesamtprodukts übergeht, ans welchem doch eben positiv und leibhaftig die Arbeitslöhne und Kapitalgewinne bestritten werden müssen, und wo diese beiden konkreten Bestandtheile in ihrem grössenmässigen und organischen Verhältnisse zu einander zu bestimmen sind. Hier begeht Ricardo die logische Ungeheuerlichkeit, dass er auch den absoluten Werth des Gesamtprodukts lediglich auf die Kostenarbeit zurückführt, obgleich er doch — damit in innerem, unlöslichen Widerspruche — einräumt, dass auch die Gewinne zu den Hervorbringungskosten gehören. Dass hier Ricardo in der That nicht von dem relativen „gegenseitigen Tauschwerthe“, sondern von dem absoluten Werthe der Güter handelt, erweisen folgende wichtigste Stellen, in welchen, wie sich der Leser selbst überzeugen wolle, der Gewinn lediglich als ein Abzug von jenem absoluten Arbeitskostenwerthe des leibhaftigen Gesamtprodukts behandelt wird. Sie lauten:

„Die Arbeit einer Million Menschen in Gewerken wird immer den nämlichen Tauschwerth . . . hervorbringen“, gleichgültig, wie gross die Menge der produzierten Gebrauchsgüter ist. „Gesetzt, mit einem gegebenen Kapitale bringe die Arbeit einer gewissen Menschenzahl 1000 Paar Strümpfe hervor und mittelst Erfindungen von Maschinen könne dieselbe Menschenzahl 2000 Paare liefern . . . ; alsdann wird der Tauschwerth der 2000 Paar Strümpfe . . . nicht mehr und nicht weniger betragen, als jener der 1000 Paar Strümpfe vor der Einführung der Maschinen; denn sie werden das Erzeugniss derselben Arbeitsmenge sein.“ (20. Kap.) — Für den Ackerbau gelte dasselbe; es mögen hier noch einmal die bereits oben kurz angedeuteten Aussprüche Platz finden. „Wenn die Arbeit von 10 Menschen auf Boden einer gewissen Beschaffenheit 180 Quarter Weizen erlangt und sein Tauschwerth 4 L. für den Quarter oder 720 L. im Ganzen ist, und wenn die Arbeit von 10 weiteren Menschen auf demselben oder anderen Boden blos 170 Quarter zu jenen hervorbringt, so steigt der Weizen von 4 L. auf 4 L. 4 sh. 8 d.; denn $170 : 180 = 4 \text{ L.} : 4 \text{ L. 4 sh. 8 d.}$ u. s. w.; wenn die Arbeit von 10 weiteren Menschen nur 160, 150 Quarter hervorbringe, immer, behauptet er, werden diese Erzeugnisse zu demselben festen Preise von 720 L. verkauft werden. Da nun, wegen der den Arbeitern von diesen Erzeugnissen bezw. deren Werthe abzugebenden, zum Leben nothwendigen und annähernd immer gleichbleibenden Theile.

bei der Abnahme des Gesammterzeugnisses für den Unternehmer weniger übrig bleibt, „so wird in jedem Falle sowohl der landwirthschaftliche, als der Gewerbsgewinn, durch ein Steigen im Preise der Roherzeugnisse vermindert“, von 720 L. bleibt eine immer kleinere Summe dem Unternehmer als sein Antheil übrig, es wird „ein grösserer verhältnissmässiger Antheil . . . von den Hervorbringern (den Arbeitern) verzehrt und dieser, aber auch dieser allein regelt den Gewinnst“. (6. Kap.) — „Es giebt kein Steigen des Tauschwerths der Arbeit ohne Sinken der Gewinnste. Wenn das Getreide zwischen dem Landwirth und den Arbeitern vertheilt würde, so würde der grössere Theil diesen zufließen, der kleinere jenem verbleiben. Ebenso würde, wenn die fabrizirten Wollen- und Baumwollenwaaren zwischen die Arbeiter und den Lohnherrn vertheilt würden, der grössere Theil den Ersteren gegeben werden und der geringere dem Letzteren verbleiben.“ Mill nennt dies, wie wir oben sahen, ein „Gesetz der Arithmetik“, und an anderen Stellen sagt er noch prägnanter: Das Getreide, bezw. die Hauptnahrungsmittel werden deshalb immer theurer, weil deren Produktionskosten grössere werden. Der Lohn des Arbeiters steigt deshalb, er „erhält grössere Produktionskosten“, die grössere Ausgabe an diesen Kosten fällt auf den Kapitalisten, es sinkt sein Gewinn. „Es giebt keine Mittel, wie er sich die grösseren Ausgaben abschütteln soll.“

In allen diesen aufgeführten Sätzen handelt es sich um die „absoluten“ Arbeitskosten des durch Kapital und Arbeit gemeinsam hergestellten Gesamtprodukts; Ricardo vergisst dabei vollständig, dass er den Satz der Proportionalität von Arbeit und Werth an anderer Stelle nur durch Abstraktion vom absoluten Werth zu beweisen im Stande war, indem er nur den relativen Werth untersuchte — das nenne ich eben: Sophistik.

Widerspruchsvoll und abweichend von den eben zitierten Sätzen, wo Ricardo den Kapitalgewinn als einen Abzug vom Gesamt(arbeitskosten)werth, als die Differenz darstellt, welche der Arbeitslohn von jenem Gesamtwerthe übrig lässt, geht er in Abth. IV und V seines Werkes in der Weise vor, dass er den Gewinn als einen Werthbestandtheil, der seine Grösse eigenen Gesetzen verdankt, und zwar als einen Zuschlag zum Werthe behandelt. Die beiden erwähnten Abtheilungen bilden das Pendant zur Abth. II. wo Ricardo, wie wir sehen, über die heterogene Beschaffenheit und die gegenseitige Inkommensurabilität der Arbeitsarten durch Einfügung der Hilfs-

begriffe „Relativität“ und „Veränderung“ hinwegzuschlüpfen versucht hat. Hier in den Abth. IV und V geht er offener zu Werke, hier setzt er gleich als Ueberschrift das Zugeständniss hin: „Das Grundgesetz, dass die Menge der Hervorbringungsarbeit den gegenseitigen! Tauschwerth der Güter bestimmt, wird durch die Anwendung von Maschinen als stehendem Kapitale beträchtlich umgestaltet.“ Man sieht, hier ist wieder vom gegenseitigen „Tauschwerth“ die Rede. Ricardo geht nun in folgender Weise zu Werke:

Er giebt zunächst eine Definition dieses „stehenden Kapitals“, welches jene beträchtliche Umgestaltung herbeiführen soll, dahin: „Je nachdem das Kapital schnell vergänglich ist und häufiger Erneuerung bedarf, oder aber nur einer geringeren langsamen Abnutzung unterliegt, wird es in umlaufendes oder stehendes Kapital eingetheilt — eine nicht wesentliche Eintheilung (fügt er in einer Note hinzu), bei welcher auch die Grenzlinie nicht genau gezogen werden kann“. Denn, fährt er fort, da das umlaufende Kapital in sehr ungleicher Zeit umlaufen oder seinem Anwender wieder erstattet werden könne, so sei der Saatweizen z. B. für den Landwirth stehendes Kapital in Vergleichung mit dem Weizen des darans Brod bereitenden Bäckers, welcher denselben in Mehl verwandeln lassen, an seine Kunden in Gestalt von Brod verkaufen und so sein Kapital immer wieder leicht frei machen könne, während der Landwirth den Weizen in den Boden scharre und ihn vor Ablauf des Jahres nicht ersetzt bekomme. — Schon hier wirft Ricardo zwei verschiedene Begriffe zusammen: Kapitalgegenstände als natürliche rein ökonomische technische Produktionsfaktoren (vergl. die Worte: vergänglich, Erneuerung, Abnutzung) und — andererseits dasjenige, was der Eigenthümer des Kapitals für die Hergabe desselben als Werth „erstattet“ erhält — also die Abfindungsquote, die der Kapitalist am Gesamtprodukt liquidirt bezw. die er dem Arbeitskostenwerthe, d. i. dem Werthe der lebendigen und der „angesammelten“ Arbeit (dem Kapitalwerthe) hinzuschlägt. So könne, deduzirt er weiter, ein Getreidebauer, der ein Jahr lang 100 Leute mit einem Jahreslohn von 50 L. pro Mann unter Anwendung eines Kapitals von 5000 L. bei 10 Prozent Gewinn beschäftige, sein Jahresprodukt für $5000 + 500 = 5500$ L. verkaufen. Ebenso ein Fabrikant, der im gleichen Jahre mit gleichem Kapitale eine Maschine herstellt. Auch diese koste unter gleichen Voraussetzungen 5500 L. Anders nun im zweiten Jahre, wenn vorausgesetzt werde, dass der Fabrikant dann die hergestellte Maschine

unter Beschäftigung derselben 100 Leute zur Herstellung von Wollenwaaren verwende, während der Landwirth fortfährt, seine 100 Leute mit Getreidebau zu beschäftigen: Am Schluss des zweiten Jahres werde das Getreideprodukt des Landwirths wiederum nur 5500 L. betragen, die Fabrikate des Wollenfabrikanten aber nicht die einfache Summe von $5500 + 5500$ L., sondern sie „müssten“ mehr betragen, weil der Gewinnst vom Kapitale vom ersten Jahr zum Kapitale geschlagen worden sei, während der des Landwirths ausgegeben und genossen wurde, der Fabrikant müsse also, wenn er dem Landwirth gleichstehen solle, 550 L. mehr bekommen, als Gewinnst von 5500 L., welche er in Maschinen angelegt habe und er müsse demgemäss seine Waaren für 6050 L. verkaufen. Es müsse dies trotz der Anwendung von gleich viel Arbeit in beiden Geschäften erfolgen „auf Grund der verschiedenen Grade der Dauerhaftigkeit der Kapitale, oder, was das Nämliche! sei, auf Grund der Dauer der Zeit, bis eine Art derselben auf den Markt gebracht werden könne, zur „Ausgleichung“ der erforderlichen längeren Zeitdauer . . . weil das Getreide, „was das Kapital betreffe“, unter andern Umständen hervorgebracht worden sei.

Man sieht, hier hat sich neben der Dauerhaftigkeit des stehenden naturalen Kapitals, wovon beim Ausgang der Untersuchung die Rede war, unversehens ein zweiter Grund eingefunden: die Zeitdauer der Produktion oder, wie er weiter sagt, die „gerechte Entschädigung auf die Zeit, während welcher die Gewinne vor-enthalten werden“. Und dieser nackte Vertheilungsgrund wiegt dann schliesslich derartig vor, dass er nun gar Beispiele aus Produktionen anführt, wo keine Spur von stehendem Kapitale angewendet wird. „Angenommen“, sagt er, „ich beschäftige 20 Leute ein Jahr lang mit einem Aufwande von 1000 L. zur Herstellung eines Gutes und am Jahresschlusse noch auf ein folgendes Jahr 20 Leute mit demselben Aufwande von 1000 L. zur feineren Ansarbeitung oder Vervollkommnung desselben Gutes und bringe dasselbe am Ende des zweiten Jahres auf den Markt, so muss mein Gut bei 10 Prozent Gewinnst zu 2310 L. verkauft werden; denn ich habe 1000 L. Kapital auf ein Jahr und 2100 L. Kapital auf noch ein Jahr mehr angelegt. Ein Anderer verwendet 40 Leute mit einem Aufwande von 2000 L., aber ganz im ersten Jahre und am Ende des ersten Jahres verkauft er das Gut mit 10 Prozent Gewinnst zu 2200 L. Hierbei sind also zwei Güter von gleicher Hervorbringungsarbeit vorhanden, das eine verkauft sich zu 2310 L.

das andere zu 2200 L. . . . Nur scheinbar ist dieser Fall von dem vorigen (wo er den Landwirth mit dem Wollenfabrikanten vergleicht) verschieden, in beiden Fällen rührt in Wahrheit! der höhere Preis des Gutes von der längeren Zeit her, welche vergehen muss, bis dasselbe auf den Markt gebracht werden kann“.

Es ist hiernach nicht wahr, dass Ricardo aus der Eigenartigkeit des stehenden Kapitals als solchem hier irgend Etwas bewiesen hat, wenigstens braucht er den letzteren Begriff in einem ganz ungewöhnlichen und prekären Sinne. Nichts weiter als der allbekannte und unbestrittene Kaufmannssatz, dass gleiche Kapitale in gleicher Zeit gleiche Gewinne erzielen, ist das Resultat, ganz gleichgültig, ob das Kapital in stehendem oder umlaufendem Kapitale „angelegt“ ist; die längere oder kürzere Zeit der Anlegung macht im Prinzip keinen Unterschied, eine grössere oder geringere Zeit muss jedes Kapital angelegt, festgelegt werden, für diese Zeit giebt es Zinsen, ein Kapital, das sofort erstattet wird und keine Zinsen giebt, ist überhaupt eine begriffliche Unmöglichkeit.

Ricardo geht mit den letzten Sätzen seiner Untersuchung also grundsätzlich zu, dass der Gewinn den Arbeitskosten keineswegs proportional sein könne, er scheint sich indessen nicht über die volle Bedeutung, die universelle Geltung und praktische Tragweite dieses Zugeständnisses klar geworden zu sein, sonst hätte er nicht trotzdem an der Proportionalität der Gewinne mit den Arbeitskosten immer noch als Regel festhalten können. Auch hier sieht Mill wiederum schärfer und weiter. Mill betont mit Recht, dass jedes Produkt auf dem langen Wege von der Rohproduktion bis zur Umwandlung in das Halb- und endlich in das Ganzfabrikat eine manchmal unendliche Reihe von einzelnen Produktionsunternehmungen zu durchlaufen habe, in denen das aus dem vorhergehenden Betriebe übernommene Material oder Produkt nebst dem Gewinn dieser Betriebe übernommen werden müsse; diese Gewinne, führt er aus, welche einige unter den theilhaftigen Kapitalisten als ihren Antheil vom schliesslichen Produkte vor deren definitiver Produktion als ihren Antheil vorausbezahlt erhalten, bilden in den meisten Fällen einen nicht unerheblichen Bestandtheil der Kapitalanslagen des Betriebes selbst. So habe z. B. der Flachsspinner, dessen Ausgaben zum Theil in dem Ankauf von Flachs und Maschinen bestehen, in dem Preise dieser Artikel nicht nur den Lohn für die Arbeit, durch welche der Flachs

gewonnen und die Maschinen hergestellt sind, zu bezahlen, sondern auch den Kapitalgewinn des Landmanns, des Flachsbereiters, des Bergmanns, des Eisenfabrikanten und des Maschinenbauers. Alle diese Arten von Kapitalgewinn zusammen mit dem Gewinn des Spinners selbst, würden wiederum von dem Weber im Preise seines Materials, des Leinengarns, vorgeschossen, und damit zugleich noch der Gewinn einer neuen Reihe von Maschinenbauern sowie der Bergleute und Eisenfabrikanten, welche diese mit den benötigten Metallen versehen haben. Alle diese Vorschüsse seien ein Bestandtheil der Produktionskosten der Leinwand. Da nun der Kapitalgewinn bei den Bedingungen der Produktion für die eine Waare, so z. B. bei solchen, wo verhältnissmässig mehr oder dauerhafteres Kapital für die Produktion hergegeben werden muss, in grösserem Maasse in Betracht komme, als wie für die andere, wo Kapital und also Kapitalgewinn in geringerer Proportion einen Bestandtheil der Vorschüsse des Kapitals bildet, so ergäbe sich als allgemeine Schlussfolgerung in Betreff des Werthes die, dass Waaren nicht in dem einfachen Verhältniss der zu ihrer Hervorbringung erforderlichen Arbeit sich anstanschen lassen.

Soweit Mill. Hören wir nun dagegen Ricardo weiter, wie er sich mit dieser Thatsache abfindet. Er sucht ihrer Bedeutung in folgender Weise gerecht zu werden. Er führt aus, dass der Gewinn entsprechend fallen müsse, da für ihn von dem immer gleichen Werthe des Produkts einer gegebenen Quantität Arbeit um so viel weniger übrig bleibe. Wenn also die Löhne um 10 Prozent stiegen, so gehe der Gewinn von 10 Prozent auf 9 Prozent herab und es würde in dem oben ausgeführten Beispiele der Wollfabrikant, anstatt 550 L. zu dem gemeinen Preise seiner Waaren (von 5500 L.) „als Gewinn vom stehenden Kapitale zuzuschlagen, nur 9 Prozent dieses Kapitalbetrages oder 495 L. in Ansatz bringen“, folglich werde der Preis 5995 statt 6050 L. betragen, während das Getreide immer noch zu 5500 L. verkauft werde. Alle Güter also, welche durch theure Maschinen oder in theuren Gebäuden verfertigt würden oder eine geraume Zeit, bis sie auf den Markt gebracht werden könnten, bedürften, würden im verglichenen Tanschwerthe herabgehen, während alle diejenigen, welche hauptsächlich mittels Arbeit hervor- oder schneller auf den Markt gebracht werden würden, steigen würden. Und so komme es, dass der Gewerbetreibende der bei einem allgemeinen Steigen des Arbeitslohnes zu einer Maschine seine Zuflucht nehmen könne, welche die Kosten der Hervorbringung seines Artikels

nicht vermehre, sich besonderer Vortheile erfreuen würde, wenn er den bisherigen Preis für seine Waare beibehalten könnte. Da aber wegen der Konkurrenz dieser Preis herabgesetzt werden müsse, da sonst Kapital in diesen vortheilhaften Gewerbszweig hineinströmen würde, so ziehe das Volk! Vortheil vom Maschinenwesen. Die Maschinen, sagt er, „diese stummen Werkthätigen, sind allerwege das Erzeugniß von viel weniger Arbeit, als diejenige ist, welche sie ersetzen“. — Indessen, meint er, die „Veränderung“ des dauernden Gewinnsatzes sei in ihren Wirkungen auf die Werthveränderungen der Güter verhältnissmässig schwach; denn in dem von ihm behandelten Beispiele habe er angenommen, dass selbst bei einem so grossen Steigen des Arbeitslohnes bezw. eines Fallens des Gewinnes um 1 Prozent der Unterschied der Wollenfabrikate und des mit blosser Arbeit erzeugten Getreides sich in dem Fallen der ersteren von 6050 L. auf nur 5995 ausdrücken würde, und dass ausserdem eine solche Veränderung des dauernden Gewinnsatzes um einen grossen Betrag nur die Folge von Ursachen sei, die im Laufe von Jahren wirken, so dass er sich für berechtigt halte, im weiteren Verfolge seines Werkes bei der Würdigung der Ursachen der Tauschwerthveränderungen immer im Wesentlichen nur die Aenderungen in der Hervorbringungsarbeit in Betracht zu ziehen.

Der Leser wird bemerkt haben, dass sich hier Ricardo wieder einmal über missliche Wahrheiten durch die einseitige Berücksichtigung der blossen „Veränderung“ im relativen Werth hinweghilft, ich meine über jene oben von ihm selbst zugestandene und von Mill prägnanter hervorgehobene Wahrheit, dass der relative Werth an sich, also abgesehen von seiner Veränderung, nicht im Verhältnisse der zur Hervorbringung erforderlichen Arbeit steht, sondern sich bei jedem einzelnen Artikel gänzlich verschieden stellt.

Aber dieser Vorwurf ist unbedeutend im Vergleich zu dem ferneren, den wir analog schon bei der Besprechung der Abth. II erheben mussten. Wenn Ricardo zugiebt, dass der Gewinn dann einen Einfluss auf den relativen Werth der Güter hat, wenn verschiedene Kapitalarten oder Kapitale in verschiedenen Zeitlängen in der Produktion verwendet sind, so hätte er logisch daraus die Konsequenz ziehen müssen, dass der Gewinn bei gleichen Kapitalarten und gleicher Zeitlänge einen gleichen Einfluss auf die Werthbildung haben müsse, aber doch eben einen Einfluss; denn wenn zwei Faktoren in zwei Produkten gleich wirken, so kann man doch nicht sagen, sie wirken überhaupt nicht. Dass sie bei Auf-

stellung einer Proportion, also bei dem von Ricardo und Mill mit Vorliebe ausschliesslich behandelten relativen Werthe, auf beiden Seiten der Produktion gestrichen werden können, ist nur für gewisse Betrachtungsweisen (Verhältnisse) angängig. Die Nationalökonomie hat — um einen Vergleich mit der Mathematik zu ziehen — es nicht mit der Aehnlichkeit zweier Objekte, sondern, da sie nach dem Hermann'schen Worte die „Grössenlehre der Güter“ ist, mit der absoluten Grösse zu thun, mit Gleichheit und Ungleichheit.

Was nützt es für die Erforschung der Gesetze des Verkehrs und besonders für die Lehre von der Reform desselben, für die Sozialpolitik, wenn man nur feststellen kann, dass ein Gut zu einem anderen oder tausend anderen in einem gewissen Werthverhältnisse steht? Das ist nur die Begründung eines Räthsels auf ein anderes. Die bestimmende Wertheinheit, das feste tertium comparationis zu finden, das ist das Problem. Für den Kaufmann ist das relative Vergleichen der Güterwerthe die Hauptsache, denn in der richtigen Spekulation auf die Differenz des Werthes der einzutauschenden und der auszutauschenden Güter liegt das Hauptgeheimniss des kaufmännischen Erfolges, wie sich in der Antwort Ricardo's ausgedrückt findet, welche er einmal auf die Frage ertheilt hat, wie man reich werden könne. Für die Wissenschaft ist diese mechanische Werthlehre unzureichend, weil sie erst mit abgeleiteten Gesetzen arbeitet, die nur das Resultat, nicht den tieferen Grund der organisch wirkenden wirthschaftlichen Fundamentalwahrheiten darstellen. Wie oben ausgeführt, legt Ricardo denn auch da, wo er die praktische Anwendung der Arbeitskostentheorie auf die Gesetze von Gewinn, Lohn und von der Grundrente versucht, den absoluten Arbeitskostenwerth zu Grunde, und in der oben wiedergegebenen Lehre, in der er die Veränderung der gegenseitigen Werthe in Folge des Steigens des Arbeitslohnes erörtert, passirt ihm gar der fatale Widerspruch, beide sich widersprechenden Werththeorien nebeneinander anzuwenden, die eine durch die andere zu ergänzen: das Fallen des relativen Werthes der mit „danerhafterem“ Kapital hergestellten Güter erklärt er durch Zuhilfenahme des Satzes, dass der Zinsfall immer die Folge der Erhöhung des Arbeitslohnes ist, da derselbe von dem festen gleichbleibenden Gesamtarbeitskostenwerthe (und das ist doch der absolute Werth) für den Zins weniger übrig lasse; einmal erklärt er also den Gewinn als „Abzug“ vom absoluten Arbeitskostenwerthe, das andere Mal als einen (bei den einzelnen Produkten verschieden grossen) „Zuschlag“, den die

Kapitalisten machen „müssen“, um ihr grösseres Kapital zu verzinsen, Zwei Werththeorien in einer Abhandlung, das ist doch zu viel des Guten! Mill scheint auch hier die Blösse herausgefunden zu haben, er räth Buch III Kap. IV § 5 am Ende, jenes Fallen der Preise der genannten Produkte lieber direkt auf das Sinken des Kapitalgewinns allein zurückzuführen.

§ 10.

J. St. Mill's Vollendung der Arbeitskostentheorie.

Mill hat die britische Lehre zur Vollendung gebracht, ihr aber auch damit zugleich, indem er ihren wahren Kern bloslegte, den Todesstoss gegeben. Statt der Ricardo'schen Arbeitskosten setzt er den Arbeitslohn ein und fügt demselben als zweites Element den Kapitalgewinn hinzu, der, wie er sagt, „ebenso gut wie der Arbeitslohn zu den Produktionskosten gehört, welche den Werth der Erzeugnisse bestimmen“. Der Werth der Güter, welchen auch er allerdings trotzdem einen ganz „relativen Ausdruck“ nennt, werde bestimmt durch den vergleichweisen Betrag von Arbeitslohn, welcher gezahlt werden müsse, um sie hervorzubringen, und durch den vergleichweisen Betrag des Gewinnes, den die Kapitalisten, welche jenen Lohn bezahlt haben, erhalten müssen. Wenn Mill hier immer mit ganz besonderer Betonung von dem vergleichweisen Betrag von Gewinn und Lohn spricht, so übersieht er, dass er damit im Grunde konzedit, dass auch die absoluten Beträge von Lohn und Gewinnen zusammen den Werth ausmachen; denn da nach seiner und Ricardo's Lehre die Grundrenten aus der Werthbildung ausscheiden, — dieselben stellen nur das Mehrerträgniss der besseren Betriebe dar — so bleibt kein drittes Element übrig, der absolute Werth des Gesamtprodukts besteht lediglich aus Arbeitslohn und Kapitalgewinn.

Damit ist aber der Bankerott der Theorie definitiv erklärt, es bleibt von der ganzen Weisheit nichts übrig, als das, was uns jener Ladeninhaber schon verrieth. Der Preis der Produkte setzt sich zusammen aus den sämtlichen Abfindungsantheilen, die im Laufe der Produktion am Gute liquidirt wurden, oder m. a. W.: das Ganze ist gleich der Summe seiner Theile. Nach welchem Grössenmaass sich das Ganze und seine Theile bestimmen, das

bleibt das ungelöste Räthsel*). Die britische Lehre nahm den kühnen Anlauf, aus einem tiefen inneren und zureichenden Grunde, nämlich aus der rein ökonomischen Kategorie der Arbeitskosten den Werth zu bestimmen, sie endet mit der blossen Schilderung der Vertheilung des seiner eigenen Werthgrösse nach unbestimmt gebliebenen Produktionsertrages.

Man hat gesagt, dass Mill durch die Hinzunahme des Kapitalgewinnes zu den Arbeitskosten bzw. Arbeitslöhnen den Widerspruch zwischen den beiden Theilen der Ricardo'schen Werththeorie „mit feinem Takte“ vermieden habe, aber es sei auch ferner „eine unnütze Weitschweifigkeit“, noch Arbeitslohn und Gewinn bei der Werthbestimmung zu unterscheiden, denn der Arbeitslohn werde ebenfalls aus dem Kapital ausgelegt, es komme also allein auf die Kapitalanslagen an; wofür dieselben gemacht würden, bleibe für den Tauschwerth der Waaren gleichgültig, der Werth der Waaren werde durch die zu ihrer Herstellung „gesellschaftlich nothwendige Kapitalauslage“ bestimmt, wenn man nämlich mit dem Ausdruck Kapitalauslage den „üblichen“ Gewinn bereits mitbegriffe (Dr. Georg Adler, Die Grundlagen der K. Marx'schen Kritik, Tübingen 1887, Seite 94). Ich habe diesen Satz Adler's, dieses auf sozialen Gebieten höchst fruchtbaren geistvollen Schriftstellers, mit wahrer Bewunderung gelesen; zwar kann man gegen ihn einwenden, er gehe dem Werthproblem nicht auf den Grund, denn erstlich sei der Begriff: „gesellschaftlich nothwendige Kapitalauslage“ ein eben so dunkler abgeleiteter Begriff, wie der oben kritisirte Marx'sche Begriff: „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“, er setze als fertiges gegebenes Resultat voraus, was gerade die ganze Nationalökonomie zu erklären erst die Aufgabe habe, er unterstelle den Werth der Kapitalgüter und gar die Höhe des Kapitalgewinnes als gegeben, während jener Werth und diese Höhe doch eben erst wie der Werth der Güter selbst vorher zu finden sei, er erkläre also den Werth aus dem Werthe. Aber eine solche Bemängelung trifft nicht Georg Adler, sondern die Ricardo'sche Kostenwerthstheorie, von welcher dieser Schriftsteller nun einmal grundsätzlich ausgeht. In der That hat er jene Theorie durch den von ihm ausgesprochenen Satz von allen „unnützen Weitschweifig-

*) Darüber, dass Mill an anderen Stellen widerspruchsvoll dennoch wieder seinem Meister folgt und den Gewinn als Abzug vom absoluten Arbeitskostenwerthe behandelt, bin ich im Text der Kürze halber hinweggegangen.

keiten“ befreit und auf ihren nackten Werth zurückgeführt, jener Satz krönt in Wahrheit das britische Gebäude, er ist der reine ungeschminkte Ausdruck derselben. Denn in der That basirt sich ja nach der britischen Lehre auch die Arbeit, die Produktivität, die Prosperität, die ganze volkswirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit auf den sog. „Lohnfonds“, d. i. auf den Umfang der Kapitalauslage, mit welcher die Arbeit angestellt und ernährt werden kann. So bleibt von der ganzen Arbeitskostentheorie nichts übrig, die britische Theorie ist weiter nichts als die Erklärung des Werths und der ganzen Wissenschaft aus dem dritten Produktionsfaktor, nämlich dem Kapital, sie ist nicht Arbeitskostentheorie, sondern sie ist, wie oben zu zeigen versprochen wurde, Kapitalkostentheorie, also eine von den drei denkbaren Produktionskostentheorien. Nach einer wahren und echten reinen Arbeitskostentheorie müssen wir uns noch umsehen. Wo können wir sie finden? Man sollte meinen: nur bei den Socialisten; denn sie nehmen die Ricardo'sche Arbeitskostentheorie ernst und müssen es auch von ihrem dogmatischen Ausgangspunkt aus. Dies führt naturgemäss zur Kritik der höchst interessanten Rodbertus'schen und Marx'schen Werthlehre.

§ 11.

Die Arbeitskostentheorie von Rodbertus und die Werthlehre im Sozialstaate.

Rodbertus*) hält allerdings an dem reinen und unverfälschten Ausgangspunkt der strengen Arbeitskostentheorie fest. Ohne auf die Ausflucht der Relativität des Werthes zu rekurriren, lässt er den Werth der Güter durch die absolute Arbeitsmenge bestimmt werden: „Alle wirthschaftlichen Güter kosten Arbeit und nur Arbeit, jedes Produkt ist nur Arbeitsprodukt“. „Ein gegebener Produktenwerth oder das Produkt einer gegebenen Arbeit oder das jeweilige Nationalprodukt, — das Alles sind für ihn gleichwerthige Ausdrücke einer und derselben Sache. Aber nur die Summe der materiellen Arbeiten, der Arbeiten der Handarbeiter, welche die manuellen Verrichtungen am Produkt wahrnehmen, hält er für werthbestimmend, während

*) Die obige Werthlehre von Rodbertus ist dem 2., 3. und 4. „sozialen Briefe“ entnommen.

er die bei der Produktion vorkommenden wichtigen Arbeiten der Geschäftsgründung, der Arbeitsleitung u. s. w. aus den werthbildenden Faktoren ausscheidet, damit, wie er sich ausdrückt, man ihm nicht „kapitalistische Hintergedanken“ vorwerfen könne. Das „Nationaleinkommen“ d. i. die Summe der zur unmittelbaren Bedürfnissbefriedigung hergestellten und verwendbaren Güter zerfällt er a priori in zwei Abtheilungen, in Rente und Arbeitslohn, oder in sinnlichem Ausdruck, in Rentengüter und Lohngüter. Die einheitliche „ursprüngliche“ Rente zerlegt er erst a posteriori wieder nach besonderen Gesetzen in Grund- und in Kapitalrente. A priori erkennt er nur Eine Rente an, das ist der Werththeil des Arbeitsproduktes, welcher nach Abzug der für die Arbeiter und ihre Unterhaltung nothwendigen Lohngüter übrig bleibt und welcher naturgemäss um so grösser sein und auch um so höheren Werth haben muss, je produktiver die Arbeit im Ganzen ist, je weniger also die Arbeiter vom Gesamtwerthe absorbiren; und zwar ist es nach Rodbertus „lediglich das Privateigenthum am Boden und Kapital, lediglich die positive Rechtsinstitution, welche den Grund- und Kapitaleigenthümern auch das Eigenthum am Arbeitsprodukt verleiht und deshalb die Arbeiter zwingt, sich mit einem kleinen Theil ihres eigenen Produkts zu begnügen“.

Auch Rodbertus entgeht es nun nicht, dass in der Wirklichkeit des Lebens die Güter sich nicht nach den in ihnen enthaltenen Arbeitskosten vertauschen, und dass die Theorie des Arbeitskostenwerthes die hässlichsten Blößen zeigt. Er erkennt es an, dass diese Theorie durch den Satz von der Gleichheit der Kapitalgewinne in der Praxis bedenklich in's Wanken gebracht wird. Er erkennt diesen Satz von der Gleichheit der Gewinnstraten nicht nur unumwunden an, er hält ihn sogar „ohne Zweifel selbst für gewisser als das von Ricardo behauptete Gesetz, dass sich auch im Einzelnen die Produkte nach der auf ihnen haftenden Arbeit vertauschen“. „Ich bin“, sagt er, „niemals der Ansicht gewesen, dass der nach Arbeit bemessene Werth schon in jedem einzelnen der aufeinander folgenden Produktionsabschnitte, in welche die Herstellung eines Gutes als in ebensoviele Gewerbe zerfällt, genüge, um den landüblichen Gewinn jedes betreffenden Gewerbes immer genau zu decken. Bei dieser abschnittswisen Produktion jedes Gutes und bei dem Gesetz der Gleichmässigkeit des Kapitalgewinnes ist dies sogar unmöglich! Dies lässt sich leicht zeigen. Nehmen Sie an, die Produktion eines Gutes theilte sich in

4 Abschnitte, die gleichviel Arbeit erforderten und besondere Unternehmungen ausmachten. Alsdann würde, wenn in jedem dieser Abschnitte der Werth mit der Arbeitsquantität zusammenfiel, auch der Werth des besonderen Produkts jedes Abschnitts gleich dem des anderen sein müssen. Allein der letzte Unternehmer würde, obgleich er nicht mehr Arbeiter beschäftigte, als der erste und zweite, dennoch mehr Kapitalgewinn berechnen müssen. Ebenso würde der zweite Unternehmer weniger Kapitalgewinn zu berechnen haben. Denn in der letzten Unternehmung hätte das erforderliche Material, welches das Produkt schon von mehr Arbeit als das Material der zweiten Unternehmung sein würde, auch einen um so grösseren Werth, deshalb aber würde auch, wenn sich das Produkt jeder der beiden Unternehmungen, genau nach der Kostenarbeit, als in beiden Unternehmungen gleich, verwerthete, der für Kapitalgewinn übrigbleibende Werthrest in der letzten Unternehmung einen zu niedrigen, in der zweiten einen zu hohen Gewinnsatz geben. . . . Ich bin in der That so wenig der Ansicht gewesen, dass dem anders wäre, dass vielmehr, wie ich glaube, ich zuerst unter den Nationalökonomern nachgewiesen habe, dass in diesem Falle das von der englischen Schule behauptete Gesetz der Gravitation des Marktwertes nach der Arbeitsquantität abgeändert wird“. Dass diese Priorität Rodbertus nicht zukomme, haben wir oben schon gesehen. Mill behandelt ja den Fall sehr eingehend und viel erschöpfender.

Wie findet sich denn nun aber Rodbertus mit diesem offen zugestandenem Widerspruche in der Werththeorie ab? Die Rettung fällt traurig genug aus. Er sagt nämlich: „Wohl bin ich der Ansicht, dass, wie der Marktwert des fertigen Gutes freilich nicht immer (!) mit der Kostenarbeit zusammenfällt, aber doch danach gravitirt, so auch der nach Arbeit gemessene Werth freilich nicht die heutigen Gewinne auf den einzelnen Produktionsstufen genau (!) deckt, aber doch im Ganzen hinreicht, um die Summe der auf allen Produktionsstufen eines Gutes heute abfallenden Renten, Grundrenten wie Kapitalgewinne, **zusammengenommen**, abzuwerfen. Ich bin also damit der Ansicht, dass das Nationalprodukt überhaupt nur einen nach Arbeit bemessenen Werth zu erreichen braucht, um alle unsere heutigen Renten, Grundrenten und Kapitalrenten, zu gewähren, und dass es dazu keines Zuschlages zum Arbeitswerth, sondern nur eines Abzuges am Arbeitslohn bedarf. In solcher Allgemeinheit (!) scheint mir aber auch dieser Satz un-

bestreitbar zu sein Ja. es ist Nichts gegen den Schluss einzuwenden, dass, wenn der Arbeitslohn weniger als der normale Werth beträgt, unser ganzer nationaler Rentenbetrag im Allgemeinen abfallen muss, denn, wo bliebe sonst der Rest“?

Der Leser wird mir zugeben, eine solche Deduktion ist wahrhaft naiv. Es kann ja Rodbertus nicht gehindert werden, in seinem utopistischen Gedanken das Gesamteinkommen auf die darin enthaltene materielle Arbeit ausschliesslich zurückzuführen. Wenn ich alles Produkt zusammen als Arbeitsprodukt auffasse, reicht natürlich die Arbeit zusammen aus, um das ganze Produkt ausschliesslich der Renten herzustellen. Es bleibt keine logische Kluft. A gleich A. Aber dass sich aller Werth thatsächlich lediglich auf die Arbeitskosten gründe, das ist blosser einseitige Behauptung. Es fehlt ihr jeder Beweis, sie ist die grösste *petitio principii*, die sich denken lässt. Wie sonderbar nimmt sich da Rodbertus' stolze Behauptung aus: „Gerade der normale Werth (so nennt er immer den Arbeitskostenwerth) . . . ist der indifferenteste. Er erschleicht nichts von dem, was erst aus ihm erklärt werden soll“. Er „erschleicht“ im Gegentheil Alles, die ganze Theorie!

Die volle Haltlosigkeit der Theorie von Rodbertus zeigt sich denn nun auch da, wo sie ihre eigentliche Probe bestehen soll, nämlich, wo es darauf ankommt, den Werth nicht des gesamten nach Arbeitskosten bestimmt gedachten Nationaleinkommens, dieses rein begrifflichen Gedankendinges, sondern den konkreten Werth der einzelnen Güter im praktischen Wirthschaftsleben in sich und untereinander zu ergründen. Wie hilft er sich über die anerkannte Klippe hinweg, die der Satz von der Gleichmässigkeit der Gewinne in dem breiten, schönen Wasserspiegel des Kostenarbeitswerthes anstürmt? Auf zwei Wegen:

Erstens: „Ich bin niemals der Ansicht gewesen, dass in dem heutigen, sich selbst überlassenen Verkehre der Marktwert eines fertigen Gutes . . . immer genau mit dessen nach Arbeit bemessenem oder dem normalen Werthe zusammenfällt. Der Marktwert tendirt, gravitirt nur immer nach diesem“. Er habe seine „Ansicht von jeher dahin beschränkt . . ., dass in einem sich selbst überlassenen Verkehr der normale Werth nur eine Anziehungskraft auf den Marktwert übt.“ „Grundgesetze des Verkehrs . . . können, solange er sich selbst überlassen bleibt, nichts weiter als Gravitationsgesetze sein. Das hat sich auch bisher in jedem national-ökonomischen System von selbst verstanden. Der von dem National-

Ökonomen so viel angewendete Satz von der Gleichmässigkeit der Gewinne ist noch mehr blosses Gravitationsgesetz, auch die Gewinne streben ja nur, sich in's Gleichgewicht zu setzen, wenn sie auch in Wirklichkeit immerwährend herüber und hinüberschlagen. Warum sollte ich weniger berechtigt sein, das Gravitationsgesetz des Werthes meinen Untersuchungen zu Grunde zu legen?“

Rodbertus operirt hier mit der Vieldeutigkeit des Begriffs: Gravitiren. Gravitiren, tendiren, oszilliren wird in Wahrheit von den Nationalökonomen, entsprechend dem von dem Züngeln der Waage hergenommenen Bilde, gebraucht, um das immerwährende Abweichen des augenblicklichen Marktwertes vom sog. natürlichen Werthe zu versinnbildlichen. Es ist das Verdienst von Smith und Ricardo, diesen letzteren Begriff aufgestellt und betont zu haben. Er ist der Werth, der sich aus den tieferen, inneren Gründen der konstanten werthbildenden Faktoren ergibt. Der Markt mit dem Schwanken von Nachfrage und Angebot wird von den Nationalökonomen nur als die ewig-wechselnde, wellige Oberfläche dargestellt. Ja, Rodbertus macht selbst darauf aufmerksam, dass Beides nicht verwechselt werden dürfe und zwar unmittelbar in der Nähe jener zitierten Stellen, indem er S. 16 und 17*) sagt: „Aber wer sich an diesen oberflächlichen Bewegungen und deren nächsten Gründen genügen liesse, wäre dem zu vergleichen, der die Erscheinungen der Ebbe und Fluth aus deren Wellen erklären wollte.“ Und doch begeht Rodbertus selbst eine ähnliche Oberflächlichkeit. Denn das Abweichen des wirklichen Werthes ist nicht hervorgerufen durch Markterscheinungen, sondern der natürliche Werth stimmt in seiner Konstruktion nicht mit dem Arbeitskostenwerthe überein, er weicht begrifflich von ihm ab, das Abweichen besteht hier nicht, wie beim Abweichen des Marktwertes, darin, dass er herüber und hinüberschlägt, er schlägt vielmehr nothwendig a priori immer vorbei.

Die erste Apologie ging also fehl. Sie ist eine blosser Verkleisterung der Bresche. Und nun die zweite Apologie? Im unverständlichen Widerspruche mit der ersteren erkennt Rodbertus nun die Bresche als solche, nämlich die Divergenz zwischen wirklichem Werth und Arbeitskostenwerth unumwunden an und benutzt

*) Das Kapital. Vierter sozialer Brief an von Kirchmann von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow. Herausgegeben von Theophil Kozak. Berlin 1884 Puttkammer & Mühlbrecht. Aus diesem Werk sind überhaupt die meisten oben zitierten Stellen entnommen.

sie überdies für die Begründung seiner wunderlichen Grundrententheorie: In ähnlicher Weise, wie in dem oben zitierten Beispiele nimmt er (S. 31 a. a. O.) an, dass die Produktion eines Gutes in drei Abschnitte zerfällt, deren Arbeit — unmittelbar, wie in Werkzeugen angewandte — je 10 beträgt; dann sei die Annahme unstatthaft, dass, obgleich der Werth des Rohprodukts nur 10, nur den normalen Werth, betrüge, doch keine Grundrente, sondern nur Kapitalrente abfiele, weil der Werth des ersten Fabrikationsproduktes etwa auf 15, der des zweiten auf 20 gestiegen wäre, der Werth des ganzen Gutes also auf 45 erhöht sein würde. Denn natürlicherweise dürfe er nur 30 betragen und ein blosser Zuschlag zum Produktenwerth sei ein logisches Unding, die Rente entstehe nur durch einen Abzug vom Arbeitsprodukt, d. i. vom normalen Werth. Es bleibe also nur der Schluss übrig, dass, wenn einmal keine Grundrente abfalle, wie z. B. in den Beispielen Ricardo's von der Kolonisation eines bisher unbebauten Landes, auch das Rohprodukt unter seinen normalen Werth gefallen sein müsse, der Werth des Rohprodukts also etwa nur 5, der des ersten Fabrikationsprodukts nur 10, der des zweiten etwa 15 betragen müsse, so dass der Werth im Ganzen doch nur nach dem natürlichen Werthe von 30 gravitiere. Wenn der Fall regulär liege, wenn bei der Vermehrung der Bevölkerung der Werth des Rohprodukts auf den normalen Werth steige, so sei der normale Werth auf jeder Produktionsstufe 10. Durch die Dazwischenkunft des Kapitals, das überall gleiche Gewinnsätze erfordere, differire der faktische Werth vom normalen. Diese Differenz ergebe gerade die Grundrente. Denn die Fabrikationsstufe bedürfe immer des Materials aus der vorhergehenden Rohproduktionsstufe, während der dem Material analoge Vermögenstheil in der Landwirthschaft der Boden selbst sein würde, dieser aber kostenlos vorausgesetzt werde. Um das Material sei das Fabrikationskapital also grösser als das landwirthschaftliche Kapital; da nun aber nach dem Satze der Gleichmässigkeit der Kapitalgewinne das Fabrikationskapital nicht höhere Gewinne gebe, als das Rohproduktionskapital, da ferner aber dieser Materialwerth zwar das Fabrikationskapital, auf welches der abfallende Rententheil als Gewinn berechnet wird, nicht auch diesen Gewinn selbst vergrössere, so müsse nothwendig auch von dem in der Landwirthschaft abfallenden Rentenbetrage ein Theil übrig bleiben, der nicht von der Gewinnberechnung nach diesem Gewinnsatze absorbirt werde.

Um die ganze Unvernunft dieser Deduktion einzusehen, braucht man nun nur auch noch die zweite Fabrikationsstufe in gleicher Weise mit der dritten zu vergleichen. Letztere muss noch mehr Material gebrauchen wie die zweite, demgemäss müsste, da ihr Produktenwerth vorausgesetztmaassen auch gleich 10 ist, der von diesem übrig bleibende Kapitalgewinn noch geringer sein. Also wäre das Gesetz der Gleichmässigkeit der Kapitalgewinne überhaupt falsch. die vorhergehenden Fabrikationsstufen besässen immer ein der Grundrente analoges praecipuum. Wenn Rodbertus dagegen einwendet, dass eben der Marktwert des Produkts der letzten Unternehmung über den normalen Werth steige und zur Ausgleichung dessen der der früheren Unternehmungen entsprechend unter denselben fallen müsse, um dort wie hier gleiche Gewinne abzugeben (S. 15). so ist zu replizieren: Warum gilt denn dies nicht auch für das Verhältniss zwischen Rohprodukt und Produkt der ersten Fabrikationsstufe? Warum muss sich die Landwirthschaft nicht das Gleiche gefallen lassen. „Warum soll jene Nivellirung (der Gewinnsätze) zwar das ganze Gebiet der Fabrikation ergreifen, aber an den Grenzen der Rohproduktion wie durch einen Zauber gebannt Halt machen?“ (von Böhm-Bawerk).

So scheitert denn also auch bei Rodbertus die Arbeitskostentheorie an derselben Klippe wie bei Ricardo und Mill, nämlich an der brutalen Thatsache, dass Kapital und Grundeigenthum existiren, welche ebensogut wie die Arbeitskosten „Medien der Vertheilung“ sind und deshalb den Arbeitskosten nothwendig die ausschliessliche Herrschaft auf dem Gebiete der Werthbildung streitig machen.

Wie nun aber Ricardo zur Rettung der Arbeitskostentheorie auf eine Utopie der Vergangenheit rekurriert, wo das störende Grund- und Kapitaleigenthum noch nicht bestanden hat, so flüchtet Rodbertus auf eine andere Rettungsinsel, in eine Utopie der Zukunft. Er konstruirt sich hierzu einen besonderen Staat, den Sozialstaat und „konstituirt“ in demselben den reinen Arbeitswerth. „Erst so könnten die Grundgesetze des Werthes rein in die Erscheinung treten, wenn der Verkehr in seinen Hauptbedingungen konstituirt wäre.“ Es gewinnt den Anschein, als ob Rodbertus der falschen Werththeorie zur Liebe zu den sozialistischen Studien getrieben und überhaupt Sozialist geworden sei, während bei einer Untersuchung der geistigen Entwicklung von Marx sich ergibt,

dass dieser Schriftsteller, gerade umgekehrt, seinen sozialistischen Ideen zu Liebe und zur wissenschaftlichen Begründung derselben Anhänger der Ricardo'schen Arbeitskostentheorie geworden ist. Das Unglück, welches Ricardo so angerichtet hat, bleibt in beiden Fällen ein gleich grosses.

Treten wir also den interessanten und grundlegenden Untersuchungen Rodbertus' über den Sozialstaat näher und sehen wir zu, welch gewaltige Rolle darin der Arbeitskostenwerth spielt. Rodbertus ist der Erste, welcher die Hypothese des reinen Sozialstaates in seinen Grundelementen wissenschaftlich und systematisch ausgedacht hat, Schäffle ist ihm gefolgt, Marx und fast alle anderen gelehrten Sozialisten dagegen tragen eine gewisse Scheu, den Schleier von den ihnen vorschwebenden Idealgebilden zu lüften, sie wollen dem dialektischen Entwicklungsgange der Geschichte nicht vorgreifen. Sozialpolitisch ist das von ihrem Standpunkte aus klüglich gehandelt. Denn wir sehen an Rodbertus' Beispiele, dass eine falsche Konstruktion dieses Idealstaates den ganzen Sozialismus in Misskredit bringen kann.

Sehen wir nun zu, ob es Rodbertus gelungen ist, wenigstens für den Sozialstaat die Arbeitskostenwerththeorie in ihrer Reinheit und Wahrheit durchzuführen. Wichtig sind diese seine Untersuchungen für die Werththeorie jedenfalls, denn gelingt ihm hier der Beweis für seine Werththeorie, so hat sie auch für den heutigen Staat indirekt eine grosse Stütze. Sollte sich aber herausstellen, dass die Arbeit auch im Sozialstaate nicht den Werth bildet, so fällt die letzte Ausflucht.

Rodbertus*) führt den Sozialstaat auf dem höchst treffenden und klassischen Wege in die Wissenschaft ein, dass er die moderne Volkswirtschaft und die davon scheinbar so grundverschiedene rein soziale Staatswirtschaft auf ihre gemeinschaftliche Wurzel zurückführt, nämlich auf die Gesellschaftswirtschaft, Nationalökonomie oder Staatswirtschaft, welche er dem System des wirtschaftlichen Individualismus, der sog. isolirten Wirtschaft, begrifflich entgegensetzt, während er den modernen Staat und den reinen Sozialstaat als blosse Unterarten jener Gesellschaftswirtschaft bezeichnet. Auch der moderne Staat könne seinen thatsächlich kommunistischen Charakter in keiner Beziehung verleugnen, er stelle schon eine wenn auch noch unvollkommene wirtschaftliche

*) Vergl. oben Seite 2 die Note *).

Gemeinschaft dar, gegründet auf Theilung der Arbeit unter den Individuen. Die „Staatswirtschaft“, im Gegensatz zur isolirten Wirtschaft, aus welcher letzteren keinerlei nationalökonomische Begriffe aufzufinden und zu entwickeln seien, sei schon heute kein blosses Aggregat der einzelnen Wirthschaften, die Theilung der Arbeit habe ihr Wesen im „Kommunismus“; denn die korrespondirende Seite der Gemeinschaftlichkeit in der Arbeitstheilung sei neben der Theilung der Arbeit auch die Theilung des Erarbeiteten. Das Nationalprodukt werde durch die Arbeitstheilung zu einem gemeinsamen Produkt, so dass, da das Produkt im Laufe seiner Herstellung durch Aller Hände gehe, auch Alle an ihm Theil haben, und, wie Prondhon treffend sage, jedes einzelne Produkt mit der Hypothek Aller, das Gesamtprodukt mit der Hypothek jedes Einzelnen in die Welt trete. „Weil am Nationalprodukt Jedermann zu irgend einem Theile mitwirkt und also auch Jedermann aus dem zur Vertheilung kommenden Theile des Nationalprodukts für seine Mitwirkung einen Antheil zu erhalten hat, wird eine Vergleichung dessen, was zum Nutzen jenes Ganzen beiträgt, also des kleinsten Produkttheils, mit dem, was er für diesen Beitrag zu erhalten hat, also mit den Befriedigungsmitteln aller möglichen Bedürfnisse, nothwendig.“ Der Maassstab dieser Vergleichung der einzelnen Produkttheile nach der Geltung, die sie unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Besten haben, sei der Werth, der nach seiner ersten primären Form Tauschwerth genannt, also nichts Anderes als die Geltung sei, die ein Produkt als gesellschaftlicher Gebrauchswerth einnehme.

Die heutige Nationalökonomie habe nun als Charakterzug, dass die Bewegung und Vertheilung der nationalen Produktion durch Tauschverkehr sich vermitteln müsse, da das vorhandene Grund- und Kapitaleigenthum es mit sich bringe, dass nur durch Tausch das Robprodukt zur Halbfabrikation, das Halbfabrikat zur Ganzfabrikation wandere und gehoben werde, dass ferner die Arbeiter ihre Arbeit verkaufen, die Grund- und Kapitalbesitzer die wahrscheinlichen Antheile (Renten), die der Verkehr ihren Fonds zuweist, gegen bestimmte Antheile (Pacht, Zins) verkaufen, die Besitzer der fertigen Einkommensgüter endlich diese letzteren verkaufen und die Konsumenten sie wiederum mit den zu ihren Antheilen erhaltenen Werthen kaufen müssen.

Während so der moderne Staat eine grosse „Tauschgesellschaft“ darstelle, gehe der Charakter des (rein-)sozialen Staates dahin, dass

die Bewegung der nationalen Produktion und Vertheilung durch gesellschaftliche Verfügung und Konstituierung vermittelt werde, und nicht mehr Kapital- und Grundeigenthümer partizipiren, sondern nur die wirklichen Produzenten als zu Antheil am National-einkommen berechtigt angesehen werden. Nicht mehr durch Tausch, durch Kauf und Verkauf werde das Produkt, das aus der Erde entnommen, von Stufe zu Stufe gehoben, sondern ein einheitlicher gesellschaftlicher Wille, ein Zentralorgan mit seinen Beamten, Sorge dafür, dass das Rohprodukt zur Werkstatt, das Halbfabrikat zur Fabrik getragen werde und dass jeder bei der Nationalarbeit Betheiligte vom Nationalprodukt seinen richtigen Antheil erhalte. Eine gesellschaftliche Behörde würde jetzt die Nationalproduktion dem Nationalbedürfniss anzupassen, das Nationalprodukt auf der Höhe der produktiven Mittel zu erhalten und die Vertheilung nach dem Grundsatz: Gleiche Leistung, gleiches Produkt — zu regeln haben. Die Schwierigkeit dieser Regelung liege nicht in der Ermittlung der Bedürfnisse; denn was der Staat als solcher (Staatsbedarf) notwendig habe, werde leicht wie heute im Ausgabebudget der öffentlichen Bedürfnisse festgestellt, und die Privatbedürfnisse der Individuen bildeten im Allgemeinen — vermöge der menschlichen Natur und der Mode — eine gleiche Reihenfolge. Die Schwierigkeit liege vielmehr in der Ermittlung, wie weit die Bedürfnissreihe jedes Einzelnen mit den vorhandenen Mitteln zu befriedigen sei, sie liege also in der Vergleichung der produktiven Kraft der Nation und des Antheils des Einzelnen daran mit seinen zu befriedigenden Bedürfnissen.

Diese Schwierigkeit will nun Rodbertus mit dem Begriff „Zeitarbeit“ lösen. Wenn nur die Zeitarbeit bekannt sei, die Jeder, der sich mit produktiver Arbeit beschäftigt, zu leisten übernimmt, so lasse sich auch erkennen, wieweit die Mittel in der Deckung der Befriedigungsreihe reichen und welche und wieviele Befriedigungsmittel zu produziren sind. Wenn man wisse, dass eine Million produktiver Arbeiter im Jahre je 300 Tage arbeiten wollen, wisse man genug. Da aber die Arbeiten in den verschiedenen Produktionen verschieden an Mühe und Kraft, da ferner in derselben Produktion die Arbeiter an Fleiss und Geschicklichkeit verschieden seien und endlich die Arbeit auf ungleich fruchtbaren Grundstücken und in ungleich ergiebigen Betrieben verschiedene Produkte erziele, so modifizirt er den Begriff „Zeitarbeit“ auf „normale Arbeitszeit“ für jede einzelne Produktionsart, die überall ein festzusetzendes „nor-

males Tagewerk“ zu liefern habe; und die ungleiche Gunst der objektiven Natur, die lokale Verschiedenheit der Erde gleicht er dadurch aus, dass der Werth eines Produktquantums jetzt nicht mehr nach der normalen Arbeit der lokal getrennten Individuen, sondern zugleich auch nach der Durchschnittsquantität Arbeit konstituiert wird, die das gesellschaftliche Gesamtprodukt der betreffenden Kategorie gekostet hat. Der Gesellschaft und nicht mehr, wie jetzt, einzelnen Individuen oder einzelnen Korporationen komme dann die verschiedene Gunst der Erde zu Gute, die Gesellschaft trete die Erbschaft an, in dem gefundenen Durchschnittswerthe der Produkte beziehe sie das Mehr als allgemeines Geschenk. So sei der Werth des gesammten Nationaleinkommens, das zur Vertheilung gelange, gleich der Summe der auf allen Stufen und in allen Abtheilungen geleisteten unmittelbaren (m) und mittelbaren (n), d. h. durch die Abnutzung und Instandsetzung der Werkzeuge repräsentirten kapitalbildenden Arbeit, also gleich $m + \frac{n}{x}$ Arbeit*).

oder gleich der Gesamtsumme der in der betreffenden Periode wirklich geleisteten in normaler Arbeit ausgedrückten Tagewerke. Aus der konstituirten Gesamtwerthsumme ergäbe sich auch die Werthsumme jeder einzelnen Produktkategorie, aus dieser die jedes beliebigen Produktquantums. Der konstituirte Werth z. B. eines Scheffels Weizens wäre der Quotient der Gesamtwerthsumme des Weizens — in Arbeit ausgedrückt — dividirt durch die Scheffelzahl einer Durchschnittsernte (S. 147 a. a. O.).

So meint er, dass vermittels eines dann noch zu kreirenden „Arbeitsgeldes“ Jedermann seinen Eigenthumsanspruch auf den vollen Werth seines individuellen Arbeitsproduktes liquidiren und erlangen könne, die Behörde würde dann eben jedem Produzenten eine Bescheinigung über so viel geleistete normale Arbeit ertheilen, als das natürliche Produkt, das er herstelle, nach den aneinandergesetzten Grundsätzen berechnet erhielte. Den von ihm geschaffenen und auf dem Zirkulationsmittel dieses Zustandes, dem blossen Arbeitsschein, notirten Werth könne er dann gegen diesen Schein in beliebigen Einkommensgütern aus den Magazinen und Läden der Gesellschaft eintauschen. So sei der Werth der Güter konstituiert. Da alle

*) Rodbertus erklärt die Formel deutlicher so: „Hat z. B. das Werkzeug n Arbeit gekostet, und dient es dazu, ehe es vollständig vernutzt ist, x mal Güter, jedes Gut in m unmittelbarer Arbeit, herzustellen, so ist das Gut das Produkt von $m + \frac{n}{x}$ Arbeit.“

Güter Arbeitsgüter seien, so vertauschten sie sich seiner Ansicht nach jetzt einzeln sehr einfach untereinander, indem ihr gegenseitiger Werth durch die in ihnen haftende Arbeit bestimmt werde.

Mit den naheliegenden Einwendungen und Skrupeln findet er sich folgendermaassen ab. Er fragt: „Wie kann aber der Werth konstituiert werden, da derselbe doch in letzter Analyse von dem Bedürfnisse abhängt?“ Unglaublich ist die Antwort: „Ja der Werth kann mittels der Arbeitszeit konstituiert werden, wenn die allerdings nothwendige Voraussetzung, die *conditio sine qua non* erfüllt ist, dass die Behörde die Produktion den Bedürfnissen äqual erhält, d. h. wenn die vorhandenen Produkte nach Qualität und Quantität immer gerade den vorhandenen Bedürfnissen entsprechen.“ Die blosse Zeitarbeit, die angeboten werde, sei denn „ein Maass der produktiven Kraft und der Bedürfnisse“, in dem skizzirten Zustande sei das Wort Stirner's verwirklicht: „Ich muss soviel haben, als ich mir anzueignen vermögend bin“.

Ja, brächte eine wirthschaftliche Zentralbehörde es wahrhaftig zu Stande, dass sie die Produktion so einrichten und so vollkommen machen könnte, dass die einzelnen Bedürfnisse aller Produzenten zwar nicht in beliebiger Fülle, aber doch nach Maassgabe der vorhandenen sachlichen und persönlichen originären Produktionsmittel (Natur und Arbeit) in der relativ erreichbaren Fülle und in der richtigen Proportion befriedigt würden, so dass für jeden vollen Arbeiter auch eine volle Arbeiternahrungseinheit bereit läge, wozu dann noch die Bemessung der einzelnen Produkte nach dem normalen Werth, nach Arbeitszeit? Es wäre ja dann reiner Ueberfluss und Spielerei, an den einzelnen Produkten noch die bei ihrer unmittelbaren Herstellung und bei der Vernutzung der Werkzeuge verbrauchten Arbeiten zu notiren, ebenso wie es in der isolirten Wirthschaft ganz überflüssig und werthlos für den Wirth ist, den Werth der Güter untereinander nach einem besonderen Maassstabe zu messen. Die grossartigen Erfolge jener sozialistischen Zentralbehörde wären in der That gar nicht auf die von Rodbertus gepriesene Konstituierung des Werthes nach Zeitarbeit zurückzuführen, sondern auf das von ihm selbst vorausgesetzte prius: die richtige Erzeugung der begehrten und möglichen Bedürfnissbefriedigungsmittel, d. h. der begehrten Nahrungseinheiten. Nicht sein normaler Arbeitskostenwerth, dieses blosse „Medium der Vertheilung“, wie er den Werth nennt, diese soziale Kategorie, sondern die rein ökonomische Kategorie, nämlich die naturale Produktionsergiebigkeit

von Natur und Arbeit einerseits, und die naturale Bedürfnissbefriedigungsqualität der produzierten Güter andererseits gäben den Ausschlag. Rodbertus erkennt dies, wenn er meint, dass man genug wisse, wenn man weiss, wie viel bereite Arbeit angeboten sei. Bei der Vertheilung der Güter erscheinen die Arbeiter nicht als Arbeiter, sondern als Esser, als Konsumenten, und die zu vertheilenden Güter als Konsumtions-, als Bedürfnissbefriedigungsmittel, deren Werth also, wie R. selbst ausdrücklich konzедirt, „in letzter Analyse aus der Bedürfnissbefriedigungsqualität zu schöpfen“ ist. Vertheilen kann man erst, wenn die dazu erforderlichen Realitäten vorhanden sind, und wenn deren Werth an sich feststeht. Es geht eben Rodbertus wie allen Kostenwerththeoretikern, sie begehen beständig ein *ὑστερον πρότερον*. Sie leiten den Werth aus den Kosten ab, ohne zu berücksichtigen, dass sich erst nach der Skala des Bedürfnissbefriedigungswerthes das Ausmaass der auf die einzelnen Produktionen zu verwendenden Kosten richten kann.

Der Umstand, welcher verursacht hat, dass die Rodbertus'sche Utopie so viele Leser geblendet, ist das treffliche Aufgehen des Exempels: die nach der Formel $m + \frac{n}{x}$ gefundenen und addirten Arbeitstage der gesammten Nationalarbeit, die zerstreut im ganzen Staate auf die Herstellung des Heeres von Gütern des Nationalbedarfs verwendet und den Gütern auf ihrem Produktionswege von Stufe zu Stufe zugeschrieben werden, sind schliesslich gleich der Summe der zum Konsum in den Verkaufsmagazinen lagernden fertigen Nationalprodukte, deren Werth einfach von den auf ihnen notirten Arbeitskosten abzulesen ist; und noch mehr imponirt auf den ersten Schein, dass unter verschiedenen Bedingungen der Produktivität der Arbeit in den einzelnen Betriebsstätten, unter der verschiedenen „Gunst der Natur und der lokalen Verschiedenheit der Erde“ und endlich unter dem verschiedenen Umfange und der verschiedenen „Dauerhaftigkeit“ des verwandten Kapitals, hier unter Umschiffung all der Klippen, an welchen Ricardo's Schule scheiterte, die Harmonie zwischen den beiden Grössen der oben S. 48 erwähnten Gleichung zwischen Arbeitskosten- und Bedürfnissbefriedigungswerth glänzend hergestellt erscheint. Indessen die Harmonie ist eitel Schein. Es ist Nichts als ein luftiges theoretisches Kunststück, die Summe der Nationalprodukte als Arbeitsprodukt zu fingiren, d. h. es in Gedanken in seinen einzelnen Bestandtheilen nach dem Arbeitswerth zu bemessen und nach Arbeit

aufzuthellen; denn das Theilen ist ein Werk der Menschen, vertheilen kann man Güter wie man will, hier lässt sich „konstituiren“; aber wie steht es mit der rein ökonomischen Seite der Güter, mit der Natur der menschlichen Bedürfnisse? Die Natur lässt sich nicht meistern, der Magen und der Geschmack fragen nicht nach der Kostenarbeit. Die letztere versagt ihren Dienst als Werthmaassstab gerade da, wo sie ihre eigentliche Probe bestehen soll, nämlich wo es sich nicht um den Werth des „Nationalprodukts“, dieses Gedankendinges, sondern um den absoluten und relativen Werth der einzelnen Güterquantitäten an sich und untereinander handelt. Hier liegt ja anerkanntermaassen die Schwierigkeit des bisher ungelösten Werthproblems, während der alte allbekannte Satz, dass die Summe des Gesamtproduktwerthes mit der Summe der einzelnen Abfindungsquoten zusammenfällt, nach welchen jener Gesamtwertth aufgetheilt wird, eine selbstverständliche Wahrheit ist, die bei Zugrundelegung jeder Werththeorie zutrifft. Rodbertus handelt nur von schemenhaften grautheoretischen Quantitäten der Güter und von ihrem Werthausgleich. Seine Lehre wäre richtig, wenn es nur Ein Gut gäbe, welches der Mensch zu seinem Unterhalte bedürfte und herstellte, wie etwa Weizen, und auch dann nur, wenn es keine Unterarten von Weizenqualitäten gäbe. Bei der abgesonderten Bewerthung der einzelnen Güterkategorien träfe sein Exempel zu, dass die fertigen Güter nach den in ihnen zusammen enthaltenen Arbeitstagen vertheilt werden könnten. Man braucht sich nur die zerstreuten, Weizen produzierenden Wirthschaften in Gedanken als eine einheitliche einzige Wirthschaft vorzustellen; hat dann der einzelne Betrieb mehr als den Durchschnitt erarbeitet, so gleicht sich das durch das Weniger des anderen Betriebes aus, und so wäre die Schwierigkeit, welche die ungleiche Gunst der Natur für die Werthbestimmung verursacht, beseitigt. Anders wenn es sich um die vergleichsweise Bewerthung verschiedener Güterarten handelt. Glaubt Rodbertus wirklich, dass es seinen Sozialbürgern gleichgültig sein sollte, ob sie Champagner oder eine Berliner Weisse, ob Kartoffeln oder Trüffeln, ob Rheinwein oder Grüneberger, ob Baumwolle, Leinen oder Schafwolle, ob Beefsteak oder Suppenfleisch erhielten, vorausgesetzt nur, dass alle diese Gegenstände gleich viel Arbeit gekostet hätten? Die ungleiche Gunst der Natur, welche Rodbertus den heute „Enterbten“ zum Geschenk machen will, besteht ja nicht blos in der Hervorbringung ver-

schieden grosser Quantitäten, sondern auch verschieden geschätzter Qualitäten von Gütern, und Rodbertus irrt ungeheuer, wenn er meint, mit der einfachen Eliminirung der Renten- und Kapitalgewinne auch den natürlichen Mehrwerth verschwinden zu lassen, den die Renten und auch manche Art von Kapitalgewinne häufig deswegen zu ihrer materiellen Unterlage haben, weil sie aus Grundstücken und Kapitalien bezogen werden, die zur Herstellung besonders gesuchter Güterarten geeignet sind. Den „Mehrwerth“, den die Menge der einen Produktengattung vor einer anderen mit gleich viel Arbeit produzierter von Natur voraus hat, den vermag der geschickteste Sozialist nicht fortzudekrethiren.

Der wirkliche Werth der verschiedenen Güter im Rodbertus'schen Sozialstaate würde sich bald eklatant durch ein arges Wettrennen, wenn nicht eine solenne Prügelei vor den Magazinen erweisen, indem ein Jeder, seinen Arbeitsschein in der Hand, nach den Gütern die Hände ausstrecken würde, die grösseren Bedürfnissbefriedigungs- als Arbeitskostenwerth enthalten. Die Erstgekommenen hätten es in der Hand, mit den später Gekommenen einen einträglichen Privatschacher zu treiben, und um dieses Wettlaufen zu inhibiren, müsste der soziale Staat entweder den gesammten Weizen und so alle anderen Güterkategorien naturaliter gleichmässig unter die einzelnen Staatsbürger nach Maassgabe ihrer Arbeitsleistungen vertheilen, so dass Jedem seine Nahrungseinheit in Natur einkäme, oder er müsste ein ganz besonderes Taxsystem einrichten in der Weise, dass die einzelnen Artikel, je nachdem sie seltener, erwünschter und begehrter wären, einen entsprechenden Preis erhielten. Eine strikte wissenschaftliche Vorausberechnung des wechselseitigen Werthes der Güter wäre unmöglich. Nur durch die Erfahrung der Praxis wäre hier, analog wie heute durch Nachfrage und Angebot, der wirkliche Werth abzutasten. Die Bedürfnissbefriedigungsqualität würde hierbei die leitende Rolle spielen, und die Arbeitskosten kämen nur mittelbar in der Weise zur Berücksichtigung, dass man, zur Förderung der nationalen Produktion, solche Güter, die sich durch einfache Arbeit in beliebiger Menge vervielfältigen lassen, besonders niedrig ansetzte, um die Staatsbürger dadurch zu veranlassen, von dem Begehr solcher Güter mehr abzusehen, die nnnr aus selteneren, edleren oder erschöpfbareren Naturstoffen herzustellen sind. Es läge auch der Gedanke nahe, neben der Zuweisung der Artikel aus den Magazinen den oben berührten Privataustausch unter den einzelnen Partizipienten neben-

her zuzulassen. Die Grösse dieses jeweiligen Austausches gäbe dem Staate ein sicheres Barometer für die Korrekursionsbedürftigkeit der bestehenden Taxe.

In theilweiser Anerkennung der Schwierigkeiten seines Vertheilungssystems meint Rodbertus: „Wo diese Konstituierung des Werthes (nach Zeitarbeit) praktische Schwierigkeiten zu machen anfangen, da könnten die Abschätzungen arbiträrer sein.“ Und wo, vermöge der inzwischen eingetretenen Erhöhung der Produktivität der menschlichen Arbeiten, die Bestimmung der Produktionswerthe nach den normalen Arbeitstagen resp. Tageswerken („Akkordarbeit“) falsch geworden sei, könne durch periodische „Revision“ der Werthfestsetzung geholfen werden. — Rodbertus irrt, nicht durch die Veränderung äusserer Bedingungen wird sein Taxsystem falsch und änderungsbedürftig, sondern es ist in der Anlage falsch. Es müsste soviel gegen den Arbeitskostenwerth „arbitrirt“ und „revidirt“ werden, dass man ihn als Grundprinzip überhaupt nicht mehr anwenden könnte. Theoretisch wäre zwar nichts dagegen einzuwenden, dass die fertigen zur Vertheilung gelangenden Güter des hypothetischen Sozialstaates mit einem Werthmaasse bemessen und bezeichnet würden, das den Arbeitstag eines Durchschnittsarbeiters als Wertheinheit hätte. Die gesammte Summe des Nationalprodukts, wie dasselbe den einzelnen Arbeitern in der Gestalt der ihnen zu gewährenden einzelnen Artikel der Nahrungseinheit zugetheilt wird, könnte dann der Summe der geleisteten Arbeitstage der Sozialbürger gleichgesetzt werden; aber der Werth der einzelnen Güter des Nationalprodukts bezw. der Nahrungseinheit unter einander müsste vorher für sich berechnet und gefunden werden. Die beiden Gesamtsummen der National-Arbeitstage einerseits und des nationalen Werthprodukts andererseits müssten gleich sein und in einander aufgehen, aber die einzelnen Posten der einen und der anderen Seite könnten sich nun und nimmermehr decken. „Das Unrecht der heutigen Renten“ würde keineswegs „gesühnt“, wie Rodbertus meint, sondern das „Mehr“, der „Surplusprofit“ flosse nur in andere Taschen, nämlich in die Taschen derjenigen, denen es gelänge, mit ihren Arbeitsscheinen Güter zu erlangen, die nach ihrem natürlichen und wahren Werth höher stehen, als die mechanisch auf ihnen notirten Arbeitskosten anzeigen würden. „Die lokale Gunst der Natur“ könnte nur so den „Enterbten“ als Erbtheil zugetheilt werden, dass allen Bürgern gleiche Einheiten von Nahrungsmitteln in natura zugetheilt würden, d. h. konkrete Quantitäten konkreter

Qualitäten. Alle etwa erfindbaren kunstreichen Taxsysteme könnten nur als Mittel zu diesem Zwecke dienen, und ihre Güte und Brauchbarkeit hinge von dem Grade ab, in welchem sie zu der Erfüllung dieses Zweckes befähigt wären. Besondere Schwierigkeiten ergäben sich dann, wenn die einzelnen Berufsklassen oder die qualifizirten Arbeiter und die Arbeitsleiter verschieden hohe Gehälter beziehen müssten. Wenn auch technisch hier die Lösung möglich wäre, dass die Produktion sich von vornherein auf die Herstellung verschieden grosser und verschieden gearteter Nahrungseinheiten richtete, welche den einzelnen Bürgern je nach ihrem Range in natura oder mittelst eines komplizirten Taxsystemes zugetheilt würden, so bliebe doch immer die grössere Schwierigkeit, welche Macht die Grösse dieser Antheile, die Höhe der Gehälter bestimmen und überhaupt diese „Hierarchie“ schaffen und zusammenhalten sollte. Es sind die psychologischen und moralischen Klippen, an welchen die Einführung und Durchführung des Sozialstaats scheitert, und mit Unrecht werden dieselben von den meisten Sozialisten für unschiffbar erachtet, wenn sie die rein ökonomisch-technische Seite der Frage beantwortet haben. Der Trieb der Menschen, über die Anderen hervorzuragen und zu herrschen, der natürliche Ehrgeiz und Wettstreit der Talente ist unauslöschbar in das menschliche Wesen eingegraben, er war von jeher die Grundlage und die Bedingung der Kultur — und wird es ewig bleiben.

Doch gehören diese sozialpolitischen Betrachtungen noch nicht an diese Stelle, hier sei zum Schluss nur noch auf die lediglich nationalökonomische, ja technische Schwierigkeit und Unmöglichkeit hingewiesen, welche sich der Werthbemessung der einzelnen Gütermengen und Güterarten nach den im Laufe der Produktion auf sie verwandten Arbeitskosten entgegenstellen. Es ist bei den allermeisten Gütern geradezu unmöglich, die zu ihrer Produktion verwandten Arbeiten überhaupt festzustellen, da in denselben Wirtschaftsbetrieben dieselben Arbeiter mit derselben Arbeit gleichartig eine ganze Reihe der verschiedenartigsten Gütersorten herstellen — heute wie in dem hypothetischen Sozialstaate. Diese Thatsache hat in der Lehre von den sog. „vereinigten Produktionskosten“ der englischen Schule schon viel Kopfzerbrechen gemacht. Besonders J. St. Mill hat den Punkt ausführlicher behandelt (vergl. Buch III, Kap. 16, § I). Er sieht es ein, dass bei Artikeln mit gemeinsamen Produktionskosten, z. B. Koks und Steinkohlengas, welche beide aus demselben Material und durch dieselbe Operation her-

gestellt werden, der Werth des einzelnen Artikels durch das Prinzip der Produktionskosten überhaupt nicht bestimmt werden könne. Letztere Kosten seien immer nur geeignet, die Summe der Preise beider Artikel zu bestimmen. Er giebt offen zu, dass „die Produktionskosten hier im Stich lassen“, man müsse deshalb zu einem diesem Prinzip vorangehenden und mehr fundamentalen Gesetze des Werths zurückkehren — dem Gesetze des „Angebots und der Nachfrage“, einem Gesetze, von dem er doch wieder an anderen Stellen mit Recht sagt, dass es nur ein äusserliches Marktgesetz, ein abgeleitetes Gesetz sei, dass Angebot und Nachfrage selbst wiederum durch ein tieferes Gesetz, nämlich das der Produktionskosten, bestimmt werde. Durch dies zugestandene „In-stichlassen“ der Produktionskosten hat der klarsehende und offenerzig eingestehende Mill wieder einmal den Bankrott der Produktionskostenschule erklärt. Denn die Bresche, welche hierdurch in die englische Theorie gelegt wird, ist viel bedeutender und verhängnissvoller als Mill ahnt. Die Bedeutung der „vereinigten Produktionskosten“ bzw. der sog. „konnexen Produkte“ ist bisher vielfach gänzlich verkannt worden. Zwar erkennt schon Mill: „In einem partielleren (?) Sinne gehören zu jenen Beispielen: Hammelfleisch und Wolle; Ochsenfleisch, Häute und Talg; Kälber und Milchprodukte; Hühner und Eier.“ Aber wie wenig erschöpft das die Sache! Denn meistens werden nicht nur die genannten Artikel, sondern noch unendlich viel andere, wie Getreide, Früchte u. s. w. u. s. w. mit denselben Materialien, durch dieselben Operationen, auf demselben Landgute und mit denselben Arbeitskräften hergestellt. Und weiter: „Es ergeben sich konnexe Produkte überall dort, wo Werkzeuge, Geräthschaften und Vorrichtungen gleichzeitig oder in einer Aufeinanderfolge zur Hervorbringung von verschiedenerlei Erzeugnissen verwendet werden“, so dass „das Verhältniss konnexer Produkte keineswegs als eine Ausnahmerscheinung in der Güterproduktion aufgefasst werden“ darf. Vergl. v. Komorzynski („Der Werth in der isolirten Wirthschaft“, Wien 1889), welcher scharfdenkende und geistreiche Schriftsteller in dieser kleinen überaus lesenswerthen Schrift die Forschungen seiner 1869 veröffentlichten Abhandlung: „Ist auf Grundlage der bisherigen wissenschaftlichen Forschung die Bestimmung der natürlichen Höhe der Güterpreise möglich?“ (Tüb. Zeitschrift f. Staatsw. 1869, II. Heft) fortsetzt und S. 6 bis 21 a. a. O. in überzeugender Schärfe nachweist, wie nicht nur die meisten unmittelbaren Gennss-

mittel auf ihrer letzten Produktionsstufe „vereinigten Produktionskosten“ entstammen, sondern wie jedes Produkt deshalb ein konnexes Produkt ist, weil auf den vorangehenden und entferneren Stufen der Rohproduktion und Halbfabrikation überall solche konnexe Produktionsformen angetroffen werden, wie also das Gesamtbild der Produktionsreihen aller Güter eine derartige schliessliche allgemeine wechselseitige Verknüpfung zeigt, dass hiernach die Zurückführung der Produkte auf ihre näheren und entferneren Produktionsmittel im Einzelnen überhaupt unmöglich ist, und jene Theorie, welche den Werth durch Summirung des in der ganzen Reihenfolge der Produktionen aufgelaufenen Produktionsaufwandes zu bestimmen unternimmt, ins Bodenlose versinken muss.

Doch wozu noch Weiteres? Ist es nicht Rodbertus selbst, der an anderen Stellen seiner Werke, so bei Erörterung der oben zitierten Gedanken über den schon heute in der Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung thatsächlich wirkenden „Kommunismus“ so treffend ausführt, wie die vulgäre Vorstellung, dass „Jedermann ein besonderes Gut von Anfang bis zu Ende produziere und es dann gegen die bedürftigen Güter umtausche“, eine ganz oberflächliche sei, dass sich vielmehr die Gesamtproduktion der Gesellschaft nicht sowohl in die Produktion einzelner Güter durch verschiedene Produzenten, sondern in die Produktionsabschnitte der Rohproduktion, Halbfabrikation und Ganzfabrikation theile, welche sich wiederum in verschiedene Produktionsfächer, so z. B. die Rohproduktion in Ackerbau, Bergbau u. s. w., die Fächer endlich wiederum in die einzelnen Produktionsgruppen und „Unternehmungen“ zerlegen. So werde durch diese gemeinsame Produktion immerwährend und gleichzeitig das Rohmaterial der Erde entnommen und von Stufe zu Stufe gehoben, bis das fertige Gut in die Konsumtionswirthschaft übergehen könne. Hierdurch werde bewirkt, dass das Gesamtprodukt durch Aller Hände gehen müsse und dass jeder Einzelne daran mitwirke. Wohin man sieht, in allen jenen Produktionsstufen, -Fächern, -Gruppen, Einzelbetrieben, überall begegnet uns ein Herr von konnexen Produktionen und konnexen Produkten.

Schliesslich ist wohl zu beachten, dass die Rodbertus'sche Formel, mit welcher er in den ganzen Sozialstaat Ordnung hineinbringen will und welche dahin lautet, dass jedes einzelne Gut

$A = m + \frac{n}{x}$ Arbeit ist, überdies ein gewaltiges Loch hat. Zwar

ist m (diejenige unmittelbare Arbeit, welche an den Werkzeugen, den Materialien, Hilfsstoffen u. s. w. die zur letzten Herstellung des genussreifen Gutes erforderlichen Verrichtungen vornimmt) eine bestimmbare Grösse — vorausgesetzt aber immer, dass diese letzte Produktionsstufe nicht etwa auch wieder neben dem Gute A noch andere konnexe Produkte hervorbringt. Dagegen ist $\frac{n}{x}$ unbestimmbar. Es soll, wie gesagt, vergl. 3. sozialen Brief S. 28. n darstellen diejenige Arbeit, welche das Material u. s. w. herzustellen gekostet hat, und x den Theil von n , der bei der unmittelbaren Arbeit m vernutzt wird. Wie ist aber n und damit der Werth der Materialgüter zu finden? Es müsste statt n wieder eingesetzt werden $m_1 + \frac{n^1}{x}$, für n^1 wieder $m_2 + \frac{n^2}{x}$ und so fort bis in die grane Unendlichkeit.

Preisauflage: Wie ist nach der Rodbertus'schen Werthlehre im modernen Staate oder im Sozialstaate der Werth eines Eies nach der in demselben enthaltenen unmittelbaren und mittelbaren Arbeit zu bestimmen?

§ 12.

Die Arbeitskostentheorie von C. Marx.

Marx und seine Anhänger haben die Klippen der Arbeitskostenwerththeorie wohl erkannt. Engels formulirt das Problem in der Vorrede zu dem von ihm Hamburg 1885 herausgegebenen Buche II des „Kapital“ von Carl Marx Seite XXII folgendermaassen: „Nach dem Ricardo'schen Werthgesetz produziren zwei Kapitale, die gleich viel und gleich hoch bezahlte lebendige Arbeit anwenden, alle anderen Umstände gleich gesetzt, in gleichen Zeiten Produkte von gleichem Werth und ebenfalls Mehrwerth oder Profit von gleicher Höhe. Wenden sie aber ungleiche Mengen lebendiger Arbeit an, so können sie nicht Mehrwerth oder wie die Ricardianer sagen, Profit von gleicher Höhe produziren. Nun ist aber das Gegentheil der Fall. Thatsächlich produziren gleiche Kapitale, einerlei wie viel oder wie wenig lebendige Arbeit sie anwenden, in gleichen Zeiten durchschnittlich gleiche Profite.“ Engels bezeichnet dies Problem als einen Hauptpunkt, an dem die Ricardo'sche Schule und ihre Nachfolgerin, die „Vulgäroekonomie“, zu Grunde gegangen sei. Auch Rodbertus habe nicht umhin gekonnt, diesen Widerspruch zu sehen:

statt ihn zu lösen, habe er ihn zu „einem Ausgangspunkte seiner Utopie“ gemacht. Nachzuweisen sei also nach wie vor, wie nicht nur ohne Verletzung des „Werthgesetzes“, sondern vielmehr auf Grund desselben eine gleiche Durchschnittsproftrate sich bilden könne und müsse. Marx habe den Widerspruch bereits im Manuskript „Zur Kritik“ gelöst; diese Lösung werde nach dem Plan des „Kapital“ erst später in Buch III erfolgen. Wenn dies Buch III erschienen sein werde, so werde von einem Oekonomen Rodbertus wenig mehr die Rede sein. — Diese stolzen Worte sind am 5. Mai 1885 von Engels geschrieben. Bis heute ist Buch III nicht erschienen. Dass es die Lösung überhaupt nicht bringen kann, ist für den, welcher die Lehre vom Arbeitskostenwerthe an sich für falsch hält, von Hause aus klar. Wie aber der Versuch der Lösung ausfallen wird, das kann man unschwer muthmassen*), wenn man anderweitige in Marx'schen Werken zerstreute Bemerkungen über die Materie beachtet. Ich muthmaasse, er werde erklären, dass die theoretischen Begriffe Werth, Mehrwerth, Mehrprodukt auf der einen Seite und das, was man in der Praxis Preis, Kapitalgewinn etc. nennt, sich überhaupt nicht decken. Diese Muthmassung wird bestärkt, wenn man z. B. die kleine Schrift des Sozialisten Dr. Conrad Schmidt, „die Durchschnittsproftrate auf Grund des Marx'schen Werthgesetzes“ Stuttgart 1889, Verlag von J. H. Dietz, liest. Dr. Conrad kommt allerdings zu dem Ergebniss, dass der Preis und der Werth der Güter völlig von einander divergiren, weil das Gesetz der gleichen Durchschnittsproftrate das Gesetz des reinen Arbeitskostenwerthes vollständig durchkrenze. — Dass Mehrwerth nicht identisch ist mit Gewinn, hebt Marx selbst schon hervor. Der Kapitalist sei zwar der erste Aneigner des Mehrwerths, er müsse ihn aber hinterher mit anderen Funktionären der gesellschaftlichen Produktion theilen, so dass der Mehrwerth schliesslich in Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente, Steuern zerfalle — Kapital I S. 210, 542, 587. — Engels zieht S. 182—184 in seiner Streitschrift gegen Dühring: „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“ aus jenen Stellen den Schluss, dass Marx keineswegs behaupte, das Mehrprodukt werde vom industriellen Kapitalisten, der sein erster Aneigner ist, unter allen Umständen im Durchschnitt zu seinem vollen Werthe

*) Buch III ist inzwischen endlich erschienen, es konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Aber die obige Muthmaassung ist durch den Inhalt des Buchs vollauf bestätigt.

verkauft, wie Herr Dühring voraussetzte. Marx sage ausdrücklich, dass auch der Handelsgewinn einen Theil des Mehrwerthes bilde, und dies sei unter den vorliegenden Voraussetzungen doch nur dann möglich, wenn der Fabrikant dem Händler sein Produkt unter dem Werthe verkaufe und ihm damit einen Theil der Bente abtrete. Man sieht der Schluss läuft auf dasselbe Resultat hinaus, dem wir schon bei Rodbertus, vergl. oben S. 74 und 75, begegnet sind, wonach die Produkte der einzelnen Produktionsabschnitte sich nicht nach der in ihnen enthaltenen Kostenarbeit vertauschen. Die Unternehmer der späteren Stufen müssen die Produkte vielmehr, wegen des von ihnen extra aufgewendeten Kapitals, über dem normalen Werth, die der früheren unter demselben verkaufen. Wie nun Rodbertus ausführt, dass trotz dieses Abweichens der Preise vom normalen Werthe im Einzelnen, dennoch die Summe des Werthes der Nationalprodukte den darin verwendeten Arbeitskosten gleich sei, so scheint es beinahe, als ob Marx schliesslich zu denselben Resultaten wie der so geringschätzig von den Marxisten behandelte Rodbertus gelangt sein wird, allerdings mit Vermeidung der theoretischen Absurditäten, die Rodbertus zu seiner seltsamen Grundrentenlehre und zur „Konstituierung“ des Werthes verleitet haben. Dass Marx die letztgedachte Absurdität der „Konstituierung“ des Werthes vermieden hat, lässt sich schon daraus schliessen, dass er beissend gegen den analogen „konstituirten Werth“ Proudhon's zu Felde zieht, indem er die Konstituierung des Werthes einen seichten Utopismus, ein Elend der Philosophie nennt. „Die Nachwelt, sagt er, wird es sehr naiv finden, dass Herr Proudhon das als revolutionäre Zukunftstheorie hinstellt, was Ricardo wissenschaftlich nachgewiesen hat als die Theorie der gegenwärtigen, der bürgerlichen Gesellschaft . . . Ricardo's Theorie der Werthe ist die wissenschaftliche Darlegung des gegenwärtigen ökonomischen Lebens, die Werththeorie des Herrn Proudhon ist die utopistische Auslegung der Theorie Ricardo's . . . So ist der durch die Arbeitszeit gemessene Werth nothwendigerweise die Formel der modernen Sklaverei der Arbeiter, anstatt, wie Herr Proudhon behauptet, die revolutionäre Theorie der Emanzipation des Proletariats zu sein.“ Vergleiche diese und andere zahlreiche Stellen aus Werken von Marx, Engels und des Marxisten Carl Kautsky in der sehr interessanten und für die Erkenntniss des Sozialismus lehrreichen Zusammenstellung S. 77—84 in der Streitschrift des Sozialisten Hermann Bahr „Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle“ — Zürich 1886 — be-

sonders die Stelle von Kautsky im „Vorwärts“ 1877 No. 128: „Ich kann Herrn Dr. Schäffle gegenüber also nur wiederholen und glaube dies im Einverständniss mit allen Parteigenossen zu thun, dass der Sozialismus in der Marx'schen Werththeorie keinen Vertheilungsmaassstab sucht und erblickt.“

Diese Wahrheit ist übrigens jetzt immer mehr Gemeingut des Sozialismus geworden. In den neuesten Parteiprogrammen ist es ziemlich unverhüllt ausgesprochen, dass die Arbeit im „Zukunftsstaate“ nicht das ausschliessliche Werthmaass ausmache. „Die Art der Vertheilung“, sagt auch Marx selbst schon Buch I des „Kapital“ S. 371, „wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten . . . Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmässige Vertheilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maass des individuellen Anthells des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Theil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten blieben hier durchsichtig einfach, in der Produktion sowohl als in der Distribution“. Hiermit kann man in gewisser Beziehung einverstanden sein. Die Arbeit auf der Produktionsseite erscheint dann als das, was sie wirklich ist und nur sein kann, nämlich als der (eine) rein ökonomische naturale Produktionsfaktor, welcher Güter mitschaffen hilft, die Arbeit auf der Konsumtionsseite dagegen erscheint als reiner Vertheilungsfaktor, als historische soziale Kategorie; es wird aus den Nahrungseinheiten des Gesamtprodukts der individuell „verzehr-bare“ reale Antheil zugewiesen, ohne dass dem Verstande die unmögliche Vorstellung zugemuthet wird, dass die Arbeit auch im Einzelnen die Werthe nach Maassgabe der von ihr in den Werthgütern enthaltenen Quantität schaffe, dass Arbeit also die übersinnliche Substanz des Werthes sei.

Der Fehler der Marxisten bleibt dann nur darin bestehen, dass sie im modernen Staate das für möglich und logisch halten, was sie für den Zukunftsstaat selbst als ein Unding bezeichnen. Es wäre umgekehrt verzeihlich, wenn sie sich hinsichtlich des letzteren geirrt hätten, da er nur eine Hypothese ist; aber im Staate, der klar vor uns liegt, nach unrealistischen „Substanzen“

zu suchen, ist nicht verzeihlich. Die Marxisten werden schliesslich wie Rodbertus zugeben müssen, dass, da ihre Arbeitskostenwerthe im Einzelnen sich nicht unter einander austauschen, die Preise heute eben anderweitig bestimmt werden, und dass sich nur die Summe der Preise der vertheilbaren Konsumtionsgüter mit der Summe der als Arbeitsprodukte gedachten Werthe deckt. Sie werden damit doch aber indirekt einräumen, dass dann ihre „Werthe“ reine Fiktion bleiben, rezipiert aus der blindlings übernommenen falschen Ricardoschen Werthlehre und kultivirt und ausgebaut zu einer blossen Idee mit der Tendenz, das als Raub hinzustellen, was die Arbeiter von diesem Arbeitskostenwerthe nicht erhalten.

Von meinem Standpunkte aus möchte ich also den Sozialisten den Rath geben, von der Arbeitskostentheorie, die wie gesagt nur die unüberlegte Rezeption der „bürgerlichen“ Nationalökonomie Ricardo's ist, künftighin ganz abzusehen, sie in die Rumpelkammer zu werfen, wohin sie gehört, ihre eigene Lehre nicht mit diesem Wechselbalg zu vermengen und sie dadurch unnöthigerweise selbst zu diskreditiren. Mögen sich diejenigen Sozialisten, die ein ernsthaftes und erreichbares Ziel erstreben, ruhig mit ihren „bürgerlichen“ Kollegen vom Fach auf die gemeinsame Suche nach dem richtigen Werthgesetze begeben. Sie können sich mit diesen Kollegen trösten, sie sind wie diese durch Ricardo bisher irregeleitet worden. Sie werden dann finden, dass es in der Erkenntniss des Bestehenden — und das ist die wahrhaft „exakte“ Nationalökonomie — nur Eine Wahrheit giebt, und werden erwägen, ob es, da Kapital und Natur ebenso gut Produktionsfaktoren wie die Arbeit sind, nicht besser ist, alle drei Faktoren ruhig neben einander weiter arbeiten, die Eigenthümer der ersteren beiden aber, ohne ihnen ihr Eigenthum zu entreissen, sich weiterhin darin abmühen zu lassen, dass sie recht viel Güter hervorzaubern. Möge man diesen Eigenthümern die Produktionssorgen lassen, am Ende ist vielleicht doch ein geläuterter konstitutionell gemachter Kapitalismus mit seinem „Egoismus“, seiner Thatkraft und seiner Selbstverantwortlichkeit produktiver, als eine auf nivellirendem und destruktivem Demokratismus oder gar auf starrem Absolutismus begründete Zentrallleitung. Möge man sich darauf beschränken, die Vertheilung der produzierten Güter, d. i. das richtige Verhältniss der historischen Kategorien Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Grundrente besser zu regeln und Organisationen schaffen zu helfen, wodurch die gehörige Vertheilung indirekt einen gesunden Rückschlag auf die

Produktion nach ihrem Inhalte und Umfange auszuüben im Stande ist. Da die Sozialisten schon selbst allmählich eingesehen haben, dass Arbeitslohn, Gewinn und Rente nicht ewig unveränderliche rein ökonomische Kategorien sind, indem sie anfangen, den Lohn nicht mehr als „ehern“ anzuerkennen, so kommt es nur darauf an, die Grundgesetze über die Grösse und die Mehrung jener auf „historischen Kategorien“ beruhenden Antheile zu ergründen, um auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung durch zielbewusste tiefeinschneidende Reformen zu erreichen, was auf Grund eines die historischen Fundamente abgrabenden Neubaues vielleicht ewig unerreichbar bleibt. Bei diesen ihren geläuterten Bestrebungen wird ihnen die Sympathie und die hilfreiche Hand aller edel und billig denkenden Menschen nicht fehlen, und ihr Sieg wird um so sicherer sein, wenn sie statt wie früher nach den Sperlingen auf dem Dache zu schauen, historisch von Stufe zu Stufe vorschreiten.

Sie würden durch Aenderung der Werththeorie auch keine allzugrosse Impietät gegen Marx begehen; denn was Marx geleistet und wodurch er ihr Meister geworden ist, liegt doch auf anderem Felde, nämlich in der Denunziation und rücksichtslosen Aufdeckung der Schäden und Auswüchse des Kapitalismus, der Ausbeutung, Demoralisirung und Degeneration des Arbeitergeschlechts, der industriellen Reservearmee u. s. w. Auf diesem Gebiete ist Marx ein Meister in der Wissenschaft überhaupt geworden, da mag man ihm frische Kränze auf sein Grab legen, die aber keine rothen Bänder zu tragen brauchen.

Zweiter Hauptabschnitt.

Kritik der den Gebrauchswerth (Nutzen) mit dem Kostenwerth kombinirenden Theorien.

§ 13.

Die Werthlehre der Physiokraten.

Im Folgenden ist meiner Untersuchung der naturgemässe Gang vorgezeichnet, zu schildern, wie sich die Nationalökonomien allmählich von dem Baune der einseitigen Arbeitskostentheorie emanzipirt, sich mehr und mehr der Berücksichtigung des in der rein ökonomischen Kategorie wurzelnden Gebrauchswerthes zugewendet haben, und wie gar die Vertreter der sog. neueren Gebrauchswerthschule, in Verkennung des Zuges der Zeit, nahe daran sind, zu übersehen, dass in unserer Nationalwirthschaft überhaupt eine soziale Kategorie wirksam ist.

Die Untersuchung muss und darf sich, dem Zwecke dieser Schrift entsprechend, auf die Kennzeichnung der wichtigeren grossen Etappen beschränken, wie sich diese aus den Lehren der für die Werththeorie weniger wichtigen Schriftsteller durch die grossen Namen von Männern, wie Say, Hermann, Schäffle, Knies, Menger, von Böhm-Bawerk deutlich hervorheben und abzeichnen. Mein Bestreben dabei ist, eine, wenn ich so sagen darf, positive Kritik vorzunehmen, d. h. eine Kritik, die das Unbrauchbare aussondert, aber das alte Lehrgebäude nicht abbricht, sondern nach dem rothen Faden der Entwicklung sucht und im Resultat nicht das Vakuum aufdeckt, sondern gleichzeitig auf die für den nothwendigen Neubau gegebenen Grundsteine hinweist.

Ehe ich diese Kritik beginne, muss ich einen ganz kurzen Rückblick auf die physiokratische Lehre aus dem doppelten Grunde werfen, weil erstens nur ein Vergleich mit dieser die Entstehung, die Irrthümer und Irrlehren der britischen Schule erklärt, und weil zweitens die physiokratische Lehre, obgleich scheinbar

durch Adam Smith und Ricardo für immer abgethan, doch auch nachher noch verhältnissmässig bedeutende Wirkungen geäussert hat und deshalb auch zum Theil den Schlüssel für den weiteren Gang der Entwicklung mitliefern hilft.

Die physiokratische Lehre ist aus der Reaktion gegen das sog. Merkantilsystem hervorgegangen. Die Merkantilisten, denen Werth und Vermögen mit Gold gleichbedeutend ist, befassen sich besonders mit dem Welthandel, der nach ihrer Ansicht nur den Wettkampf der Nationen, den grössten Theil des vorhandenen Goldes und Silbers einander abzujagen (Mill), zum Gegenstande hat. Ihre in die Ferne schweifenden Blicke über Einfuhr, Ausfuhr und Handelsbilanz lassen keinerlei wissenschaftliche Betrachtung des Guten zu, das so nahe liegt. Die Physiokraten hielten dagegen dem Könige und dem Volke vor, wie in der Bebauung des eigenen Grund und Bodens die starken Wurzeln ihrer Kraft gelegen seien: „Que le souverain et la nation ne perdent jamais de vue, que la terre est l'unique source des richesses, et que c'est l'agriculture, qui les multiplie.“ Die industriellen Unternehmer und Arbeiter, die classe stérile, erzeugen keine Werthe über die aufgewendeten Kosten hinaus, nur der Ackerbau erzeugt den wahren Reichtum, den freien Ueberschuss (*produit net*), „la prospérité de l'humanité entière est attachée au plus grand produit net possible, au meilleur état possible des propriétaires foncières“ (Dupont de Nemours). Die industrielle Bevölkerung vergleichen sie mit dem unproduktiven Hausgesinde, das nur die vorhandenen Werthe verarbeite, es bestehe nur der einzige Unterschied, dass dies „industrielle Gesinde“ die Arbeit für seine eigentlichen Herren, die Landeigenthümer, ausserhalb des Hauses derselben vornehme. Die Ackerbauprodukte haben stets ihren eigenen Werth in sich, da sie immer eine gewisse Anzahl von Menschen ernähren, die Industrieprodukte dagegen bestehen ihrem Werthe nach nur aus der Summe der zu ihrer Produktion verwandten „wirklichen“ Werthe. „L'industrie diffère donc essentiellement de la culture, dont les productions ont une valeur à elle et un prix supérieur au montant des frais (le Trosne); le prix nécessaire de chaque ouvrage n'est donc autre chose, qu' une somme totale de plusieurs dépenses additionnées ensemble“ (Quesnay). Zwar hat Turgot, der neueste und vorgeschrittenste Physiokrat eine ganze Reihe anderer Preisbildungsmomente angeführt, die schon auf die Ansichten der britischen Schule hinüberneigen: Angebot, Nachfrage, die Höhe der wirth-

schaftlichen Bedeutung, die man einem Gute beilege, und welche sich in dem Maasse der Mühe und Arbeit ausdrücke, die man demgemäss anwende, um es zu produziren, endlich besonders die Konkurrenz, die wie eine höhere Macht alle diese Faktoren aufeinander wirken lasse. Wenn man aber die Quintessenz aus der ganzen physiokratischen Lehrmeinung herausziehen will, so kann man sie so zusammenfassen: Die Rohprodukte, also die Erzeugnisse, welche im Grunde die ganze Nation ernähren, haben ihren eigenen, die Produktionskosten überschüssenden Werth — andererseits kommt dieser Werth, wie der Werth jedes Gutes, in seinem Preise zum Ausdruck, „la valeur d'un septier blé, considéré comme richesse, ne consiste que dans son prix“ (Quesnay). Die Vermehrung der Rente, damit der produit net und das Glück der Menschheit, hängt danach von zwei Anforderungen ab, nämlich die Zivilisation dahin zu steigern, 1. dass recht viel Getreide produziert werden könne, und 2. dass das Getreide recht hoch bezahlt werde. Danach sind die Schlagworte: „Telle est la valeur vénable, tel est la revenu, und l'abondance avec cherté est opulence.“

So neu, umfassend und bahnbrechend nun auch das britische System der physiokratischen Lehre gegenüber erscheint, so ist doch der Zusammenhang beider Schulen nicht zu verkennen. Adam Smith's Lehre ist ohne die Erkenntniss dieses historischen Zusammenhanges gar nicht verständlich: dieser Zusammenhang spricht sich in der dualistischen Smith'schen Werthbestimmungsmethode aus. Die Bestimmung des Werthes der Güter durch die „Kosten“ ist nichts als eine Verallgemeinerung der physiokratischen Lehre von der Preisbildung durch die Summirung der „Depensen“; die Rohprodukte dagegen, insbesondere das Getreide, haben auch bei Smith ihren eigenen „innerlichen“ Werth. Während sich der Tauschwerth der Industrieprodukte durch die verglichenen Kosten, insbesondere durch die Arbeitskosten, mit Hilfe deren sie hervorgebracht werden, regulire, so werde, meint Smith, diese Regel durch das Grundeigenthum und die Zahlung einer Rente gänzlich umgeändert, und während jene Regel noch auf den Preis und die Rente der Bergwerksprodukte voll anwendbar sei, indem deren Preis wie der der Industrieprodukte durch die nothwendigen Kosten der schlechtesten Unternehmung, der schlechtesten Grube, gebildet werde, stehe es ganz anders mit dem Grundbesitz oberhalb des Bodens, seine Produkte trügen ihren Werth in sich, seine Rente bedürfe zu ihrer Bestimmung nicht des Vergleiches mit den ge-

ringeren Grundstücken, sie stehe im Verhältniss zu ihrer absoluten und nicht zu ihrer relativen Fruchtbarkeit. Der Boden, der ein gewisses Quantum von Nahrungsmitteln oder zur Bekleidung und Behausung geeigneter Stoffe erzeuge, könne stets auch eine gewisse Anzahl Menschen ernähren, kleiden, behausen, und der dem Grundeigenthümer hiervon zufallende Antheil demgemäss auch immer einen entsprechenden Theil von Arbeit und deshalb von Gütern verschaffen. Nach der Menge dieser Rohstoffe regulire sich auch die Bevölkerungszahl; wo nur die entsprechende Masse dieser Nahrungsmittel vorhanden sei, da fänden sich die Menschen ganz von selbst, jene Masse erzeuge also ihre eigene Nachfrage. Nun bringe der Boden fast in jeder Lage ein grösseres Quantum von Nahrungsmitteln, als auch zum liberalsten Unterhalte der ganzen zu seiner Beschaffung auf den Markt nothwendigen Arbeit genügend sei, selbst dann hervor, wenn der Ersatz des angewendeten Kapitals und des Gewinnes noch abgezogen werde; also bleibe stets etwas für die Grundeigenthümer als Ueberschuss, als Rente, übrig. „Im Ackerbau arbeitet die Natur vereint mit den Menschen, und obgleich ihre Arbeit nichts kostet, so hat ihr Erzeugniss doch seinen Tauschwerth so gut als das des kostspieligsten Arbeitsmannes. . . Die Grundrente . . . kann als das Erzeugniss jener Naturkräfte betrachtet werden, deren Benutzung der Grundherr dem Pächter leiht. Sie ist grösser oder kleiner je nach der angenommenen Ausdehnung jener Kräfte, oder mit anderen Worten: je nach der natürlichen oder künstlich gesteigerten Fruchtbarkeit des Bodens. Was nach Abzug der „**Abgleichung**“ alles dessen, was als Menschenwerk angesehen werden kann, noch übrig bleibt, ist das Werk der Natur.“ Dieser letzte Satz mit der Zusammenwürfelung der rein ökonomischen und der Vertheilungskategorie drückt den Fundamentalirrtum aus, an dem nicht blos die Smith'sche Lehre, sondern beinahe die ganze Nationalökonomie bis heute laborirt. Man meint: Weil man dem Grundeigenthümer für die Hergabe seines Grundstücks eine Rente als Abfindung („Abgleichung“) geben muss, hat einfach auch die Natur, d. h. der Grund und Boden mit seiner eigenthümlichen Produktionskraft diese Rente hervorgebracht, die anderen Faktoren Kapital und Arbeit aber haben keinen Antheil daran, und die Logik spinnt sich dann weiter so aus, dass umgekehrt in der Industrie, wo es keine Rente giebt, sondern nur Kapitalgewinn und Arbeitslohn, die Natur selbstredend „Nichts thue, der Mensch Alles“.

Die Grundrente ist daher nach Smith's Ansicht ein Segen, ein Geschenk der freigebigen Natur, je höher die Zivilisation sich hebe, je mehr das Kapital und die Arbeit die Fruchtbarkeit des Bodens steigern, je mehr steige die Grundrente. Sie nimmt nach dieser Lehre Niemandem etwas fort, das Interesse der Grundeigenthümer steht dem der übrigen Klassen nicht entgegen.

Während also nach der physiokratischen Lehre und auch noch nach A. Smith die Werthbestimmung nach den Kosten sich als eine Ausnahme von dem natürlichen Werth (*valeur intrinsèque*), der sich in seinem Grunde als rein ökonomischer oder Gebrauchswerth darstellt, kennzeichnet, hat sich erst im Laufe der wissenschaftlichen Entwicklung die Lehre unversehens in ihr Gegentheil umgewandelt. Die Umkehr ist vollendet, indem Ricardo lehrte, dass die Arbeitskosten auch die Werthregel für die Bestimmung des Werthes der Rohprodukte bilden, dass auch dieser Werth sich nach den Arbeitskosten richte, welche durch die Hervorbringung des nothwendigen Getreides auf dem schlechtesten Boden erfordert werden. Während nach Adam Smith ähnlich wie bei den Physiokraten aller durch den Fortschritt der Zivilisation und des Ackerbaues erzeugte Reichthum in die Grundrente übergeht, welche als *produit net*, als reines überschüssiges Einkommen, die Grundlage für die Steuererhebung und für die Macht und Stärke der Nation abgebe, ist die Grundrente nach Ricardo nur ein „zufälliger Vortheil“, der den Grundeigenthümern aus dem Umstande herfließt, dass immer schlechtere Ländereien oder dieselben Ländereien mit grösserem Kapital- und Arbeitsaufwand angebaut werden müssen, dass hierdurch auch der Preis der Produkte der besseren Grundstücke vertheuert, der Kapitalgewinn verringert wird, der Zinsfuss fällt, und so durch Verringerung des Antheils der Kapitaleigenthümer den Grundeigenthümern der besseren Ländereien dasjenige gewissermaassen als unverdiente Beute zu Gute kommt, was ihnen aus der Uebervortheilung der anderen Stände zufließt: Die Grundrente ist keine Bildung neuer Werthe, sondern stellt nur einen Abzug von den vorhandenen Werthen dar. Alle Steuern, welche die Rohprodukte treffen, werden nicht aus den Grundrenten bezahlt, sondern vertheuern nur die schon an sich vermehrten Produktionskosten der schlechtesten Grundstücke, vertheuern damit das Getreide überhaupt und tragen so nur noch zur Erhöhung der Grundrente bei.

§ 14.

Die Lehre J. B. Say's.

J. B. Say's Lehre, wie sie in seinem *traité d'économie politique* 1803 niedergelegt ist, stellt sich als eine folgerechte Verallgemeinerung der physiokratischen Lehre dar, folgerechter noch, als die von Ad. Smith. Nicht die Natur allein bringe Werthe hervor, meint er, und ebenso enthalte die Ricardo'sche Arbeitskostentheorie eine durch nichts gerechtfertigte Einseitigkeit, wenn sie der Arbeit des Menschen allein das Vermögen zuschreibe, Werthe hervorzubringen. Eine genauere Zerlegung zeige uns, dass der Werth von der Arbeitsthätigkeit des Menschen, von der Thätigkeit der Natur und der des Kapitals herrühre. Alle drei nennt er „produktive Fonds“, jeder derselben leiste *services productifs* durch seine Thätigkeit (*action*) oder Arbeit (*travail*), die Kapitalien „arbeiten“, die Grundstücke „arbeiten“ ebensogut wie der Mensch. Der Werth dieser drei hervorbringenden Dienste stelle die Kosten der Hervorbringung eines Erzeugnisses dar. Hervorbringen heiße Werth schaffen dadurch, dass man einem Dinge Brauchbarkeit gebe und damit eine Nachfrage danach veranlasse. Diese Nachfrage, diese Brauchbarkeit sei die erste Ursache des Werthes. Die Hervorbringungskosten dürften also die Brauchbarkeit niemals übersteigen; denn wenn dies der Fall, wenn also die Brauchbarkeit sich nicht auf die Standhöhe der Hervorbringungskosten erhebe, so sei das Gut nicht werth, was es koste, es sei ein Beweis dafür, dass die hervorbringenden Dienste zur Hervorbringung eines Gutes von höherem Werthe angewendet werden könnten. Die Besitzer der drei Produktivfonds seien eben beständig damit beschäftigt, die Hervorbringungskosten mit dem Werthe der hervorgebrachten Gegenstände zu vergleichen; deshalb seien, wenn jedem Dinge sein natürlicher Lauf gelassen werde, der Werth eines Gutes, der Werth eines hervorbringenden Dienstes, der Werth der Hervorbringungskosten — sämmtlich gleiche Werthe, der Preis sei also das Maass der Brauchbarkeit der Dinge und somit des Werthes, welchen wir den Tauschgegenständen beimessen, das Maass der Befriedigung, welches wir von dem Verbranche des Gegenstandes herleiten. — Die Dienste, welche die drei Faktoren für die Produktion hergehen, würden bezahlt mit der Rente, mit dem Kapitalgewinne, mit dem Arbeitslohne. Diese drei seien mit dem Werthe der pro-

duzirten Güter zusammenfallend. Bei dem gegenseitigen Austausche zweier Erzeugnisse tausche man blos die hervorbringenden Dienste aus, welche zu ihrer Hervorbringung geleistet worden seien. Diese Dienste seien das wahre Einkommen ihrer Eigenthümer, die Produktion sei selbst ein Tausch, in welchem die Produktivdienste der Natur, des Kapitals und der Arbeit hingegeben würden, um Produkte dafür zu erhalten; der Werthanschlag jener Produktivdienste seien die Produktionskosten. „Ich lehre“, sagt er, „dass das Kapital ebensowohl producire, als das Grundstück und dass das, was man bezahlt, um die Unterstützung des Bodens zu erhalten, nur das Maass der von ihm producirten Quantität Nützlichkeit d. h. die Qualität seiner Produktion gebe.“

Den tiefen Zwiespalt also, der bei Smith zwischen Tauschwerth und Gebrauchswerth ungelöst bleibt, den Ricardo mit dem Gewaltstreich zu beseitigen unternimmt, dass er den Gebrauchswerth für die Bestimmung des Tauschwerths gänzlich begräbt, die Kluft, die zwischen den rein ökonomischen Elementen der Werthbestimmung und denen der Vertheilung offen gähnt, sucht der Franzose Say mit eleganter Gedankenwendung nicht wenig naiv damit zu überbrücken, dass er die produktiven Elemente mit denen der sozialen Kategorie einfach korrespondiren lässt.

Schon Ricardo hat im 20. Hauptstück seines Werkes auf das Widersprüchsvolle und Unzulängliche in den Lehrsätzen Say's hingewiesen, und auch Say selbst ist besonders in seiner Lehre von der Grundrente dicht daran gewesen, den Widerspruch zu erkennen und die Wirksamkeit der sozialen Kategorie einzusehen. Es lag ja in der Grundrentenlehre besonders nahe, die Divergenz der Grösse des naturalen Produktivdienstes des Bodens mit dem was dafür bezahlt wird, also mit der Grundrente, dem blödesten Auge nahe zu rücken. Da nämlich nach der Say'schen Theorie der Boden eigene Werthproduktivität neben den beiden anderen hervorbringenden Faktoren besitzt, so müsste doch jeder, der fruchtbarste wie der unfruchtbarste Boden, grundsätzlich immer und in jedem Wirtschaftszustande eine Belohnung für den von ihm erstellten produktiven Dienst erhalten, und nur die Höhe des Entgelts, die Höhe der Rente, müsste sich nach dem Grade der Dienstleistung, also nach dem Grade der Fruchtbarkeit, richten. Demgegenüber kann es Say aber nicht in Abrede stellen und er führt es selbst eingehend aus, dass

die Rente als Bezahlung des produktiven Dienstes des Bodens nicht nur nach dem Grade des naturalen Faktors der Fruchtbarkeit, sondern je nach der Lage, der Nachfrage, des Angebots „sehr veränderlich“ sei, dass der Boden trotz möglicher Ergiebigkeit manchmal selbst ganz unangebaut bleiben müsse oder, da er keine Rente giebt, nur von dem Eigenthümer selbst bestellt werden könne und je „nach der Lage der Gesellschaft“, nach der Volkszahl u. s. w. ganz verschiedene Rente ertrage. Wie hilft er sich aus diesem Widerspruche? Er recurriert auf die Gesetze „der Appropriation“, der Vertheilung, er sieht ein, dass die natürliche Kraft des Bodens nicht das Entscheidende sein könne, da der Boden neben der Arbeit nicht der einzige natürliche Faktor ist, er hebt hervor, dass ja auch in der Industrie das Licht und die Wärme der Sonne, das Wasser der Ströme und der Seen, der Wind ebenfalls mitarbeite und das industrielle Kapital dennoch hierfür keine Bezahlung neben dem Kapitalgewinne erlange. Für die Dienste jener Kräfte des Windes, des Wassers und der Sonne werde nur deshalb nichts bezahlt, weil sie nicht „angeeignet“ werden können. „Zum Glück hat sich noch Niemand unterstehen dürfen zu sagen: Der Wind und die Sonne sind mein und für den Dienst, den sie leisten, muss mir etwas bezahlt werden.“ Aber bei den Bodenprodukten „genüge die Appropriation, um sie zu Gütern zu machen, die man bezahlen müsse und die daher soziale Reichthümer seien.“ Von dem Augenblicke an, wo die Bedürfnisse und Reichthümer der Gesellschaft derartige seien, dass sie darauf eingehe, die Produkte zu einem über den Werth der Kosten und des bezüglichen Kapitalgewinnes hinausgehenden Preise zu bezahlen, mache der Grundeigenthümer sein Recht geltend, fordere und erhalte er den Preis für die Kooperation seines Werkzeuges, für das allein aus den Produktivkräften des Bodens herrührende Produkt. Im Grunde lässt Say hiernach die Rente aus sozialen Vertheilungsgesetzen entstehen, er verquickt dieselben indessen mit den rein ökonomischen Produktivitätsgesetzen derart, dass eine prinzipielle Auseinanderhaltung der Wirkungskreise beider Kategorien unmöglich bleibt.

Was er aber ferner gänzlich übersieht, ist, dass es um die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wohl ebenso stehen müsse, wie mit dem Boden, dass also dasjenige, was man für die Hergabe ihrer Produktionsdienste bezahlt, nämlich der Arbeitslohn und der Kapitalgewinn, dem Wesen und der Grösse nach ebenso wie die

Grundrente nicht aus der Art und Grösse ihrer naturalen Produktivdienste allein hergeleitet werden könne, sondern dass auch sie „soziale Reichthümer“ aus dem Grunde werden, weil auch hier die Gesetze der Appropriation in sofern entscheiden, als die Kapitalisten und die freien Arbeiter als Eigenthümer der Faktoren Arbeitskraft und Kapital in Geltendmachung dieses ihres Rechts und ihrer Macht nach bisher nicht untersuchten eigenartigen Vertheilungsgesetzen eine Bezahlung der Produktivdienste ihrer Arbeit und ihres Kapitals fordern und erlangen können, deren Grösse sich aus dem blossen Maasse der mit der Arbeit und dem Kapital „produzirten Quantität Nützlichkeit“ allein nimmermehr erklären lässt.

Ausserdem ist wohl zu beachten, dass im Grunde der Werth der Güter in der Say'schen Lehre unerklärt bleibt, er wird nur als durch das Maass der Brauchbarkeit und die Nachfrage gegeben voransgesetzt, die Thätigkeit der Besitzer der drei Produktionsfaktoren besteht danach nur darin, dieselben in Einem fort so anzuwenden, dass sie den — unerklärten — Werth der mit ihnen produzierten Güter erreichen. So bleiben im Grunde auch hier alle die Grössen, um deren Feststellung sich die ganze Nationalökonomie dreht, unbekannt, der Werth der fertigen Güter, der Werth der Arbeit, des Kapitals, des Bodens, die Grösse des Lohnes, des Kapitalgewinnes und der Grundrente. Die Produktion ist auch für Say nur ein „Austausch“ der schon unabhängig vorhandenen Werthe der „Produktionsdienste“.

Und für die Sozialpolitik und die Lehre von den Krisen kommt Say dann naturgemäss zu dem Schlusse: Die Produktivdienste mit dem geschilderten „Werthanschlage“ bilden das wahre und ausschliessliche Einkommen ihrer Eigenthümer. Produkte und, was für ihn dasselbe ist, Produktivdienste, werden immer nur mit anderen Produkten und Produktivdiensten vertauscht. „Dadurch, dass Jemand Güter hervorbringt, wird er entweder eigener Verzehrer der produzierten Nützlichkeiten oder Käufer bezw. Verzehrer der Güter anderer Personen. Man muss dem Verkehre seinen freien Lauf lassen. Dann ist jedes Ding, jede Dienstleistung so viel werth, als man dafür bezahlt, und man bezahlt eben dafür soviel, als es werth ist und weil es soviel werth ist. Zuviel Nützlichkeiten können im Ganzen nicht hervorgebracht werden, da die Bedürfnisse der Menschen keine Grenzen haben. Wenn von einer Waare zuviel auf den Markt gebracht ist, so liegt dies nur daran, dass die Produktivdienste nicht zur Hervorbringung der **richtigen** Gebranchs-

werthe verwendet wurden, dass also nicht von ihnen zu viel, sondern von den anderen Waaren zu wenig hervorgebracht worden ist. Hieraus entstehen die Krisen, und die Armuth im Allgemeinen kann nur aus der Unzulänglichkeit der natürlichen Produktivität der drei Produktionsfaktoren erklärt werden.“

§ 15.

Die Lehren Hermann's. Die Kapitalnutzung als Werthelement. Hermann's Werthlehre.

Hermann*) ist ein ausgesprochener Bewunderer Say's, von welchem er augenscheinlich sehr viel Anregungen entnommen hat. Wenn schon Say von der britischen Lehre insofern abwich, als er im Gegensatz zu Ricardo's Kostenwerthstheorie dem Gebrauchswerthe wenigstens grundsätzlich die ihm gebührende Stellung einräumte, und die Brauchbarkeit und die Nachfrage für die „erste Ursache des Werthes“ erklärte, so hat Hermann als der erste bedeutendere deutsche Nationalökonom sich überhaupt naturgemäss mehr wieder den Bahnen zugewendet, auf welchen die deutsche Volkswirtschaftslehre von jeher gewandelt war. Die deutsche Gebrauchswerthsschule in ihren älteren Vertretern Jacob, Soden, Lotz, Hufeland und Storch war nur eine Zeit lang durch die Alles überwältigende britische Lehre in den Hintergrund gedrängt. Hermann dagegen weckt die alten schlummernden Ideen wieder zu neuem selbstständigen Leben. Hermann's weiteres Verdienst besteht aber gerade darin, eine Vereinigung und Verschmelzung jener Ideen mit den Ergebnissen der britischen Theorien zu einem einheitlichen System angebahnt zu haben; mit ihm beginnt das unausgesetzte und zur Zeit noch keineswegs abgeschlossene und befriedigte Streben der Wissenschaft, die scheinbar unerreichbare Harmonie in der Werthlehre durch Auflösung und Beseitigung des Dualismus herzustellen, welcher durch die begriffliche Sonderung des Gebrauchswerthes und des Kostenwerthes in dieselbe hineingetragen worden war. Das ganze Hermann'sche System bietet ein

*) Hermann. Staatswirthschaftliche Untersuchungen. 2. Auflage. München 1870. Die erste Auflage ist 1832 erschienen.

lehrreiches Bild dieses ewigen Suchens nach einer Vereinigung jener beiden wirthschaftlichen Elemente, nämlich der rein ökonomischen und der sozialen Kategorie oder mit anderen Worten der Abfindung des höheren gesellschaftlichen Wesens des Menschen mit der Natur seines physischen Ichs und der physischen Aussenwelt.

Was nun zunächst die eine Seite jenes Dualismus, den Gebrauchswerth, betrifft, so hält also Hermann im Gegensatz zu Smith-Ricardo nicht das Angebot mit seinen Kosten, sondern die Nachfrage mit ihren Elementen, nämlich dem Bedürfniss, dem Bedarf, dem Gebrauchswerth des Gutes und der Zahlungsfähigkeit des Käufers, für das Entscheidende in der Werthbildung. Auch die Tauschwirtschaft müsse zuletzt bei der Verwendung fürs Bedürfniss ihre Tauschgüter als Quantitäten bestimmter Gebrauchswerthe auffassen; denn nur danach könne sie beurtheilen, wie weit sie ihrem eigentlichen wirthschaftlichen Zwecke, der Bedürfnissbefriedigung, genüge. Das Bedürfniss sei die erste und wesentliche Grundlage der Preisbewilligung. Das Bedürfniss verlange bestimmte Qualitäten und Quantitäten von Gütern, dies seien die Wurzeln alles Verkehrs. Statt dass die Kosten den Werth bestimmen, ergebe sich vielmehr umgekehrt erst aus der Nachfrage und dem, was die Begehrer für das Gut bieten, auf wie hoch sich die Kosten der am wenigsten ergiebigen Produktionen noch belaufen dürfen. Da somit aller wahre Begehr vom Bedürfniss, sei es das Bedürfniss des einzelnen Individuums oder sei es ein Kollektivbedürfniss, ausgehe, und die Verwendung für dieses Bedürfniss letztes Ziel und der eigentliche Zweck der wirthschaftlichen Technik und des Handels sei, so bestehe alle Technik und aller Handel nur in der Vermittelung der Ueberlieferung des Gutes an den letzten eigentlichen Verzehrer. Und zwar sei der Begehr Motiv der Preisbewilligung für jedes Gut unterschiedlos, möge dieses nun ein direktes Bedürfnissbefriedigungsmittel oder nur ein Kapitalgut sein. Hermann ist also der Erste, der in bewusstem Gegensatz zu der Theorie, welche den Werth der Genussgüter auf die Produktionskosten gründet, umgekehrt den Werth des Kapitals und der übrigen Produktionsgüter nach dem Werth der fertigen Güter bestimmt. In dem fertigen Gute, sagt er, begehre man nämlich zugleich alle Hilfsmittel seiner Erzeugung, der Preis der vollendeten Waaren wirke zurück auf den Preis der Halbfabrikate und Stoffe, aus denen sie entstehen, der Preis der Produktions-

güter richte sich nach ihrem mittelbaren Gebrauchswerthe, die Preisbewilligung für sie stelle sich also nur als eine provisorische dar.

Es fragt sich nun aber: Wie löst Hermann die grössenmässige Bestimmung des Werths der einzelnen konkreten Gütermengen nach dem nur allgemein als solchen aufgestellten Maassstab des Gebrauchswerths, und behält nicht Ricardo trotz alledem Recht, dass praktisch eine solche Werthbestimmung unmöglich sei? Diese Lösung unternimmt nun Hermann allerdings nicht, er setzt dafür nur folgende Betrachtungen:

Der Gesamtbedarf eines wirthschaftlichen Subjekts, wenn er nach der Brauchbarkeit aufgefasst werde, dieser, im Gegensatz zu dem in Geld bemessenen, allein wahre Bedarf, m. a. W. der Naturalbedarf oder Sachbedarf, bestehe aus Gütern so mannigfachen Gebrauchswerths, als es Bedürfnisse gebe, es könne deshalb der Preis, der wahre Sachwerth des einzelnen Gutes nur durch eine Reihengleichung desselben mit allen anderen Gütern gefunden werden. Wenn man nämlich vom Gebrauch des Geldes, das für den Tauschwerth des Gutes keinen inneren Maassstab abgebe, sondern das erst selbst eines solchen bedürfe, absehe, so müsste der Preis in jedem Tauschfalle fast mit einem jeden anderen Gute ausgedrückt werden. Dann erhalte man den Tauschwerth im Ueberblicke aller Durchschnittspreise, die auf demselben Markte in allen Preisgütern über ein Gut geschlossen werden. Zu dieser Reihengleichung, fährt er nun einschränkend fort, bedürfe es aber nicht der Vergleichung des zu bemessenden Gutes mit allen übrigen Gebrauchsgütern. Das Leben der Individuen, der Familie u. s. w. bilde gesonderte Kreise von Bedürfnissen je eines bestimmten Subjekts, deren Befriedigung Güter erfordern, und die meisten Güter würden nur gegen einen bestimmten beschränkten Kreis von Preisgütern vertauscht, man brauche sie also auch nur mit diesen zu vergleichen, um ihren Sachwerth zu finden. So sei, wenn das Gut zum unmittelbaren Gebrauche diene (Einkommensgut), je kleiner das Einkommen sei — so beim Arbeiter — desto kleiner auch der Kreis ganz bestimmter Verbrauchsgüter, je grösser, desto grösser die Reihe der Gleichungen und desto schwieriger die Findung des Sachwerthes.

Hat so Hermann den „Gesamtbedarf“ des Individuums als eine für die Werthbestimmung wichtige Begriffseinheit, die übrigens in vielen Beziehungen bereits an die in dieser Schrift als Werthmaassstab aufgestellte „Nahrungseinheit“ heranstreift, begrifflich

klar gestellt, so hat er doch von einer jeden weiteren praktischen Anwendung und Verwerthung dieses Maassstabes abgesehen. Die Lösung des Werthproblems ist also insofern keinen Schritt vorwärts gekommen. Hermann sucht diese Lösung schliesslich doch wieder im Wesentlichen von der Kostenwerthseite her, und es gelingt ihm trotz allen sorgsamem und eifrigen Forscherfleisses nicht, jene Ansätze einer gebrauchswerthigen Betrachtung der wirtschaftlichen Dinge für die durchgreifende Gewinnung einer harmonischen Einheit zwischen Gebrauchswerth und Kostenwerth in befriedigender Weise auszunützen.

In den eben vorgeführten, aus dem Werke Hermann's möglichst wörtlich entnommenen Stellen wird allerdings der Versuch gemacht, in echt humanistischer Weise den Menschen mit seinen Bedürfnissen als Ausgangspunkt, als Zweck und Ziel der Volkswirtschaft, und die todte Aussenwelt, besonders das Kapital, nur als ein diesem Zwecke untergeordnetes Mittel hinzustellen, welches an sich ein Schemen und sein Leben und Wesen nur von den Bedürfnissen des Menschen empfängt, dessentwegen es da ist, um so, mit einem schönen Worte von Knies zu sprechen, „die Schranken und Hemmnisse der irdischen Natur durch den beseelten Herrscher über die reale Welt zu überwinden“. Von diesem Standpunkte sinkt jedoch Hermann in den Theilen seines grossen Werks herab, wo er sich wieder in Anlehnung an die britische Kostenwerthlehre Betrachtungen zuwendet, wo doch im Grunde „der Mensch im Hintergrunde bleibt“ und nur als ein Faktor der Produktion in Reihe und Glied mit den Faktoren Kapital und Boden marschirt. Eins muss freilich anerkannt werden, Hermann ist ernstlich bemüht, nicht blos die Arbeit, sondern auch die „sachlichen“ Produktionsfaktoren, Kapital und Boden, in eine gewisse humanistische Beziehung zu bringen, indem er auch sie sowie sämtliche aus ihnen hergestellte Produkte als einen „Inbegriff von Lebensanpufferungen“ bezeichnet. Diese Anpufferungen zerlegt er nämlich in menschliche Leistungen und in Besitzstücke, m. a. W. in Arbeit und Vermögensnutzungen, und zwar definirt er das „Vermögen“ als Summe der durch das Eigenthum gesicherten äusseren Güter einer Person. Als ziemlich gleichwerthig mit Vermögen gebraucht er dann durchgehends das Wort Kapital und für Vermögensnutzung durchgehends „Kapitalnutzung“.

Lediglich die Verbindung von Arbeit und Vermögen (Kapital) durch den wirtschaftlichen Tauschverkehr begründet nach seiner

Auffassung die Volkswirtschaft. Während für die technische Produktion freie Güter, Arbeit und Vermögen als Elemente in Betracht kämen, seien es bei der wirtschaftlichen Produktion nur die beiden letzteren, allein „vom Menschen herrührenden wirtschaftlichen Bestandtheile der Produkte.“ Wenn auch vielleicht wenig realistisch und logisch recht anfechtbar, so ist doch dieser Versuch der — wenn ich so sagen darf — „Vermenschlichung“ der todtten Produktionsfaktoren und des Vermögens an sich sehr beachtenswerth und auch typisch für die später thatsächlich erfolgten und besonders für die von der Wissenschaft künftig noch aufzunehmenden und weiterzuführenden ähnlichen Bestrebungen. Recht gewaltsam und gewunden klingt es freilich, wenn Hermann nun, diesem Zuge folgend, die Hergabe des Kapitals mit seiner Nutzung nicht bloß als Opfer an sich, sondern gleich der Arbeit als Lebensaufopferung in folgender Weise hinstellt. Auch in der Nutzung des Kapitals, sagt er, sei es, wie in der Hergabe der Arbeitskraft, eigentlich der Wirthschafter selbst, dessen Leben und Genuss für das Produkt verwendet werde. Der Mensch versenke sich (!) mit seiner Arbeit, so auch mit seinem Vermögen in das Produkt, dieses erscheine wie ein Inbegriff menschlichen Daseins, wie ein Stück Leben, das sich der Produzent selbst zum Genuss stelle oder Anderen darbiete. Die Kapitalnutzung biete sich neben der Arbeit als ein neues Subsistenzmittel, das an sich als solches brauchbar sei, auf dessen jeweiligen Genuss man nur verzichte. Für diesen temporären Verzicht auf jetzt disponiblen Lebensgenuss könne man dann ebensogut Vergeltung ansprechen wie für die Hergabe einer Arbeitsleistung. Das Entgelt für die Hergabe der Kapitalnutzung, also der Kapitalgewinn, sei kein zufälliger Vortheil, er sei die Vergeltung einer wirklichen Hingabe von Tauschwerth besitzenden Gütern ins Produkt. Da das Kapital selbst als solches nach der Produktion unverändert oder in seinem Werthe fortbestehe und der zu seiner Ersetzung nothwendige Bestandtheil des Produkts nur die „Auslagen“ ersetze und auf dieselben verrechnet werde, so seien diese Bestandtheile des Produkts nur „durchlaufende Posten“. Das Neue, was bei der Produktion an Elementen von Tauschwerth in das Produkt verwendet werde, seien nur die Arbeitsleistungen und die Kapitalsnutzungen. Auch den technischen Verbrauch von Stoffen und Kräften löse die Oekonomie nur in Verwendung vertauschbarer Elemente auf, sie betrachte sie nur als eine Summirung von Tauschgütern, die auch ausser

dieser Zusammenstellung „als solche“ bestanden. Auch der Kapitalgewinn sei also ebensogut wie die „Auslagen“, also wie Kapital und wie Lohn, zu den Produktionskosten zu rechnen.

Diese eigenartige Verwendung des Begriffs der „Kapitalnutzung“ hat die Lehre Say's allerdings formell einen Schritt weiter geführt, aber sachlich ist der Wissenschaft durch diesen unglückseligen Begriff, an dessen weiterer Ausbildung ganze Generationen nach Hermann viel nutzlosen Fleiss verschwendet haben, in ihrem Fortschritt ungemein geschadet worden! Die „Nutzung“ Hermann's ist nur eine weitere Ausbildung der Say'schen Dienstleistungen. Die letzteren waren immerhin insofern noch ein verhältnissmässig reinlicher Begriff, als sie zunächst nur die rein naturale technische Nutzwirkung des Produktionsfaktors ausdrücken, und weil Say in der erwähnten mehr harmlosen und naiven Weise den Werth der Dienstleistungen nach dem Betrage bestimmt, den der Verwender derselben als Entgelt im Zinse für sie bezahlt. Verhängnissvoller musste der unselige Begriff der Hermann'schen Kapitalnutzung wirken, und um den ganzen Umfang und die Ursache des in der Folge hierdurch angerichteten grossen Irrthums kennen und würdigen zu lernen, müssen wir nachsehen, auf Grund welcher Anschauungen und tieferen Vordersätze Hermann überhaupt zu dem Begriffe der Kapitalnutzung gelangt ist.

Er führt den Begriff zuerst bei der Unterscheidung der vergänglichen und der dauerbaren Güter ein. Den „Gebrauch“ der letzteren, während dessen sie selbst ruhig fortbestehen, nennt er ihre Nutzung. Diese könne, meint er, dann „wie ein eigenes Gut aufgefasst werden, welches für sich selbst Tauschwerth erlangen mag, den (!) man Zins nennt.“ Bei Verwendung vergänglicher Güter beständen freilich nicht die Güter selbst mit ihrer unmittelbaren Brauchbarkeit, sondern nur ihr Tauschwerth, der sich als mittelbarer Gebrauchswerth auffassen lasse, fort. Durch diesen Fortbestand der Brauchbarkeit und des Tauschwerths in vergänglichen Gütern während ihrer technischen Umgestaltung erlangten indessen auch diese für den Gebrauch (!) Beständigkeit. Wie die ausdauernden Güter mit einem noch unberührten Theile ihres Nutzinhaltes fortbeständen, so bestehe denn auch bei den verbrauchbaren Gütern die frühere Gütersumme „in der neuen Brauchbarkeit qualitativ verbunden, im Tauschwerth quantitativ addirt fort“, z. B.

wenn Eisenstein, Kohle und Arbeit zu Roheisen umgestaltet werden, so werde die Summe ihrer Tauschwerthe unvermindert erhalten, so dass sie, obwohl in neuer Form, so doch im Gleichwerthe fortbestehen. Auch dieser Gebrauch lasse sich dann als Nutzung auffassen, die selbst Tauschwerth erlange. „Beständige oder dauerbare Güter und wandelbare, die ihren Werth im Wechsel der Form behaupten, lassen sich **damit** unter einen und denselben Begriff bringen: eine dauernde Grundlage einer Nutzung zu sein, die Tauschwerth hat. Solche Güter nennen wir **Kapitale**.“ „Das Kapital ist ein Vermögen, das seine Nutzung wie ein immer neues Gut fortdauernd dem Bedürfniss darbietet, ohne an seinem Tauschwerthe abzunehmen.“

Es ist das Verdienst des scharfsinnigen von Böhm-Bawerk in seiner „Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien“, Innsbruck 1884, S. 236 ff. und 280 ff., die falsche Logik Hermann's bezüglich dieser seiner Grundlegung des Kapitalbegriffs und der Kapitalnutzung unbarmherzig aufgedeckt zu haben. Er weist nach, dass es in Wahrheit solche „Nutzungen“, wie sie Hermann aufstellt, gar nicht giebt. Die Kapitalgegenstände, führt er aus, erhalten wie alle anderen Güter nur dadurch ihren Werth für den Menschen, dass sie demselben „Nutzleistungen“ gewähren, d. h. nutzbare Betätigungen der ihn ihnen enthaltenen Naturkräfte. Alle Nutzungstheorien wie die Hermann's bezögen sich nur immer erst auf diese wirklich existirenden Nutzleistungen, dann schiebe man aber immer eine imaginäre Nutzung eigener Faktur unter und dichte ihr eine Selbstständigkeit des Werthes ansserhalb des Güterwerthes zu, und bei dem Doppelspiele des Wortes Nutzung decke dann die Nutzung im echten Sinne auch den nnechten Namensbruder. Das richtige Analogon der Nutzung dauerbarer Güter, mit denen Hermann seine Deduktion beginne, sei für die unbrauchbaren Güter nicht deren mittelbarer Gebrauch in den aus ihnen hergestellten weiteren Gütern, sondern deren unmittelbare Verwendung, nämlich ihr Verbrauch. Die mittelbare Nutzleistung finde gleichmässig bei vergänglichen wie bei ausdauernden Gütern statt. Ein verbrauchbares Gut, wie ein Zentner Kohle, habe seine unmittelbare Nutzleistung in dem Verbrache, seinen mittelbaren Gebrauch im Gebrauch des Eisens, das es bereiten helfe. Ein dauerndes Gut, wie eine Spinnmaschine, habe ihren unmittelbaren Gebrauch in der Erzeugung von Garn und ihren mittelbaren im Gebrauche des Garns, des Tuches, der Kleider u. s. w. Richtig ge-

paart wäre nun offenbar der unmittelbare Gebrauch der ausdauernden Güter mit dem momentanen Verbrauch der verbrauchlichen und der dauernde mittelbare Gebrauch der verbrauchlichen mit dem ebenso dauernden mittelbaren Gebrauche der ausdauernden Güter in Analogie zu stellen gewesen. Hermann habe aber die Analogie vom unmittelbaren Gebrauche der ausdauernden Güter zu dem ganz und gar nicht analogen mittelbaren Gebrauche der verbrauchlichen Güter gezogen, verleitet durch den Umstand, dass beide Gebrauchsarten „dauernd“ sind. Die Unähnlichkeit treffe aber gerade den entscheidenden Punkt. Bei ausdauernden Gütern nämlich bestehe neben dem theilweise ausgelösten Nutzinhalte noch ein Theil fort. Beim verbrauchlichen Gute, also z. B. bei Kohle und Eisenstein, nicht, ihr Gebrauch bestehe eben im Verbräuche.

Diese Ausführungen sind m. E. völlig zutreffend. Stellen wir uns z. B. eine Quantität Kohle vor, die in einer Betriebsperiode, z. B. während eines Jahres, verbraucht wird, und daneben eine gleichwerthige Spinnmaschine, die fünf Jahre hindurch bis zu ihrer völligen Abnutzung ausdauert. Nehmen wir nun ferner an, dass das Produkt, welches unter Verwendung der Kohle hergestellt ist, gleich nach Ablauf des Jahres, und das Produkt, welches unter Verwendung der Spinnmaschine erzeugt ist, sofort nach Ablauf des fünften Jahres verkauft werde. Der Erlös aus dem ersteren Produkt muss dann, wenn anders die Verwerthung der Kohle innerhalb der Unternehmung eine wirtschaftlich lohnende war, sowohl den Ersatz des Kohlenwerthes als den üblichen Kapitalgewinn für ein Jahr decken, der Erlös aus dem letzteren Produkt einen Betrag, mit dem man eine gleichwerthige neue Maschine kaufen kann, und ebenfalls den üblichen Kapitalgewinn und zwar für fünf Jahre. Es wird also für die unmittelbare in einem Jahre erschöpfliche naturale Nutzleistung des Kohlenvorraths, die im Verbrennen besteht, bei einem angenommenen Zinsfusse von 5 Prozent, $\frac{1}{20}$ des Kapitalwerthes als Zins berechnet, für die Spinnmaschine aber, die in dem gleichen Zeitraume nur $\frac{1}{5}$ der in ihr enthaltenen potentiellen Nutzleistungen von sich giebt, doch ebenfalls $\frac{1}{20}$ des ganzen Kapitalwerthes und nicht bloß $\frac{1}{20}$ von $\frac{1}{5}$ der abgegebenen Nutzleistungen, für die gesammte innerhalb der fünf Jahre abgehende Nutzleistung aber $\frac{5}{20}$, also fünf mal so viel. Was gleich ist bei Kohle und Spinnmaschine, ist nur der Werth der aus dem Produkt entnommenen Nutzleistungen, die das Kapital selbst ersetzen, der Zins dagegen, d. h. das Entgelt,

was dem Kapitalisten als „Kapitalnutzung“ bleibt, ist verschieden, er richtet sich ganz nach der Zeit, welche hindurch das Kapital in der Unternehmung gebunden war und festlag, er ist nur, um mit Ricardo zu sprechen „eine gerechte Vergütung für die Zeit, durch welche der Gewinn vorenthalten wurde“.

Die „Nutzung“ im Hermann'schen Sinne, als Zins gedacht, ist hiernach evident weder bei den ausdauernden, noch bei den verbranchlichen Gütern aus der allein existirenden naturalen Nutzleistung zu erklären, sondern ihre Gesetze müssen erst anderweitig gefunden werden. Ein als rein ökonomisch wirkend gedachtes Kapital, etwa jene Spinnmaschine, kann sehr wohl, so z. B. bei der Hypothese sozialistischer Produktion, als unentgeltlich und ohne „Zins“ seine Dienste bietendes „produziertes Produktionsmittel“ vorgestellt werden; wenn es nmr mehr Produkte hervorbringen hilft, als ohne dasselbe mit direkten Produktionsmitteln, d. i. mit Arbeit und Boden, erzeugt worden wären, so bleibt immer seine kulturelle und achtungsgebietende Funktion. Der Umstand, dass solch ein Kapitalstück in unserem heutigen Wirthschaftsorganismus mit kapitalistischer Grundlage Zins, und zwar Zins in bestimmter wechselnder Höhe erlangt, kann nur aus solchen Gründen entnommen werden, die in den jeweiligen variablen sozialen Wirthschafts-, Eigenthums- und Machtverhältnissen ihren Ursprung haben. v. Böhm-Bawerk gedenkt den wahren Ursprung des Zinses erst in dem zweiten positiven Theile seines Werkes, der noch nicht erschienen ist, klar zu legen. Man muss also abwarten. Nur andeutungsweise sagt er am Schluss: „das Element, was die volle Wahrheit zu ermitteln scheint, sei hier noch kurz genannt: es ist der Einfluss der Zeit auf die menschliche Werthschätzung der Güter. Diesem Schlagworte seinen Inhalt zu geben, soll die Aufgabe des zweiten positiven Theils meiner Arbeit sein.“ Ich fürchte, von Böhm-Bawerk wird am Ende das Räthsel doch wieder nur mit rein ökonomischen Elementen zu lösen suchen. *) Uebrigens spricht er es auch schon unzweideutig in folgenden Stellen an: „Die Rücksicht auf den zeitlichen Aufschub ist eigentlich die Hauptbegründung der Kapitalzinsen, der jetzige Werth künftiger Güter ist kleiner

*) Was ich hier und im Folgenden vor Jahren niederschrieb, hat sich m. E. durch den inzwischen erschienenen zweiten (positiven) Theil des von Böhm'schen Werkes voll bestätigt. Ich bin nun in der Lage und bin es schuldig, bei der besonderen Kritik der von Böhm'schen Werthlehre hierauf eingehend zurückzukommen.

wie der der gegenwärtigen. Dieser Satz verdankt keinen sozialen oder staatlichen Institutionen, sondern unmittelbar der Natur der Menschen und der Dinge sein Dasein.“ In der Senior'schen Abstinenztheorie, d. i. der Theorie, die behauptet, dass der Zins aus der Enthaltbarkeit, aus dem Opfer des momentanen Genussaufschubes entstehe, sei der von Senior nur zu grob verallgemeinerte richtige Kern enthalten, dass die Rücksicht auf jenen Genussaufschub diejenigen Produkte vertheilere, die, aus einem kapitalistischen Produktionsprozesse hervorgehend, nicht ohne solchen Genussaufschub erlangt werden können.

Man möge sich drehen und wenden, wie man wolle, die That-
sache, dass der Kapitalist einen Mehrwerth über den Ersatz des
verbrauchten Kapitals hinaus als Zins erlangt. und die Höhe dieses
Zinses ist nur aus den sozialen Bedingungen der kapitalistischen
Produktionsweise zu erklären, die nicht, wie v. Böhm-Bawerk meint,
von der Natur gesetzt sind. Die Zeit ist nur ein äusserliches Maass
des Umfanges der Zinsforderung. Da der Mensch als endliches
Wesen innerhalb der Zeit lebt, und demgemäss die Bedürfnisse zur
Fristung seines Lebens innerhalb des Bedarfes eines Tages, eines
Monats, eines Jahres zur Erscheinung kommen, so ist der Werth aller
jene Bedürfnisse befriedigenden Mittel. d. h. der Werth aller Güter
und demgemäss auch der Kapitalgüter und der Kapitalnutzungen,
naturgemäss nach der Befriedigung zu bemessen, die jene Güter
nicht abstrakt, sondern in konkreten und bestimmten Mengen und
für bestimmte Zeitperioden dem bedürftigen Individuum, also auch
dem Kapitalisten, gewähren. Für einen grösseren Zeitraum muss
der Kapitalist, um zu leben, auch entsprechend grösseren Zins als
für einen geringeren erhalten. Dass er aber überhaupt Zins in
bestimmter Höhe erhält, ist aus dem „Schlagworte“ Zeit wohl nimmer
herzuleiten, sondern nur aus den Gesetzen der Vertheilung. —

Wir haben gezeigt, dass Hermann den wahren Grund
des Kapitalgewinnes nicht klar gelegt hat. Die Erklärung aus
einer angeblichen naturalen Nutzleistung des Kapitals ist nur
ein wissenschaftliches Mäntelchen, was dem Erfahrungsgesetze des
Geschäftsmannes umgelegt wird: gleiche Kapitale geben in gleicher
Zeit gleiche Gewinne. Hermann's Nutzung ist nichts Anderes als
der Zins, und seine Definition: „Kapital ist Alles, was die Grund-
lage einer dauernden Nutzung giebt“, heisst danach, bei Lichte
besehen, nichts Anderes, als: Kapital ist das Etwas, was Zinsen
giebt, Zins gehört begrifflich zum Kapital und Kapital zum Zins

wie zu einem Jungen das Mutterthier. Statt zu erklären, weshalb Kapital Zinsen geben muss und kann, oder m. a. W., statt den Zins ans der Eigenart des Kapitals zu erklären, erklärt er das Kapital aus dem Zinse. Im Laufe der Untersuchungen Hermann's sinkt der Mantel der Naturalleistung gänzlich. Ueberall da, wo heute Zinsen gezahlt werden, konstruirt er, fingirt er ein Kapital. Er sagt es — aber nur so gelegentlich S. 605 a. a. O. — selbst, man müsse „den Gegenstand, worin sich ein Kapital darstellt, vom Kapital selbst unterscheiden“. Und diese Nichtachtung der naturalen Grundlage des Kapitals führt er nur zu konsequent durch. Er rechnet zum Kapital nicht nur produzierte naturale Produktionsmittel, also nicht nur das, was man sonst in der Regel Kapital nennt und in umlaufendes und fixes Kapital sondert, ferner nicht nur die sog. Verhältnisse, also Kundschaften, Gewerberechte, Patente, Monopole (sog. immaterielles Kapital), sondern auch, in Ausdehnung der sonst üblichen Definition des fixen Kapitals, die Grundstücke. — Das Produktionskapital, sagt er, ist fixes oder stehendes Kapital, wenn seine Nutzung allein oder mit einem Werththeile des Kapitals selbst auf die Herstellung des Produkts verwendet wird, umlaufendes oder flüssiges Kapital, wenn der Werth des Kapitals selbst sammt dessen Nutzung für das Werk verwendet werden muss. Obgleich Hermann hier zunächst immer noch von der naturalen Funktion des Kapitals: „der Herstellung“, „der Verwendung in's Werk“ spricht, ferner an darauf folgenden Stellen von der Nutzung als Element eines „wirthschaftlich brauchbaren Produkts“, das „in seiner Anwendung dem Bedürfniss dient“, so bricht doch schliesslich immer die Anschauung durch, nach welcher es nicht auf blosse naturale Produktionsleistung ankommt, sondern der dauernde Rentenbezug die Grundlage des Kapitalbegriffs ausschliesslich abgibt. Nicht, was aus dem Kapitale „produziert“ wird, sondern welche Abfindung sich der Kapitalist durch den Besitz des Kapitals ans dem Nationalprodukt aneignet, ist das Entscheidende. In diesem Sinne kann man hiernach schon Hermann als einen Vorläufer der Lehre betrachten, die das Wesen des Kapitals in der Aneignungs- und das Wesen des Kapitalgewinnes in der sozialen Abfindungsfunktion erblickt. Allerdings ist es zunächst nur das „fixe“ Kapital,*) bei dessen Behandlung ihm zum Bewusstsein kommt, dass das Kapital in seiner sozialen Machtbedeutung als Vermögens-

*) Man vergegenwärtige sich, dass Hermann auch die Grundstücke, und diese ganz besonders zum fixen Kapitale rechnet.

objekt den Gewinn erzielt. So sagt er: „Täuschen wir uns aber nicht Er (der Zuwachs des Nationalreichthums durch das fixe Kapital) ist wohl ein Zuwachs ; da aber das fixe Kapital Vermögen ist, so ist es in Bezug auf die einzelnen Mitglieder der Nation wie der Sklave zunächst nur ein Gehilfe seiner Besitzer. Diesen verbleibt die Frucht seiner Mitwirkung, der Zins ist der Tauschwerth des Theils der Gesamtmehrung des Produkts durch den Gebrauch des fixen Kapitals, welchen die Besitzer desselben vermöge ihres Eigenthums beziehen. Die Vortheile der Verbesserungen in der Produktion bewirken, soweit es sich nicht um beliebig vermehrbare Kapitale handelt, keine Preisermässigung, sondern sind ein Tribut an die Besitzer, der ihnen, während sie ruhig zusehen, durch den Wettkampf der Interessen der Gegner selbst zugewendet wird“ Das Gesetz der Ausgleichung der Gewinne gelte nur für dasjenige Kapital, welches sich frei und leicht aus jedem Erwerb in jeden anderen übertragen lasse; das sei nur der Fall bei dem Theile des Erwerbstammes, den man umlaufendes Kapital nenne, hier bewirke die allgemeine Triebfeder des Verkehrs, der Eigennutz, die Proportionalität der Gewinne. Die Vergeltung des fixen Kapitals dagegen könne sich keineswegs nach dem allgemeinen Kapitalgewinne regeln, sondern müsse umgekehrt mehr von dem Preise der Produkte abhängen, zu deren Herstellung es tangt. Der Gesamtgewinn eines Geschäftes theile sich also in zwei Theile, der Rest nach Abzug des Gewinnes für das umlaufende Kapital falle dem Besitzer des fixen Erwerbstammes zu. Das Steigen der Produktpreise sei es, was die Existenz und Mehrung des fixen Kapitals bedinge. Steigen nämlich die Preise und seien die fixen Kapitale nicht vermehrbar, so falle ihren Besitzern der ganze Ueberschuss zu. Beim Verkaufe dieser Kapitalien sei aber von jenem früheren Werthe nicht mehr die Rede, hier seien vielmehr die fixen Kapitale an sich selbst nichts als die sichere Möglichkeit eines dauernden Bezuges gewisser Renten. Gewinnsteigerungen, welche der Wettbewerb nicht auszugleichen vermöge, würden durch den Tauschverkehr verwischt oder entfernt zum Vortheil desjenigen, bei dessen Vermögen sie entstanden. Seien beim Steigen der Produktpreise die fixen Kapitale vermehrbar, aber doch weniger ergiebig, als die früher angelegten, so trete das ein, was Ricardo in seiner Grundrententheorie lebre: Konnte das Produkt vor dem Steigen der Preise nur mit üblichem Gewinne zu Markte kommen, so gewähren jetzt die

höheren Preise mehr wie üblichen Kapitalgewinn. Da aber unlaufendes Kapital in keinem Gewerbszweige mehr Gewinn geben könne, als in allen übrigen, so falle aller Ueberschuss dem Besitzer des fixen Kapitals zu. Der neue Käufer ziehe nur den gewöhnlichen Gewinn. Die Kosten der minderergiebigen Kapitale, welche zur Deckung des Bedarfs noch anzuwenden seien, bestimmen den Preis. Steigen nun die Preise abermals, so gehe die Sache so weiter: Die minderfruchtbarere Klasse II steigt herauf. Sei nun keine Vermehrung dieser fixen Kapitale oder keine andere Weise im Produktenbau möglich, so können die Preise der Produkte soweit steigen, als es der Gebrauchswerth derselben und die Zahlungsfähigkeit der Käufer erlaube. Die Nutzung des Bodens könne, so lange der Boden mientgeltlich als freies Gut Jedermann in beliebiger Menge zur Verfügung stehe, keine Vergeltung erlangen. Nur wegen Zunahme der Bevölkerung und wegen der damit verbundenen Erhöhung der Kornpreise würde das frühere freie Gut der Bodennutzung durch eingetretene relative Seltenheit und durch die deshalb (!) eingetretene „Aneignung“ desselben gewinnbringend. In der grösseren und geringeren Fruchtbarkeit des Bodens scheine noch die ursprüngliche verschiedene Brauchbarkeit des freien Gutes durch, nur dass dieselbe in dem Tauschwerth dem Eigenthümer gesichert bleibe. Jede vorletzte Klasse, sagt er, „wird“ nun immer ein Kapital, der Grundbesitz wird Quelle eines dauernden Rentenbezuges und der Tauschwerth dieses Kapitals richte sich nach dieser Rente. Es ändere auch nichts in der Darstellung, wenn der Boden schon vor dem Anbau Ertrag gab und Kaufwerth hatte, und es sei „wunderlich“, dass sich die englischen Schriftsteller darzuthun bemühen, in jedem Lande sei der schlechteste zuletzt in Anbau gezogene Boden immer ohne eigenen Ertrag, während dies doch in der Theorie der Grundrente ohne alle Wichtigkeit sei. Soweit jenes der Fall sei, sei der Boden gleich Anfangs Kapital, dessen üblicher Ertrag sich im Kornpreise ersetzen muss, immer werde dem Besitzer besserer Felder der Ueberschuss zu fallen, während der Besitzer jener Bodenart nur üblichen Gewinn vom ursprünglichen Kaufwerth!! seines Bodens beziehe. — Muss einem bei solchem Raisonement nicht unwillkürlich die treffliche Bemerkung von Rodbertus einfallen: „Eine Grundrente von 50 Thalern giebt nach dem Zinsfusse von 5% einen Grundwerth von 1000 Thalern. Wenn dann das Recht die Verkäuflichkeit des Bodens statuiert, so verwandelt sich im Wege des Verkehrs Kapital-

vermögen in Grundvermögen und umgekehrt. Alsdann halten nicht selten Anfänger in der Nationalökonomie die Grundrente für Zinsen des in Grundvermögen angelegten Kapitalvermögens und identifiziren also Grundrente und Kapitalgewinn, obgleich doch im einen Falle die Grösse des Kapitalwerthes die Grösse der Zinssumme, im anderen die Grösse der Rente die Grösse der Kapitalsumme, welche gezahlt wird, bestimmt.“

Und das ist also das Schlussresultat der Herrmann'schen Lehre vom Kapitalgewinn, dass er all die ernstesten Bestrebungen Ricardo's über die Erklärungen der Gewinnhöhe aus den mindest-ergiebigen landwirthschaftlichen Betrieben als etwas „Wunderliches“ erklärt, indem er das Kapital, welches er fixes nennt, aus einem Rechenexempel erklärt, nämlich aus der Kapitalisirung der Zinsen, die das fixe Kapital abwirft, und indem er den Kapitalisirungs-Zinsfuss ganz mechanisch aus dem „jeweiligen“ Zinsfuss abliest, den das umlaufende Kapital abwirft — ganz abgesehen von der merkwürdigen Unterlassung, diesen Zinsfuss des umlaufenden Kapitals, auf den er das Exempel aufbaut, überhaupt zu erklären.

Um nun zu jenem Ausgangspunkt der Hermann'schen Theorie zurückzukehren, wonach alle Produkte nur ein Inbegriff, eine Summirung von Arbeit und Nutzungen sind, so bin ich nach den obigen kritischen Darlegungen jetzt berechtigt, denselben Satz so auszudrücken: Die Produkte sind eine Summirung von Arbeitslöhnen und Kapitalzinsen. Uebrigens setzt auch Hermann selbst oft genug statt des rein ökonomischen Begriffes „Arbeit“ direkt den Vertheilungsbegriff Arbeitslohn und statt der „Kapitalnutzungen“ geradezu die Kapitalzinsen. Das Resultat ist also schliesslich sehr ähnlich mit dem der Mill'schen Lehre: der Werth wird durch Arbeitslohn und Gewinn bestimmt.

Von diesem Ausgangspunkte aus verwirft Hermann nun ganz konsequent den Satz Ricardo's, dass sich die Güter vertauschen und gleichviel werth seien, wenn sie gleichviel Arbeit gekostet haben. Ihr Preis werde heute, wo die Gütererzeugung immer mehr vom Kapital abhängig sei, durch einen zweiten Mitfaktor bedingt, durch die Kapitalnutzung, durch die Gewinne. Er trifft hier ganz richtig den wunden Punkt der Ricardo'schen Theorie, auf den ich oben, S. 53 folg., aufmerksam machte, nämlich auf die Ausflucht, welche in der „Relativität“ der Ricardo-Mill'schen Werthbestimmung zu rügen ist. Er sagt: Sei gleich viel werth, was gleich viel

Arbeit koste, so könne das nicht blos heissen, 2a Arbeit kauft doppelt soviel als a Arbeit, sondern es müsse auch a Arbeit immer a Arbeit kaufen. Wenn daher, meint er, die Ricardianer (so M. Culloch) den Satz aufstellen, dass jedes Produkt mehr Arbeit eintausche, als es selbst enthält (Mehrwert), dass also n Arbeit im Produkt A $\frac{5}{4}$ n Arbeit im Produkt B eintausche, und n Arbeit im Produkt B zugleich $\frac{5}{4}$ n in A kanfe, so gebe man damit zu, dass noch ein Element ausser der Arbeit zur Herstellung des Werkes nöthig sei, nämlich die Nutzung des Kapitals. Neben der Arbeit enthalte A wie B Kapitalnutzungen, die das Verhältniss vom Ausgebot zum Begehr $\frac{1}{4}$ n Arbeit gleich setze. Die Nutzungen seien nun in kann zwei Produkten gleich, man könne also auch den relativen Werth nicht auf die Arbeitskosten stützen, indem man die Nutzungen als gleich eliminiere. Die Kapitalnutzungen seien hiernach ebensogut ein Bestimmungsgrund des Preises wie die Arbeitskosten. Sei zur Herstellung eines Produktes mehr Arbeit oder mehr Nutzung nöthig, als bisher, so müsse es im Preise steigen. Steige der Lohn im Ganzen, so ändere sich der gegenseitige Preis von Gütern, deren Produktionskosten Arbeit und Kapitalnutzungen in verschiedenen Verhältnissen enthalten. Man sieht, hier sind keine Fortschritte über Mill hinaus — vergl. S. 71 folg.

Die gewagtesten Konsequenzen aus dem bezeichneten Ausgangspunkt zieht nun aber Hermann in seiner Lehre von der Höhe des Kapitalgewinnes: Alles Schaffen neuer Güter anderer Art laufe im Wesentlichen auf eine Formveränderung von Arbeit und Nutzung hinaus, aller Güterverbrauch also auf den Verbrauch von Arbeiten und Nutzungen. Da die Gesamtmasse der Produkte somit eine Summe von Arbeiten und Kapitalnutzungen sei, so könne auch der Gegenwerth der Produkte ebenfalls nur in den Arbeiten und Nutzungen Anderer bestehen. Die Gesamtmasse der zu Markte kommenden Produkte scheide sich durch den Austausch in zwei Theile, deren einer alle Arbeiten und Nutzungen begreife, die sämtliche Arbeiter als Lohn beziehen, der andere alle Arbeiten und Nutzungen, welche die Eigenthümer der Kapitale für die Entbehrung der eigenen Nutzungen beziehen oder m. a. W. den Gewinn. Da der Gesamtgewinn sämtlicher Produktionsstufen die Differenz zwischen dem neuen Gesamtterzeugniss einer Periode und der in ihr geleisteten Arbeit sei, so sei er abhängig von der Mehrung oder Minderung des Gesamtprodukts und von der Aenderung der Theilung desselben. Für die Theilung des Gesamtprodukts

kämen aber nach seiner vorgeführten Werththeorie nur zwei Bestandtheile in Betracht. Die Vermehrung oder Verminderung könne nur bei den Arbeiten oder bei den Nutzungen oder bei beiden stattfinden. Die Verwendung des ganzen Erzeugnisses auf Vergeltung von Arbeit und Nutzung oder seine Theilung in Lohn und Gewinn hänge daher ab vom Verhältniss des Angebots zum Begehr der Arbeit und der Nutzungen. Der Einzelne verlange in den Produkten, die er zu kaufen suche, doch eigentlich nichts, als jene einfachen Bestandtheile. Die Nachfrage nach Arbeitsleistungen werde daher meist als Nachfrage nach Produkten sich äussern, die vorherrschend durch Arbeit hergestellt sind, und ebenso der Begehr von Nutzung im Begehr von Produkten, die mehr Kapitalnutzung als Arbeiten enthalten. Veränderung des Begehrs ohne gleichzeitige Veränderung im Angebote der Produkte finde sich nur im Einzelnen. Indem er nun die Vermehrung des Angebots der beiden Faktoren Arbeit und Nutzung wieder von zwei weiteren Umständen abhängen lässt, nämlich sowohl von der Vermehrung der Masse, als auch von der Vermehrung der Ergiebigkeit der Faktoren, so folgert er daraus vier Fundamentalsätze:

- Ia: Mehrt sich die Masse der angebotenen Arbeit, so steigert dies den Gewinn bei sinkendem Lohne;
- Ib: Mehrt sich die Ergiebigkeit der Arbeit, so haben Arbeiter und Kapitalisten Vorthail;
- IIa: Mehrt sich die Masse der Kapitale so sinkt der Gewinnsatz, der Lohn steigt;
- IIb: Erhöht sich die Ergiebigkeit der Kapitale, so haben beide Klassen Vorthail!

Wo in aller Welt findet sich nun im Leben solch ein Tauschverkehr zwischen Arbeiten und Nutzungen, oder wenn wir es beim rechten Namen nennen, zwischen Löhnen und Kapitalgewinn? Güter und nichts als gebrauchswerthige Güter werden gegeneinander vertauscht. Abstrakte Arbeiten und Nutzungen könnten, selbst wenn sie mit den durch sie erzeugten Gütern identisch wären, ihrem Werthe nach nur gemessen werden, wenn man vorher den Werth der Güter weiss, in welchem der Werth der Arbeiten und Nutzungen erst zum Ausdruck kommt. Begehr und Angebot verursachen ja, wie Hermann selbst an anderer Stelle ausführt, überhaupt nicht den organischen, den sog. „natürlichen“ Güterwerth, sondern nur das ewige Fluktuiren des Marktwerthes, also das Ab-

weichen von diesem Güterwerth. Warum sollte das hier anders sein? Die Hausse führt naturgemäss zur Baisse und umgekehrt. Hermann giebt es auch selbst ungenirt zu, wenn er als „Gegenwirkungen“ die Umkehrung der in jenen 4 Sätzen ausgesprochenen wirtschaftlichen Ergebnisse bezeichnet. Es bewirke z. B. die durch die Vermehrung des Arbeitsangebots erfolgende Steigerung des Gewinnes (Satz Ia) eine Vermehrung der nunmehr lohnender gewordenen Kapitalproduktion, und die hierdurch hervorgebrachte Mehrung der Kapitalmasse führe dann im Wege der Reaktion wieder zur Senkung der Kapitalgewinne (Satz IIa), und umgekehrt führe eine nach Satz IIa durch Mehrung der Kapitalmasse hervorgebrachte Senkung des Kapitalgewinnes zu einer Einschränkung der Kapitalproduktion und damit zur Hebung des Arbeitslohnes und so fort in ewigem Kreislaufe. — v. Böhm-Bawerk kritisirt hier folgermaassen. Er giebt zwar zu — ich meinerseits muss auch diese Konzession verwerfen —, dass Hermann in der geschilderten Weise die Erniedrigung und Erhöhung des Gesamtgewinnes im Verhältnisse zu dem Arbeiterlohne „trefflich“ erkläre; aber er habe in diesem Theile seiner Lehre die beiden Grössen zu wenig auseinander gehalten, auf welche es gerade ankomme: Verhältniss der Gesamtgewinne zum Gesamtlohne und Verhältniss des Gewinnbetrages zu seinem Kapitale oder Zinsfuss. Die Tauschkraft der Kapitalnutzungen gegen Produkte gehe ganz andere Wege als ihre Tauschkraft gegenüber anderen Nutzungen und Arbeitsleistungen.

Mein obige Behauptung (S. 184), dass Hermann in Wahrheit die Erklärung des Gewinnbezuges überhaupt und die der Höhe des Zinsfusses im Besonderen thatsächlich ganz schuldig geblieben sei, ist damit voll gerechtfertigt. Was er an die Stelle setzt, ist reine Abstraktion, theoretisches Gedankenspiel, das stolz über die realen Dinge hinwegfliegt.

Eine grössere Bedeutung wie die Zinstheorie hat nun aber Hermann's Lehre über das Einkommen für Wissenschaft und Praxis gehabt. Hier sind seine Forschungen bahnbrechend und von grosser praktischer Bedeutung gewesen, so in der Steuerlehre bezüglich der Einkommensteuern. Hermann's Lehre lautet: Erfolg der eigenen Arbeit und Nutzung des eigenen Vermögens bilden das „ursprüngliche“ Einkommen. Beide können unmittelbar genossen werden, nur sie sind das wahre Einkommen. Das (umlaufende) Kapital, meint er, sei nur das unumgängliche Umtausch-

mittel der Arbeits- und Kapitalnutzungen. Diese selbst aber, und nicht das Kapital, seien der Fonds, aus welchem alle definitive Vergeltung komme. Es sei ein alter Irrthum und eine blosse Modelformel, dass der Lohn abhängе von der Grösse des disponiblen Kapitals im Verhältniss zur Arbeiterzahl des Landes, und dass das Kapital der Unternehmer der Fonds sei, woraus die Lohnzahlung bestritten werde und wovon die Nachfrage nach Arbeitsleistungen abhängе. Auch der gemeinste Arbeiter verzehre keinen Theil des Vermögens Anderer, sondern formе ihn nur in ein von diesen begehrteres Gut um, wogegen er empfangе, was ihnen entbehrlich war und ihm nothwendig ist. seine Leistung sei vollgültiges Aequivalent. Wie könne sonst das Nationalkapital ungeschmälert bleiben, wenn die „Auslagen sich nicht immer ersetzen“? Die Unterscheidung zwischen „rohem“ und „reinem“ Einkommen sei falsch, sie beruhe auf Verwechslung mit Rohertrag und Reinertrag. Es gebe nur Reineinkommen, und es sei eine falsche Vorstellung, dass Einige vom reinen, Andere — die Arbeiter — vom rohen Einkommen leben. Lohn sei ebensogut reines Einkommen wie Rente.

Diese Sätze Hermann's enthalten in der That einen grossen Fortschritt gegenüber der britischen Lohnfondstheorie. Das Einkommen der Nation, d. i. das nationale Gesamtprodukt nach Abzug des zur Ersetzung des verbrauchten Kapitals erforderlichen Theiles, zerfällt in Lohn und Rente. Beide sind gleichwerthige Vertheilungsbegriffe. Worin Hermann irrt, ist nur, dass er diese Vertheilungsbegriffe — in Weiterspinnung der Say'schen Irrthümer — auch mit den naturalen Begriffen des Arbeitserfolges und der Kapitaldienste d. i. den rein ökonomischen Nutzungen einfach korrespondiren lässt, sie mit ihnen verwechselt und sie deshalb „ursprüngliches“ Einkommen nennt. „Ursprünglich“ sind sie eben nicht, ursprünglich sind nur die für die Produktion verwandten Arbeiten und naturalen Nutzleistungen der Kapitale und Grundstücke. Diese drei „Produktivdienste“ zusammen erzeugen das Gesamtprodukt. Welcher Werththeil von letzterem auf diese einzelnen ursprünglichen naturalen Nutzleistungen zurückzuführen, ist unaussmessbar. dagegen sind die Vertheilungsquoten — Lohn und Rente — messbar und bestimmbar, aber nur mit anderweitigen Maassstäben mehr sozialer Natur. Der Werth der Güter und die Vertheilung derselben stellt sich nicht als ein blosser Tausch schon in sich gegebener Werthe von Arbeiten und Kapitalnutzungen dar. Die Arbeiter leben nicht von ihren spezifischen Arbeitserfolgen, die Kapitalisten

nicht von ihren spezifischen Kapitalnutzungen. Die Wahrheit ist, dass Alle in der Hauptsache von fremden ursprünglichen Fonds leben, weil die Fonds der Anderen in untheilbarer Zusammenwirkung das ungetheilte Gesamtprodukt der Nation und jedes einzelnen Produktionsunternehmens mit hergestellt haben. Die Rentenbezieher leben in diesem Sinne von dem fremden Fonds der ihre Kapitale und Grundstücke befruchtenden Arbeit, die Arbeiter umgekehrt leben auch von den Fonds der Kapitalisten und Grundeigenthümer. Was jeder der drei Partizipienten vom Produkt als seinen Antheil erlangt, beruht auf sozialen Machtelementen. Man spricht meistens immer nur von einem Monopole des Kapitalisten, besonders aber nur von dem sog. natürlichen Monopole des Grundbesitzes. Warum soll wenigstens begrifflich und im Prinzip nicht auch vom „Monopole“ der Inhaber des dritten Produktionsfaktors, der Arbeiter, die Rede sein? Was hindert und an der Anschauung, dass die Lohnarbeiter insoweit ein Monopol besitzen, als sie vermöge ihrer Machtstellung als Inhaber eines indispensable und wichtigsten Produktionsfaktors den Preis der Arbeit so hoch hinaufschrauben, dass sie jenen anderen beiden Partizipienten nur übrig liessen, was sie vom Nationalprodukt nicht selbst mit Beschlag belegen und was sie hergeben müssen, weil sonst die Inhaber des Kapitals und des Bodens nicht leben und die Arbeit „kommandiren“ können. Diese Anschauung bleibt heute keine platonische mehr, nachdem der sog. vierte Stand nach Aufhebung der *glebae adscriptio*, nach Einführung der Freizügigkeit und nach Konstituierung der gleichen politischen Rechte für Alle, verlernt hat, sich nach dem rein ökonomischen Maassstabe des ehernen Lohngesetzes abspesen zu lassen, sondern anfängt, bei der Vertheilung der Güter die ihm eigene „ursprüngliche“ Macht in die Waageschale zu werfen.

Nachdem wir so S. 108 bis 110 die wesentlichsten Gedanken Hermann's über die Begründung des Werthes auf die rein ökonomische Kategorie des Gebrauchswerthes, und von S. 110 ab alle die Momente vorgeführt haben, mittelst deren er den Werth von den Kosten ableitet, haben wir nun seine vielbewunderte und bis auf den heutigen Tag beinahe herrschende Werth- und Preislehre vorzuführen, in welcher er die Zusammenfassung beider Elemente, des Gebrauchswerths und des Kostenwerths, zu einer einheitlichen Theorie unternimmt.

Er stellt den Satz an die Spitze, dass sich der Preis im Verkehre durch Angebot und Nachfrage unter dem Einfluss beiderseitigen Wettbewerbes bilde. Angebot und Nachfrage seien aber nur das Resultat komplexer Motive und hätten zu der Meinung geführt, als ob der Preis zufällig unbestimmt hoch steigen und tief fallen könne. Der Versuch der Briten, den Werth auf die Produktionskosten zu gründen, sei nicht durchschlagend, die Produktionskosten seien doch nur eine Art Schwerpunkt, um welchen der Preis gravitire, ganz abgesehen davon, dass sie bei den Gütern, die wie Grund und Boden überhaupt nicht produziert werden, gänzlich versagen, und es müsse deshalb untersucht werden, ob sich nicht auch auf Seiten der Begehrenden ähnliche materielle Motive der Preisbildung ergeben, und welche Gründe den Begehrer einer Waare überhaupt bestimmen, einen Preis zu bieten, und ob der Verkäufer mit seinem Gebote unbestimmt in die Höhe gehen könne.

Bestimmungsgründe des Preises seien nun:

I. auf Seite der Begehrer: 1. Gebrauchswerth, 2. Zahlungsfähigkeit und 3. anderweitige Anschaffungskosten,

II. auf Seite der Ausbietenden: 1. Produktionskosten, 2. Tauschwerth des Zahlungsmittels und 3. anderweitiger Verkaufspreis.

Zu I 1 bemerkt er, dass sich dieser Bestimmungsgrund zerlege in Bedürfniss, Bedarf und Gebrauchswerth, wie das oben S. 108 schon näher wiedergegeben ist.

Zu I 2 sei zu bemerken, dass nicht die Nachfrage allein, sondern, unter Berücksichtigung des Grades der Kauffähigkeit, nur die wirksame Nachfrage in Betracht komme, die je nach dem Einkommen der Begehrer verschieden sei. Dies Einkommen richtet sich nach Hermann, wie schon oben ausgeführt, nach dem Grade, in welchem die Begehrer mit eigenen wirklich neuen Gütern, d. i. den Arbeitsleistungen und den Kapitalnutzungen von Hause aus in den Verkehr eintreten.

Zu I 3 führt er aus, dass, während der Gebrauchswerth und die Zahlungsfähigkeit der Käufer die subjektive Grenze des Preises bestimme, die objektive Grenze desselben gebildet werde durch die Kosten der anderweitigen Anschaffung, d. h. den Aufwand, den der wohlfeilste Ankauf des Gutes ausserhalb seines bisherigen (!) Marktes oder Angebotes erfordere. Dieser Anhaltspunkt, d. h. also

die Konkurrenz der Verkäufer, fehle bei Monopolpreisen, nämlich 1. beim Vorliegen gewisser natürlicher Verhältnisse wie z. B. bei seltenen Gemälden, Weinen u. s. w., 2. bei wirthschaftlichen Hindernissen in der Konkurrenz und im Ausgebot, so bei allen Bodenfrüchten, besonders wenn sie einen eigenthümlichen Boden erfordern, bei grosser Entfernung, Dringlichkeit der Benutzung u. s. w., 3. bei bürgerlichen Einrichtungen, die das Ausgebot beschränken, so Gewalt der Verkäufer, z. B. Koalitionen, Strikes, Ringe, Einfuhrbeschränkungen u. s. w.

Zu II 1 führt er als Kosten an, wie früher schon auseinander-gesetzt: Die Auslagen an Kapital, die Nutzungen des Kapitals und ferner: Die Intelligenz und die Sorge des Unternehmers, „also“ den Unternehmergeinn.

Nun seien aber die Kosten vielleicht nicht bei zwei auf dem-selben Markte anbietenden Unternehmern gleich, obschon jedes Gut an einem Markte und zu einer Zeit nur einen Preis habe. Dieser eine Preis richte sich nun nach den Anschaffungskosten des Theiles der Gesamtmasse eines Produktes, der mit den wenigst ergiebigen Produktionsmitteln oder unter den ungünstigsten Umständen hergestellt und noch zu Markte gebracht werde und deren Benutzung zur Deckung des Bedarfs noch nothwendig sei. Dies Preisminimum werde durch das Ausgebot gemacht, wenn der niedrigst Ausbietende den ganzen Markt versorgen könne, also bei beliebig vermehrbaren Gütern; durch die Nachfrage dagegen werde er gemacht bei nicht beliebig vermehrbaren Gütern, wo nämlich die Begehrer mehr, als auf dem Wege der wohlfeilsten Zufuhr sich beschaffen lässt, bedürfen. Sie müssten den Preis so weit erhöhen, als das zur Deckung ihres Bedarfs weiter erforderliche Quantum nur zu den höheren Kosten beigebracht werden könne, ohne deren Ersatz es vom Markte bleiben würde. Dies Quantum, das die Verkäufer zu ihren Zufuhrkosten zu liefern vermögen, sei von grösstem Gewicht bei Bestimmung des jedesmaligen und auch des andauernden Marktpreises. — Immer aber beruhe der Marktpreis auf einer Akkommodation sehr verschiedener gleichzeitig wirkender Motive, und die Preisänderung wirke ebenso gut auf die Kosten, wie die Kostenveränderungen auf die Preise. Auch wirkten die drei Ursachen der Preisbestimmung auf Seiten des Angebots nicht jedesmal zusammen, sondern häufig nur einzeln, so seien z. B. bei den Grundstücken nur die anderweitigen Verkaufspreise maassgebend, abgesehen von der Veränderung des Tauschwerths des

Zahlungsmittels (Geldes). Und auch bei den Produkten, die in beliebiger Menge und regelmässig zu Markte kommen, sei der Ricardo'sche Satz des nothwendigen Kostenpreises zwar der nachhaltigste Bestimmungsgrund, er sei aber nicht der einzige. — Resümé: „Der erste und wichtigste Faktor ist in allen Fällen die Nachfrage mit den bezeichneten Hauptwurzeln. Aus der Nachfrage und dem, was die Begehrer für ein Gut bieten, ergiebt sich erst, auf welchen Betrag von Gütern sie um des Verlangten willen zu verzichten denken und hieraus, wie hoch sich die Kosten der mindestergiebigsten Produktionen belaufen dürfen. . . . Steigt der Begehr und müssen die Kosten erhöht werden, so richtet sich der Preis nach den erhöhten Kosten. aber die Bewegung ging nicht von ihnen aus. Sobald vielmehr der Begehr sänke, so würden die bisherigen Preise nicht mehr zu halten sein. Nur wenn die Güter mit verminderten Kosten in beliebiger Menge zu Markte kommen können, bestimmen die Kosten den Preis, aber auch hier sind sie es nicht allein, was in jedem einzelnen Falle den Preis macht, sondern immer sind die fünf übrigen Umstände von Einfluss, was eben die Abweichung der einzelnen Preise von den Kosten zeigt.“

Die Kritik dieser Werthlehre kann nach dem oben Gesagten kurz ausfallen. In formeller Beziehung ist einzuwenden, dass bei näherer Betrachtung in Wahrheit nicht sechs, sondern nur zwei Motive der Preisbestimmung übrig bleiben, nämlich I 1: Gebrauchswerth und II 1: Kosten. Denn I 2 Zahlungsfähigkeit der Käufer. Wirksamkeit der Nachfrage ist nur eine nähere Erklärung der Gründe zu I 1, oder wenn I 2 mehr bedeuten soll, so fehlt, wie unten noch gezeigt werden wird, eine nähere Präzisierung der Gesetze, nach welchen die Zahlungsfähigkeit auf den Preis der Güter im Einzelnen einwirkt. — Der Grund I 3: Konkurrenz der Verkäufer, anderweitige (!) Anschauungskosten ausserhalb des bisherigen (!) Marktes bleibt ein unbestimmter leerer Begriff, der seine Ansfüllung erst durch das Motiv II 1: Kosten der Verkäufer, erhält. Diese Kosten sind dann erst das zweite reelle Element; aber Hermann sagt selbst, dass sie zur Erklärung des Werths nicht ausreichen, da sie selbst erst wieder von den Bestimmungsgründen zu I abhängen. Er rekurriert auf die Verkaufspreise, welche die Konkurrenz der Käufer zulässt. Hier bleibt also ein ewiger Zirkel, oder, wenn man sich an die oben zitierten Worte hält, es bleibt der Begehr mit seinen „Wurzeln“ das Ausschlaggebende. Ist aber dies der Fall und ist der Gebrauchswerth das Entscheidende, so ist damit für die

„grössenmässige“ Bestimmung der Güter in concreto, im Einzelnen und untereinander, Nichts geholfen. Es wäre die Aufgabe Hermann's gewesen, zu zeigen, wie nach der Grösse des Gebrauchswerths im Einzelnen die unterschiedliche Höhe der einzelnen Güterarten und Gütermengen bestimmt wird. Durch die von ihm aufgestellte Reihengleichung jedes zu bemessenden Gutes mit allen übrigen Gütern ist für die grössenmässige Erfassung der Güterwerthe Nichts gethan, hier stützt sich ein Unbestimmtes auf ein anderes Unbestimmtes, es bleibt eine schlüpfrige chaotische Masse ohne festen Punkt. — Auch der Begriff der Zahlungsfähigkeit der Begehrer bleibt, wie oben schon angedeutet, ein Begriff ohne brauchbaren Inhalt. Es bleibt die von der Wissenschaft noch zu lösende Hauptfrage übrig, wonach sich die Grösse der Zahlungsfähigkeit, d. h. die Grösse der danernd aus dem Produktions- und Vertheilungsorganismus sich ergebenden Abfindungsquoten richtet, und weiter, weshalb innerhalb der nach Maassgabe dieser Zahlungsfähigkeit zu erlangenden „Nahrungseinheit“ die einzelnen Bestandtheile derselben ihren konkreten Werth erhalten.

Aber auch der zweite übrigbleibende Bestimmungsgrund, die Kosten, lassen alle die schon oben berührten Zweifel übrig.

Die sechs auf Gebrauchswerth und Kosten sich gründenden Preisbestimmungsfaktoren der Hermann'schen Preislehre flattern ohne Verbindung ungreifbar im Raume herum, es fehlt die systematische Brücke und die dogmatische Beherrschung.

§ 16.

Schäffle's Werthlehre. Der Werth eine aus Kosten und Nutzen zusammengesetzte Bilanzgrösse. Die Sozialkraft als Werthsubstanz.

Ganz wie Hermann's steht auch Schäffle's Werthlehre noch mit einem Fusse in der britischen Kostenwerththeorie. Ich betrachte seine Lehre deshalb vor Knies, weil dieser Schriftsteller auf dem oben S. 98 gezeichneten Wege dann eine energische Wendung zur modernen Gebrauchswerthlehre hin vorgenommen hat.

Auch Schäffle sieht den Werth als ein gemeinsames Ergebniss von Kosten und Nutzen an, er nennt ihn die beigelegte Bedeutung oder Geltung, die einer bestimmten Branchlichkeitsmasse

gegenüber mit Rücksicht sowohl auf ihre mindesten Kosten — die eine Seite der Werthreflektionen — als auch mit Rücksicht auf ihren höchstmöglichen Nutzen — die andere Seite der Werthreflektionen — den Inbegriff der wirthschaftlichen Erwägungen giebt. Der wahre Werth, lehrt er, sei eine aus Kosten und Nutzen zusammengesetzte Bilanzgrösse. Je mehr diese beiden Faktoren, welche der Intensivität des Begehrens und der Intensivität der Schwierigkeit des Erlangens entsprächen, auf einander wirken, desto stärker trete die Bedeutung des Gutes in das die wirthschaftliche Thätigkeit leitende Bewusstsein. Die Gleichung „n (Nutzen) minus k (Kosten) = Null“ sei die Formel für den Indifferenzpunkt des materiellen Interesses. Nicht gleich Grosses und Gleichartiges ersetze der wirthschaftliche Akt; denn normaler Weise übersteige der Nutzen des Produkts seine Kosten. Jeder wirthschaftliche Tausch sei eine Erstattung von „Mehr“. wie schon Aristoteles sage: *κλίμα πάντε ἀντὶ οὐκίας*.

Diese in seinem „Gesellschaftlichen System“ aufgestellten Sätze erhebt Schäffle in seinem späteren grossen Werke: „Ban und Leben des sozialen Körpers“ auf die Stufe der gesellschaftlichen Betrachtung. Im Ban und Leben des ganzen sozialen Körpers, meint er, erfolge eine Erhebung der subjektiven Gebrauchswerthschätzung zur sozialen höheren Form. Die Nationalökonomie ist ihm die Lehre vom Ban und Leben des sozialen Körpers in Bezug auf den materiellen „Stoffwechsel“ desselben. Diesen Körper, die Eine und untheilbare Substanz der gesellschaftlichen Kraft, m. a. W. die „Sozialkraft“ zerfällt er nach ihren Bestandtheilen in die Personalsubstanz und die Vermögenssubstanz. Erstere sind die Menschen selbst mit ihren Fähigkeiten, also das, was die Oekonomie innere Güter nennen, letztere besteht in den Sachgütern, den „äusseren Gütern“. Die Funktion der ersteren ist die Arbeit, die der zweiten die Nutzung. Arbeit und Nutzung löst sich aus der Einen Sozialkraft aus und erneuert und verwandelt dieselbe. Diese Kraftumsetzung wird betrachtet, wenn man die Sozialkraft in ihrer Bewegung berücksichtigt (physikalisch-dynamisch), statt in ihrer Ruhe (anatomisch-statisch). In dieser Bewegung habe sie naturgemäss ein Doppelgesicht. In ihren Bestandtheilen, den Gütern, schaut sie nach der Entstehung und nach der Bestimmung. Die Güter sind hiernach einerseits ein verstofflichter Theil früher ausgelöster Sozialkraft, andererseits die Mittel zur Erneuerung dieser Kraft. Die Auslösung aus der Personalsubstanz, nämlich die

menschliche Arbeit, und die Anslösung aus der Vermögensinstanz nämlich die Nutzung, bilden die Kosten, sie sind die „Opfer“ an der Substanz. Die so angelöste Kraft „reintegriert“ sich dann wieder durch den Nutzen, den jene Kosten schaffen. Kosten also an integrierenden Bestandtheilen der Substanz, sowie Nutzen für den Unterhalt integrierender Bestandtheile und Lebensverrichtungen der Gesellschaft „verursachen und stiften die Güter“.

Da hiernach die Güter als Kosten- und Nutzäquivalente eine und dieselbe zusammengesetzte und untheilbare Kraft zur Quelle und zum Ziele haben, so seien sie deshalb im Werthe unter dem gesellschaftlichen Gesichtspunkte vergleichbar und kommensurabel. Die Substanz des Werthes müsse hiernach in der Beziehung (Reflektion) auf die Kosten und den Nutzen der Güter liegen, es gäbe also überhaupt keine Substanz des Werthes im materiellen Sinne des Wortes, die Werthbestimmung sei nur spezifisch subjektiv innerlichen Inhalts, sie „reflektirt“, „bezieht“, „schaut“ nur auf die Kosten und den Nutzen. Werth ist danach das Maass der Nützlichkeit, welches der Mensch dem Gute „beilegt“, seine Substanz besteht nicht im Sinne einer Materie, sondern nur im Sinne jener beschriebenen maassgebenden Bestimmungsgründe.

Schäffle scheint aber selbst zu fühlen, wie unzugänglich diese abstrakte Betrachtungsweise für die praktische Wirtschaftswelt ist, in welcher doch der nackte Realismus des „Stoffwechsels“ die Herrschaft übt. Er fragt nämlich mit Recht: „Wie ist denn aber überhaupt bestimmte quantitative Bezugnahme auf diese Substanz des Werthes möglich?“ In der Rnhe, antwortet er, als Vorräthe latenter Energien, sind die Theile der Personal- und Vermögenssubstanz allerdings gegeneinander unmessbar, dagegen sind sie es hinsichtlich des gesellschaftlich (historisch-technisch-normalen) Minimums von Arbeits- und Kapitalaufwand (gesellschaftlich nothwendigen Kosten) einerseits und hinsichtlich des höchsten durch sie kundgegebenen gesellschaftlichen Gebrauchswerthes andererseits. Zwar leugnet er hinsichtlich des letzteren die Möglichkeit einer quantitativen bestimmten Beziehung der Vermögens- und Personalsubstanz auf die differenten einzelnen Güterarten, da der Nutzen aller Konsumtionsakte einer Person in der untheilbaren Masse Lebens hervortrete und sich nicht erheben lasse, wieviel vom „untheilbaren Nutzeffekt der Güter zusammen“ auf das einzelne Gut falle, wieviel Leben also durch die einzelnen Nahrungs-, Kleidungs- u. s. w. Verbräuche erzeugt werde. Auch beim gesammten

Nationalprodukt sei das nicht möglich, dasselbe stelle einerseits eine Summe von Einzelbedarfen, andererseits eine Summe von Einzelarbeiten dar, beide Summen seien gleich, aber deckten sich nicht in ihren einzelnen Bestandtheilen, die sozialen Kostenwerthsquotienten könnten nicht zugleich proportional als soziale Gebrauchswerthsquotienten gelten — eine zutreffende Behauptung, die wir oben S. 88 schon gegen die Rodbertus'sche Werthbestimmung der Güter (nach geleisteten Arbeitstagen) ins Feld führten. „Dennoch“, meint er, könne der aliquote Theil lebendiger Sozialkraft, also etwa $\frac{1}{x}$ der einheitlich zusammengefassten Nationalarbeit resp. des Normalarbeitstages ein integrales Werthmaass darstellen — also $\frac{1}{x}$ der Arbeitszeit, die bei der produktiven Arbeit verwendet wird — qualifizierte Arbeit auf einfache reduziert, schwere auf leichte zurückgeführt und Arbeitszeit nach Arbeitswerth bemessen. Im jetzigen Stadium volkswirtschaftlicher Entwicklung werde diese Bemessung allerdings nur unvollkommen erreicht, der Preis setze heute bei jenem Kostensatze der Angebotsreihe ein, bei welchem sämtliche Theilangebote und Nachfragen des Marktes sich privatwirtschaftlich „stellen“ („decken“), die besondere Gebrauchswerthschätzung des letzten zahlungsfähigen Käufers entscheide. Soziale Konstituierung des Tauschwerthes sei aber noch nicht erreicht. Der Kostenaufwand sei nur entscheidend, wenn Produkte von gleichem gesellschaftlichen Kostenminimum auch in gleich starkem Verhältnisse begehrt seien. Ausserdem kämen als Hindernisse der Werthbemessung nach dem Kostenaufwande die mannigfachen „Naturwiderstände“ (also z. B. verschiedene Ergiebigkeit der Ländereien u. s. w.) und auch die vielen „Sozialwiderstände“ (Monopole, Seltenheit, Irrthum, Leichtsin, Noth) in Betracht, inshesondere auch die verschiedene Macht der vertragsschliessenden Subjekte und ihre Kauffähigkeit, die sich ihrerseits wieder nach den Besitzverhältnissen, der Besitzvertheilung, richte.

Man sieht, Schäffle gelangt beinahe ganz in das Rodbertus'sche Fahrwasser hinein, ja er führt ganz analog wie dieser die „Konstituierung“ des Werthes nach Zeitarbeit in einer ausführlichen hypothetischen Untersuchung des reinen Sozialstaates durch, seine diesbezüglichen Entwicklungen in dem berühmten Schriftchen: „Quintessenz des Sozialismus“ und im III. Bande von „Ban und

Leben“ unterscheiden sich im Effekt so wenig von den Rodbertus'schen Ideen über die Konstituierung des Werthes im sozialen Staate, dass ich einfach auf meine Kritik gegen diese Ideen oben S. 88 verweisen kann. Auch Schäffle gesteht ähnlich wie Rodbertus zu, dass wegen des wirthschaftlichen Fortschritts die Produktionsleitung des sozialen Staates schwer im Stande sein würde, den gesellschaftlich nothwendigen Betrag des Kostenaufwandes zu ermitteln. Alle die Koeffizienten der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit“ (Konjunktur, Technik, Bonität der Produktionsmittel, die Grösse und Dringlichkeit des sich in der Nachfrage äussernden Sozialbedarfs) seien selbst variable, zum Theil höchst variable Grössen. Wie Rodbertus meint er, dass hierdurch häufige Korrekturen und Revisionen des Taxwerthes der Güter nothwendig werden würden.

Schäffle resümiert seine Werthlehre dahin, dass der Kostenaufwand zwar nicht allein für die Werthbestimmung maassgebend, sondern der soziale Gebrauchswerth, der Nutzen, gleichberechtigter Faktor sei. Jede reine Kostenbetrags-Regulirung sei nothwendig einseitig. Bei der Kostenwerthsbestimmung sei nur stehen zu bleiben, wenn Produkte von gleichem gesellschaftlichen Kostenminimum auch in gleich starkem Verhältnisse begehrt sind. Dennoch bilde aber der Kostenaufwand die vorausgängige Thatsache, den ersten und fundamentalen „Ausgangspunkt“ der Werthbestimmung, und zwar aus dem Grunde, weil eben in den Kosten allein die reale Beziehung der Güter auf die Sozialkraft, also auf die Substanz des Tauschwerthes wirklich und in quantitativ messbarer Weise zuerst stattfindet.

So stellt sich denn auch Schäffle's fleissiges und geistreiches Ringen, die „Substanz“ des Werthes durch Auffindung eines einheitlichen Maassstabes festzulegen, als ein vergebliches Bemühen dar, die verbindende Brücke zwischen den heterogenen Kategorien des Kosten- und des Gebrauchswerths herzustellen. Die „soziale Substanz“ als Einheit des Werthes gedacht, bleibt eine zu unbestimmte philosophische Abstraktion, um ein brauchbares Grössenmaass für die praktische Volkswirtschaft zu liefern, und es bleibt nur der etwas resignirende Ausspruch Schäffles richtig, „dass in beiden Theorien, in der vom gesellschaftlichen Kostenwerthe und in jener vom generischen Gebrauchswerth“ (wie sie von Knies aufgestellt wird), wohl ein gutes und schweres Korn Wahrheit liegen müsse.

§ 17.

Knies' Lehre vom gesellschaftlich fungiblen Gebrauchswerthe.

Während Schäffle im Gegensatze zu Say und Hermann, welche die Nachfrage und die Brauchbarkeit als erste Quelle des Werthes bezeichnen, in Anlehnung an die britische Schule und die Sozialisten wieder etwas mehr auf die Kosten als Ausgangspunkt zurückkehrt, findet nun mit Knies und seinen Nachfolgern eine so energische endgültige Wendung nach der überwiegenden Berücksichtigung des Nutzungswerthes und der rein ökonomischen Kategorie hin statt, dass sie beinahe einer bewussten Leugnung der anderen Kategorie gleich kommt.

Knies hat die erste und immer noch beste Kritik und Widerlegung der Arbeitskostentheorie gegeben und zwar bei Gelegenheit seiner Ansführungen in dem bedeutsamen grossen Werke „Geld und Kredit.“ (Das Geld, 2. Aufl. 1885 — der Kredit 1876/1879.)

Schon Aristoteles, hebt er — Geld S. 146 folg. — hervor, habe aufmerksam darauf gemacht und Anstoss daran genommen, dass in einer Gleichung wie: „5 Ruhebetten gleich einem Hause und 5 Ruhebetten gleich einer Geldsumme“ eine Messung zweier „in Wahrheit“ durch einander inkommensurablen Grössen stattfinde, dann aber diesen Umstand ohne weitere Begründung als „für den Bedarf genügend“ durch den Geldgebrauch als beseitigt gefunden. Das Geld sei aber als solches für eine derartige Messung ungeeignet. Es sei eine naturgesetzliche Nothwendigkeit, dass man zur Messung d. h. zur Feststellung des quantitativen Verhältnisses in irgend einem quantitativ bestimmten Objekte nur einen solchen Gegenstand als Messwerkzeug, als Messmittel, verwenden könne, welcher selbst dasjenige, was gemessen werden solle, in einem speziellen Quantum besitze; wie eine Länge also nur durch einen „langen“ Gegenstand, so könne das besondere Quantum wirthschaftlichen Werthes, welches die unterschiedlichen konkreten Güter umschliesse, nur mittels eines Gegenstandes, der selbst wirthschaftlichen Werth habe, also selbst ein wirthschaftliches Gut sei, gemessen werden.

Geld sei nun zwar ein solches Gut, wie ein solches alle die Gegenstände seien, deren Werth bemessen werden soll, aber es sei zugleich eine differente Art wie die anderen zu bemessenden Güter. Deshalb könne man mit diesem „fungibelsten aller Güter“ doch nicht den wirthschaftlichen Werth einer anderen Gütergattung, nicht z. B. Haus- oder Holzwerth mit Silberwerth messen! Jede

Gütergattung habe etwas Spezifisches, Eigenartiges, so dass sie alle als effektiv inkommensurabel für und durch einander erscheinen. Messen könne man nur das Gleichartige, Gleiches durch Gleiches.

Was sei nun dieses Gleiche? Er antwortet: Alle wirthschaftlichen Güter haben durchweg nur ein Merkmal, regelmässig auch noch ein zweites mit einander gemein: einmal sind sie darin alle gleichartig, dass sie „erschöpfliche“ Befriedigungsmittel äusserer Bedürfnisse des Menschen sind, Gebrauchswerth haben, ohne überschüssig für den Bedarf der Menschen vorfindlich zu sein — und sodann sind sie zumeist solche Gegenstände, für deren Hervorbringung oder Erlangung irgend welche „Bemühungen“, ein irgend welches Quantum von „Arbeit“ aufgewendet werden muss. Eine Lösung des Werthproblems nun nach dem letzteren Gesichtspunkte habe Marx vergeblich versucht, auch mit seinem Scharfsinne habe er es nicht vollbracht, Gebrauchswerthe, sachliche Mittel für Genüsse, auf Quantitäten von Bemühungen, auf Lasten der Personen zu „reduziren“. Das sei Substitution von Fremdartigem, Nichtbeachtung des Wesentlichen. Die Gleichsetzung verschiedenartiger Gebrauchswerthe für Bedürfnissbefriedigung lasse sich nicht erklären durch eine „Abstraktion vom Gebrauchswerthe“, wie Marx thue, sondern sei nur zu erklären durch eine Abstraktion von dem Differenten in den Einzelgestaltungen des Gebrauchswerthes und durch eine Reduktion derselben auf ein gemeinsames Gebrauchswerthiges. Marx gebe ausdrücklich zu, dass es Gebrauchswerthe gebe, die keine Tauschwerthe sind, weil ihr Dasein nicht durch Arbeit vermittelt ist, wie wildwachsendes Holz u. s. w., dass ferner die Arbeit nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerthe sei, sondern beständig von „Naturkräften“ unterstützt werde. Je nach dieser Mithilfe der Natur könne z. B. in einem Zentner Getreide viel mehr Arbeit stecken, als in einem anderen u. s. w. Das Dasein oder Fehlen eines Arbeitsquantums sei kein Essentiale für das Dasein von Gebrauchswerth in genere, es könne neben der Gleichung 1 Quarter Weizen = a Zentner im Forst produziertes Holz auch die zweite Gleichung auftreten: 1 Quarter Weizen = a Zentner wildgewachsenen Holzes = b Morgen jungfräulichen Bodens = c Morgen Weidenfläche auf natürlichen Wiesen. Und wie nicht das Dasein eines Arbeitsquantums überhaupt, so könne auch offenbar nicht ein grösseres oder geringeres Quantum

von Arbeit den grösseren oder geringeren Grad des Gebrauchswerthes eines wirthschaftlichen Gutes bestimmen. Die Thatsache selbst, dass die Arbeit für die Preisbildung in Betracht kommt, giebt Knies nun zwar zu, aber er geht über diese wichtige Sache leider gar zu kurz hinweg, indem er, wie schon oben S. 24 erwähnt, „an sich jene Erörterungen, welche zur Hervorstellung der Wirksamkeit einer gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit geführt haben“, für sehr „bedeutsam“ hält, indessen sie „nur für die effektive Wirkungssphäre der Arbeit“ als in Betracht kommend erachtet. Er behält eine spezielle Darlegung der auf die Arbeit zurückzuführenden Bedeutung für die Preisbildung der Waaren einer anderen Stelle vor. Da Knies diese Darlegung thatsächlich aber nirgends erschöpfend geliefert hat, so ist hier von ihm der Wissenschaft noch ein gewaltiges Arbeitsfeld übrig gelassen worden.

Knies wendet sich vielmehr ausschliesslich dem anderen Extrem zu. Er meint, dass „analog“ dem von Marx als Substanz des Werthes aufgestellten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitsquantum — als Substanz des Tauschwerthes zu bezeichnen sei: das in allen gesellschaftlich anerkannten Gütern vorhandene Quantum fungiblen Gebrauchswerthes, wie es gleichartig von den tausendfältig verschiedenen Spezialformen der Güter umschlossen sei. Während die unterschiedlichen Gütergattungen die unterschiedlichen Bedürfnissgattungen befriedigen, befriedigen sie seiner Ansicht nach zugleich insgesamt, die einen mit den anderen, den summarischen Bestand des fraglichen Kreises menschlicher Bedürfnisse, eben deshalb enthielten die verschiedenen Spezies der Güter doch einen Gebrauchswerth in genere. Zwei gleich grosse Arbeitszeiten, welche verschiedenartige Gebrauchswerthe schaffen, seien nur dann gleich gewerthet, wenn sie gleich hoch geschätzte Gebrauchswerthe von verschiedenen Gattungen produziert haben. Dass sie, wie Ricardo sage, überhaupt nur als „nützliche“ Arbeiten gesellschaftlich anerkannt seien, genüge nicht. In dem Tauschverkehre bei arbeitstheiliger Produktion werde der generische und damit vertretbare und fungible Charakter des Gebrauchswerthes anerkannt, indem man die einzelnen Spezialgüter des individuellen Bedarfs nur als Träger dieses gesellschaftlich fungiblen Gebrauchswerthes und deshalb als artgleich und durcheinander vertretbar und bemessbar anerkenne. Von dem oft behaupteten vermeintlichen Gegensatze zwischen Gebrauchswerth und Tausch-

wertb der Güter könne man nur sprechen, wenn man den gesellschaftlich normirten Gebrauchswertb der Güterquantitäten übersehe. Wenn man sage: „1 Zentner Getreide ist 1 Zentner Getreide, sein Gebrauchswertb ist jetzt und später, hier und dort ganz derselbe, nur sein Tauschwertb schwankend und ungleich“. so erwidere er: „Die Gesellschaft hat einen summarischen Gesamtbedarf nach Getreide. Dieser soll durch das vorhandene Gesamtquantum an Getreide seine Befriedigung erhalten. Sollte also beispielsweise dies Gesamtquantum gegenüber gleich gross verbliebenem Gesamtbedarf geringer geworden sein, so wächst der gesellschaftliche Gebrauchswertb des einzelnen Zentners. Ein Zentner Getreide ist $= \frac{g}{1 \text{ Million}}$ oder $\frac{g}{2 \text{ Millionen}}$, je nachdem der Gesamtvorraht 1 Million oder 2 Millionen Zentner ist u. s. w. Wenn man z. B. den Vorwurf erhebt, dass der Gebrauch des Eisens viel nützlicher für die Menschen sei, als der des Goldes, während doch ein Pfund Gold einen Tauschwertb = 25 000 Pfund Eisen habe, so übersieht man dabei vollständig die entscheidende Thatsache, dass dem Gesamtbedarf eines Volkes nach Eisen, dessen Befriedigung es zehn mal höher anschlagen mag, als die seines Bedarfes nach Gold, vielleicht $2\frac{1}{2}$ Millionen Zentner Eisen, aber nur 10 Zentner Gold gegenüber stehen.“ Er beruft sich in dieser Beziehung gegenüber derartigen Angriffen Proudhon's, welcher auf den Kontrast zwischen Tauschwertb und Gebrauchswertb hinweist, auf Hildebrand's „verdienstvolle“ Ausführungen in: Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, S. 316, welcher Schriftsteller ausführt: „Die Summe des Nutzwertbes, welchen jede Gütergattung besitzt . . . vertheilt sich auf die einzelnen Stücke der Gattung, je nach der Quantität derselben.“

Hiergegen hat schon Menger, Grundsätze der Volkswirthschaftslehre, S. 109, mit Recht eingewendet: „Der Werth, welchen die Gesamtheit der verfügbaren Güter einer Gattung für die menschliche Gesellschaft hat, ist nicht realer Natur, d. i. nirgends in Wahrheit zu beobachten, indem der Werth stets nur im Individuum und zwar rücksichtlich konkreter Güterquantitäten zur Erscheinung gelangt, . . . und auch keine unveränderliche Grösse.“

Die ganze Unzulänglichkeit der Knies'schen Theorie zeigt sich denn auch in seinen Ausführungen, in welchen er es nun unternimmt, den fungiblen Charakter des Gebrauchswertbes der ver-

schiedenartigen Güter für die soziale Schätzung innerhalb des menschlichen Gesamtbedarfes „anschaulicher“ zu machen. Es soll nämlich diese Fungibilität „derber“ ad oculos treten einmal „nach dem Maasse des allgemeinen verbreiteten Verbranchs derjenigen marktgängigen Güterarten, die neben- und miteinander von Jedermann begehrt werden, also für einander eingesetzt werden können, sodann nach dem Maasse der näheren Verwandtschaft inmitten des Gesamtkreises der Güter, zunächst der sog. „Surrogate“, dann solcher Güter, welche er „stellvertretende“ nennen möchte, z. B. bei Kleidern aus verschiedenen Stoffen, Leinen, Wolle, Baumwolle, Heizmaterialien verschiedener Art, also Holz oder Kohlen u. s. w., Nahrung aus Pflanzen oder aus der Thierwelt — also bei Gütern, welche für die genannten Bedürfnisse gleiche Nutzefekte ergeben, sodann bei dem Kreis der Güter für die verschiedenartigen Vergnügungen, unter denen wir eine Wahl treffen können, und nun kommt der grosse Irrthum: „bis wir eben zu jenem grössten Kreise gelangen, innerhalb dessen wie die Ruhebetten mit den Häusern, so auch das Silber und das Gold und die gesammten übrigen Gegenstände mit dem gemeinsamen Merkmale der Befriedigungsmittel für menschliche Gebrauchsbedürfnisse sich vorfinden.“ In dem „bis“ liegt m. E. der Trugschluss. Denn im Beginn der „Veranschaulichung“ spricht Knies von Gütern, die für einander und statt einander für dieselben Bedürfnisse gebraucht werden können (als Surrogate u. s. w.). Diese Vertretbarkeit verschiedenartiger Güter für dieselben Bedürfnisse ist zwar eine wichtige von den Nationalökonomen bisher nicht genügend gewürdigte „rein ökonomische“ Thatsache, wichtig für viele Materien, so in der Lehre der Grundrente. Aber es handelt sich bei den Surrogaten u. s. w. um gleichartige Güter, das Beweisthema lautet indessen gerade dahin, dass und weshalb Güter, die noch so verschiedenartigen Bedürfnissen dienen, dennoch gleichen Tauschwerth haben.

Es ist höchst interessant zu sehen, wie auch Knies in seiner Theorie vom „gesellschaftlichen Gebrauchswerthe“ nur dem unwiderstehlichen Zuge der Zeit folgt, nämlich dem Zuge, die national-ökonomischen Dinge aus der sozialen Kategorie zu ergründen. Er so gut wie Marx, Rodbertus, Schäffle und viele Andere bringen diesem Zuge ihren Tribut, ein jeder jedoch in seiner eigenen Weise. Marx erkennt an: „Das Werthsein der körperlich verschiedenen gebrauchswerthigen Waaren, diese Einheit, entspringt nicht aus der

Natur, sondern aus der Gesellschaft“ und die „Werthsubstanz“ ist ihm die „gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit“, d. i. „die Arbeitszeit erheischt, nm irgend einen Gebrauchswerth mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrade von Geschicklichkeit und Intensivität der Arbeit herzustellen.“ Rodbertus nennt den Tauschwerth gesellschaftlichen Gebrauchswerth, obgleich dies bei ihm mehr Redensart bleibt, denn, wie wir sahen, er gründet ja den Werth schliesslich wie Marx auf die Kostenarbeit. Schäffle, sahen wir vorhin, versucht in dem Begriffe der „Sozialkraft“ die gesellschaftliche Kategorie nach beiden Seiten hin, nach der Kosten- und nach der Gebrauchswerthseite, zu verwerthen. Wenn nun auch Knies die soziale Kategorie zur Aufstellung seines Werthbegriffes benutzt und zwar nach der umgekehrten Seite hin wie Marx, im Sinne seines sozialen Gebrauchswerthes, so verdient er doch seinerseits denselben Vorwurf, wie er ihn selbst gegen Marx erhoben hat (vergl. oben S. 59). Wie er nämlich Marx vorhält, dass dessen Reduktion der qualifizierten Arbeit auf einfache Arbeit eine arge *petitio principii* enthalte, und dass die „gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit“ auf einer „Fiktion“ beruhe, so ist Knies vorzuhalten, dass er sich doch einer ganz ähnlichen *petitio*, nur von der anderen Seite her, schuldig macht, indem er den Werth der Gebrauchsgüter, weil und insoweit ihn der gesellschaftliche Verkehr gleichsetzt, auf eine gesellschaftlich fungible Gebrauchswerthseinheit zurückführt. Er setzt die Einheit, aber er erklärt sie nicht. — Nach der von mir vertretenen Theorie ist es überhaupt prinzipiell unzulässig, den Gebrauchswerth auf die soziale Kategorie zu gründen, der Gebrauchswerth hat es ausschliesslich mit der technisch naturalen rein ökonomischen Kategorie zu thun.

Nicht die Gesellschaft, sondern die bedürftige Natur der Individuen bestimmt den Inhalt und Umfang des Gebrauchswerths. Der oben zitierte Satz von Knies: „Während die unterschiedlichen Gütergattungen die unterschiedlichen Bedürfnissgattungen befriedigen, befriedigen sie zugleich insgesamt, die einen mit den anderen den summarischen Bestand des fraglichen Kreises menschlicher Bedürfnisse“ wäre logisch so fortzusetzen gewesen: Also bildet die Gesammtheit der vom Individuum für seinen einheitlichen Bedarf nothwendigen und gebrachten konkreten Güterarten und Gütermengen die gemeinsame Wertheinheit der Gebrauchsgüter — und

nicht der gesellschaftliche Bedarf, der nur das lose Aggregat ist, wie es sich aus den einzelnen „Nahrungseinheiten“ der Individuen zusammensetzt, und welcher, anderes vorgestellt, ein unfassbares und schemenhaftes Luftgebilde bleibt, aus dem nichts Festes gefolgert werden kann.

§ 18.

Knies (Fortsetzung). Der Doppelbegriff des Kapitals. Der Zins als Entgelt der Nutzungsübertragungen.

Andererseits würde man Knies sehr Unrecht thun, wollte man übersehen, dass sich bei ihm auch bedeutsame richtige Ansätze für die Erkenntniss der sozialen Kategorie vorfinden. Finden sich doch in seinem Werke unendlich viele treffende Bemerkungen über den gesellschaftlichen Zusammenhang der ökonomischen Dinge. Rühren doch von ihm so zeitgemässe und sympathische Ansführungen her, wie die folgende: „Der eigentliche Zweck der wirthschaftlichen Produktion eines Volkes ist nicht in dieser selbst, sondern in der Befriedigung des wirthschaftlichen Konsumtionsbedarfes der Menschen in dieser ihrer gesellschaftlichen Einigung und staatlichen Rechtsgemeinschaft belegen.“ „Es giebt eine von langerher fundamentirte Auffassung der Nationalökonomik, wie wenn Kern und Stern aller ihrer Untersuchungen nur in der Frage belegen sei, in welcher Weise es gelingt, dass innerhalb einer Volkswirtschaft die möglichst grosse Menge von Sachgütern produziert werde? Das „Land“ erscheint fast nur wie eine gewaltige Waarenhalle, für die das Volk seine Kräfte so anstrengt, dass Leib und Seele der Menschen sich bemüht, möglichst viele neue Güter herzustellen, mit ihnen noch mehr neue Güter zu produziren oder von anderen Völkern einzutauschen.“ „„Den Wissenschaften ergeht es wie den Menschen: die „Jugendeindrücke“ haben ein vehement zähes Leben! Das Gespenst jener „unproduktiven Konsumtion“ verbreitet noch heute seine Schrecken und das Ammenmärchen von der „wirthschaftlichen Sterilität“ vieler Millionen von Menschen wirkt noch heute wie es im vorigen Jahrhundert gewirkt hat.“

Wenn derartige Stellen auch nur mehr negativ der einseitigen Berücksichtigung der rein ökonomischen Kategorie (des Produzirens) entgegentreten, ohne die entgegengesetzte soziale Kategorie ihrem Kern nach zu erfassen, so bietet weiterhin die Knies'sche Lehre vom Gelde, vom Kapital und von der Grundrente doch auch ge-

radezu positive Grundlegungen, die in der Wissenschaft, so viel ich sehe, bisher lange nicht hinreichend gewürdigt worden sind.

Was also zunächst die Lehre vom Gelde betrifft, so weist Knies darauf hin, dass das Geld weder zu den Genußmitteln, noch zu den Produktionsmitteln zu stellen sei, dass also, anstatt dieser üblichen Zweitheilung der Güter zum Zwecke der Eingliederung auch des Geldes die Dreitheilung der Güter in Produktions-, Genuß- und Tauschmittel geboten sei. Es sei unzulänglich, wenn das Geld gewöhnlich in einer Linie neben den übrigen Kapitalarten d. h. den „produzierten Produktionsmitteln“ als eine gleichwerthige Art derselben aufgeführt werde, so bei Roscher unter No. 7: „Geld als vornehmstes Werkzeug jedes Verkehrs.“ Offenbar sei doch die Kennzeichnung einer Güterklasse als „Werkzeug für den Verkehr“ von anderer Art als bei den anderen „Produkten, die für fernere Produktion aufbewahrt werden“ (eine weitere Definition des Kapitals bei Roscher). Ein Kauf-Verkauf sei für sich doch eben kein Akt der Güterproduktion, sondern ein solcher der Güterübertragung. Geld sei nur ein Mittel, um Güter zu bekommen, die bereits von Anderen produziert sind. Die „politische Oekonomie“ als die Wissenschaft vom vergesellschafteten und rechtlich geordneten Wirthschaftsleben der Menschen habe nicht zwei, sondern drei grosse Kreise von Forschungsobjekten zu unterscheiden: die Produktion, die Vertheilung und die Konsumtion. Das Geld gehöre zu den Gütervertheilungsmitteln. Diese eigentliche Nutzwirkung des Geldes zeige sich auch darin, dass, obgleich es gemeinlich zu den verbrauchlichen Gütern gerechnet werde, doch „Verbrauch“ bezüglich der Geldstücke etwas ganz Anderes bedeute, als bezüglich der Nahrungsmittel etc., nämlich nur, dass das Geldstück von seinem dermaligen Eigenthümer in das Eigenthum eines Anderen übertragen werde, wo es dann ebensowohl wie vorher d. h. unverbraucht fortbestehe. Wie anders lautet das schon gegen Hermann's unglaublich oberflächliche Argumentation: Es sei zwar die Betrachtung richtig, dass es nicht die „ökonomischen“ Elemente des Geldes selbst, etwa wie die von Stoffen und Halbfabrikaten, seien, die aus der konkreten Form des Produkts in die allgemeine der freien Vertauschbarkeit übergehen, allein dies passe nicht auf das Geld allein; auch aus den Stoffen, die materiell in das Werk verwendet werden, meint er, lassen sich einzelne, nachdem sie ihre Wirkung

gethan, unverändert aus dem Produkte ausscheiden: Quecksilber aus dem Amalgam, Kohle aus dem Zucker u. s. w.!!

Noch näher aber kommt Knies der Unterscheidung der beiden Kategorien in seiner bleibend werthvollen Lehre vom Kapitale. Die auffälligen Abweichungen und Unklarheiten in der bisherigen Behandlung dieser Lehre beruhen nämlich seiner Ansicht nach auf der unsystematischen Zusammenwerfung zweier ganz disparater Kapitalbegriffe. Auf der einen Seite werde mit dem Begriffe Kapital die Vorstellung eines angesammelten überschüssigen Vorrathsbesitzes — so bei M. Culloch etc. — auf anderer Seite unter Berücksichtigung der Art der technischen Verwendung die Vorstellung eines zur weiteren Produktion verwendbaren Produktionsmittels verbunden, so bei Mill. Andere Schriftsteller, wie A. Smith und Roscher, verbanden beide Vorstellungen mit einander, indem sie das Kapital als einen zu weiterer Produktion aufgesparten Güterbesitz definiren. Der charakteristische Ausgangspunkt für die Beziehung des einzelnen besitzenden Menschen zu seinem Vorrathe an Gütern liege in der Habe, dem Besitze dieser Güter, die Frage in Betreff der sachlichen Produktionsmittel dagegen gehöre der wirthschaftlichen Technik an.

Das Viele und Wichtige, was über Kapital als Produktionsmittel zu erörtern sei, stehe in Parallele zur Erörterung über die Arbeit als den zweiten, und über die Grundstücke oder die „Natur“ als den dritten Produktionsfaktor. Auf das Kapital in letzterer Bedeutung bezögen sich alle die Fragen und Probleme rein wirthschaftlicher und technischer Art, so hinsichtlich des stehenden und des umlaufenden Kapitals, des Anlage- und Betriebskapitals, des Kleinbetriebs, der Arbeitstheilung zwischen den Menschen und den Maschinen u. s. w. — nicht dagegen Fragen des Besitzthums und Fragen personaler und sozialer Lebenszustände. Gehe man dagegen von der Eigenschaft des Kapitals als eines Besitzes disponiblen Gütervorrathes aus, so sei die Art der Verwendung für den Begriff an sich gleichgültig. Der Besitzer eines Gütervorrathes bleibe „steuerfähiger Kapitalist“, auch während er sein „Kapital“ nicht als Produktionsmittel verwende. Bei ausschliesslicher Betrachtung dieser Art Kapital sei die Hermann'sche Subsumtion auch der Grundstücke unter den Kapitalbegriff zutreffend. Denn während bei der Berücksichtigung der Grundstücke als „Produktionsmittel“ die Merkmale für die Sonderbedeutung der Grundstücke

im Gegensatze zu den „produzierten Produktionsmitteln“ wie Gebirgsmassen ins Auge fallen mussten — man vergleiche hierüber seine herrliche Schilderung in „Geld“ S. 54/55 — so trete, sobald einmal arbeitstheilige Produktion für den Verkehr mit geldwirthschaftlichem Güterumsatz und allgemeiner Zugänglichkeit zum Grundbesitz Platz gegriffen, dann der Unterschied, welcher sich an die verschiedene Art der im Besitz Jemand's befindlichen Güter anschliesse, zurück vor dem Gegensatze des Habens und Nicht-habens. Als Besitzer vorhandener disponibler Güter ständen auf dem Boden unserer Zeit die Grundbesitzer den Hausbesitzern. Geldbesitzern u. s. w. näher zur Seite, als die Breite des Raumes betrage, welche sie alle von den Nichtbesitzern eines Gütervorrathes trenne. Es überwiege hier das Gemeinsame, und es würde nicht zu billigen sein, wenn der Häuser- oder Geldbesitzer als „Kapitalist“, der Grundbesitzer als Nichtkapitalist rangiren sollte.

Nur das Kapital als Besitz disponibler vorräthiger Güter sei der Gegenstand des vorsorglichen Sammelns für die Zukunft, und es sei sehr bemerkenswerth, dass die bekannten Ausführungen über die Entstehung des Kapitals „durch Ersparniss, indem neue Produkte dem augenblicklichen Genussverbrauche des Besitzers entzogen werden“, sich doch zunächst nur auf Kapital in dem Sinne von Güter-Vorräthen beziehen können. Darum hätten denn auch an ihnen vorauf solche Schriftsteller Anstoss nehmen können, denen Kapital und Produktionsmittel gleichbedeutend sei; denn Produktionsmittel entstünden allerdings nicht durch „Enthaltung“ vom Genussverbrauche, und die „Aufbewahrung“ widerspreche dem Charakter des Kapitals als eines Produktionsmittels. Wenn dagegen das entscheidende Merkmal an jener Beziehung zwischen einer vorhandenen Gütermenge und dem Gebrauche derselben für den Bedarf in zukünftiger Zeit genommen werde, so sei die volle Ebenbürtigkeit der Genussmittel zur Seite der Produktionsmittel innerhalb des Besitzvorrathes nicht in Frage gestellt. Dem Kapitale in diesem Sinne, also in der Bedeutung des für eine Wirthschaft vorhandenen Bestandes von (Konsumtions-, Erwerbs-, Produktions-)Gütern, welche zur Befriedigung des zukünftigen, bzw. auch noch zukünftigen Bedarfes verwendbar sind, würde dann die andere Gesamtheit derjenigen Güter gegenüberstehen, welche dem Bedarfe der Gegenwart dienen und durch die Befriedigung dieses Bedarfes verzehrt werden, in ihr „aufgehen“.

Das Kapital in dem Sinne des Besitzes eines disponiblen Gütervorraths sei denn auch endlich die Grundlage des Kredits. Die Lehre vom Kredits sei durch die Zusammenwerfung der beiden Kapitalbegriffe ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen. Es gäbe wohl kaum einen bedeutenderen Schriftsteller über den Kredit, der die enge Beziehung zwischen Kapital und Kredit misskannt hätte. Es sei eine zweifellose Irrung, wenn die Schriftsteller, welche das Wesen des Kapitals mit den Produktionsmitteln in Verbindung brächten, die Lehre vom Kredit auf dieser Basis gegründet hätten. Nicht einmal die Entstehung eines Kreditgeschäftes könne ohne Bezugnahme auf einen für den Besitzer disponiblen Gütervorrath erklärt werden.

Die Kritik der Knies'schen Kapitallehre muss vom Standpunkte der Unterscheidung zwischen rein ökonomischer und sozialer Kategorie folgendermaassen lauten: Es ist ganz richtig, wenn Knies zwei verschiedene Kapitalbegriffe auseinanderhält. Auch ist der eine derselben: Kapital als technisches Produktionsmittel, völlig identisch mit Kapital in rein ökonomischem Sinne. Der Gegensatz aber: Kapital als „Besitz eines disponiblen Gütervorrathes“ ist nicht identisch mit dem von mir aufgestellten Begriffe des Kapitals als eines Mittels der Gütervertheilung und in dem Sinne eines sozialen Machtmittels. Der Begriff des Kapitals als „Besitz eines disponiblen Gütervorrathes“ geht durchaus nicht in den Begriff des Kapitals als eines sozialen Machtmittels auf, er bleibt vielmehr tief in der rein ökonomischen Kategorie stecken. Hätte Knies festgehalten an der Beziehung, die er auf das Geld anwendete, indem er, wie oben ausgeführt, Geld ein „Mittel“ nannte, „um Güter zu bekommen, die bereits von Anderen produziert sind“, so hätte er bei Fraktifizierung dieser nämlichen Beziehung für das Kapital überhaupt zu dem entscheidenden Kriterium gelangen müssen, dass der einen Sorte Kapitals die Kraft des Produzirens, der anderen, die Kraft des An-eignens aus dem Produzierten innewohnt. Sein „Vorrathsbesitz“ dagegen bleibt Nichts als eine mehr äusserliche quantitative Erweiterung des üblichen Kapitalbegriffs als Produktionsmittels, vorgenommen im Wesentlichen zu dem öfters ausgesprochenen bestimmten Zwecke, um unter diesen erweiterten Kapitalbegriff auch Alles das noch unterzubringen, was man im Leben sonst noch mit Recht Kapital nennt, und insbesondere, um die breite Basis für alle

die ökonomischen Objekte aufzustellen, welche die Lehre vom Kredit als innerlässliche Unterlage erfordert. Wenn er mit diesem Kapital „im weiteren Sinne“ nun auch den an sich allerdings sozialen Begriff des „Besitzens“ verbindet, so bleibt diese Verbindung nur eine äusserliche Verquickung. Knies hat es unterlassen, die innerlich begrifflich dogmatische qualitative Tragweite dieser Beziehung zu erfassen und aus ihr die systematischen Konsequenzen zu ziehen. Er betrachtet den Besitz zu sehr in seiner Ruhe und nicht in seiner potenziellen und effektiven Energie. Der Besitz, als soziale Kategorie gedacht, findet seine begriffliche Erschöpfung nicht in der Macht über die Kapitalgegenstände, sondern in der eigenthümlichen Macht, durch den Besitz dieser Kapitalgegenstände ein Etwas ausser und neben dem letzteren zu erlangen, kurz: Den Kapitalgewinn. Eine solche Funktion ist im „Vorrathsbesitz“ noch nicht ohne Weiteres begrifflich umschlossen. Und doch hat eine jede Kapitaldefinition nach Begriff und Wortlaut nur dann eine Existenzberechtigung, wenn ihm als res „capitalis“ (Hauptsache) ein anderes Ding ausser ihm entgegengesetzt wird, welches zu ihm in einem ursächlichen Zusammenhange steht, aus ihm hervorgeht und aus ihm begrifflich und organisch seine Erklärung findet: Es steht und fällt das rein ökonomische Kapital mit der Voraussetzung, dass aus ihm ein natürlicher Mehrbetrag, es steht und fällt das soziale Kapital mit der Voraussetzung, dass aus ihm ein sozialer Mehrbetrag, ein durch die Vertheilung erlangbares Mehr, m. a. W. ein Kapitalgewinn, ein Rentenergebniss, erzielt wird.

Schon die historisch-genetische Entwicklung des „Vorrathsbesitzes“, wie sie Knies schildert, zeigt, dass diesem Begriffe der innerliche Bezug auf die soziale Kategorie ermangelt. Denn Knies schildert, wie sich schon in „primären Zuständen“ der Vorgang des Sammelns eines Vorrathes als eine Ansammlung von Gütern vollziehe, deren Verbrauch den Genussbedarf unmittelbar befriedigt. „Hernach“ würden dann wirthschaftliche Güter von jeder Art für die eigene Hanshaltung zur Bildung eines beträchtlichen Vorrathes dadurch verwendbar gemacht, dass sie in die Form des Geldes übergeführt werden. Er giebt damit zu, dass dieser „Vorrathsbesitz“ begrifflich nicht erst durch die „Gesellschaft“ entsteht und aus ihr sein Wesen schöpft, wenn er auch stellenweise darauf hinweist, dass erst jetzt dieser Besitz von besonderem Umfange und von besonderer Bedeutung wird. — Noch deutlicher ergiebt

sich die einseitig rein ökonomische Betrachtungsweise aus der Art, wie Kries zu den von ihm zitierten interessanten Ausführungen des Amtsrichters Kühnast Stellung nimmt, welche derselbe in den „Beiträgen zur Erläuterung des deutschen Rechts“ Jahrgang XXVIII 1884 S. 356—405 über den Kapitalbegriff beibringt, und welche ich schon wegen ihrer eigenen Bedeutung für die vorliegende Materie wiedergeben muss. Kühnast führt aus: „Das zweite Moment der Reflektion des Kapitalbegriffs (als erstes bezeichnet er die Produktivität) ist die Rentabilität, welche als die Ergiebigkeit an Aneignungsobjekten, an Kapitalgewinn, Zins und Grundrente zu verstehen ist. Die Produktivität bezieht sich auf den ökonomischen Erfolg, die Rentabilität auf den Lohn der Rechtsordnung für die Beteiligung an der sozialen Produktion. Unter normalen Verhältnissen fällt aber in der Privatwirtschaft . . . die Produktivität und die Rentabilität aus dem einfachen Grunde zusammen, weil die Produktivität sich nicht um ihrer selbst willen bethätigt, sondern aus Rücksicht auf die Rentabilität, indem es die allgemeine Signatur der bestehenden Rechtsordnung ist, den sozialen Produktionsberuf durch das private Rentabilitätsinteresse zu stimuliren. Beide Kategorien haben danach ihre Wurzel im positiven Recht und es ist damit die Existenz eines juristischen Elements des Kapitals postulirt . . . Kapital ist nicht bloß ein Produkt der Arbeit, sondern auch ein Produkt der Natur und nicht nur Arbeits- und Naturprodukt, sondern auch ein Produkt der Rechtsordnung, unter deren Schutz und nach deren Rentabilitätsprinzip die Produktion sich bethätigt . . . (es) ist jedes Kapital ein gewollter Werthbetrag. Dies gilt insbesondere von der elementaren Form des Kapitals, der aus dem Darlehn entstehenden Geldforderung, . . . sie entsteht für den Darlehnsgeber als eine Metamorphose seines Kapitals; die Substanz des Kapitals blieb; sie existirt aber nicht mehr als Geld, sondern als Forderung. . . . Weil der Wille für sich keine produktive Potenz ist, vielmehr zur ökonomischen Macht, die das Kapital repräsentirt, Realität gehört, so ist das sachliche Substrat ein naturales Moment des Begriffs. Fragt man aber nach der Natur der Sachobjekte, welche Kapitalien darstellen können, so ist zunächst die Identifizirung des Kapitals mit dem Gelde zurückzuweisen. Neben bezüglichen Geldsummen können Geldforderungen sachliche Substrate der Kapitalien sein, aber ebenso alle Sachobjekte, welche Werthe repräsentiren und also zur Bildung von Neuwerthen, d. h. zur Produktion verwandt werden können (z. B. Grund und

Boden). . . . Die wirthschaftliche Potenz, die in der Sache liegt und mit ihr verbunden nicht aber die Sache selbst ist — das ist der Werth der Sache. Wird der Werth als Quelle von Neuwerthen gesetzt, so heisst er diesen gegenüber das capitale Das Kapital ist der Werth der in den Sachgütern enthaltenen produktiven Kraft . . . oder ein Komplex produktiver Sachwerthe.“

Es ist nicht zu verwundern, dass Knies diesen Ausführungen fremd gegenüber steht, dass er „Vielem und Wichtigem“ widersprechen muss, was über die Sachgüter als die „sachlichen Substrate“ für den Kapitalbegriff, m. a. W. über die Unterscheidung zwischen „den Sachgütern, welche das Substrat des Kapitals bilden“, und dem Kapital, welches als der Werth der in den Sachgütern enthaltenen produktiven Kraft anzuerkennen sei, ausgeführt ist. „Unsere Erörterungen“, sagt er, „müssen sich an jene „Substrate des Kapitals“ an die produktiven Sachgüter und die Komplexe produktiver Sachgüter halten.“

Diese von Knies auf seine Fahne geschriebene Methode erscheint auf den ersten Blick sehr „real“. Sie ist der stetige Faden, der Knies bei allen Untersuchungen leitet. Ob sie nicht dennoch einseitig und im Effekt nur den einen Theil der realistischen Vorgänge des Verkehrs erfasst, mag man an den Ergebnissen sehen, wohin die Methode führt, wie Knies sie nun auf die Erklärung des Wesens der Kapitalnutzung und des Kapitalzinses verwendet.

Er knüpft an den Begriff der „Uebertragung der Nutzungen“ an, welche mit der arbeitstheiligen Produktion und der genuss-theiligen Konsumtion wirthschaftlicher Güter innerhalb menschlicher Vergesellschaftung in der Weise in die äussere Erscheinung trete, dass die „Nutzwirkung“ oder die „Nutzleistungen“ irgend eines verbrauchlichen oder nicht verbrauchlichen wirthschaftlichen Gutes aus der Gebrauchssphäre des Einen in die eines Anderen übergehen. Jene Nutzwirkung manifestire sich, sei es in der Wirksamkeit oder Mitwirkung eines realen Faktors der Produktion, sei es in Erträgen, in Früchten u. s. w., also in den Ergebnissen dieser Wirksamkeit, und es sei diese Nutzung, der Nutzgebrauch wie die Nutzleistung, zu unterscheiden von dem bezüglichlichen Gute selbst als dem Objekt des Nutzgebrauchs und dem Träger der Nutzleistung. Auch das Darlehn sei in die Reihe der Uebertragungen einer Nutzung, nämlich der Nutzung eines ver-

tretbaren Gutes, ebenso gut zu stellen wie Pacht und Miethe. Der Zins sei der Nutzungspreis des Darlehns, also ein Entgelt für ein wirthschaftswerthiges und gewerthetes Objekt und sein Auftreten sowie seine wirthschaftliche Berechtigung sei durch dieselben Verhältnisse gerechtfertigt, welche die Sachgüterpreise und die Genehmigung eines Entgelts für die zeitweilige Ueberlassung des Gebrauchs der Sachgüter begründen. Wenn ein Miether sein Wohnbedürfniss durch zeitweiligen Gebrauch eines fremden Eigenthumsgegenstandes, der ihm zur Nutzenanwendung durch einen andauernden aber bemessenen Zeitraum hindurch übergeben sei, befriedigt hat, so habe der Darlehnschuldner sein „Geldgebrauchsbedürfniss“ während eines gleichen Zeitraums für Kauf, Zahlung u. s. w. durch den Gebrauch eines fremden Vermögensbetrages befriedigt. Die Sozialisten (Rodbertus etc.) seien im Irrthum, wenn sie den Zins als ein Einkommen erklären, das nichts gemein habe mit der Entnahme eines Entgelts für eine wirthschaftliche Gabe, sondern nur zu erklären sei als Erträgniss einer in der bestehenden Rechtsordnung geschützten räuberischen Ausbeutung des Eigenthumsrechtes der Grund- und Kapitalbesitzer. Die ökonomisch-technische oder „rein ökonomische“ Frage: ob der Gebrauch des Kapitals mehr oder nicht mehr werth ist, als das Kostenarbeitsquantum, welches von dem verbrauchten Kapitale umschlossen war, hänge an sich mit der Einrichtung des privaten Kapitaleigenthums gar nicht zusammen. Man müsse unterscheiden zwischen dem naturalen Kapitalertrag und dem Preise, der für die Ueberlassung desselben gezahlt werde. Der naturale Kapitalertrag sei in den formirten Sachgütern in natura vorfindlich, er sei ein Theil des gesammten naturalen Produktionsertrages. Zwar sei dieser letztere das einheitliche Ergebniss aus der verbundenen Nutzleistung des Kapitals und der anderen Produktionsfaktoren, nämlich der Arbeit und der Natur, und lasse deshalb keinen mechanisch trennbaren Theil erkennen, der auf den einen oder den anderen Produktionsfaktor, also auch auf das Produktionskapital, zurückgeführt werden könne; aber vorhanden sei er doch, nämlich umschlossen von jenem einheitlichen Produktionsertrage. Welches vernünftige Geschöpf, sagt er an anderer Stelle, sollte sich sonst auf die mühsame Herstellung von Maschinen u. s. w. einlassen, wenn mit denselben nicht ein Ueberschuss von Nutzwirkungen erzielt würde? Da hiernach der naturale Kapitalertrag nicht aus dem Eigenthum fliesse, so könne diese wirthschaftliche Grund-

lage für das Recht des Kapitalzinses durch Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und des privaten Eigenthums an den Produktionsmitteln nicht beseitigt werden.

Knies glaubt hiermit die Frage nach der Erklärung und der Berechtigung des Kapitalzinses im Allgemeinen und des Darlehnszinses im Besonderen hinreichend beantwortet zu haben. Die Höhe des Zinses erklärt er nun in einer weiteren Abhandlung einfach damit, dass er das Maass der „Produktivität“ der Kapitale, ihren „Gebrauchswerth“ als Hilfsmittel zur Erzielung geschäftlichen Einkommens, als die Grundlage für die Bemessung der Zinshöhe hinstellt, und zwar, meint er, könne der Schuldner möglicherweise bis dahin gehen, dass er den gesamten Ueberschuss des Geschäftsertrages an den Gläubiger abgebe. Diesem möglichen „Zinsenmaximum“ stelle sich ein nothwendiges „Zinsenminimum“ gegenüber: irgend einen Betrag werde man dem Kapitalbesitzer geben müssen, wenn nicht für diesen jedes wirthschaftliche Motiv zur Abgabe der Kapitalnutzung an Andere fehlen solle. Innerhalb dieses Maximums und Minimums werde sich dann der jeweilige thatsächliche Zins durch Angebot und Nachfrage, durch Konkurrenz unter den Anleihern und Ausleihern feststellen (!).

Höchst lehrreich ist die Kritik, die v. Böhm-Bawerk an diese Theorie des Kapitalzinses anknüpft, und die Polemik, die sich in Folge dessen zwischen den beiden Schriftstellern entsponnen hat. Wir sahen oben S. 113, dass v. Böhm-B. gegenüber der Hermannschen Nutzungstheorie den Vorwurf erhoben hat, dass die „Nutzungstheoretiker“, d. h. diejenigen Schriftsteller, die den Kapitalgewinn aus den angeblich neben den Nutzungsträgern vorhandenen selbstständigen Nutzungen derselben herleiten, sich erst auf die wirklich existirenden naturalen Nutzungen — Nutzleistungen — beziehen und dann, unter Operation mit dem Doppelspiele des Wortes Nutzung, die imaginäre Nutzung eigener Faktur auch für die Nutzungspreise solcher Kapitalgüter unterschieben, die nach dem Nutzgebrauche gar nicht fortbestehen, sondern mit ihrem ganzen Nutzeffekt in das produzierte Gut über- und aufgehen. Wie kann, fragt er, das im Augenblicke durch seinen gänzlich erschöpfenden Verbrauch faktisch zu nutzen aufhörende Gut eine perpetuirliche Nutzung abzugeben erst recht anfangen?*)

*) Vergl. jetzt auch S. 302 folg. des II. Theils von „Kapital und Kapitalzins“.

Knies verwahrt sich nun energisch gegen die Unterstellung, dass auch er „je offener, desto unvermerkbarer die Vorstellung einer dauernden Nutzung an verbrauchlichen Gütern in den Gedankengang eingeschmuggelt habe.“ Ferner sei ja es richtig, dass faktisch bei dauernden Gütern eine andere Art Nutzungsvorgang eintrete, wie bei verbrauchlichen Gütern, und dass Hermann zu Unrecht den Anstoss zur Bestreitung jener „Analogie“ durch den Hinweis auf die Fortdauer des Werthes der von dem Nutzniesser verbrauchten Güter in den aus ihnen und mittels ihrer formirten neuen Güter zu entkräften versucht habe. Aber das Vorhandensein einer aktuellen im wirthschaftlichen Leben wirksamen Analogie sei dennoch gar nicht zu bezweifeln, weil auch bei der Nutzüberlassung verbräuchlicher Güter z. B. von Getreide oder Geld, ebensogut wie bei der Ueberlassung eines unverbräuchlichen Gutes zur Miethe, Pacht u. s. w. eine Uebertragung auf eine andere Person mit der hier völligen Einräumung des Nutzverbrauches in der Art stattfindet, dass von dem Empfänger nach einem bestimmten Zeitraume zwar nicht dieselben Individuen („Spezies“) von Getreidekörnern und Geldstücken, so doch aber eine gleich grosse und gleichwerthige Menge davon, d. h. für eine wirthschaftliche Betrachtung: die gleichen Güter zurückgegeben werden. — Ich gebe Knies insoweit Recht, dass er hier sicherlich nichts „eingeschmuggelt“ hat; dies hatte er von seinem Standpunkte aus gar nicht nöthig; denn die „Nutzungen“, wie er sie sich vorstellt, sind bei verbrauchlichen und unverbrauchlichen Gütern ganz wesensgleich, beide Arten von Gütern gewähren einen wirthschaftlichen Ertrag, gleichgültig, ob bei ausdauernden Gütern dieser Ertrag „tropfenweise“ (Marx) bis zum Absterben der Güter, oder bei verbrauchlichen Gütern mit einem Male gewonnen wird. Eigentlich und im Grunde sind beide Arten von Kapital verbrauchbar, nur mit dem Unterschiede, dass die ausdauernden Güter einen öfteren „Umschlag“ durchmachen. Ebensogut wie Hermann und die anderen Nutzungstheoretiker von der Betrachtung der ausdauernden zu der Betrachtung der verbrauchlichen Güter übergehen, konnten sie es umgekehrt machen. Knies bedurfte zur Erklärung des von ihm aufgestellten Begriffs der „wirthschaftlichen Nutzleistung der verbrauchlichen Güter“ gar nicht der Analogie zu den ausdauernden Gütern.

Der wunde Punkt seiner Theorie, zu dem ich jetzt komme, ruht ganz wo anders, nämlich in der Unzulänglichkeit und Trivia-

lität eben jenes Begriffes der „wirthschaftlichen Nutzleistung“, des „wirthschaftlichen Nutzungsertrages“, in welchem die beiden heterogenen Kategorien zusammengezogen und konfundirt werden. Er hält die Grundlage des Kapitalgewinnes und des Kapitalzinses durch den Nachweis des rein ökonomischen „naturalen Kapitalertrages“, wie er sich denselben vorstellt, für vollständig gegeben. In Wahrheit aber ist durch das Vorhandensein eines rein ökonomischen Kapitalertrages nur die Möglichkeit, nicht aber die Nothwendigkeit und die Höhe des Kapitalgewinnes, d. h. der Vertheilungsquote, die dem Kapitalisten als solchem zufällt, gegeben. Er selbst führt ja „Kredit“ II. Theil so treffend aus, dass die Thatsache der naturalen Nutzwirkung eines Produktionsmittels noch nicht immer und ohne Weiteres die Thatsache eines Sondergewinnes, einer Extrarente für den Eigenthümer dieses Produktionsmittels erhärte, dass es z. B. bebaute Grundstücke gebe, die einen naturalen Ertrag und doch keine Rente geben. Er behilft sich damit, ebenda S. 70, 71 und 732 zu sagen, dass das Auftreten eines Nutzungspreises erst nach Eintritt eines Mangels an Grundstücken für weitere Bodenbebauung, sowie nach Eintritt der Produktion für den Verkehr statfinde, und dass die Höhe der Nutzungspreise „in dem Verursachungssystem verneuert sei, welche die Lehre vom Preise vorzuweisen habe.“ Der erforderlichen „Entnestelung“ unterzieht sich nun Knies leider nirgends. Denn, wie wir sahen, seine Erklärung des Werthes und damit des „Preises“ aus dem sozialen fungiblen Gebrauchswerthe bleibt ein unpraktischer roher Gedankenblock ohne fassbaren und exakten Inhalt.

Durch die Substituierung des „naturalen Kapitalertrages“ ist daher der sozialistischen Lehre von der Entstehung des Kapitalgewinnes keineswegs beizukommen. Die Sozialisten geben ja zu, dass die Produktivität der Arbeit durch die Anwendung von Kapital — als Produktionsmittel gedacht — erhöht werde. Rodbertus stellt diese Erhöhung der Produktivität sogar ausdrücklich als die erste der zwei unumgänglichen Vorbedingungen des Rentenbezuges auf; denn nur sie ermögliche, dass die Arbeit ein naturales Plus an Gütern hervorbringe. Er nennt sie die „wirthschaftliche Möglichkeit der Rente“ und meint nur, dass noch die „rechtliche Möglichkeit“ hinzutreten müsse. — Und auch v. Böhm-Bawerk hat hier wiederum in klassischer Weise klargestellt, dass die Vermehrung der naturalen Erträge durch Kapitalanwendung noch lange nicht die Entstehung des Kapitalgewinnes begründe: Dass das Kapital

nicht nur physische Produktivität, sondern werthschaffende Kraft habe, nennt er „eine vollkommen unbeglaubigte Hypothese“ und — „eine unmögliche Hypothese“. „Der Werth wird überhaupt nicht produziert, kann nicht produziert werden.“ Der Werth der Güter entstammt nicht aus der Vergangenheit, der Produktion, sondern aus ihrer Zukunft (dem Gebrauchswerthe) „Der Werth kann nicht geschmiedet werden, wie ein Hammer oder gewoben werden, wie ein Stück Leinwand“ Allerdings mit den Gütern wird der Werth gleichzeitig produziert, aber die Produktion ist nicht die Ursache, sondern nur eine Ursache der Werthentstehung. Aus der physischen Produktivität des Kapitals als dem „Zeugen“ von mehr Gütern folgt noch nicht der Mehrwerth. Denn der Werth der Kapitalstücke kann denkbar mit steigen. Wo bliebe denn der Mehrwerth, wenn sich der Werth der Kapitalstücke dem Werthe der Produkte vollständig akkommodirte? Produktivität hebt den Minuendus (Kapitalprodukt) ebenso wie der Subtrahendus (Werth des verzehrten Kapitalstückes selbst). v. Böhm-Bawerk illustriert, wie gewöhnlich, auch diese Frage an einem trefflichen Naturgleichniß: Angenommen in einen Fluss werde eine schwimmende Querbarre gesetzt, die den Ablauf des Wassers verzögere. Die Wasserfülle ist dann nicht die Ursache des höheren Standes oberhalb der Barre, sondern die „Barre“ ist die wahre Ursache des Mehr. Ich möchte diesem Gleichnisse hinzufügen: Nicht aus der „Wirthschaftswerthigkeit“, aus der naturalen Fülle des physischen Kapitalertrages, sondern aus der von aussen in die gleichartig indifferente rein ökonomische Produktionsmasse hineingeschobenen Macht des Besitzes ist der Kapitalgewinn zu erklären. Diese Macht ist in Wahrheit die „Querbarre“. Sie staut den Abfluss zu Gunsten derer „nach Oben“, und ob dies Stauen — wenn es in massvoller und vernünftiger Weise geschieht — für die „Kultur“ gut ist, indem dadurch verhindert wird, dass die nützliche Gottesgabe zu schnell in's Alles verschlingende Meer abläuft, oder ob sie den „unteren Regionen“ den Segen „raubt“, das ist der interessante und wichtige Gegenstand, den ich an späterer Stelle zu untersuchen habe.

§ 19.

Knies' Lehre von Geld und Kredit.**A. Das Geld.**

Wir sahen oben, wie nahe Knies an die Erkenntniss der sozialen Kategorie in ihrer Bedeutung für den Geldbegriff herangetreten war, indem er das Geld als ein von den sonstigen Gütern begrifflich verschiedenes Gut, als ein „Vertheilungsgut“ bezeichnete. Leider ist er dieser wichtigen Spur nicht weiter nachgegangen. Es wäre seine Aufgabe gewesen, den Begriff des „Vertheilungsgutes“ erst im Allgemeinen zu ergründen, ehe er daran ging, das Geld im Speziellen darunter zu subsumiren. Statt der Anstellung des verhältnismässig unfruchtbaren und mechanischen Satzes, dass die eigenartige Funktion des Geldes jene „Dreitheilung“ der Güter nothwendig mache, hätte er umgekehrt die systematische Wichtigkeit und das Wesen jener Dreitheilung und insbesondere der Vertheilungskategorie für die ganze Güterlehre klarstellen und von dem allgemeinen Prinzip zur speziellen Anwendung desselben auf die Materie, die er abhandelte, auf die Geldtheorie, fortschreiten müssen. Da die Vertheilung, als ein sozialer Begriff, erst mit der gesellschaftlichen Arbeitsgliederung eintritt, so hätte er das Geld wie die anderen Vertheilungsgüter auch aus der Eigenart dieser gesellschaftlichen Gliederung erklären müssen. Er hätte dann vielleicht gefunden, dass das Geld nur die Funktion gewissermaassen „im Lapidarstil“ ausübt, die auch den meisten anderen Gütern in ihrer Bedeutung als Aneignungsmittel als zweite Seele neben der Funktion als naturale Bedürfnissbefriedigungsmittel innewohnt. Dies Resultat war ihm aber von Hause aus durch seinen einseitigen Werthbegriff verschlossen. Denn da ihm „die Substanz des Werthes das in allen gesellschaftlich anerkannten Gütern vorhandene Quantum sozialisirten fungiblen Gebrauchswerthes“ ist, so kommt er auch nur zum Schlusse, dass das Geld „anstatt der Repräsentanten von Werth in einer speziellen Form, anstatt der Häuser und der Aecker, der Brode und der Röcke fungire, sofern die Güter auf Grund ihrer generellen Qualifikation, ihrer gemeinsamen Gebrauchsbefähigung für gesellschaftlichen Bedarf, als Träger eines Bestandes von Vermögen in Betracht kommen und soweit in vertretbare Quanta sozialen Gebrauchswerthes repräsentiren“.

In Wahrheit repräsentiren aber die Güter in ihrer zweiten hier in Betracht kommenden Funktion nicht blos Gebrauchsquanta,

sondern Machtmittel zum Eintausch und zur Aneignung der anderen Güter. Es war also zu definiren: Geld fungirt als Träger der in den Gütern vorhandenen sozialen Aneignungskraft, es ist (in dieser Funktion), da es zu sonstigem (naturalem) Gebrauche nicht dient, Aneignungsmittel und nur Aneignungsmittel. Dergleichen Anschauungen tritt Knies von seinem Standpunkte aus natürlich scharf entgegen. Als „Irrung“ bezeichnet er es, wenn „selbst hochangesehene Nationalökonomten . . . behauptet haben, dass das Geld als solches nur Tauschwerth und keinen Gebrauchswerth habe und darin eine ganz singuläre Stellung unter allen wirthschaftlichen Gütern einnehme“. Das Geld sei ein gebrauchswerthiges wirthschaftliches Gut wie alle anderen Güter, nur sei dies wirthschaftliche Gut „zu ganz besonderen Funktionen berufen“. Zwar sei streng zu scheiden einerseits der Konsumtionswerth des in den Geldstücken enthaltenen Edelmetalles für „anderweitige“ Verwendungen, also insbesondere für kostbare Schmucksachen und Geräthe als Genussmittel, und andererseits der besondere Gebrauchswerth des Geldes als solchen. Der letztere gründe sich darauf, dass wir mit der Verwendung der Geldstücke ganz besondere Funktionen verrichten. „Um was handelt es sich denn überhaupt“, fragt Knies, Geld S. 185, „wenn von dem Gebrauch und Gebrauchswerth wirthschaftlicher Güter die Rede ist?“ „Da ist ein Gut“, antwortet er, „das gebrauchen wir, indem wir es essen, ein anderes dient uns zur Erheiterung, mit einem dritten erwärmen wir die uns umgebende Luft. Mit einem vierten fixiren wir unsere Gedanken. Mit einem fünften, etwa einem Wagen, fahren wir das Korn vom Feld in die Scheunen und aus der Scheune auf den Verkaufsmarkt. Dieser Wagen ändert gar nichts an den Gütern, die er trägt, er erleichtert nur den uns dienlichen Transport derselben von Ort zu Ort — gleichwohl bedarf man für „den Wagen als solchen“ eines Stoffes, wie Holz oder Eisen, . . . während eben dieser Stoff auch noch anderweitige . . . Dienste, z. B. das Holz als Heizmaterial leisten kann, und der „Gebrauchswerth“ von Holzstücken für Herstellung eines Wagens oder als Heizmaterial nicht mit ihrem Tauschwerth von uns verwechselt wird. — Steht es denn nun mit dem „Gebrauch“ und „Gebrauchswerth“ des Geldes nicht ganz ebenso? Wenn wir die edlen Metalle als Geld, „das Geld als solches“ gebrauchen, dann dienen sie uns allerdings weder zur Nahrung u. s. w., noch auch zu Schmuck und Geräthe, oder als Chemikalien. Der von dem Tauschwerth der Geldstücke zu unterscheidende „Gebrauchs-

werth““ derselben gründet darauf, dass wir mit Verwendung derselben zwar nicht wie mittelst eines Wagens Hemmnisse des Raumes. wohl aber (was hier zunächst hervorzuheben ist) die vielen und schweren Hemmnisse zu überwinden vermögen, welche in dem direkten Tauschverkehr liegen. Ist das kein Gebrauch? Wie thöricht! Er ist unschätzbar (!) wirkungsreicher als der Gebrauch der Wagen.“

Ist hier Knies nicht ganz auf den Roscher'schen Standpunkt zurückgesunken, den er (vergl. oben S. 141) doch selbst als unzutreffend erklärt hat, wonach das Geld als „vornehmstes Werkzeug des Verkehrs“, und auf die Velleitäten Hermann's (vergl. oben S. 142), wonach Geld mit dem Amalgam und Quecksilber in einer Linie rangirt?

Unsere bedeutenden Juristen haben das Unzulängliche solcher Anschauungen auch längst herangefühlt. indem sie gegen solche rein sinnliche Auffassung reagiren. So sagt Endemann: „So sehr ist im modernen Verkehr der Werth das entscheidende Moment geworden, dass nun die Begriffe: Geld und Münze vollständig getrennt zu halten sind. Die Münze ist der sinnliche Körper, Geld dagegen der nach dem Münzverhältniss, d. h. durch eine gewisse Gewichtsmenge von Edelmetall bezeichnete Werth. In diesem Sinne drückt sich aller Werth in Geld aus. Die Münze aber ist daher nicht mehr das einzige oder inkorporirte Geld, sondern selbst nur Vehikel oder Repräsentant eines Geldwerthes. . . . Da an der Metallmünze der Werthinhalt das ist, was sie zum Träger eines gewissen Tauschwerthes macht, so lässt sich das Metall auch durch andere Körper ersetzen, wenn diese nur denselben Werth in sich tragen. Die öffentliche Gewalt, welche das historische Monopol hat, die allgemeinen Tauschmittel herzustellen, macht daher nicht blos metallene Münzen, sondern auch Papiergeld“. . . . „Geld in weiterem Sinne ist Alles, was sich als Geld in engerem Sinne anschlagen lässt, Geld ist der Maasstab des Tauschwerthes.“

Knies stellt diesen Sätzen folgende Behauptung entgegen: „Die Identifizirung dieses einen Gutes, welches als Geld fungirt, mit einem Werthe, wie er in allen wirthschaftlichen Gütern vorhanden sein muss, ist und bleibt eine abznweisende Irrung.“

„Geld ist nicht das „Alles“ in den anderen Gütern, Geld und Waare sind vielmehr als rein ökonomische Güter gerade kontradiktorische Begriffe, Geld ist das gerade, was nicht Waare ist.

Geld ist nicht der Maassstab des Tauschwerths. Geld ist vielmehr das Gut, welches zur Messung des Tauschwerths gebraucht wird, der Begriff des Geldes ist nicht der Begriff einer Funktion, sondern der Begriff eines zu besonderen Funktionen berufenen wirtschaftlichen Gutes.“ — Dem gegenüber erkläre ich: Es ist das Geld allerdings nicht identisch mit den Gütern, die es bemisst, wenn man wie Knies die Güter als blosse Gebrauchswerthe auffasst, sondern das Geld ist, wie Endemann richtig sagt, Repräsentant allgemeinerer Begriffe, nämlich Repräsentant der in allen Gütern enthaltenen sozialökonomischen Funktion und ein Ausfluss der in ihnen wirkenden sozialen Kategorie: es ist allerdings ein „wirtschaftliches Gut“, aber nicht in dem Sinne eines gebrauchstechnischen Produktionsmittels, wie eines Wagens, sondern in dem Sinne, in der Funktion eines davon begrifflich „kontradiktorisch“ verschiedenen wesensangleichen Dinges, das ebenso gut wie der Gebrauchswerth reale Wirksamkeit äussert und das nicht etwa blosse ideologische Abstraktion oder blosse „Beziehungen“ ausdrückt, keine „Sentimentalität“, sondern der lebendige urkräftige nervus rerum gerendarum. Umgekehrt vielmehr ist der angebliche „Gebrauchswerth“ des Geldes eine unrealistische Erfindung.

Schon oben sahen wir, dass es bei der Hergabe des Geldes seitens seines Eigenthümers in den fremden „Nutzgebrauch“, also beim Darlehn, mit der Behauptung der „wirtschaftswerthigen“ Hergabe einer „gebrauchswerthigen Nutzung“ und mit der begrifflichen Gleichstellung des Geldes mit den anderen, einen rein ökonomischen Gebrauch zulassenden Konsumtions- oder Produktionsgütern recht schwach bestellt ist. Die „Nutzung“ ist in beiden Fällen eine begrifflich ausschliessend, fundamental verschiedene. Die „Nutzung“ der Geldstücke, der Werth des Geldes, besteht nicht darin, dass damit Bedürfnissbefriedigungsmittel gegeben sind oder damit geschaffen werden, sondern dass damit schon vorhandene erlangt oder angeeignet werden. Das ist etwas ganz Anderes. Nennt man diese Funktion auch noch einen „Gebrauch“, so ist damit eine endlose verhängnissvolle Konfusion in die wissenschaftliche Behandlung der ökonomischen Dinge eingerissen, die unbarmherzig blos gelegt werden muss, um der Freiheit der Forschung eine Gasse zu schaffen. Es muss hier ganz energisch protestirt werden gegen die, ich möchte beinahe sagen verschwommene und triviale Auffassung, dass ja der Tauschwerth in letzter Linie auch nur einen

Gebrauchswerth und die „Verwendung“ der Güter zum Tausche doch auch nur eine Art des Gebrauches darstelle. — Doch hiervon später mehr bei der Kritik der „Grenznutzentheorie“.

Der Gebrauchswerth hat als wissenschaftlicher Begriff, d. i. als „Element“, mit welchem die „exakte“ Forschung zu operiren hat, nur Berechtigung, wenn das gebrauchswerthige Gut mit der unmittelbaren oder mittelbaren Befriedigung eines menschlichen Genussbedürfnisses in Verbindung gebracht wird. Ein natürlicher Kapitalgegenstand, ein „Wagen“, dient diesem Zwecke wahrhaftig, mit ihm werden „Hemmnisse des Raumes“ überwunden, wie ja nach allgemein anerkannten Grundsätzen der Begriff Produziren im technisch-physikalischen Sinne überhaupt nichts Anderes als die „Bewegung der Materie zu einander“ bedeutet (vergl. Mill). Auch die Bewegung des Gutes an den Ort, wo es weiter verarbeitet, ja wohin es dem Konsumenten zugeführt wird, um seinen letzten Bestimmungszweck zu erfüllen, ist eine rein ökonomische Handlung. Der Tausch mittels Geldes dagegen dient in erster Linie nicht einer solchen Bewegung der Materie. Es mag das Geld beim Austausch der Waaren zu einem „Gebrauche“ in jenem erwähnten trivialen Sinne dienen, ja es mag dieser „Gebrauch“ heute in der That „unabschätzbar (sic!)“ wirkungsreicher als der Gebrauch des Wagens sein. Aber von diesem „Gebrauche“ erhält das Geld nicht das Anmaass seines Werthes. Zur Ansmessung des Geldwerthes bedarf es ganz anderer Gesetze. Ein Wagen ist ein „Vehikel“, mit dessen naturalen Nutzleistungen technisch bemessbare Produktionseffekte erzielt werden und dessen Werth umgekehrt und rückwärts durch diese bestimmt wird. Ein Pfund Gold dagegen erhält seinen Geldwerth nicht durch die Grösse seiner ihm eigenthümlichen Leistungen, nämlich des mit ihm auszuführenden Umsatzes u. s. w., da ja nach der jeweiligen Reichlichkeit der Goldproduktion und der wirkenden Schwerkraft der in der Welt bereits vorhandenen Goldmasse derselbe „Dienst“ in einem Jahrhundert mit vier, in einem anderen schon mit einem Pfund vollführt wird. Der Werth des Goldgeldes kann nicht durch den Bedürfnissbefriedigungswerth, durch den „sozialisirten Gebrauchswerth“ bestimmt werden.

Knies selbst führt ja denn auch an anderen Stellen zutreffend aus, dass sowohl vor allgemeiner Einführung des Geldgebrauches der Tauschmitteldienst des Geldes anderweitig erfüllt worden ist, dass er heute immer mehr ersetzt wird (Geld S. 212 folg. und 243 folg.) und S. 181, dass von einem Bedürfniss nach Tauschmitteldiensten

des Geldes auch nach Einführung der sozialistischen Wirthschaftsführung nicht mehr die Rede sein könnte, und endlich S. 244: Wenn der Austausch ohne das dritte Gut: Gold n. s. w. ebenso leicht und leichter zu erlangen, wozu dann Geld als Tauschmittel „einschieben“, „das wäre dann im Gegentheil nur Umweg“; denn man verlange überhaupt das Geld als Tauschmittel niemals um es zu behalten, um es zu konsumiren, sondern immer nur, um es weiter zu geben, um ein drittes Gut leichter zu erlangen. Damit ist doch aber a priori zugegeben, dass es nicht wie der Wagen den Weg abkürze, sondern dass es a priori eine „Verwendung“ darstelle, die nur nöthig wird aus den sozialhistorischen Gründen der Vertheilungsorganisation, und die unnöthig wird, wenn das soziale Gefüge durch ein anderweitiges „Machtmittel“ an Stelle jenes plumpen Vehikels, jenes materiellen schwerfälligen Gegenstandes, regirt werden kann.

Knies wird dann auch m. E. seinem eigenen Prinzip faßlich, wenn er nun im Folgenden, statt die Grösse des „sozialisirten Gebrauchswerthes“ aus dem Dienste des Geldes als solchen zu erklären, diese Grösse schliesslich doch in erster Linie durch einen fremden Gebrauchswerth nicht nur beeinflusst, sondern im Grunde bestimmt werden lässt. Er führt nämlich aus, dass „der Geldesdienst der Edelmetallstücke der sekundäre, jener anderweitige Gebrauch zu Schmuck n. s. w. der primäre und der erstere ohne den letzteren nicht möglich wird“. . . . „Wenn wir also früher feststellen mussten, dass zum Werthmesser nur ein wirklicher Werthgegenstand gebraucht werden kann — so beruht auch der Tauschmitteldienst des Geldes von Anfang an und fortdauernd darauf, dass das Geld ein reelles, im Verkehr anerkanntes Tauschgut ist, was absolut durch nichts Anderes zu vermitteln ist, als dadurch, dass das Geldgut neben seinem Gebrauche zu Geldesdiensten einen durch anderweitige Benutzung selbstständig festgestellten Werth besitzt.“ „Heute sind . . . andauernd Gebrauchswerth und Tauschwerth, Nachfrage und Angebot und Produktionskosten der Edelmetalle durch ihre gemeinsame Verwendung: Zu Geldstücken und zu anderweitigem Gebrauch normirt.“ — Diesen Umstand führt er auch gegen den Bimetallismus und die neueren Bestrebungen, durch eine internationale Vereinigung die Werthrelation zwischen Gold und Silber herzustellen, ins Feld: Goldgeldgebrauch und anderweitiger Gebrauch des Goldes, sagt er, stellen sich miteinander dem Silbergeldgebrauch und dem anderweitigen

Silbergebranch gegenüber. Er weist darauf hin, dass die „anderweitige“ Verwendung des seit 1831 bis 1880 produzierten Goldes etwa den dritten, die des Silbers etwa den vierten Theil der Gesamtproduktion (Sötbeer) betrage. Wie könne man danach auf die Meinung bauen wollen, dass der Werth der Edelmetalle nur durch den von der Staatsregierung normirten Gebrauch derselben als Geld bestimmt werde — und hierauf gründe sich doch recht eigentlich die bimetallistische Doktrin, welche jene „andauernd feste Werthrelation von 1:15,5 für Gold und Silber“ verlange! Das Gesetz erstrecke sich vielmehr nur auf ein dem äusseren Machtbereiche der Staatsgewalt unterworfenen Gebiet. In der „anderweitigen“ vom Staatsgesetz nicht regulirten Verwendung der Edelmetalle sei ein Element andauernder Opposition gegen die „Relation“ gegeben.

Es ist natürlich, das Knies bei diesem strengen Festhalten an der „Gutseigenschaft“ des Geldes auch gegen die Geldqualifikation des Papiergeldes sehr ungünstig gestimmt ist: Der Staat könne nicht Geld kreiren, aus einem Nichtgute ein Gut machen. Juristisch könne man von einer Papier-Währung überhaupt nicht reden, wenn man nicht aus dem Begriff der Währung das Moment des Geldes als Werthmessers vollständig eliminire; denn der Begriff des Geldes sei ja nicht auf den eines gesetzlichen Zahlungsmittels beschränkt, d. i. des Mittels zur rechtsgültigen Befreiung von eingegangenen Schulden. Wenn der Staat es auch zu einem solchen bestimme, so könne er es doch nicht zum Werthmesser und Preismaassstab machen, ein solcher könne aber eben nur ein wirkliches Gut sein. In Wahrheit sei die Zahlung durch Papiergeld keine Zahlung, sondern eine Liberation von der Geldzahlung, eine Art Seisachtheia: *Naturalis ratio auctoritate senatus commutari non potest*. Es lasse sich jede Einführung von Papiergeld als gesetzliches Zahlungsmittel unter Ausdehnung auf bereits bestehende Geldforderungen ohne gleichzeitige Aufstellung offizieller Kassen für Umwechselung der Scheine gegen Geld nicht anders qualifiziren als eine gesetzliche Enteignung der Gläubiger mit einer sehr unzureichenden Entschädigung. „Ein Zwangskurs gegen Jedermann, neben welchem offizielle Umwechselungskassen bestehen, dürfte das höchste sein, was noch ein Fernbleiben von ungerechter Schädigung der Zahlungsempfänger erwirken lässt.“ — Noch weniger hold ist Knies den privaten Zettelbanken: „Die Ausgabe von Scheinen, welche thatsächlich wie Geld in der ganzen Masse des Volkes in

Gebrauch gekommen sind, ist keine Aufgabe privatgeschäftlicher Industrie zur Erzielung von Unternehmereinkommen, . . . sie ist eine Berufspflicht (nicht „Monopol“) des modernen Staates.

So verdienstlich auch indirekt die Knies'schen Bestrebungen geworden sind, wenn er die Eigenschaft des Geldes als eines „wirthschaftlichen Gutes“ betont und immer und immer wieder zur Vorsicht in Anwendung von Geldsurrogaten gemahnt hat, so kann ich nach dem Obigen seine eigentliche dogmatische Lehre vom Geldwesen nicht für vollendet erachten. Es schwebt ihm zwar der richtige Gedanke vor, dass das Wesen und insbesondere der Werth des Geldes durch zwei Grundelemente beeinflusst werde, nämlich einerseits durch rein ökonomische Beziehungen, wie sie bei jedem „wirthschaftlichen Gute“, also auch bei den zu „anderweitigem Gebrauche“ benutzten Edelmetallquantitäten sowohl in Bezug auf die technischen Produktionsbedingungen als auch in Bezug auf die Bedeutung des mit ihnen zu erzielenden Nutzungseffektes in Wirksamkeit treten, und andererseits durch soziale Elemente, wie sie sich lediglich aus der Sondereigenschaft des Geldes als Macht- und Vertheilungsmittel ergeben; indessen irrt er darin, dass er schliesslich beide Beziehungen unter den Begriff des sozialen „Gebrauchswerths“ zwängt und so schliesslich den Geldwerth durch den Gebrauchswerth der Edelmetallstücke zu „andererweitigem“ Gebrauch und durch den „Gebrauchswerth“ des Geldes als solchem bestimmt, damit also zwei durchaus wesensungleiche Kategorien zu einer unmöglichen gemeinsamen Einheit konfundirt, die schliesslich doch nur Phrase bleiben muss, indem bei seiner Deduktion der „Gebrauchswerth“ des Geldes als solchen wie eine farblose Abstraktion und der Gebrauch zu „anderweitiger“ Verwendung als das „von Anfang an und fortdauernd“ „primäre“ Element erscheint. Der eigentliche Werth des Geldes bleibt also ein ungelöstes Räthsel.

Mag man über den „Bimetallismus“ denken, wie man will, den Einwand hat Knies den Anhängern dieser „Doktrin“ nicht genommen, dass das Geld denn doch auch noch eine andere begriffliche Funktion und Bedeutung, als die eines den Werth in sich tragenden „wirthschaftlichen“ „gebrauchswerthigen“ Gutes als Metallstück aufweist. Der status causae et controversiae für den Währungsstreit ist einseitig aufgestellt. Thatsächlich hat doch der Staat, haben Kreditinstitute und sonstige soziale Einrichtungen das Geld und die in ihm enthaltene Macht in enormem Umfange durch ihre eigene „Macht“ ersetzt. Wie weit dies geschehen kann und soll.

ist m. E. zum Theil nur eine Quantitätsfrage, wenn auch eine enorm wichtige. Zwar spielen die rein ökonomischen Beziehungen: Die „Deckungs- und Einlösungsfrage“, die produktionstechnischen Fragen der Edelmetallerzeugung, Angebot und Nachfrage bezüglich der vorhandenen Edelmetallmenge mit hinein. Aber das letzte und entscheidende Wort für die Bedeutung des Geldes kann doch nur von dem Gesichtspunkte aus gesprochen werden, welcher die Funktion des Geldes in dessen wirklich „primärer“ Bedeutung als Macht und Aneignungsmittel gerecht wird. Näheres kann natürlich nur in einer ausführlichen Geldlehre dargestellt werden. An dieser Stelle wollte ich nur andeuten und anregen, ein wie weites Feld auch auf diesem Gebiete vielleicht der Wissenschaft noch offen gelassen ist, wenn sie der sozialen Kategorie die ihrer Bedeutung entsprechende Berücksichtigung angedeihen lässt.

§ 20.

Knies' Lehre von Geld und Kredit (Fortsetzung).

B. Der Kredit.

Wenn Knies so der sozialen Natur des Geldes nicht gerecht werden kann, da er das Wesen desselben in seiner Eigenschaft als materielles wirtschaftliches Gut, als seinen Gebrauchswert in sich tragendes Werthstück findet, so fällt seine Auffassung der Geldkreditpapiere — Schecks, Anweisungen, Wechsel, Cheks, Giroforderungen, Banknoten u. s. w. — noch einseitiger aus. Geldkreditpapiere sind ihm nichts Anderes als Geldforderungen bezw. blosse Scheine als Träger von Forderungsrechten. Da das Geld nur als materielles wirtschaftliches Gut Geld sein könne, und — wie oben zitiert — die Identifizierung dieses einen Gutes, welches als Geld fungiere, mit einem Werthe, wie er in allen wirtschaftlichen Gütern vorhanden sein muss, eine durchaus abzuweisende Irrung sei und bleibe, so, sagt er, sei er berechtigt, mit der allgemeinen Folgerung abzuschliessen: also sind auch die Geldkreditpapiere keinesfalls „Geld“. Nur für eine Redewendung hält er es, wenn man die Wechsel u. s. w. das „Geld der Kaufleute“ nenne. Die Geldkreditpapiere seien kein Geld neben dem Metallgeld. Wenn z. B. Bluntschli sage: „Die Geldkreditpapiere sind formelle Ausprägungen von Forderungen geworden . . . sie

repräsentiren die Forderung, sie haben daher den Forderungswert in sich und heissen deshalb Werthpapiere“, so sei das mit Vorsicht aufzufassen. In Wahrheit seien sie, meint Knies, nur formelle Ausprägungen von Geldforderungen, es sei ihnen lediglich der Dienst des Zirkulationsmittels für Geldforderungen zuzuschreiben, der Umlaufsmitteldienst der Geldkreditpapiere sei ein Umlaufsmitteldienst für Geldforderungen nur in demselben Sinne, wie wir sagen, dass das Ansmünzen und dergl. die Zirkulation des Geldes erleichtere, beschleunige u. s. w. Wenn man im Verkehr ein — präsent vorhandenes — Geldquantum als Aequivalent in Empfang nehme, so erhalte man ein materielles Gut, welches in allen „Gebranchsweisen“ verwendet werden könne, man könne seinen Willen in Betreff der besonderen Verwendung desselben ändern; jedenfalls sei jedoch Anderen gegenüber „Alles quitt“, weder der Geldgeber noch irgend wer sonst sei uns nach Empfang des Geldes „etwas schuldig“. Wenn der Verkäufer dagegen statt einer Geldsumme eine Geldforderung erhalte, dann habe er überhaupt (sachlich) gar nichts bekommen, wenn seine Geldforderung nicht in einem zweiten Akte „honorirt“, „realisirt“ werde, darum könne die Vermehrung der Geldkreditpapiere niemals eine Vermehrung des Geldes, sondern immer nur eine Vermehrung der Geldforderungen herbeiführen. Der Begriffskern der Anweisung, Wechsel u. s. w., für welche von vornherein eine Endstation des Umlaufs zu markiren sei, bilde einen konträren Gegensatz zum ständigen Zirkulationsmittel, dem Gelde. Sei die Anweisung honorirt, so habe sie ihren Zweck erreicht, für den sie überhaupt nur ausgefertigt worden sei: Das Baargeld, auf welches sie laute, sei eingegangen, auf Geld gehe sie und gerade auf kein anderes Gut, es sei schliesslich so, als ob der Schuldner gleich das Gut hergegeben habe.

Bei der Banknote empfindet Knies selbst das Unzulängliche seiner Definition, er nennt die Banknote eine „Hibrida“, ein Mittel Ding zwischen Papiergeld und Geldpapieren, sie ist, sagt er, ihrer fundamentalen technischen Struktur nach eine Geldforderung; aber die ökonomische Intention für ihre Herstellung ist regulär eine andere, sie soll fungiren anstatt einer bestimmten Summe „gemünzter Geldstücke“. — „Technisch“ nun bedeutet in dieser Anseinandersetzung doch aber im Grunde nichts anderes als „juristisch“, und das bringt uns vielleicht zur Aufdeckung des Quellpunktes der Knies'schen Irrthümer und erklärt uns überhaupt die ökonomisch theoretische Unvollkommenheit der meisten bis-

herigen dogmatischen Lehrmeinungen über den Kredit: die Nationalökonomie hat sich auf diesem Gebiete noch nicht hinlänglich von der Jurisprudenz emanzipirt. Statt, wie es ihre Aufgabe wäre, die ökonomische Grundlage, die letzten wirtschaftlichen Elemente der Krediterscheinungen aufzudecken und die Jurisprudenz so zu vertiefen, wird die junge Wissenschaft von dieser ihrer älteren und machtvollen Schwester mitleidig ins Schlepptau genommen — auf vielen Gebieten, auf dem Gebiete der Kreditlehre aber am allermeisten.

Der Grund liegt auf der Hand: die Nationalökonomie hat sich bisher zu einseitig mit der rein ökonomischen Kategorie der wirtschaftlichen Dinge, mit den Begriffen des Produzirens, des Genuss- und Gebrauchswerths beschäftigt. Die Jurisprudenz dagegen lebt und webt in der andern, der sozialen Kategorie — wenigstens heute und künftig, sie hat es nicht mit jenen genannten Produktions- und Gebrauchswerthselementen zu thun, ihre Domaine ist das Gebiet der Gütervertheilung, sie behandelt diese sich erst aus den sozialen Machtfaktoren ergebenden „erzwingbaren Verhältnisse“ der einzelnen Rechtssubjekte zu einander. Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung, die zunehmende soziale Gliederung der Nationalproduktion sind es, die immer neue „Formen“ schaffen, um das Antheilsverhältniss der einzelnen Individuen am Nationalprodukt zu regeln. Will die Nationalökonomie also ihre Aufgaben erfüllen, so muss sie erst dem „juristischen Formalismus“ durch Aufdeckung der wirtschaftlichen Vertheilungsgesetze die tiefere Grundlage schaffen. Dies kann sie nur, wenn sie das wissenschaftliche Bindeglied zwischen beiden Disziplinen herstellt, die gemeinsame Brücke schlägt, die von einer zu andern führt: die soziale Kategorie. Bei einem Zustande der rein ökonomischen Betrachtung, wie er in der Knies'schen Lehre, und wie wir sehen werden gar in der ganz neuen weit verbreiteten „Grenzwerttheorie,“ herrscht, bleibt zwischen beiden Wissenschaften eine unausgefüllte Kluft, die eine kann von der anderen nichts lernen, und wenn einmal ein tief angelegter Jurist (vergleiche oben Endemann und Kühnast) diese Kluft fühlend, sich selbst durch Konstruirung wirtschaftlicher Sozialbegriffe aus eigener Kraft die Bausteine für jene Brücke zurechtzumachen unternimmt, so wird ihm das beinahe als ein „Einbruch“ in eine fremde Sphäre angerechnet.

Es war zwar schon ein gewichtiger Fortschritt, wenn Knies den Satz aufstellte, dass das Kapital in seiner Eigenschaft als

naturales Produktionsmittel nicht die Grundlage für die Kreditverhältnisse liefere, sondern, dass erst ein neuer wissenschaftlicher Kapitalbegriff zu diesem Zwecke zu schaffen sei; aber der von ihm hierfür aufgestellte neue Begriff war nur eine quantitative mechanische Erweiterung des ersteren (vergl. oben), er umfasste nur noch ausser den naturalen Produktionsmitteln naturale andere Güter, insbesondere Genussgüter. Aber dies umfassendere Naturalkapital ist kein qualitativ verschiedener Kapitalbegriff. Das Naturalkapital, d. h. die verschiedenartigen Kapitalstücke in ihrer gebrauchswerthigen Sinnlichkeit, sind nicht die Grundlage des Kredits. All die wichtigen Fragen, ob der Kredit neues Kapital schaffe oder ob er nur vorhandene reale Vermögensstücke übertrage, ob der Kredit produktiv wirke, ob und welchen Einfluss er auf den Werth des Geldes und der Güterpreise äussere, ob er staatlich oder privatwirthschaftlich, ob durch Zentralisation des Bankwesens oder durch Dezentralisation „freiheitlich“ zu organisiren und zu reguliren sei, das Alles kann wahrhaft nur ergründet werden, wenn vor allem das Objekt der Kreditverhältnisse, das Kapital in seiner eigenartigen realiter wirkenden Funktion als sozialer Machtbegriff erkannt wird. Naturale Kapitalgegenstände kann der Kredit allerdings auch heute nicht schaffen, aber es bleibt zu untersuchen, ob er nicht Vertheilungskapital, Aneignungskapital schafft. Was nützt es heute, wenn Naturalkapital, wenn bereite Arbeitskraft in Hülle und Fülle vorhanden sind, wenn — rein ökonomisch betrachtet — kunstreiche Technik und natürliche Produktivität der Menschheit die höchsten Ziele vorsezen? Es muss vielmehr immer die Macht hinzukommen, die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zu einer „Unternehmung“ zu vereinigen; diese Macht ist das Kapital im Sinne der historischen Kategorie. Sie vertritt in der heutigen privatwirthschaftlichen Produktionsgesellschaft die Autorität des gesellschaftlichen Willens, der in der isolirten Wirthschaft durch die Machtfülle des paterfamilias, im rein sozialen Staate durch den gesellschaftlichen Willen der Zentralbehörde ersetzt wird. „Solches zum Betriebe einer produktiven Unternehmung erforderliche Privateigenthumsloos am Nationalprodukt ist das Privatkapital, das was in den bisherigen nationalökonomischen Systemen gewöhnlich „Kapital“ genannt worden. Es ist am Nationalprodukt, was der Grundbesitz am nationalen Boden ist (Dies Kapital) stellt jetzt das vereinigende Prinzip dieser Produktionswirthschaft dar“

(Rodbertus 4. Brief S. 313). Und weiter schlägt Rodbertus, dieser erste und geistreichste Vertreter der „sozialen Kategorie“, durchaus fruchtbare Gedanken an, wenn er S. 100 und 162 a. a. O. in Bezug auf den Kredit ausführt: „der dritte Begriff (neben den beiden ersten: Werth und Geld), der erst mit der Zirkulation (er meint mit der sozialen Arbeitsgliederung) gegeben ist, ist der Kredit, der in dem Vertrauen besteht, dass die sofortige Vergeltung eines gelieferten Werthes unnöthig ist, vielmehr dieselbe später dennoch erfolgen werde. Der Kredit ersetzt das Metallgeld, das Metallgeldkapital und deshalb auch zum Theil das „Privatkapital“, das immer durch jenes, seinen Durchgang zu nehmen hat Mitunter . . . tritt der Kredit an die Stelle (des) Tausches, ohne sofortige Bezahlung überlässt der Eigenthümer des Halbfabrikats dieses dem Eigenthümer des Fabrikats, der Eigenthümer des Rohprodukts dieses dem Eigenthümer des Halbfabrikats u. s. w., und erst, wenn der Konsument bezahlt, bezahlt jeder seinen Hintermann. Ich deute dies hier nur gelegentlich an, um die ausserordentliche Wichtigkeit des Kredits zu bezeichnen, die allerdings grösser ist, als die herrschende Theorie glaubt. — Der Kredit kann zwar nicht die Kapitalgegenstände, nicht das Rohprodukt, nicht das Halbfabrikat u. s. w., wohl aber die sonst vorher erforderliche „Ersparung von Kapitalvermögen“ ersetzen. — Er ersetzt also doch insofern Kapital . . . Seiner Idee nach ist daher der Kredit nichts als das Vertrauen, dass sich die Ansprüche aller Theilberechtigten am Nationaleinkommen zuletzt richtig liquidiren werden.“

Welch anderer Geist weht uns doch aus diesen Worten entgegen, als aus dem Knies'schen Satze, mit welchem er den Kredit — rein formal und juristisch — so definiert: „Demgemäss wird uns Kredit die Bezeichnung für jene Gattung von Güterübertragungen sein müssen, welche in der Art bewerkstelligt werden, dass der gegenwärtigen Leistung des Einen sich eine zukünftige Leistung des Anderen gegenüberstellt. Kredit ist derjenige Verkehr, in welchem die Leistung des Einen in die Gegenwart, die Gegenleistung des Anderen in die Zukunft fällt.“ „Er ist — im Gegensatz zum Baarverkehr — das Produkt der Wirksamkeit jenes Zukunftselementes für die menschliche Wirthschaftsführung überhaupt, wie sich dasselbe in dem Verkehre verschiedener Haushaltungen untereinander ausgestalten muss.“ Das Moment „des Vertrauens“ wirft Knies dagegen als unwesentlich ganz aus der Begriffsbestimmung des Kredites heraus, da es nur eine in das

wirtschaftliche Volksleben nicht real hinaustretende Erscheinung, eine Gemüthsstimmung im Innern des Menschen, eine subjektive Stimmung einer Person gegenüber einer anderen sei, welches ja doch gar nichts Anderes, als: „die Gegenleistung ist eben eine zukünftige“ bedeute und also in dem Worte „zukünftig“ bereits mit umschlossen sei. Juristisch gedacht ist das m. E. richtig, nationalökonomisch dagegen ganz nichtssagend, mir scheint, als ob man dem Begriffe Kredit die Seele herausnehme, wenn man daraas das Moment „des Vertrauens“ eliminiert. Denn richtig ist es zwar, dass das Vertrauen, wenn man es nur als den Bestimmungsgrund auffasst, der den Gläubiger zum Abschluss eines Kreditgeschäftes bewegt, eine subjektive, juristisch irrelevante Gemüthsstimmung ausdrückt. Eine objektive realistische Grundlage des ganzen wirtschaftlichen Kreditverhältnisses aber ist es, wenn man es als einen lebendigen in den realen Wirtschaftsverhältnissen des sozialgegliederten Produktions- und Vertheilungsorganismus gegründeten objektiven Zustand auffasst.

Kredit hat m. E. zwei integrierende Grundelemente: 1. Kapital in der vielfach geschilderten Bedeutung als soziale Kategorie, 2. das Verhältniss, die konkrete Beziehung, die wirtschaftliche Bindung des gegebenen konkreten Kapitals dieser Art zwischen zwei Wirtschaftssubjekten oder einer Kette von Wirtschaftssubjekten in der Weise, dass der jeweilige Inhaber des Kapitals mit der Person auseinanderfällt, in dessen Vermögen jenes Kapital steht. Von einer „Kette von Wirtschaftssubjekten“ spreche ich, weil, wie Rodbertus z. B. oben versinnbildlicht, das nämliche Kapital häufig, die einzelnen Produktions- und Vertheilungsstufen durchlaufend, vom Vordermann zum Hintermann wandert.

Ist diese Auffassung richtig, so würde daraus folgen, dass eine anderweitige positive Grundlegung für die Kreditlehre erst nach völliger Klarlegung des Wesens des „sozialen“ Kapitals in dem von mir bisher nur angedeuteten Sinne erfolgen kann. Schon jetzt dürfen wir aber wohl aus den aufgestellten, gewissermaassen nur aus der Kritik der bisherigen Lehre heraus gewonnenen Sätzen das Folgende als Ergebniss feststellen: „Güterübertragung“ in der Weise, dass der Gläubiger eine gegenwärtige, der Schuldner eine künftige Gegenleistung übernimmt, erfasst — in der Knies'schen Definition — nur die juristische Form der Entstehung und Eingehung der kreditmässigen Rechtsgeschäfte und zwar keineswegs aller Kreditverhältnisse. Hypotheken, Grundschulden, Reallasten

entstehen und bestehen vielfach, ohne dass ein Gläubiger seinerseits eine Leistung gemacht, der Schuldner später eine Gegenleistung machen soll, sondern, wirthschaftlich betrachtet, bilden sie nur einen Abpliss, eine Auftheilung der im Grundstück enthaltenen und mit demselben besessenen Macht, durch die Verwerthung des Grundstücks einen — gewöhnlich in Geldwerth berechneten und kapitalisirten — Antheil aus dem Nationalprodukt sich anzueignen: Erbgelder, Abfindungen, Kaufgelderrückstände, ewige Renten können ohne Vorleistungen entstehen und auch die spätere Rückleistung ist häufig bloß ein rechtliches Akzidens, die wirthschaftliche Struktur ist die einer fortlaufenden Rente aus dem Grundstück als einem „immerwährenden Rentenfonds“ (Rodbertus). — Unkündbare Staatsschulden (sog. Staatsrenten) sind Antheile der sie besitzenden Privatpersonen an den von den Staatsbürgern aufzubringenden Steuerleistungen oder den sonstigen Staatseinkünften. — Aktien sind wirthschaftlich betrachtet laufende Renten- (Zins-, Dividenden-) Forderungen der Aktionäre gegen die Aktiengesellschaft. Nicht Leistung und spätere Gegenleistung (Rückleistungen). — also die (juristische) Form der Eingehung und Endigung — sondern dauernder Rentengenuss an einem „fremden“ Kapitale ist das wirthschaftliche Grundverhältniss.

Dass die Kreditpapiere (Wechsel, Anweisungen, Cheks) nur Forderungen auf Geld seien, die, wenn sie nicht „realisirt“ werden, ein Nichts darstellen, ist unzutreffend. Sie sind meistens gar nicht zu dem Zwecke ausgestellt worden, dass sie in Geld eingelöst werden, sondern sie bescheinigen das auf „Vertrauen“ gegründete Sachverhältniss, dass die in fremdem Eigenthum, in fremdem Gewahrsam befindlichen Kapitalien zu meinem „Vermögen“ gehören — „Vertrauen“ hier nicht in jenem sentimentalen Knies'schen Sinne, sondern in der Bedeutung, dass die geordnete Rechtspflege mir jederzeit den gewaltigen Arm des Staates zur Verfügung stellen wird, meinen „Glauben“ da wieder zu holen, wo ich ihn „gelassen“ habe und ihn lassen konnte und durfte. Der Geschäftsverkehr ist ein grosses clearing-house, nur ausnahmsweise wird Geld gezahlt, nämlich da, wo das „Vertrauen“ nicht zureicht oder wo sonst aus zufälligen Gründen gerade Baargeld erwünscht ist.

Richtig ist es dagegen, wenn Knies meint, dass sich alle Kreditforderungen als „Ergebniss jenes Verhältnisses darstellen, wonach sich bezüglich der Bestandtheile des Vermögens des Einen, des Gläubigers, in dem Eigenthum des Anderen, des Schuldners,

befinden bezw. befinden sollen (aes alienum, z. B. dem dominium des B, aber dem Vermögen des A gehörig, bonis ejus adnumerandum) — ein wirthschaftlich und rechtlich ausgeprägtes Doppelverhältniss“. Richtig auch sind seine wiederholten Ausführungen gegen H. D. Macleod und Andere, indem er es als eine verhängnissvolle Irrung bezeichnet, die auf einer Täuschung in der sinnlichen Wahrnehmung beruhe, dass hier ein zwiefacher Werthgegenstand vorliege: das fortgegebene Kapital in den Händen des Schuldners und die Forderung in den Händen des Gläubigers, und dass die Schulden also gewissermaassen das Vermögen verdoppeln. Falsch aber ist es, wenn Knies wiederum den Gegenstand dieses „einen“ Vermögens und also des Kredites durch eine Summe von Werthgrössen dargestellt findet, wie sie für verschiedenartige Gebrauchsweisen von verschiedenartigen präsent vorhandenen Gütergegenständen umschlossen sei. Gegenstand des Kredites sind nicht die Realgegenstände, die Realkapitalgüter, sondern das eigenartige in Geld berechnete Kapital, das mit dem Naturkapital nicht zusammenfällt, von dem Jedermann im praktischen Leben spricht und das nur wissenschaftlich noch nicht voll erkannt ist, — vergl. Carl Menger, Zur Theorie des Kapitals Conrad's Jahrbücher, 51. Band, S. 1 ff. — eine Abhandlung, die uns bei der Kritik der Lehre dieses Schriftstellers noch näher beschäftigen wird.

Dritter Hauptabschnitt.

Die Grenznutzenlehre.

§ 21.

Die Menger'sche Lehre vom subjektiven Werthe.

Mit Menger*) und der von ihm begründeten — sogen. österreichischen — Schule, jetzt kurz die Schule der Grenznutzenlehre genannt, schliesst die Kette der Schriftsteller ab, welche mit Say beginnend in immer wachsender Stärke von der Kostenwerththeorie zum anderen Extrem, zur Ausbildung und Entwicklung der reinen Gebrauchswerththeorie hinüberleitet. Der Gebrauchswerth, der seit Adam Smith „als unbeachteter und vergessener Statist in der Ecke gestanden“, ist nicht blos wieder zu der ihm gebührenden Anerkennung gelangt, sondern war und ist — trotz bereits beginnender energischer und kampfmüthiger Reaktion — nahe daran, die ausschliessliche Herrschaft zu erringen und dem Tauschwerthe das Schicksal zu bereiten, unter dem er selbst so lange sein vergessenes Dasein als schlafendes Dornröschen führte. Menger, der es zu neuem Leben erweckte, geht in seiner Betrachtung der wirtschaftlichen Dinge ganz vom Individuum aus: in der immer nachhinkenden Nationalökonomie feiert der Subjektivismus in sattsamem Anachronismus erst jetzt seine Triumphe.

„Der Werth“, sagt Menger, „ist nicht nur seinem Wesen, sondern auch seinem Maasse nach subjektiver Natur. Die Güter haben „Werth“ stets für bestimmte wirtschaftende Subjekte, aber auch nur für solche einen bestimmten Werth.“ Und v. Böhm-Bawerk drückt den Satz so aus: „Jedes Ding kann nur für bestimmte Subjekte ein Gut sein: kein Gut ist absolut ein Gut“

*) Dr. Carl Menger Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien 1871.

Genau genommen sollte man nie von Gütern schlechthin, sondern immer nur von Gütern für den A, für den B, kurz für ganz bestimmte Subjekte sprechen.“

Menger lehrt also: Diejenigen Dinge, welche die Tanglichkeit haben, in Kausalzusammenhang mit der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gesetzt zu werden, nennen wir Nützlichkeiten, wotern wir diesen Kausalzusammenhang aber erkennen, und es zugleich in unserer Macht haben, die in Rede stehenden Dinge zur Befriedigung unserer Bedürfnisse thatsächlich heranzuziehen, nennen wir sie Güter. Demnach hat die Güterqualität vier Voraussetzungen: 1) ein menschliches Bedürfniss, 2) die zur Herstellung des genannten Kausalzusammenhanges erforderlichen tauglichen objektiven Eigenschaften des Dinges, 3) die Erkenntniss jenes Zusammenhanges und 4) die thatsächliche Verfügungsmacht über das Ding. Es ist also m. a. W. der Werth die Bedeutung, welche konkrete Güter oder Güterquantitäten für uns dadurch erlangen, dass wir in der Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Verfügung über dieselben abhängig zu sein uns bewusst sind. Dies maassgebende Moment der Abhängigkeit tritt aber nur da zu Tage, wo, wie es die Regel bildet, der Bedarf an einem Gute grösser ist als die davon verfügbare Menge. Dies Quantitäten-Verhältniss ist nach Menger die Grundlage für beinahe alle wirthschaftlichen Begriffe. Selbst der Ursprung der menschlichen Wirthschaft gehe aus der Erkenntniss hervor, dass die vorhandenen Bedürfnisse in der Regel nur durch eine planvolle Thätigkeit befriedigt werden können, da bei der weitaus grössten Mehrzahl der Güter der Bedarf an solchen die verfügbare Quantität derselben übersteige. Die Folge dieser Erkenntniss der Menschen sei die Bemühung: 1) jede Theilquantität dieser Güter in ihrer Verfügung zu erhalten, 2) dieselben in ihren nützlichen Eigenschaften zu konserviren, 3) eine Wahl zu treffen zwischen den wichtigeren und unwichtigeren Bedürfnissen, die ihre Befriedigung erheischen und 4) mit jeder gegebenen Theilquantität von solchen Gütern einen möglichst günstigen Erfolg zu erreichen. Die auf diese vier Zwecke gerichtete Thätigkeit der Menschen in ihrer Gesamtheit sei ihre Wirthschaft, und nur solche Güter seien „wirthschaftliche“ Güter, welche im obigen Quantitätenverhältnisse stehen, d. h. deren Bedarf grösser sei als ihre verfügbare Menge. Dagegen seien die nicht ökonomischen Güter („freie Güter“ seit Hermann genannt) solche Güter, die in einer

den Bedarf übersteigenden Menge vorhanden seien z. B. Trinkwasser aus einem Flusse, Holz im Urwalde, Luft und Licht. Sie seien keine Objekte der menschlichen Wirthschaft, weil bei ihnen keine Veranlassung zu jenen vier wirthschaftlichen Thätigkeiten vorliege, sie seien nicht „du domaine de l'économie politique“ (Say).

Die „soziale Kategorie“ schliesst Menger ausdrücklich und streng aus den Elementen des Begriffs der wirthschaftlichen Güter aus: „Der ökonomische Charakter der Güter ist in keinerlei Weise an die Vorbedingung der menschlichen Wirthschaft in ihrer sozialen Erscheinung geknüpft.“ Als Grund bezeichnet er, dass ja auch für das isolirt wirthschaftende Subjekt lediglich wegen jenes „Quantitätenverhältnisses“ ökonomische und nicht ökonomische Güter zu unterscheiden sein würden. Auch der „Umstand“, dass ein Gut „Verkehrsobjekt“, noch auch der, dass es „Eigenthumsobjekt“ ist, könne demnach die Ursache seines ökonomischen Charakters sein, ebensowenig auch der Umstand, dass die Güter „Arbeitsprodukte“ seien oder nicht. Gegen letzteres spreche die tägliche Erfahrung. Alle diese Umstände nennt er „äusserliche Momente“ (Note S. 61). Es sei „vielmehr klar, dass das Kriterium des ökonomischen Charakters ausschliesslich in dem Verhältnisse zwischen Bedarf und verfügbarer Quantität derselben zu suchen ist“. — Ja, statt die ökonomischen Grundbegriffe auf soziale Elemente aufzubauen, lässt er — umgekehrt — zweifellos soziale Einrichtungen, wie die Institution des Eigenthums und des Vermögens aus jenem „natürlichen“ Quantitätenverhältniss entstehen. Was nämlich zunächst das „Vermögen“ betrifft, so verwirft er den m. E. überaus zutreffenden und wegen seiner Anschaulichkeit hier wörtlich aufgeführten Satz Say's: „On ne peut pas separer de ces „biens“ l'idée de la propriété. Ils n'existeraient pas, si la possession exclusive n'en était assuré à celui qui les a acquis... D'un autre côté la propriété suppose une société quelconque, des conventions, des lois. On peut en conséquence nommer les richesses ainsi acquises des richesses sociales.“ Menger vielmehr definirt das Vermögen als „die Gesamtheit der einem wirthschaftenden Subjekte verfügbaren Güter, deren Quantität geringer ist, als der Bedarf an denselben“. Und hinsichtlich des „Eigenthums“ führt er aus, dass wiederum angesichts jenes „unzulänglichen Quantitätsverhältnisses“, das für die Gesellschaft immer nothwendig eintrete, da die verfügbare Quantität nicht für Alle ausreiche, die bezitzenden egoistischen Individuen bemüht sein müssten, ihren eigenen Bedarf

mit Ausschluss der begehrliehen anderen Personen möglichst vollständig zu decken; demgemäss müssten diese Individuen in dem Besitze der in dem obigen Quantitätenverhältnisse stehenden Güter geschützt werden. und so (!) gelange man dann zu dem ökonomischen Ursprunge unserer gegenwärtigen Rechtsordnung und zunächst des sog. Besitzschutzes, der Grundlage des Eigenthums. Eigenthum und die menschliche Wirthschaft hätten also denselben gemeinsamen Ursprung, das Eigenthum wie die Wirthschaft seien also keine willkürlichen Erfindungen, Eigenthum sei die einzige mögliche praktische Lösung jenes Problems, das uns die Natur der Dinge, das obige Missverhältniss zwischen Bedarf und verfügbarer Gütermenge aller wirthschaftlichen Güter aufdränge. Die Institution des Eigenthums könne also nur beseitigt werden, wenn man jenen Grund aufhobe, wenn also die verfügbaren Güter zur vollständigen Befriedigung aller Menschen ausreichten. Bei den nichtökonomischen Gütern falle jener Grund des Eigenthums fort, sie seien weder Gegenstände des Eigenthumswillens noch der Wirthschaft, bei ihnen könne man vielmehr thatsächlich ein Bild des Kommunismus beobachten. Jedermann nehme von ihnen, soviel er wolle. Dieser Kommunismus finde in dem obigen Quantitätenverhältnisse seine ebenso naturgemässe Begründung, wie das Eigenthum in dem entgegengesetzten Verhältnisse.

Je nach dem Wechsel jenes Quantitätenverhältnisses, meint Menger, sei auch die Geltung der Dinge als ökonomische oder nicht-ökonomische Güter ein wechselndes, besonders sei es der Fortschritt der Kultur, die Vermehrung der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse, sowie der Fortschritt in der Erkenntniss des Zusammenhanges der Dinge mit der menschlichen Wohlfahrt, welche diesen Wechsel hervorbringe. So werde das Holz, das ursprünglich ein freies Gut gewesen sei, erst im Laufe der Kultur zu einem ökonomischen Gute. Eine Mittelstellung nähmen einerseits die Güter ein, die später vorsorglich in so grosser Menge produziert würden, dass sie sich für den Konsumenten als nicht ökonomische Güter gestalten, wie z. B. der unentgeltliche Volksschulunterricht und das unentgeltliche Leitungswasser in den Städten, und andererseits die Güter, die — obgleich den Bedarf noch heute weit übersteigend — durch Gewalthaber der freien Verfügung der übrigen Konsumenten entzogen würden, so z. B. das Holz in den Wäldern von Grossgrundbesitzern, das dem natürlichen Laufe der Dinge nach keinen ökonomischen Charakter haben würde, weil die den Besitzern

verfügbaren Quantitäten weitaus grösser seien als der vorhandene Bedarf, während die Waldherren unter Umständen jährlich viele tausend Stämme im Walde vermodern liessen, statt sie unentgeltlich abzugeben. Solche Güter würden dann für die Konsumenten künstlicher Weise (!) zu ökonomischen, bei welchen denn auch (!) thatsächlich! alle jene Erscheinungen beobachtet werden könnten, die den ökonomischen Gütern eigen seien. Man könne solche Güter quasi ökonomische nennen. — „Künstlich“ ist hier m. E. nur die zweifelhafte Konstruktion farbloser „Quasi“-Begriffe. Und wie weit ist doch eine solche Auffassung entfernt von der sozialen Betrachtungsweise etwa eines Wagner in seiner prinzipiellen Unterscheidung von „naturfreien“ und „besitzfreien“ Gütern, und wie fremd steht sie gar der in dieser Schrift von mir vertretenen Auffassung gegenüber, wonach begrifflich allen Gütern, die den Gegenstand des wirtschaftlichen Tauschverkehrs ausmachen, die Eigenschaft als „soziale“ Güter gleichsam wie ihre zweite Seele innewohnt.

Endlich lässt nun Menger auch den Werth aus derselben Quelle wie die Wirthschaft und den ökonomischen Charakter der Güter entstehen, nämlich aus dem Alpha und Omega seiner Theorie, dem Verhältnisse zwischen Bedarf und verfügbarer Gütermenge. Es gelte hier Alles, was er schon über das Wesen der ökonomischen Güter gesagt habe: Der Werth sei die Bedeutung, welche die einer Wirthschaft zu Gebote stehenden einzelnen konkreten Güter und Theilquantitäten von solchen für uns dadurch erlangen, dass sie in geringerer Menge, als es das Bedürfniss erheischt, vorhanden sind, und dass wir dadurch erkennen, wie von einem solchen Gute oder einer Theilquantität desselben die Befriedigung eines der Bedürfnisse oder doch die grössere oder geringere Vollständigkeit dieser Befriedigung abhängig sei. Nicht ökonomische Güter hätten auch keinen Werth; denn die Bewohner eines Urwaldes, die Anwohner eines Baches seien in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse an Holz und Wasser von keiner Theilquantität der Bäume und des Wassers abhängig; gehe ein Theil der Bäume oder des Wassers verloren, so sei beliebiger Ersatz in Fülle da. Solche Güter hätten nicht nur keinen Tauschwerth, sondern auch keinen Gebrauchswerth, wie letzteres fälschlich unter Verwechslung des Gebrauchswerthes mit der blossen Nützlichkeit der Dinge so oft angenommen worden sei. Nützlichkeit sei eben nur Eine der vier Voraussetzungen des Werthes. Die Praxis sei hier der Wissen-

schaft überlegen. Noch nie habe ein wirthschaftendes Wesen unter gewöhnlichen Verhältnissen einem Kubikfuss Luft oder in quellenreichen Gegenden einem Schoppen Wasser Werth beigelegt. Mit dem Wechsel jenes Bedarfs- und Quantitätenverhältnisses entstehe oder vergehe der Werth; so erlange z. B. das Wasser einer Oase Werth je nach der Fülle und der Menge derer, die es gerade trinken wollen.

Der Werth sei also nichts den Gütern Anhaftendes, keine Eigenschaft derselben, kein für sich selbst bestehendes Ding, sondern ein Urtheil, welches sich die wirthschaftenden Individuen über die Bedeutung bilden, welche je im einzelnen Falle die Verfügung über Güter für die Aufrechterhaltung ihres Lebens, ihrer Wohlfahrt oder doch eines, wenn auch noch so geringfügigen Theiles derselben, gewährt. Es sei deshalb durchaus irrig, den seiner Natur nach durchaus subjektiven Güterwerth in der Weise zu objektiviren, dass man ein Gut einen „Werth“ nenne, oder aber die Volkswirth gar von „Werthen“, gleichwie von selbstständigen realen Dingen, sprächen.

Auch die Grösse des Werths, sein Maass im Einzelnen, sei nur auf der geschilderten Grundlage der exakten Bestimmung zugänglich. Denn wenn das Wesen des Güterwerthes an sich mit der Bedeutung, welche wir der Befriedigung unserer Bedürfnisse beimessen, erschöpfend bezeichnet sei, so könne auch die Verschiedenheit der Grösse des Werthes der einzelnen Güter nur in der Verschiedenheit der Grösse jener Bedeutung begründet sein, welche jene Bedürfnissbefriedigungen für uns haben, in Rücksicht auf welche wir von der Verfügung über diese Güter abhängig seien. Um die letzten Ursachen für das Grössenmaass zu finden, würden wir also die doppelte Aufgabe haben, nämlich zu untersuchen:

1. in wiefern die Befriedigung verschiedener konkreter Bedürfnisse für Menschen eine verschiedene Bedeutung habe (subjektives Moment) und

2. welche konkreten Bedürfnissbefriedigungen in jedem einzelnen Falle von unserer Verfügung über ein bestimmtes Gut abhängig seien (objektives Moment).

Was nun die Aufgabe zu 1. betreffe, so müsse man unterscheiden: einmal die Bedeutung, welche die wichtigeren Bedürfnisse (Nahrung, Kleidung u. s. w.), von denen Leben und Tod abhängt, vor den immer weniger wichtigen, mehr den Luxus befriedigenden, z. B.

einer Karosse, einem Spielbrette, von welchen nur das Wohlbehagen abhängt, in Anspruch nehmen, sodann die verschieden grosse Bedeutung, welche bei der mehr oder minder vollständigen Befriedigung ein und desselben Bedürfnisses zu beachten sei, indem die Befriedigung irgend eines bestimmten Bedürfnisses bloss zu einem gewissen Grade der Vollständigkeit für uns die relativ höchste, die darüber hinausgehende Befriedigung aber eine immer geringere Bedeutung habe, bis zuletzt ein Stadium eintrete, wo der letzte Akt keinen Gennuss, sondern eine Pein verursache, z. B. beim Uebermaass im Essen. Zum Zwecke des ziffernmässigen Ausdruckes der Grösse der einzelnen Bedürfnisse stellt er deshalb die folgende Doppelskala auf:

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
9	8	7	6	5	4	3	2	1	0
8	7	6	5	4	3	2	1	0	
7	6	5	4	3	2	1	0		
6	5	4	3	2	1	0			
5	4	3	2	1	0				
4	3	2	1	0					
3	2	1	0						
2	1	0							
1	0								
0									

Skala I bis X von links nach rechts drückt die Reihenfolge in der Wichtigkeit der menschlichen Bedürfnisse überhaupt aus, z. B. möge I das Nahrungsbedürfniss, V den Tabakgenuss bezeichnen; die arabischen Zahlen (von oben nach unten) drücken die sich je nach dem Grade der bereits erfolgten Befriedigung herabmindernde Bedeutung der Befriedigung der einzelnen Bedürfnisskategorien (I bis X) aus. Es sei daraus zu ersehen, dass, wenn ein an sich wichtiges Bedürfniss, z. B. das Nahrungsbedürfniss, bis zu einem gewissen Grade der Vollständigkeit befriedigt sei, die weitere Befriedigung desselben für das Individuum lediglich jene Bedeutung habe, welche durch eine niedrigere Zahl, z. B. die Zahl 6, ziffermässig bezeichnet werde, so dass sie z. B. in dem angezogenen Falle dem minderwerthigen Tabakgenusse gleichkomme. Obgleich diese gegenseitigen Abwägungen der verschiedenen Bedeutungen, welche die Befriedigung der einzelnen

konkreten Bedürfnisse für die Menschen haben, von den Forschern bisher wenig beachtet worden seien, so hätten sie doch im Leben die grösste Wichtigkeit und würden thatsächlich von den wirthschaftenden Subjekten fast ununterbrochen geübt.

Eine besondere Schwierigkeit ergebe sich erst für die Beantwortung der Frage zu 2, nämlich: Welches der einzelnen subjektiven Bedürfnisse nun objektiv von den konkreten Gütern abhängig sei. Die Schwierigkeit, meint er, bestehe darin, dass in der Regel dem einzelnen Bedürfnisse nicht ein einziges, ausschliesslich zur Befriedigung dieses Bedürfnisses taugliches Gut, sondern einem Komplex von solchen Bedürfnissen eine Quantität von solchem gegenüberstehe. Ein isolirter Landmann z. B. verfüge über 200 Metzen Korn. Die einzelnen Theile dieser Quantität befriedigen aber Bedürfnisse von sehr verschiedener Wichtigkeit. Ein Theil etwa diene zur Nahrung des Landmanns, ein Theil als Saatkorn, ein weiterer zur Erzeugung von Bier, Branntwein und zu anderen Luxusziwecken, dann zur Mästung des Viehes, endlich zur Ernährung von Luxusthieren, also zu Bedürfnissen von grundverschiedener Wichtigkeit, die nach dem Obigen auch einen dementsprechend immer kleineren Werth repräsentiren. Die Schwierigkeit liege nun darin, dass dennoch die einzelnen Metzen erfahrungsgemäss keinen verschiedenen Preis haben. Wie sei das Problem zu lösen? Er hält folgende Lösung für geboten: Da die einzelnen Metzen nicht verschiedenen Werth haben können, so müsse nur der Werth Einer Theilquantität über denselben bestimmen; dies sei aber die Theilquantität, von welcher die Befriedigung des am wenigsten wichtigen Bedürfnisses abhängt, in jenem erörterten Falle also die für die Ernährung der Luxusthiere bestimmte Quantität; denn, wenn von dem Gesamtvorrath des Korns ein Theil fortfiel, so fiel eben nur die Befriedigung dieses letzten Luxusbedürfnisses fort, die anderen Bedürfnisse könne und würde unser Landmann nach den oben aufgestellten vier Regeln des Wirthschaftsbegriffes mit dem Reste nach wie vor befriedigen. Der Satz, der also das ganze Werthproblem in allen seinen Fragen zu lösen berufen sei, laute:

„Der Werth eines konkreten Gutes oder einer bestimmten Theilquantität der einem wirthschaftenden Subjekte verfügbaren Gesamtquantität eines Gutes ist für dasselbe gleich der Bedeutung, welche die wenigst wichtigen von

den durch die verfügbare Gesamtquantität noch gesicherten und mit einer solchen Theilquantität herbeizuführenden Bedürfnissbefriedigungen für das obige Subjekt haben. Diese Bedürfnissbefriedigungen sind es nämlich, rücksichtlich welcher das in Rede stehende wirthschaftende Subjekt von der Verfügung über das betreffende konkrete Gut, bezw. die betreffende Güterquantität abhängt.“

Mit diesem Satze meint er nun alle ökonomischen Werth-Probleme lösen zu können, so z. B. die alte Frage, weshalb Dinge vom grössten Gebrauchswerthe wie Wasser, Eisen doch gar keinen oder einen geringeren Werth wie die überflüssigsten Dinge z. B. Gold und Diamanten haben. Diamanten und Gold seien nämlich so selten, dass sich die den Menschen verfügbaren Quantitäten derselben in einer Kiste bezw. in einem einzigen grossen Saal verwahren liessen. Trinkwasser sei dagegen in so grossen Quantitäten auf der Erde vorhanden, dass sich kaum ein Reservoir denken lasse, das gross genug wäre, dasselbe zu umfassen. Während von konkreten Quantitäten Trinkwasser demgemäss unter gewöhnlichen Verhältnissen thatsächlich kein menschliches Bedürfniss derart abhängig sei, dass es sonst unbefriedigt bleiben müsse, hätten bei dem Golde und den Diamanten selbst die geringfügigsten unter den durch die verfügbare Gesamtquantität gesicherten Bedürfnissbefriedigungen noch immer eine relativ hohe Bedeutung. Unter Umständen könne diese gegenseitige Bedeutung und also der Werth jener Güter wechseln, so etwa in der Wüste, wo von einem Trunk Wassers wichtigere Bedürfnissbefriedigungen abhängen könnten, wie von einem kostbaren Diamanten. Durch dies wechselnde Quantitätenverhältniss erklärt Menger S. 72 bis 74 das alte Problem, das in der von Proudhon besonders hervorgehobenen contradiction (antinomie) économique zwischen Gebrauchswerth und Tauschwerth bestehe, und welches auch in dem von Landerdale geltend gemachten Paradoxon sich ausdrücke, dass eine fortgesetzte Vermehrung der gebrauchswerthigen Güter — statt eine Vermehrung — umgekehrt eine Verminderung des tauschwerthigen Vermögens hervorbringe.

Wie dem Leser aufgefallen sein wird, bleibt die Menger'sche Untersuchung bisher ganz in der Betrachtung der Bedeutung gegebener konkreter Gütervorräthe einzelner Subjekte von rein zu-

fälligem Umfange stecken, er hat nur „isolirte Landlente“ und „Robinsons“ im Auge. Und was soll es bedeuten, wenn er dies zugiebt (S. 104), nun verspricht, zu komplizirteren („sozialen“) Verhältnissen überzugehen, und dann doch wieder nur den Fall eines Segelschiffes behandelt, dessen Zwiebacksvorrath sich mitten auf dem Meere erschöpft, dann den reichlicheren oder geringeren Erntevorrath, sodann den partiellen Austausch des überschüssigen Vorraths von Kühen und Pferden zwischen einzelnen Landlenten, endlich später die Preise von Monopolgütern und die Gesetze der Absatzfähigkeit der gerade vorhandenen Marktwaaren untersucht. Ueberall setzt er die produzierten Vorräthe als gegebene voraus, er untersucht theilweise nur die Gesetze, die über den Tauschwerth zufälliger, von den Produzenten selbst nicht zu gebrauchender „Ueberschüsse“ gelten. Nirgends — oder doch nur aphoristisch — behandelt er das soziale Getriebe der Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung und der heute doch beinahe ausschliesslich maassgebenden Produktion für fremden Konsum.

Die Resultate seiner Lehre sind: Die Güterpreise sind etwas Unwesentliches, sie sind lediglich akzidentielle Erscheinungen, Symptome des ökonomischen Ausgleichs zwischen den menschlichen Wirthschaften; die im Austausch erscheinenden Güterquantitäten sind nicht als „Aequivalente“ zu betrachten, sie bilden keine Gleichheit im objectiven Sinne, wie irrthümlich alle Oekonomen seit Aristoteles annahmen, man tausche gerade, weil der einzutauschende Gegenstand für das austauschende Individuum einen grösseren Werth wie der auszutauschende habe. Nur die „äussersten Grenzen“ seien gegeben, innerhalb deren die beiden Individuen den Austausch, soll er ein ökonomischer sein, vornehmen können. Innerhalb dieser Grenzen bilde sich ein Durchschnitt durch „Feilschen“, durch Unter- und Ueberbieten. Gebrauchswerth und Tauschwerth seien keine koordinirten Begriffe, sondern nur Formen der Einen allgemeinen Wertherscheinung: Der Gebrauchswerth ist die Bedeutung, welche Güter durch ihre direkte Benutzung zur Sicherung des ökonomischen Zweckes erlangen, der Tauschwerth die Bedeutung, welche sie dadurch erlangen, dass durch den Besitz derselben und ihre Verwendung zum Eintausche der unmittelbar gebrauchten Güter der gleiche Erfolg unter gleichen Verhältnissen in indirekter Weise gesichert werde. Fälle, wo Güter nur Gebrauchswerth, oder nur Tauschwerth besässen, seien nur Ausnahmen!! im wirthschaftlichen Leben der Menschen. in

der Regel! hätten die Subjekte die Wahl zwischen direktem Gebrauch und indirektem durch Tausch; welcher Gebrauch, der direkte oder der indirekte, im einzelnen Falle der ökonomische sei, sei dem Wechsel unterworfen, je nachdem der „Vorrath“ für das Bedürfniss des Individuums dienlich sei oder nicht, je nachdem das Gut in grösserem oder kleinerem Vorrath vorhanden, je nachdem das besitzende Individuum arm oder reich sei.

Ich habe mich hier absichtlich recht kurz gefasst, eine eingehendere Kritik wird sich erst lohnen, wenn ich die Menger'sche Lehre in der ausgebildeten und erweiterten Fassung vorgetragen haben werde, wie sie besonders durch von Wieser und durch von Böhm-Bawerk ihr gegeben worden ist.

Hier beschränke ich mich, vorläufig das Wort von Rodbertus zu zitiren, was auf die vorgetragene Menger'sche Lehre so passt, als hätte Rodbertus auf die letztere eine Kritik geschrieben. Das Alles, was Menger vorgetragen hat, könnte man nämlich mit Rodbertus „die reine Negation der Arbeitstheilung und des Tauschwerthes nennen; diese blossen isolirten Tauschfälle bei sonst im Uebrigen vorwiegender Wirthschaft für den eigenen Gebrauch, diese zufällig und partiell entstehenden, plötzlich wieder verschwindenden Arbeitstheilungen lassen das Maass der Vergeltung, also des Tauschwerths, von der Dringlichkeit des Bedürfnisses und dem Vorrath des Produktes bei jedem der Tauschenden, d. h. von dem individuellen Begehr und Angebot abhängen.“

Was Menger behandelt, sind in der That blosses Markt-gesetze, seine Lehren lassen die organische planvolle Wirthschafts-konstruktion des sozialen Erwerbslebens verkennen und übersehen, sie geben die grossen Errungenschaften preis, welche die Altmeister der Wissenschaft, Smith und Ricardo, über den „natürlichen“ Werth aufgestellt haben, von welchem die Marktpreise die Abweichungen bilden, welche wie Flut und Wellen ewig nur die Oberfläche beherrschen.

Diese unorganischen Abweichungen, die heute allerdings eine grosse, manchmal recht verhängnissvolle Rolle spielen, diese anarchische Planlosigkeit, deren Folgen Ueberproduktion, Krisen und Stagnation bedeuten, sind noch die alten traurigen Ueberbleibsel der isolirten Wirthschaft, des unorganischen Tausches und der anarchischen Produktion, sie sind glücklicher Weise nur die „Ausnahme“, über welche der moderne Staat oder die menschliche Gesellschaft sich eben jetzt erst anschicken oder doch anschicken

werden und müssen, durch grossartige Reformen Herr zu werden, indem sie Ordnung in Produktion und Absatz zu bringen suchen. Eine jede Partei versucht dies allerdings auf verschiedenem Wege, doch das Ziel ist dasselbe; durch solche wissenschaftlichen Theorien wie die Menger'sche aber wird es nur verdunkelt und in unerreichbare Ferne gerückt.

§ 22.

Menger's Lehre von den Gütern höherer Ordnung, insbesondere vom Kapital und der Kapitalverfügung.

Der dennoch grosse Werth der Menger'schen Lehre besteht nun, abgesehen von anderen später zu besprechenden Vorzügen, besonders in der scharfen und lichtvollen Kritik der ihr antipodisch abgewandten reinen Kostenwerththeorie. Ein Extrem wird immer am energischsten und schonungslosesten vom anderen abgethan.

Am fruchtbarsten muss natürlich diese Kritik ausfallen bei der Lehre von den Kapitalgütern und den übrigen Produktionsfaktoren, den „Gütern höherer Ordnung“, wie sie Menger nennt. Hier beansprucht seine Lehre dauerndes Verdienst, aber auch hier nur nach einer Richtung. Da er thatsächlich nämlich nur die rein ökonomische Kategorie behandelt, so ist seine Kritik gegen die Kostenwerththeorie nur soweit fruchtbar, als er in den Kosten, also in Arbeit, Natur und Kapital die produktionstechnische Bedeutung derselben erkennen und treffen kann; dass diese Begriffe aber auch soziale Kategorien umschliessen, das entgeht ihm, und so schlägt seine Kritik über das richtige Maass hinaus. Er übersieht, dass die drei genannten Faktoren heute nicht nur die Bedeutung ewiger indispensabler Produktionsfaktoren haben, sondern auch das Mittel sind, aus dem mit ihnen gemeinsam hergestellten Gesamtprodukt für ihre Inhaber bestimmte Antheile anzueignen, deren Grösse aus der Bedeutung ihrer blossen produktionstechnischen Mitwirkung gar nicht ausmessbar ist, sondern nur aus ihrer Eigenschaft als Aneignungs- und sozialer Macht- und Vertheilungsmittel berechnet werden kann.

Menger's Lehre ist also kurz folgende: Es ist keine Voraussetzung der Güterqualität der Dinge, dass sie im unmittelbaren Kausalzusammenhang mit der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse

gesetzt werden können, wie dies bei den zur direkten Bedürfnissbefriedigung dienenden Genussmitteln — z. B. Brod, Wohnhaus, Kleidungsstücken — der Fall ist, sondern wir begegnen auf unseren Märkten neben den letzteren — den Gütern erster Ordnung — einer grossen Anzahl anderer Dinge, die in keinerlei unmittelbaren Kausalzusammenhang mit der Befriedigung unserer Bedürfnisse gesetzt werden können, und deren Güterqualität doch nicht minder feststeht, so begegnen wir z. B. neben dem Brode auch Quantitäten von Mehl, Brennstoffen, Salz, Vorrichtungen und Werkzeugen zur Broderzeugung und nicht minder den eigenartigen Arbeitsleistungen der Bäcker, die hierzu erforderlich sind — Güter zweiter Ordnung. An diese schliessen sich dann die Güter dritter Ordnung an z. B. Getreidemühlen, Weizen, Roggen und die bei der Erzeugung des Mehles erforderlichen Arbeitsleistungen der Müller, an diese die Güter vierter Ordnung, die zur Herstellung der Güter der vorhergehenden Ordnung nothwendig sind, so in dem vorausgesetzten Falle der Broderzeugung die Getreideäcker, sowie landwirthschaftliche Vorrichtungen, Werkzeuge und Arbeitsleistungen, u. s. w. eine Folge weiterer Güterordnungen, die natürlich wie alle Güterordnungen überhaupt nicht absolute, sondern nur als Hilfsmittel der theoretischen Darstellung benutzte Ordnungsziffern seien. — Die Güterqualität der Güter höherer Ordnungen sei aber ferner dadurch bedingt, dass wir auch über die entsprechenden „komplementären“ Güter derselben und der nächstfolgenden Ordnungen verfügen.

An diese Betrachtung der Güter höherer Ordnung schliesst Menger die treffliche Bemerkung an, dass gerade die fortschreitende Heranziehung von Gütern höherer Ordnung eine überaus wichtige vermehrende Wirkung auf die den Menschen verfügbaren Genussmittel ausgeübt habe. Er schildert, wie die Menschen auf den rohesten Entwicklungsstufen, so in der Form der okkupatorischen Wirthschaft, sich auf die Ansammlung der jeweilig von der Natur freiwillig gebotenen Güter niederster Ordnung haben beschränken müssen, wie sie dabei dem Zufall und der Noth ausgesetzt gewesen seien, bis sie angefangen hätten, die Dinge zu erforschen, durch deren Verbindung im Kausalprozesse die Genussmittel entstehen, und dieselben mittels Prozesse, die in der Gewalt des Menschen stehen, zu Gütern höherer Ordnung zu gestalten, und wie sie so der Noth und dem Zufall mehr und mehr entrückt worden seien. Die fortschreitende Erkenntniss dieses

Kausalzusammenhanges der Dinge mit der menschlichen Wohlfahrt und die fortschreitende Bemächtigung der entfernteren Bedingungen derselben seien die wahren Ursachen der Kultur und der fortschreitenden Wohlfahrt der Menschen, und es werde der wirthschaftliche Fortschritt der Menschheit auch in kommenden Zeitepochen sein Maass in jenen Fortschritten finden. Diese und nicht die von Adam Smith betonte fortschreitende „Arbeitstheilung“ sei die Ursache der fortgesetzten Vermehrung des Volksreichthums, ohne dieselbe würde eine noch soweit gehende Arbeitsgliederung nicht viel nützen. — Menger hätte vielleicht Recht, wenn er nur die technologische Bedeutung der Arbeitstheilung im Auge hätte, wie sie z. B. in den vielbenutzten Beispielen der Stecknadeln- und Uhrenproduktion veranschaulicht wird, aber er hat Unrecht, wenn, wie es doch nothwendig ist, die Arbeitstheilung in der erweiterten „staatswirthschaftlichen“ Bedeutung erfasst wird, wie sie Rodbertus (vergl. oben Seite 80 folg.) so treffend als „Arbeitsvereinigung und Gemeinschaft des Erarbeiteten“ schildert, indem er durch sie erst die eigenthümlichen sozialen Kategorien und sozialen Gebilde der Gesellschafts- und Staatswirthschaft und den in ihnen enthaltenen Sozialismus entstehen lässt. Ob heute die Menschheit nicht etwa doch auf einem Standpunkt angelangt ist, wo Technik und Naturwissenschaft einen so unverhältnissmässigen Vorsprung gewonnen haben, dass der Fortschritt in erhöhtem Maasse nicht so sehr von der fortschreitenden Erkenntniss und Bemächtigung der entfernteren rein ökonomischen produktions-technischen Bedingungen der menschlichen Wohlfahrt, als vielmehr von der fortschreitenden Erkenntniss und Beherrschung der sozialen Kausalzusammenhänge abhängt — das ist gerade der sozialen Frage zweiter und mindestens nicht unwichtigerer Theil.

Richtig ist ja nun durchaus, dass es Menger weiterhin eine Umkehrung des wahren Verhältnisses nennt, wenn man, wie es geschehen, den ökonomischen Charakter der Güter und ihren Werth im Widerspruch mit aller Erfahrung darin gesucht habe, dass die zu ihrer Hervorbringung verwendeten Güter, ehe sie dem Produktionsprozesse unterzogen wurden, ökonomischen Charakter und Werth hätten, da umgekehrt der Werth der Güter höherer Ordnung, der Produktivgüter, einzig durch den Kausalzusammenhang mit der Bedürfnissbefriedigungsqualität der durch sie produzierten Güter erster Ordnung erst bedingt sei. Er hebt den bekannten formellen Kreisschluss hervor, der darin bestehe, dass man

den Werth der Güter erster Ordnung durch den der Güter zweiter, den dieser durch den der Güter dritter Ordnung und so fort erkläre. So sei das Problem eben nicht zu lösen, da dann noch immer die Frage nach der letzten und eigentlichen Ursache des ökonomischen Charakters der Güter unbeantwortet bleibe. Menger ist sogar der Ansicht, dass im praktischen Leben Niemand (!) nach der Geschichte der Entstehung eines Gutes, sondern nur nach den Diensten frage, die es leisten werde; ob viel Arbeit oder wenig auf dasselbe verwandt sei, so habe es doch gleichen Werth. Die Vergleichung seines Werthes mit dem Werthe der zu seiner Hervorbringung verwandten Produktionsmittel zeige uns nmr, ob und wie weit die Produktion desselben, also ein der Vergangenheit angehöriger Akt menschlicher Thätigkeit, ein zweckmässiger, ein ökonomischer war. Auch die Reproduktionskosten seien nicht maassgebend; denn viele Güter könnten nicht reproduziert werden. Dazu komme es, dass es Güter gebe, die überhaupt keine „Produkte“ seien, die sich vielmehr als die ursprünglichsten Elemente der Produktion darstellen, wo man also mit den Produktionskosten Nichts erklären könne, so die Bodennutzungen, die Arbeitsleistungen und die Kapitalnutzungen. Der Werth aller dieser Güter könne durch die Produktionskostentheorie nicht erklärt werden, sondern werde durch dieselbe geradezu unbegreiflich.

Das maassgebende Prinzip des Werthes der Güter höherer Ordnung sei vielmehr der Werth der Güter niederer Ordnung, aber nicht der Werth der Güter in der Gegenwart, sondern ihr voraussichtlicher Werth in dem künftigen Zeitraume, in welchem sie zur Verwendung kommen sollen. Er weist, wie schon Hermann (vergl. oben S. 108 u. 109), darauf hin, dass beim Steigen oder Sinken des voraussichtlichen Werthes der Güter niederer Ordnungen die Wirkung auf die Güter höherer Ordnung zurückschlage. Die Idee der Zeit, die überhaupt unzertrennlich von der Idee der Kausalität sei, spiele hierbei eine grosse Rolle. Das Leben der Menschen sei ein Prozess, in welchem die kommenden Entwicklungsphasen stets durch die vorangehenden bedingt seien, ein Genuss pflüge den Menschen, wie alle Erfahrung lehre, in der Gegenwart oder in einer näheren Zukunft wichtiger zu erscheinen, als ein solcher von gleicher Intensität in einem entfernten Zeitpunkte. Darin liege eine hemmende Schranke, welche den Menschen in der sonst möglichen fortschreitenden Vermehrung ihrer Genussmittel durch Heranziehung von Gütern höherer Ordnung gesetzt werde, mit anderen Worten,

der Fortschritt der Menschen sei heute dadurch bedingt, dass sie nach erfolgter Deckung des Bedarfes der nächsten Zukunft auch noch Quantitäten von Gütern für die entfernteren Zeiträume verfügbar machen, dass sie also „über Quantitäten von ökonomischen Gütern höherer Ordnung, (überall dort, wo sich aber bereits ein lebhafter Verkehr entwickelt habe, und Güter jeder Art gegen einander ausgetauscht werden können, über Quantitäten von ökonomischen Gütern überhaupt), bereits in der Gegenwart für kommende Zeiträume verfügen, oder mit anderen Worten: **Kapital** besitzen.“ Nur solche Güter seien in Wahrheit Kapitalien, nicht dagegen — nach Hermann'scher falscher Auffassung — jeder Vermögensbestandtheil, welcher dauernd Einkommen gewähre, also nicht die Arbeitskraft, Grundstücke und nicht alle Gebrauchsgüter von einiger Dauer („Roscher“). Unter die als Kapitalien zu bezeichnenden Güter höherer Ordnung gehören vielmehr nach Menger's Ansicht, ausser der Gesamtheit von Rohstoffen, Maschinen, Werkzeugen u. s. w., nur die Arbeitsleistungen, die Bodennutzungen und Kapitalnutzungen, einschliesslich der sogen. Unternehmerthätigkeit. Hinsichtlich der letzteren führt er aus, dass sie ebensogut den Charakter eines Gutes höherer Ordnung habe, wie die technischen Arbeitsleistungen. Auch sagt er in einer Anmerkung: „Als Güter höherer Ordnung sind nicht nur die technischen Produktionsmittel zu betrachten, sondern überhaupt alle Güter, welche erst durch die Verbindung mit anderen Gütern höherer Ordnung der Befriedigung zugeführt werden. Die Waaren, welche der Grosshändler nur mit Anwendung von Kapitalnutzungen etc. in die Hände der Detailhändler gelangen lassen kann, sind als Güter höherer Ordnung zu betrachten, und ebenso die Waaren, welche sich in den Händen des Krämers befinden.“

Am wichtigsten ist seine Lehre von den Kapitalnutzungen. Er lehrt: Während wir von den Gütern erster Ordnung sofort den bezüglichen Gebrauch machen können, sei — wie oben schon bemerkt — ein gewisser Zeitaufwand von jedem Produktionsprozess unzertrennlich. Dieser Zeitaufwand sei je nach der Natur des Produktionsprozesses verschieden und mit Rücksicht auf denselben Produktionszweig um so grösser, je höher die Ordnung der einzelnen Güter höherer Ordnung stehe. Innerhalb dieser Zeiträume sei auch das Kapital gebunden, für andere Zwecke nicht verfügbar. Von dieser innerhalb bestimmter Zeiträume für den Produktionsprozess erforderlichen „Verfügung“ über

Kapitalnutzungen sei demnach die Befriedigung unserer Bedürfnisse nicht minder abhängig, als von unserer Verfügung über andere ökonomische Güter, er rechnet sie deshalb, ebenso wie die Kapitalstücke selbst zu den Gütern. Die Zinszahlung sei demnach keine Entschädigung des Kapitalbesitzers für seine „Enthaltbarkeit“, sondern nichts Anderes, als der Eintausch eines ökonomischen Gutes (der Kapitalbenützung) gegen ein anderes (z. B. gegen Geld). (Man sieht, es ist dies nur ein anderer Ausdruck für die Hermann'schen und Schäffle'schen „Nutzungen“ des Kapitals, welche diese Schriftsteller ebenfalls wie Menger als besondere wirtschaftliche Güter neben dem Kapital selbst erklären, vergl. auch Knies.) Es sei hiernach klar, dass der Werth der zur Hervorbringung z. B. einer Quantität Getreide erforderlichen Güter höherer Ordnung, also der Werth des Samengetreides, der Bodenbenützung, der bezüglichen Arbeitsleistungen etc., m. a. W. der zur Hervorbringung des Getreides erforderlichen Güter höherer Ordnung in ihrer Gesamtheit, sein Maass in dem voraussichtlichen Werthe des Getreideprodukts nach Ablauf eines Jahres finde, aber nur unter der Voraussetzung, dass in dem Werth des Produkts auch jener inbegriffen ist, welchen die „Verfügung“ über die bezüglichen ökonomischen Güter innerhalb eines Jahres für die betreffenden wirtschaftenden Subjekte habe, während der Werth der in Rede stehenden Güter höherer Ordnung in der Gegenwart an und für sich nur dem Werthe des voraussichtlichen Produkts nach Abzug des Werthes der bezüglichen Kapitalnutzung gleichgesetzt werden könne. Der Werth der Güter höherer Ordnung in der Gegenwart, also exclusive der Kapitalbenützung, sei also nicht gleich dem ganzen voraussichtlichen Werthe des Produkts, sondern er regele sich in der Weise, dass zugleich eine „Marge“ für den Werth der Kapitalbenützung offen bleibe.

Was gegen diese Konstruktion des Kapitalgewinnes aus dem Begriffe der Kapitalnutzung zu sagen ist, sahen wir schon oben bei der Kritik der Hermann'schen Lehre (oben S. 112 ff.). Die „Kapitalnutzung“, die Menger nur mit dem neuen Worte „Kapitalverfügung“ bezeichnet, ist kein Ding ausserhalb des Kapitals, sondern nur eine funktionelle Aeusserung desselben. Menger selbst hat ja die „Verfügung“ über ein Gut (vergl. oben S. 170) als einen intergrirenden Bestandtheil aller Güter, als eine der vier Voraussetzungen der Güterqualität selbst aufgestellt. Wo bleibt da ein Platz für ein Sondergut übrig?

Aber selbst wenn die Verfügung über Güter höherer Ordnung ein eigenes reelles und wahrhaftiges Extragut wirklich wäre, also eins der nothwendigen komplementären Güter, welche zur Herstellung von Gütern niederer Ordnung nothwendig sind, so versagt doch die Menger'sche Theorie ihren Dienst, wenn man aus ihr den Werth der einzelnen komplementären Güter untereinander und also auch den Werth und die Grösse der Kapitalverfügung, d. i. die Grösse des Kapitalgewinns bestimmen will. Der Versuch Menger's, diesen Werth zu bestimmen, besteht darin, dass er auch den Werth einer jeden Theilquantität von Gütern höherer Ordnung, gleich den der Güter erster Ordnung, auf die Bedeutung zurückführt, welche jene Bedürfnissbefriedigungen für uns haben, deren Sicherstellung von unserer Verfügung über die in Rede stehende Theilquantität abhängt. Den hier scheinbar entgegenstehenden Umstand, dass die Heranziehung eines Gutes höherer Ordnung zur Produktion nicht für sich allein, sondern nur im Vereine mit anderen, den komplementären Gütern höherer Ordnung in ihrer untrennbaren Gesamtheit, stattfinden könne, hält er für nicht durchgreifend, vielmehr lehre die Erfahrung, dass einzelne komplementäre Güter höherer Ordnung bei der Produktion von Gütern nicht selten gänzlich wegfallen können, dass bei solchem Wegfall in der Regel ein sehr weiter Spielraum bestehe, die ausfallenden Güter durch Quantitäten anderer komplementären Güter zu ersetzen, und dass, wo solcher Ersatz etwa unmöglich sei, die übrig bleibenden Produktionsmittel nicht werthlos werden, sondern der Regel nach doch zur Hervorbringung anderer Güter verwendet werden können, wenn diese auch dann nur geringere Bedürfnisse zu befriedigen im Stande seien. So könne man bei der landwirthschaftlichen Produktion z. B. eine schwächere Düngung durch Herbeiziehung einer grösseren Quantität von Grundstücken, durch bessere Maschinen oder intensivere Anwendung von landwirthschaftlichen Arbeitsleistungen ersetzen n. s. w. Von einer bestimmten Quantität eines bestimmten Gutes höherer Ordnung hänge demnach der Regel nach nicht die Verfügung über eine genau entsprechende Quantität des Produkts ab, sondern lediglich eine Theilquantität, nicht selten blos die höhere Qualität desselben. Hiernach sei der Werth einer Quantität eines Gutes höherer Ordnung gleich der Differenz zwischen der Bedeutung jener Bedürfnissbefriedigungen, welche im Falle unserer Verfügung über die Quantität des Gutes höherer Ordnung, dessen Werth in

Frage ist, und jener, welche im entgegengesetzten Falle, bei jedermaliger ökonomischer Verwendung der Gesamtheit der uns verfügbaren Güter höherer Ordnung, erfolgen würden; jener Werth sei demnach um so grösser, je grösser der voraussichtliche Werth des Produkts bei gleichem Werthe der übrigen zur Hervorbringung desselben erforderlichen komplementären Güter, oder je niedriger der letztere unter sonst gleichen Verhältnissen sei.

Dies nämliche Gesetz gelte unterschiedslos für die Bemessung des Werths bzw. des Preises der Bodennutzungen, der Kapitalnutzungen und der Arbeitsleistungen, „mit anderen Worten“ für Bodenrente, Kapitalzins und Arbeitslohn. Was hiernach speziell die Bodenrente angehe, so stünden die Bodennutzungen rückichtlich ihres Werthes unter keinen anderen allgemeinen Gesetzen, als z. B. die Nutzungen von Maschinen, Werkzeugen, Wohnhäusern, Fabriken, ja als alle übrigen ökonomischen Güter, welcher Art sie auch immer sein mögen. Ricardo's Theorie treffe nicht das Prinzip der Bodenrente, sondern lediglich ein vereinzelt Moment seiner Verschiedenheit, das nur irrthümlicher Weise zum Prinzip erhoben werde. Der Werth der Grundstücke selbst sei nichts Anderes, als der voraussichtliche Werth der Gesamtheit der Bodennutzungen, zurückbezogen auf die Gegenwart. Je höher der voraussichtliche Werth der Bodennutzungen und je geringer der Werth der Kapitalnutzungen, um so höher sei der Werth der Grundstücke. Dies sei der Grund der Preissteigerung der Grundstücke in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. — Was die Arbeitsleistungen betrifft, so sei auch ihr Werth nicht, wie fälschlich geschehen, auf ihre Produktionskosten, d. h. auf das Subsistenzminimum als Preis zurückzuführen. Es sei nur ein Zufall, wenn die Arbeitsleistungen eines Menschen thatsächlich gegen die Subsistenzmittel desselben ausgetauscht werden. Er führt das Beispiel der Berliner Weissnäherinnen an, die bei 15stündigem täglichen Nähen doch nicht ihren vollen Unterhalt verdienen können.

Kein Wunder danach, wenn Menger „zu den seltsamsten (!) wissenschaftlichen Streitfragen“ diejenige rechnet, ob die Bodenrente, bzw. der Kapitalzins, vom moralischen Standpunkte aus berechtigt, oder „unmoralisch“ seien. „Ich glaube nämlich“, sagt er, „dass unsere Wissenschaft unter Anderem wohl auch die Ursachen zu erforschen habe, warum, und unter welchen Voraussetzungen die Bodennutzungen, bzw. die Kapitalnutzungen, für uns Güter sind, den ökonomischen Charakter aufweisen, Werth erlangen und endlich

im Güterverkehre erscheinen, also für dieselben Quantitäten anderer ökonomischer Güter (Preise) erlangt werden können, — dass die Frage nach dem rechtlichen oder moralischen Charakter dieser Thatsachen aber ausserhalb der Sphäre unserer Wissenschaft liegt. Wo immer die Boden- und Kapitalnutzungen Preise haben, überall dort ist dies die Folge ihres Werthes; dieser letztere ist aber nichts willkürliches; die Preise der obigen Güter (die Bodenrente und der Kapitalzins) sind demnach das nothwendige Produkt der ökonomischen Sachlage, unter welcher sie entstehen und werden um so sicherer entrichtet, je ausgebildeter der Rechtszustand eines Volkes und je geläuterter dessen öffentliche Moral ist. Wohl mag es für den Menschenfreund betrübend erscheinen, dass die Verfügung über ein Grundstück oder ein Kapital innerhalb eines bestimmten Zeitraumes dem Besitzer nicht selten ein höheres Einkommen gewährt, als die angestrengteste Thätigkeit dem Arbeiter innerhalb desselben Zeitraumes. Der Grund hiervon ist indess kein unmoralischer, sondern liegt darin, dass in den obigen Fällen eben von der Nutzung jenes Grundstücks, bezw. jenes Kapitals die Befriedigung wichtigerer menschlicher Bedürfnisse abhängig ist, als von den in Rede stehenden Arbeitsleistungen. Die Agitation Jener, welche einen grösseren Antheil der einer Gesellschaft verfügbaren Genussmittel den Arbeitern zugewendet sehen möchten, als dies gegenwärtig der Fall ist, verlangen demnach, soweit dies Begehren nicht Hand in Hand mit einer tüchtigeren Ausbildung des Arbeiterstandes geht, oder sich auf eine freiere Entfaltung der Konkurrenzverhältnisse beschränkt, nichts Anderes, als eine Entlohnung der Arbeit über ihren Werth, das ist Entlohnung der Arbeiter nicht so sehr nach dem, was ihre Leistungen der Gesellschaft werth sind, als vielmehr nach dem Maassstabe einer würdigeren Existenz derselben, einer möglichst gleichen Vertheilung der Genussmittel und Mühseligkeiten des Lebens. Die Lösung der Frage auf dieser Grundlage hat nun aber allerdings eine völlige Umgestaltung unserer sozialen Verhältnisse zur Voraussetzung.“

Nun, werden die Sozialisten sagen, dann wollen wir diese unleidlichen Verhältnisse eben von Grund auf umgestalten! Man sieht, zu welchen Konsequenzen die Menger'sche Lehre führt, zur Verzweiflung und zum Ausschluss aller durchgreifenden sozialen Reform oder — zum Umsturz. Ein Trost nur, dass Menger's Lehre falsch ist. Nein, die Grösse der Antheile am Produkt sind mit nichts durch die

„Natur“ gegeben, sie sind nicht „ehern“. Sie hängen mit menschlichen Einrichtungen zusammen, sie sind zum Theil Menschenwerk und können und werden auch von den Menschen geändert werden!

Dem Leser wird es nicht entgangen sein, dass Menger ganz auf dem Boden der Say-Hermann'schen Schule stehen geblieben ist, wenn er die Zahlung und den Empfang des Arbeitslohnes, der Bodenrente und des Kapitalzinses lediglich als den „Eintausch eines ökonomischen Gutes (der Arbeitsleistung, der Boden- und Kapitalbenutzung) gegen ein anderes“ hinstellt (vergl. Say's Lehre oben S. 104 u. folg. und Hermann's Lehre oben S. 112 u. 124). Wir konnten aber bei der Kritik der Say'schen und allenfalls auch noch der Hermann'schen Lehre immer noch sagen, dass dort die einfache Gleichstellung der rein ökonomischen Produktionseffekte mit den entsprechenden sozialen Abfindungsquoten ein mehr oder minder naiver unbewiesener Glaubenssatz blieb. Menger dagegen fügt eine bewusste, auf den ersten Anblick bestechende Begründung hinzu, nämlich dass der Werth der einzelnen zu bewerthenden Produktionsfaktoren bezw. ihrer „Nutzungen“ gleich sei demjenigen Theile des erzeugten Gesamtprodukts, der sich bei ihrem Fortfall durch die Verkürzung der entsprechenden Bedürfnissbefriedigungsquoten als definitiver Ausfall an Befriedigung grössenmässig ergeben werde. Es ist aber leicht zu beweisen, dass diese Begründung schon formell unzulänglich ist. Sie enthält zwei logische Verstösse.

Erstens bietet sie das Bild einer Tautologie in Verbindung mit einem Kreisschlusse. Um den Werth des „einen“ der komplementären Produktionsgüter zu finden, setzt sie ihn gleich der Differenz des Werthes des mit dem Gute zu erzielenden Gesamtprodukts und der Produktmenge, die ohne das zu bewerthende Gut mit den übrig bleibenden „anderen“ Produktionsgütern erzeugt werden kann. Wie gross ist nun der Werth irgend eines dieser anderen Produktionsgüter? Antwort: gleich dem Produktionseffekt der sämmtlichen bei der Produktion mitwirkenden Güter, also einschliesslich wieder des erst erwähnten „einen“ Gutes, vermindert um den Werth desjenigen Produktionserzeugnisses, welches ohne das jetzt zu bewerthende andere Produktionsgut sich ergibt. Der Werth des einen Gutes wird also unter Benutzung des Werths des anderen Gutes, und der Werth des letzteren wiederum durch den Werth des ersteren bestimmt. — Dass der Minuendus im Exempel, nämlich der Werth des Gesamt-

produkts, also der Werth der produzierten Güter niedrigster Ordnung, der produzierten Genussmittel, durch die Menger'sche Werthlehre nur als gegeben vorausgesetzt, und wie wir sahen bzw. später noch deutlicher sehen werden, durch sie keineswegs endgültig befriedigend aufgeklärt ist, sei nur nebenher bemerkt.

Zweiter Fehler: Nach der Menger'schen Begründung hängt der Werth der einzelnen Produktionsgüter nicht von dem Werthe ab, den das zu bewerthende Produktionsgut selbst hat mitschaffen helfen, sondern von einem Werthe einer ganz anderen Produktion, nämlich einer solchen, wo das Gut ausgefallen und nicht mitgewirkt hat.

Wie nun, wenn die Produktion eines ökonomischen Ertrages in Folge des Wegfalls von Gütern der zu bewerthenden Art unmöglich wird? Fallen die Kapitalgüter nämlich gänzlich fort, so ist es schon ein schweres Ding, mit den blossen Arbeitskräften aus dem nackten Boden Getreide zu produzieren. Man würde bei dieser Voraussetzung in einen Zustand des Wirthschaftslebens zurücksinken, der doch wohl überhaupt nicht mit der modernen Produktionsweise füglich verglichen werden kann, am wenigsten aber mit dem Erfolge, dass durch die aus dieser Vergleichung zu bemessende Differenz der Werth der Güter in der heutigen bestehenden Wirthschaftsordnung zu bemessen wäre. Nun aber gar, wenn der Boden oder die Arbeitskräfte dem Produzenten nicht zur Verfügung stehen? Fällt eine ganze solche Gütergattung fort, so tritt deutlich zu Tage, dass es sich hier um indispensable Produktionsfaktoren handelte.

Menger lässt diese grösste Klippe dem Leser gar nicht zu Gesichte kommen, indem er in seinen Beispielen nur derart einzelne Kapitalgüter, einzelne Arbeitstage und einzelne Bodennutzungen fortfallen lässt, dass mit dem Rest immer noch etwas anzufangen ist. Aber selbst in diesen Fällen muss doch dann der Verdacht aufsteigen, dass der Ausfall eines solchen einzelnen Exemplars gleichartiger Vorräthe ebenso wenig den richtigen Werth der Güter höherer Ordnung angeben wird und kann. Es ist durch nichts bewiesen, dass thatsächlich der Werth des ausgefallenen Gutes immer gleich jener Differenz im Produktionsertrage sein müsse, er kann höher, er kann niedriger sein. Dies Gut ist eben für die vorliegende Produktion, deren Ertrag in Rede steht, mindestens logisch indispensable. Es ist nicht angängig, Gesetze für eine Produktion aus Gesetzen einer ganz anderen herzuleiten,

die unter anderen natürlichen Bedingungen arbeitet. Das ist eine Ausflucht. *)

Wie denn nun auch, wenn es sich um einen ganz „stationären“ Wirtschaftszustand handelt, wo Jahr ein Jahr aus mit denselben Produktionsfaktoren und Produktionsmethoden dieselben gleichartigen Erträge hervorgebracht werden, wo also das theoretische Verlegenheitsding, die Differenz des Ertrages, gar nicht in die Erscheinung tritt? Und der „stationäre“ Zustand ist ja doch für eine gegebene Zeit immer der unumgängliche Ausgangspunkt jeder wissenschaftlichen Untersuchung, die Abweichungen, wie Fluth und Welle, streben nur dahin, wieder auf denselben oder mindestens auf einen anderen „stationären“ Zustand als Ziel hinzuführen. Ohne dies Element der Ständigkeit ist auch praktisch keine Wirtschaft denkbar, sondern nur ein ökonomisches Chaos, wo die Gesetze darniederliegen und die soziale Wissenschaft ihre Segel streicht.

§ 23.

Eine spätere Abhandlung Menger's: Zur Theorie des Kapitals.

Ehe ich die vorläufige Kritik der Menger'schen Lehre hier abschliesse — das endgültige Wort kann, wie gesagt, erst ausgesprochen werden, wenn die Lehre des Meisters in der ihr durch v. Wieser und v. Böhm-Bawerk gegebenen ausgebildeten Form vorgetragen sein wird — habe ich den Inhalt der bereits oben S. 168 in Bezug genommenen Abhandlung: „Zur Theorie des Kapitals“ — Conrad'sche Jahrbücher 1888 Bd. 51 S. 1 ff. — vorzuführen. Wir begegnen in derselben so eigenartigen, auch an die Erkenntniß der sozialen Kategorie heranstreifenden Gesichtspunkten, dass man den Theoretiker des rein subjektiven Werthes aus dem Jahre 1861 kaum wiedererkennt.

Menger behandelte in seiner „Volkswirtschaftslehre“ das Kapital als solche „Quantitäten von ökonomischen Gütern höherer Ordnung, über die man in der Gegenwart für kommende Zeiträume verfügt“, also doch, wie z. B. Knies und alle anderen Anhänger

*) Jetzt hat ein Hauptvertreter der Menger'schen Schule, v. Wieser, einen ganz ähnlichen Gedanken ausgesprochen. Wir werden sehen, durch welche neuen logischen Wendungen er diese Schwierigkeit auszugleichen versucht.

der Gebrauchswerthsschule, als reale gebrauchswerthige Kapitalgegenstände in ihren rein ökonomischen, technischen Produktivitätserfolgen. Ich wenigstens vermag aus seinen oben S. 22 wiedergegebenen Ausführungen nichts Anderes herauszulesen. Dementgegen führt er in der erwähnten Abhandlung Folgendes aus: Im gemeinen Leben, in der Praxis — und dies sei doch schliesslich auch für die wissenschaftliche Begriffsbestimmung entscheidend — verstehe man unter Kapital nicht die Produktionsmittel, als solche, nicht die Vorräthe von Rohstoffen, Hilfsstoffen, die Fabriken, Maschinen u. s. w. an sich, in ihrer technischen Funktion der Erzielung eines Ertrages; sondern „das Kapital in der Auffassung des gemeinen Lebens, der Realbegriff, der Popularbegriff des Kapitals“ bedente nur **Geldbeträge**, welche der Einkommensbildung, gewidmet werden, und zwar nicht blos verzinsliche Leihsummen und andere effektive Geldsummen, welche z. B. zur Anlage und zum Betriebe eines Geschäfts oder Unternehmens verwendet werden, sondern auch, in viel umfassenderer Bedeutung, alle anderen, der Erwerbswirthschaft gewidmeten Vermögensgüter, welche sich blos **rechnungsmässig** als eine werbende Geldsumme darstellen. „Der Realbegriff des Kapitals umfasst das Vermögen der Erwerbswirthschaft, welcher technischen Natur dasselbe an sich auch sein möge, insofern sein Geldwerth Gegenstand unseres ökonomischen Kalküls ist.“ Nicht die Vermögensgegenstände als solche, sondern, was z. B. Knies in seiner mangelhaften Kapitallehre übersehen, die wichtige Funktion des Vermögensbesitzes als solchen, mache das Kapital aus, einerlei, worin sich dieser Besitz gerade verkörpere, m. a. W. worin das Kapital „angelegt“ werde. Diese Anlegung könne ebensogut in Genussgütern, in Vorräthen von Gütern erster Ordnung, z. B. bei Vermiethung derselben, wie in Produktionsmitteln, Gütern entfernterer Ordnung, geschehen. Entscheidend sei nur die Widmung für die Erwerbswirthschaft, statt für die Aufwandswirthschaft. „Kapital ist in der Auffassung des gemeinen Lebens das in Geld bestehende oder kalkulierte Stammvermögen einer Erwerbswirthschaft.“

Auch was die Kapitalzinsen betrifft, so stellt Menger ihre Identität mit dem Ertrage der Kapitalstücke an sich, d. h. mit dem Ergebnisse ihrer technischen Produktivität, in Abrede. Vielmehr ist der Kapitalzins als Popularbegriff nach seiner Auffassung „der in Geld bestehende oder bewerthete, auf effektives oder rechnungsmässig dargestelltes Kapital zurückbezogene (ge-

meiniglich nach Grösse und Nutzungsdauer des Kapitals zu diesem in Verhältniss gesetzte) Ertrag des letzteren.“ Die herrschende nationalökonomische Lehre irre, wenn sie in dem Ertrage von Produktivvermögen an sich Kapitalzinsen erkennt. Seit A. Smith habe diese Konfundirung der technischen Gesichtspunkte mit den „ökonomischen“ stattgefunden, eine Konfundirung, die dadurch hervorgerufen sei, dass Smith, um Material für seine Einkommensanalyse zu gewinnen, neben der Natur und der Arbeit als dritten der „component parts“ des Volkeinkommens, ein reales Substrat und somit eine wissenschaftliche Basis zu schaffen bestrebt gewesen sei. Bei der Analyse des technischen Ursprungs der Produkte der jährlichen Arbeit eines Volkes habe er dann neben Natur und Arbeit die der „weiteren Produktion gewidmeten Produkte“ als Faktor aufgefunden. Da sich nun aber in dem Kapital der Einzelwirthschaften auch solche Güter, wie Gebrauchsvorräthe und Genussmittel, Kleidungsstücke, Möbel, Leihbibliotheken, Forderungen, Privilegien, Monopolverrechte, fänden, mit denen nichts produziert werde und welche doch ihren Eigenthümern Kapitalzinseinkommen gewähren, so habe Smith, um hierüber hinfortzukommen, eine rein aprioristische Begriffskombination des Kapitals „vom Standpunkte der Volkswirtschaft“ vorgenommen, worunter er nur jene Vermögensobjekte subsumirt, welche sich schon vermöge ihrer technischen Natur als Produktionsmittel darstellen, während er unter Kapital „vom Standpunkte der Einzelwirthschaft“ eben auch jene erwähnten technisch unproduktiven Güter versteht, die doch für den Einzelnen eine Einkommensquelle bzw. eine Quelle „dauernder“ Einkommensbezüge bilden können, ohne dass sie nothwendig die Summe des Einkommens der Volksglieder in ihrer Gesamtheit vermehren. Diese künstliche Konstruktion eines „Volkskapitals“ sei durchaus verwerflich. Das Volk als ganzes, das Volk als solches, wirtschafte nicht, die Begriffe des „wirtschaffenden Volkes“ und seiner Lebensäusserungen seien keine realen Erscheinungen, sondern ebenso willkürliche Begriffsgebilde, wie etwa der Volksgeist oder die Volksseele. Allerdings seien die Produktivvermögen der Einzelwirthschaften in der arbeitstheiligen Volkswirtschaft nicht isolirte Erscheinungen, ihre Gesamtheit sei nicht als ein blosses Aggregat von solchen zu betrachten, sie bildeten vielmehr allerdings in gewissem Sinne ein zu einer höheren Einheit verbundenes organisches Ganze. Wogegen er sich wende, sei somit keineswegs die organische Natur des Volks-

vermögens, sondern die irrthümliche Auffassung der Erscheinungen, des Wesens desselben. Nach der richtigen, streng realistischen Auffassung sei das „Volkskapital“ nicht im eigentlichen Verstande ein solches, sondern — wenn man es nun einmal überhaupt mangels eines besseren Ausdrucks so bezeichnen wolle — der Inbegriff der Kapitalien der Einzelwirthschaften in ihrer vollen Eigenartigkeit als organische Glieder des kollektiven Ganzen und in ihrer vollen Gesamtheit. Es dürfe nicht — mit A. Smith — ein Theil derselben eliminiert werden, sonst erhalte man einen unrealistischen, gefälschten Begriff. Anstatt das theoretische Verständniss der Volkswirtschaft auf jenem Wege anzustreben, auf welchem dasselbe in Rücksicht auf komplizirtere Phänomene allein erreichbar sei, nämlich durch Vertiefung in das Wesen und den inneren Zusammenhang der Einzelercheinungen, aus welchen das Kollektivphänomen sich zusammensetze, beschäftigten sich die Vertreter der oben gerügten Meinung mit einer unfruchtbaren Fiktion. Anstatt die Erscheinungen der Volkswirtschaft, welche doch das augenfällige Gesamtergebniss der Funktionen durch den Verkehr verbundener Einzelwirthschaften (des „Kontaktes“ der letzteren!) seien, aus diesen ihren konstitutiven Elementen, unter Berücksichtigung der eben so augenfälligen staatlichen und sittlichen Einflüsse zu erklären, habe jene Fiktion das Interesse von der Untersuchung der wahren Natur des „Volkskapitals“ abgelenkt und müssigen Problemen zugewendet.

Mit Freuden kann man alle diese geradezu anmuthenden Grundsätze unterschreiben. Das zu lösende Problem ist hier wenigstens für die Kapitallehre erschöpfend und richtig fixirt: „die Erkenntniss und das Verständniss des Kapitals in seiner realen, der gesellschaftlichen Form der Wirthschaft eigenthümlichen Erscheinung“. Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung und Bestimmung ist also nicht ein einzelnes theoretisch ausgedachtes begriffliches Moment der Abstraktion, wie Produktionsmittelqualität oder dergl., sondern das reale Gehilde der Praxis: das „in Geld bewerthete“ zinstragende Vermögensstück. Etwas Anderes ist allerdings die richtige Stellung des Problems seinem Gegenstande nach, etwas Anderes die Lösung, nämlich die zureichende Erklärung von Wesen und Funktion dieses aufgestellten Kapitalbegriffs. Die grosse Frage ist, ob es der „Grenznutzenlehre“ geglückt ist, die beiden von ihr selbst richtig hervorgestellten Postulate: „Realität“ und die „gesellschaftliche Form in der Erscheinung“ nicht bloß in

Worten, sondern auch im Wesen und in der Wahrheit zu ihrem Rechte verholfen zu haben. Die Menger'sche Lehre in ihrem Subjektivismus konnte ja nicht leicht der Gefahr erliegen, einem unrealistischen, über den Dingen schwebenden, und damit die Dinge nicht durchdringenden und erklärenden sozialen Phantome dienstbar zu werden, sie war aber von ihrem subjektiven Ausgangspunkte her einer um so grösseren Gefahr von der anderen Seite ausgesetzt, nämlich jenen in Worten richtig postulirten gesellschaftlichen „Kontakt“ in seiner wahren Bedeutung für die Lösung des Problems zu unterschätzen und diesen Kontakt zu äusserlich zu erfassen, indem sie die konstitutiven Elemente methodisch und grundsätzlich bloss aus der Einzelwirthschaft in ihrer isolirten oder isolirt gedachten Erscheinung entnahm und den „Kontakt“ als äusserliche „Resultante“ der privatwirthschaftlichen Sondererscheinungen ex posteriori erklärte, statt umgekehrt das soziale Element gleich von Hause aus a priori als gleichfalls konstitutive und alle ökonomischen Begriffe und Verhältnisse innerlich durchdringende und damit die moderne soziale Einzelwirthschaft, wie sie heute ist, fundamental von der isolirten, rein subjektiven Wirthschaftsform qualitativ abhebende Wirthschaftskategorie zu erkennen und in den Vordergrund zu stellen.

Ein Punkt muss hier gleich von vornherein auffallen und stutzig machen, nämlich dass Menger jene beiden Postulate nicht auf eine tiefere und umfassendere Basis stellt: er fordert sie für den Kapitalbegriff, ohne sie auf den allgemeineren und fundamentalen Begriff des Güterwerthes auszudehnen. Kapital ist doch aber — wie in der Wissenschaft und in der Praxis jetzt nicht mehr bestritten, nur eine Unterart, eine spezielle Sorte der Güter. Sollte sich daher für die Praxis des Lebens und damit für die exakte Wissenschaft nicht jener analog erweiterte „Popularbegriff“ auch für die Güter im Allgemeinen dahin fassen lassen: Güter von Werth, in ihrem Preise, Tauschwerthe, sozialen Werthe, Marktwerte, Verkehrswerthe, kurz wirthschaftliche Güter — oder wie man den „Popularbegriff“ des Werthes sonst bezeichnen mag, um den sich doch schliesslich in der Praxis Alles dreht und welchen Alle im Munde führen — sind in Wahrheit effektive in Geld dargestellte, oder doch in Geld bewerthete bzw. bloss rechnungsmässig in Geld dargestellte Vermögensbestandtheile? Und trifft dann hier nicht vielleicht analog auch alles Uebrige zu, was Menger so treffend für den Kapitalbegriff ausführt? Könnte man nicht auch hier sagen.

dass es für die Erfassung des Wesens der wirthschaftlichen Güter in der bisherigen Wissenschaft oft verhängnissvoll geworden ist, dass man einseitig nur an ihre produktions- und konsumtions-technischen, rein-ökonomischen Funktionen dachte, ohne die Momente zu beachten, welche aus dem gesellschaftlichen Kontakte entspringen? Sollte nicht auch hier nothwendiger Weise gleichfalls eine mehr realistische Auffassung anzustreben sein, damit man wie in der Lehre vom Kapital endlich einen einheitlichen realistischen Begriff von praktischer Wahrheit erlange, an Stelle von einseitigen und lebensfremden Begriffskonstruktionen? Und bestände endlich dieser gesunde Realismus nicht vielleicht auch hier darin, dass man die konstitutiven Elemente des Güterwerths zwar aus der wirthschaftlichen Natur der lebendigen und allein leibhaftig existirenden Einzelwirthschaften entnimmt, ohne doch dabei zu vergessen, dass die letzteren schon mit dem Beginn des gesellschaftlichen Kontaktes, d. h. seit dem Entstehen der Zivilisation und der Arbeitstheilung Elemente in sich aufnehmen und Kategorien auf sich wirken lassen mussten, die ihre Natur fundamental beeinflussten und begrifflich umwandelten?

Man sieht, der Meister hat hier gewissermaassen selbst einen kritischen Spiegel geschaffen, der, nur mit wenigen Zügen erweitert und gereinigt, recht wohl geeignet sein möchte, der ganzen von seinen Schülern und Anhängern ausgestalteten Grenznutzenlehre selbst prüfend vorgehalten zu werden. Dies soll im Folgenden geschehen, und zwar mit der innerhalb des natürlichen Rahmens dieses Buches möglichen Gründlichkeit, welche die Grenznutzenlehre nicht allein wegen ihrer inneren Bedeutung und ihres richtigen Kerns, sondern auch besonders wegen des immer mehr anwachsenden äusseren Umfanges, den der Kreis ihrer Anhänger besonders in Oesterreich und Süddeutschland gewinnt, vollauf beansprucht.

§ 24.

Die Grenznutzenlehre in der ihr durch v. Böhm-Bawerk und v. Wieser gegebenen Gestalt. Das Programm der Grenznutzenlehre. Erster Programmsatz: Wechselseitige Beziehungen zwischen Gütern derselben Art ohne Rücksicht auf ihre Produktion.

Beginnen wir gleich mit der Frage, wie die Grenznutzenlehre das Postulat der Einheitlichkeit des Werthbegriffs erfüllt hat.

Es mag das vielleicht der beste Ausgangspunkt für die Vorführung der ganzen Lehre sein, weil er uns direkt auf die von ihr gewählte Problemstellung und ihre dialektische Methode führt. Es mag von Böhm das Wort führen. Er schliesst sich in der „Einleitung“ zu den „Grundzügen“*) an J. Neumann an, von welchem das berühmte Wort herrührt, dass das Suchen nach einer allgemeinen Werthdefinition dem Versuche einer Definition von „Bauer“ zu vergleichen sei, die zugleich auf „Ackerbauer“ und „Vogelbauer“ passe. Unter den von Neumann im „Schönberg'schen Handbuch“ nachgewiesenen, „nicht weniger als ein gutes Dutzend“ ausmachenden sprachüblichen Bedeutungen des Wortes Werth, wählt v. Böhm-Bawerk die beiden seiner Meinung nach nationalökonomisch allein relevanten aus, den subjektiven und den objektiven Werth. „Werth im subjektiven Sinne“, definirt danach v. Böhm-Bawerk, dem Beispiele Neumann's folgend, als „die Bedeutung, die ein Gut oder ein Güterkomplex für die Wohlfahrtszwecke eines Subjektes besitzt . . . Werth im objektiven Sinne heisst dagegen die Kraft oder Tüchtigkeit eines Gutes zur Herbeiführung irgend eines objektiven Erfolges. In diesem Sinne giebt es so viele Arten des Werthes, als es äussere Erfolge giebt, auf die man sich beziehen will. Es giebt einen Nährwerth der Speisen, einen Heizwerth von Holz und Kohlen, einen Dungwerth der verschiedenen Düngemittel, . . . u. s. w. In allen diesen letzteren Ausdrucksweisen ist aus dem Begriffe des Werthes jede Beziehung auf das Wohl oder Wehe eines Subjektes verbannt.“ Es handle sich hierbei immer nur um eine rein objektive, gleichsam „mechanische“ technische Thatsache. Hier sei „Werth“ vollkommen synonym mit „Nährkraft (Nährgehalt)“, „Heizkraft“ etc. Für „wirthschaftliche“ Verhältnisse sei aber nur Eine Art objektiven Werthes von besonderer Bedeutung, es sei dies der „objektive Tauschwerth“ der Güter. Hierunter sei zu verstehen: „Die objektive Geltung der Güter im Tausch, oder m. a. W. die Möglichkeit, für sie im Austausch eine Quantität anderer wirthschaftlicher Güter zu erlangen, diese Möglichkeit als eine Kraft oder Eigenschaft der ersteren Güter gedacht.“ Mit Neumann hält er nun beide Werthbegriffe nicht für Glieder eines beiden übergeordneten einheitlichen Werth-

*) „Grundzüge der Theorie des wirthschaftlichen Güterwerths“ in Conrad's Jahrbüchern, N. F. Bd. XIII 1886, S. 1—82 und 477—541.

begriffes, und wie der Begriff, so müsse sich heute auch die Theorie vom Werthe als zwei ebenso selbstständige Theorien differenzieren. Doch glaube ich, dass man v. Böhm-Bawerk hier nicht wörtlich nehmen darf, er meint im Grunde wohl nicht zwei Theorien, sondern die Vorführung der Theorie in zwei Abschnitten, in zwei „Abhandlungen“, wie er sie selbst auch in den „Grundzügen“ vornimmt. Denn ganz abgesehen davon, dass er gleich nachher selbst erklärt, der objektive Tauschwerth sei am besten gänzlich auszumerzen, setzt v. Böhm-Bawerk nicht nur an einer, sondern, wie alle Grenznutzenlehrer, an tausend Stellen (so auch am Schluss der Abhandlung vom objektiven Werthe) gerade den grossen methodischen Werth der Grenznutzenlehre darin, dass sie eine Lehre „aus Einem Guss“, dass die subjektive Werthlehre Alles und Jedes und ganz besonders auch den objektiven Werth und den Preis der Güter allein und ausschliesslich als blosses Resultante subjektiver Werthschätzungen erklärt. Insoweit ist die Grenznutzenlehre allerdings eine einheitliche Theorie, einheitlich in dem Sinne, dass sie versucht, einen einheitlichen Erklärungsgrund für alle Wertherscheinungen, also auch für den Begriff des (objektiven) Tauschwerths zu finden, wie er in der Praxis gebraucht wird, und in der Gestalt, um welche, wie schon einmal gesagt, sich im gemeinen Leben Alles dreht, nämlich in der Gestalt des Realbegriffes, des Popularbegriffes im Sinne der erweiterten Menger'schen Auffassung. Unter diesen Umständen kann es uns ganz kalt lassen, wenn v. Böhm-Bawerk die seltsame Anschauung hervorbringt, dass gerade Begriff und Name des subjektiven Werths „in wissenschaftlicher wie Volkssprache felsenfest mit einander verwachsen“ seien, wenn er ferner den schliesslich entscheidenden Allherrscher, den objektiven Tauschwerth, in einer Linie mit „Nährwerth“, „Heizwerth“ rangirt, ihn als blosses „Tauschkraft“ bezeichnet und ihm als begrifflich koordinirte Kollegin die „Dungkraft“ ebenbürtig zur Seite stellt, wenn er ferner meint, dass im objektiven Tauschwerth jede Beziehung auf das Wohl oder Wehe eines Subjektes verbannt sei und wenn er endlich gar von der gänzlichen Ausmerzung des Wortes: Objektiver Tauschwerth spricht. Der Sache nach ist dieser niemals auszumerzen, ihn zu erklären ist der Hauptzweck der ganzen Nationalökonomie. Unternimmt es die letztere, an die Stelle dieses „Realbegriffes“ einen anderen Gegenstand zu setzen, so sägt sie den Ast ab, auf dem sie allein sitzen kann und flattert mit ikarischen Schwingen in theoretischen Lüften.

Doch wozu der Worte? Meinen Stand zur Sache dürfte ich schon S. 19 bis 22 hinreichend gekennzeichnet haben: Gebrauchswerth (subjektiver Werth) und Tauschwerth sind eigentlich nur wissenschaftliche Hilfsbegriffe (Kategorien) zur Erfassung des Einen realen Werthes der bestehenden Volkswirtschaft. Nehmen wir also ruhig an, die Grenznutzenlehre habe nur diesen Einen Werth erklären wollen, indem sie vom subjektiven „Werthe“ ausging, und untersuchen wir, ob ihr die Erklärung von diesem ihrem Ausgangspunkte gelungen ist. Hat sie wirklich etwas Anderes gewollt, so ändert das für die Kritik gar nichts; denn es kommt für diese nicht darauf an, was jene gewollt hat, sondern was ihr nach der angedeuteten Richtung gelungen ist, ob es ihr gelungen ist, die positiven Wertherscheinungen auf einheitliche und tiefere, realiter und wahrhaft wirkende Grundelemente überzeugend und unwiderleglich zurückzuführen.

Von dem erwähnten Gesichtspunkte aus (der Erklärung der positiven Wertherscheinungen) erscheint nun die Grenznutzenlehre einfach als ein vertiefter und erweiterter neuer Versuch, dem Wesen des Werthes von der Gebrauchswerthseite aus beizukommen, sie ist die Erneuerung und — wie sie meint — die endliche Erfüllung der nach dieser Richtung hin von der früheren deutschen Gebrauchswerthsschule bis auf Knies vorgenommen und, wie wir früher sahen, mehr oder minder gescheiterten Ansätze und Bestrebungen. Doch lassen wir v. Böhm selbst das Programm entwickeln.

Mit Unrecht, meint er, hätten sich von A. Smith bis auf unsere Tage zahllose Theoretiker durch die anscheinende Disharmonie (contradictions etc.) zwischen dem Nutzen und dem Werthe der Güter zur Verzweiflung an der Nutzwerththeorie verleiten und von der so natürlichen Auffassung abwendig machen lassen, dass allen Gütern ohne Ausnahme — schon nach dem Begriffe des Gutes — die Beziehung zur menschlichen Wohlfahrt eigen sei, und dass das Maass des abhängigen Nutzens deshalb auch wirklich und überall das Maass für den Güterwerth sei. In Folge dessen hätten sie vielfach „auf ganz fremdartige, oft abenteuerliche Erklärungsgründe gegriffen: auf die Arbeit oder Arbeitszeit, auf die Produktionskosten, auf den Widerstand der Natur gegen den Menschen (er meint Carey) und auf andere sonderbare Dinge mehr.“ Er rechnet es den Deutschen, dem „Volke der Grübler“, als besonderes Verdienst an, dass sie die ersten waren, die dem subjektiven Werthe, dem Gebrauchswerthe, Pflege angedeihen liessen. Nur sei

die alte Schule zu einseitig, zu „akademisch“, mit zu wenig „kasuistischer Schärfe“ vorgegangen. Es sei eine unzulässige Generalisirung, wenn sie den Werth eines Gutes von der Bedeutung der „Gattung“ abhängig machte, dem es angehört. An den Scheideweg gestellt — den ersten, der zu einer Irrung Gelegenheit bot — habe sie den falschen Weg gewählt, indem sie, statt auf die Skala der konkreten Bedürfnisse im einzelnen Schätzungsfalle, auf die Skala der Bedürfnissgattungen gegriffen habe. Weil in dieser z. B. die Gattung Nahrungsbedürfniss einen der vornehmsten, die Gattung Schmuckbedürfniss einen untergeordneten Platz einnehme, habe sie die Entscheidung gefällt, dass ganz allgemein Brod einen hohen, Edelsteine einen niedrigen „Gebrauchswerth“ haben, und hätte sich natürlich dann sehr zu wundern gehabt, dass in der Praxis die Geltung der beiden Güterwerthe gerade umgekehrt ist. Er sei vielmehr in jedem einzelnen Falle eine nüchterne und mit kasuistischer Schärfe geführte Untersuchung darüber nothwendig, welcher Wohlfahrtsgewinn denn in gegebener Lage von einem Gute bzw. von einer Theilquantität eines solchen abhängig sei. Er sage geflissentlich: „mit kasuistischer Schärfe“; denn eigentlich sei die ganze Theorie vom subjektivem Werthe nichts Anderes als eine grosse Kasuistik darüber, wann, unter welchen Umständen und wieviel von einem Gute für unsere Wohlfahrt ahhänge. Den Gütern gegenüber seien die Menschen Egoisten. Die akademische Erkenntniss allein, dass ein Gut nützen kann, mache das Gut nicht zu einem wirthschaftlichen. Nullen seien solche Güter, die noch so wichtig, aber im Ueberflusse vorhanden seien. Nur wo wir erkennen, dass mit einem Gute auch ein Stück Befriedigung, Wohlfahrt, Lebensgenuss auf dem Spiele steht, da werde das wirksame Interesse, das wir an unserer Wohlfahrt nehmen, auf das Gut übergeleitet. Die blosse abstrakte Fähigkeit eines Gutes, der menschlichen Wohlfahrt zu dienen, sei die niedere Stufe der das Wesen des Güterwerthes ausmachenden Wohlfahrtsbeziehung, dagegen erheische die höhere Stufe, dass ein Gut nicht bloss tauglich, sondern zugleich auch unentbehrliche Bedingung, *conditio sine qua non* eines Wohlfahrtsnutzens sei. Die niedere Stufe werde in unserer Sprache und in der Wissenschaft von jeher Nützlichkeit genannt, dagegen habe die Nationalökonomie erst sehr spät erkannt, dass der von der blossen Nützlichkeit abzutrennende und in einem selbstständigen Elementarbegriff zu fixirende Thatbestand, der die höhere Stufe darstelle, sowohl seinem Begriffe als seinem

Namen nach in unserer feinfühligten Volkssprache längst fertig vorgelegen habe: es sei der Name des Werthes. Der abstrakte Gattungswerth (Ran) sei eine völlig verfehlte Schöpfung, ein Phantasiegebilde ohne jede Realität. Er beruhe auf der Verwechslung von Werth und Nützlichkeit, er sei nur ein zweiter und deshalb völlig entbehrlicher Name für die Nützlichkeit. Damit der Werth überhaupt entstehe, müsse sich zur Nützlichkeit noch Seltenheit gesellen, es müsse das Moment der „Knappheit“ hinzutreten, die blosser Angehörigkeit zu einer Geltung verleihe nur die allgemeine Fähigkeit zu nützen. Die alten Begriffe von Bedarf und Deckung seien der tiefere letzte Grund des Werths, oder in anderer Fassung: Nützlichkeit und Seltenheit. Insofern der Grad der Nützlichkeit eines Gutes anzeige, ob es seiner Art nach zu mehr oder weniger wichtigen Wohlfahrtsdiensten fähig sei, gebe er zugleich das Maass dafür, wie hoch der Nutzen (Grenznutzen) äussersten Falles aufregen kann. Die Seltenheit aber, die Quantitätsverhältnisse, entschieden darüber, bis zu welchem Punkte der Grenznutzen im einzelnen Falle wirklich aufragt. Das Moment der Seltenheit sei niemals einer Güterart als solcher eigen, sondern wachse immer nur aus einer konkreten Situation hervor, in der die Gattung „knapp“ ist.

Um nun in jedem einzelnen Falle nach Maassgabe dieser konkreten Situation bemessen zu können, wieviel für die Wohlfahrt einer Person von einem Gute abhängt, benützt v. Böhm das nur unwesentlich umgeformte oben S. 175 wiedergegebene typische Schema Menger's, wonach in der Skala der Bedürfnisse die wichtigeren Gattungen vor den unwichtigeren rangiren, innerhalb der einzelnen Gattungen aber je nach dem Grade der jeweilig bereits erreichten Sättigung und nach dem Grade der „Spannung“ des Bedürfnisses die konkreten Theilbedürfnisse, in die sich die einzelnen „Bedürfnissregungen“ zerfallen lassen, untereinander gewöhnlich von ungleicher, und zwar stufenweise abnehmender Bedeutung sind, so dass die minder wichtigen konkreten Bedürfnisse der höheren Gattungen häufig von konkreten Bedürfnissen tiefer stehender Gattungen übertroffen werden. Hierauf bedient sich v. Böhm, ganz wie Menger, zur Beantwortung der Frage: „Welches von den hiernach zu bemessenden Bedürfnissen hängt nun von einem gegebenen Gute wirklich ab?“ ganz ähnlicher Beispiele, wie jener Schriftsteller nämlich auch eines Landmannes, der als einsamer Kolonist im Urwalde soeben 5 Säcke Korn geerntet hat, die er der Befriedigung

seiner einzelnen Bedürfnisse nach dem Grade ihrer Wichtigkeit der Reihe nach zuweist, ferner eines Jägers, der auf einem Jagdausfluge an Lebensmitteln nichts als zwei vollkommen gleiche Brode besitzt, von denen eins zu seiner eigenen Sättigung, das zweite zur Fütterung des Hundes bestimmt ist. v. Wieser hatte schon vorher das Beispiel eines Wüstenreisenden gewählt, der eine gewisse Anzahl von Lebensmittellrationen besitzt, welche er zur Befriedigung seines eigenen Lebensmittelbedarfes bis herab zu der geringsten noch gestatteten Verwendung, etwa als Nahrung für seine Pferde, bestimmt hat. Welches unter den Bedürfnissen nun von einem Gute abhängt, erprobe sich am einfachsten daran, dass man zusehe, welches Bedürfniss um seine Befriedigung käme, wenn man das zu schätzende Gut bezw. die zu schätzende Theilquantität desselben nicht hätte: dieses Bedürfniss sei offenbar das abhängige. Der Verlust des Gutes treffe natürlich jedesmal das mindest wichtige unter allen in Frage kommenden Bedürfnissen, der Anfall werde auf die mindest wichtige Stelle abgewälzt, es gehe nur der an der Grenze des ökonomisch zulässigen stehende kleinste Nutzen, m. a. W. der von v. Wieser zuerst so genannte wirtschaftliche **Grenznutzen**, verloren: „Die Grösse des Werthes eines Gutes bemisst sich nach der Wichtigkeit desjenigen Bedürfnisses, welches unter den durch den verfügbaren Gesamtvorrath an Gütern solcher Art bedeckten Bedürfnissen das mindest wichtige ist“, oder kürzer: der Werth eines Gutes bestimmt sich nach der Grösse seines Grenznutzens.“ „Dieser Satz“, sagt v. Böhm, „ist der Angelpunkt unserer Werthlehre.“

Schon hier drängt sich der Kritik die unvermeidliche methodische Frage auf: Weshalb wird gerade dieser typische Elementarfall, der Fall der Werthbemessung von Vorräthen — ohnehin gleichwerthiger — Güter einer und derselben Art als Ausgangspunkt gewählt, weshalb gerade aus diesem Sonderfalle der den Namen und das Wesen (den „Angelpunkt“) liefernde Fundamentalsatz abstrahirt, während doch die Lösung des Werthproblems und die eigentliche Schwierigkeit desselben anerkanntermaassen in der Ergründung des absoluten und relativen Werthes der verschiedenartigen menschlichen Bedürfnissbefriedigungsmittel und in der Zurückführung ihrer tausendfältigen Verschiedenheit und ihrer scheinbaren Inkommensurabilität auf die tiefere, sie dennoch alle gleichmässig umschliessende Einheit besteht. Zwei Bedenken erheben sich hiernach schon an der Schwelle der Lehre, das erste

hat die Willkür der Wahl des Elementarfalls, das zweite die deshalb zu vermuthende Unzulänglichkeit des letzteren für die Lösung des Problems zum Gegenstande. Ob das letztere Bedenken begründet ist, lässt sich natürlich nur bei der abschliessenden Kritik des in seinem ganzen Umfange vorgeführten Systems erkennen; für die Erörterung des ersteren, mehr formellen, den methodischen Gang der Lehrentwicklung treffenden Bedenkens, ist aber hier der nothwendige Platz; es muss geprüft werden, ob sich die Wahl des Elementarfalles nicht sonst aus dem Geiste der Theorie, aus ausgesprochenen oder aus unausgesprochenen Grundsätzen derselben rechtfertigen lässt.

Menger und v. Böhm lassen hier einigermaassen in Stich. Bei v. Böhm findet sich nur folgende Brücke, die auf den Elementarfall überleitet: „Wenn ein Gut zur Befriedigung eines einzigen konkreten Bedürfnisses tauglich und dabei zugleich das einzige seiner Art, oder wenigstens das einzig verfügbare seiner Art wäre, dann wäre es ohne alle Ueberlegung klar, dass von der Verfügung über das einzige Gut die Befriedigung des einzigen Bedürfnisses abhängt, welchem jenes zu dienen im Stande ist. Allein so einfach steht die Sache im praktischen Leben fast nie; sie ist im Gegentheil gewöhnlich nach zwei Seiten gleichzeitig verwickelt. Erstlich ist ein und dasselbe Gut gewöhnlich zur Befriedigung verschiedener konkreter Bedürfnisse verwendbar, die auch eine verschiedene Wichtigkeit besitzen; und ausserdem sind häufig mehrere Exemplare derselben Güterart verfügbar, wobei es der Willkür unterliegt, welches Exemplar man zur Befriedigung eines wichtigen, und welches zur Befriedigung eines unwichtigen Bedürfnisses verwenden will.“ Genau betrachtet wäre hiernach also das Grenznutzengesetz gar nicht das primäre Werthgesetz, es wäre nur erforderlich, wenn sich der Thatbestand in der angegebenen Art „verwickelt“, es wäre also nur ein sekundäres oder vielmehr nur ein partikuläres Werthgesetz, welches ausser sich oder neben sich ein anderes generelles zur Voraussetzung hat. Ich will an dieser Stelle noch ganz absehen von den — erst später zu behandelnden — methodischen Schwierigkeiten, zu welchen das Nebeneinanderbestehen beider Gesetze führen würde, ich will auch hier noch nicht untersuchen, ob die richtige und das ganze Problem erfassende Gegenüberstellung von Gut und Bedürfniss nicht vielmehr dahin gehen müsste, dass die sämtlichen — gleichartigen und ungleichartigen — Güter der Einzelwirthschaft oder der zur Volkswirthschaft verbundenen Einzel-

wirthschaften der Summe der mit jenen Gütern zu befriedigenden Bedürfnisse, also m. a. W. der Gesamtvorrath dem Gesamtbedarf. gegenübergehalten werde. statt nur, wie v. Böhm thut, eine einzige Güterart bezw. Theilquantitäten derselben auf der einen und die hiermit zu befriedigenden Sonderbedürfnisse auf der anderen Seite ins Auge zu fassen. Hier genüge der methodische Hinweis, dass die Art, wie der „Elementarfall“ von v. Böhm herangezogen wird, nämlich als eine bloß die Theorie erschwerende, „verwickelnde“ und komplizierende partikuläre Sondererscheinung, mit der ganzen sonstigen Stellung, die v. Böhm, wie alle Grenznutzen-theoretiker dem Elementarfall in ihrem System anweisen, gar wenig harmonirt. Denn in diesem System wird dieser Fall sonst im Gegentheil nicht als erschwerendes, sondern als förderndes, als alles Andere „erleuchtendes und erklärendes“ Fundamentalprinzip verwendet, und auch gerade als das Mittel bezeichnet, um die Güter ungleicher Art auf einen einheitlichen Werthmaassstab zu bringen.

Es ist nun v. Wieser*), bei welchem gerade dieser Gedanke von Hanse aus mehr hervortritt, und vielleicht finden wir bei diesem philosophischer und noch mehr wie v. Böhm aus allgemeinen Grundsätzen deduktiv folgernden Schriftsteller eine befriedigendere Brücke vom Grundprinzip zum „Elementarfall“. Es scheint beinahe so. Denn er leitet den letzteren nicht nur wie v. Böhm von einem anderweitigen noch mehr primären Prinzip ab, sondern giebt auch eine Art logischer Kette an, mittels derer er von diesem Prinzip auf die Regel jenes Elementarfalles gelangt. Er exemplifizirt folgendermaassen: Ein Mann reist allein in der Wüste. Dem Verschmachten nahe, findet er Wasser, zwar nur spärlich, aber doch so viel, um sich zu erquicken und neu zu beleben. Dieser Wasservorrath, welcher von dem Verschmachtenden aufgefunden wird, hat nicht bloß im Allgemeinen mit Rücksicht auf seinen Nutzen Werth, sondern er hat einen Werth von bestimmter Grösse, mit Rücksicht auf eine bestimmte Nutzleistung, welche von seinem Besitze abhängig gefühlt wird. Obgleich das Wasser zu vielen anderen minder wichtigen Verwendungen gebraucht werden könnte, z. B. zum Waschen etc., so komme doch hier nur eine in Betracht: die Erhaltung des Lebens, die Bewahrung vor dem Verdürsten. „Die oberste Regel der Werthschätzung“, die v. Wieser hieraus ableitet,

*) v. Wieser 1. Ueber den Ursprung und die Hauptgesetze des wirthschaftlichen Werthes, Wien 1884; 2. Der natürliche Werth, Wien 1889.

lautet danach: „Ein Gut, welches seiner Art und den Umständen nach zu mehrfachen Verwendungen geeignet wäre, dessen verfügbare Menge aber so gering ist, dass nur eine der mehreren Verwendungen wirklich vorgenommen werden kann, wird mit dem Maasse des Interesses geschätzt, welches der Besitzer an der wichtigsten Verwendung hat“. Demnächst reiht sich folgender Gedanke an: „Wir haben bisher ein einfaches und isolirtes Gut genommen, das weder in Theile zerlegt, noch durch andere Güter ersetzt werden kann. Diese Annahme findet sich fast gar nirgends verwirklicht. Wenn man in Wirklichkeit zur Werthschätzung schreitet, verfügt man fast immer über umfangreiche Güterkomplexe — Vorräthe, Vermögen — welche aus Stücken oder Theilmengen bestehen, von denen die einen die anderen wieder in der mannigfachsten Weise, theils unmittelbar, theils mittelbar, „vertreten“ (man merkt den Anklang an die Knies'sche Fungibilität des Gebrauchswerths) können.“ Zwar werde nun in aller Regel die Anregung zur Schätzung des wirthschaftlichen Werthes nur bei Verfügungen über einzelne Stücke, über die „Gütereinheiten“, gegeben sein, trotzdem aber würden dieselben nicht als isolirte Güter geschätzt, sondern es werde „darauf Rücksicht genommen, dass man ausser dem jeweils zunächst betrachteten Stücke noch über viele andere verfüge, welche dessen Dienst mit gleicher oder annähernder Wirkung leisten, oder über solche, welche in gleiche oder gleichartige Güter umgewandelt oder umgesetzt werden können, sowie über solche, mit denen überhaupt ergänzende wirthschaftliche Handlungen vorzunehmen sind“. Man dürfe also nie vergessen, dass es sich bei der Werthschätzung eines Gutes doch immer um eine Gütereinheit als Theil des grossen Ganzen handle, als Theil des ganzen Vermögens, innerhalb dessen das einzelne Gut zusammen nach einem Alles umfassenden Plane verwendet werde. „Hierdurch“, fährt er fort, „ist die Ordnung gegeben, in welcher die Regeln der Werthschätzung abzuleiten ist. Man hat die wechselseitigen Beziehungen, in welchen die Güter wirthschaftlich stehen, zu verfolgen und den Einfluss abzumessen, den ihr Vorhandensein auf die Werthmessung ausübt. Wir werden bei unserer Untersuchung nur die elementaren Güterbeziehungen ausserhalb des Tauschverkehrs berücksichtigen. Dies sind (1.) die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gütern derselben Art untereinander, dann (2.) zwischen Produktivgütern und deren Produkten, ferner (3.) zwischen Produkten, die vom selben Produktivgute stammen, unter

einander, endlich (4.) zwischen den zur selben Produktion zusammenwirkenden Produktivgütern. Die gleichfalls elementaren Beziehungen (5.) zwischen Waare und Preis und zwischen den Waaren unter einander (er meint die Lehre vom „objektiven Tauschwerthe“) fallen ausserhalb unseres Planes.“*) (v. Wieser „Ursprung“ Seite 125.)

Mit dieser ausführlichen Vorführung haben wir zu gleicher Zeit zwei Zwecke erreicht: wir haben nicht blos erklärt, wie die Grenznutzenlehre — wenigstens formell — zu ihrem Elementarfall gelangt, sondern wir haben zugleich den logischen rothen Faden ergriffen, welcher, das ganze Programm der Lehre erfassend und von dem festen Ausgangspunkte, nämlich der „obersten Regel“, beginnend, durch das ganze System überhaupt zu führen bestimmt ist. Sehen wir denn zu, ob der Faden in der That glücklich durch das Labyrinth hindurchführt, ob er wirklich den organischen Zusammenhang der wirthschaftlichen Beziehungen einheitlich und erschöpfend durchdringt, ob, wie v. Wieser, an jene zitierte Stelle anknüpfend, hoffend ausspricht, die Elementarfälle so gewählt sind, dass „der ungetrübte Blick der Grundformen des Geschehenden erfasse und damit die vollendete Anschauung der Wahrheit vorbereitet werde.“ Es ist unsere nächste Aufgabe danach von selbst gegeben: die einzelnen Folgesätze in der Reihenfolge des v. Wieserschen Programms gewissenhaft vorzuführen, um demnächst dann das ganze Lehrgebäude, wenn es in seiner logischen und dialektischen Folge und in dem vollen harmonischen Gleichmaass seiner ganzen Gliederung vor uns steht, nach der bisher von uns angewendeten Methode „positiver“ Kritik nach seinem richtigen Kern zu erfassen und zu verwerthen.

Bei Punkt 1 des Programms (wechselseitige Beziehungen zwischen Gütern derselben Art untereinander) mag vorläufig genügen, was wir aus v. Böhm's Feder darüber vorgeführt haben. Hier ist nur noch zu zeigen, wie v. Wieser diesen Elementarfall in noch weiterer deduktiver Ausholung von jener „obersten Regel“, als dessen blossen „verfeinerten Ausdruck“, ableitet. Er führt aus: Während man nach der obersten Regel von einem einzelnen Gute, das man besitzt, das wichtigste Begehren abhängig fühlt, welches

*) Demnächst hat v. Wieser dann in seinem zweiten Werke: „Der natürliche Werth“ auch diesen Programmpunkt in Anlehnung an die inzwischen erschienenen „Grundzüge“ v. Böhm's 2. Abhandlung: „der objektive Tauschwerth“ aufgenommen.

durch ein Gut solcher Art befriedigt werden kann, könne dies bei einem Besitze von mehreren Stücken nicht der Fall sein, hier sei die Grundlage des Werthes dasjenige Interesse, das man an der Herbeiführung derjenigen Bedürfnissbefriedigung nehme, welche „nach Abzug der durch den übrigen Vorrath gedeckten noch wichtigeren die wichtigste bleibt“. Die gewöhnliche kurze Fassung, wonach der Werth der Gütereinheit durch die geringste unter den wirthschaftlich zulässigen Ntzleistungen der Einheit (den Grenznutzen) bestimmt werde, sei nur eine andere „Wendung“. Denn sie lasse sich auch so ausdrücken: „Der Werth eines einzelnen Gutes aus einem Vorrath wird durch das Interesse an derjenigen Nutzbarkeit bestimmt, welche unter den durch den ganzen Vorrath (einschliesslich des fraglichen Stückes) gedeckten wichtigsten Nutzleistungen die mindest wichtige ist.“ Man muss eben im Sinne der Grenznutzenlehre immer an eine „Grenze“ nach zwei Seiten denken, der Grenznutzen steht wie ein fester Markpfahl am Ende der — mit dem zu schätzenden Gute — noch gedeckten, und gleichzeitig am Anfang der — ohne das Gut — nicht mehr gedeckten Bedürfnisse.

§ 25.

Die Grenznutzenlehre (Fortsetzung). Die Werthschätzung mit Rücksicht auf die Produktion. I. Allgemeine Regeln. (Zweiter Programmsatz.) II. Das Kostengesetz oder die Lehre von den produktionsverwandten Gütern. (Dritter Programmsatz.)

I. „Allgemeine Regeln“. (Zweiter Programmsatz.)

Ich habe dieselben Ueberschriften gewählt, wie v. Wieser. Unter „I. Allgemeine Regeln“ handelt er den Punkt 2 des Programms ab: Beziehungen zwischen den Produktivgütern und ihren Produkten. v. Wieser setzt vorans, dass es sich auch hier zunächst auf beiden Seiten um Güter einer einzigen, gleichen Art handle. er nimmt an, dass nur Produkte einer Art erzeugt werden und auf der Seite der Produktivgüter nimmt er ebenfalls, um der erst bei Punkt 4 des Programms zu lösenden Schwierigkeit, dass schliesslich zur Prodktion eines jeden Gutes doch immer verschiedenartige, mindestens zweierlei Produktivfaktoren, Arbeit und irgend ein sachliches Erzeugungsmittel, zusammenwirken, zu entgehen, an, dass die zweite noch erforderliche Produktivgütergattung in überreicher

Menge vorhanden und deshalb werthlos sei; auch v. Böhm geht, zum gleichen Zwecke der methodischen Vereinfachung, zusammenfassend von „Produktivmittelgruppen“ gleicher Art aus in der Weise, dass ein Genussgut A aus einer Gruppe von Produktivgütern 2. Ordnung — G_2 —, diese aus einer solchen Gruppe von Gütern 3. Ordnung — G_3 — u. s. w. hervorgehe.

Das Gesetz lautet dann: Das Produktivgut d. h. jede Einheit desselben, jedes individuell bestimmte Stück des produktiven Vorraths, oder auch nach v. Böhm'scher Fassung: die „Produktivmittelgruppe“ richtet sich hinsichtlich ihres Werthes nach dem Grenznutzen der mittelst jener hergestellten Produkte. Von der Gruppe G_2 , drückt sich v. Böhm aus, hängt, genau wie vom Schlussprodukt A selbst, der Grenznutzen dieses letzteren ab; denn hätten wir die Gruppe nicht, so bekämen wir ihr Produkt A nicht, hätten also von der Gütergattung A um ein Exemplar weniger als sonst, erlitten also den Ansfall einer Bedürfnissbefriedigung, nämlich der geringsten, zu der wirtschaftlicher Weise ein Exemplar des Vorraths sonst noch hätte verwendet werden dürfen. Ebenso stehe es mit der Gruppe G_3 u. s. w.: Von allen sukzessive ineinander übergehenden Produktivmittelgruppen entfernterer Ordnung hänge ein und derselbe Wohlfahrtsgewinn ab, nämlich der Grenznutzen ihres Schlussprodukts.

Dies Resultat kann nicht Wunder nehmen, v. Wieser erklärt es folgendermaassen: Der Werth der Produktivgüter ist ja nur ein abgeleiteter, abgeleitet vom Werth der Produkte. Das Interesse um diese letzteren, ist schon vor der Produktion da. Im Werth des Produktivbesitzes wird der Werth der Produkte vorausgefühlt, der vorausgesetzte Werth der Produkte ist das Motiv, seine Grösse ist das Maass der Produktion. Angenommen, aus einem Vorrath von 100 gleichartigen Produktivgütern seien 100 gleichartige Produkte herstellbar, deren letztes noch ein Interesse von der Grösse 1 befriedige, so wird dieser Werth der Gebrauchsgütereinheit auch zur Grundlage des Werthes der Produktivgütereinheit, auch jedes Produktivgut ist = 1 und der Werth sämtlicher Produktivgüter zusammen = 100. Der Werth der Tagesarbeit eines einzelnen mit vielen anderen zusammen wirkenden Arbeiters wird von demselben Nutzen abgenommen, durch welchen sein Tageserzeugniss Werth hat, d. i. von dem Nutzen, der die Grenze der wirtschaftlichen Verwendung desselben bezeichnet. Während der Landwirth Scholle nach Scholle bebaut, wird sein Interesse nicht auf die Sicherung

des Unentbehrlichsten gesteigert, das die Ernte liefern soll, nicht auf die Erhaltung des Lebens, sondern nur auf den Grenzwert der Früchte. Es wäre unvernünftig, von irgend einem Ackergrunde behaupten zu wollen, dass sein Besitz gerade Schutts vor dem Hungertode verbürge.

II. „Das Kostengesetz“.

Unter dieser Ueberschrift behandelt v. Wieser den 3. Programmpunkt: Die Beziehungen zwischen Produkten ungleicher Art, die vom selben Produktivgute abstammen. Wir gelangen also endlich zum ersten Male auf die gegenseitige Werthbemessung ungleichartiger Güter, wir stossen endlich auf die — wie oben angedeutet — eigentliche Schwierigkeit des Werthproblems, auf einen Punkt, den auch die Grenznutzenlehrer als den praktisch wichtigsten ihrer ganzen Lehre anerkennen. Das Kostengesetz halten auch sie „als die für die Erzeugnisse weitaus häufigste Erscheinungsform des allgemeinen Werthgesetzes“. Doch hören wir v. Wieser selbst: In Wirklichkeit komme es überaus häufig vor, dass ein und dasselbe Produktivgut — wie z. B. Kohle, Holz, Eisen, Arbeit — an der Hervorbringung einer sehr grossen Reihe verschiedenartiger Produkte theilhaftig sei. Produkte fast jeder Art würden fort und fort neu erzeugt, fort und fort müsse daher ihr Werth durch die Grösse der produktiven Vorräthe im Vergleiche mit der Grösse des produktiven Bedarfes bestimmt werden. Er nennt die von einem und demselben Produktivgute entstammenden Produkte kurz: „produktionsverwandt“, da sie gleichsam die Descendenz des gemeinsamen produktiven Faktors darstellen, sie stehen zu einander im Verhältniss der Seitenverwandtschaft. Das hier gültige Werthgesetz bzw. die beiden Werthgesetze, nämlich das erste für die Produktivgüter und das zweite für die Produkte, lauten also: 1. Die Grösse des Werthes der Produktivgüter wird durch den geringsten Grenznutzen bestimmt, der in irgend einem Produktionszweige wirtschaftlicher Weise noch erreicht werden kann, m. a. W. sie wird durch den Werth jener Produkte bestimmt, welche, wenn der Werth der Produkte gattungsweise bestimmt würde, den geringsten Werth hätten. Der — hiervon abgeleitete — 2. Satz lautet: Nicht nur der Werth der Gattung derjenigen Produkte, welche den anschlaggebenden mindesten Grenznutzen in sich enthalten, richtet sich nach diesem letzteren, sondern auch („zurückschlagend“ wieder „in Form eines Kreislaufes“, in „Form einer ge-

brochenen Linie, die vom „Grenzprodukt“ (das Produkt, dessen Grenznutzen der kleinste ist) zum Produktivmittel leitete und dann wieder vom Produktivmittel zu den anderen Produkten, die aus ihm hergestellt werden können, zurückleitet — von Böhm —): Der Werth derjenigen Gattungen, deren eigener Grenznutzen höher ist, als der zur Grundlage des Werthes des gemeinsamen Produktivgutes genommene mindeste Grenznutzen, richtet sich gleichfalls nach diesem letzteren, der „produktive Grenzwerth geht seinerseits nivellirend in die Produktwerthe ein“. v. Böhm wählt das Bild: „Wie der Mond das fremde Sonnenlicht auf die Erde, so reflektiren die vielseitigen Kostengüter den Werth, den sie von ihrem Grenzprodukt empfangen, auf ihre anderen Produkte. Das Prinzip des Werthes liegt nie in ihnen, sondern ausser ihnen im Grenznutzen der Produkte.“

Noch einfacher, plastischer und systematischer nennt v. Wieser die so abgeleiteten Regeln nur eine besondere, anderweitige Fassung des „ersten Elementarsatzes“ — Punkt 1 des Programms —, nämlich der Regel der Werthschätzung von Theilen eines Vorrathes gleichartiger Genussgüter: „Alle Produkte eines und desselben Produktivgutes sind im Grunde von einerlei Gattung, sie stellen . . . verschiedene Formen des einen Produktivgutes dar. Alle Geräte aus Eisen sind Formen des Eisens, sie sind allotropische Modifikationen desselben Elementes . . . Die Waffe, wie der Nagel und die Maschinen werden . . . mit Rücksicht auf die verbranchte Menge Eisens nach dem Werthe geschätzt, den dieses in seinen mindest wichtigen, noch zulässigen Verwendungen erhält.“

Die Formeln, welche v. Wieser hiernach für das Werthgesetz aufstellt, sind folgende:

- I. Für den Elementarfall 1: „Vorausgesetzt, der verfügbare Vorrath (gleichartiger Güter 1. Ordnung) bestände aus n Stücken und das erstverwendete Stück brächte einen Nutzen von der Intensität n (J_n), das zweitverwendete Stück einen solchen von einer um einen Grad geminderten Intensität ($J_n - 1$), jedes folgende einen um eben so viel geminderten und das letztverwendete (n^{te}) Stück endlich einen Nutzen von der Intensität 1 (J_1), so wäre das Interesse am Nutzen durch die Summe $J_1 + J_2 + J_3 + \dots + J_n$ auszudrücken. Der nach dem Maasse des Grenznutzens bemessene Werth wäre im gleichen Falle folgendermaassen auszudrücken: $W = n \times J_1$ oder $J_1 + J_1 + J_1 + J_1 \dots n \text{ mal.}$ “

II. Für den interessirenden Fall 3: Hier muss „an Stelle des höheren Grenznutzens der eigenen Gattung der mindere durch die Kosten vermittelte Grenznutzen eingesetzt werden. Wenn man diesen mit J_k bezeichnet, so wäre die Formel: $W = n \times J_k$.“

Eine noch eingehendere, tiefere Begründung der Formel II. also des Gesetzes der Werthe produktionsverwandter Güter, nimmt v. Wieser etwa in folgender Weise vor:

Die Produktion schafft nicht blos Werth, sondern sie zerstört auch Werth, indem sie die erzeugenden Kräfte durch Hervorbringung ihrer Erzeugnisse zum Theil absorbiert. Bei dem hier vorliegenden Falle von Produktivgütern mehrfacher und vielfacher Verwendbarkeit wird dieses Verhältniss in besonderer Weise gestaltet und verschärft. Hier hat man insbesondere noch darauf zu achten, dass man die sowohl nach Art als nach Menge ökonomisch wirksamste Answahl der Verwendungen treffe. Damit ist die Anschauung gewonnen, welche die Produktivgüter als „Kosten“ auffasst. „Kosten sind Produktivgüter, wenn dieselben bei einer einzelnen Widmung um ihrer anderweitigen Verwendbarkeit willen als Aufwand eingesetzt werden.“ Der beschränkte Vorrath der verfügbaren Produktivgüter soll also so verwendet werden, dass die meisten und dass zugleich die wichtigsten Wünsche erfüllt werden. Kein Theil des Vorraths soll in irgend einem Produktionszweige zur Hervorbringung eines minder wichtigen Erzeugnisses verwendet werden, während er in einem anderen zur Hervorbringung eines wichtigeren verwendet werden könnte.

Woran aber, fragt v. Wieser, kann man denn nun ein wichtigeres Gut von einem unwichtigeren unterscheiden oder m. a. W. die mittelst der Güter zu befriedigenden Bedürfnissarten ihrer Bedeutung nach gegeneinander abwägen und abmessen? Wie kann man, fragt v. Böhm, Lust- und Leidempfindungen — denn auf deren Abmessung beruht schliesslich die Werthschätzung — als blosse Gefühlgrössen überhaupt mit einem Grössenmaass erfassen? Er antwortet: Es giebt allerdings kein exaktes Maass für Lust- und Unlust, weil jede Art von Bedürfnissbefriedigung uns eine andere Art von Lust gewährt; dagegen hindert uns das gar nicht, uns über den Grad der Lust ein vergleichendes Urtheil zu bilden; im gegebenen Augenblicke wissen wir immer, welchem von mehreren der Art nach grundverschiedenen Genüssen, z. B. einem kalten Bade, einer Symphonie oder einem Gerichte wir

den Vorzug geben. Der Gebildete z. B., welcher schwankt, ob er für irgend einen Zweck eine Ausgabe von 20 fl. machen soll, wird hierbei reflektiren: „für das Geld könnte ich zehnmal ins Theater gehen“, während ein biederer Landmann, den ich kannte, in solchen Fällen zu reflektiren liebte: „für das Geld könnte ich 200 Krügel Bier trinken“. Wären unsere Bedürfnisse inkommensurabel, so wäre jedes Wirthschaften schlechterdings unmöglich. Thatsächlich unternehme man es allerdings, nicht blos zu beurtheilen, ob eine Lustempfindung überhaupt grösser ist, als eine andere, sondern auch, die Grösse des Abstandes ziffermässig zu bestimmen.

Wenn nun, meint v. Wieser, die Bedürfnisse sich bei allen den produktionsverwandten Gütergattungen gleichmässig abstufen würden, wenn der Grenznutzen in allen gleich hoch angenommen werden dürfte oder, anders ausgedrückt, die an die produktionsverwandten Erzeugnisse gewiesenen Bedürfnisse durchaus gleicher Ausdehnung fähig wären — nämlich bis zur gleichen Höhe des Grenznutzens —, so wäre nur Ein Grössenmaass für alle Produkte und für alle Produktivgüter entscheidend, nämlich der — überall gleiche — Grenznutzen der Produkte. Thatsächlich sei der Grenznutzen der letzteren aber von sehr verschiedener Grösse. „Bezeichnen wir“, sagt v. Wieser, „die Sättigung eines Bedürfnisses verfolgend, jeden Akt der Befriedigung mit dem ihm zukommenden Werthe, so erhalten wir eine abnehmende Skala, deren Nullpunkt bei völliger Sättigung erreicht ist, während der Höhepunkt dem ersten Akte der Befriedigung zukommt.“ Zwischen diesen „Sättigungsskalen“ der einzelnen Bedürfnisse beständen nun grosse Ungleichheiten. Nicht nur die Höhenpunkte seien ausserordentlich verschieden, sondern auch die Abstufungen von einem Akte zum andern seien ungleichmässig, die Abnahme des Bedürfnisses bald langsamer, bald schneller, die „Intensitätsreihen“ seien also ganz verschieden. Der Grad, wo man angesichts der Beschränktheit der Produktivgüter, die vollste überhaupt durchführbare Ausnutzung der Güter vorausgesetzt, abzubrechen genöthigt sei, bezeichne den Grenznutzen der einzelnen Gattungen. Jede Ueberschreitung in einer Post müsste durch eine Entbehrung an einer anderen gebüsst werden. Es gebe in diesem Sinne ein „Haushaltungsniveau“, ein „Produktionsniveau“. Es sei ganz wohl erlaubt, ja geboten, die Produktion in gewissen Zweigen weit über das Maass des Nutzens hinaus fortzusetzen, bei welchem man sich in den anderen begnügt habe, wenn man nur die Produkte minderen Grenznutzens nie

erzeugt, so lange irgendwo noch Produkte höheren Grenznutzens mit dem gleichen Aufwande erzeugt werden könnten.

v. Böhm wählt zur Illustration des Gesetzes folgendes Beispiel: Jemand besitzt einen grösseren Vorrath von Produktionsmittelgruppen zweiter Ordnung (G_2). Aus je einer solchen Gruppe kann er nach Belieben entweder ein Genussgut der Gattung A. oder ein solches der Gattung B, oder endlich ein solches von der Gattung C herstellen. Er nimmt nun — nach v. Wieser'scher Weise — an, dass der Grenznutzen je eines Exemplares in den drei Gütergattungen A, B und C verschieden hoch ist: und zwar für A 100, für B 120, für C 200. Geht hier ein Exemplar der Gattung C verloren, so braucht man nicht auf den Grenznutzen von 200, den es unmittelbar gestiftet hätte, zu verzichten, sondern kann und wird sofort aus einer Produktionsmitteleinheit G_2 ein neues Exemplar C herstellen und dafür lieber nur ein Exemplar weniger von derjenigen Gattung erzeugen, in welcher der Grenznutzen und damit der Nutzverlust am kleinsten ist. Das ist die Gattung A. Ein Exemplar C — ebenso wie ein Exemplar B — ist daher wegen der durch die Produktion vermittelten Substitutionsgelegenheit nicht nach seinem eigenen Grenznutzen 200, sondern nach dem Grenznutzen des geringwerthigsten produktionsverwandten Produktes A, nur 100 werth.

§ 26.

Die Grenznutzenlehre (Fortsetzung). III. Der Werth zusammenwirkender Produktionsfaktoren oder der komplementären Produktivgüter oder die Lehre der natürlichen Zurechnung des produktiven Ertrages (Vierter Programmsatz). v. Wieser's Lehre vom Kapitalzins.

III. „Der Werth zusammenwirkender Produktionsfaktoren“.

Unter dieser Ueberschrift behandelt v. Wieser den vierten Bestandtheil der Grenznutzentheorie, nämlich das Werthgesetz für die — komplementären — Produktivgüter, die in ihrem Zusammenwirken die produktiven Erträge ergeben. In seinem Werk „der natürliche Werth“ behandelt er dieselbe Materie unter dem Gesichtspunkte und der Ueberschrift: „die natürliche Zurechnung des produktiven Ertrages“.

„Um das kleinste Ding zu machen“, deduzirt er, sei das Zusammenwirken von mindestens zwei Produktionsfaktoren

nothwendig, der menschlichen Arbeit und eines Gegenstandes, der bearbeitet wird. Mit dem Fortschritt der Kultur sei dies Zusammenwirken immer vielgestaltiger und künstlicher geworden. Die bisher aufgestellten Sätze reichten also nur aus, um die zusammenwirkenden Produktionsfaktoren im Ganzen, aber nicht, um sie auch im Einzelnen zu schätzen. Um auch das zu können, bedürfe das „Werthgesetz zu seiner Vollendung“ noch einer Regel, die es ermögliche, den gesammten Ertrag im Einzelnen aufzuthellen. Wenn Land, Kapital und Arbeit zusammenwirken, müsse man die Quote des Landes, die des Kapitals und die der Arbeit aus dem gemeinsamen Produkte ausscheiden können, ja noch mehr, man müsse auch den einzelnen Grundstücken, den einzelnen Kapitalien und den einzelnen Arbeiten ihre Leistung nachmessen können. Dies sei aber das Problem „der natürlichen Zurechnung des produktiven Ertrages“. Vor ihm habe schon v. Böhm — S. 59/61 Conrad's Jahrbücher a. a. O. — die Frage gestreift, und ich gebe hier absichtlich den Auszug mit v. Wieser'schen Worten wieder: „Böhm-Bawerk, indem er zuerst über einige minder wichtige Fälle der Komplementarität spricht, stellt hierbei den Grundsatz fest, dass alle Elemente einer Gruppe, die erstens auch ausserhalb derselben verwendet und zweitens zugleich in der Gruppe durch andere — von aussen genommene — Exemplare ihrer Art ersetzt werden können, niemals einen höheren Werth als ihren „Substitutionswerth“ erlangen, „d. i. denjenigen, der abgenommen wird vom Ausfall an Nutzen in denjenigen Verwendungszweigen, aus denen man die Ersatzexemplare beschafft.“ Solcher Art sind z. B. Ziegel, die zu einem Hausbau bestimmt sind. Gehen einige Fuhren von ihnen zu Grunde, so hindert das den Hausbau nicht, sondern man ersetzt sie durch andere. Diesen Satz wendet Böhm-Bawerk auf die Fälle der produktiven Komplementarität an, indem er die sämtlichen komplementären Produktivgüter in zwei Kategorien theilt. Die eine, welche die überwiegende Mehrzahl aller umfasst, enthält solche Güter, die als marktgängige Waare „beliebig ersetzlich“ sind; „die Leistungen der Lohnarbeiter, die Rohstoffe, Brennmaterialien, Werkzeuge u. s. f.“ Die andere, die Minorität, ist „nicht oder nicht leicht vertretbar, wie z. B. das Grundstück, das der Bauer bewirthschaftet, das Bergwerk, der Eisenbahnkörper, die Fabrikanlage, die Thätigkeit des Unternehmers selbst mit ihren höchst persönlichen Qualitäten“. Der Werth der zur ersteren Gruppe gehörigen Güter ist nun für jeden einzelnen Fall stets durch ihre ander-

weitigen Verwendungen gegeben. er ist insoweit fix. Er wird zuerst vom Gesamtertrag abgezogen. der Rest fällt „dem oder den nicht vertretbaren Gliedern“ zu; so rechnet ihn „der Bauer seinem Boden, der Bergwerksbesitzer seinem Bergbau, der Fabrikant seiner Fabrik, der Kaufmann seiner Unternehmerrthätigkeit“ an.“ — Mit Recht hebt v. Wieser hervor, dass sich ähnliche Gedanken, mehr oder minder klar, bei manchen Schriftstellern finden (vergl. oben meine Ausführungen über Hermann S. 117 folg.), und mit Recht meint auch v. Wieser, dass sie nicht zum Ziele führen können. Er fragt: „Wie aber, wenn mehrere „vertretbare“ Güter zusammentreffen? Treffen nicht z. B. das Bergwerk und die Unternehmerrthätigkeit seines Besitzers zusammen? Treffen nicht auch der „ersetzlichen“ Güter immer manche, ja viele zusammen? Ihr Werth, der praktisch jeweilig durch Berufung auf ihre anderweitige Verwendung und Schätzung gegeben ist, muss theoretisch, da die anderweitige Verwendung immer wieder selbst in Verbindung mit komplementären Gütern erfolgt, immer erst aus der Verbindung ausgelöst werden — wie kann das aber anders geschehen, als wenn man die Regel der Auftheilung kennt?“

v. Wieser glaubt nun diese Regel und damit die „Lösung des Problems“ endlich gefunden zu haben. Die Lösung sei bisher nur deshalb gescheitert, weil die Frage zu „hoch“ gestellt worden sei, zu „tiefsinnig“. Man habe ergründen wollen, welchen Antheil des gemeinsamen Produkts, physikalisch genommen, jeder Faktor hervorgebracht habe. Diese Lösung sei allerdings unmöglich. So angesehen, komme man nicht über den Satz hinaus, dass der Erfolg das gemeinsame Erzeugniss aller seiner Urheber und Ursachen sei, die verbunden wirken müssen oder gar nichts bewirken können. Es gehe nicht an, einem Faktor, etwa im Sinne der Sozialisten der Arbeit, den ganzen Erfolg zuzuschreiben, indem man sage, dass das ganze produktive Erzeugniss der Volkswirtschaft auf Rechnung der Mitwirkung der Arbeit zu setzen sei, weil ohne sie gar nichts, auch nicht das Mindeste erzeugt werden könne. Dasselbe liesse sich mit demselben Rechte auch von der Mitwirkung des Bodens und auch des Kapitals behaupten. „Drei Unbekannte und eine einzige Gleichung! Ist die Rechnung unauflöslich?“ fragt v. Wieser. Nein, antwortet er, man müsse nur nicht nach der Lösung der physikalischen Auftheilung, nicht so gelehrt und „vornehm“, sondern einfach im schlichten Sinne der Praxis nach der Auffindung der wirtschaftlichen „Zurechnung“

streben. Wie in der Kriminalistik die „Zurechnung“ auf einzelne Momente beschränkt werde, für welche der Thäter rechtlich allein verantwortlich gemacht werde, so müsse man die einzelnen unter den wirthschaftlichen Elementen aufsuchen, denen der Theil — nicht etwa kausal, sondern, vermöge einer zweckmässig einschränkenden Methode — praktisch zuzurechnen sei, welchen er sicherlich nur in Verbindung mit allen übrigen Elementen hervorgebracht habe. In diesem Sinne operire der plumpe Bauer, der sich sehr wohl darauf verstehe, den Ertrag des Ackers und somit seinen Werth von dem Ertrage der mitwirkenden Arbeiter, Werkzeuge und Stoffe zu scheiden. Aber auch selbst im grossen kommunistischen Staate würde eine solche sachliche Auftheilung, also die Bewerthung nicht blos der Arbeit, sondern auch des produktiven Reichthums an Boden und Kapital nach Maass des Ertrages, den sie sichern, nothwendig bleiben, wenn nicht eine leichtsinnige Vergendung des produktiven Sachgüterbesitzes einreissen solle. Nur wenn Grundstücke wie Kapitale und Arbeitskräfte alle je auf Grund ihres mit möglichster Genauigkeit ermittelten Ertragsantheiles in Werth gehalten würden, könnte ein Plan der Erzeugung erdacht werden, welcher allen Anforderungen gerecht werde. Rodbertus sei in der That vollkommen im Rechte, wenn er sage, dass man vom persönlichen Einkommen nicht auf den sachlichen Ertrag schliessen könne. Ob nicht der Arbeit der ganze Ertrag „moralisch“ zuzurechnen, das sei ein besonderes Problem, die moralische Zurechnung sei für die persönliche Ordnung des Einkommens bedeutungsvoll, daneben dürfte jedoch selbst im kommunistischen Staate niemals die sachliche Ertragsaufrechnung ausser Augen gelassen werden. Aber auch die heutige Ordnung der Dinge, wo die sachliche Zurechnung der Erträge die Grundlage für die persönliche Vertheilung des Volkseinkommens sei, bliebe immer dem Vorwurfe der Willkürlichkeit, des Zwanges und der Ungerechtigkeit ausgesetzt, wenn es nicht gelänge, die Regel der Zurechnung des produktiven Ertrages theoretisch zu formuliren.

Die einzige erschöpfende Formulirung dieser Art, die es überhaupt gäbe — nämlich die Menger'sche (vergl. oben S. 186 folg.) — sei doch aber auch unvollständig und irthümlich, insofern Menger auch bei der Bestimmung des Werthes eines einzelnen von mehreren zusammenwirkenden Produktivgütern das Verfahren anwende, dass er, von dem Grundgedanken der Werththeorie ausgehend, den Werth eines einzelnen Stücks eines Vorraths an der Annahme klar

mache, dass man dieses einen Stückes verlustig würde. Dies Verfahren sei nur unter gewissen Umständen, also ausnahmsweise, richtig, nämlich gerade unter den Umständen, die für einen Vorrath gleichartiger Genussgüter zutreffen, wo ich, wenn ich in Gedanken ein Gut abziehe, eben nur dieses eine Gut und Nichts weiter abziehe; aber es gelte nicht für einen Vorrath verschiedenartiger und zusammenwirkender Produktivgüter, wo ich, wenn ich in Gedanken eines abziehe, auch noch die anderen eines Theiles ihrer Wirkung mitberaube. Angenommen drei Produktivelemente versprächen bei dem rationellsten Produktionsplan durch ihre Verbindung ein Erzeugniss, dessen Werth zehn Wertheinheiten betrüge. Wenn man diese Verbindung sprengte, und sie in anderen Produktivgruppen verwendete, so müssten sie weniger geben; denn ein Plan sei immer der beste, die anderen seien immer eine Kleinigkeit schlechter. Würden wir also z. B. sagen, sie würden dann nur je 3, zusammen also 9 Einheiten gelten, so betrüge der Ertragsausfall nach Menger im Fall des Verlustes eines Elementes je 10 minus 6, d. i. 4. Das könne aber nicht der richtige Werth sein; denn dann wäre der Werth der 3 Elemente zusammen: $3 \times 4 = 12$, während er nach der Annahme vorher nur 10 betrug. Es bedürfe indessen nur einer etwas (!) veränderten Wendung, um den Irrthum Menger's zu verbessern: Es komme nicht auf den Ertragsantheil an, der durch den Verlust eines Gutes verloren, sondern auf jenen, der durch seinen Besitz erreicht werde.

Im Uebrigen hält er Menger's Gedankengang für völlig korrekt, besonders den Grundgedanken, dass die Verbindungen, welche die komplementären Produktivgüter eingehen, minder strenge seien, als man erwarten sollte, dass die Komplementarität minder weit reiche, als der erste Anblick vermuthen lasse; vom einzelnen Element hänge niemals der ganze Ausfall der Produktion, der ganze Ertrag ab, sondern nur ein Theil des Ertrages der Verbindung. Niemals könne es uns freilich, wie gesagt, gelingen, weder die Kraft noch den Stoff für sich allein zu beobachten und dadurch die Wirkungen zu bemessen, deren sie selbstständig fähig wären; aber die mitverbundenen Elemente wechselten und das befähige uns zur Ausscheidung der spezifischen Wirkung jedes einzelnen ebenso als ob es ganz allein wirksam wäre. Jedes Element werde in der Praxis gleichzeitig in verschiedenen produktiven Kombinationen verwendet. Statt einer Gleichung z. B.

$x + y = 100$ seien z. B. — um die ganze Fülle der Ausdrücke, die sich bilden, auf eine kürzeste typische Formel zu bringen — die folgenden Gleichungen vorhanden:

$$x + y = 100$$

$$2x + 3z = 290$$

$$4y + 5z = 590,$$

wo sich x mit 40, y mit 60, z mit 70 berechne.

So viele einzelne produktive Kombinationen innerhalb des ganzen Produktionsplanes durchgeführt werden, so viele einzelne Gleichungen entstünden, worin die kombinierten Produktionsfaktoren einerseits und der Werth des gemeinsamen Ertrages andererseits als äquivalente Grössen gegenübergestellt seien. Summire man alle Gleichungen, so stelle man den gesammten Produktivbesitz dem Gesamtwerthe des Ertrages äquivalent. Diese Summe sei auf die einzelnen produktiven Elemente nach Maassgabe der Gleichungswerthe vollständig und ohne Rest zu verrechnen, jedem Elemente falle damit ein bestimmter Antheil an der Gesamtleistung zu, und der so bezifferte Ertragsantheil des einzelnen Produktivfaktors sei es, den man gemeinhin kurzweg „den Ertrag“ des betreffenden Faktors nennt: Ertrag der Arbeit, des Landes, des Kapitaless. v. Wieser nennt ihn, um ihn vom Ertrage des Ganzen zu unterscheiden: Den „produktiven Beitrag“. Es sei also jener Antheil, mit dem die Leistung des einzelnen Produktivelementes im Gesamtertrage der Produktion enthalten sei. Die Summe aller produktiven Beiträge erschöpfe genau den Werth des Gesamtertrages. Nur brauche man nicht alle möglichen Kombinationen, alle Gleichungen des ganzen Produktionsplanes, um zum Ziele zu gelangen, man behelfe sich in der Praxis durch „Probiren“, man setze die im einzelnen Falle erhaltenen bezw. die allgemein bekannten Werthe, sofern sie zutreffend erscheinen, auch in anderen Fällen wieder ein, man schiebe bald dies bald jenes produktive Element hin und her und verfolge die Wirkung jeder Kombination auf den Ertragswerth. Die Zurechnung des produktiven Beitrages im dargelegten Sinne sei die einzige praktisch zuträglich, sie rechtfertige ihre Logik durch ihren Nutzen, indem sie ermögliche, dass der Werth der Produktivgüter das sein könne, was er sein soll — das Kontrollmittel der Produktion, ein Maass für die fernere Verwendung der einzelnen Produktionsmittel; denn der höchste erreichbare Gesamtertrag werde dann erreicht, wenn man von jedem Faktor

eine Leistung fordere, die dem zugerechneten Beiträge gleichkommt. Wenn der Sozialismus die produktive Zurechnung abschaffen wolle, so führe er einen Zustand herbei, schlimmer als ihn die tiefste Barbarei gekannt hätte. — Eine gewisse Geltungsgrenze für die entwickelte Regel der Zurechnung giebt v. Wieser zu: Sobald man eine allzugrosse Menge von Produktivgütern als Einheit zusammenfasse, wie es die Theoretiker thun, wenn sie alle Arbeiten als „Arbeit“, alle Kapitalien als „Kapital“, alle Grundstücke als „Land“ zusammenfassen — lasse sich die zur Lösung erforderliche Zahl von Gleichungen nicht mehr aufstellen; von „Land, Kapital und Arbeit“ lasse sich nichts weiter sagen, als dass sie zusammen Alles, allein Nichts hervorbringen.

v. Wieser bringt nun die entwickelte Lehre vom „produktiven Beiträge“ mit den sonstigen Sätzen der Grenznutzenlehre, wie wir sie oben vorführten, in folgende logische Verbindung: Soweit die Produktivgüter nicht vereinzelt, sondern in Vorräthen verfügbar sind, erfolgt die Zurechnung des produktiven Beitrages nach dem Grenzgesetze. Jedem einzelnen Stücke, jeder Theilquantität, jedem „Mengentheilchen“ werde dann der geringste Beitrag zugerechnet, der nach den Umständen wirthschaftlicher Weise mit einem solchen Stücke, mit einer solchen Theilquantität noch erzielt werden dürfe: der Grenzbeitrag oder in anderer Wendung: das Grenzprodukt, wie auch schon — nach v. Böhm's richtiger Hervorhebung — Thünen gelehrt habe, „dass die Höhe des Kapitalzinses durch die Produktivität des letzten angelegten Kapitaltheilchens, die Höhe des Arbeitslohnes durch den Ertrag des letzten in der Unternehmung angestellten Arbeiters bestimmt werde.“

Ferner fügt v. Wieser die Regel vom produktiven Beiträge in das Kostengesetz ein, indem er dem Inhalte des letzteren, wonach Produktivgüter mehrfacher Verwendbarkeit — und damit alle mit ihnen hergestellten produktionsverwandten Produkte — ihren Werth vom geringwerthigsten der Produkte, vom Grenzprodukte erhalten, einfach hinzusetzt: „bezw. (!) von ihrem Beiträge zu diesem Produkte“. Gesetzt, fñhrt er an, von einem produktiven Vorrathe einer Gattung a (etwa Eisen), gebe das geringst ausgenñtzte Stñck das Produkt 1, so hat jedes Stñck den Werth 1; jedes Stñck der Gattung b (etwa Kohle) hat den Werth 2, wenn der produktive Grenzbeitrag dieser Gattung 2 betrñgt, und jedes Stñck der Gattung c (irgend ein anderes Produktivgut) hat den Werth 3, wenn hier der produktive Grenzbeitrag 3 betrñgt. Da die Produktivgüter — nach

dem Kostengesetze — diesen Werth auch in ihren Produkten behaupten. so wird z. B. das Erzeugniss der Elemente $10a + 10b + 10c$ den Werth $10 + 20 + 30$ oder 60 und das der Elemente $10a + 20b + 10c$ den Werth $10 + 40 + 30$ oder 80 haben. Das Gesetz lautet dann für die Produktivgüter dahin, dass dieselben in jedem Produkte den gleichen Werth, nämlich jenen Werth, wie er ihnen durch den produktiven Grenzbeitrag zukommt, behaupten; und für die Produkte: der Werth eines Produktes ist ein Vielfaches aus der Multiplikation der verwendeten produktiven Quantität mit dem produktiven Einheitswerthe, „beziehungsweise“ (!) — wenn man berücksichtigt, dass jedes Produkt immer aus mehreren produktiven Faktoren hergestellt ist — eine Summe von solchen Vielfachen ($10a + 10b + 10c$ oder $10a + 20b + 10c$ u. s. f.). Es entscheidet innerhalb des Kreises der ganzen Produktionsverwandtschaft immer der gemeinsame produktive Grenznutzen. „Das Erzeugniss der produktiven Verbindung $10a + 10b + 10c$ besitzt den gemeinsamen Grenznutzen aller Produktivgüter der Art a zehmal und ebenso oft den der Arten b und c. Daher steht es in einem festen Werthverhältnisse zu dem Erzeugnisse aus $10a + 20b + 10c$ und dieses Werthverhältniss entspricht dem allgemeinen Werthgesetze, wonach Theilsummen eines Vorraths mit dem Vielfachen von Menge und Grenznutzen anzuschlagen sind. Auch solche Produkte, die in äusserer Erscheinung und Bestimmung einander ganz fremd sind, kommen hierdurch, wenn sie auch auf ihre produktiven Bildungselemente zurückgeführt werden, lediglich in dasselbe Werthverhältniss wie Theilsummen eines Vorraths“.

Alle diese abstrakten Formeln erhalten nun etwas mehr Fleisch und Blut, wenn wir v. Wieser's Untersuchungen über die „einzelnen Motive der Zurechnung“ folgen d. h. über die einzelnen „Umstände“, die immer als Ursachen der Werthveränderung der Produktivgüter angeführt werden und welche „diese Wirkung dadurch haben, dass sie in erster Linie den zuzurechnenden Beitrag verändern“. Es ist vom Standpunkte der Grenznutzenlehre aus ganz konsequent, wenn auch diese Motive vom A und O der Lehre, d. h. vom Quantitätenverhältnisse der Güter, m. a. W. vom „Vorrathe“ und vom Stande der Bedürfnisse, vom Bedarf, abgeleitet werden. Hiernach müssen dann einfach „von allen Produktivgütern diejenigen die geringsten Grenzbeiträge zugerechnet erhalten, deren Vorräthe im Vergleich zum Bedarfe die reichlichsten sind“ und die man deshalb „am freiesten, bis zu den geringsten

Leistungen herab verwenden darf. Es ist hiernach klar, dass bei Zunahme des persönlichen Bedürfnisses den auf die Befriedigung desselben verwendeten Produktivgütern — weil sie eben begehrt sind — Werth zuwächst, dagegen bei Zunahme der vorhandenen Quantitäten (Vorräthe) der Produktionsgüter die mit ihnen hergestellten Produkte im Werth fallen. Es spielen hier aber zwei weitere Momente hinein, der Vorrath der „komplementären“ Produktionsgüter und die Aenderung der „Technik“. In ersterer Beziehung bemerkt v. Wieser, dass sich der effektive Bedarf an Produktivmitteln nicht blos dann ändert, wenn sich das persönliche Bedürfniss ändert, sondern auch dann, wenn sich die Menge der komplementären Produktivgüter ändert; denn: ein Bedarf an Produktivmitteln entsteht nur dann, wenn man dieselben einerseits anzuwenden gezwungen ist, um ihre Früchte nicht entbehren zu müssen, und wenn man sie andererseits anzuwenden vermag, indem man über die erforderlichen komplementären Güter verfügt; denn erst dann wird der bis dahin höchstens „latente“ Bedarf ein „effektiver“. Wenn z. B. der Reichtum an landwirthschaftlichen Kapitalien und die Menge der verfügbaren landwirthschaftlichen Arbeitskräfte zunimmt, so steigt der effektive Bedarf an Grundstücken. Dann wird dem Boden ein stärkerer Ertragsantheil zugerechnet. Drei Fälle werden unterschieden. Kann die Erzeugung trotz der reicheren Mittel nicht ausgedehnt werden, z. B. bei Weinland ausgesuchter Lage, so bleibt derselbe Werth im Ertrage vom Weinlande, es ändert sich aber der Theilungsschlüssel für die Zurechnung, es muss der Ueberschuss an Arbeit und Kapital anderweitig Platz suchen, ihre Gleichungen werden also im Ganzen ungünstiger und auch für die Gleichung der Weinproduktion, ihr produktiver Grenzbeitrag sinkt, ein grösserer verhältnissmässiger Antheil fällt auf Rechnung des Landes, welches die günstigen Wirkungen für sich aufsaugt. Kann die Erzeugung im vollen Maasse ausgedehnt werden, so fällt von dem vergrösserten Gesamtwert des Erzeugnisses auf Land, Kapital und Arbeit eine gleiche Quote, das Land gewinnt also auch hier wenigstens einen absolut grösseren Antheil. Wo die Erzeugung endlich zum Theile ausgedehnt werden kann, vermischen sich beide Wirkungen, das Land gewinnt doppelt. Ueberhaupt bewirkt die Vermehrung der Hilfsmittel jeder Produktion die Unternehmerchancen. — Zweitens: die technischen Fortschritte vermehren die Qualität oder die Quantität der Erzeugnisse und somit die Höhe ihres Werthes, sie

haben daher die Folge, dass die „bekannten“ Grössen, die rechte Seite der Gleichung, höher angesetzt werden, während die Menge der „Unbekannten“ — links — gleich bleibt. Je nach Umständen erhöhen sich hiernach die Beiträge aller oder blos einzelner Faktoren der betreffenden Erzeugungen. Im ersteren der oben erörterten Fälle z. B. hat sich das Weinland mit weniger Erzeugnissfaktoren als bisher zu theilen: es steigt diesen gegenüber im Werthe. Die bekannte Wirkung arbeitersparender Maschinen ist, dass sie den Arbeitslohn sinken machen, weil sie in erster Linie den Arbeitsertrag senken. Auch im kommunistischen Staate muss der Arbeitsertrag dann sinken, da die Arbeit in diesem Falle freier und zu desto geringeren Verwendungen bestimmt werden kann und muss. Ueberhaupt kommt in allen Produktionen, in welchen die Erzeugung durch „spezifische“ Elemente eingengt wird, der Hauptvortheil der technischen Errungenschaften auf Rechnung dieser Elemente. Sie stehen wegen ihrer geringen Menge vergleichsweise hoch. Es sind das solche Güter, denen ein natürliches Monopol zukommt, wie seltene Rohstoffe, Grundstücke von ausgezeichnete Lage u. s. w. Während die „Monopolgüter“ spezifische Elemente einzelner Produktionen sind, stellen die „Kostengüter“ die verbreiteten, viel gebrauchten, überall mitwirkenden Kräfte und Stoffe der Erzeugung dar, so z. B. Handarbeit, Kohle, Holz, Eisen etc. Die Werthsteigerung in Folge von Zunahme des Bedarfs und der Technik wird von den Monopolgütern grösstentheils aufgesogen. Zwar müssen sie sich in das Gegebene einfügen — denn die Kostengüter „bauen den Körper der Volkswirtschaft auf“ (Hermann) — sie steigen und fallen mit dem Wechsel des allgemeinen Standes der Volkswirtschaft. Vom gesammten Produktionsertrage werden stets zunächst die Antheile der Kostengüter abgezogen, der Rest fällt den Monopolgütern zu.

Von diesen Gesichtspunkten aus rechnet v. Wieser auch mit der Ricardo'schen Grundrentenlehre ab. Ricardo lehre, dass die Monopolgüter allein ihren Werth der Seltenheit verdanken, während alle anderen Güter ihn von der Erzeugungsarbeit erhalten.

Das sei falsch, alle Güter leiten ihren Werth und wirtschaftlichen Charakter von der Seltenheit ab. Wenn und insoweit die schlechtesten Grundstücke keine Rente tragen, so liege dies eben daran, dass sie nicht selten sind, sondern als in Ueberfülle vorhanden vorausgesetzt werden und deshalb „freie“ Güter

darstellen. Die Differentialrente werde durch das Gesetz der Beitragszurechnung ganz von selbst erklärt, nämlich durch das Mehr des Ertrages, das ihnen zuzurechnen sei. Aber die Ricardo'sche Lehre sei unvollständig und unrichtig, da sie dem Falle nicht gerecht werde, der doch praktisch zuträfe, dass auch die schlechtesten Länder nicht in Ueberfülle vorhanden seien und dass auch sie eine Rente abwürfen. Eine Lehre, welche den Fall einer „allgemeinen“ Grundrente nicht unter ein Gesetz zu bringen vermöge, wisse auch kein Gesetz für die unleugbare Thatsache, dass alle wirthschaftlich verwendeten Arbeiten und Kapitalien Ertrag geben, sie wisse überhaupt nichts zu sagen, als dass die besseren Qualitäten der Güter um den Belauf ihres Mehrertrages mehr zugerechnet erhalten, während sie ausser Stande sei, uns zu belehren, welche Antheile den gewöhnlichen Qualitäten, der Masse der Produktivgüter, zuzurechnen seien. Nur das allgemeine Gesetz der Zurechnung könne das Problem lösen, da es das Gesetz der Grundrente als einen integrierenden Theil mitumschliesse.

v. Wieser's Lehre vom Kapitalzins.

Mit dem Gesetze der produktiven Zurechnung glaubt nun v. Wieser endlich auch das bisher ungelöste Räthsel des Kapitalzinsproblems einer glücklichen Lösung zugeführt zu haben. Kein Schriftsteller vor ihm, auch v. Böhm nicht, habe die Unterstützung dieses Gesetzes gehabt. Wenn v. Böhm — cfr. oben S. 151 und 152 — es als eine unmögliche Hypothese hinstellt, dass der Zins sich aus der Produktivität des Kapitals herleite und dass es keine Kraft gebe, die ebenso, wie auf dem Acker Weizen wächst, direkt einen „Mehrwerth“ wachsen lassen könnte u. s. w., so glaubt v. Wieser nunmehr in der That eine produktive Kraft gefunden zu haben, die zwar nicht — wie v. Böhm fordere — „mehr Werth“, aber doch — was auf dasselbe hinauskomme — „mehr Ertrag“, Ueberschuss, schaffe. Um die Werthproduktivität des Kapitals zu erweisen, sei nur nöthig, seine physische Produktivität nachzuweisen, die letztere sei das „Gerüste“ für jene. Und zwar versteht v. Wieser unter Produktivität des Kapitals die Fähigkeit einer solchen, reinen Ertrag zu geben; denn Kapital, das nur rohen Ertrag gebe, sei zwar ohne Zweifel schon deshalb allein als Produktivgut zu bezeichnen, da es produziere. „Im vorzugsweisen Sinne“ seien „jedoch Kapitalien dann produktiv zu nennen, wenn sie einen reinen Ertrag geben“, „einen Ueberschuss über den Ersatz der Kapital-

substanz“. Eine physische Produktivität des Kapitals in diesem Sinne sei aber offenbar vorhanden; denn von den überreichen Reinerträgen, die notorisch aus dem Gesammttertrage von Land, Kapital und Arbeit gezogen werden, müsse nothwendigermassen (!) auch dem Faktor Kapital ein Theil zugerechnet werden, das folge schon aus seiner Natur als wirthschaftlichen Produktionsfaktors. Warum sollte ihm allein gerade kein solcher Antheil zukommen? Eine unmittelbare sei jene physische Produktivität allerdings nicht; denn dazu gehörte, dass das Kapital sich in gleichartigen Gütern mit einem Ueberschusse an solchen wiedererzeuge, dass also z. B. das Kapital eines Jägers oder Fischers, d. h. Pfeile, Bogen und Netze, sich im trockensten Sinne des Wortes als solche wiedererzeugten, während sie doch in Wahrheit nichts als Jagdbente und Fische, also einen Rothertrag in fremdartigen Dingen, verschaffen, aus denen sie sich nicht ersetzen, mit denen sie wohl im Werthe, aber nicht der Menge nach verglichen werden können und durch welche daher ein physischer Reinertrag nicht dargestellt sei. Aber das mittelbare Gesammtergebniss laufe doch schliesslich auf dasselbe hinaus: der Besitz von Pfeilen, Bogen und Netzen erleichtere die Bedingungen der Wiedererzeugung durch Steigerung des Rothertrages an Wild und Fischen, in Folge dessen nun weit mehr Arbeit als früher für die Kapitalbeschaffung frei sei. So sei es überall, nicht nur in primitiven Zuständen, sondern auch im verwickeltesten Verkehr. Der fremdartige Rothertrag jedes Kapitals müsse gegen die fremdartigen Rotherträge anderer Kapitalien, ja gegen Erträge, die der Arbeit und dem Lande zuzurechnen sind, umgesetzt werden, damit das Kapital wieder hergestellt und der Reinertrag physisch erkennbar sei. Im Schlussergebniss erfolge stets, wenn auch nach den weitesten Umwegen, eine Reinertragszurechnung gerade so, als ob jedes Kapital sich selber mit einem Ueberschuss wiedererzeugte. — Rothertrag und Reinertrag im geschilderten Sinne seien somit die beiden gegebenen Grössen, aus denen der Kapitalwerth folge. Die ganze Schwierigkeit des Problems liege eigentlich darin, zu erkennen, dass diese beiden Grössen gegeben seien. Die Berechnung erfolge einfach durch Diskontirung, d. h. man bringe, ähnlich, wie man bei Berechnung des Gegenwartswerthes einer (unverzinslichen) Geldforderung von der künftigen Summe den Zins in Abzug bringe, vom Werthe der künftig erwarteten Summe von Erzeugnissen, in die sich das Kapital umsetzen soll, den entfallenden

Reinertrag in Abzug. Bei der Schätzung stehenden, dauerbaren Kapitals, z. B. einer Maschine von 10jähriger Leistungsfähigkeit, seien eben alle (10) Jahresleistungen auf den heutigen Werth eskomptirt zu summiren, bei solchen stehenden Kapitalien, die sich nur langsam abnutzen und daher ausserordentlich viele einzelne Erträge oder gar eine ewige Rente geben, werde statt des umständlichen Verfahrens der Diskontirung der einzelnen Beträge das einfachere Verfahren der Kapitalisirung gebräucht, was mathematisch bekanntlich im Erfolg dasselbe sei.

Die Produktivität im Sinne eines physischen Reinertrages sichert, so folgert v. Wieser, so lange sie besteht, dem Kapitale auch Werthproduktivität, indem es mehr als sich selbst, „mehr Werth“ schafft. Ein Kapital, das heute und übers Jahr denselben Rothertrag (z. B. 105) und denselben Reinertrag (z. B. 5) abwirft, wird heute und übers Jahr mit demselben Werthe (z. B. mit 100) angeschlagen. Der Zins entspricht einem reinen Zuwachs zum Kapital, einer Frucht desselben. Die Höhe des Zinses, d. h. das allgemeine Zuwachsprozent aller Kapitalien, wird durch die wechselseitige Verbindung unter den Produktionen gebildet, es findet ein Ausgleich statt. Fallen und Steigen des Zinsfusses erfolgt durch Veränderungen umfassender Art im Ertrage der grossen Massen der Kapitalien, durch Veränderung im Vorrath, im Bedarf, in der Technik, kurz in einem der bekannten Motive der „Zurechnung“. Der Wechsel und das Auf- und Abschwanken des produktiven Zinsfusses im Laufe der ganzen Wirthschaftsgeschichte entspricht diesen Gesetzen der Zurechnung und bestätigt dieselben.

Die Uebereinstimmung der Zuwachsprozente, d. h. der einheitliche Zinsfuss, ist ein Beweis ökonomisch wohl abgewogener Kapitalgebarung. es ist in der Vorschrift, die Produktion nach dem Zinsfusse entsprechend einzurichten und alle diejenigen Verwendungen zu unterlassen, welche die übliche Verzinsung nicht einbringen, das Grenzgesetz für alle verschiedenen Kapitalsorten einheitlich zusammengefasst. Die Zinsen bilden somit einen Bestandtheil der Kosten wie das Kapital selbst. Zins und Zinseszins müssten auch im sozialistischen Staate berechnet werden, denn sie sind nicht blos Vertheilungsquoten, sondern naturale Ertragsantheile. Diese Berechnung sei hier im Interesse der besten wirthschaftlichen Verwendung der Produktivkräfte ebenso erforderlich, wie es für den gleichen Zweck auch erforderlich sein würde, die

„allgemeine“ Grundrente beim Kostenansatz mit in Anschlag zu bringen. —

Es wäre hier der richtige Ort, um gleich die von v. Böhm kürzlich vorgetragene und vielfach als epochemachend bezeichnete eigenartige Lehre vom Kapitalzinse anzufügen, damit die oben S. 115 versprochene Kritik derselben vorgenommen werden kann. Ich verschiebe dies aber, bis zunächst der Punkt 5 des Programms der Grenznutzenlehre, die Lehre vom objektiven Tauschwerthe (Verkehrswerthe), vorgeführt ist. Denn die v. Böhm'sche Kapitalzinslehre ist ohne die von ihm aufgestellte Lehre vom Verkehrswerthe nicht gut verständlich, sie hat dieselbe zur Voraussetzung, während dies bei der v. Wieser'schen Kapitalzinslehre keineswegs zutrifft. Wir konnten die letztere vorführen, da sie nur die Einzelwirthschaft oder doch die Wirthschaft des kommunistischen Staates voraussetzt. v. Wieser hat in seinem Werke „Ursprung“ u. s. w. vom Verkehrswerthe ganz abstrahirt, und auch im „Natürlichen Werth“ führt er die Lehre nur an der Hand der v. Böhm'schen Ergebnisse kurz vor, nicht ex cathedra, sondern nur zu dem ausgesprochenen Nebenzwecke, um „Anwendungen auf die Wirklichkeit“ machen zu können und um „Vergleiche“ anzustellen. In der Hauptsache beschränkt er sich auf die Untersuchungen des „natürlichen“ Werthes, dessen Gesetze nach v. Wieser's eigenartiger Auffassung in der Einzelwirthschaft und in der Wirthschaft eines „ganz und gar geeinigten und höchst vernünftigen Gemeinwesens“, in einer „hochentwickelten Gesellschaft ohne Tausch und Preis“, mit einem Worte im „kommunistischen Staate“ völlig identisch seien, im modernen Staate aber nach seiner Ansicht nur ein einzelnes Bildungsmoment des Verkehrswerthes darstellen und im Uebrigen durch die sozialen u. s. w. Verhältnisse, durch das Privateigenthum und den Unterschied von Reich und Arm, verschoben, verdunkelt, „verzerrt“ werden.

§ 27.

Die Grenznutzenlehre (Fortsetzung). Fünfter Programmsatz: Die Lehre vom Verkehrs- oder objektiven Tauschwerthe (Preise) und das Verhältniss desselben zum Kostengesetze.

Die Lehre vom Verkehrs- oder objektiven Tauschwerthe ist der Prüfstein dafür, ob und wie weit die Grenznutzenlehre im Stande ist, den „gesellschaftlichen Kontakt“ der Einzelwirthschaften im Sinne der oben entwickelten Menger'schen Postulate (vergl.

oben S. 194/195 dogmatisch richtig und praktisch erschöpfend zu erkennen. v. Böhm erfasst diesen Kontakt in der Weise, dass er den Tauschwerth und damit den Preis, in Anlehnung an den Begründer der Lehre, Menger, nur als die „Resultante“ der sich auf dem Markte begegnenden subjektiven Werthschätzungen hinstellt, indem er die einzelnen Wirthschaftsindividuen mit einem gegebenen Stande von Bedürfnissen und Güterquantitäten (wirklicher Gebrauchsgüter oder Geld) auf einanderstossen lässt, und zwar zunächst ohne zu berücksichtigen, auf welche Weise die Gesetze der Produktion und das Kostengesetz mitspielen. Lediglich das Verhältniss der subjektiven Werthschätzungen von Waare und Preisgut (Geld) entscheidet dann grundsätzlich, wer überhaupt daran denken kann zu tauschen, wer überhaupt „tauschfähig“ und in welchem Grade er dies ist.

Ein Tausch, lehrt v. Böhm, ist ökonomisch möglich nur zwischen Personen, die Waare und Preisgut abweichend, ja entgegengesetzt schätzen. Während erst die Resultante der subjektiven Werthschätzungen, also der objektive Tauschwerth, „Gleichungen“ erziele, schliesse das Wort „Werth“, im subjektiven Sinne gefasst, eine „Aequivalenz“ zwischen den hingegebenen und empfangenen Gütern geradezu aus. Und auch der Grad der Tauschfähigkeit des Bewerbers bemesse sich gerade an dem Maasse, in welchem er sein eigenes Gut im Vergleich zum einzutauschenden fremden Gute am niedrigsten, oder, was dasselbe, in welchem Maasse er das fremde Gut im Vergleiche zu dem dafür hinzugehenden eigenen Gute am höchsten schätze. v. Böhm beginnt mit dem einfachsten typischen Fall, mit der Preisbildung im isolirten Tausch zwischen einem einzigen Paare von Tauschbewerbern und setzt voraus, dass ein Landmann A. ein Pferd benöthigt und zwar nach seinen individuellen Verhältnissen mit einem derartigen Grade von Dringlichkeit, dass er dem Besitze eines Pferdes ebensoviel Werth beimisst, als dem Besitze von 300 fl. Sein Nachbar B. hat ein verkäufliches Pferd. Hier kann ein Tausch nur zu Stande kommen, wenn B. sein Pferd niedriger als 300 fl. schätzt; denn sonst würde er es behalten. Angenommen, er schätzt es auf 100 fl. Dann wird sich der Preis zwischen 300 und 100 fl. fixiren, kurz: Beim isolirten Tausch zweier Tauschlustiger setzt sich der Preis innerhalb eines Spielraums fest, dessen Obergrenze die subjektive Werthschätzung der Waare durch den Käufer, dessen Untergrenze ihre Werthschätzung durch den Verkäufer bildet.

Hierauf untersucht v. Böhm „die Preisbildung bei einseitigem Wettbewerb der Kauflustigen“: A_1, A_2, A_3 konkurrieren um die Erwerbung des Pferdes von B. Der tauschfähigste Bewerber bleibt Sieger, d. h. derjenige, der die Waare im Vergleich zum Preisgut am höchsten schätzt, er muss soviel bieten, dass er den nach ihm tauschfähigsten Mitbewerber noch ausschliesst, und der Preis bewegt sich zwischen der Werthschätzung des Erstehers als Ober- und der des Tauschfähigsten unter den ausgeschlossenen Bewerbern als Untergrenze — unbeschadet der zweiten subsidiären Untergrenze, die jederzeit die eigene Werthschätzung des Verkäufers bildet. — Den dritten Fall bildet die „Preisbildung bei einseitigem Wettbewerb der Verkäufer“: A. ist einziger Kauflustiger, $B_1 B_2 B_3 B_4 B_5$ bieten ihm wetteifernd je ein Pferd zum Kaufe an. Hier gelangt der tauschfähigste Pferdebesitzer zum Geschäftsabschluss, der Preis setzt sich zwischen der Werthschätzung des Verkäufers als Untergrenze und der des tauschfähigsten der ausgeschlossenen Bewerber als Obergrenze — unbeschadet der zweiten subsidiären Obergrenze, die durch die Werthschätzung des Käufers gebildet wird.

Für den vierten typischen Fall, „die Preisbildung bei beiderseitigem Wettbewerb“, nimmt v. Böhm 10 Kaufbewerber und 8 Verkaufslustige an, die je ein Pferd zu kaufen bzw. zu verkaufen wünschen, nach folgendem Schema:

Kauflustige				Verkaufslustige			
A_1	schätzt ein Pferd	=	300 fl.	B_1	schätzt sein Pferd	=	100 fl.
A_2	„ „ „	=	280 „	B_2	„ „ „	=	110 „
A_3	„ „ „	=	260 „	B_3	„ „ „	=	150 „
A_4	„ „ „	=	240 „	B_4	„ „ „	=	170 „
A_5	„ „ „	=	220 „	B_5	„ „ „	=	200 „
A_6	„ „ „	=	210 „	B_6	„ „ „	=	215 „
A_7	„ „ „	=	200 „	B_7	„ „ „	=	250 „
A_8	„ „ „	=	180 „	B_8	„ „ „	=	260 „
A_9	„ „ „	=	170 „				
A_{10}	„ „ „	=	150 „				

Hier werden aus der Zahl der Tauschbewerber von beiden Seiten nur die tauschfähigsten Bewerber, nämlich die Käufer, die die Waare am höchsten (A_1 bis A_5), und die Verkäufer, die sie am niedrigsten schätzen (B_1 bis B_5) wirklich zum Tausch gelangen, es tauschen nur 5 Paare; denn nur bei ihnen ist die ökonomische Vor-

aussetzung eines Tausches gegeben: Höherschätzung des zu Empfangenden als des dafür Hinzugebenden. Es kommen von jeder Seite so viele Bewerber zum Tausch, als es, wenn man die Bewerber nach der absteigenden Rangordnung ihrer Tauschfähigkeit paart, Paare giebt, innerhalb deren der Kauflustige die Waare einer grösseren Summe des Preisgutes gleichschätzt, als der Verkäufer. Der übereinstimmende Marktpreis stellt sich zwischen 210 und 215, oder wenn man A_5 und B_5 einerseits und A_6 und B_6 andererseits als die „Grenzpaare“ bezeichnet: Die Höhe des Marktpreises wird begrenzt und bestimmt durch die Höhe der subjektiven Schätzungen der beiden Grenzpaare (die doppelte Begrenzung ist so zu verstehen, dass jeweils die engere Schranke bindet), also von den Verhältnissen des letzten der Verdränger und des ersten der Verdrängten. Die weiteren verdrängten Personen A_7 bis A_{10} und B_7 bis B_8 vermehren, so lange sie nicht etwa aus anderen Gründen effektive Bewerber werden, nur das „Marktedränge“, ein Faktor der für die Preisbildung maassgebenden Marktlage sind sie aber nicht. Die Rolle aller wirklich zum Tausch gelangenden Kontrahenten mit Ausnahme des letzten besteht darin, dass sie sich gegenseitig binden und neutralisiren und so dem Paare A_5 und B_5 die Rolle eines Grenzpaares freihalten.

Als die einzelnen theoretischen Umstände, auf welche es bei der Feststellung des Schätzungsniveaus der hiernach allein ausschlaggebenden Grenzpaare ankommt, entnimmt demgemäss v. Böhm dem typischen Falle: Die Zahl und Stärke der Begehrungen bzw. Werthschätzungen der beiden Parteien und erhält somit zunächst 4 Bestimmungsgründe des Preises:

1. die Zahl der auf die Waare gerichteten Begehrungen („Umfang der Nachfrage“),
2. die Höhe der Schätzungsziffern auf Seite der Kauflustigen („Intensität der Nachfrage“),
3. die Zahl, in der die Waaren feil sind („Umfang des Angebots“) und
4. die Höhe der Schätzungsziffern auf Seite der Verkäuferlustigen.

Die Schätzungsziffern zu 2 und 4 sind wieder aus zwei Komponenten zusammengesetzt, aus der Schätzung der Waare und der Schätzung des Preisgutes, v. Böhm zerlegt den Bestimmungsgrund 2 danach wieder in die elementaren Faktoren:

- a) die absolute Grösse des subjektiven Werthes der Waare für die Kauflustigen,
- b) die absolute Grösse des subjektiven Werthes des Preisgutes für die Kauflustigen,

ebenso zerlegt er entsprechend auch den Bestimmungsgrund 4.

„Für den ausgebildeten grossen Marktverkehr“ erfährt das Preisgesetz indessen nach v. Böhm eine grosse Vereinfachung. Von den vier Werthschätzungen, welche die Zone der Preisbildung begrenzen, nämlich den Werthschätzungen der beiden Grenzpaare, fallen zunächst die Werthschätzungen der Verkäufer ganz fort, weil „hentzutage“ die meisten Verkäufe durch berufsmässige Produzenten und Händler stattfinden, welche die Waare selbst kaum gebrauchen können, deren subjektive Werthschätzung daher meistens ganz nahe an Null grenzt, und ferner fällt auf der Seite der Käufer praktisch nur die Schätzungsziffer des letzten Käufers ins Gewicht; denn die Käufer sind auf dem grossen Markte sehr zahlreich und der Abstand, der die Schätzungsziffern je zweier auf einander folgender Kauflustiger trennt, ist deshalb so klein, dass die Zone, die von der Schätzungsziffer des letzten Käufers (des „Grenzkäufers“ nach v. Wieser's Ausdruck) und jener des ersten ausgeschlossenen Bewerbers begrenzt wird, sich fast auf einen Punkt verengt.

Die Grenznutzenlehrer weisen mit Recht auf die nahe Verwandtschaft dieses Preisgesetzes mit dem „allgemeinen Werthgesetze“ hin. v. Böhm und v. Wieser führen aus: Wie der subjektive Werth eines Gutes unbekümmert um die wichtigeren Verwendungen, die einzelne Exemplare des Gütervorraths finden mögen, sich als „Grenzwert“ nach dem letzten, eben an der Grenze des wirtschaftlich Gestatteten stehenden Nutzens richtet, ebenso ist jeder Marktpreis ein „Grenzpreis“, bestimmt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse desjenigen Bewerbers, der gerade an der Grenze des „Tauschen-Könnens“ steht. Dort wurden mit dem gegebenen Vorrath die wichtigsten Bedürfnisse, von oben nach unten gereiht, befriedigt; hier, bei der Preisbildung, kommen die tauschfähigsten Kaufbewerber von oben nach unten gereiht, zum Tausche, und wie dort der „Grenznutzen“, so entscheidet hier der „Grenzkäufer“. Hier wie dort entscheidet auf der einen Seite die Grösse des Vorraths, dessen Zunahme die Grenze hinausschiebt und damit die ausschlaggebende Grösse verkleinert, und dessen Abnahme diese vergrössert; hier wie dort entscheidet auf der anderen Seite das Bedürfniss mit seinen wechselnden Graden; aber beim Preise ent-

scheidet mit dem Bedürfnisse zugleich noch eine Thatsache, die beim Grenznutzenwerth fehlt, nämlich die Schätzung des Geldes von Seiten der Käufer bzw. ihr Reichthum und Einkommen. „Wer den vom Grenzkäufer bezahlten Preis nicht erschwingen kann, wird innerhalb des wirthschaftlichen Verbandes geradeso von der Gütererwerbung ausgeschlossen, wie im Einzelhaushalte die allzu geringe Begierde von der Befriedigung. Wie es hier Grenzbedürfnisse giebt, giebt es dort Grenzexistenzen, unter deren Nivean die Fristung des Lebens höchstens noch gnadenweise zugestanden wird“. Wie hier der allgemeine Nutzen, so ist dort der persönliche Nutzen der Unternehmer das Prinzip. Statt der Dinge, die am meisten nutzen können, werden diejenigen erzeugt, welche man am besten bezahlt.

Wonach richten sich nun aber im letzten Grunde die für die Preisbildung maassgebenden Werthschätzungen der letzten Käufer und der Käufer überhaupt? v. Böhm antwortet: Wie wir schon wissen, bestimmen sich jene Werthschätzungen nach dem Grenznutzen, den das zu erwerbende Gut in der Wirthschaft des Käufers stiften würde, und der Grenznutzen wieder nach dem Verhältniss von Bedarf und Deckung. Der Bedarf findet aber nun für unsere benteige durch hochentwickelten Tauschverkehr ausgezeichnete Wirthschaftspraxis meistens nicht direkt durch das benötigte Gut seine Deckung, sondern man nimmt aus seinem Vermögensbestande meistens ein anderes entbehrliches Gut, am alleröftesten aber Geld und verschafft sich durch Tausch das Benötigte. Verliert man also z. B. seinen Winterrock, so wird man je nach dem vorhandenen Vermögensbestande ein anderes minder wichtiges Gut aus demselben vertauschen, versetzen oder aus seinem Kassenvorrathe einen neuen Winterrock kaufen. Was ich also danach in Wahrheit verliere, ist nicht die Befriedigung des wichtigen Bekleidungsbedürfnisses, sondern ein fremder Nutzen, ein „Substitutionsnutzen“ fremder Gütergattungen bzw. deren bezüglicher Grenznutzen. Der Grenznutzen des Winterrocks ist also um so grösser, 1) je theurer der Winterrock ist d. h. je höher der Marktpreis des Ersatzexemplars ist, und 2) je schlechter der Verlierer des Winterrocks mit jenen anderer Bedürfnissgattungen (event. doch also wohl mit Geld) versorgt ist, d. h. je günstiger die subjektiven Verhältnisse von Bedarf und Deckung in derjenigen Gattung liegen, welcher der Marktpreis abgeknappt wird. v. Böhm erkennt offen an, dass hieraus eine ernste theoretische Schwierigkeit entsteht.

Denn es scheine sich die Erklärung in einem endlosen Zirkel zu verstricken, da der objektive Werth, der Marktpreis, hier zum Theil wieder aus dem Marktpreise erklärt werde, in ähnlich naiver Weise, wie Hermann (vergl. oben S. 126 u. 128) den Preis zum Theil durch die „anderweitigen“ Anschaffungskosten, also den Preis erklärt habe. Indessen meint v. Böhm, dass sich der scheinbare Widerspruch dadurch völlig behebe, dass der Marktpreis, zu welchem der Einkauf zu besorgen ist, hier zwar die höchste „psychische Etappe“, die nächste Grundlage der Schätzung sei, die endgültige Richtschnur aber durch die Rücksicht auf die Höhe des endgültigen Grenznutzens, nämlich durch das bei der Gesamtheit der Kauflustigen für Winterrocke bestehende Verhältniss von Bedarf und Deckung und die sich dadurch ergebende Preisresultante gebildet werde. Der Verlierer des Winterrocks trage an seinem Theile an der Bildung dieser Preisresultante bei, indem er „nach seinen sonstigen Verhältnissen“, also nach dem Stande seines Reichthums an Geld und anderen Gütern, mit den übrigen Bewerbern auf dem Markte direkt oder durch Vermittlung der Händler, welche in Wahrheit nur als Geschäftsführer ohne Auftrag für die schliesslichen Abnehmer nach Maassgabe der präsumirten subjektiven Werthschätzungen derselben auftreten, mitbietet.

Der aus der Erfahrung bewahrheitete Satz, dass der Marktpreis der beliebig reproduzierbaren Güter die Tendenz hat, sich auf die Dauer den Erzeugungskosten gleichzustellen, widerspricht nach der Ansicht v. Böhm's dem Gesetze der eben entwickelten Preistheorie ebensowenig, wie in der Theorie des subjektiven Werthes ein Widerspruch zu finden gewesen sei zwischen dem Satze, dass der Grenznutzen, und dem anderen Satze, dass die Kosten die Höhe des subjektiven Werthes bestimmen. Die Gedankengänge seien hier wie dort dieselben: Die Werth- und Preisbildung nimmt, wie dargethan, ihren Ausgang von den subjektiven Werthschätzungen der fertigen Produkte durch ihre Konsumenten. Die Schätzungshöhe der Grenzpaare (oder mit v. Böhm's Erlaubniss: des letzten Käufers) bestimmt den Preis, und zwar natürlich für jede Art von Produkten besonders. Wenn nun aus einem Produktivgute, z. B. Eisen, die verschiedenartigsten Güter hergestellt werden, also Eisenprodukte wie Nägel, Schienen, Spaten, Pflugscharen, Hämmer, Eisenblech, Kessel, Maschinen u. s. w. und man ferner, „um die Sache recht deutlich zu machen“, annähme, dass alle diese Produkte wegen ihrer verschiedenartigen, augenblicklich

gegebenen Bedarfs- und Vorrathsverhältnisse in ihren „anfänglichen“ Preisen recht verschieden seien und pro Zentner zwischen einem Gulden bei der billigsten und zehn Gulden bei der theuersten Produktengattung schwankten, so ergäbe sich folgende Sachlage: Es kommen hier 3 Kategorien von Personen in Betracht, die erste ist die der Käufer der fertigen Eisenprodukte, die zweite, nach rückwärts gerechnet, ist die Gruppe der Fabrikanten jener Eisenprodukte, die dritte ist die Gruppe der Hütten- und Bergwerksbesitzer, die das Rohprodukt Eisen gewinnen und der zweiten Gruppe zum Verkauf feil halten. Die Lente der zweiten Gruppe, die Fabrikanten von Eisenwaaren, welche zwischen den Rohproduzenten und den Konsumenten in der Mitte stehen, sind gewissermaassen nur Vermittler. Je nach der verschiedenen Nachfrage und der Preissumme, welche ihnen ihre Kunden, die Eisenwaarenkonsumenten für die verschiedenen Eisenprodukte zahlen wollen, richtet sich auch der Umfang und die Intensität derjenigen Nachfrage, die sie ihrerseits auf dem Roheisenmarkte repräsentiren. jeder Fabrikant wird also so viel zu bieten entschlossen sein, als er aus der Waare beim Absatz an seine Kunden lösen kann; also der eine wird bis zu einem Gulden, der andere bis 2 fl., der letzte endlich bis 10 fl. für den Zentner Eisen äussersten Falles zu bieten entschlossen sein. Dieser Nachfrage stehen als Angebot die Eisenvorräthe der Berg- und Hüttenwerksbesitzer gegenüber. Dieselben werden in bekannter Weise in den Besitz der tauschfähigsten Kaufbewerber übergehen, und zwar zu einem Preise, der annähernd mit der Schätzungsziffer des letzten Käufers zusammenfällt. Gesetzt, die Marktvorräthe an Eisen reichen eben aus, um den Bedarf aller derjenigen Kauflustigen zu decken, die den Zentner Eisen von 10 fl. an bis herab auf 3 fl. schätzen, so wird sich die Schätzungsziffer des letzten Käufers, somit das „Grenzprodukt“ und der Marktpreis des Eisens auf 3 Gulden stellen. Der Kausalzusammenhang, in welcher sich der Preis bildet, leitet in geschlossener Kette vom Werth und Preis der fertigen Eisenprodukte durch das geschilderte Mittelglied zu dem des Kostengutes Eisen — und nicht umgekehrt, wie die Kostenwerththeorie wähnt. Es „vollzieht sich hier einfach das grosse Gesetz des Grenznutzens“, wonach der vorhandene Vorrath der Güter immer der Reihe nach in die lohnendsten Verwendungen eingewiesen wird, nur dass hier nicht, wie im Rahmen der Einzelwirthschaft die intensivsten subjektiven Bedürfnisse, sondern die „bestbezahltesten Verwendungen“ maassgebend sind.

und der Werth der daraus hervorgeht, ist objektiver Tauschwerth.

Hieran erst, fährt v. Böhm fort, schliessen sich nun die eigenthümlichen „Folgeerscheinungen“ an, die „offenbar“ der Meinung, dass die Kosten einen verursachenden Einfluss auf den Preis der Produkte ausüben, die Entstehung gegangen hat. So lange nämlich noch, wie im obigen Beispiele vorausgesetzt ist, die schliesslichen Eisenprodukte zwischen 10 fl. und 1 fl. schwanken, während sich der Preis der Einheit Roheisen mit 3 fl. festgesetzt hat, ist das ein Symptom dafür, dass die durch das Prinzip der Wirthschaftlichkeit geforderte Einweisung der Eisenvorräthe in die lohnendsten Verwendungen noch nicht völlig erfüllt ist. Die Produzenten derjenigen Eisenprodukte, deren Preis den Kostensatz von 3 fl. übersteigt, erzielen eine Prämie, sie werden deshalb zur Vermehrung ihrer Produktion und damit der Zahl der angebotenen Stücke so lange bewogen, bis der Preis auf 3 fl. gesunken, und andererseits wird die Produktion und das Angebot der Eisenprodukte, die bisher unter dem Satz von 3 fl. bezahlt wurden, so lange eingeschränkt, bis nur noch die Nachfrage der Konsumenten gedeckt wird, die einen Preis von 3 fl. zahlen können. So kommen „schliesslich“ alle anfänglich über oder unter den Preis des Grenzprodukts stehende Preise auf das Niveau des letzteren zusammen.

Die Rolle, welche die Kosten spielen, ist also, so folgert v. Böhm abschliessend, nicht etwa, den „urwüchsig“ vorher festgestellten Preis der Kostengüter den aus ihnen entstandenen Produkten zu diktiren, sie bestimmen nicht die Höhe der Preisforderung oder die Intensität des Angebotes, sondern sie beeinflussen nur die **Zahl** der produzierten Stücke und damit den Umfang des Angebots. „Der richtige systematische Platz, der Kosten im Gesetz von Angebot und Nachfrage zu gedenken, ist daher bei der Aufzählung der sekundären Bestimmgründe für den Umfang des Angebotes.“ Als Bestimmgrund oder als „Minimalgrenze“ für die Preisforderung der Anbietenden genannt, sei die Berufung auf die Kosten positiv falsch. Wenn die Kosten einer Waare von 10 fl. auf 5 fl. sich ermässigen, gehe auch der Preis derselben höchst wahrscheinlich auf 5 fl. hinab, aber nicht deshalb, weil jetzt die Verkäufer bereit sind, ihr Angebot noch bis zu 5 fl. herab aufrecht zu erhalten; denn dazu hätten sie auch schon bei einem Kostensatze von 10 fl. nöthigenfalls bereit sein müssen,

der Kostensatz sei zwar für den Verkäufer ein Markstein, bei dessen Passirung er den gehofften Gewinn in Verlust sich verwandeln sehe. Aber er wäre „offenbar ein eigensinniger sentimentaler Thor“, wenn er nicht lieber mit Verlust, als gar nicht verkaufen wollte. — Nur als Zwischenursache des Güterwerths, nicht als eine endgültige Ursache charakterisirt hiernach v. Böhm die Kosten: sie sind kein selbstständiges Prinzip des Werthes, ihre Herrschaft bildet nur einen Inzidenzfall innerhalb des allgemeinen Gesetzes des Grenznutzens, ihre Herrschaft ist nur ein „Scheinkönigthum“, die wahre Macht ist bei dem Grenznutzen, an dessen Fersen sie sich heften. Das Kostengesetz ist nur ein partikuläres Gesetz für die beliebig reproduzirbaren Güter. Sobald es sich um Monopolgüter handelt, oder um Güter, die im Uebermaass erzeugt wurden oder die zu geringe Brauchbarkeit besitzen, lässt der Werth die Kosten im Stich und folgt dem Grenznutzen nach.

Alle diese Gedanken finden sich ihrem wesentlichen Inhalte nach schon in v. Böhm's „Grundzügen“ vom Jahre 1886. Das Resultat war, um uns in den Worten des v. Böhm'schen Beispiels aus der Eisenproduktion auszudrücken: Die vorhandenen Eisenvorräthe werden an die bestbezahlenden Käufer zum Preissatz des Grenzkäufers aufgetheilt. Ich schrieb damals an den Rand S. 538: „hier ist der todte Strang, auf den die Theorie ausmündet. Woher kommen denn nun diese Eisenvorräthe?“ Ich freute mich ungemein, als ich beim Studium des „Kapitals II“ las, dass v. Böhm die Lücke selbst empfunden. Die Art, wie er sie auszufüllen sucht, ist entscheidend für die ganze Theorie. Von Böhm erklärt: Es ist ganz richtig, die Eisenvorräthe, von denen wir immer in unserem Beispiel sprachen, sind keine fixe Grösse, sondern die veränderliche Frucht der nach Willkür sowohl der Ausdehnung als der Einschränkung fähigen Eisenproduktion. Indessen brauche man zur Lösung des Zweifels, zur Ausfüllung der Lücke, den Gang der Verkettung, von dem bis jetzt erst ein Stück blogelegt sei, nur bis an seine Wurzel zu verfolgen. Zur Eisenproduktion braucht man Bergwerke, und — um es kurz zu machen — unmittelbare und mittelbare Arbeit. Die Eisenbergwerke sind nun eine gegebene Grösse und keiner anderen Wirkung als zur Eisenproduktion fähig, aber die Arbeitsmenge ist nicht fix, da die Arbeit ja eine gar vielseitig verwendbare Produktivkraft für alle im Lande überhaupt betriebenen Produktionszweige bildet. Wer unterscheidet nun, wie viele von den disponiblen originären Produktivkräften der Volkswirtschaft,

also Arbeit und Bodennutzungen, gerade der Eisenproduktion zugewendet werden, und wer entscheidet über den Werth und Preis der Einheit dieser Produktivkräfte? Antwort: hier wiederholt sich zum letzten Male das alte Spiel: Auch die originären Produktivkräfte der Nation drängen sich der Reihe nach in die lohnendsten Verwendungen und empfangen von den letzten derselben ihren Werth und Preis. Sie haben so wenig und vielleicht noch weniger als irgend ein anderes Gut einen a priori feststehenden Werth, sondern sie empfangen ihn erst von den Verwendungsgelegenheiten. Ob der Arbeitstag einen Gulden oder drei Gulden werth ist, hängt davon ab, wieviel das Produkt werth ist, das man in einem beliebigen Arbeitstage hervorbringen kann, und zwar als „letztes“, mindestgut bezahltes Produkt, zu dessen Hervorbringung nach Versorgung aller besser honorirten Verwendungen noch Arbeit entsprechender Qualität übrig ist. Die Produktion ist einem riesigen Pumpwerk zu vergleichen. Jeder Bedürfnisszweig hat sein besonderes Sangrohr in das grosse Reservoir der originären Produktivkräfte eingesenkt, es saugen alle Bedürfnisse mit der durch ihre Schätzungsziffer angezeigten Kraft, nach der verschiedenen Macht, die den reichen und armen Konsumenten zu Gebote steht. Je nach der Grösse der „disponiblen Arbeitsmenge“ werden die Bedürfnisschichten von oben herab mit ihnen befriedigt. Wenn die Schicht, die 10 fl. zahlt, vollgesogen, kommen die Schichten mit 9, 8, 7, 6 n. s. w. an die Reihe; reicht der Vorrath bis zur Deckung der Schicht herab, welche den Arbeitstag mit zwei oder gar mit einem Gulden bezahlen kann, so werden alle diese Schichten vollgesogen und versorgt. Der Marktpreis setzt sich für alle Eisenwaaren auf zwei bezw. einen Gulden allgemein fest, die tauschkräftigste Nachfrage braucht doch nicht mehr als einen Gulden zu zahlen, die Leute, welche nicht einen Gulden bezahlen können, bleiben unversorgt. Der Preis des Zentners Eisens gestaltet sich dementsprechend. Wird die Eisenproduktion produktiver, kann man den Zentner Eisen mit geringerer Bergwerksarbeit erzeugen, so geht schliesslich auch der Preis der Eisenprodukte herab, es wird nämlich das Angebot an Eisen und Eisenprodukten so lange vermehrt, als diese Produktion eine Prämie abwirft.

Ginge die Produktion, so schliesst v. Böhm, in — praktisch undenkbarer — idealer Vollkommenheit vor sich, ohne Reibungswiderstände, ohne dass in einem Produktionszweige zu viel, in

einem anderen zu wenig erzeugt würde, so würden die „komplementären Gütergruppen, aus denen schliesslich ein Genussgut hervorgeht“, auf allen Etappen des Werkfortschritts genau denselben Werth und Preis behaupten, nämlich den Preis, den die letzten Käufer zahlen können. Solche „unregelmässigen“ Reibungswiderstände giebt es in jedem Augenblicke unzählige, sie sind eben die unversiegbare Quelle, aus der immerfort die Unternehmergewinne, aber auch die Unternehmervverluste entspringen. Die zweite — „regelmässige“ — Störungsursache aber, meint v. Böhm, sei der Ablauf der Zeit, der Ablauf von Wochen, Monaten und Jahren, die verstreichen müssen zwischen dem Einsatz der originären Produktivkräfte und der Darbietung des genussreifen Schlussprodukts. Und diese zweite Störungsursache sei es, die dem Kapitalzinse seine Entstehung gebe. Das führt nun endlich zu der v. Böhm'schen Kapitalzinstheorie, die ich im Folgenden in ihren Grundgedanken und nur so kurz vorführe, wie es unsere kritische Aufgabe erfordert.

§ 28.

Die Grenznutzenlehre (Fortsetzung). v. Böhm's Kapitalzinslehre.

Gegenwärtige Güter sind in aller Regel mehr werth, als künftige Güter. Diese Werthdifferenz ist der „Angelpunkt“ der Zinstheorie. Drei einzelne Hauptgründe sind es nun wieder, welche in ihrem Zusammenwirken diese Differenz zur Folge haben. Der erste besteht in der Verschiedenheit des Verhältnisses von Bedarf und Deckung der Individuen in den verschiedenen Zeiträumen, die Bilanz aus dieser Verschiedenheit stellt sich nämlich dahin, dass sehr viele Personen in der Gegenwart schlechter versorgt sind als in der Zukunft, sehr viele Personen dagegen in der Gegenwart besser als in der Zukunft, dass die letzteren aber die vorhandenen Güter nicht blos gegenwärtig, sondern auch, besonders in der Gestalt von Geld, als Reservevorrath verwenden können. Dies ergiebt für die Resultante der subjektiven Werthschätzungen, den objektiven Tauschwerth, einen mässigen Vorsprung, ein mässiges Agio der gegenwärtigen Güter gegenüber den künftigen. Ein ferneres Agio ergiebt zweitens die Unterschätzung der künftigen Leiden und Freuden, und zwar in Folge eines psychologisch zu erklärenden Schätzungsfehlers in der — meistens lückenhaften — Vorstellung des künftigen Bedürfniss-

standes, ferner durch Willensfehler und endlich durch die Rücksicht auf die Unsicherheit des Lebens, welche gebietet, den sicheren Genuss in der Gegenwart dem unsicheren der Zukunft vorzuziehen: Wir sehen den Grenznutzen künftiger Güter gleichsam in perspektivischer Verkleinerung. Drittens aber haben die gegenwärtigen Güter vor künftigen eine Werthüberlegenheit aus technischen Gründen (irreführend sonst „Produktivität des Kapitals“ genannt), nämlich dadurch, dass wir, statt der unmittelbaren Erzeugung der Genussgüter, durch Zwischenschiebung kapitalistischer Produktionsstufen, durch Vermittelung von Zwischenprodukten — und in solchen besteht ja das Kapital — trotz der eingeschlagenen Umwege, durch Erlangung der Mitwirkung natürlicher Hilfskräfte (vergl. Menger oben S. 181) zu einem grösseren Erfolge gelangen. Dass solche (natürlich klang zu wählenden) zeitraubenden Produktionsumwege ergiebiger sind (das will sagen: dass mit der gleichen Menge von Produktivmitteln eine desto grössere Menge von Produkten erzielt werden kann, je langwierigere Produktionsmethoden man dabei einschlägt), nennt v. Böhm eine „elementare Erfahrungsthatfache“, eine einfach hinzunehmende Thatsache der Produktionstechnik. Er sagt, es gebe nicht einen einzigen Produktionszweig, dessen Erträgniss gegenüber der üblichen Produktionsweise nicht durch Verlängerung des Produktionsweges, also durch Einschaltung kapitalistischer Zwischenglieder: Maschinen u. s. w. erheblich gesteigert werden könne. Das hierbei zu bringende Opfer liege in dem Verluste der Zeit, die bis zur Herstellung des gennssreifen Schlussprodukts vergehe, nur ausnahmsweise, z. B. in Folge einer glücklichen Erfindung, führe die indirekte Produktionsmethode nicht blos besser, sondern auch rascher ans Ziel.

Wie Thünen am besten nachgewiesen, führe die Verlängerung der Produktionsumwege nun aber nur in abnehmendem Maasse zur Vermehrung des Produktionserfolges. Demgemäss sei das Produkt, das mit einer gegebenen Menge in einem gegebenen Zeitpunkt verfügbarer Produktivmittel in zunehmend längeren Zeitperioden erzeugt werden könne, unter dem Bilde einer in irgend einem — regelmässigen oder unregelmässigen — Verhältnisse anwachsenden Güter- und Werthreihe vorzustellen. Hiernach müsste die Investirung eines Kapitals in einen möglichst langen Produktionsprozess, 100 oder 200 Jahre, die lohnendste sein. Indessen, so fährt v. Böhm fort, hier spielen eben die besprochenen

beiden Momente der Verschiedenheit der Versorgungsverhältnisse in Gegenwart und Zukunft und der zunehmenden perspektivischen Reduktion hinein. Angenommen, für irgend ein Individuum betrage je nach seinen besonderen, im Ganzen sich zunehmend verbessernden Versorgungsverhältnissen der wahre Grenznutzen und Werth der Produktionseinheit im Jahre 1888: 5, im Jahre 1889: 4, im Jahre 1890: 3,3, 1891: 2,5 u. s. w. Gulden u. s. w. Dieser wahre Grenznutzen erfahre sodann für die späteren Jahrgänge eine perspektivische Reduktion, für 1889 statt auf 4 nur auf 3,8, statt für 1890 auf 3,3 nur auf 3 u. s. w., so gelangt man z. B. zur Tabelle:

Ein im Jahre 1888 verfügbarer Arbeitsmonat ergibt:

Für die Wirthschafts- periode	Zahl der Produkt- einheiten	Wahrer Grenznutzen der Einheit	Persp. red. Grenznutzen	Werthsumme des ganzen Produkts
1888	100	5	5	500
1889	200	4	3,8	760
1890	280	3,3	3	840
1891	350	2,5	2,2	770
1892	400	2,2	2	800
1893	500	1,5	1	500

Aber auch ohne diese Reduktionen würde der dritte Grund (die Werthüberlegenheit aus technischen Gründen) schon aus eigener Kraft zum Resultat führen, dass der ökonomische Schwerpunkt für die gegenwärtigen Produktivmittel nicht in äusserst entlegene künftige Zeiträume fällt, denn sonst würden alle Menschen ihren Güterbestand auf den lohnenden Dienst der Zukunft richten, Ebbe in der Versorgung der Gegenwart und Fluth in der Versorgung der Zukunft würde von selbst zur nothwendigen Reaktion führen.

v. Böhm ergänzt dies, zunächst nur für die Produktivgüter gefundene Resultat dadurch, dass er (in Anklang an den v. Wieser'schen Gedanken oben S. 224) zeigt, wie auch gegenwärtige Genussmittel einen Werthvorzug vor künftigen Genussmitteln erlangen, nämlich in der Weise, dass die Verfügung über eine Summe gegenwärtiger Genussmittel unsere Subsistenz in der laufenden Wirthschaftsperiode decke und dadurch unsere in ebendieser Periode verfügbaren Produktivmittel (Arbeit, Bodennutzungen, Kapitalgüter) für den technisch ergiebigeren Dienst der Zukunft frei mache. Die dritte Ursache des Kapitalzinses werde dadurch

eine ganz universell wirkende Ursache des Mehrwerths gegenwärtiger Güter.

Die je nach dem Grade der drei kapitalzinsbildenden Momente bei den einzelnen Individuen differirenden subjektiven Werthschätzungen gegenwärtiger und künftiger Güter begegnen sich nun auf dem Markte, Gegenwarts- und Zukunftsgüter werden gegeneinander ausgetauscht. Als Resultante geht auf dem Markte allgemein ein überlegener objektiver Tauschwerth und Marktpreis der gegenwärtigen Güter hervor. Die Nivellirungstendenzen des Marktes — eine Art Zeit-Arbitrage — bringen die Grösse des Agios in ein regelmässiges Verhältniss des trennenden Zeitraums, es findet demnach ein allgemeines Zurückbleiben der künftigen Güter an subjektivem und objektivem Werth nach Maassgabe ihrer zeitlichen Entlegenheit statt.

An der Hand dieses so gefundenen Satzes vermeint nun v. Böhm alle Schwierigkeiten der Kapitalzinslehre überwinden zu können. So erklärt er znnächst den Darlehnszins, an seiner Kritik gegen Knies (vergl. oben S. 149/150) festhaltend, einfach als „rechten und echten Tausch gegenwärtiger gegen künftiger Güter“: der Schuldner erkaufte die gegenwärtigen Gulden, die er empfängt, mit einer grösseren Summe künftiger Gulden, die er hingiebt, er bezahlt ein Agio oder Aufgeld: dieses Aufgeld ist der Zins, der somit auf das unmittelbarste der Werthdifferenz zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern entspringt. Dann fährt er fort:

Und so sind auch die übrigen Kapitalisten, kurz gesagt, nichts als Händler, die Gegenwartswaare feil haben, glückliche Besitzer eines Güterstocks, den sie für ihre momentanen persönlichen Bedürfnisse nicht gebrauchen. Sie vertauschen ihn in irgend einer Form gegen Zukunftswaare und lassen diese in ihrer Hand wieder zu vollwerthiger Gegenwartswaare ausreifen. So zunächst die Unternehmer: Sie kaufen Güter entfernterer Ordnung, Produktionsmittel wie Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Bodennutzungen und hauptsächlich Arbeitsleistungen ein und setzen sie durch den Produktionsprozess in Güter erster Ordnung, in genussreife Produkte um. Die Produktivmittel sind „Zukunftswaare“. Darans folgt, dass auch sie, wenn man sie gegen gegenwärtige Güter abschätzt, einer geringeren als derjenigen Stückzahl genussreifer Schlussprodukte gleichwerthig befunden werden, welche man aus ihnen erzeugen kann. Sie müssen sich also den „bekannten“ Werthabschlag, eine Detaxation pro rata temporis, gefallen

lassen. Nun reift die Zukunftsware während des Fortschreitens der Produktion allmählich zur Gegenwartsware hinein: der Werthzuwachs ist der Kapitalgewinn.

Der Umsatz von Produktivmitteln gegen genussreife Gegenwartsgüter — in der Praxis hauptsächlich gegen Geld — findet nun auf drei Arten von Märkten statt, auf dem Arbeitsmarkte, auf dem Markte für Bodennutzungen und auf dem Waarenmarkte für Zwischenprodukte. Arbeiter, Grundbesitzer und Besitzer von Zwischenprodukten (Kapitalisten) bilden die Nachfrage nach Gegenwartsgütern und das Angebot für ihre Zukunftsware. Das Angebot für Gegenwartsgüter und die Nachfrage nach Zukunftswaren bilden die Besitzer der Subsistenzvorschüsse. Das Angebot an Subsistenzvorschüssen in einer Volkswirtschaft wird nun im Wesentlichen repräsentirt durch die Gesamtsomme des — abgesehen von Grund und Boden — ganzen in derselben existirenden Vermögensstockes. „Die Funktion dieses Vermögensstockes besteht darin, das Volk während der Zwischenzeit, die zwischen dem Einsatz seiner originären Produktivkräfte und der Gewinnung ihrer genussreifen Früchte vergeht, also während der durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktionsperiode zu erhalten; und die gesellschaftliche Produktionsperiode kann desto länger gegriffen werden, je grösser der aufgesammelte Vermögensstock ist.“ Wie kann aber, fragt v. Böhm, der ganze Vermögensstock als Subsistenzmittelvorschuss ausgebaut werden, da er ja doch nur zum Theil, ja sogar nur zu einem ziemlich geringen Theil, aus Nahrungsstoffen, Kleidern u. s. w. besteht. der Mehrheit nach aber aus Werkzeugen, Maschinen, Rohstoffen, Fabrikanlagen etc.? Das scheinbar Widersinnige wird möglich, weil die Menschen die Subsistenz nie für die ganze Produktionsperiode auf einmal brauchen. Es genügt, dass nur überhaupt schon so viel Genussmittel in der Waarenform von Zwischenprodukten vorhanden sind, dass sie, sukzessive ausgereift, die Subsistenz für die Produktionsperiode bedecken. Diese Vermögensdeckung ragt gleichsam staffelweise in die Zukunft hinein. So kommt es, dass durch den augenblicklich vorhandenen Vermögensstock für die entlegeneren Perioden in doppelt abnehmendem Grade gesorgt ist: in immer weniger Gütergattungen und in immer geringerem Grade der Produktionsförderung. Im grossen Ganzen wird ein Vermögensstock genügen, der für die halbe Zeitstufe reicht, welche der gesellschaftlichen Staffellung der Produktion zu Grunde gelegt ist.

Wodurch bestimmt sich nun die Höhe des Kapitalzinses, die Höhe des vorhin seiner Existenz nach „bewiesenen“ Agios? v. Böhm betrachtet zunächst isolirt den „wichtigsten Ast der Nachfrage nach Subsistenzmitteln auf dem grossen Subsistenzmittelmarkte“: nämlich die Nachfrage der Lohnarbeiter, und sucht eine wechselseitige Bedingtheit von Zins, Lohn und Länge der einzuschlagenden Produktionsperiode nachzuweisen. In der Art: Gegebene fixe Grössen sind: die ganze zur Zeit angebotene Arbeit und auf der anderen Seite die ganze Summe der angebotenen Gegenwartsgüter, fix dagegen nicht: die Länge der Produktionsperiode und fix nicht die Höhe des Arbeitslohnes. Vermögensstock und Zahl der Arbeiter müssen einander gerade ankaufen; denn die Arbeiter dürfen nicht beschäftigungslos bleiben, und ebenso nicht das Kapital. Kapitalisten und Arbeiter haben das Interesse, lieber ein geringeres Entgelt zu beziehen, als gar keins. Ist dies zutreffend, so folgt daraus, dass eine solche Produktionsperiode angenommen werden muss, dass während der Dauer derselben gerade der ganze disponible Subsistenzfonds zur Besoldung der gesamten Arbeitermenge erforderlich, aber auch genügend ist. Denn sonst bliebe entweder ein Theil des Kapitals oder ein Theil der Arbeiter unbeschäftigt. Das Gleichgewicht des Marktes wird sich nun an demjenigen Punkte einstellen, an dem die Einschlagung der rationellsten Produktionsperiode gerade mit der wechselseitigen Absorption von Lohnfonds und angebotener Arbeit zusammentrifft, und zwar muss hierbei die Höhe des Zinses sich immer feststellen zwischen dem Mehrerträgniss der letzten ökonomisch noch gestatteten und dem der ersten ökonomisch ausgeschlossenen Produktionsverlängerung, oder abgekürzt — wie beim generellen Preisgesetze — durch das Mehrerträgniss der letzten noch gestatteten Produktionsverlängerung.

Es giebt somit zunächst drei ausschlaggebende Bestimmgründe der Zinshöhe: die Grösse des nationalen Subsistenzfonds, die Zahl der aus demselben zu versorgenden Arbeiter und die — bekanntlich abnehmende — Skala der Produktivität bei zunehmend längerer Produktionsperiode. Das erste Moment, die Grösse des Subsistenzfonds, wirkt nach der Richtung, dass der Zins mit der Grösse des Subsistenzfonds fällt: denn das Steigen des letzteren bewirkt, dass, um ihn ganz zu beschäftigen, die letzte Produktionsverlängerung, die „zuletzt angelegten Kapitaltheilchen“ in langwierigeren und daher minder

lohnenden Produktionsperioden investirt werden müssen. Das zweite Moment, die Grösse der Arbeiterzahl, hat die umgekehrte Wirkung, nämlich, dass mit der Steigerung der Arbeiterzahl der Zinsfuss steigt; denn der Effekt ist derselbe, als ob sich bei gleich gebliebener Zahl der Arbeiter der Subsistenzfonds verkleinert hätte; mit dem verkleinerten Subsistenzfonds können durchschnittlich nur kürzere Produktionsperioden eingeschlagen werden, und es fällt die entscheidende „letzte Produktionsverlängerung“ in eine Region, in der mit einer Ausdehnung der Produktionsperiode noch erheblichere Mehrerträgnisse verbunden sind. Endlich drittens: die Besserung der Produktivitätsverhältnisse wirkt zur Erhöhung des Zinses, das für die Zinshöhe maassgebende Mehrerträgniss der letzten ökonomisch noch gestatteten Produktionsverlängerung wird erhöht. Zur Charakterisirung der so gewonnenen Resultate hebt v. Böhm hervor, dass sie mit dem alten anerkannten Erfahrungssatze übereinstimmen, wonach die Vermehrung des Volkskapitals den Zins senkt, eine verhältnissmässige Steigerung der Volkszahl und die Auffindung neuer Produktionsmethoden, Absatzquellen etc. den Zins durch Auffrischung der sinkenden Skala der Mehrerträgnisse hebt. Als fernere Bestimmungsgründe für die Höhe des Zinses führt er endlich, die Hypothese des einseitigen Marktes zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten aufgebend und die Summe der Nachfrage durch die „Begehrer von Konsumtivarlehen, von müssigen Grundrentenverzehreru und Kapitalisten“ vervollständigend, hinzu: den Umfang und die Intensität des Begehrens nach Konsumtivarlehen, den Bestand und die Höhe der Grundrente, die Existenz eines zahlreichen von seinen Renten lebenden Kapitalistenstandes, endlich den Einfluss des wirtschaftlichen, kapitalmehrenden Sinnes der Bevölkerung. Nur eine gewisse Aehnlichkeit habe seine Lehre mit der berühmten und berühmten Lohnfondstheorie, wonach die Lohnhöhe der Arbeiter einfach aus einer Division des Lohnfonds durch die Zahl der vorhandenen Arbeiter resultiren soll. Auch nach seiner Theorie gebe es einen gewissen Subsistenzfonds, aus dem die Arbeitslöhne im Lande bestritten werden, und auch er messe der Höhe des Subsistenzfonds einen wichtigen Einfluss auf die gegenseitige Höhe von Lohn und Zins bei, im Uebrigen aber, besonders in dem Hauptpunkt, dass die Aenderung der Zinshöhe erst durch das Medium der veränderten letzten Produktionsverlängerung stattfindet, variire sie vollständig.

Die Stellung v. Böhm's zur Grundrentenlehre ist der v. Wieser'schen sehr ähnlich: Bei beiden Schriftstellern fällt die theoretische Erklärung der Grundrente in ihrem „Schlussstücke“ mit der Erklärung des Kapitalzinses aus dauernden Kapitalstücken zusammen, der Werth der Bodennutzung ist gleich der Summe der aus ihnen zu ziehenden Nutzleistungen, die entfernteren „Nutzleistungsringe“ müssen sich aber den bekannten Werthabschlag gefallen lassen, die entferntesten haben gar keinen Werth, Diskontirung bzw. Kapitalisirung ergeben den Werthansatz für Grund und Boden, in dem Laufe der Zeit wachsen die Nutzleistungen in den Gegenwartswerth hinein, dieser Werthzuwachs ist die Grundrente. Ricardo wird vorgeworfen, dass er sich nur bei einer Vorfrage aufgehalten habe, nämlich der Frage, dass und wie die jährlichen Nutzleistungen eines Grundstückes überhaupt einen wirtschaftlichen Werth haben oder einen wirtschaftlichen Ertrag bringen. „An der Hand der richtigen Werththeorie“, sagt v. Böhm, „mittelst der Lehre vom Grenznutzen und von den komplementären Gütern hätte sich dieser Nachweis mit ein paar Federstrichen führen lassen.“ Die Schwierigkeit, welche nach Lösung jener leichteren Vorfrage übrig bleibe, bestehe darin, dass jener gefundene wirtschaftliche Ertrag der Nutzleistungen an sich erst ein Brutto-Ertrag sei. Dass er für den Eigenthümer einen reinen Ertrag, ein reines Einkommen wird, habe gar nichts mehr mit Fruchtbarkeit etc. zu thun, sondern lediglich mit der geringeren Werthschätzung künftiger Güter und der darauf beruhenden Festsetzung des Gegenwartwerthes des Grundstückes selbst.

Auch über das Vorkommen von Zins und Grundrente im sozialistischen Staate ist v. Böhm mit v. Wieser einer Meinung: Zins und Grundrente müssten auch hier berechnet werden, nur würden sie hier an andere Personen vertheilt. „Es erweist sich, dass der Kapitalzins nicht eine zufällige „historisch-rechtliche“ Kategorie ist, . . . sondern er stellt sich als eine ökonomische Kategorie heraus, die elementaren ökonomischen Ursachen entspringt und darum ohne Unterschied der Gesellschaftsorganisation und Rechtsordnung überall dort zum Vorschein kommt, wo es überhaupt noch einen Umsatz zwischen Gegenwarts- und Zukunftsware giebt. Ja sogar in der einsamen Wirtschaft eines Robinson könnte der Grundzug des Zinsphänomens, das Werthschwellen der für den Dienst der Zukunft vorbereiteten Güter und Nutzleistungen, nicht fehlen: nur freilich, dass mit dem Fortfallen des Tauschverkehrs

der wichtigste Anlass, sich ziffermässig genaue Rechenschaft über die Grösse des Güterwerths zu geben, und damit fast die einzige Gelegenheit fortfällt, jenes gewiss vorhandene Phänomen zur Beobachtung und Feststellung zu bringen.“ —

Den mit diesem Schlusswort der „sozialen Kategorie“ gewissermaassen hingeworfenen Fehdehandschuh wollen wir muthig aufnehmen. Auf denn in den frischfröhlichen Kampf der Kritik, der Kritik gegen das gesammte Rüstzeug der Grenznutzenlehre!

§ 29.

Die Kritik der Grenznutzenlehre, insbesondere des ersten Programmsatzes.

Es scheint ein schlichter, klarer Gedanke zu sein, der am Eingange der Grenznutzenlehre steht: Der Werth eines Gutes bestimmt sich nach dem jedesmal von ihm abhängigen Nutzen mit der Maassgabe, dass dieser Nutzen bei einem nicht isolirten, sondern mit anderen gleichartigen Gütern in einem Vorrathe besessenen Gute seinen Ausdruck im Grenznutzen findet. Satz für Satz reibt sich in bestechender Dialektik als Folgerung an, bis das ganze System in reicher Gliederung und feinsten Ausgestaltung vor uns steht, ein Kunstwerk „aus einem Guss“. Dieser, ich möchte sagen klassische Zug ist es auch wohl besonders, der den Leser so anmuthet, ähnlich etwa, wie in der Smith-Ricardo'schen Lehre der Alles beherrschende Satz, dass die Arbeitskosten den Werth bestimmen. Zum ersten Male seit Smith haben wir hier endlich einmal wieder ein streng einheitliches System vor uns, zum ersten Mal wieder wird auch sogar ein typischer Elementarfall als logischer Ausgangspunkt genommen, nämlich der Fall eines isolirten Wirtbes mit einem gegebenen Vorrathe gleichartiger fertiger Genußmittel.

Schon oben S. 35 u. 36 bei der Kritik des Smith-Ricardo'schen „Urtypus“ bandelte ich von dem Werthe und Unwerthe, der Fruchtbarkeit, aber auch der Gefährlichkeit solcher Typen. Ihre Fruchtbarkeit besteht in der auch von den Grenznutzenlehrern selbst so oft hervorgehobenen Macht eines „Alles erklärenden und erleuchtenden Grundprinzips“, das, wie das „dominirende Leitmotiv“ in der Musik überall bemerkt oder unbemerkt angeschlagen wird, die „elementaren Grunderscheinungen“ erfasst und die ganze ungeheuer komplizirte Welt der wirthschaftlichen Dinge harmonisch durchdringt. Die Gefahr besteht darin, dass der Typus einen künst-

lichen oder einseitigen Zustand vorführt, der weder historisch ist, noch auch für die Deduktion die real wirkenden Elemente des zu erklärenden Wirthschaftsorganismus, sei es als latente, sei es als effektive Faktoren, zu umfassen und zu erklären geeignet ist. Nur Mittel zu diesem praktischen Zwecke der exakten Wissenschaft zu sein, ist ja der einzige Titel seiner Existenzberechtigung.

Ich halte es nun für leicht erweisbar, dass auch die Grenznutzenlehre jener Gefahr erlegen ist, der Gefahr der Einseitigkeit und der Verkennung der thatsächlichen, historisch gegebenen Wirthschaftszustände. Wie wir bei dem Typus der Arbeitskostentheorie eine Remedur und Vervollständigung besonders durch Hinzunahme der von den Engländern vernachlässigten Elemente der rein ökonomischen Kategorie vornehmen mussten, so wird uns hier die umgekehrte Aufgabe zufallen, den richtigen Kern der unvollständigen Typen der Grenznutzenlehre ganz besonders nach der Richtung der historisch-sozialen Kategorie hin zu ergänzen und der Lehre so den ihr ihrer Bedeutung nach gebührenden Platz für die theoretische Erfassung des Wirthschaftsganzen grundsätzlich zuzuweisen.

Der grösste Vorwurf, der sich gegen die Grenznutzenlehre erhebt, ist eben der, dass sie mit ihren Elementarsätzen nur einzelne wirtschaftliche Akte und Beziehungen aus dem Zusammenhange des einheitlichen Wirthschaftsplanes willkürlich heransreiss, dass sie nicht bloss nicht den „gesellschaftlichen Kontakt“ der einzelnen Wirthschaften unter einander, sondern selbst den wahren und umfassenden Kontakt der einzelnen wirtschaftlichen Dinge im isolirten Wirthschaftsganzen nicht beachtet hat. Es bleiben nur schöne, stolze Worte, wenn v. Wieser daran erinnert, wie man nie vergessen dürfe, dass die atomistische Gütereinheit immer nur als ein Theil des grossen Ganzen Objekt der Wirthschaft und der Werthung sei, da sie ja nur in ihren verbindenden Beziehungen mit den anderen Gütern „nach einem Alles umfassenden Plane“ verwendet werde. Als einen solchen Alles umfassenden Plan, d. h. als einen Plan, der alle ökonomisch relevanten und auf einander wirkenden wesentlichen Beziehungen des „Thatbestandes“ berücksichtigt, als einen Plan, der in Wahrheit den wirtschaftlichen Mikrokosmos im Sinne der Darlegungen S. 30 folg. in sich schliesst, kann ich nur einen solchen anerkennen, der erstens den ganzen Bedarf des wirtschaftenden Subjekts, die ganze „Nahrungseinheit“ in ihren indispensablen Bestandtheilen zum Gegenstande hat, und nicht bloss einzelne Güter für bestimmte Bedürfnissbefriedigungen

oder zufällige Komplexe gleichartiger Güter, die verschiedenen Bedürfnissen zur Befriedigung dienen, der zweitens auch die Gesamtheit aller originären und abgeleiteten Produktivkräfte in's Auge fasst, die als Mittel zum Endzwecke, nämlich zum Zwecke der einheitlichen und zusammenfassenden Deckung jenes einheitlichen Bedarfes insgesamt zur Verfügung stehen, und welcher endlich drittens nach solchen Gesetzen arbeitet, durch welche die Stetigkeit der gesamten Versorgung und des wirthschaftlichen Stoffwechsels (Schäffle) in der Art gewährleistet wird, dass sich die verbrauchten Kräfte stetig und ununterbrochen erneuern (reintegriren). Diese drei Forderungen werden für die isolirte kleine oder eine grosse, aber in sich geschlossene einheitliche Gesamtwirtschaft völlig genügen. Für Wirtschaftsgebilde, welche wie die Einzelwirtschaften der heutigen Volkswirtschaft durch Arbeittheilung und Arbeitsvereinigung mit anderen Wirtschaften sich zu einem zusammengesetzten Wirtschaftsorganismus verbunden haben, ist „der Alles umfassende Plan“ entsprechend zu erweitern. Obgleich diese Erweiterung durch die zuwachsenden sozialen Beziehungen für die exakte Wissenschaft das praktisch Wichtigste ist, so kann ich mich doch zunächst auf die Untersuchung beschränken, ob die Grenznutzenlehre wenigstens jene drei ersten Bestandtheile eines Wirtschaftsplanes erfasst hat, da die vier ersten Programmnummern der Grenznutzenlehre eben nur eine isolirte Wirtschaft zum Gegenstande haben.

Kritik des ersten Programmsatzes.

Was zunächst die dem ersten Elementarfall zu Grunde liegende „oberste Regel“, wonach der unzulängliche Vorrath nur zur Befriedigung eines einzigen Bedürfnisses hinreicht, und danach seinen Werth erlangt, betrifft, so ist von vorn herein klar, dass hier nur fragmentarische Konsumtionsakte in Frage stehen. Die „oberste Werthregel“ zeigt, ohne irgend welchen Bezug auf die Wirtschaft als Ganzes, bis zu welchem Höhenpunkte das Interesse an der Befriedigung eines Bedürfnisses durch ein Gut schlimmstenfalls „auftragen“ kann: Die einzige Portion Wasser, der einzige Winterrock u. s. w. sind gegebenenfalls so wichtig, dass Sein oder Nichtsein, die Erhaltung des Lebens von dem Gute abhängt, auf seinen Verlust der Tod steht. In der That hängt von jeder Art nothwendiger Gebrauchsgüter, falls solche nur in einem Exemplar oder in unzulänglicher Stückzahl vorhanden sind, so z. B. von Nahrung,

Kleidung, Wohnung schliesslich das volle Leben ab. Da der Mensch nun aber nur ein Leben zu erhalten und zu verlieren hat, so folgt schon hieraus, dass der gesammte Güterkomplex, welcher der Erhaltung oder Verschönerung dieses Einen Lebens zu dienen bestimmt ist, seinem absoluten Werthe nach nur einmal, als ein Ganzes, bemessen werden darf. Die Grenznutzenlehre spricht so viel von der „Komplementarität der Produktivgüter“ und vernachlässigt nur zu sehr die Komplementarität, d. h. die indispensable Zusammengehörigkeit der zu produzierenden Güter selbst und die Wichtigkeit der lückenlosen Ausfüllung des einheitlichen Konsumtionsbedarfes. Da die einzelnen Bestandtheile dieses letzteren nur als Theile des unzerreissbaren Ganzen in Betracht kommen, so muss nothwendig jeder Werthmaassstab unzulänglich sein, der diese „Theile“ ausserhalb dieses natürlichen Zusammenhanges grössenmässig zu erfassen unternimmt.

Da hiernach die „oberste Werthregel“ als solche unbrauchbar ist, so muss auch der „Elementarfall“, als „hlosser verfeinerter Ausdruck“ derselben, von vorn herein Misstrauen erwecken. In der That erfasst denn auch dieser Fall, nämlich die Werthschätzung eines Komplexes gleichartiger Güter, wiederum nur willkürliche Theile der Nahrungseinheit, nämlich diejenigen Theile der Bedürfnissbefriedigung, für welche dieser Vorrath seiner eigenthümlichen Beschaffenheit nach gerade Verwendung findet. Aber immerhin ist dieser Fall insofern ein Fortschritt gegen die rohe „oberste Regel“, als er doch einen Wirthschafts„plan“ erkennen lässt, wenn auch nur einen Plan der Konsumtionswirthschaft und auch von diesem nur einen Torso, und immerhin ist es nothwendig zu untersuchen, ob dieser Torso richtig und wichtig, ob er nicht etwa — und das scheint die Grenznutzenlehre zu prätendiren — ein „Typus“ ist; denn möglicherweise könnte er ja ein solcher Torso sein, eine solche typische Theilerscheinung, die in geeigneter Verallgemeinerung die Nahrungseinheit als Ganzes und in ihren Theilen nach Wesen und Grösse erfassen lässt. Dies ist nun keineswegs der Fall. Einwand auf Einwand lässt sich hier aufhäufen, und es ist Dr. Joh. v. Komorzynski, dieser geistreiche und logisch scharfe Wiener Jurist und Nationalökonom, der in der schon S. 90 erwähnten kleinen überaus lesenswerthen und inhaltsreichen Schrift: „Der Werth in der isolirten Wirthschaft“, jene Einwände bereits theilweise in treffender und tief sinnigster Weise hervorgehoben hat. Die Grundgedanken der Grenznutzenlehre akzeptirend erweitert,

vertieft und ergänzt er die Lehre, indem er zeigt, zu welchen Ergebnissen ihre konsequente Durchführung hinleiten würde, wenn der Betrachtung das Wirthschaftsganze als ein den ganzen Bedarf und die gesammten zur Verfügung stehenden Produktivkräfte des wirthschaftlichen Subjektes umfassender einheitlicher und die Stetigkeit der Bedürfnissbefriedigung gewährleistender Plan im Sinne der oben S. 246 u. 247 aufgestellten Erfordernisse zu Grunde gelegt wird.

§ 30.

Kritik der Grenznutzenlehre (Fortsetzung). v. Komorzynski „Der Werth in der isolirten Wirthschaft“.

Vorausgesetzt wird von J. v. Komorzynski ein dem Tauschverkehre mit anderen Wirthschaften entrückter ganz unabhängiger isolirter einheitlicher Wirthschaftsbetrieb, der sich selbst genügt, indem ihm ein gegebenes hinreichendes Maass an Arbeit und Naturkräften zur Verfügung steht, woraus die nothwendigen Arbeitsprodukte hergestellt werden. Indem nun die Beziehungen aller Güter dieser Wirthschaft einerseits in Rücksicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse und andererseits in Rücksicht auf die Gütererzeugung untersucht werden, ergiebt sich als Resultat, dass die Güter insgesamt in solcher Art durch wechselseitige Beziehungen mit einander verknüpft sind, dass sie nicht, wie die Menger'sche Schule vielfach voraussetzt, einzeln oder in einzelnen Gruppen einzelnen Bedürfnissen als deren Bedürfnissbefriedigungsmitteln, sondern nur in ihrer Gesamtheit der gesammten Bedürfnissbefriedigung als deren Mittel gegenübergestellt werden können, und dass sie auch in Rücksicht auf die Gütererzeugung und auf die Darstellung des Produktionsaufwandes nicht einzeln oder in bestimmten einzelnen Gruppen, sondern lediglich in ihrer Gesamtheit erfasst werden können; denn, wie schon oben S. 90 zitiert, ist das Verhältniss der „konnexen“ Produkte keineswegs eine Ausnahmeerscheinung in der Güterproduktion, sondern der Regelfall; aus dem Zusammenwirken der verschiedenartigsten Produktionsmittel gehen gleichzeitig die verschiedenartigsten Güter nebeneinander hervor, und es kommt überhaupt insgemein allen Gütern (nutzbaren Kräften) in gewissem Umfange die Eignung zu beliebiger mehrfacher Zweckbestimmung zu.

Die Anordnung des Wirthschaftsplanes unter den vorgeführten

Voraussetzungen ist nun lediglich dahin zu treffen, dass erstens zur Herstellung des bestmöglichen Produktionsertrages und somit zum Zwecke der Erzielung möglichst grosser Bedürfnissbefriedigung die in beschränkter Menge vorhandenen Vorräthe der nutzbaren Kräfte durch die sparsamste Anwendung und durch die geeignetste Zweckbestimmung derart ausgenutzt werden, dass immer ein möglichst grosser Ueberrest für die Befriedigung weiterer Bedürfnisse verfügbar bleibe, und es muss zweitens hierbei eine Auswahl unter Berücksichtigung der gleichfalls schon von der Grenznutzenlehre betonten Bedürfnissrangfolge stattfinden; endlich muss aber die Produktion noch einem dritten Postulate entsprechen, nämlich dem Gesetze der Stetigkeit der Bedürfnissbefriedigung. Denn da insgesamt alle Bedürfnisse ihrer Natur nach stetig, d. i. andauernd und wiederkehrend sind, indem sie der Regel nach entweder überhaupt eine fortgesetzte Befriedigung erheischen oder doch befriedigt alsbald wiedererstehen und erneuerte Befriedigung erfordern, so muss die Bedürfnissbefriedigung entweder auf solche nutzbare Kräfte gestützt werden, deren Nutzwirkung schon von Natur stetig ist, oder es muss, sofern Nutzkkräfte von zeitlich begrenzter Wirksamkeit herangezogen werden, in der Wirthschaft eine Vorsorge dahin geübt werden, dass jedesmal beim Erlöschen einer solchen nutzbaren Kraft rechtzeitig eine neue nutzbare Kraft von gleicher Art verfügbar sei. Nutzkkräfte der ersteren Art, also solche, die eine stetige, ja — wirthschaftlich betrachtet — theilweise eine „ewige“ Wirksamkeit entwickeln, sind nur in den natürlichen Gütern, d. i. in jenen in beschränkter Menge vorhandenen nutzbaren Kräften zu finden, die sich in ihrer natürlichen Gestaltung ausserhalb der Erzeugnisse einerseits in den äusseren nutzbaren Kräften finden, wie also z. B. die Wasserkraft, welche die Mühle treibt, eine natürliche Wasserstrasse und besonders die Ertragsfähigkeit des Bodens, insoweit sie auf den natürlichen klimatischen Verhältnissen, auf der Lage, dem Flächeninhalte und dem Untergrunde des Grundstücks beruht, andererseits in den inneren nutzbaren Kräften der körperlichen und und geistigen Arbeit des Menschen enthalten sind, welche letztere zwar in Rücksicht auf das einzelne Individuum in ihrer Wirksamkeit durch die Dauer des Lebens und den Zeitraum der Arbeitsfähigkeit begrenzt ist, aber, betrachtet vom Standpunkte einer wirthschaftlichen menschlichen Gemeinschaft, welche Individuen von verschiedenem Alter in sich begreift, die hinschwindende und er-

sterbende natürliche Arbeitskraft durch den Nachwuchs wiederersetzt und für die Uebertragung der für die Arbeitsleistung erforderlichen Kenntnisse auf die heranreifende Generation dauernde Sorge trägt. Anders verhält es sich mit den in den Arbeitsprodukten wirksamen Nutzkräften, mögen diese Genussmittel oder Produktionsmittel sein; kein Erzeugniss der Arbeit besitzt unbegrenzte Dauer, sei es ein Genussmittel, sei es ein Produktionsmittel, immer wird es auf einmal oder allmählich aufgezehrt oder aufgebraucht.

Dem Gesetze der Stetigkeit der Bedürfnissbefriedigung entsprechend, ist nun die Wirthschaft dahin zu gestalten, dass immer die zum Zwecke der Befriedigung erforderlichen Genussgüter und die je nach der geltenden aktuellen Verfahrungsweise bei der Güterproduktion anzuwendenden Produktionsmittel in bestimmter Gattung und Artbeschaffenheit und in bestimmter Menge vorhanden und, weil in bestimmten Zeitabschnitten zur Verzehung gelangend, auch in bestimmten Zeiten zu erneuern sind. Ist der gesammte Güterbestand derartig zusammengesetzt, dann vollzieht sich die Güterproduktion in stets gleicher Wiederholung, nur die Güterindividuen wechseln, die Gütermengen jeder Art bleiben in ihrem Bestande unberührt, und die Bedürfnissbefriedigung vollzieht sich in voller Stetigkeit, indem die Wiedererzeugung der in jedem Zeitabschnitte verzehrten Genussmittel sich mit voller Sicherheit in steter Folge ergibt. „Diese Anordnung des gesammten Güterbestandes, welche dem Gesetze der Stetigkeit der Bedürfnisse entspricht, lässt sich als der Gleichgewichtszustand der Güterproduktion oder der Beharrungszustand im Güterbestande bezeichnen.“ — Nur insofern die einzelnen Güter Bestandtheile des in diesem Beharrungszustande befindlichen Güterbestandes der Wirthschaft darstellen, sind sie auch in ihrem Werthe erfassbar, es liegt der Vorstellung vom Werthe stets die Betrachtung des Gleichgewichtszustandes der Wirthschaft zu Grunde. Der Werth der Güter gründet sich auf ihre Bedeutung, welche ihnen, wenn sie verfügbar sind, in Rücksicht auf die Bedürfnissbefriedigung zukommt, und es kann diese Bedeutung nur auf die Betrachtung der Einbussen gestützt werden, welche im Falle des Entganges derselben die Bedürfnissbefriedigung erfährt. Nur solche Güter aber, welche nutzbare Kräfte stetiger Wirksamkeit im vorgeschilderten Sinne darstellen, finden in dieser Einbusse den zutreffenden Ausdruck jener Bedeutung. Nur ihr Fortfall lässt erkennen, welche

Bedeutung sie, wenn verfügbar, für die Wirthschaft haben würden. Geht eine Nutzkraft von lediglich zeitlich begrenzter Wirksamkeit verloren, wird also z. B. der Gleichgewichtsstand der Wirthschaft durch widrige äussere Vorfälle in der Art gestört, dass Verlust an Nutzthieren durch Senchen, an menschlicher Arbeitskraft durch Epidemien, ein Missrathen der Ernte, Zerstörung oder Verderb von Gütern durch Zufall, Unachtsamkeit u. s. w. entsteht, so wird man zwar nicht starr und unabänderlich an dem in Geltung stehenden Wirthschaftsplane festhalten, sondern man wird den Ausfall zunächst auf minderwichtige Bedürfnisse abwälzen, da die oben erwähnte, den nutzbaren Kräften insgemein, besonders aber den natürlichen Gütern, z. B. der Arbeit, aber auch den Stoffen u. s. w. zukommende Fähigkeit mehrfacher Zweckbestimmung eine mehr oder minder umfassende Aenderung in der Verwendung der Güter ermöglicht; man wird für die entfallende Nutzwirkung andere geeignete Güter heranziehen, hierdurch wird aber wieder ein Entgang an denjenigen Nutzwirkungen erwachsen, welche nach der bisherigen Anordnung der Wirthschaft vermittlest dieser Ersatzgüter hervorgebracht werden sollten u. s. w. Je nach der Art des ausfallenden Gutes, jenachdem es mehr oder weniger eigenartig oder ersetzlich ist, jenachdem sein Ersatz oder seine Reproduktion mehr oder weniger Zeit beansprucht u. s. w., werden sich verschiedene Hindernisse der Ueberwälzung entgegenstellen, je nach diesen Zufälligkeiten werden Bedürfnisse von ganz verschiedener Art und Dringlichkeit um ihre Befriedigung kommen, es fällt also nicht nur eine Reihe verschiedenartiger und deshalb unter einander inkommensurabler einzelner Bedürfnisse aus, sondern es werden auch, im Widerspruche mit dem Gesetze der Bedürfnissrangfolge, während der Dauer der Störung vielfach dringlichere Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, während minder dringliche zur Befriedigung gelangen. Ganz anders beim Fortfall stetiger Nutzkräfte. Hier handelt es sich nicht um zeitweilige Abweichungen vom geltenden Wirthschaftsplane und es kommen nicht vom Zufalle abhängige Auskunftsmittel in Frage, es geht die Absicht nicht auf ein Zurückkehren zum alten, nur zeitweilig gestörten Wirthschaftsplan, sondern die dauernde Verminderung der nutzbaren Kräfte bedingt eine dauernde Aenderung und Umgestaltung der Wirthschaft in ihren letzten Grundlagen, es geht die Absicht auf die Begründung einer neuen Wirthschaftsordnung, auf einen anderen die Stetigkeit der Bedürfnisse sichernden Beharrungszustand, unter

dauernder Aenderung der Zweckbestimmung der nutzbaren Kräfte. Auch hier tritt eine Ueberwälzung ein, aber die endliche Lösung wird darin bestehen, dass bei geänderter Anordnung des Güterbestandes und der Güterproduktion die schliessliche dauernde Minderung der Bedürfnisse in vollem Einklange mit dem Gesetze der Bedürfnissrangfolge diejenigen Bedürfnisse treffen wird, welche als die mindestdringlichen unter allen Bedürfnissen empfunden werden. Während der Entgang zeitlich begrenzter Nutzwirkungen weder den getreuen Ausdruck für den Nutzen darstellt, welchen die entgangenen Nutzkräfte, wenn sie verfügbar geblieben wären, für die Bedürfnissbefriedigung geboten hätten, noch untereinander grössenmässig vergleichbar sind, übt der Fortfall dauernder Nutzkräfte in letzter Auflösung stets die Wirkung aus, dass in der zum Beharrungszustande gelangten neugestalteten Wirthschaft zunächst die allermindest dringliche Bedürfnissbefriedigung und eventuell auch die zunächst mindest dringlichen von allmählich steigender Dringlichkeit vereitelt werden. Der Umfang, in welchem nach dieser Reihenfolge die Vereitelung einzelner Bedürfnissbefriedigungen stattfindet, stellt die Grösse des Nachtheils dar, welcher aus dem Wegfalle der stetig nutzbaren Kräfte dauernd erwächst und ist von der Art und dem Ausmaasse der wegfallenden Nutzkraft abhängig. Somit lassen sich diejenigen Grössenmaasse der verschiedenartigen nutzbaren Kräfte von stetiger Wirksamkeit rücksichtlich ihrer Bedeutung für die Wirthschaft und die Bedürfnissbefriedigung einander gleichsetzen, deren dauernder Wegfall in der zum Beharrungszustande gelangten neugestalteten Wirthschaft eben denselben gleichen Ausfall in der Befriedigung der mindest dringlichen Bedürfnisse dauernd verursachen müsste. Die hiernach bestimmten Grössenmaasse verschiedenartiger Nutzkräfte von stetiger Dauer sind, wenngleich an sich völlig ungleichartig, gleichwohl als konstruktive Elemente der Wirthschaft in Rücksicht auf die Wirkung, welche sie auf die Bedürfnissbefriedigung in letzter Auflösung üben, in Wahrheit miteinander durchaus gleichbedeutend. Vermöge ihrer Eignung zu mehrfacher Zweckbestimmung ist es für die Bedürfnissbefriedigung gleichgültig, wenn statt der einen Nutzung das entsprechende Grössenmaass einer Nutzung anderer Art dauernd entbehrt werden müsste, sie vertreten sich wechselseitig in Rücksicht auf die Förderung, welche die Bedürfnissbefriedigung durch ihre Verfügung gewinnt und in Rücksicht auf die Einbusse, welche dieselbe durch ihren Entgang erleidet.

Unter die stetig wirksamen Nutzkräfte begreift nun v. Komorzynski nicht nur die natürlichen Nutzkräfte, wie „Natur“ und Arbeit, sondern auch die Arbeitsprodukte dann, wenn zum Gegenstande der Betrachtung Gütermengen gewählt werden, welche in setiger Wiederkehr verfügbar und aus diesem Grunde geeignet sind, eine stetige Nutzwirkung hervorzurufen, obwohl die in jedem einzelnen Gute solcher Art wirksamen Kräfte lediglich eine zeitlich begrenzte Nutzwirkung bieten. Unter der Voraussetzung z. B., dass der dauernde Verlust der Nutzung eines der Wirthschaft bisher verfügbar gewesenen bestimmten Flächenmaasses Weizenboden die Wirthschaft derartig umgestaltet, dass als mindest wichtige Bedürfnisse dieselben ausfallen, als wenn etwa irgend eine andere stetige Nutzung eingebüsst wurde, indem z. B. der Eigener der Wirthschaft genöthigt wäre, sich fortgesetzt in wiederkehrenden Zeiträumen bestimmter Arbeitsprodukte gewisser Art ohne Entgelt zu entäussern, so wären jene Arbeitsprodukte und jener Weizenboden gleiche Werthgrössen.

Die Schlusssätze sind folgende: Die Vorstellung vom Werthe schliesst in jedem Falle einen über die Grenze der aktuellen Wirthschaftsgestaltung hinausreichende Betrachtung in sich, aus der aktuellen Wirthschaftsordnung allein kann man die Werthgrössen der Güter nicht erkennen. Da ferner diese Vorstellung vom Werthe auf der Voraussetzung der Beschaffbarkeit eines Ersatzes für die Nutzwirkung des ausfallenden Gutes beruht, so können Unika, Raritäten, Produkte unvermehrbarer stetiger Menge, Kunstwerke etc. überhaupt nicht Gegenstand der Werthvorstellung sein. Endlich ist die Einbusse, die durch den Fortfall einer bestimmten stetigen Nutzskraft entsteht, nicht nur von der Art, und dem Ausmaasse dieser Kraft, sondern zudem durch die Art und die Menge der in der Wirthschaft verfügbaren übrigen nutzbaren Kräfte abhängig. Es ist deshalb die Werthgrösse eines und desselben Gutes nicht nur für verschiedene Wirthschaften, denen ein ungleicher Besitz an nutzbaren Kräften zukommt, eine ungleiche, sondern auch in einer und derselben Wirthschaft wird sich das Verhältniss der Mengen, in welchen die verschiedenartigen Güter unter einander gleichwerthig sind, je nach der absoluten Grösse dieser Mengen ändern, so dass, wenn z. B. eine in jährlicher Wiederkehr verfügbare Menge von einem Zentner Korn mit einer ebensolchen Menge von 50 Liter Milch gleichwerthig ist, nicht auch je 1 Million Zentner Korn und 50 Millionen Liter Milch gleichwerthig sind, weil beim

Wachsen der wegfallenden Gütermenge die Voraussetzungen für die Ersatzbeschaffung je nach der Art des wegfallenden Gutes eine ungleiche Veränderung erfahren werden.

Auf der Grundlage dieses durchaus selbstständigen und originellen theoretischen Ansbauers erhebt nun v. Komorzynski gegen die Grenznutzenlehre folgende fundamentalen kritischen Einwände:

Der Werth eines Gutes erster Ordnung wird in der Theorie Menger's nach der Bedeutung beurtheilt, welche der mindestwichtigen Bedürfnissbefriedigung zukommt, wozu Theilmengen desselben verwendet werden, indem hierbei von der Auffassung ausgegangen wird, dass beim Wegfalle irgend einer Theilmenge des gleichartigen Gütervorrathes der Entgang an Bedürfnissbefriedigung auf das mindest wichtige Bedürfniss übergewälzt werden könne, welches durch die erübrigenden Theilmengen eben dieser Güterart befriedigt werde. Es bleibt also ganz unerörtert, ob nicht Theilmengen eines anderen Gutes, d. h. einer anderen Gütergattung zur Befriedigung jenes mindest wichtigen Bedürfnisses herangezogen werden können. Die Werthgrösse des Gutes werde also, insofern dasselbe ein Genussmittel darstellt, stets ausschliesslich durch die Bedeutung einer solchen Bedürfnissbefriedigung bestimmt, welche auf der besonderen Art und Beschaffenheit des Gutes und seinen eigenthümlichen nutzbaren Eigenschaften beruhe. Diesen Gesichtspunkt verlasse aber Menger bei der Konstruktion des Werthes der Produktionsmittel (vergl. oben S. 186 folg.), welche Konstruktion er in der Weise vornehme, dass er die Gesamtheit aller Bedürfnissbefriedigungen insgesamt betrachtet, wie sich dieselben vor und nach Wegfall des Gutes ergeben, indem er die Werthgrösse eines Produktionsmittels nach der Mitwirkung beurtheilt, welche die Gesamtheit aller Bedürfnissbefriedigungen durch den Entgang des Gutes erfährt. Es werde somit der Werth eines Produktionsmittels im Gegensatze zu jenem eines Genussmittels von der Bedeutung an Bedürfnissbefriedigung abhängig gemacht, welche nicht mehr ausschliesslich auf der Art und Beschaffenheit des zu bewerthenden Gutes und den ihm eigenthümlichen nutzbaren Eigenschaften beruhe. Der dargelegte Unterschied entbehre aber der Begründung. Auch wenn eine Theilmenge eines Genussmittels wegfallt, werde an Stelle der wegfallenden Gütermenge ein Gut anderer Art als Ersatzmittel herangezogen

werden können, und dieser Erfolg werde nach wirthschaftlicher Erwägung stets eintreten, wenn das mindest wichtige unter allen durch die erübrigenden Theilmengen des Genussmittels befriedigten Bedürfnissen eine grössere Bedeutung besitzt, als jenes Bedürfniss, welches bisher durch das als Ersatzmittel herangezogene Gut befriedigt worden ist. Es werde auch weiterhin an die Stelle dieses letzten Gutes abermals ein anderes Gut als Ersatzmittel herangezogen werden können und so fort. Es lasse sich somit nur im Allgemeinen sagen, dass beim Wegfalle irgend einer Gütermenge, mag nun dieselbe ein Genussmittel oder ein Produktionsmittel darstellen, sich in gewissem Umfange bei den Gütern Zweckveränderungen ergeben werden, wodurch der durch den Wegfall des Gutes verursachte Entgang an Bedürfnissbefriedigung nach Möglichkeit auf minder wichtige Bedürfnisse überwälzt wird. Immerhin, meint v. Komorzynski, treffe dieser Einwand nicht den Grundgedanken der Menger'schen Werththeorie, es lasse sich diese Theorie, selbst diesem Einwande gegenüber, auch in Rücksicht auf die Grössenbestimmung des Werthes der Grundidee nach aufrecht erhalten, ja vereinfachen, indem das bezüglich der Werthbestimmung der Produktionsmittel entwickelte Gesetz auf die Werthbestimmung der Güter im Allgemeinen bezogen werde.

Demnach sei im Grunde nur zu untersuchen, ob die Vorstellung richtig sei, dass sich der Werth jeder Gütermenge durch den geringsten Ausfall in der gesammten Bedürfnissbefriedigung bestimmen lasse, welcher sich in Folge des Wegfalles des Gutes trotz der Vornahme geeignetster Aenderungen in der Zweckbestimmung der Güter ergeben müsste. Durch die Ergebnisse seiner (v. Komorzynski's) Untersuchungen werde nun die Irrigkeit dieser Vorstellung erwiesen. Menger unterscheide nicht zwischen Gütern, die in stetiger Wiederkehr als stetig wirksame Nutzkkräfte auftreten und zwischen Gütern, die nur eine Nutzkraft von lediglich zeitlich begrenzter Wirksamkeit darstellen und nach dem Inhalte der gesammten obigen Untersuchungen überhaupt nicht Gegenstand der Werthvorstellung und Werthhemessung sein können.

Dies der wesentliche, hier interessirende Inhalt der Schrift v. Komorzynski's, die ich vielleicht für den flüchtigen Leser zu eingehend wiedergegeben habe, zu eingehend in Rücksicht auf die für den ersten Blick scheinbar nur dürftigen wissenschaftlich brauchbaren Ergebnisse, die der Schriftsteller selbst aus seiner neuen und eigenartigen grundlegenden Betrachtungsweise zu Tage gefördert

hat. Es kommt mir aber auch mehr auf diese Betrachtungsweise als auf jene Ergebnisse an, ich bin so frei, zu meinen und darzulegen, dass diese Betrachtungsweise viel wichtiger und fruchtbarer ist, als ihr Urheber selbst anzunehmen scheint. Diese Fruchtbarkeit ist, wie wir sehen werden, eine doppelte, nämlich eine mehr negative, indem die logisch in ihrer Konsequenz durchgeführten Vordersätze dieses geistreichen Schriftstellers so recht geeignet sind, sehr wichtige Bestandtheile der Grenznutzenlehre überhaupt ad absurdum zu führen, und eine positive, indem der Gedanke der streng einheitlichen Zusammenfassung der Theile des Güterbestandes der Wirthschaft und die Basirung derselben auf ihre stetigen, in ewiger Wiederkehr zum Beharrungs- und Gleichgewichtszustande hinstrebenden Grundkräfte eine erhebliche Stütze für die von mir vertretene Theorie der Nahrungseinheit gewähren.

§ 31.

Fortsetzung. Der Passe-partout der Grenznutzenlehre: Werthbemessung nach dem Nutzentgang bei Fortfall des zu bewerthenden Gutes. Die Wertheinheit der Grenznutzenlehre.

Die ganze Grenznutzenlehre steht und fällt mit der Vorstellung, dass die Bedeutung und somit der Werth eines jeden Gutes an der Lücke bemessen wird, welche durch den Ausfall, den Entgang oder Verlust des zu bewerthenden Gutes in der Bedürfnissbefriedigung des wirthschaftenden Subjektes endgültig gerissen wird; v. Böhm nennt diese Vorstellung geradezu den „Passe-partout“ der Lehre, da man bei der Lösung aller, auch der verwickeltsten Werthprobleme nur immer eine Untersuchung dahin vorzunehmen brauche, dass man das zu schätzende Gut einmal zum Gütervorrathe des wirthschaftenden Subjektes hinzu- und dann wegdenkt und zusieht, welche Schicht von Bedürfnissen im letzteren Falle ihre Deckung verloren hat: es ist dies immer die niedrigste Schicht der Bedürfnisse, „diese niedrigste Schicht zeigt den für die Bewertung maassgebenden Grenznutzen an“. Auch v. Komorzynski, sahen wir, adoptirt diese Anschauung, indem er daran festhält, dass „sich auf die Betrachtung der Einbussen, welche die Bedürfnissbefriedigung im Falle des Entganges (stetig wirksamer) nutzbarer Kräfte erfährt, die grössenmässige Vergleichung der Bedeutung stützen lässt, welche solchen nutzbaren Kräften in Rücksicht auf die Bedürfniss-

befriedigung zukommt“. Nur erweitert er sogar die Methode noch soweit, dass er den Fortfall des zu hewerthenden Gutes den Fortfall und die Umwandlung des ganzen bisherigen (aktuellen) Wirthschaftsplans nach sich ziehen lässt, indem er es für ganz unmöglich erachtet, die Werthgrösse der Güter aus ihren Beziehungen in jener aktuellen Wirthschaftsordnung zu erkennen. Es ist das Verdienst dieses Schriftstellers, mit der ihm eigenen logisch ätzenden Schärfe gezeigt zu haben, wohin der Grundgedanke der Grenznutzenlehre, der *Passe-partout* führt, wenn er auf dem richtigen Boden, auf dem Boden eines in sich geschlossenen, die ganze Wirthschaft umfassenden stetigen Planes voll ausgedacht wird: nämlich zu einer Erklärung der Erscheinungen in der Wirthschaft nicht aus dem was sie ist, sondern aus dem, was sie nicht ist, aus einer ganz anderen umgestalteten Wirthschaft mit einer grundverschiedenen Anordnung der Gütererzeugung, oder genauer sogar immer aus zwei anderen Wirthschaftsorganisationen. v. Wieser und v. Böhm führen die Güter trotz ihrer unabsehbaren Mannigfaltigkeit auf gleichartige Vorräthe, auf theilbare Reihensummen kleinster Einheiten oder bei znsammengesetzten Gütern auf Summen von Vielfachen solcher Einheiten zurück, indem sie der Einheit den Grenznutzen zu Grunde legen, der beim Fortfall eines Gliedes dieser Reihe verloren geht. Dieser Fortfall lässt aber die Wirthschaft im Uebrigen unberührt, die Ueberwälzung des durch den Verlust eines Güterexemplars entstandenen Ausfalles zieht keine weiteren Kreise, sondern ist weder mit einem grösseren, noch einem kleineren Opfer, als dem des Grenznutzens verbunden. Bei v. Komorzynski dagegen handelt es sich nicht um solche durch die bestehende Wirthschaft gegebenen konstanten Reihen gleichartiger oder begrifflich gleichartig gemachter Vorräthe, sondern die Werthgleichheit zwischen zwei Gütern ist nur dadurch zu erreichen, dass man, aus dem Rahmen der Wirthschaft heraustretend, nicht noch einen anderen Wirthschaftsplan, sondern sage: noch einen dritten untersuchen muss, um zum Ziele zu gelangen, nämlich nicht nur den Wirthschaftsplan, in welchem die eine der beiden zu vergleichenden Nutzkkräfte als ausgefallen gedacht wird, sondern auch noch denjenigen, wo die andere mit ihr zu vergleichende Nutzkraft fortfällt: beide Nutzkkräfte (Güter) sind im Werthe gleich, wenn der schliessliche Effekt in dem Ausfall derselben Bedürfnissbefriedigungen besteht. Soviel Güter und Gütermengen man bewerthen d. h. in ihren Werthen vergleichen will, so oft muss

diese Prozedur wiederholt werden, so oft muss die Wirthschaft in Gedanken aus ihrer eigenen Haut herausfahren, zum Glück nicht praktisch, sondern — nur in der Theorie! Aber sollte das eine richtige Theorie sein, die so sehr aller praktischen Erfahrung ins Gesicht schlägt? Wo in aller Welt richtet ein Subjekt die Werthschätzung, die ja, um mit v. Wieser zu reden, nur ein Kontrolmittel der guten Wirthschaftsführung, also der Wirthschaftsführung auf Grund des gegebenen Mengenbestandes der zur Verfügung stehenden „Nutzkräfte“ sein soll, nach Erwägungen ein, die mit der Ausnutzung dieser Nutzkräfte und also mit der bestehenden Wirthschaft und ihrem Bestande nicht das Allermindeste zu schaffen haben! Es ist wirklich sehr zu bedauern, dass der scharfe Geist v. Komorzynski's erst mit klassischer Vollendung den innersten Zusammenhang, das lebendige Ineinandergreifen und die wechselseitige Einwirkung des gegebenen einheitlichen und stetigen Wirthschaftsorganismus erfasst, dann aber, statt das Maass der Dinge aus diesem Gefüge und seinem Wesen heraus zu entnehmen, seiner eigenen Schöpfung mittels des der — sonst angegriffenen — Menger'schen Lehre entnommenen zentrifugalen Passe-partouts wieder entflieht. Sollte hier nicht der v. Wieser'sche Gedanke (oben S. 216 und 217) zutreffen, dass nicht die Annahme des Verlustes; sondern dass — als Regelfall — die Annahme des ungestörten ruhigen Besitzes und zweckentsprechenden Gebrauchs für die Prüfung des Werthes des zu schätzenden Gutes entscheidend sei, und muss es nicht nur auffallen, wenn v. Wieser nun gerade für die Bewerthung eines Vorraths gleichartiger Güter eine Ausnahme macht, also gerade für denjenigen (Elementar-) Fall, der doch das Wesen und die Grundlage der ganzen Grenznutzenlehre ausmacht? Wir werden unten sehen, wie nur die Vereinigung beider Gedanken, nämlich einmal die v. Komorzynski'sche Erfassung des Wirthschaftsganzen und andererseits der v. Wieser'sche Gedanke des ruhigen und zweckentsprechenden Gebrauchs des Güterbesitzes zum Ziele führt. Hier sei nur darauf hingewiesen, dass der Fortfall des Gutes, als Passe-partout gedacht, noch die missliche und verhängnissvolle Konsequenz zu Wege bringt, dass, je nachdem eine grössere oder geringere Menge desselben Gutes als fortfallend gedacht wird, der Grenznutzen, damit die Wertheinheit und auch der Werth des ganzen Vorraths, nämlich das Vielfache der Einheit, ganz verschieden ausfällt, oder, in v. Komorzynski'schem eigenen Ausdrucke, das gegenseitige Werthverhältniss der Güter nicht jedesmal einen

konstanten Grössenausdruck darstellt, sondern je nach den in Betracht gezogenen absoluten Mengen der Güter wechselt, während man doch meinen sollte, dass in einer konstanten Wirthschaft auch nur konstante Grössenmaasse etwas nützen können. Es führt das naturgemäss zur Erörterung des zweiten Prinzipaleinwandes gegen die Richtigkeit der ganzen Lehre, nämlich zu der Frage nach der Art und der Richtigkeit, nach dem Umfange und Inhalte des von der Grenznutzenlehre gewählten Begriffs ihrer Wertheinheit überhaupt.

Die Thatsache, dass, wenn man lediglich vom Grenznutzen ausgeht, die Werthschätzung einer grösseren Güterquantität mit der Werthschätzung einer kleineren nicht harmonirt, halten die Grenznutzentheoretiker nun keineswegs für ihre Lehre verhängnissvoll, die Thatsache sieht, meint v. Böhm, nur auf den ersten Blick befremdlich aus. Es bleibe trotz alledem buchstäblich aufrecht, dass jedes Gut und jede Gütermenge ihren Werth empfängt von dem ihr zugehörigen Grenznutzen, d. h. von dem kleinsten Nutzen, den man wirthschaftlicher Weise von ihr oder ihresgleichen, d. h. von einer gleich grossen Gütermenge erlangen könne, der Fortfall einer grösseren Gütermenge bewirke nun einmal einen tieferen Eingriff in die Bedürfnissbefriedigung, sie bringe konkrete Bedürfnisse um ihre Befriedigung, die erheblich wichtiger sind, als das sonst letzte Bedürfniss. Wenn Schäffle Tüb. Zeitschrift 1885 S. 451 folg. die Annahme beanstandete, dass ein Wüstenreisender seinen Wasservorrath nur nach dem verhältnissmässig kleinen Grenznutzen schätzen werde, den die letzten, entbehrlichsten Theile desselben als Koch- oder Waschwasser stiften, und meine, dass man vielmehr den ganzen Schланч Wasser sorgfältig hüten werde, so widerlege dies nicht die Grenznutzenlehre, sondern stütze sie. Schäffle berücksichtige hier ja gerade den ganzen Vorrath, dieser sei bedroht, und als solcher eben hoch zu bewerthen, die Grenznutzenlehre habe gar nicht behauptet: dass der Werth des Ganzen nach dem Grenznutzen des letzten im Ganzen enthaltenen Theiles zu bemessen sei. Aber, wende ich ein, das trifft ja nicht zu; denn ich habe oben S. 210 v. Wieser's bezüglichliche sogar in mathematische Formeln eingekleidete Ausführungen wörtlich zitiert, wonach jede Quantität des gleichartigen Vorraths und auch das Ganze desselben durch Multiplikation der Stückzahl mit dem Grenznutzen bewerthet und berechnet wird: $W = n \times J_1$.

Ebenso wenig durchgreifend sind die Versuche v. Wieser's, über jene fatale Thatsache hinwegzukommen, und den Grenznutzen als die maassgebende Wertheinheit zu retten. Es finden sich hierüber in seinen beiden Werken folgende Anlassungen: Fast alle Vorräthe, die man besitzt und verwendet, die man verkauft und kauft, die man verarbeitet und erzeugt, werden in Theilen verbraucht und erworben. Gewöhnlich gilt jeder Vorrath als Summe von Theilen, die ihre besonderen Schicksale haben und über die man einzeln verfügen kann. Die Frage um die Wirkung der Güterkomplexe im Ganzen wird nie gestellt, immer handelt es sich um die Wirkung einzelner, gegen das Ganze verschwindender kleiner Theile, es werden die die Komplexe bildenden „Gütereinheiten“ geschätzt. — Das Wort „Gütereinheit“ ist nun aber leider trivial. Man denkt dabei unwillkürlich an die Gewichts-Grössen- u. s. w. Mengen, z. B. Pfund, Zentner, Liter, Meter etc., worin die betreffenden Güterarten im praktischen Leben gemessen werden. Aber die Einheit in diesem Sinne kann ja v. Wieser nicht meinen, das wäre eine unzulässige „Materialisirung“, „Objektivirung“ des Werthes. Er selbst spricht sich dagegen aus, indem er ausführt, dass gleiche derartige Einheiten, z. B. ein Zentner Getreide, ein Gulden, verschiedenen Besitzern zu verschiedenen Zeiten etc. verschiedene Grössen seien, die man einander nicht äquivalent setzen dürfe. Die Werthrechnung setze eine einheitliche Wirthschaft in einem konkret bestimmten Stande voraus. Die augenblickliche Lage jeder Wirthschaft erzeuge im Geist desjenigen, der sie führt, Reihen von gleichartigen und gleichgrossen, weil auf gleichartige und gleich grosse Objekte oder Mittel oder Akte mit gleicher Intensität gerichtete Strömungen des Interesses. Die „Einheit der Grundzahl“ ergebe sich durch die Gleichheit der Intensität, die Intensität der letzten Konsumakte ergebe den Grenznutzen. Es ergebe sich also für jeden Fall der Verwendung des Tausches etc. eine verschiedene Grösse der Wertheinheit. „Nur für einen Augenblick immer beherrschen wir in voller Schärfe mit Maass und Zahl unser Verhältniss zu den Gütern; was wir messen können, sind Augenblicksrelationen der Güter, von einem allmählich leise sich verrückenden, und in kurzen Zeiträumen als fix geltenden Standpunkte aus betrachtet . . . Das Interesse der Menschen schwankt um die Güter beweglich wie die Wolken um die Berge, umhüllt sie bald dichter, bald lässt es sie frei, nicht dass in den Gütern selbst, fest und unveränderlich wie die Schwere, der

Werth sässe und stäke.“ — (v. Wieser Ursprung des Werthes S. 185—196.)

Auf solche wolkenhaften Augenblicksrelationen gründet die Lehre ihre Wertheinheit! Solche Augenblicksbilder sollen für den einzelnen Wirthschafter, und die „Resultante“ dieser einzelnen Augenblicksrelationen der einzelnen Wirthschafter für den Markt die Werthgesetze aufdecken! Es widerspricht aller Erfahrung, dass die Wertheinheit, je nach dem Maasse der Versorgung und des Bedarfs, nach der Bedürfnissbefriedigung sich richten solle, welche für das wirtschaftende Subjekt von der Theilquantität abhängig ist, welche gerade Gegenstand des wirtschaftlichen Aktes ist. Uebrigens führt v. Böhm selbst aus, dass in unserem gewöhnlichen praktischen Wirtschaftsleben die geschilderte „kasuistische Besonderheit“, wonach verschieden grosse Theilquantitäten verschieden hoch geschätzt werden, nicht wahrzunehmen sei, weil unter der Herrschaft der arbeitstheiligen Produktion die geschäftlichen Verkäufe zumeist aus einem Ueberflusse erfolgen, der zur persönlichen Befriedigung des Eigenthümers gar nicht bestimmt sei. Ob ein Zuckerfabrikant 1000 Zentner verkaufe oder einen, immer gelten, so führt er aus, 1000 Zentner wirklich nur 1000 mal soviel als 1 Zentner. Ganz richtig, die Produktion stützt sich auf die von der Grenznutzenlehre übersehenen „stetigen“ Wirtschaftsmomente. Aber auch auf Seiten der Käufer kann die „Augenblicksrelation“, welche sich nach dem Grade der schon besessenen Menge und des augenblicklichen vorzusorgenden Bedarfs richtet, nicht entscheidend sein. Auch sie werden Kauf und Höhe des Kaufgeldes nicht von der Intensität des Bedürfnisses abhängig machen, das zufällig durch die zu erwerbenden Güterexemplare Befriedigung finden soll. Auch ihre Nachfrage und deren Intensität richtet sich nach viel tiefer liegenden, der Augenblicksrelation nicht unterworfenen Grundlagen „stetigerer“ Natur.

Was ist denn eine Wertheinheit, was ist überhaupt eine „Einheit“? In welchem Sinne insbesondere muss sie in der Werthelehre genommen werden? Ich meine: die Wertheinheit hat den Zweck, in „der Erscheinungen Flucht“, in der zerstreuten und ungeordneten Masse der zu ergründenden und zu bemessenden ungleichartigen wirtschaftlichen Dinge das in ihnen trotzdem überall enthaltene „Gleiche“, „Charakteristische“, „Feste“ durch trennendes und verbindendes Denken zu erfassen.

Was zunächst den äusseren Umfang betrifft, welchen der Be-

griff der Wertheinheit umschliesst, so sind zwei Möglichkeiten denkbar: das einzelne zu schätzende Gut bezw. die zu schätzenden Güterquantitäten müssen sich entweder als ein Vielfaches oder als eine Theilquote der Wertheinheit darstellen. Dies Entweder — Oder ist besonders zu betonen; je nach der Grösse des Umfanges der Einheit und der zu messenden Güter oder Güterkomplexe ist die Messung durch Division oder Multiplikation auszuführen. Die Grenznutzenlehrer allerdings sprechen nur immer vom „Vielfachen“ der Einheit; denn ihre Einheit ist „atomistisch“, sie ist den angeblich noch erfassbaren wirtschaftlich kleinsten Grössen, den Grenzverwendungen, entnommen. Ich dagegen bin der Ansicht, dass diese wirtschaftlichen Atomgrössen, diese, wie sie v. Wieser selbst nennt: Gefühlsgrössen als solche grössenmässig nicht erfassbar sind, dass der Werth nicht durch Multiplikation dieser Gefühlsgrössen, sondern dass sich die einzelnen Güterbestandtheile des menschlichen Bedarfs umgekehrt nur als Quoten einer umfassenderen und festeren Einheit darstellen lassen. Den Beweis hierfür glaube ich bereits indirekt dadurch geführt zu haben, dass ich einerseits zeigte, wie die v. Wieser'schen Reihengleichungen mit ihren Augenblicksrelationen unter Anderm schon durch die unanfechtbaren Darlegungen v. Komorzynski's über die wirkliche organische Natur des stetigen Wirthschaftsganzen hinfällig werden, und dass ich andererseits auch die Methode, die v. Komorzynski an die Stelle gesetzt hat, als unzulänglich zu erweisen suchte: nämlich die grössenmässige Erfassung der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Güter durch die zentrifugale Vergleichung derjenigen Wirthschaft, in welcher das Gut als integrierender stetiger Bestandtheil vorhanden ist, mit den tausend anderen ungleichartigen und umgestalteten Wirthschaften, in welchen die zu bewerthenden 1000 Güter je der Reihe nach als ausgefallen gedacht werden. Da nun also — trotz allen bisherigen noch so geistreichen und fleissigen Bemühens der alten und der neuen Gebrauchswerthschule — die fatale Inkommensurabilität der verschiedenartigen einzelnen Bedürfnisse sich der grössenmässigen Erfassung der einzelnen Güterbestandtheile des Wirthschaftsganzen als ein unüberwindliches Hinderniss entgegengestellt hat, so liegt schon rein äusserlich betrachtet der Schluss nahe, dass, wenn anders der Werth der Güter in seinem Wesen überhaupt von der Bedürfnissbefriedigungsqualität, d. h. vom Nutzen abhängig gemacht werden kann und soll, die Einheit der Werthbemessung nicht in vereinzelter Regungen des Interesses gefunden werden kann, welche

in der Seele des wirthschaftenden Subjektes durch Manipulationen („Akte“) mit einzelnen Bestandtheilen des Güterbestandes erweckt werden, sondern dass der ganze Mensch hier wie überall in der Wissenschaft, der ganze Mensch mit all seinem Bedarf im Ganzen als nächste fassbare Wertheinheit genommen werden muss. m. a. W.: die alle einzelnen Güter umschliessende Nahrungseinheit, welche sich für jedes wirthschaftliche Individuum als feste Grösse darstellt, nämlich als das nach Menge und Art bei gegebener Produktivität und gegebenen stetigen Produktivkräften gegebene erreichbare Maximum an Lebenshaltung. Keiner hat für die innerste Erfassung dieser Einheit, die wie ein fester Rahmen die einzelnen Güterbestandtheile zusammenhält, mehr gethan, wie v. Komorzynski. Mit Recht betont er Seite 90—92, dass von ihm nachgeholt sei, was die Menger'sche Theorie verabsäumt habe, nämlich die erst den Werth bestimmenden Quantitätenverhältnisse, in welchen die verschiedenartigen Güter der Wirthschaft verfügbar sind und welche die Menger'sche Theorie unzulänglicher Weise einfach als voraus gegeben betrachte, seinerseits nach „wirthschaftlichen Momenten“ zu begründen und theoretisch zu bestimmen, indem er erst die Gesetze entwickelt habe, nach welchen der gesamte Güterbestand der Wirthschaft nach den darin enthaltenen Arten und Mengen fest bestimmt werde. Aber ein Mehr konnte auch dieser Schriftsteller von seinem wissenschaftlichen Standpunkte aus nicht leisten, und wenn er meint, dass mit der Nachholung der Menger'schen Versäumniss nunmehr das Nöthige geschehen, so irrt er, und er kam zu diesem Irrthum, wie die anderen Nutzwerththeoretiker, durch die völlige Vernachlässigung aller mitwirkenden sozialen Elemente in Folge zu einseitiger Betrachtung der isolirten Wirthschaft als solcher, die er ja ausschliesslich zum Gegenstande seiner Untersuchung macht. Für die wirklich bestehende Volkswirthschaft genügt jedoch diese Betrachtung in keiner Weise, für die Wirthschaft des Individuums, das mit anderen in Arbeitstheilung und Arbeitsgemeinschaft wirthschaftet, ist der Umfang der Nahrungseinheit durch den natürlichen Umfang der Produktivkräfte und ihrer zweckmässigsten Ausnutzung noch keineswegs eine gegebene fixe Grösse, ihr Ausmaass ergibt sich erst aus ganz anders gearteten sozialen Momenten des wirthschaftlichen „Kontaktes“, welche die wirthschaftlichen Kreise des Individuums auf eigene Art theils fördern, theils stören. Für die bestehende Volkswirthschaft insbesondere ist gerade erst die grössenmässige Auffindung und

Abgrenzung jenes Fixums die Hauptsache, indem sich alles Andere erst daran anschliesst und davon ableitet. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, dass der ganze Kampf des heutigen Lebens darauf hinausläuft, die Grössen der Nahrungseinheiten der einzelnen wirthschaftlichen Subjekte gegeneinander zu bestimmen. Zwar ist es richtig, dass die in Folge der Herrschaft der britischen Lehre so arg vernachlässigte Untersuchung der rein-ökonomischen konsumtions- und produktionstechnischen Elemente erst das Fleisch und Blut, die Materie für alles Andere abgiebt; aber immerhin bleibt die hiernit abschliessende Behauptung erst auf dem Vorhofe der Wissenschaft stehen. Erst die soziale Betrachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge ergiebt die „wirthschaftlichen Momente“, welche jener weichen Materie das feste Knochengerüst verleihen.

Bisher suchte ich zu erweisen, dass der äussere Umfang der von der Grenznutzenlehre erkorenen — atomistischen — Einheit eine unzureichende sei. Aber auch bezüglich des Inhalts und Wesens dieser Einheit trifft das Nämliche zu. Der Inhalt, das Wesen jener Einheit soll die „Intensität“ des Begehrens sein, die wichtigeren Verwendungsarten sind ein Vielfaches der Intensität des Grenznutzens. Ich will nicht noch einmal wiederholen, dass das Intensitätsmaass ungenügend ist, da, wie v. Böhm selbst zugiebt (oben S. 211), die Intensitäten dem Grade, aber nicht der Grösse nach gegeneinander abmessbar sind; es kommt hierauf gar nicht an, denn es gelangt ja die kritisirte Lehre gar nicht zum Schlusse, dass die einzelnen Güter in ihrem Werthe je nach der Intensitätsordnung verschieden grosse Multipla der im Grenznutzen ausgedrückten niedrigsten Intensität sind, sie sollen nicht grösser oder kleiner wie diese sein, sondern sie werden ja — und darin besteht ihr Wesen und ihr ganzer Zweck — dem Grenznutzen gleich gesetzt. Es ist, sagt v. Böhm selbst, „der Grenznutzen, der den Werth eines Gutes hestimmt, nicht (oder nur zufällig) identisch mit dem Nutzen, den es selbst thatsächlich stiftet. — Letzteres trifft nur zu entweder bei einzigen, oder bei denjenigen Güterexemplaren, die zufällig gerade für den geringfügigsten Dienst ausersehen waren —; sondern es ist in der Regel ein fremder Nutzen, der Nutzen des letzten Güterexemplares (bezw. der letzten gleich grossen Theilquantität), das zu seiner Vertretung herangezogen werden kann.“ Alle noch so verschiedenen Nutzenwendungen sind danach in ihrem Objekte gleichwerthig, das wichtigste ist that-

sächlich nicht mehr werth, wie das unwichtigste. In diesem Sinne ist also die Grenznutzenlehre in Wahrheit nicht eine Erfüllung, sondern eine Negation, eine Widerlegung der Nutzwerttheorie. Der „Elementarfall“, aus welchem die Grenznutzenlehre alles Weitere ableitet (der Fall eines Vorraths mehrerer gleichartiger Güter), ist eine unpraktische Hypothese, ein konsumtionstechnisches regelwidriges curiosum, allerdings geschickt gewählt, um die „Gleichheit“ zu erhalten, die nun einmal in der Regel nicht vorhanden ist; denn in der Regel vergleicht man den Werth ungleichartiger Güter untereinander; dass gleichartige Güter gleichen Werth haben — zu diesem Beweise brauchen wir keine Theorie. Aber die Grenznutzenlehre ist einmal des Elementarfalles benöthigt; denn, sagt v. Wieser, „kämen Güter nicht in Vorräthen gleicher Stärke vor, sondern immer nur individuell besonders gestaltet, so könnte das Gesetz nicht gelten.“ Es soll nun einmal partout gleich gemacht werden, was nicht gleich ist. Die Lehre folgert so: „Die Erfahrung bestätigt, dass der Werth der zusammen einen Vorrath bildenden Gütereinheiten untereinander gleich ist.“ „Wie könnten auch Dinge, die untereinander gleich sind, verschiedenartig geschätzt werden, vorausgesetzt, dass sie demselben Besitzer angehören und auf denselben Bedarf bezogen werden?“ „Dass der obere Grenzpunkt, der oberste Nutzen jeder Güterart, die Werthintensität nicht bezeichne, das wird selbst durch eine ganz flüchtige Prüfung der Erfahrungen bewiesen.“ Also — so ist dann der Schluss, den der Leser ziehen soll — also muss es die niedrigste Verwendung, der Grenznutzen sein, also ist „die Kongruenz des Werthes mit dem untersten wirthschaftlichen Nutzen, dem Grenznutzen“ . . . „erwiesen“ (vergl. v. Wieser Ursprung, S. 129/30 u. Nat. Werth, S. 25). Ich dagegen meine, dass der Schlusss aus jenen Vordersätzen mit ebenso gutem Fug und Rechte, ja mit grösserem, dahin zu ziehen ist: „Also“ ergiebt keine der einzelnen Nutzenanwendungen den Werthmaassstab, und die wahre Wertheinheit liegt tiefer und ganz wo anders.

Die kritische Bilanz zwischen Wahrheit und Irrthum der Grenznutzenlehre, soweit es den hier betrachteten Elementarfall betrifft, stellt sich also dahin: Wahr ist, dass ich bei der Konsumtion eines Vorrathes gleichartiger Güter den Verwendungsplan so einrichten werde, dass ich die einzelnen Exemplare von oben nach unten gereiht in die mir am wichtigsten scheinenden Verwendungen einweisen werde oder, wie man viel kürzer und mit altem

treffenden Ausdruck sagen kann, dass man sich einfach nach der Decke streckt; wahr ist zweitens, dass ich bei dem kuriosen, ausser Zusammenhang mit dem übrigen stetigen Wirthschaftsplan gedachten und deshalb für die Regeln dieses letzteren nichts beweisenden ganz isolirten Falle des Fortfalles eines Exemplares aus gleichen Gütern als vernünftiger Mensch das mir als unwichtigst erscheinende Bedürfniss und keins der wichtigeren unbefriedigt lassen werde. Falsch dagegen sind alle anderen hieraus gezogenen Schlüsse, falsch ganz besonders der Schluss, dass ich den Werth des ganzen Vorraths durch Multiplikation der Zahl der Exemplare mit der Intensität der Grenznutzenverwendung berechnen werde und kann; denn erstens bedarf es für den Verwendungsplan, bei einem in seiner Isolirtheit gedachten Vorrathe schon an sich gleichartiger und deshalb an sich gleichwerthiger Güter überhaupt keiner Werthbemessung, sondern einer blossen Konsumtionsweisheit, eventuell aber: weshalb sollte dann diese Werthbemessung durch den Fortfall überhaupt und durch den Fortfall gerade eines einzigen Exemplars ergründet werden müssen oder können; weshalb soll sich das Individuum solchen willkürlichen Fortfall gerade eines einzigen Exemplars oder einer sonst beliebigen anderweitigen Zahl von solchen Exemplaren vorstellen, während es in der stetigen fortlaufenden, stationären Wirthschaft — und nur diese ist nach den richtigen Darlegungen v. Komorzynski's für die Werthbemessung zu Grunde zu legen — den ganzen Vorrath in Seelenruhe genießt? Warum diese Beunruhigung des Subjektes überhaupt, und warum, wenn es sich einmal beunruhigen soll, gerade nur die Beunruhigung wegen Fortfall des einen Exemplars und damit der unwichtigsten Grenzverwendung? Warum betonen die Grenznutzenlehrer (besonders v. Wieser Ursprung, S. 136 bis 138) mit solch besonderem Nachdruck, dass die Anwendung der Grenznutzenschätzung ein so ganz unentbehrlicher, wunderbar wirkender Regulator des wirthschaftlichen Gebrauches sei und dabei so einfach, so Zeit und Kraft ersparend, indem man, im Besitze der durch sie gewonnenen „kürzesten und klarsten Formel“, immer die „Essenz des ganzen Wirthschaftsplanes“ habe, indem man nicht jeweils immer erst die ganze Liste der erlaubten und unerlaubten Gebrauchsarten ängstlich und sorgenvoll durchzugehen brauche, sondern, sich kurz an die Marke des Grenznutzens haltend, wisse: „Was darüber ist, ist gut, was darunter ist, ist böse“? Ist es wirklich „gleichgültig, welches bestimmte Gut zur Herbei-

führung eines bestimmten Nutzens gebraucht werde“, wenn nur jenseits jener Grenze der Gebrauch Halt macht? Ich denke, es ist dies nicht gleichgültig, es bleibt die Sorge, dass der Konsum der Güter auch innerhalb des diesseits des Grenznutzens stehenden Bedürfnisskreises wohl gegeneinander abgewogen wird, dass man für das eine der innerhalb dieses Kreises fallenden Bedürfnisse nicht zu viel, für das andere nicht zu wenig verwende. Je weiter gerade diese Bedürfnisse vom Grenznutzen abstehen, je wichtiger also ihre Befriedigung ist, um so sorgsamer wird jene Abwägung bei der Speisung der einzelnen Bedürfnisse dieser oberen Regionen zu Werke gehen müssen. Diese Scheidung ist unendlich viel wichtiger, als die Sorge, dass nur keine Verwendung über den Grenznutzen hinausschiesse. Nicht die „Marke des Grenznutzens“ regulirt den Gebrauch, sondern umgekehrt, erst wenn und erst dadurch, dass den wichtigeren Bedürfnissen je von oben nach unten die richtige Quantität des Gütervorrathes zugewiesen wird, ergibt sich so nebenher und als beiläufige Folge, bis zu welchen Grenzverwendungen herabgegangen werden kann und welcher Grenznutzen noch befriedigt werden kann. Mit Unrecht wird diese unbedeutende Folge als der „Angelpunkt“ der Werthschätzung bezeichnet. Ursache und Wirkung scheint hier verwechselt zu sein: nicht weil der Grenznutzen gross oder klein, hat jedes Gut des Vorrathes und der ganze Vorrath grossen oder kleinen Werth, sondern weil der Vorrath als Ganzes und in seinen Theilen — nach Gesetzen, welche die Grenznutztheorie nicht ergründet hat — hoch oder niedrig bewerthet wird, kann bis zur Befriedigung mehr oder wenig wichtiger Bedürfnisse herabgegangen werden.

§ 32.

Fortsetzung. Kritik des zweiten und dritten Programmsatzes (Produktivgüter und produktionsverwandte Güter — Kostengesetz).

Bei der Kritik des zweiten Programmsatzes, wonach der Werth der Produktivgüter — oder in der v. Böhm'schen Aussageform — der in einander übergehenden „Produktivmittelgruppen“ entfernterer Ordnung durch den Grenznutzen des Schlussprodukts erster Ordnung bestimmt wird, brauche ich mich nicht lange aufzuhalten. Die grosse Wichtigkeit und den bedeutsamen richtigen

Kern des Satzes habe ich schon oben bei der Kritik der Mengerschen Lehre (S. 180) betont. Die Schwächen des Satzes ergeben sich nach dem vorhin über den Werth der Güter erster Ordnung Gesagten zunächst schon daraus, dass der Werth dieser letzteren Güter, von welchem rückwärts der Werth der Güter höherer Ordnung abgeleitet wird, nach dem Grenznutzen nicht bestimmbar ist, dass er eine ebenso „Unbekannte“ geblieben ist, als das, was nun daraus abgeleitet wird, wir sahen: Der Grenznutzen „bestimmt“ nicht den „Werth“ der Genussgüter. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, so steckt die Blöße des Satzes nicht so sehr in dem, was er besagt, sondern in dem, was er offen lässt, nämlich in den durch ihn nicht erledigten Fragen: Aus welchen Bestandtheilen besteht denn eine „Produktivmittelgruppe“, gehört ausser der Arbeit, den Kapitalgegenständen auch der Kapitalzins und die Grundrente hierher und weiterhin: Wie ist die „Ertragszurechnung“ zwischen diesen Bestandtheilen zu erledigen, wie sind diese auf eine Einheit zu bringen, da sie doch an sich ungleichartig sind, und v. Wieser selbst, wie wir sehen, zugiebt, dass das Grenzgesetz nur für Vorräthe gleichartiger Stücke gelte. Da diese schwachen Punkte bei dem Hauptsatz 4) — der Komplementarität der Güter und ihrer Zurechnung — und bei der Kritik der v. Wieser'schen und v. Böhm'schen Lehre vom Kapitalzins und von der Grundrente ohnehin beleuchtet werden müssen, so gehe ich sofort zur Kritik des interessanteren dritten Programmsatzes über.

Da die Regeln über den Werth der „produktionsverwandten“ Güter oder m. a. W. das „Kostengesetz“, nach der eigenen Charakterisirung Seitens der Grenznutzenlehrer, nur einen Spezialfall des ersten Elementarfalles darstellen, indem sich alle produktionsverwandten Güter nur als „allotropische Modifikationen“ des gemeinsamen Produktivgutes erweisen und „der Werth der Stoffeinheit für alle Einheiten gleich und nach dem geringsten wirthschaftlichen Grenznutzen der Einheit bemessen“ wird, so könnte man sich einfach darauf beschränken, für die Unrichtigkeit des Satzes lediglich auf die erwiesene Unrichtigkeit des ersten Elementarfalles zu verweisen, wenn nicht Seitens der Grenznutzenlehre dem Satze von der Produktionsverwandtschaft, der „legge di Wieser“, wie er von einem italienischen Nationalökonomem genannt worden ist, eine über sein eigentliches Geltungsgebiet weit hinausgehende Bedeutung beigelegt worden wäre.

Es ist auch hier, ähnlich wie beim Programmsatz 1) wahr,

dass ein Vorrath gleichartiger Produktivgüter in einer gewissen wirtschaftlichen Rangordnung den einzelnen Bedürfnissen dienstbar gemacht wird, und dass dann alle Güter der Produktionsverwandtschaft, zu deren Herstellung gleiche Quantitäten des gemeinsamen Produktivgutes verwandt sind, auch gleich viel werth, und zwar dasjenige, was dem relativ unwichtigsten Bedürfnisse, dem Grenzbedürfnisse dient, ebensoviel wie die anderen wichtigeren und diese wieder trotz ihrer gegenseitig verschiedenen Wichtigkeit gleich viel werth sein müssen. Aber ebenso wenig es als wahr erscheinen konnte, dass gleichartige Genussgüter deshalb gleich viel werth seien, weil von ihnen allen derselbe Grenznutzen abhängt, ebenso unwahr ist es, dass die Gleichwerthigkeit der Produktivgüter und der aus ihnen hergestellten produktionsverwandten Genussgüter aus dem gleichen „Grenznutzen“ herkomme. Vielmehr hätte die von Menger inaugurierte Betrachtungsweise, von dem richtigen Vordersatze ausgehend, dass das Wesen und der Werth der wirtschaftlichen Güter ihrer relativen Beschränktheit entspringe, in Rücksicht auf die sich für die Produktion ergebenden Modifikationen, konsequenter Weise zu folgender Gedankenkette führen müssen: In Folge des beschränkten Vorkommens der Güter fühlen wir uns von ihnen „abhängig“ und deshalb stehen diese Güter in kausalem Zusammenhange mit unserer Bedürfnissbefriedigung. Diese Abhängigkeit, dieser Kausalzusammenhang, ist nun entweder ein unmittelbarer oder ein mittelbarer. Das erstere trifft bei den Gütern erster Ordnung zu, das letztere bei den Produktivgütern und zwar letzteres deshalb, weil, soweit die Genussgüter erst aus den Produktivgütern geschaffen werden müssen, wir im Grunde nicht von den Gütern in ihrer Gestalt als Genussmittel, dieser blos „allotropischen Modifikation“, sondern in ihrer Gestalt als Produktivgüter — oder in v. Komorzynski'schen Auffassungsweise — von den natürlichen Gütern, d. h. den stetig wirksamen nutzbaren Kräften, abhängig sind. Dieser mittelbare Zusammenhang wird der entscheidende: das Dasein und die Grösse des Werthes hängt von dem Grade der Seltenheit und Beschränktheit der Produktivgüter ab, von diesem Grade hängt ab, ob die produzierten Genussgüter überhaupt wirtschaftliche Güter sind; die Ansicht, dass die Quantitätsverhältnisse der schliesslichen Genussmittel das Werthbestimmende seien, ist nur Schein, höchstens eine dialektische Gedankenbrücke, die wirkliche werthbestimmende causa movens sind die Quantitätsverhältnisse der Güter der entfernteren Ordnungen. Die Bedürfnisse des wirth-

schaftenden Individuums, deren Befriedigung es jederzeit durch Entnahme aus einem freiverfügbaren Produktionsgüternvorrathe entlehnen kann, sind gar nicht Bestandtheil der wirthschaftlichen Werthschätzung, der übrige Theil, der aus Produktivgütern beschränkter Menge erzeugt wird, ist nur allotropische Modifikation der Produktivgüter, von welchen allein wir also thatsächlich abhängig sind.

Allerdings darf die allotropische Umformung nicht willkürlich vorgenommen werden, sie muss allerdings auf den „Nutzen“ sehen, nämlich darauf, dass Art und Menge der produzierten Güter jenem von der Grenznutzenlehre mit Recht betonten „Haushaltungs- und Produktionsniveau“ entsprechen; es darf niemals vergessen werden, dass die Produktion und die Produktivgüter nur Mittel zum Zwecke sind; es genügt nicht, dass, um mit Ricardo zu sprechen, die herzustellenden Güter „überhaupt“ Nutzen haben, es genügt aber auch nicht, den Plan nur in der Weise zu kontrolliren, dass nur nirgends der Grenznutzen der unwichtigsten Gattung überschritten werde, sondern nur wenn und insoweit der Produktionsplan dem Konsumtionsplan im Ganzen und in allen seinen Theilen angepasst ist, stimmt der thatsächliche Werth mit den Produktionskosten überein. Die Divergenz der beiden Pläne an irgend einem Punkte wird sofort auch eine partielle Divergenz zwischen Werth und Kosten herbeiführen, es entsteht irgend wo relativer Mangel, dem der relative Ueberfluss an einem anderen Punkte entsprechen muss, ein Gedanke, der bei Betrachtung der isolirten Wirthschaft recht graththeoretisch klingt, dem aber auf seinem erweiterten Anwendungsfelde, auf dem Gebiete des sozialen Marktes und seiner Preisfluktuationen, wie wir später sehen, die grösste praktische Bedeutung zukommt. Mit Recht sprechen daher die Grenznutzenlehrer in dieser Beziehung von einem „Kontrollmittel“, von einem Mittel, die Produktion darin zu kontrolliren, dass sie die Produktivgüter in die richtigen Produktionszweige einweist, aber das Kontrollmittel bedeutet die Prüfung durch den Nutzen überhaupt, nicht bloss durch den Grenznutzen. Es wäre die Basirung der Kontrolle auf den blossen Grenznutzen eine Verleugnung der Rücksicht auf den Nutzen, wie wir ja oben sahen, dass die Grenznutzenlehre an sich nicht eine Erfüllung, sondern eine Negation der Nutzwerttheorie bedeutet. Wenn somit zuzugeben, dass die Nutzerwägungen in der Produktion eine grosse Rolle spielen, eine grössere noch, als sich in der Grenznutzenformel ausdrückt, so hat die Grenznutzenlehre

doch unbeachtet gelassen, dass nicht der „Werth“ als solcher durch den Nutzen, d. h. durch die einzelnen Nutzbethätigungen der Güter bestimmt wird, es wird durch die Nutzerwägungen nur kontrollirt, dass die Produktivgüter, die den Werthmaassstab schon anderweitig in sich tragen oder möglicherweise in sich tragen könnten, wie ich an dieser Stelle noch vorsichtig sagen werde, richtig verwendet werden. Es wäre, sage ich, doch mindestens möglich, dass die Produktivgüter den Werth schon in sich tragen, und dass dieser in dieser Beziehung „urwüchsige“ Werth sich dann einfach auf die Genussgüter überträgt. Ist es wahr, dass, wie v. Wieser sagt, die „Werthschätzung“ nur „eine Hilfsthätigkeit des Wirthschaftens“ ist, dass „wer den Werth erklärt, in Wahrheit das Verhalten derer, die den Werth schätzen, erklärt“? Ist es nicht mindestens ebenso gut denkbar, dass der Werth a priori gegeben ist, nämlich etwa durch Abhängigkeit des Menschen von indispensablen sozialen und Naturnothwendigkeiten? Ist es nicht denkbar, dass die Technik, die Wirthschaft und das „Verhalten“ der Menschen sich erst an dieses anderweitig Gegebene anschliesst? Angenommen, es stünden einem Individuum seine 365 Arbeitstage zur beliebigen persönlichen Verfügung und Ausbeutung frei, so wird es sie je nach dem Wechsel seiner Bedürfnisse und dem Wechsel der Produktivität und der Fähigkeiten und Kenntnisse auf die Produktion gar verschiedenartiger Gütergattungen und Güterquantitäten verwenden. sein wirthschaftliches „Verhalten“, der ganze Produktions- und Verwandlungsplan wird je nach den Verhältnissen sich verschieben und gänzlich veränderte Gestaltungen annehmen, die allotropische Bunttheit der produzierten Güter wechselt, aber das ist nur die wechselnde Füllung des ewig gleichbleibenden Werthrahmens, die neuen Güter zusammen behalten denselben Werth, jede einzelne Quantität jeder einzelnen Gattung wird nach wie vor nach einer Quote der 365 Tage bemessen, welche jetzt auf die Herstellung des einzelnen Gutes entfallen, voransgesetzt, dass das Individuum nur von dem Produktivgute Arbeit „abhängig“ ist. Das Individuum würde staunen, wenn man ihm zumuthete, mit einem anderen Maasse zu messen, etwa mit dem „Grenznutzen“ des unwichtigsten Genussgutes, des „Grenzprodukts“, der überall „nivellirend in die Produktwerthe eingehe“, der die Sonne sei, die Alles erlenchte, der sein Licht auf die vielseitigen Kostengüter werfe, welche dann erst rückwärts, „wie der Mond das fremde Sonnenlicht auf die Erde“ werfe, das Sonnen-

licht des Werthes, den sie vom Grenzprodukte empfangen, auf die anderen Produkte reflektiren! Wozu diese Mondscheintheorie, wozu die gebrochenen Strahlen? Die gleiche Sonne strahlt über alle Wirthschaftsprodukte, gleiche Kosten entsprechen gleichem Werthe. Nicht die wirthschaftlichen Thatsachen selbst bedürfen jener krummlinigen gewundenen Erklärung, sondern wohl nur die Grenznutzentheorie, welche statt direkt in die Sonne zu schauen, nur den milden Mond betrachtet, ihre „gebrochene Linie“ ist nur eine dialektische Hilfskonstruktion, um das Prinzip des Grenznutzens aufrecht zu erhalten, welches aus der wahren Nutzwerttheorie wenig mehr als den blossen Namen entlehnt hat. Da die Grenznutzenlehre ganz richtig einsah, dass jedes Exemplar der produktionsverwandten Gattungen A B C verschiedenen Grenznutzen hat, nämlich A 100, B 120 und C 200, dass aber doch die Produktivmitteleinheiten, also „Vorräthe gleicher Stücke“ nur Einen Werth haben können und in der Praxis die mit ihnen erzeugten Güter ihren Werth ohne Wenn und Aber, ohne Klauseln und Vorbehalte nach der Menge der auf sie verwandten Produktivgüter erhalten. so war sie, sollte man meinen, zu dem Zugeständniss nolens volens gezwungen, dass eben der Werth der Produkte nicht aus dem Grenznutzen, sondern, wie schon die Klassiker ohne Nebenschweife erklärt haben, nur aus den Produktionskosten bestimmt werde. Statt aber einfach die Waffen zu strecken, meint sie umgekehrt, hier gerade auf den „Quellpunkt“ des bisher unergründeten Kostengesetzes gestossen zu sein. Hier liegt einer jener Fälle vor, sagt v. Böhm, in welchem durch „Substitutionszusammenhänge“ ein eventueller Ausfall in einer Gütergattung auf eine andere überwälzt und daher der Grenznutzen der letzteren auch für die erstere maassgebend wird. Gehe nämlich ein Exemplar der Gattung C verloren, so brauche man nicht auf den Grenznutzen von 200, den es unmittelbar gestiftet hätte, zu verzichten, sondern könne und werde „sofort“ aus einer Produktionsmitteleinheit ein neues Exemplar herstellen und dafür lieber um ein Exemplar weniger von derjenigen Gattung erzeugen, in welcher der Grenznutzen und der Nutzverlust am kleinsten sei. Ja, wenn das nur Alles „sofort“ ginge! v. Komorzynski hat bewiesen, dass die Einbusse, die durch den Fortfall eines solchen Arbeitserzeugnisses entsteht, in einer rationalen Wirthschaft durchaus nicht gerade auf produktionsverwandte Güter abzuwälzen ist, dass es vielmehr von tausend Zufälligkeiten abhängt, ob und wie und wie schnell ein Ersatz zu

beschaffen ist. Und wie steht es, wenn z. B. für die vorliegende Produktionsperiode die vorhandenen Produktivgüter schon in die Produkte A, B und C u. s. w. definitiv umgeformt sind, was doch v. Böhm in seinem Beispiele streng genommen voraussetzen musste, wenn er den Werth der „Produkte“ als solcher schätzen will? Woher soll da ein Ersatzexemplar „abgerufen“ werden? Ganz abgesehen hiervon, sahen wir ja aber schon oben, dass die Bemessung des Werthes nach dem Anfall an Befriedigung, der durch den Entgang des zu bewerthenden Gutes bewirkt wird, überhaupt eine „Ausflucht“ ist, ein „Ausbruch“, ein Entrinnen aus der Wirthschaft, deren Gesetze man finden will, ein Herumlaufen um das Problem! In der allein maassgebenden Wirthschaft des Beharrungszustandes fällt aller Anlass zum „Substituiren“ fort, hier dient jedes Gut unabänderlich einem eigenen bestimmten Zwecke. In der Wirklichkeit ist also kein „Substitutionszusammenhang“ im v. Böhm'schen Sinne aufzufinden, ich kann einen solchen nur in den theoretischen Gedankengängen der Grenznutzenlehre finden, nämlich einen rein dialektischen, der darin besteht, dass erst von einem falschen Prinzip, dem Grenznutzen, ausgegangen wird, und wenn dasselbe nicht mehr anlangt, ein anderes substituirt wird, das Kostenprinzip. „Kosten“, sagt v. Wieser, sind Produktivgüter, „wenn dieselben bei einer einzelnen Widmung um ihrer anderweitigen Verwendbarkeit willen als Aufwand eingesetzt werden“. Ich sage umgekehrt: weil ein Kostengut aus Gründen, welche der Grenznutzenlehre verschleiert geblieben sind, a priori hohen oder niedrigen Werth hat, muss man mit ihm sparsam umgehen und es ökonomisch verwenden.

Ein Verdienst ist allerdings der Grenznutzentheorie nicht abzusprechen, sie hat mit vollem Rechte die alte entscheidende Frage wieder von Neuem aufgerollt: Woher leiten denn nun aber die Kostengüter, welche den Werth der Produkte bestimmen, welche doch aber an sich nur mittelbar dem Bedürfnissbefriedigungszwecke dienen, ihrerseits wieder ihren Werth ab, und wie ist die verbindende Einheit zwischen ihnen und der Bedürfnissbefriedigung, zwischen Kosten- und Nutzwert, zu finden? Sie hat richtig herausgefühlt, dass doch nur der Mensch, und zwar in seiner Eigenschaft als wirthschaftliches Wesen mit seinen subjektiven Interessen und Bedürfnissen, den Ausgangspunkt auch der Werthschätzung der Kostengüter bilden muss. Wenngleich die Kostenerscheinungen, meint v. Wieser, „ein neuer Beleg dafür“ sind, „wie sehr die objektiven

Bedingungen des Güterdaseins den Güterwerth beeinflussen“ und „der Umstand, dass produktionsverwandte Erzeugnisse durch verschieden grosse Quantitäten derselben Erzeugniselemente herzustellen sind, ihre subjektive Schätzung in ein Verhältniss bringt, dessen Relationen ganz und gar den objektiven Erzeugnissbedingungen entnommen sind, so bleiben doch die Impulse, die zu seiner Aufstellung hindrängen, sowie die absoluten Werthgrössen der Elemente, deren Vielfache ins Verhältniss gesetzt werden, subjektiv und erweisen damit die Subjektivität des Ursprungs und Wesens des Werthes“. Die bisherige theoretische Beobachtung habe eben, so sagt er mit Recht, so wenig aufzuklären vermocht, was die Kosten ihrem Wesen nach seien, woher sie selber ihr Maass empfangen, welche absolute Grösse den Produktwerthen zukomme, als sie vermocht habe, die zahlreichen Widersprüche aufzuklären, auf die man stossen musste, so lange man die Kosten als die letzte Ursache der Produktenwerthe auffasste. (v. Wieser der nat. Werth S. 178 und 179.) — Die Frage ist richtig gestellt, aber die Lösung musste daran scheitern, dass nicht der Mensch mit seiner ganzen Bedarfs-einheit, sondern nur die Beziehungen einzelner und herausgerissener Bedürfnisse zu vereinzelt Gütern und Güterkomplexen erfasst wurden. Es war nicht nur die Aufgabe einer durchgreifenden einheitlichen Zusammenfassung der Bedarfsbestandtheile zu erfüllen, sondern es kam nicht minder auf die einheitliche Zusammenfassung der Produktionsbedingungen und der Produktiveinheiten an; es mussten nicht bloss die Bestandtheile des Bedarfes, sondern auch die Produktivgüter als Ganzes und im Einzelnen auf die Einheit Mensch gebracht werden, auch sie hätten „humanisirt“ werden müssen. Es wäre nothwendig gewesen, das Wort Hermann's (vergl. oben S. III), das bei diesem Schriftsteller nur Phrase bleibt, in seiner realen Bedeutung klarzustellen, nämlich das Wort: dass sich der Mensch mit seiner Arbeit und seinem Vermögen in das Produkt versenke, so dass dieses als ein Inbegriff menschlichen Daseins, wie ein Stück Leben erscheine.

§ 33.

Fortsetzung. Kritik des vierten Programmsatzes (Beitragszurechnung).

Der vierte Programmsatz der Grenznutzenlehre betrifft: „die wechselseitigen Beziehungen zwischen den zur selben Produktion

zusammenwirkenden Produktivgütern“ oder: „das Gesetz von der Komplementarität der Güter“ oder in noch anderem Ausdruck: das Gesetz der natürlichen Zurechnung der Produktivgüter.“ Da „das Grenznutzensgesetz nach der ausdrücklichen Erklärung der Lehrer dieses Gesetzes nur für Vorräthe gleichartiger Güter gilt, so geht natürlich auch bei der Ableitung des Gesetzes der Zurechnung die Methode dahin, die anscheinend ungleichartigen Dinge, dieser Ungleichartigkeit zum Trotz, auf tiefer liegende gleiche Elemente zu reduzieren, m. a. W.: die unbekannten Grössen gleichen benannten und bekannten Grössen gleichzusetzen. Der erste Elementarfall bot am wenigsten Schwierigkeiten für die Gleichsetzung: die verschiedenartigen Nutzenanwendungen konnten bei einer Reihe gleichartiger Genussmittel leicht einer dritten Grösse, dem Grenznutzen, und somit unter einander gleich gesetzt werden; denn sie verkörperten sich ja von Hause aus in Vorräthen gleicher und schon deshalb gleichwerthiger Gütergestalten. Bei Satz 2) setzte man den gleichartigen Gebrauchsgüternvorrath dem davon körperlich verschiedenen Vorrathe der gleichartigen Produktivgüter gegenüber, die Wertheinheit liegt dann im Grenznutzen des Gebrauchsgüternvorrathes, der Grenznutzen dieses letzteren Vorrathes wird der Produktivgütereinheit einfach gleichgesetzt, also ist jede Produktivgütereinheit gleichwerthig dem Grenznutzen der produzierten Gebrauchsgüter. Bei Satz 3) wird die Divergenz des Nutzens der produktionsverwandten, scheinbar grossenmässig unvergleichbaren Güter durch Reduktion der letzteren auf das in ihnen gleichmässig enthaltene einheitliche und gleiche Produktivgut ausgeglichen. Der Satz 4), wenigstens in der ihm durch v. Wieser gegebenen Gestalt, ist das Kehr Bild des Satzes 3): Während Satz 3) lautet, dass die gleichen und bekannten Grössen der gleichen Produktivgütereinheiten gleich sind den ungleichartigen und unbekannten Grössen der produktionsverwandten Produkte, stehen bei Satz 4) auf der linken Seite der Gleichung, oder vielmehr der Gleichungen, die unbekannten Grössen der ungleichartigen Produktivgüter, auf der rechten Seite die als gegeben und bekannt angenommenen Grössen in der Gestalt der mit jenen Kostengütern hergestellten, mit ihrem Werthe eingesetzten Produkte: so viele einzelne produktive Kombinationen innerhalb des ganzen Produktionsplanes durchgeführt werden, so viele einzelne Gleichungen entstehen. Die Summe der gegebenen Werthe der rechten Seite der Gleichungen ist auf die einzelnen produktiven Elemente nach

Maassgabe der Gleichungswerthe vollständig und ohne Rest zu verrechnen, jedem Elemente fällt somit sein bestimmter Werth zu, der „produktive Beitrag“ (vergl. oben S. 218).

Wir sind an dem schwächsten der vielen schwachen Punkte der Grenznutzenlehre angelangt. Satz 3) enthielt das Zngeständniss, dass ungleichartige Gebrauchsgüter als solche nicht auf eine Einheit zurückgeführt werden können; deshalb musste man die Einheit ausserhalb dieses ihres Wesens suchen, man fand sie in den heterogenen Produktionskosten, die man hypothetisch als gleichartig annahm. Diese Hypothese entsprach zwar nicht der Wirklichkeit, denn jedes Gut beinahe wird aus verschiedenartigen Produktivgütern erzeugt, aber immerhin war eine solche Hypothese denkbar und logisch berechtigt, vielleicht konnte sie sogar praktisch verwertbar sein, nämlich für die Betrachtung der „effektiven Wirkungssphäre“ eines sich in allen oder vielen Produkten wiederholenden gleichen Produktionsfaktors, etwa der Arbeit.

Was geschieht aber bei Satz 4)? Man setzt auf die rechte Seite der Gleichungen Gebrauchsgüter verschiedenartiger Gattungen als gegebene feste und benannte Grössen, obgleich doch Satz 3) darlegte, dass man diese Grössen nur finden kann, wenn sie aus gleichen d. h. gleichartigen und einartigen Produktivgütern hervorgehen. So soll z. B. in der Gleichung $x + y = 100$ die Zahl 100 den gegebenen Werth eines zinnernen Gefässes vorstellen, das ein Künstler aus dem Material Zinn hergestellt hat, x bedeutet etwa eine Tagesarbeit des Künstlers, y eine gegebene Masse Zinnes. Woher in aller Welt weiss denn aber v. Wieser, dass der Werth des zinnernen Gefässes 100 ausmacht? Die Ziffern der rechten Seiten: 100, 290 und 590 sollen doch den Werth verschiedenartiger Güter bedeuten, die als solche kein immanentes Werthmaass haben, weil sie verschiedenen Grenznutzens sind, weil sie ja nicht aus demselben Produktivgut oder auch nur aus gleichartigen „Produktivmittelgruppen“ entstanden sind. Die aufgestellten Gleichungen sind also ganz nichtssagend, ihre rechte Seite setzt das ganze Problem, nämlich die relative und absolute Werthgleichheit der ungleichartigen bunten Gebrauchsgütermassen, als gelöst voraus, und gelöst ohne den Hilfssatz 3), gelöst durch irgend Etwas, das nicht angegeben wird. Münchhausen mit dem Seil am Monde! Und was hat es nun für einen Werth, wenn v. Wieser (Der natürliche Werth, Seite 164, 165 und 177) aus den so gefundenen (?) produktiven Beiträgen bzw. Grenzbeiträgen der einzelnen Produktivgüter wieder um-

gekehrt den Werth der Produkte in der Art zusammengesetzt sein lässt, dass er sie als Summen von Vielfachen dieser Grenzbeiträge darstellt, also wie oben S. 220. z. B. ans $10 a + 10 b + 10 c$ oder $10 a + 20 b + 10 c$ u. s. w., und dann die grosse Macht des Grenznutzensgesetzes hier dadurch bewahrheitet sieht, dass auch solche Produkte, die in äusserer Erscheinung und Bestimmung einander ganz fremd sind, auf diese Weise lediglich in dasselbe Verhältniss wie Theilsummen eines Vorraths kommen? Ein blosses Spiel mit Worten! Denn a , b und c sind ja trotz aller noch so geistreichen Ausführungen v. Wieser's „Unbekannte“ geblieben!

Ich kann dem Leser hiernach die Detailkritik der weiteren, sich an die Lehre von der „Zurechnung“ anschliessenden Untersuchungen v. Wieser's sparen, auch seine Lehren über Kapitalzins, Grundrente u. s. w. fallen von selbst zusammen, wenn die Lehre von der Beitragszurechnung fällt. Verdienstlich und werthvoll bleiben jene Untersuchungen v. Wieser's immerhin — und ich habe sie deshalb dem Leser ziemlich ausführlich vorgeführt, — weil ihr gegen die diesbezüglichen Lehren Menger's und v. Böhm's gerichteter kritischer Theil m. E. viel durchschlagende Wahrheiten enthält. v. Wieser hat auch meines Dafürhaltens sowohl die Menger'sche als die Böhm'sche Lehre der Werthbemessung der komplementären Produktivgüter endgültig widerlegt, und ich kann dem hochverehrten Verfasser des Werkes: „Kapital und Kapitalzins“ nicht zustimmen, wenn er im Laufe dieses Werkes, besonders aber in Band II, jene Lehre als von ihm und Menger immer als voll gelöst voraussetzt und — siehe oben S. 244 — auch die schwierige Grundrentenlebre infolgedessen in dem von Ricardo behandelten Theile als „durch ein paar Federstriche“ lösbar erachtet. Doch hiervon noch später.

§ 34.

Fortsetzung. Kritik der Preislehre oder der Lehre vom objektiven Tauschwerthe.

Die Preislehre oder die Lehre vom Tauschwerthe, d. i. dem Werthe, um welchen es sich in der praktischen Volkswirtschaft ausschliesslich handelt, ist der Prüfstein und die Erfüllung jeder Werththeorie und jedes nationalökonomischen Systems. Hier ist die Stätte, wo sich die aus der Deduktion und der Hypothese

gewonnenen Theoreme erst praktisch zu bewähren haben, wo sie zeigen müssen, ob sie schliesslich leistungsfähig und brauchbar sind. Die Grenznutzenlehre vermeint dies Ziel von ihrem auf dem Boden der vorgestellten isolirten Wirthschaft und der Robinsonaden gewonnenen vier Programmsätze aus in befriedigender zu reichender Weise erreicht zu haben, indem sie behauptet, dass der reale Verkehrswerth, wie er im Preise seinen praktischen Ausdruck findet, nichts Anderes sei als das „Produkt“, die „Resultante“ der auf dem Markte sich begegnenden subjektiven, atomistischen, auf „Augenblicksrelationen“ beruhenden subjektiven Werthschätzungen von Waare und Preisgut. Der Verkehrswerth, sagt v. Wieser, ist nur das Ergebniss des volkswirtschaftlichen Preiskampfes und der individuellen Schätzung aller Glieder der Volkswirtschaft, er ist eine blosse „gesellschaftliche Thatsache“: die gesammten Güter des volkswirtschaftlichen Marktes werden der Reihe nach von oben nach unten in die wichtigsten Verwendungen eingewiesen, nur dass sich das Gewicht derselben, mit welchem sie wirken, nicht nach der blossen Stärke des Begehrens, nach dem „Wollen“ der Individuen, sondern auch nach ihrem „Können“ richtet, der seinerseits von der Kaufkraft abhängt; die Grenzkäufer bezw. die Grenzkäuferklassen, d. h. die Käufer, welche noch gerade wollen und können, bestimmen nach Maassgabe der subjektiven Schätzungsziffern jeder einzelnen Waare und des Preisgutes den Preis, der auch für alle anderen Käufer und alle Verkäufer maassgebend wird; immer ist zu einem bestimmten Preise nur eine bestimmte Menge nachgefragt und absatzfähig. Wenn die Verkäufer ihrerseits mit einer bestimmten Menge zu Markte kommen, die sie ganz und gar veräussern müssen (das müssen sie nach v. Böhm, weil sie sonst „sentimentale Thoren“ wären), so ist der Preis schon von vornherein festgestellt, es ist derjenige Betrag, um welchen eben diese Menge nachgefragt ist (v. Wieser, *Der nat. Werth* S. 43). Und das Ergebniss tritt dann nach dem von Böhm gezeichneten Gesamtbilde der Volkswirtschaft und dem von Wieser gelieferten näheren Detail der Ausmalung in folgenden grossen Zügen entgegen: Die vorhandenen Vorräthe von fertigen Genussmitteln mit ihren äusserlich so unendlich verschiedenen Nutzgrössen bilden ökonomisch dennoch auf den gleichen Grenznutzen abgestimmte Reihen gleicher Werthgrössen, welche, soweit es sich um produzierte Güter handelt, durch die Gleichheit der auf ihre Herstellung verwandten, vom Grenznutzen der Güter

erster Ordnung gleichen Werth erhaltenden originären Produktionsfaktoren bestimmt werden und bei Gütern, die aus verschiedenen Produktionsfaktoren entstehen, sich aus Summen von Vielfachen der „Beitragsseinheiten“ zusammensetzen. Aus diesem grossen „Reservoir der originären Produktivkräfte“ — denn die Zwischenprodukte und die Güter erster Ordnung sind nur allotropische Modifikationen — saugen nun „alle Bedürfnisse mit der durch ihre Schätzungsziffern angezeigten Kraft“, d. h. in der Wirklichkeit nicht die Bedürfnisse, sondern die bedürftenden Menschen nach ihrer Kaufkraft, und es werden alle Güter des Marktes an die bestbezahlenden Käufer vom Krösus herab bis zum elenden Grenzkäufer aufgetheilt.

Hier ist die Grenznutzenlehre nun aber wieder auf den unvermeidlichen toten Strang aufgelaufen. Woher denn jene Kaufkraft, ihre Quelle, ihr Umfang, woher Einkommen, Reichthum, Armuth? Lediglich als eine zufällige, unmotivirte und unbestimmte fertige und gegebene Reihe von Besitzern verschieden grosser Florinbeträge treten die Käufer ihrerseits den Verkäufern als Besitzern der disponiblen gegebenen Mengen der Produktivfaktoren gegenüber. Von einem näheren Eingehen auf die so nahe liegenden organischen Beziehungen zwischen Produktion und Kaufkraft, von Produktionsleistung und Produktionshonorirung wird im Grunde abgesehen, obgleich hier und da ausgeführt wird, dass die letztere durch die erstere gegeben ist, dass „auch bei der hentigen Ordnung der Dinge die sachliche Beitragszurechnung die Grundlage für die persönliche Vertheilung des Volkseinkommens ist“ (v. Wieser). Es hätte doch so nahe gelegen, unter Benutzung des Satzes von der Beitragsleistung der Produktivfaktoren die „Macht“, mit welcher die Bedürfnisse von Reich und Arm nach Maassgabe der Kaufkraft die Produktivkräfte an sich „saugen“, in der Weise grössenmässig zu bestimmen, dass die Kaufkraft einfach mit der Grösse der von den Inhabern der Produktivfaktoren auf Grund des mit den letzteren erzielten Produktionsbeitrages zusammen gehalten, und dass das Einkommen als ein stetiger und kontinuierlicher Ausfluss der stetigen und planmässigen Verwendung der sich erneuernden stetigen Produktivkräfte vorgestellt würde. Erst durch diese grössenmässige Beziehung zwischen Produktions- und Konsumtionskraft wäre die organische innerste Einheit zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Genuss und Opfer, zwischen dem Menschen als geniessendem und als arbeitendem oder sonst wie Produktivkraft einsetzendem

Wesen, endlich zwischen Nahrungseinheit und Produktivseinheit erstellt, erst so wäre die Forderung erfüllt, die ich oben an die Nationalökonomie stellte: den Menschen als einheitlichen Ausgangspunkt, als Maass aller wirthschaftlichen Dinge zu nehmen, und so nicht blos die an sich todten Produkte, sondern auch die an sich todten Produktivgüter als materielles Zubehör des menschlichen Ichs zu erfassen, oder — *sit venia verbo* — zu „humanisiren“, oder endlich, wie wir bei Betrachtung des aus den sozialen Beziehungen sich ergebenden Verkehrswerthes sagen müssen, zu „sozialisiren“ d. h. sie in ihren Beziehungen zum Menschen als „socius“ seiner Mitmenschen, als socius in der Produktion und in der Vertheilung, darzustellen.

Die Grenznutzenlehre scheint nicht zu merken, dass sie sich bei Vorstellung des Verhältnisses zwischen Produktion und Vertheilung in einem Zirkel bewegt. So stellt sich v. Böhm „Kapital“ II S. 187 zu dem sich ihm im Laufe seiner Untersuchung aufdrängenden wichtigen und schwierigen „Problem der Vertheilung der Güter, wie sie sich in der heutigen Gesellschaftsordnung . . . vollzieht“ in folgender Weise: „Alle Produkte entstehen ja durch das Zusammenwirken der drei komplementären Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Indem nun unsere Theorie aufklärt (?!), wie viel vom gemeinsamen Produkt man wirthschaftlich jedem derselben verdankt, und wie viel vom gemeinsamen Werthe des Produkts man daher jedem von ihnen zurechnet, legt sie zugleich (!) den durchgreifendsten Bestimmungsgrund für die Höhe der Honorirung bloss, die jeder der drei Faktoren für sich erlangt. Und von da leitet der Weg weiter zur Höhe der drei Einkommenszweige Arbeitslohn, Grundrente und Kapitalzins.“ Wie wir früher sahen, soll sich nun der Werth der fertigen Produkte nach der Kaufkraft der Begehrenden richten; denn je nach der Grösse ihrer Zahl, ihres Wollens und Könnens bestimmt sich der Grenznutzen und der „Grenzkäufer“. Wonach richtet sich nun die Kaufkraft? Nach dem Einkommen der Käufer. Wonach dies Einkommen? Wie v. Böhm eben ausführte: nach der Höhe des Arbeitslohnes, der Grundrente und des Kapitalzinses, diese wieder nach dem Werthe der aus den zusammenwirkenden drei Produktionsfaktoren sich ergebenden Produkte, welche letzteren lediglich nach dem Gesetze der Beitragszurechnung daran partizipiren. Woher nun aber der Werth dieser Produkte, die unter sie aufgetheilt werden? Nach der Kaufkraft der Begehrenden, welche doch wieder — wenn man von dem

hier gleichgültigen Bezüge des sog. abgeleiteten Einkommens abseht, von den Besitzern der drei Naturfaktoren erstellt wird. Und so geht es fort in unendlichem Zirkel! Im Grunde handelt es sich hier also wieder einmal um eine neue Variante der uralten, aus der 3. Werthlehre Ad. Smith's (vergl. oben S. 50 bis 52) hervorgewachsenen Say-Hermann'schen Anschauungsweise, wonach sich der Werth der Güter aus dem Werth der services productifs ableitet und zusammensetzt, und der Werth der services productifs wieder aus dem Werthe der Produkte bzw. dem Antheile an diesen, den das Produkt ihrer Mitwirkung „verdankt“. (Vergl. auch oben Say S. 103 u. folg. und Hermann S. 112 u. 124). Kein Wunder, dass denn auch die Grenznutzenlehre, bei dieser Verquickung der rein ökonomischen Produktionseffekte und der sozialen Abfindungsquoten, zu dem oben S. 187 bis 189 vorgeführten und gewürdigten Menger'schen sozialpolitischen Indifferenzpunkt gelangt! Arbeitslohn, Kapitalzins und Grundrente sind „das nothwendige Produkt der ökonomischen Sachlage“, sie sind Entlohnungen nach dem Maassstabe, was die Leistungen der Arbeit, des Kapitals und des Bodens „der Gesellschaft (!) werth sind“ — gleichsam, als ob die „Gesellschaft“ oder wie man im Leben zu sagen pflegt, „die Konsumenten“ oder gar „der Konsument“ etwas Anderes und höheres wären, als eben jene antheilsberechtigten produzierenden Arbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer!

So konnte die Grenznutzenlehre den in die Augen springenden innigen Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion wohl instinktivmässig fühlen, aber sie konnte ihm in der zu äusserlichen und mechanischen Art, wie sie das werthbestimmende Element der „Kaufkraft“ in die Lehre einfügte, in seiner wahren und vollen organischen Bedeutung nicht erfassen. Nicht die unpersönlichen, anspruchslosen, nicht essenden und nicht trinkenden „stummen Werkthätigen“, die Produktionsfaktoren als solche mit ihren unmessbaren technischen Produktionseffekten ergeben den „zuzurechnenden“ Beitrag und somit die Kaufkraft, sondern die lebendigen und anspruchsvollen Eigenthümer der drei Produktiv Elemente vindizieren sich als begheerende und beghehrliche Konsumenten den Antheil vom gemeinschaftlichen Gesamtertrage, den sie sich durch ihre soziale Machtsstellung daraus erobern können. Der „Zirkel“ schwindet erst, wenn man sich den Gang der volkswirtschaftlichen Produktion so vorstellt, dass Grundeigenthümer, Kapitalisten und Arbeiter auf dem weiten Wege von den Urproduktionen bis zur Ganzfabrikation dem jedes-

mal an ihre Nachmänner abzugebenden Vor- und Zwischenprodukten von Hause aus den Werth beilegen, den sie nachher vom grossen sozialen Markte aus wieder in anderen Produkten einfordern. m. a. W. wenn, um bei Rodbertus'schen Bildern zu bleiben, der Preis auf die Zwischenprodukte notirt wird, den die Produzenten und sämtliche Antheilsberechtigten nachher aus dem Nationalprodukt wieder einlösen. Wie wir bei Erörterung des erweiterten Smith-Ricardo'schen Urtypus (oben S. 31 folg.) sahen, dass die „10 Arbeiter“ ihre Produktion so einrichteten, dass sie nach gemeinschaftlichem Plane die ihrer Zahl entsprechenden Nahrungseinheiten, bezw. ein Jeder die in sein Arbeitsfeld fallenden integrierenden Theile von Nahrungseinheiten, arbeitstheilig herstellten und bei der Vertheilung des Gesamtprodukts durch den Werthansatz nach Arbeit zur Liquidation des ihnen zuzurechnenden Antheiles auf die Kosten kamen, so ist auch heute der Werth keineswegs das Ausmaass, das Medium des Nutzens, den das einzelne fertige Gut erster Ordnung nach Maassgabe irgend einer Bedürfnissbefriedigungsskala oder das einzelne Gut höherer Ordnung nach Maassgabe irgend einer technischen Beitragsskala einnimmt, sondern der Werth ist ganz besonders das „Medium der Vertheilung“. Arbeitskraft, Kapital und Bodennutzung werden allerdings in ihrem technischen Zusammenwirken so verwendet, dass sie einzeln und zusammen die erstrebten und nach dem Stande der Kultur und der Fruchtbarkeit des Bodens erreichbaren möglichen Erträge an Bedürfnissbefriedigungsmitteln erzielen, aber sie hatten diesen Werth schon vor jener Verwendung aus anderweitigen Gründen, und gerade die Verwendung richtet sich zum grossen Theil nach diesem vorher gegebenen Werthe, indem hochwerthige Güter höherer Ordnung möglichst ökonomisch angewendet und der Produktionseffekt mehr auf solche Elemente begründet wird, deren Eigenthümer nicht die Macht haben, einen Löwenantheil zu fordern. Das Produkt wird von Stufe zu Stufe gleich mit den Preisen weitergegeben, die nachher auf dem Markt liquidirt werden. Geht diese Liquidation nicht gehörig von Statten, so ist das nicht lediglich immer ein Zeichen dafür, dass die Produktionsfaktoren nicht durch die richtigen technischen Verwendungen „aufgesogen“ sind, sondern es ist viel häufiger ein Zeichen dafür, dass in der ganzen volkswirtschaftlichen Organisation etwas faul geworden; nicht bloss eine Aenderung in der Art der Produktionsweise und der technischen Verbindung und Mischung der Produktivfaktoren, sondern eine Aenderung in der

Art des Werthansatzes auf den einzelnen Stufen wird dann die Heilung der Krise herbeiführen. Die Volkswirtschaft strebt auf einen neuen Beharrungspunkt zurück, wo eine neue Harmonie wieder die Kongruenz der Produktions- und Vertheilungsantheile zu Stande bringt. Nur in der Zwischenzeit wird gekauft und verkauft zu einem Preise, wie es eben geht. Hier hat v. Böhm Recht, dass die Verkäufer sentimentale Thoren wären, wenn sie nicht lieber mit einem geringen Preise vorlieb nähmen, anstatt gar nicht zu verkaufen; aber dies ist nur Krisis, nur fieberhafte Abweichung vom Normalzustande. Nachhaltigkeit und Stetigkeit der Produktions- und Konsumtionsbedingungen ist nicht nur in dem isolirten Wirtschaftszustande, wie ihn v. Komorzynski vorführt, sondern auch in der Volkswirtschaft ein unumgängliches Fundamentalgesetz. Jene Nachhaltigkeit ist nur gesichert, wenn die Produzenten auf die Kosten kommen, d. h. die Antheile erhalten, die sie entweder nach dem herrschenden Begriffe vom „standard“ haben müssen, um zu leben, oder haben können, wenn sie vermöge des Besitzes eines bevorzugten Produktivgutes ein Mehr zu erzwingen im Stande ist. Es ist nicht zutreffend, wenn v. Böhm so entschieden verneint, dass die Produktionsfaktoren einen „urwüchsig vorher festgesetzten“ Werth a priori haben, und wenn er bestreitet, dass sie diesen Werth den aus ihnen hergestellten Produkten diktiren können. Es ist unrichtig, wenn er meint, dass z. B. ein Arbeitstag seinen Werth nur aus seinen Verwendungsgelegenheiten erhalte und einen Werth von einem oder drei Gulden habe, je nachdem das letzte, mindest gut bezahlte Produkt werth sei, zu dessen Versorgung nach Deckung aller besser honorirten Verwendungen noch Arbeit übrig sei (oben S. 236). In Wahrheit erhält das Produkt eines Arbeitstages seinen Werth nicht blos aus seiner Verwendung, sondern nicht minder aus dem Umstande, dass ein „Arbeiter“ einen Tag gearbeitet hat und deshalb auch einen Tag dafür Essen bekommen muss. Das ist ebensovgt Bedingung a priori.

Das Gesetz der „Kosten“ in diesem Sinne ist kein „Scheinkönigthum“, kein „Inzidenzfall“. Blossse Quantitätenverhältnisse können in der That den Markt derartig beeinflussen, dass die „Kosten“ nicht maassgebend sind, aber gerade dies ist ein vorübergehender Inzidenzfall. Einige Schwankungen nach oben und unten, und das Gesetz der Quantitäten legt sein angemaasstes Augenblickskönigthum nieder, und der Werth folgt wieder den

Kosten, da sie nichts Abgeleitetes, sondern die *conditio sine qua non* der stetigen Wirthschaft sind.

Gerade weil die Grenznutzenlehre diesen tiefen Sinn des „Kostengesetzes“ verkannte, musste ihre Werthlehre scheitern. Bei Nichtbeachtung jenes aprioristischen menschlich-sozialen Elementes, das die Güter der ersten Ordnung mit den Gütern aller Ordnungen einheitlich zusammenfasst, konnte sie die fünfte Programmnummer (oben S. 206), nämlich die „elementaren Beziehungen zwischen Waare und Preisgut und zwischen den Waaren unter einander“, nicht bewältigen. Es blieb, wie wir oben § 33 sahen, eine grosse Lücke übrig, es gelang nicht, die Frage zu lösen, wie Güter erster Ordnung von verschiedener Gattung zu bewerthen, die aus komplementären Produktivgütern ebenfalls verschiedener Gattung erzeugt werden, hier versagt die Methode, hier lassen die „Reihengleichungen“ im Stich.

Was v. Wieser dazu vorbringt, ist nur Folgendes: Im Tauschverkehr, meint er, wenn ich ihn recht verstehe, kommt eine neue und umfassende Reihengleichung hinzu. Er sagt: „durch den Zwang, in Geld zu kaufen und zu verkaufen, wird der Kreis der Güter, die wirtschaftlich als gleichartig gelten, . . . für Jedermann auf einen überaus grossen Bruchtheil seines ganzen Besitzthums ausgedehnt.“ „Jener Anschauung, vermöge deren die produktionsverwandten Güter trotz ihrer äusserlichen Verschiedenartigkeit durch ihre gemeinsame Abstammung als gleichartig erscheinen und auf dieselbe Einheit des Grenznutzens gestimmt werden, entspricht eine noch mehr erweiterte Anschauung, vermöge deren fast alle Güter, selbst solche, die nicht produktionsverwandt sind, dadurch, dass sie durch Kauf und Verkauf für einander vertretbar gemacht werden, gleichartig erscheinen und auf eine Einheit des Grenznutzens gestimmt werden.“ „Die Gutseinheiten in natura“ werden „auf die Einheit des Geldes umgerechnet“. (v. Wieser Ursprung S. 185.) „Das vielseitigste Gut ist . . . das Geld, es kann durch Umtausch in so ziemlich alle anderen Güter verwandelt und dadurch so ziemlich allen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden“ (Nat. Werth S. 13). — Ich habe nun trotz des besten Willens nicht verstehen können, was v. Wieser mit jener „Umwandlung“ von Geld in alle anderen Güter und mit „Dienstbarmachung des Geldes für ziemlich alle Bedürfnisse“ meint. Um eine physische Stoffverwandlung kann es sich ja nicht handeln. Sollte aber nur gemeint sein, dass die um Geld umgesetzten Güter „wirtschaftlich“ als „gleichartig“ „gelten“, so

fehlt die Angabe des Grundes dieser wirthschaftlichen Geltung. Ohne Angabe dieses Grundes wäre der Satz von der „Verwandlung“ ganz nichtssagend; denn wir möchten ja gerade gerne wissen, weshalb die verschiedenartigen — nicht produktionsverwandten — Güter einem dritten, zum mindesten ebenso ungleichartigen Gute, dem Gelde, im Werthe gleich gesetzt werden, und zu beweisen bleibt, dass im Gelde eine Einheit enthalten sei, die sich als solche in allen anderen Gütern wiederfindet, wie dies Knies (vergl. oben S. 153) — allerdings mit zweifelhaftem Erfolge — zu begründen versucht hat. — Aber versuchen wir den Schlüssel zu jenem aphoristischen dunklen Gedanken v. Wieser's anderweitig aufzufinden. Er könnte doch wohl nur da zu finden sein, wo die Grenznutzenlehre die *sedes materiae*, die Geldlehre, *ex professo* behandelt. Das wenige Bedeutsame, was v. Böhm und v. Wieser hierüber bieten, ist Folgendes. v. Böhm führt passim aus: Kauflustige und Verkaufslustige treten (wegen Pferdehandels) mit einander in Verkehr, es kommt nur dann zum Geschäft, wenn die Kauflustigen den Grenznutzen des zu erwerbenden Pferdes höher schätzen als den Grenznutzen der hinzugebenden Geldsumme. Die „Schätzungsziffern“ der Käufer sind keine einfache Grösse, sie sind nur Verhältnisszahlen, gewonnen aus der Vergleichung zweier verschiedener Werthschätzungen, der Schätzungen von Waare und Preisgut, m. a. W. erstens der absoluten Grösse des subjektiven Werthes, den die Waare, und zweitens der absoluten Grösse des subjektiven Werthes, den die Einheit des Preisgutes für den Schätzenden hat. Eine hohe Schätzungsziffer kann also ebensogut das Ergebniss einer besonders hohen Werthschätzung der Waare, als auch das einer besonders niedrigen Werthschätzung des Geldes sein. Und v. Wieser setzt den Gegenstand Nat. Werth S. 38, 45 und 46 so fort: Die Geldsumme, deren Tauschwerth dem Gebrauchswerthe des zu erwerbenden Gutes gleich ist, bestimmt den Höhepunkt des Gebotes. Jeder Käufer stellt sich diese Gleichung oder Aequivalenz subjektiv vor, bei jedem fällt sie anders aus. Am meisten wird derjenige bieten können, der zugleich am bedürftigsten (bezüglich der begehrten Waare) und am reichsten (an Geld und anderen Gütern) ist. Was ist nun der Werth des Geldes? Antwort: Die Nützlichkeit des Geldes ist nur eine mittelbare, die den Tausch voraussetzt. „Geld wird immer und von allen Besitzern nach Tauschwerth geschätzt. Es nützt durch seine Ausgabe, indem es zum Ankauf von anderen Gütern — oder von Gütern schlechthin.

wie man den Gegensatz gewöhnlich fasst — verwendet wird . . . Der Tauschwerth des Geldes ist der antizipirte Gebrauchswerth der für das Geld anzuschaffenden Dinge . . . Die Geldeinheit empfängt jeweils ihren Werth von der geringfügigsten Ausgabe, die sie nach den Verhältnissen des Besitzers wirtschaftlicher Weise zu decken hat, jede grössere Geldsumme und der ganze Geldbesitz enthalten diesen Grenzwert der Einheit so oftmals als sie Einheiten zählen.“ Das Resultat stellt sich also dahin: Geld hat keinen eigentlichen Gebrauchswerth, wie die übrigen „Güter schlechthin“, es ist nur wirtschaftlich im Ergebnisse dem Werthe der damit einzutauschenden Dinge gleichgesetzt. Statt dass also, wie die anspruchsvolle Parallele mit der „legge di Wieser“ vermuthen liess, eine verbindende Einheit für die ungleichartigen „Güter schlechthin“ aufgedeckt wird, entlehnt die Geldeinheit erst ihren Werth von dem Werth dieser Güter. Es wird hier wieder einmal nur eine „gesellschaftliche Thatsache“ registrirt, ohne ihren Grund zu erklären. Wie kann auch eine Theorie, die allen Werth auf den Gebrauchswerth, auf subjektive Interessenschätzungen aufbaut, das Wesen des Geldes ergründen wollen, das nur Tauschwerth hat. Seltsamer Weise unterlassen denn auch die Grenzwerttheoretiker gänzlich, den eigentlichen Tauschwerth d. h. den „objektiven“ Tauschwerth alias Verkehrswerth des Geldes zu bestimmen, sie bleiben bei Erörterung des Geldwerthes, der Verkehrswerth $\alpha\alpha\tau' \dot{\epsilon}\pi\omicron\chi\eta\iota$ ist, in dem nichtssagenden Zwitterbegriff*) des „subjektiven Tauschwerthes“ stecken. Für den objektiven Tauschwerth müsste der Satz: „jede grössere Geldsumme und der ganze Geldbesitz enthalten diesen Grenzwert der Einheit so oft, als sie Einheiten zählen“ im Sinne der Grenznutzentheorie erst so umgewandelt werden; der Geldbesitz der Nation etc. ist das Vielfache derjenigen Einheit, welche sich als Resultante aller subjektiven Werthschätzungen aller Glieder der Nation in Bezug auf die sämmtlichen in Geld umgesetzten oder umzusetzenden „Güter schlechthin“ ergibt: das Geld, was für „die geringfügigste Ausgabe“ in der ganzen Nation hingegeben wird, enthält die Einheit des Geldes und ergibt den objektiven Werth des Geldes. Die Geldeinheit ist und bleibt also eine abgeleitete

*) Einen nichtssagenden Zwitterbegriff nenne ich den „subjektiven Gebrauchswerth“ d. h. „die Bedeutung, die ein Gut für die Wohlfahrt einer Person durch seine Fähigkeit erlangt, ihr im Austausch andere Güter zu verschaffen“ weil sie als zuvor gegeben den objektiven Tauschwerth nothwendig voraussetzt (vergl. oben S. 231/232).

Grösse, abgeleitet aus der Einheit der auszutauschenden Güter, auf welche die Geldstücke gleichsam projizirt werden, abgeleitet also aus einer Einheit, welche die Grenznutzentheorie nicht erklärt hat.

— — — —

Ich kann hier mit der Kritik der Grenznutzentheorie vorläufig abschliessen. Was sonst noch für und gegen dieselbe zu sagen ist, wird sich von selbst gelegentlich ergeben, wenn ich nunmehr, den Weg der mehr „negativen“ Kritik verlassend, dazu übergehe, zum Schluss noch in zusammenfassender und mehr positiver Weise die Ergebnisse vorzuführen, die aus der Gesamtheit der bisherigen kritischen Untersuchungen — einschliesslich der kritischen Würdigung der Grenznutzenlehre — hervorgehen. Ich hoffe mit dieser Vorführung einen passenden Abschluss dieses allgemeinen und mehr kritischen Theiles meines Werkes und — denke ich — einen schicklichen Uebergang zum zweiten — positiven und speziellen — Theile zu gewinnen.

—————

Vierter Hauptabschnitt.

Zusammenfassung der positiven Ergebnisse.

§ 35.

Rechtfertigung der eingeschlagenen Methode: Anschluss an den geschichtlichen Entwicklungsgang der Volkswirthschaftslehre, besonders an die britischen Klassiker, Deduktion, Abstraktion, Hypothesen, Typen, jedoch soziale Typen an Stelle der Robinsonaden.

Der lange und schwierige Weg, den ich den Leser an der Hand der sozialen Betrachtungsweise durch die theoretischen Irrsale der Werthlehre hindurchführte, verfolgte den Zweck, das reiche Material der bisherigen Forschungen nicht unbenutzt zu lassen, sondern es zu sichten, zu ordnen, zu reinigen und vor Allem es zu verwerthen. Ich bin ein Feind der neuen, sich nicht nur in unserer Wissenschaft hier und da hervordrängenden Art von heute: den geschichtlich gegebenen Entwicklungsgang und die werthvolle und mühsame Arbeit ganzer Generationen vornehm zu ignoriren und dafür die eigene Meinung als neues Evangelium mit der Anmaassung vorzutragen, dass sie vermöge ihrer eigenen Kraft und ihres eigenen Werthes so faszinirend wirken müsse, dass damit alle anderen Theorien als antiquirter Kram in ihr verdientes Nichts zusammenfallen. Die wirthschaftlichen Zustände und Anschauungen entstehen nicht von heute auf morgen. Die nationalökonomischen Theorien sind zwar die Kinder ihrer Zeit, von ihren Ideen getragen und ihre Wandlungen mitdurchlebend; aber auch ihre Entwicklung ruht immer auf den Schultern der Vergangenheit. Die Kunst ist nur, den Geist der Zeit richtig zu erfassen und die alten Formen mit neuem Leben zu erfüllen.

So führten unsere Untersuchungen zu der Ueberzeugung, dass sich schon die alte klassische Nationalökonomie auf einem Wege

befand, welcher der Wahrheit praktisch nahe kam, und dass es nur die Aufgabe ist, ihre in Folge einseitiger Abstraktionen unfertigen, nur abgeleitete Zwischengesetze erfassenden und damit irreführenden Lehrsätze, unter Berücksichtigung der seitherigen anderweitigen Forschungsergebnisse, zu vertiefen, zu vervollkommen und so die Volkswirtschaftslehre auf einer festeren und breiteren Basis aufzubauen.

Es ist daher für die Methode ein Glück, dass sie an die britischen Typen anknüpfend und die späteren Forschungen, besonders die der deutschen Gebranchswerthschulen benutzend und in das System einfügend, Schritt für Schritt systematisch vorgehen kann.

Der als Ausgangspunkt gewonnene „erweiterte Smith-Ricardo'sche Urtypus“ ermöglicht es, zunächst das wichtigste Element der Werthbildung, die menschliche Arbeit in seiner Reinheit und isolirten Wirksamkeit, in seiner bleibenden „effektiven Wirkungssphäre“, gesondert vorzuführen und demnächst zu zeigen, wie der wirtschaftliche Mikrokosmos des Urtypus nach Einfügung der aus dem Grund- und Kapitaleigenthum sich ergebenden bedentlichen Modifikationen noch heute seine Wirksamkeit in vollem Maasse ausübt. Wenn einseitige moderne Richtungen eine Methode von solcher Art mittheilend belächeln, weil sie nach der Weise Smith-Ricardo's naturalistisch und ungeschichtlich mit wirtschaftlichen Zuständen, Typen und Urtypen arbeite, die niemals dagewesen sind, und an die Stelle der wahrhaft historischen Entwicklung der Volkswirtschaft eine rein deduktive ausgeklügelte philosophische Hypothese setze, so möchte ich um geneigte Toleranz bitten. Gewiss ist man heute in der Volkswirtschaftsgeschichte weiter wie früher; aber es ist wohlfeil, die Geister des vorigen Jahrhunderts zu belächeln, wenn sie meinen, dass ihre Typen, wie etwa der „contrat social“, geschichtliche Zustände der früheren Entwicklung der menschlichen Gesellschaft darstellen. Ein Typus braucht nicht geschichtlich zu sein und kann doch für die Erkenntniss der Gesetze der bestehenden Volkswirtschaft und ihrer künftigen Entwicklung von unentbehrlichem Werthe sein. Dieser Werth besteht für die Nationalökonomie — analog wie für andere Wissenschaften — in der Vorführung der isolirten Wirksamkeit der in Wahrheit zusammenwirkenden, sich gegenseitig theils fördernden, theils neutralisirenden mannigfaltigen einzelnen Elemente, aus denen sich Bau und Leben des wirtschaftlichen Organismus zusammensetzt.

die aber gerade wegen dieser ihrer gegenseitigen Bindung nur durch ihre hypothetische Isolirung und durch Absonderung von den verwirrenden Mitfaktoren in ihrer wahren Bedeutung erkannt werden können. Umgekehrt kann ein Typus noch so geschichtlich sein, und doch wird man durch ihn für die Erkenntniss der heutigen und künftigen Wirthschaft oft nicht ein Körnchen Erkenntniss hinzufügen können. ja es liegt hier die grosse Gefahr vor, dass man geschichtliche Zustände der Vergangenheit mit anmaasslich thörichter Ben-Akiba-Weisheit auf die Gegenwart überträgt und mit dem „Alles schon dagewesen“ der frisch fröhlichen Weiterentwicklung die plumpesten Steine in den Weg wirft. An ihren Früchten soll man die Methode erkennen. Es führen viele Wege nach Rom. Möge die Deduktion mit allen anderen Methoden einträchtig Hand in Hand gehen, mögen diese Methoden sich geschichtliche, statistische, mathematische oder sonst wie nennen. Getrennt marschiren, vereint schlagen, gilt auch hier. Die Deduktion an sich ist nicht zu verachten, sie muss nur richtig sein, nur die falschen Deduktionen haben die ganze deduktive Forschung in Misskredit gebracht.

Eine solche falsche Deduktion ist es, zu der von jeher die oft recht langweilige, selbstgenügsame und manchmal recht anmaassliche Betrachtungsweise verleitet hat, die Nichts als die Wirthschaft des ewigen „Probirbengels“ Robinson kennt. Es mag ja für den Theoretiker verlockend sein, zu untersuchen, wie ein Robinson schon nach „Arbeitskosten“ oder nach „Nutzen“ rechnet, wie in seiner Wirthschaft schon embryonenhafte Ansätze von Werth, Kapital und gar — wie v. Böhm (oben S. 244) meint — von Kapitalzins vorhanden sind; aber wie es eine sonderbare exakte Wissenschaft werden würde, wenn der Arzt den Bau und das Leben des menschlichen Körpers aus der Untersuchung des Embryo entnehmen und die Resultate auf die praktische Heilkunde anwenden wollte, so irreführend muss es werden, wenn man das Wesen und die Grundgesetze der Wirthschaft der sozialen Menschheit von heute aus ihrem Embryo, der vorsozialen Wirthschaft, oder aus Beispielen entnimmt, wo, wie bei verschlagenen Wüstenreisenden, belagerten Städten und dergl. der soziale Zusammenhang, den man doch in seinem Wesen erkennen will, zerstört oder unterbrochen ist und ein blosses „Zerrbild“ der sozialen Wirthschaft vor Augen gerückt wird. Ist es nicht logischer und überzeugender, die Gesetze des sozialen Organismus unmittelbar aus seinen eigenen Elementen zu entnehmen?

Mag man die Typen durch Sondern und Abstrahiren hypothetisch so einfach gestalten, wie es nur angeht, aber sozial müssen sie sein, eine soziale Wirthschaft müssen sie zum Gegenstande haben. Der Robinson mit seiner weltverlassenen, nabelbeschauenden Wirthschaftsphilosophie ist für die Nationalökonomie überhaupt gar kein Mensch, diese Wissenschaft beginnt erst mit dem sozialwirthschaftlichen Menschen, mit dem Menschen, der sich nicht bloß mit den theils Segen spendenden, theils Verderben bringenden Mächten der ihm allein gegenüberstehenden Natur, sondern vor Allem mit den anderen guten und bösen Exemplaren der Gattung Mensch auseinanderzusetzen und abzufinden hat. Von dem Momente des arbeitstheiligen, sozialwirthschaftlichen Anschlusses an steht hinter jedem bei der „Zurechnung“ des Ertrages betheiligten natürlichen Produktionsfaktor ein Mensch im Hintergrunde, an diesen Menschen muss sich der Mensch wenden, der jenen Faktor benutzen will, sei dieser Faktor Grund und Boden, sei er Kapital oder Arbeitskraft. Der Weg zur Natur geht nur über die Person ihrer Besitzer. Auch der Arbeiter gehört nach Aufhebung der Sklaverei und der Hörigkeit zu diesen Besitzern; denn nur, wenn ihm im Lohnvertrage vorher sein Antheil am Produkte zugesichert ist, stellt er den Kapital- oder Grundbesitzern die Nutzung seiner Arbeitskraft zur Verfügung, und die Kapital- oder Grundbesitzer können diese Arbeitskraft nur für solche Produktionen verwenden, die ausser der Grundrente und dem Kapitalgewinne vor Allem einen den Arbeitslohn erreichenden Werth, die Arbeiternahrungseinheit in ihrem jeweiligen historischen Umfange hervorbringen, und zwar richtet sich dieser Umfang keineswegs nach einem — vermeintlich von der Grenznutzenlehre aufgefundenen — Gesetze der „natürlichen“ Beitragszurechnung, d. h. der Zurechnung des Beitrages, der angeblich a conto der vergleichsweisen, technischen Wirksamkeit der Arbeit fallen soll.

Die wahre „Beitragszurechnung“ — ich akzeptire diesen an sich recht anschaulichen Ausdruck — besteht allerdings, wie v. Wieser mit Recht meint, darin, dass man nur „wirthschaftlich“ bedeutsame Faktoren bei der Berechnung des Beitrages berücksichtigen darf, und auch dies kann man noch zugeben, dass es nur „seltene“ Faktoren, d. h. Faktoren von beschränkter „verfügbarer“ Menge sind, die eine solche Zurechnung rechtfertigen, also nicht wirthschaftlich „freie“ Güter, die an sich betrachtet, wie Sonne, Luft, Licht, Wasser vielleicht das Beste liefern, denen gegenüber sich aber der Mensch mit Recht gleichgültig und uninteressirt benimmt,

und von welchen die menschliche Wohlfahrt also — wenigstens als *conditio sine qua non* — nicht „abhängig“ ist. Aber eben in der Umgrenzung der vielsideitigen Begriffe: Seltenheit, Beschränktheit, Verfügbarkeit. Abhängigkeit geht die Menger'sche Schleppe fehl. Es kommt nicht ausschliesslich auf die natürliche Beschränktheit, sondern vor Allem immer auf diejenige Beschränktheit der Produktivgüter an, die in den Besitzverhältnissen ihren Grund hat. Nicht die „Naturfreiheit“, sondern die „Besitzfreiheit“ ist das entscheidende Kriterium. Die „Abhängigkeit“ unserer Wohlfahrt von den Bedürfnissbefriedigungsmitteln ist nur in der isolirten Wirthschaft eine rein natürliche und unmittelbare. In der sozialen Wirthschaftsvereinigung ist sie eine mittlere, hier besteht die Abhängigkeit in der Nöthigung, an die besitzenden Mitmenschen erst den Tribut zu entrichten, der einem das begehrte Gut nahbar und verfügbar macht. Nicht von den Dingen allein, sondern von den Personen sind wir „abhängig“. Auch die „Verfügbarkeit“, dieses vierte Erforderniss des Menger'schen Güterbegriffes (oben S. 170) ist in erster Linie nicht die faktische natürliche Macht der Beherrschung der Sache, sondern die aus den Rechts- und Besitzverhältnissen entspringende rechtliche Herrschaft über die Sache, welche nicht bloss die technische, sondern auch die wirtschaftliche Ausbeutung im Sinne der Erlangung eines Theils vom Gesamtertrage, zu dessen Produktion die Sache als einer der Faktoren beiträgt, zum Zwecke hat. Mag ein Gut in noch so grossen natürlichen Quantitäten verfügbar sein, und es giebt der Eigenthümer die Nutzung nicht zu, so ist es für die andern Menschen so viel werth wie ein Schloss im Monde. Es ist ein grandioser Irrthum, wenn die meisten Schriftsteller bis heute das Eigenthum und die für die Nutzung der Eigenthumsobjekte erlangten Bezüge stillschweigend (Hermann und Say) oder ausdrücklich (Menger oben S. 188 und 189) als einen nothwendigen Ausfluss der natürlichen Seltenheit ansehen, wenn sie z. B. immer wieder dem alten falschen Gedanken nachgehen, dass im Anfange der Kultur die Grundstücke, da sie in beliebiger Fülle vorhanden waren, keinen Werth gehabt und erst als sie bei fortschreitender Vermehrung der Menschen „seltener und daher angeeignet“ — Hermann oben S. 119 — wurden, einen Theil des Produktionsertrages als Rente „zugerechnet“ erhalten hätten. Der Gedanke scheint mir eine bisher nicht genügend gewürdigte Umdrehung des kausalen Sachverhalts und eine arge Unklarheit in sich zu enthalten. Was bedeutet denn der an sich ganz relative und

nichtssagende Ausdruck „selten“ oder „Seltenheitsgut“ oder was bedeutet es gar, dass ein Gut „seltener“ ist als ein anderes? Nicht nur, weil ein Gut selten ist, ist es angeeignet und bei der Beitragszurechnung berücksichtigt, sondern es ist auch deshalb, weil es angeeignet ist, selten, d. h. ein „wirthschaftliches Gut“, ein Gut, mit dem man „haushält“, und an dessen Besitzer man für die Leistung des Gutes eine Gegenleistung entrichtet. Selten in diesem Sinne ist ein Gut, weil es besessen wird. Der oben S. 220 zitierte Satz v. Wieser's: „Von allen Produktivgütern müssen diejenigen die geringsten Beiträge zugerechnet erhalten, deren Vorräthe im Vergleich zum Bedarf die reichlichsten sind“ enthält die Vergleichung zweier gegeneinander völlig inkommensurablen Grössen, es fehlt die „Einheit“ der Seltenheit. Jedes besessene Produktivgut ist heute „selten“, Arbeit ist in diesem Sinne nicht seltener, als der besessene Grund und Boden und das besessene Kapital. Selten ist die Arbeitskraft, gleichgültig, ob sie voll ausgenutzt wird oder nicht, ob ein vierzehnstündiger oder dreistündiger Normalarbeitstag herrscht; selten ist ein besessenes Grundstück, gleichgültig, ob es durch die extensivste Bearbeitung oder gar durch Raubbau oder als Jagdgrund oder als ewige Weide ausgenutzt, oder ob ihm mit der intensivsten Kulturart das letzte Atom seiner natürlichen Leistungsfähigkeit ausgepresst wird. Die Grundrente, d. h. die Beitragszurechnung für die Bodennutzung, ist nicht deshalb gestiegen, weil Boden oder der bessere Boden „im Vergleich zum Bedarf“ oder „im Vergleich zum Produktivgut Arbeit“ seltener geworden, der „Theilungsschlüssel für die Zurechnung“ ist ganz wo anders zu suchen, wie wir gleich nachher bei der Untersuchung der Gesetze über die Grundrente sehen werden.

Die Verallgemeinerung und erweiterte Verwendung des Begriffs der Seltenheit ist ein grosser Missgriff der Grenznutzenlehre gewesen. Den Begriff der Seltenheitsgüter hätte man nicht über die Ricardo'sche Definition hinaus erweitern sollen. Ricardo beschränkt m. E. die Seltenheitsgüter mit vollem Rechte — im Anfange seines Werkes — auf Gegenstände wie „seltene Bildsäulen, Gemälde, Bücher, Münzen, seltene Weine u. s. w.“ (v. Komorzynski oben S. 254 sagt treffend: „Raritäten“). Ricardo hat Recht, wenn er meint: „diese Güter machen aber nur einen sehr geringen Theil derjenigen Gütermasse aus, welche täglich auf dem Markte umgetauscht werden“. Und selbst bei diesen Gütern ist die Seltenheit nicht das ausschliessliche Wesen ihres Werthes; denn nicht nach dem

Grade der Seltenheit steigt und fällt ihr absoluter und relativer Werth, sondern mit der Kaufkraft, d. h. nach dem Maasse, in welchem den mit grösseren Nahrungseinheiten aus den sozialen Erträgen abzufindenden Partizipanten nach Befriedigung der anderen nothwendigen und nützlichen Bestandtheile des Bedarfs noch Mittel übrig bleiben. Der Werth dieser Seltenheitsgüter wechselt, sagt Ricardo, „blos mit dem Wechsel im Wohlstand und in den Neigungen derjenigen, welche sie zu besitzen wünschen“.

Wie wenig die Seltenheit oder m. a. W. die Quantitätenverhältnisse die Quintessenz des Werthes ansprechen, wird uns in noch höherem Grade klar werden, wenn wir nun unseren Plan ausführen, das gegenseitige Verhältniss des Werthes der Güter erster Ordnung zu ihren einzelnen Produktionsfaktoren durch gesonderte Vorführung derselben an sozialen typischen Wirtschaftsorganismen klarzulegen.

§ 36.

Das soziale Grundmotiv der Arbeitskosten und die soziale Beitragszurechnung.

Die Grenznutzentheorie (vergl. besonders v. Wieser Ursprung S. 103 folg. und Natürlicher Werth S. 179 bis 193) lehrt: „Die Gründe, aus denen die zivilisirten Nationen der Arbeit Werth zuzuerkennen, sind genau dieselben, aus denen den übrigen wirtschaftlichen Gütern Werth zuerkannt wird. Die Leistung eines produktiven Arbeiters gilt wie jede andere wirtschaftliche Produktivkraft mit Rücksicht auf die eingeschränkte Menge der verfügbaren Arbeitsleistungen als die Bedingung zur Herbeiführung eines Nutzertrages, den man ohne dieselbe entbehren müsste“. Nur in den unzivilisirten Zuständen barbarischer Völker sei das Arbeitskostenprinzip „philosophisch“ denkbar, und nur für solche Zustände sei A. Smith im Recht, wenn er schreibe: „Der wahre Preis eines jeden Dinges, das, was jedes Ding dem, der es zu erwerben sucht, in Wahrheit kostet, ist die mit seiner Erwerbung verbundene Mühe und Beschwerlichkeit. Was jedes Ding dem, der es erworben hat und der über dasselbe verfügen oder es gegen ein anderes umtauschen will, in Wahrheit werth ist, ist die Mühe und Beschwerlichkeit, die es ihm ersparen und auf andere Leute abwälzen kann“. Nur wenn die Menschen in Hülle und Fülle mit allen Hilfsmitteln der Arbeit ausgerüstet wären und ein

so geringes Maass von Bedürfnissen hätten, dass zur Befriedigung derselben ein überschüssiges Maass an Arbeitsfähigkeit vorhanden wäre, so träfe, meint v. Wieser, das „Grundmotiv“ der Arbeitskostentheorie im Smith'schen Sinne, die Schätzung der Güter nach dem Maass der „persönlichen Aufopferung des Arbeitenden“, „nach dem Arbeitsopfer, dem Opfer an Ruhe, Freiheit, Glück“ zu; denn nur dann brauche man im Falle des Misslingens einer Arbeit auf ihren Nutzen nicht verzichten, man brauche die Arbeit nur zu „wiederholen“, der Werth sei dann die Bedeutung, welche die Güter wegen des Interesses hätten, das man fühlt, der Unlust der Arbeitsplage überhoben zu sein. Anders im Zustande der Zivilisation, hier übersteigen, meint er, die verfügbaren Arbeitskräfte den Bedarf; misslinge eine Arbeit, so gehe damit ein Nutzen, ein Genuss, definitiv verloren, die Produktion des ausfallenden Gutes sei „unwiederholbar“. Das „Grundmotiv“ der Arbeitstheorie komme zwar heute selbst in Mitten der höchst entwickelten Wirthschaftszustände vor, aber nur in Situationen von ziemlich geringer Tragweite, nämlich wo die angespannte und die Arbeitskraft meistens völlig in Anspruch nehmende und absorbirende Berufsarbeit noch Masse übrig lässt, „um Güter zu beschaffen, die man aus dem Ertragnisse der ernstesten wirthschaftlichen Arbeit nicht zu kaufen geneigt wäre, z. B. ich sammle auf Spaziergängen Blumen, die getrocknet und zum Strauss vereinigt meinem Zimmer zum Schmuck dienen. Wird ein solcher Strauss zerstört, so verliere ich nicht eine einzige Bedürfnissbefriedigung, sondern muss nur die Mühe des Blumensammelns u. s. w. wiederholen . . .“ (vergl. v. Böhm Grundzüge a. a. O. S. 42 folg.)

Soweit die Grenznutzenlehre. Alle ihre Angriffe gegen die Arbeitskostentheorie gehen fehl, weil sie sich gegen ein angebliches „Grundmotiv“ derselben richten, was allerdings nicht vorhanden ist, welches aber auch von Smith und Ricardo in dem abstrakt psychologischen Sinne, wie es v. Wieser auslegt, vielleicht gar nicht gemeint worden ist, nämlich in dem Sinne als „Opfer“, als „Unlustgefühl“ — Motive, die ja den Kern der Sache gar nicht erfassen, ebensowenig wie die ähnlichen scheinbar tiefsinnigen „Grundmotive“, denen wir sonst in unserer Kritik bisher begegnet sind, wie „Verbrauch an Hirn, Nerv- und Muskelsubstanz“. Ob die Arbeit Lust oder Unlust erzeugt, ob viel oder wenig Hirn- u. s. w. Substanz dabei verbraucht wird, das war wohl „früher“ ebenso wenig entscheidend, wie heute. Den Einen war und ist die Arbeit

der Himmel, den Anderen die Hölle, und die Vergeltung der Arbeit steht vielfach im umgekehrten Verhältniss zu diesen gelehrten Grundmotiven — vergl. oben S. 58 —. Ich meine, dass das rein psychologische innerliche Motiv der Lust und Unlust bezw. der „Arbeitsplage“ ganz unnöthigerweise von den Grenznutzenlehrern für jene „früheren“ Zustände und für das Extrem, die heutige ausserberufliche Arbeit, als zutreffend konzedirt worden ist. Ich glaube, dass gerade die „barbarischen“ Jägervölker, wenn ihnen nach der v. Wieser'schen Voraussetzung unermessliche Jagdgründe mit ihrem Thierreichthum offen standen, ebenso wenig Veranlassung hatten, den Werth der Dinge nach „Arbeitsplage“ zu messen, wie dies ein Blumenliebhaber mit dem gepflückten Strausse thut. Die Jagdfreude und der Sammeltrieb schmecken gerade am wenigsten nach Arbeitsplage.

Die Angriffswaffe, welche v. Wieser gegen den Altmeister Smith richtet, welchem er vorwirft, dass er durch zu einseitige Berücksichtigung nicht mehr existirender „uranfänglicher Wirthschaftszustände“ in eine unpraktische und gekünstelt-philosophische Anschauung vom Ursprung des Werthes hineingerathen sei, dürfte sich gegen die Anwender zurückkehren, in das eigene Herz und den innersten eigenen Kern der Grenznutzenlehre. Gerade sie ist es, die sich mit ihren aus dem gesellschaftlichen Zusammenhange herausgerissenen Typen der isolirten Wirthschaft in die Zustände allertiefster Barbarei versenkt. Sie übersieht, dass sich jene praktischen Briten mit Robinsonnaden bei Leibe nicht aufhalten, dass Smith und Ricardo sprechen von dem Austauschverhältniss der Güter, von der Mühe und Beschwerlichkeit, die der eine auf die „anderen Leute abwälzt“, von der „Vertheilung“, der „gerechten Vergeltung“, also nicht von philosophirenden Einzelwirthschaftern, sondern von einer auf eine gewisse Arbeitstheilung begründeten Vereinigung von Individuen einer „Nation“, „eines Jägervolkes“ etc. Wenn Smith und Ricardo hier von „Mühe und Beschwerlichkeit“, „Arbeitsopfer“, wonach sich der Austausch der Waaren richtet, sprechen, so glaube ich, sie wollen damit gar kein psychologisches Grundmotiv aussprechen, es handelt sich mehr um ein etwas unüberlegtes epitheton ornans für Arbeit und um nichts weiter.

Gerade die Auffassung der Grenznutzenlehre, wonach also die „Zivilisation“ mit der „Beschränktheit der verfügbaren Produktivkräfte“ anfangen würde, scheint mir recht „philosophisch“ und noch

dazu recht falsch zu sein. sie ist eine *petitio principii* wie sie im Buche steht, welche — „man merkt die Absicht“ — den Zweck verfolgt, den Grundgedanken der Theorie: „Abhängigkeit von den Quantitätsverhältnissen“ auch für die „heutigen“ wirthschaftlichen Zustände als wirksam und allein ausschlaggebend darzustellen.“)

Ich meine, dass die „Zivilisation“ mit der Seltenheit der Produktivkräfte gar nichts zu schaffen hat, sie beginnt, von der staatlichen Seite betrachtet, damit, dass man „civis“, und in

*) „Werth“, „Wirtschaft“ und „Eigenthum“, sahen wir oben, lässt die Grenznutzenlehre aus diesem Alles beherrschenden Grundgedanken der „Seltenheit“ entstehen (S. 170 folg.) v. Wieser fügt die „Zivilisation“ hinzu: es fehlt in dieser logischen Kette nur noch der „Staat“, indem man diesen aus derselben Quelle entstehen lässt, nämlich aus der Nothwendigkeit, das Individuum in seinem (beschränkten) Einzelbesitz und damit in der „Bethätigung seiner wirthschaftlichen Persönlichkeit“ zu schützen, und — die alte und doch immer neue offene oder verschämte „Nachtwächtertheorie“ vom Staate ist fertig: Der Staat ist nur dazu da, um Arbeiter, Kapitalisten und Grundeigenthümer diejenigen natürlichen Früchte des Produktionsertrages in Frieden geniessen zu lassen, die ihnen nach dem unabänderlichen Gesetze der „natürlichen Zurechnung“ schon ohnehin zufallen. Der theoretische, wenigstens indirekte Zusammenhang dieser einseitigen Staatstheorie mit der bisherigen Verkennung der sozialen Kategorie im Wirtschaftsleben springt in die Augen, jene Staatstheorie hätte nicht ein so langes und zühes Leben führen können, wenn die Nationalökonomie ihrerseits schon früher ihre Schuldigkeit gethan hätte. In Wahrheit trifft die „Nachtwächtertheorie“, die Theorie des *laissez faire*, nur zu für solche wirthschaftlichen Zustände, wo keine Arbeitstheilung und also auch keine „Theilung des Erarbeiteten“ in Frage kommt, oder wo diese Theilung keinerlei Schwierigkeiten macht; sie würde zutreffen, wenn jeder Mensch in Einer Person Arbeiter, Kapitalist und Grundeigenthümer wäre und er das Produkt seiner Arbeit allein herstellte und allein genösse: sie würde zutreffen, wenn der Grundeigenthümer zugleich Kapitaleigenthümer und Arbeiter- (Sklaven-) Eigenthümer wäre, also im Zustande der antiken Oiken- und der mittelalterlichen Feudalwirtschaft. Sie trifft aber nicht mehr zu, wenn der Besitz der drei Produktionsfaktoren nicht mehr in Einer Hand ruht, wenn nach Aufhebung der Leibeigenschaft und anderer Verhältnisse der persönlichen Gebundenheit der „freie“ Arbeiter, losgelöst von der Scholle, Nichts besitzt, woran er seine Persönlichkeit und seine Arbeitskraft direkt „bethätigen“ kann; sie trifft nicht mehr zu, wenn, um mit Rodbertus zu reden, Einer für Alle und Alle für Einen arbeiten, wo Alle oder Viele am Produkt theilhaftig sind, wo der Antheil am naturalen Produktionsertrage nicht von selbst gegeben ist, sondern durch den Kampf Aller gegen Alle erst festgesetzt werden muss.

„sozialer“ Beziehung damit, dass man „socius“ wird. Genosse der sozialwirthschaftlichen Arbeitsvereinigung und Arbeitstheilung. Und gerade nicht Seltenheit und Mangel geht mit diesem sozialwirthschaftlichen Zusammenschluss Hand in Hand, sondern durch die „Bemächtigung der entfernteren Produktionsbedingungen“ werden die Produktivkräfte reichlicher und ausnutzbarer und die Wechselwirkung hiervon ist wiederum eine neue Erhöhung der Zivilisation. Man darf durchaus nicht, wie es doch seitens der Grenznutzenlehre geschieht, Zivilisation stillschweigend mit „Beschränktheit der Güterquantitäten“ konfundiren. Gerade die unzivilisirten Jägervölker waren der Noth und dem Mangel ausgesetzt, gerade sie mussten auf Leben und Tod um die Jagdgründe kämpfen. Der besiegte Feind wurde getödtet und nicht, wie später, zum Sklaven gemacht; denn die Naturkräfte waren zu „beschränkt“.

Was soll überdies „Seltenheit des Produktivfaktors Arbeit“ bedeuten? Ist denn die als Ganzes gedachte Arbeitskraft des Individuums nicht immer „selten“, da jedes Individuum eben nur Eine Arbeitskraft zur Verfügung hat? Die Grenznutzenlehre wird vielleicht erwidern: Wohl ist die Arbeitskraft des Individuums als Ganzes selten, wohl ist diese Seltenheit eine solche im eben geschilderten Sinne, aber es kommt gar nicht auf die Arbeitskraft als Ganzes, sondern es kommt auch hier, wie überall, auf den Grenznutzen der Theile an, d. h., ob und welcher Nutzen vom letzten Theile der Arbeitskraft abhängt. Geht eine Einheit derselben bezw. ein mit derselben hergestelltes Produkt verloren und es bleiben mir noch soviel Arbeitseinheiten übrig zur Verfügung, dass die Produktion jeden Augenblick „wiederholbar“ ist, so steht es mit dem Werth der Arbeitskraft wie mit dem Werthe aller übrigen „freien“ Güter, er ist gleich Null, die Arbeitskraft ist ebenso wie ein Becher Wassers aus einem Flusse, da bei seinem Verluste hinreichend anderes Wasser im Flusse übrig bleibt und keine Bedürfnissbefriedigung ausfällt. — Selbst wenn dies für ein isolirtes Wirthschaftsindividuum richtig wäre, was bei der Gleichgültigkeit der wirthschaftlichen Robinsonaden dahingestellt bleiben kann, im Zustande der Arbeitstheilung ist es sicher falsch. Angenommen, die Arbeit der durch die Arbeitsgemeinschaft verbundenen Genossen sei so „produktiv“, dass sie den Tag nur zwei Stunden zu arbeiten brauchten, um die von ihnen begehrten Güter des standard of life reichlich zu erlangen, so würde man im Sinne der Grenznutzenlehre sagen müssen, dass die Arbeitskraft im Ueber-

flusse da ist, da jeder Theil derselben ohne Verlust an Nutzen wiederholbar wäre. Würde aber, frage ich, die Arbeitskraft im Ganzen und in ihren Theilen, würden, frage ich, die damit hergestellten Produkte hier werthlos sein oder — nach v. Wieser'scher Auffassung — nur nach dem vom Produzenten empfundenen psychologisch-philosophischen Motive der bei der zu wiederholenden Arbeit verspürten Unlustgefühle gewerthet werden? Geht hier ein Genußgut, sagen wir etwa ein Stiefel, verloren, so ist es für die Werthbestimmung des alten oder des neu anzuschaffenden Ersatzstiefels wohl höchst gleichgültig, ob der normale Arbeitstag ein zweistündiger oder ein vierzehnstündiger ist. Für den Stiefelverlierer ist die Stiefelherstellungsarbeit nicht „wiederholbar“, er könnte, wenn er nicht gerade selbst Schuster wäre, lange daran arbeiten, bis er das Kunstwerk eines Stiefels fertig brächte, und wie grob würde gar der Schuster selbst werden, wenn ihn der Stiefelverlierer auinge, ihm das Ersatzexemplar umsonst zu liefern, weil ja für ihn, den kunstverständigen Schuster, diese Arbeit nach Absolvirung der üblichen zweistündigen Normalarbeitszeit in der reichlich frei bleibenden Mussezeit ganz leicht „wiederholbar“ sei!

Man mag sich eben drehen und wenden, wie man will, es bleibt dabei, dass von dem Moment der Arbeitstheilung ab sicher nach Arbeitskosten getauscht wird und nach keinem anderen Maassstab, vorausgesetzt, wie wir es ja hier beim „Urtypus“ dürfen, dass die beiden anderen Produktivfaktoren neben der Arbeit noch nicht in Frage kommen. Hier ist der Arbeit und nur der Arbeit der Ertrag im Ganzen und in seinen Theilen „zuzurechnen“, nur von der Arbeit ist die Bedürfnissbefriedigung „abhängig“, nur mit ihr wird „haushalten“, nur sie ist „selten“, nur nach dem Maasse ihrer Anwendung richtet sich der Tauschwerth der Arbeitsprodukte. Nichts anderes Wirthschaftwerthiges ist in die Produktion hineingeworfen, als die Arbeit, nichts anderes und nach keinem anderen wirthschaftlichen Maassstabe kann etwas herausgezogen werden. Die Frage der Grenznutzenlehre: Wonach richten denn aber, wenn es wahr ist, dass die Arbeitskosten den Werth bestimmen, die Arbeitskosten ihrerseits ihren Werth, da sie doch a priori nichts werth sind, sondern nur der Nutzen entscheiden kann, der an ihren Früchten zu erkennen? Diese Frage beantwortet sich dahin: Selbstredend ist die Arbeit nur Mittel zum Zweck, nur Mittel zum Genuße. Die einzelnen Genüsse sind aber untereinander inkommensurabel, auch bedarf der Verkehr hier keines Maasses, da die Ent-

scheidung darüber, welcher Genuss dem anderen vorzuziehen, sich aus den menschlichen Begierden und dem menschlichen Begehre von selbst ergibt: das ist Geschmacksache, Nahrungschemie. Psychologie oder sonst etwas; dazu bedarf es gar keiner Nationalökonomie. Für diese kommt es nur auf das anderweitig, ausserhalb ihres Bereiches sich ergebende mehr technische Resultat an, wonach die Tagesarbeit ihren Werth erhält, indem sie eine Tagesnahrung schafft. Für die Psychologie, für die Technik hat die Arbeit noch nicht Werth a priori, wohl aber für die Nationalökonomie, da diese erst da anfängt, wo jene aufhören. Für die Nationalökonomie giebt es nur Eine Wertheinheit: den ganzen Menschen. Arbeitskostenwerth und Nahrungsnutzwert sind nur Ausstrahlungen dieser nämlich a priori-Einheit. Die Schäffle'sche Wertheinheit: „Sozialkraft“ enthält denselben Grundgedanken, aber sozial verallgemeinert, er muss, um ihn für die Werthlehre verwendbar zu machen, erst wieder „individualisirt“ werden. Im Uebrigen hat Schäffle ganz Recht, dass sich nicht erheilen lasse, wieviel vom „untheilbaren Nutzeffekt der Güter zusammen“ auf das einzelne Gut entfalle, wieviel Leben also durch die einzelnen Nahrungs-, Kleidungs- u. s. w. Verbräuche erzeugt werde (vergl. oben S. 131 u. 132). Nur die ganze Arbeitskraft steht der ganzen Nahrungseinheit gegenüber, Theile der letzteren werden gegen andere Theile derselben nach dem Einsatz an Arbeitskraft ausgetauscht. Das genügt für den „Urtypus“ vollständig. Die Werthgesetze für diesen Zustand sind klar und durchsichtig: Jedes Gut, jede Theilmenge desselben ist gleich dem Theile der gesammten Arbeitskraft eines Genossen, welches auf die Produktion des Gutes entfällt. Angenommen, die Individuen des Urtypus bedienten sich schon des Geldes als Umtauschmittel, und das Geld bliebe in seinem Werthe konstant, weil es eine gegebene Masse, auch die Umlaufgeschwindigkeit bleibe dieselbe und das Geld diene nur dazu, die produzierten Nahrungseinheiten in ihren zerstreuten Bestandtheilen heranzuholen, so ist es für jenen in Geld ausgedrückten Werth ganz gleichgültig, wie gross die Nahrungseinheit, aus welchen Bestandtheilen sie zusammengesetzt ist, ob sich die für die Herstellung der einzelnen Bestandtheile erforderlichen Arbeitsquoten ändern: der Werth sämmtlicher einzelnen Güter der Nahrungseinheit zusammen bleibt derselbe, der Werth der einzelnen Güter steigt und fällt, je nach den Aenderungen in der Produktivität und in der Produktionsweise sowie in den Konsumtionsgewohnheiten. Hier hat die Grenznutzenlehre eine dankenswerthe

klare Formel gegeben: die Arbeit wird in der Weise auf die Produktion der einzelnen Güter eingewiesen, dass von oben nach unten gereiht die wichtigsten Bedürfnisse ihre Deckung finden. Die Grösse der Arbeitskosten und mithin des Werthes eines Gutes wird hier nach nicht bloss durch die spezifischen Produktions- und Konsumtionsverhältnisse dieses Gutes geändert, man muss, wie v. Wieser sagt, „immer aufs Ganze“ sehen, der Grund der Werthänderung liegt häufig weit „fernab“. Angenommen, der als gleichbleibend vorausgesetzte Werth einer Gesamtnahrungseinheit betrüge 300 Mark, jeder Arbeiter arbeite 300 Tage im Jahre. Ein Arbeiter der nur Stiefel produziert, fertigt also jährlich für 300 Mark Stiefel an. Angenommen nun, es könnten diese Stiefel in Folge einer verbesserten Produktionsmethode etc. plötzlich in 200 Tagen fertiggestellt werden, während die Produktivität bei allen anderen Gütern gleichbleibt, so wird der Werth der Stiefel nicht einfach immer von 300 auf 200 Mark sinken. Dies träfe nur in dem einen Falle zu, dass die freigesetzte Arbeit von 100 Tagen lediglich dazu verwandt würde, ein Mehr an Stiefeln zu erzeugen. Das wird sicherlich nur selten mit der „Bedürfnissbefriedigungsskala“ harmoniren, ein grosser Theil wird für die Herstellung von Mitteln bisher unbefriedigter Bedürfnisse oder zur Verbesserung der Qualität der alten Bedürfnissbefriedigungen verwendet und „aufgesaugt“ werden. Doch ich will der Versuchung widerstehen, schon an diesem Platze weitere mathematische Vorführungen über den Einfluss der Aenderung der maassgebenden Preismotive im „Urtypus“ zu machen. Es wäre dies unpraktisch; denn es giebt ja heute keinen „Urtypus“ mehr, wo eine solche „Aufsorgung“ ohne Rest vor sich geht, das Plus an freigesetzter Arbeitskraft geht heute ganz andere Wege. Was von jenen Werthgesetzen des Urtypus heute übrig bleibt, kann erst untersucht werden, wenn die Grenzen seiner heutigen Wirkungssphäre innerhalb der gesammten auf Grund- und Kapitaleigenthum gegründeten Volkswirtschaft theoretisch festgelegt sind. Hierzu gehe ich jetzt über.

§ 37.

Der Kapitalzins ist nicht rein-ökonomischen, sondern historisch-sozialen Ursprungs.

Unsere Aufgabe ist jetzt, zu untersuchen, wie die beiden anderen Faktoren, Kapital und Natur, neben der Arbeit auf die Werthbildung einwirken, und wie sich dadurch die wirtschaftliche

„Beitragsrechnung“ gestaltet. Wir gehen zu diesem Zwecke vorsichtig und schrittweise in der deduktiven Entwicklung des angenommenen Elementartypus weiter. Wie steht es also zunächst mit der Zurechnung des Kapitals? Bisher war davon nicht die Rede, wir abstrahirten eben von demselben und durften es. Wir durften annehmen, dass die Sozien entweder mit der blossen Hand auf die Ansbeutung der Natur ausgingen, oder dass sie zwar zuerst Material, Geräthe und Hilfsstoffe erzeugten, aber dann auch ein Jeder, in unmittelbarem Anschlusse, die letzte Hand an die Vollendung der Güter des von ihnen erkorenen Produktionszweiges anlegte. Der Unterschied zwischen den Verrichtungen war nur ein zeitlicher und technischer: die „vorgethane“ und die „nachgethane“ Arbeit war wesensgleich, für den Werthansatz und die Vertheilung war aus jenem Unterschiede kein Einfluss erfindbar. Für die Vertheilung — und der Werth ist in diesem Zustande sicher nur das Medium der Vertheilung — muss die vorgethane Arbeit der nachgethanen gleichgesetzt werden, die Produktionsbedingungen sind ja bei allen Sozien die gleichen geblieben, es ist kein Anlass zu einer anderweitigen Bewerthung der Abfindungsquoten einzusehen, da der „Einsatz“ an Arbeit der gleiche, und gleiche natürliche und soziale Bedingungen immer gleichen Werth hervorruften. Die Konkurrenz unter den Sozien wird etwaige Verbesserungen, die sich hier und da in Ersparung an vorgethaner oder nachgethaner Arbeit äussern, bald ausgleichen. Der Inhalt und der Umfang der Nahrungseinheiten wird sich ändern, jeder Sozios wird aber eine gleich grosse wie die andern Sozien begehren und auch durchzusetzen im Stande sein. Die Zeit, welche die vorgethane und nachgethane Arbeit in Anspruch nimmt, wird bei beiden Arten von Arbeit allein darin eine Rolle spielen, dass sich die an die einzelnen Arbeiter zu vertheilenden Werthe als Vielfache oder Quoten von Nahrungseinheiten in Verhältniss setzen zur Länge der Zeit, welche mit den einzelnen Arbeiten ausgefüllt wird, und für welche die einzelnen Sozien leben und also auch Nahrung erhalten müssen.

Gehen wir einen Schritt weiter und nehmen an, dass nicht jeder Arbeiter ein Gut von Anfang bis zu Ende ab ovo, also von der Rohproduktion bis zur Fertigstellung als Ganzfabrikat, als genussreifes unmittelbares Bedürfnissbefriedigungsmittel produziert, sondern, wie es naturnothwendig die Arbeitstheilung oder „der Entwicklungsgang der fortschreitenden Bemächtigung der entfernteren Produktionsbedingungen“ mit sich bringt, die Produktion

nach den bekannten grossen Gruppen in der Weise stattfindet, dass sich ein Theil der Arbeiter anschliesslich der Rohproduktion widmet, diese das Rohprodukt wieder anderen Arbeitern zur Fertigstellung als Halbfabrikat etc. und diese Arbeiter wieder das Halbfabrikat den Arbeitern der folgenden Produktionsstufen überlassen. Bleiben wir auch ferner bei der formellen Voraussetzung, dass die natürlichen Schätze des Bodens etc. Jedermann in Fülle gleich zugänglich seien und jeder Sozins gleich geschickt und gleich fleissig sei, so ist nicht abzusehen, welche Momente es bewirken sollten, dass einige Arbeiter einen höheren Betrag von Nahrungseinheitsquoten als Abfindungsantheil ertrotzen sollten wie die anderen, wenn es nicht eben Machtelemente sind, welche von vornherein eine Ungleichheit, ein soziales Ueber- und Unterordnungsverhältniss und damit die Nothwendigkeit des Zinses schon zur logischen Voraussetzung haben, wenn man also nicht schon mittels einer *petitio principii* das als vorhanden präsumirt, was in seiner Existenz und in seinem Wesen gerade erst bewiesen werden soll.

Nichts Anderes, als eine solche *petitio principii* lässt sich die Grenznutzenlehre zu Schulden kommen bei ihrer eigenthümlichen Lehre, wonach der Zins (ebenso wie die Grundrente) kein Ausfluss sozialer Institutionen ist, sondern auf einem ewigen unwandelbaren, in jeder Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung wirkenden rein-ökonomischen Gesetze beruht, „welches keiner sozialen oder staatlichen Institution, sondern unmittelbar der Natur des Menschen und der Natur der Dinge sein Dasein verdankt.“ Hier ist die v. Böhm'sche Kapitalzinslehre besonders typisch und lehrreich. Dieser Schriftsteller unternimmt in der That den Beweis, dass auch in einem Zustande von der Art des von uns vorausgesetzten der Kapitalzins ebensowohl wie heute naturnothwendig bestehen müsse (Kapital I Seiten 389—402). Auch er „supponirt eine Produktion, die durch alle Stadien hindurch nur freie Naturgaben und Arbeit oder solche Produkte anwendet, die selbst ausschliesslich aus freien Naturgaben und Arbeit entstanden sind.“ Betrachte man hier die Folge aller Produktionsstadien als ein Ganzes, so sei das Kapital allerdings nichts Anderes als vorgethane Arbeit. In diesem Falle könne man in der That mit Rodbertus sagen, dass die produzierten Güter wirtschaftlich betrachtet nur Produkte der Arbeit seien. „nur Arbeit kosten“ und auch ferner, dass „naturgemäss und nach der reinen Rechtsidee“ dann dem Arbeiter das ganze Produkt, das er allein hervorgebracht, bezw. dessen ganzer Werth ohne Abzug

gehören müsse. Aber Rodbertus und alle Sozialisten hätten sich von der Verwirklichung dieses wahrhaft gerechten Satzes eine falsche Vorstellung gemacht. Der Satz könne „vernünftiger Weise in sich schliessen, entweder, dass der Arbeiter den ganzen jetzigen Werth seines Produktes jetzt, oder dass er den ganzen künftigen Werth seines Produktes künftig erhalten soll“. Von Rodbertus und den Sozialisten werde er aber so ausgelegt, dass der Arbeiter den ganzen künftigen Werth seines Produktes jetzt erhalten solle. v. Böhm exemplifizirt folgendermaassen: Angenommen, die Herstellung eines Gutes, z. B. einer Dampfmaschine, koste fünf Arbeitsjahre und der Tauschwerth, den die fertige Maschine erzielt, sei gleich 5500 Fl. Was gebührt nun einem Arbeiter als Lohn, wenn er allein — ohne Arbeittheilung mit Anderen — durch eine kontinuierliche Arbeit von 5 Jahren die Maschine herstellt? Antwort: „es gebührt ihm die ganze Dampfmaschine, bezw. die ganzen 5500 Fl. Aber wann?“ Auch das sei klar: „offenbar nach Ablauf von 5 Jahren“, da er die Maschine bezw. den Werth derselben nicht eher empfangen kann, ehe sie existirt. Kann oder will er nicht fünf Jahre warten, wünscht er etwa schon nach Ablauf eines Jahres eine entsprechende Theilentlohnung, so könne man ihm nur das geben, was er schon produziert hat, etwa also einen Haufen unfertigen Erzeugnisses oder den Werth dieses Haufens, den er jetzt hat. Wie gross ist dieser Werth? Nicht etwa ein Fünftel von dem Werth der fertigen Maschine, also 1100 Fl. Denn 1100 Fl. sind ein Fünftel des Werthes einer fertigen, gegenwärtigen Dampfmaschine. Was aber der Arbeiter bis jetzt produziert hat, sei nicht ein Fünftel einer Maschine, die schon fertig ist, sondern nur ein Fünftel einer Maschine, die erst in vier Jahren fertig sein wird. Und das sei zweierlei, da gegenwärtige Güter heute einen anderen Werth haben, als künftige, nämlich einen höheren, ein Satz, den er verspricht im Buch II zu erhärten, den er aber vorläufig — übrigens „schon durch die roheste Empirie des Alltagslebens ausser Zweifel gestellt“ — als bewiesen voraussetzt. Angenommen, diese Werthdifferenz drücke sich in einem geltenden landesüblichen Zinsfusse von 5 Prozent aus, so erhalte jener Arbeiter nur 1000 Fl., nicht 1100 Fl. Das sei nicht zu wenig, denn wenn er die 1000 Fl. noch die vier übrigen Jahre verzinslich anlegen und daher bei einem Zinsfusse von 5 Prozent den Betrag um weitere 200 Fl. (ohne Zinseszins) vermehren kann (eine Verwendung, die ja auch dem entlohnnten Arbeiter offen stehe), so seien offenbar 1000 Fl. am Ende

des ersten Jahres bezahlt äquivalent mit 1200 Fl. am Ende des fünften, was nicht ungünstiger sei, als wenn er für das Ganze nach Ablauf von fünf Jahren 5500 Fl. bekommen hätte. — Die Abstraktion von der Arbeitstheilung fallen lassend, setzt v. Böhm nun voraus, dass an der Anfertigung der Maschine fünf verschiedene Arbeiter arbeitstheilig in der Art partizipiren, dass sie nach einander eine einjährige Arbeit beisteuern. Ein Arbeiter gewinnt etwa im Bergbau das nöthige Eisenerz, der zweite bereitet daraus Eisen, der dritte verwandelt dieses in Stahl, der vierte fertigt daraus die nöthigen Eisenbestandtheile und der fünfte giebt endlich diesen den nöthigen Zusammenhang und legt überhaupt die letzte Hand an das Werk. Wenn nun die Maschine am Schluss des fünften Jahres fertig ist, nach welchem Schlüssel werde ihr Werth von 5500 Fl. dann unter die fünf Arbeiter aufgetheilt werden? Auch hier nicht zu gleichen Theilen, also zu je 1100 Fl., die früheren Arbeiter müssten vielmehr für ihr Warten einen Ersatz erhalten, „die Höhe desselben würde theils durch die Dauer des Aufschubes, theils durch die Grösse der Differenz bestimmt werden, die nach den wirthschaftlichen und kulturellen Verhältnissen unserer kleinen Gesellschaft zwischen der Werthschätzung gegenwärtiger und künftiger Güter besteht. Beträgt diese Differenz z. B. 5 Prozent, so würden die Anthelle der fünf Arbeiter sich folgendermaassen abstufen:

Der zuerst thätige Arbeiter, der auf seine Entlohnung noch 4 Jahre nach Schluss seines Arbeitsjahres zu warten hat, bekommt am Ende

des fünften Jahres	1200
der zweite, der drei Jahre warten muss . .	1150
der dritte, der zwei Jahre warten muss . .	1100
der vierte, der ein Jahr wartet	1050
der letzte, der seinen Lohn unmittelbar nach	
Abschluss seiner Arbeit bekommt	1000
Sa. 5500	

Nach Aufstellung dieses Schemas führt v. Böhm den Gedankengang folgendermaassen fort: „Nehmen wir nunmehr an, wie es ja in der Wirklichkeit gewöhnlich vorkommt, dass die Arbeiter auf ihre Entlohnung bis zum gänzlichen Abschlusse der Maschinenproduktion nicht warten können oder wollen, und dass sie mit einem Unternehmer in Unterhandlung treten, um von ihm nach

Ableistung ihrer Arbeit einen Lohn zu erlangen, wogegen er Eigenthümer des schliesslichen Produktes sein soll.“ — Hier rufe ich dem verehrten Schriftsteller vorerst ein kräftiges Halt! zu. Ich akzeptire seine Voraussetzung, dass die Arbeiter jener „kleinen Gesellschaft“ nicht „warten können und wollen“; aber ich bitte ihn, noch einen Augenblick beim vorausgesetzten Typus zu verweilen und noch nicht so schnell in den von „Unternehmern“ geleiteten modernen Wirtschaftsstaat der Wirklichkeit zu entrinne. Dies Entrinnen ist ja logisch ausgeschlossen, wenn ich die Gesetze jener kleinen Gesellschaft in ihrer ungetrübten Reinheit feststellen will. Fünf, vier, ja nur ein Jahr können diese Leute in der That nicht warten, und auch der Trost, dass z. B. der erste jener fünf Arbeiter, der nur 1000 fl. erhalten soll, diese 1000 fl. „auf Zins anlegt“ und dann schliesslich nach vier weiteren Jahren doch 1200 fl. in Händen haben soll, wäre event. ein schlechter Trost für den hungernden Magen, ganz abgesehen davon, dass man wirklich nicht einsieht, wie diese Zinsanlegung in dem vorausgesetzten Zustande möglich zu machen ist, wo es gar keine Kapitalisten-Unternehmer, sondern nur die anderen Arbeiter-Unternehmer giebt. Aber auch der letzte Arbeiter könnte, selbst wenn er gar nicht zu warten brauchte, mit der fertigen Maschine noch nichts anfangen, keinen Tag seines Lebens damit fristen. Der von v. Böhm vorgeführte Typus ist eben nicht nur „unrein“, sondern auch unvollständig. Wenn der Typus in seiner Reinheit und Vollständigkeit dargestellt werden soll, so muss die Abstraktion dahin gehen, dass der kleine Staat auf eigene Füße gestellt wird, dass ein in sich geschlossener, sich selbst genügender Wirtschaftsorganismus, ein volkswirtschaftlicher Mikrokosmos mit einem stetigen und umfassenden Wirtschaftsplane in der Art eingerichtet wird, dass niemals „gewartet“ zu werden braucht, dass jeder Genosse täglich frisches Brod und frisches Fleisch, vielleicht jedes Jahr oder sonstwann an Stelle der vernutzten Kleidung, des verbrauchten Brennmaterials u. s. w. den erforderlichen Ersatz erhält. Das geht auch ganz gut, denke ich, es braucht nur genau so wie heute gemacht zu werden und wie es immer gemacht worden ist! Nicht nur der Umfang und die Art der Produktion, sondern auch der Zeitpunkt der einzelnen Produktionsstadien werden von Hause aus nach dem Umfange, der Art und der Zeit des Bedarfs und Begehrs eingerichtet, die Produktion folgt diesem und schmiegt sich ihm nach Möglichkeit an, obgleich vielfach, wie in der Landwirtschaft und in vielen Saisonbetrieben

natürliche Schranken entgegenstehen; wenn die eine Unternehmung heute fertig ist, wird es die andere morgen, ja bei grossen Unternehmungen läuft manchmal täglich ein Theil der Produkte fertig vom Stapel. Also würde auch „in unserer kleinen Gesellschaft“ ein „Warten“ weder in der Produktion noch in der Konsumtion die Regel bilden, jeder Genosse erhält eben für einen Tag, für einen Monat, für ein Jahr oder für einen sonst geleisteten Zeitraum Arbeit auch je für einen Tag, einen Monat, ein Jahr fertige Genussmittel. Das „Warten“, m. a. W. die Zeitdifferenz, der „Zeitverlust, der mit den kapitalistischen Produktionsumwegen . . . verbunden ist“, kann nicht, wie v. Böhm Kapital II S. 87 behauptet, das entscheidende Kriterium dafür sein, dass ein Genosse einen grösseren Antheil vom Werthprodukte erhält, als ein anderer. Welchen Titel sollte er denn für einen solchen Anspruch aufweisen können, welche Macht sollte ihm für die Durchführung desselben zur Seite stehen? Der Titel, so fasse ich v. Böhm auf, soll in dem berechtigten „Ersatze für das Warten“ bestehen: der erste der fünf Arbeiter erhält 1200 anstatt 1000 fl. Ist das wirklich ein voller „Ersatz“? Nimmermehr; denn ein Arbeiter, der vier Jahre warten soll, muss, wenn die fertigen Nahrungsmittel eines Jahres 1000 fl. ausmachen — und so ist doch die v. Böhm'sche Voraussetzung — nicht $1000 + 200$, sondern $5 \text{ mal } 1000 = 5000$ fl. erhalten, wenn er die lange Zeit nicht verhungern will, oder m. a. W. der Arbeiter muss die Zeit, wo er die Hände nutzlos und müssig in den Schoss zu legen gezwungen wird, für diese Zeit eben so viel erhalten, von „Zinsen des Arbeitslohnes“ kann kein Arbeiter leben. So wäre der „Ersatz“ — von dieser Seite betrachtet — viel zu niedrig; dagegen ist er wiederum von der anderen Seite der Betrachtung her zu hoch, nämlich bei der logischen Voraussetzung eines stetigen, geschlossenen und geordneten Wirtschaftsorganismus, wo ein „Warten“ planmässig nach Möglichkeit ausgeschlossen ist, wo die Arbeitstheilung es ermöglicht, dass die Arbeitskraft nur so lange brach liegt und ausruht, wie der menschliche Körper und der menschliche Geist für Schlaf und Erholung nothwendig hat, wo zur selben Stunde gleichzeitig auf allen Produktionsstufen gearbeitet wird, und täglich fertige Produkte die Arbeitsstätten verlassen. Und welche natürliche oder gesellschaftliche „Macht“ sollte die Erringung und Erzwingung jenes „Mehr“, wenn es trotzdem als gegeben vorausgesetzt wird, ermöglichen und erklären, ohne dass hier irgend ein „Monopol“ konstruirt wird, welches die Grundlage

hierfür abgiebt. Wenn, nach der Voraussetzung, die Naturkräfte Jedermann für die Ausbeutung zugänglich sind, so würde sich auch Jedermann auf diese Mehrwerth erzielenden Produktionsstadien werfen, das Angebot würde in diesen Zweigen so lange wachsen, bis jeder daran hängende Extragewinn verwischt und die Erzeugung dieser Produkte nicht lohnender als jede andere Produktionsart ist — ein Gedankengang, wie ihn v. Böhm Kapitel I. S. 477 analog der Zinslehre Henry George's entgegensetzt, welcher damit operirt, dass gewisse Produktionen eine natürliche Fruchtbarkeit vor anderen Produktionsarten voraus haben. Der letzte und wohl nicht unwichtigste Einwand, den ich an dieser Stelle erheben muss, ist aber, dass v. Böhm bei der Vorführung der Gesetze jener kleinen Gesellschaft den Satz von der „natürlichen Differenz des Werthes gegenwärtiger und künftiger Güter“ und damit den Zins seinem Wesen und seiner Höhe nach als Axiom statuirt, ohne ihn als richtig, und zwar als richtig auch für diese kleine Gesellschaft bewiesen zu haben. Aber dies wäre ja nur ein formaler Einwand, der materiell hinfällig würde, wenn es v. Böhm im Buch II des Kapitals gelungen wäre, den Satz hinterher als richtig zu erhärten, als richtig aber nicht bloß für die moderne Wirthschaft, sondern für alle Wirthschaftszustände und auch besonders für die „wirthschaftlichen und kulturellen Verhältnisse unserer kleinen Gesellschaft“; denn wenn v. Böhm ihn nur aus den eigenartigen Verhältnissen der modernen Wirthschaft heraus als zutreffend beweisen sollte, so hätte er ja noch kein Recht, ihn ohne Weiteres auch für die kleine Gesellschaft als wirksam anzunehmen, und wenn er gar die Geltung des Satzes für die moderne Wirthschaft darauf stützen sollte, dass er ja schon in der kleinen Gesellschaft gelte, so läge ja ein gar verwerfliches logisches Fangspielen vor. Wir werden später sehen.

Sehen wir also zunächst zu, was v. Böhm vorerst noch in Buch I vorbringt. Er führt den oben von mir unterbrochenen Gedanken, dass die fünf Arbeiter nicht warten können und wollen und dass sie mit einem Unternehmer in Unterhandlung treten, in der Weise aus, dass auch dieser Unternehmer, wenn er auch ein noch so gerechter und uneigennütziger Mann ohne Wuchergelüste sei, den vier ersten Arbeitern, jedem unmittelbar nach Absolvirung ihrer Jahresarbeitsleistung gerechterweise — da nämlich alle fünf Arbeiter zum Zustandekommen des Werkes gleichviel geleistet haben — auch nur 1000 fl. geben werde, was rechnerisch ganz

dasselbe Resultat ergebe, als wie die Werthabfindung bei der — unzweifelhaft gerechten — Vertheilung des ganzen Produkts unter die Arbeiter im früheren Beispiele; denn in beiden Fällen erhalte Arbeiter No. 5 denselben Betrag, nämlich 1000 fl., Arbeiter No. 4 jetzt allerdings nur ebenfalls 1000, während er früher 1050 fl. erhielt; aber da er die 1000 fl. jetzt gleich nach Schluss des Arbeitsjahres, also ein Jahr früher erhält, so sei er, wenn er das Jahr hindurch die 1000 fl. „verzinslich stehen“ lasse, genau in derselben Lage, er habe 1050 fl. ein Jahr nach Vollendung seiner Arbeit, und so äquiparirten auch die 1000 fl., die der dritte, zweite, erste Arbeiter erhalten, mit Zurechnung der Zwischenzinsen vollkommen den 1100, 1150 und 1200 fl., die dieselben sonst 1, 3, 2 Jahre nach Vollendung ihrer Arbeit erhalten hätten. Also sei auch die Summe der je nach Vollendung der Arbeit gezahlten Theillöhne von zusammen 5000 fl. vollständig gleichwerthig den 5500 fl., welche die Arbeiter früher am Ende des fünften Jahres unter sich vertheilt haben würden, sie würden also in ihren Ansprüchen nicht verkürzt. Nur wenn dem Unternehmer die Zeitdifferenz vollständig gleichgültig wäre, oder wenn die Arbeiter, statt für einen Privatunternehmer, in einem sozialen Staate arbeiteten, könnten sie den vollen Werth des künftigen Produktes schon immer unmittelbar nach Leistung ihrer Arbeit als Lohn erreichen. Aber nicht nur seitens des Unternehmers, sondern auch seitens des sozialen Staates stelle sich dies als ein „Geschenk“ an die Arbeiter, nicht als eine Erfüllung, sondern als eine Abweichung, als ein künstlicher Eingriff in den natürlichen Lauf der Dinge dar. Auch im sozialistischen Staate wäre die Lohnzahlung nach Maassgabe des „künftigen“ Werthes der Güter ein solcher künstlicher Eingriff, um etwas natürlicherweise nicht Durchführbares dennoch möglich zu machen, und zwar möglich zu machen durch ein verhülltes perpetuirliches Geschenk des grossmüthigen Gemeinwesens Staat an seine ärmeren (Frage: welche sind denn die „ärmeren“ Mitglieder?) Mitglieder. Der natürliche Mehrwerth der gegenwärtigen Güter, führt v. Böhm Buch II S. 390 f. unter der Ueberschrift: „Der Zins im Sozialistenstaate“, den Gedanken fort, wäre nach wie vor da; denn seine Ursachen seien und bleiben: „die natürliche Werthdifferenz zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern, da auch im Sozialistenstaate die Zeit nicht stille stehe, die Verschiedenheit der Verhältnisse in Gegenwart und Zukunft, die echt menschliche partheiische Unterschätzung der Zukunft, die Unsicherheit und Kürze des

menschlichen Lebens“ und auch „die grössere technische Ergiebigkeit gegenwärtiger Produktivmittel“. Den Mehrwerth steckten hier nur nicht der Einzelne, sondern die soziale Gemeinwirthschaft als echten Zins in die Tasche und könnten ihn auch hinterher wieder an die einzelnen Arbeiter vertheilen, aber an ganz andere Leute, als jene, an deren Arbeitsprodukt er verdient wurde und in ganz verschiedenen Verhältnissen. Es wäre auch hier ganz unmöglich, den Arbeitern den ganzen Werth ihres künftigen Produktes auszahlend. Sollte man etwa einem mit der Aufforstung eines abgetriebenen Eichenwaldschlages einen Tag beschäftigten Arbeiter 1000 fl. Tageslohn geben nur deshalb, weil er etwa bei der Aufforstungsarbeit in einem Tage vielleicht 100 Eichenschösslinge setzt, die, ohne weiteren Arbeitszusatz nach 100 Jahren zu kräftigen Eichenstämmen ausgereift, jeder 10 fl., also zusammen 1000 fl. werth sein möchten, während etwa ein Arbeiter, der Brod, das gleich verzehrt wird, im Werthe von 2 fl. hackt, nur 2 fl. erhalte? Das wäre eine schreiende Ungerechtigkeit. Liesse man den Zutritt zu den einzelnen Berufszweigen beliebig frei, so würde Jeder Wälder aufforsten und Niemand mehr Brod backen wollen, das Land würde wieder in einen Urwald verwandelt, und die Gegenwart mit ihren dringenden Bedürfnissen bliebe unversorgt. Es werde vielmehr dem Aufforstungsarbeiter vom Werthe seines künftigen Produktes, also von 1000 fl., ein Betrag von 998 fl. als Zins abgezogen und mit diesem Abzuge der allgemeine Lohn erhöht werden müssen. Jener Abzug müsse wie heute stattfinden. Man begehe dann denen gegenüber, die durch ihre Arbeit erst ein künftiges Produkt schaffen, dieselbe „Ausbeutung“ wie heute, nur in den Personen, welche die Kapitalrente erhielten, und in den Quoten, in denen sie vertheilt werde, vermöge die veränderte Gesellschaftsorganisation durch das Mittel der Verschiebung der Besitzverhältnisse etwas zu ändern.

Ich kann dem verehrten Schriftsteller auch in allen diesen Ausführungen nicht beitreten; denn Alles, was er für die Werthbemessung und die Lohnvertheilung im Sozialistenstaate vorbringt, bewegt sich wiederum ganz in denselben Gedankengängen, die ich erst für die „kleine Gesellschaft“ zu widerlegen versuchte. Die letztere ist ja in Bezug auf die hier zu erledigenden Fragen mit dem grossen Sozialistenstaate, wie er wenigstens von v. Böhm gedacht wird, so ziemlich wesensgleich. Was dort gilt, muss auch hier gelten, der Unterschied ist ein mehr formeller und quantitativer:

in der „kleinen Gesellschaft“ — könnte man vielleicht sagen — schafft die natürliche Gleichheit der Produktionsbedingungen und der wirthschaftlichen Macht- und Zurechnungsverhältnisse, sowie die Schwerkraft der Konkurrenz von Angebot und Nachfrage theoretisch im Effekt dieselben Resultate, wie sie im vorgestellten grossen Staate durch das überall eingreifende, ordnende, nachhelfende und ausgleichende, allgegenwärtige Zentralorgan der Idee nach zu Stande kommen sollen. In der That bringt ja auch v. Böhm bei der Behandlung des sozialistischen Staates keine neuen Grundgedanken vor, die nicht schon bei Vorführung der kleinen Gesellschaft ausgesprochen wurden. Auch das Beispiel mit den Aufforstungsarbeiten kann uns nicht irre machen. Es ist nicht ganz klar, ob v. Böhm in diesem Beispiele, gleichwie das von ihm in den vorher benutzten Beispielen der 5 Maschinen herstellenden Arbeiter geschieht — analog unseren Voraussetzungen im „Urtypus“ — die Natur als überreichlich und deshalb bei der „Zurechnung“ als nicht betheiligt voraussetzt oder ob er von der Seltenheit und Beitragszurechnung derselben ausgeht? Im ersteren Falle verstehe ich nicht, wie er den Werth der Eichenstämme so hoch ansetzen kann; denn 2 fl. geben, zu den sonst von v. Böhm vorausgesetzten Zinsfuss von 5 Prozent ohne Berücksichtigung des Zinsfusses, nur 10 fl., nicht 1000 fl. Er scheint also den Eichenstamm als seltenes Naturprodukt zu berücksichtigen. Nun, dann hat er Recht, dass auch die Sozialisten hier nicht nach blossen Arbeitskosten rechnen dürften. Dem stimme ich bei. Ich selbst habe ja bei der Kritik der Rodbertus'schen Werththeorie gerügt, dass die Sozialisten häufig die Seltenheit der Naturprodukte übersehen, und dass ihr Werth sich nicht mechanisch nach den auf ihre Produktion verwendeten Arbeitskosten richten kann. Die Arbeitskosten bestimmen den Werth nur, soweit ihre alleinige „effektive Wirkungsphäre“ in Betracht kommt. Es ist eine besondere Aufgabe, ihr Verhältniss zu dem Moment der „Seltenheit“ näher festzustellen. Es würden auch im sozialistischen Staate die Arbeitskosten im Ganzen, d. h. die laufende Arbeitsbethätigung des einzelnen Arbeiters pro Tag, Monat, Jahr als Einheit gedacht, mit der Nahrungseinheit als Wertheinheit zusammenfallen, der relative gegenseitige Werth der einzelnen Güterbestandtheile der Nahrungseinheit könnte sich aber im Einzelnen nicht mit den Arbeitskosten decken. Es müssten sich diese vielmehr à conto der Seltenheitsgüter einen verhältnissmässigen Abstrich gefallen lassen. Jedenfalls ist aber, worauf es

hier allein ankommt, v. Böhm das Recht zu bestreiten, aus zuzugebenden theilweisen Differenzen zwischen Werth und Arbeitskosten bezw. Werth der Arbeitslöhnung die naturnothwendige Existenz des Kapitalzinses herzuleiten oder auch nur an ihr anschaulich zu machen. Dies ist auch deshalb v. Böhm logisch unmöglich, weil er ja, wie wir oben sahen, auch bei der Produktion aus ganz naturfreien, nur Arbeit kostenden Gütern, den Zins — als „regelmässige“ Erscheinungsform — für gegeben erachtet.

Hierzu kommt, dass der von v. Böhm versuchte rechnerische Beweis dafür, dass die Arbeiter im modernen Staate zahlenmässig auf denselben Lohnsatz kommen, wie in der geschilderten kleinen Gesellschaft, doch mindestens trügerisch ist. v. Böhm behauptet, dass die in seinem Beispiele an die fünf Arbeiter gezahlten 5000 fl. schliesslich bei zinslicher Anlegung ebenfalls 5500 fl. ergeben. Aber ist es nicht ein Unding, auf der einen Seite zuzugeben, dass der Unternehmer 5500 minus 5000 = 500 fl. dafür, dass er die Arbeiter des „Wartens“ überhebt, „in die Tasche steckt“, und auf der anderen Seite erklären, dass die Arbeiter schliesslich durch die ermöglichte Zinsanlegung ihrer 1000 fl. trotzdem zusammen 5500 fl. erhalten? Begeht hier v. Böhm nicht einen argen error dupli. wenn er die Lohnarbeiter neben den Unternehmern zu Kapitalisten stempelt? Wie sollen sie es denn nur anfangen, die empfangenen 1000 fl. „verzinslich anzulegen“? Sie müssen ja den Werth gleich verzehren. Gerade um dies thun zu können, sind sie nach der eigenen v. Böhm'schen Voraussetzung den ganzen Handel mit dem Unternehmer eingegangen! Es giebt nur Ein Mittel für sie, sowohl dem „Warten“ als dem Werthabzuge zu entgehen: sie bleiben unter sich, führen eine rationelle, Gegenwart und Zukunft gleichmässig umfassende und berücksichtigende Wirthschaft ein, in welchem jederzeit genügende Gegenwartsgüter zum unmittelbaren Verzehr parat liegen, und vertauschen Gegenwarts- und Zukunftswaaren unter einander zum vollen Arbeitskostenwerthe.

Das Ergebniss ist hiernach: Die Werthdifferenz zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern, also zwischen dem Werthe der Zwischenprodukte und den aus ihnen gefertigten Genussgütern, ist nicht ableitbar aus natürlichen, ewig wirkenden elementaren Grundlagen. Wenigstens ist der Beweis für die — kleine und grosse — sozialistische Wirthschaft missglückt. Es wird hieraus — schon ganz formell betrachtet — mehr als wahrscheinlich, dass, wenn der

Zins sich, im Gegensatze zu jenen Wirthschaftszuständen, in der heutigen Gesellschaft thatsächlich findet, er aus den ureigenen selbstständigen Existenzbedingungen gerade dieser Gesellschaft hervorgegangen, dass er „historisch“ ist. In der That werden wir nun, wenn wir zur Kritik der v. Böhm'schen „positiven“ Zinslehre in Buch II übergehen, die eigenthümliche Bemerkung machen, dass v. Böhm die besten Gründe für die Werthdifferenz der Kapitalgüter und der aus ihnen hervorgegangenen Produkte thatsächlich stillschweigend gerade aus den Macht- und Besitzverhältnissen, aus der sozialen Kategorie, und nicht aus rein ökonomischen Elementen herleitet. Er irrt, wenn er das Gegentheile gethan zu haben glaubt.

§ 38.

Widerlegung der v. Böhm'schen Kapitalzinstheorie.

In der „Einleitung“ zu Kapital II hält v. Böhm die rein ökonomische Kategorie und die soziale Kategorie in ihrer Bedeutung für die Kapitaltheorie, und zwar seltsamer Weise an die Rodbertus-Wagner'schen Muster anlehnend, äusserlich und dem Worte nach durchaus treffend aus einander. Wort für Wort kann man hier unterschreiben. Er unterscheidet die beiden Gebiete, auf denen man dem Kapitalbegriffe begegne: das Gebiet der Produktion und das Gebiet der Vertheilung der Güter. Das erste Mal handle es sich um das Kapital „als einen Faktor oder ein Werkzeug der Produktion“, als „Hebel, dessen sich die Menschen bedienen, um mit desto grösserem Erfolge der Natur Gütergestalten abzurufen“. Hier seien es „Raumversetzung des Stoffes, Stoffverschiebung, Stoffkombination“, welche „den Schlüssel zu allen Produktionserfolgen des Menschen, zu all seiner Herrschaft über die Natur und ihre Kräfte“ bilden, hier handle es sich um „die Produktion, die kluge Umwege einschlägt, im Gegensatze zu der Produktion, die gerade mit der nackten Faust auf das Ziel losgeht“; dies Kapital sei nichts Anderes als der „Inbegriff von Zwischenprodukten, die auf den einzelnen Etappen des ausholenden Umweges zur Entstehung kommen“, „kurz und bündig“: „Produktivkapital (Sozialkapital)“. — Das andere Mal sei das Kapital „Einkommensquelle oder Rentenfonds“. hier werde gezeigt, „wie es bei der sozialen Auseinandersetzung über das gemeinsam geschaffene Produkt als ein Magnet wirkt, der einen Theil des Nationalprodukts an sich

zieht und seinem Eigenthümer als Rente überliefert: es erscheint mit einem Worte als die Quelle des Kapitalzinses.“ „Kapitalistische Produktion in diesem Sinne heisst eine Produktion, welche auf Rechnung und unter der Herrschaft von privaten Unternehmer-Kapitalisten vollzogen wird“. Es sei, führt v. Böhm sogar aus, ein verhängnissvolles Vorurtheil gewesen, beide Erscheinungen zu konfundiren, die eine als die Folge der anderen zu betrachten und zu meinen: Das Kapital kann seinem Eigenthümer Güter zubringen, weil es Güter erzeugen hilft. Von Say bis auf unsere Tage habe leider die Wissenschaft, gefangen genommen von der blendenden Symmetrie, die zwischen den drei grossen Produktionsfaktoren Natur, Arbeit, Kapital und den drei grossen Einkommenszweigen Grundrente, Arbeitslohn und Kapitalzins bestehe, gelehrt, dass die letzteren nichts Anderes als die Honorirung der drei Produktionsfaktoren seien, dass speziell der Kapitalzins nichts Anderes als die Vergütung sei, welche die produktiven Dienste des Faktors Kapital bei der sozialen Vertheilung der Produkte erlangen.“ — Die Hoffnung, die den Leser bei diesen einleitenden Worten beschleicht, die Hoffnung, dass endlich die soziale Kategorie in ihrer Bedeutung für die Kapitalzinslehre erfasst und verwerthet werde, ist indessen durch v. Böhm bitter enttäuscht worden. Zwar hebt er richtig hervor, dass beide Kategorien — Sozial- (Produktiv-)Kapital und Privatkapital — nur durch die äusserliche und nebensächliche Beziehung, durch eine „historische Zufälligkeit“ verknüpft seien, nämlich dadurch, dass zufällig der Kreis der „Zwischenprodukte“ dem Umfange nach zusammen falle mit dem Kreise jener Produkte, die für die Gesellschaft im Ganzen Einkommensquelle oder Kapital im älteren Sinne sind, dass sich aber an beide Kategorien „grundverschiedene Probleme anknüpfen“. Dennoch — lässt die nun folgende Kapitaldefinition die Sonderung beider Kategorien schmerzlich vermissen, sie zieht die glücklich erkannten und gesonderten Momente der „Produktion“ und der „Aneignung“ (des „Erwerbes“) wieder in eins zusammen, v. Böhm definiert: „Kapital überhaupt nennen wir einen Inbegriff von Produkten, die als Mittel des Gütererwerbes dienen“ („Erwerbskapital“, „Privatkapital“). Dies heute sogenannte Privatkapital sei der „Stamm-begriff“. Es sei nicht so sehr ein Zweig oder eine Unterart des allgemeinen Kapitalbegriffs, als dieser selbst. Von ihm habe sich dann im dogmengeschichtlichen Verlaufe (Ad. Smith vergl oben Menger S. 193) als engerer Begriff das sog. Volkswirtschafts- oder richtiger:

Sozialkapital „abgelöst“, nämlich das Kapital, welches darstelle: „einen Inbegriff von Produkten, die als Mittel sozialwirthschaftlichen Gütererwerbes dienen (Zwischenprodukte, Produktivkapital)“. Der letztere Kapitalbegriff sei also nur eine „Nuance“ des ersteren, weiteren Begriffs*). — Es rechnet nun v. Böhm zum Sozialkapital ansser den produktiven Anlagen und Gebäuden aller Art, den Werkzeugen, Arbeits- und Nutzhieren, dem Material und den Hilfsstoffen auch: „die bei den Produzenten und Handelsleuten als Waarenlager vorrätigen Genussgüter“ und auch das Geld, und zwar letzteres aus ähnlichen Gründen wie Knies (vergl. oben S. 156 bis 158), nämlich weil man damit den sonstigen technischen Produktionsumwegen völlig ebenbürtige eigenthümliche „kommerzielle Umwege“ vollführe. Das „Privatkapital“ dagegen setze sich zusammen: erstens aus allen Gütern, die das „Sozialkapital“ bilden, und zweitens aus denjenigen Genussgütern, die durch Tausch (Verkauf, Vermietten) zur Erwerbung anderer Güter verwendet werden. Die sog. „immateriellen, unkörperlichen“ Kapitalien, wie Forderungs- und sonstige Rechte, Kundschaftsverhältnisse u. s. w., seien von beiden Kategorien des Kapitals auszuschliessen. Die Rodbertus-Wagner'sche Unterscheidung von Kapital im rein ökonomischen Sinne und Kapital in historisch-rechtlichem Sinne sei zwar bedeutungsvoll, aber es sei gegen diese Unterscheidung zu moniren, dass sie weder dem Umfange, noch dem Inhalte nach mit der Unterscheidung von Sozial- und Privatkapital zusammenfalle. Dem Umfange nach nicht, weil wohl das Sozialkapital sich mit dem naturalen oder Nationalkapitale in Rodbertus'schen Sinne decke, dagegen das Rodbertus'sche Privatkapital nur wieder dieselben naturalen Güter als Rentenquelle, nicht aber auch die ebenfalls als Rentenquelle dienenden Genussgüter, Wohnhäuser, Leihbibliotheken etc. umfasse. Das Rodbertus'sche Privatkapital stelle vielmehr dieselbe natürliche Gütermenge wie das Sozialkapital dar, es fasse einseitig nur die an dem letzteren bestehenden Privatrechtsverhältnisse ins Auge. Indem Rodbertus dieselben in die damit verbundenen historisch-rechtlichen Gewaltverhältnisse habe auf-

*) Der Ausdruck „Nuance“ bestätigt die von mir behauptete und gerügte Zusammenwürfelung der beiden heterogenen Elemente der v. Böhm'schen Kapitaldefinition zur Evidenz. Denn ist die „Einkommensquelle“ begrifflich „grundverschieden“ von der Erwerbs- „(Aneignungs-) quelle“, so kann das naturale Kapital eben keine „Nüanze“ des Aneignungskapitals sein.

gehen lassen, sei er zu der einseitigen „Ausbeutungstheorie“ gelangt. An einem „Beispiele“ wolle er das klar machen: Auch der Unterschied zwischen „Produzieren“ und „Tauschen“ gehe nicht darin auf, dass das Produzieren etwa eine rein ökonomische Kategorie, das Tauschen dagegen, weil es bereits den Bestand eines Sondereigentums voraussetze, ein historisch-rechtliches Phänomen sei. Das wäre nur ein Unterschied, aber nicht der einzige und auch nicht der unterscheidende. Genau so verhalte es sich auch mit dem Gegenüberstellen von Kapital in rein ökonomischer und von Kapital der historisch-rechtlichen Kategorie. Wie das Wesen des Tausches nicht darin aufgehe, dass derselbe eine historisch-rechtliche Kategorie ist, sondern auch eine sehr wichtige ökonomische Kategorie, so hätte Rodbertus finden müssen, dass auch das Privatkapital eine eigenartige ökonomische Funktion ausübe, und weiter, dass gerade aus diesem ökonomischen Momente heraus und als natürliche Folge desselben der Kapitalzins entstehe, der somit gleichfalls keine rein ökonomische Kategorie, sondern ein urwüchsiges ökonomisches Gebilde darstelle, dessen Auftreten bis zu einem gewissen Grade von der Gestalt der historischen Rechtsordnung unabhängig sei.

Ich nehme die, formal genommen, treffende Parallele mit dem Tausche auf und folge ihr. Aber sie schlägt nicht für v. Böhm, sondern gegen ihn aus. Es ist mir hoffentlich gelungen, in den früheren kritischen Darlegungen zu erhärten, dass gerade die aus dem Tauschverkehre sich ergebenden Beziehungen der Menschen, und dass vor Allem der Tauschwerth der Güter, wie er sich praktisch im Preise ausdrückt, wohl „ökonomisch“, ungemein bedentsam sind, „ökonomisch“ in dem unbestimmten, mit „wirthschaftlich“ oder „wirthschaftlich fördernd“ zusammenfallenden Sinne des Wortes, aber dass es sich dabei keineswegs um urwüchsig „rein-ökonomische“ Gebilde handelt und dass die grössten Fehler der Grenznutzenlehre hier gerade durch die gänzliche, ich möchte beinahe sagen, geflissentliche und methodische Beiseitesetzung der sozialen Elemente hervorgerufen sind. Was v. Böhm „urwüchsiges ökonomisches Gebilde“ nennt, ist urwüchsig im Sinne seiner Theorie, welche von der petitio ausgeht, dass der „subjektive“ Werth, m. a. W. der Gebrauchswerth, die Fundamentelemente auch des (objektiven) Tauschwerthes liefere, weil letzterer nur eine „Resultante“ der subjektiven Tauschbewerthungen sei. Hätte die Grenznutzenlehre die soziale Kategorie in ihrer ganzen nicht minder „ur-

wüchsigen“ Kraft erkannt, so hätte sie ihrerseits finden müssen, dass die Vertheilungskategorie nicht nur den Werth, sondern auch das Kapital und den Zins in höchst „urwüchsiger“ Art fundamental beeinflusst und überhaupt erst zur Entstehung bringt. Wie in der Hypothese des „Urtypus“ nachgewiesen wurde, dass das erzeugte gemeinsame Werthprodukt lediglich nach dem Vertheilungsschlüssel in seine Werthbestandtheile zerlegt wird, nämlich nach Maassgabe der von den einzigen Zurechnungsberechtigten, den Arbeitern, hergegebenen Quoten von Arbeitskraft und den dafür als Aequivalent herzugebenden Nahrungseinheiten und Nahrungseinheitsquoten, so erfolgt die Auftheilung des im kapitalistischen Produktionsprozesse erzeugten Werthprodukts nach Maassgabe der nunmehr berechtigten Arbeiter und Kapitalisten. Die Existenz und die Grösse des Antheils entstammt nicht der rein-ökonomischen Ursache, die in der produktiven eigenartigen Funktion des Naturalkapitals wurzelt, sondern sie entstammt dem Kapitale und dessen historisch-rechtlichen Macht und Vertheilungsfunktionen, der Funktion als „Rentenquelle“, als „Magnet“, das ansser seinem eigenen Ersatz immer noch etwas Anderes urwüchsig und begrifflich voraussetzt: den Zins. Wo der Zins anfängt und aufhört, da fängt auch das Kapital an, da hört auch das Kapital auf, mit dem Mantel fällt auch der Herzog.

Warum die Sache nicht gleich beim richtigen Namen benennen? Warum nicht scharf, warum nicht recht und schlecht festhalten an der einmal anerkannten Wahrheit, dass das Kapital ein Mittel der „sozialen Auseinandersetzung über das gemeinsam geschaffene Produkt“, dass es ein „Magnet“ sei, der aus diesem Produkt einen Theil absondert, fortnimmt und den „Kapitalisten“ „überliefert“. Sachlich räumt ja auch v. Böhm da, wo er die „Ergebnisse“ seiner Lehre zusammenfasst, S. 385 und 386, Alles ein, was sich nur wünschen lässt: Er nennt die Kapitalisten „glückliche Besitzer eines Güterstocks“, „Händler, die Gegenwartswaare feil haben“. „Gegenwärtige Güter“, sagt er, „braucht Jeder absolut, um leben zu können. Wer sie nicht hat, muss sie um jeden Preis zu erwerben suchen. Sie auf eigene Rechnung zu produziren, ist den Besitzlosen durch die Umstände verwehrt . . . Also muss er sie von den Besitzenden erhandeln: entweder im Dahrlehn, oder, häufiger, durch Verkauf seiner Arbeit. In diesen Handel tritt er aber in einer doppelt ungünstigen Stellung ein. ungünstig durch die Zwangslage, in der er sich befindet, und ungünstig durch

die numerischen Verhältnisse zwischen Käufern und Verkäufern von Gegenwartsgütern. Denn Kapitalisten, die Gegenwartsgüter feil haben, giebt es relativ wenige, Proletarier, die sie kaufen müssen, unzählige. Auf dem Markte für Gegenwartsgüter steht also einer Mehrzahl in einer Zwangslage befindlicher Käufer eine Minderheit von Verkäufern von Gegenwartsgütern gegenüber, ein Verhältniss, das offenbar von Haus aus (sic) den Verkäufern günstig, den Käufern ungünstig ist“. Glücklicher Weise, meint v. Böhm, würden diese den Käufern ungünstigen Umstände durch den regen Wettbewerb der Verkäufer in der Regel wieder wettgemacht, weil die Verkäufer, um die grossen Mengen von Gegenwartsgütern alle an den Mann zu bringen, im Wettbewerb ihre Preisforderungen von extremen Höhen auf ein mässiges Niveau herabstimmen müssen, das für eine Ausbeutung der Besitzlosen keinen Raum mehr lasse. Nur wo dies nicht der Fall, wo irgend ein Umstand den Wettbewerb der Verkäufer einschränke, wo die Besitzlosen ihrem Widerpart (Monopol) auf Gnade und Ungnade ausgeliefert würden, da liege Zinswucher vor, Auswüchse, denen man begegnen müsse. Nur in der unangemessenen Höhe des Gewinnes liege die Bewucherung, in angemessener Höhe sei der Zins eine ganz naturgemässe und ökonomisch nothwendige Erscheinung; irgend ein Kapitalgewinn würde, wie er nachgewiesen habe, auch ohne alle Zwangslage der Besitzlosen (aber eben noch wurde doch gerade die Zwangslage als Grund des Agios bezeichnet!) und ohne alle Monopolisirung des Besitzes sich bilden und sich bilden müssen: am Wesen dieses Kapitalzinses klebe kein Makel, nur die Auswüchse müssten ausgerottet werden!

Das Widerspruchsvolle und Unzulängliche in diesen Ausführungen liegt auf der Hand. v. Böhm verwechselt hier ethische Fragen mit nationalökonomischen Untersuchungen über den wahren Grund des Kapitalzinses in der bestehenden Volkswirtschaft, er verwechselt Quantitäts- mit Qualitätsfragen. Wenn er zuerst den wahren nationalökonomischen Grund des Zinsagios durch die ökonomische „Zwangslage“ erklärte, so durfte er wohl allenfalls, mit der Ethik plötzlich einsetzend, sagen: Der Zwang, auf welchen das Wesen des Kapitalzinses zurückzuführen, ist bis zu einem gewissen Grade gerecht und „angemessen“, über einen gewissen Grad hinaus fruktifizirt, ist er „unangemessen“ und verwerflich, und man müsste Wuchergesetze aller Art erlassen, aber er durfte nicht sagen: was innerhalb dieses „gerechten“ Satzes liegt, ist eine ewige

ökonomisch notwendige Erscheinung, die auch in ganz anderen Wirtschaftsorganisationen Platz griffe, wo es gar keine Kapitalisten im heutigen Sinne giebt. Er dürfte nicht die soziale Kategorie, die ja doch eben gerade ausschliesslich in jenen „Zwangsverhältnissen“ wurzelt, aus der Erklärung ausmerzen und behaupten (S. 318), dass die Werthdifferenz zwischen „gegenwärtigen und künftigen Gütern“, d. h. der Zins „im Wesentlichen“ nicht durch die Besitzverhältnisse, sondern zum weitaus grösseren Theile „elementaren Thatsachen der menschlichen Natur und der Produktionstechnik“ seine Entstehung verdanke. Wo fängt denn übrigens jene „angemessene und gerechte“ Höhe des Kapitalzinses an und wo hört sie auf? Diese jeher von Nationalökonomien aufgerollte Frage von der „natürlichen“ Höhe des Arbeitslohnes und des Kapitalzinses könnte im Sinne der Grenznutzenlehre doch nur dahin beantwortet werden, dass jene Höhe sich aus dem „grossen Werth- und Preisgesetze“ erkläre, nämlich aus der „Resultante“ der subjektiven Werthschätzungen der auf dem Gesamtmarkte sich begegnenden Käufer und Verkäufer. Eine „Resultante“ ist aber etwas mathematisch Zwingendes und Gegebenes, hoher und niedriger Zinssatz wäre danach also etwas Unabänderliches und ruhig Hinzunehmendes. *Laissez faire, laissez aller* müsste die Parole heissen. Wozu dann nutzlose ethische Gefühlserwägungen, wozu Wuchergesetze?

Bei Lichte besehen, fallen denn auch jene „elementaren Thatsachen der menschlichen Natur und der Produktionstechnik“, d. h. die bekannten drei „Hauptgründe“ des Zinses (oben S. 237 u. 238) in ihr Nichts zusammen, sie sind ganz heterogener Natur, und sie gewinnen dadurch, dass sie, mit ihren einzelnen von v. Böhm statuirten tieferen Nebengründen, aus denen sie hervorgehen sollen, in ein Bündel zusammengefasst werden, keinen grösseren Werth, als jeder der Gründe in seiner Isolirung hat. Die „perspektivische Verkleinerung des Nutzens künftiger Güter“ hat doch an sich, wohl auch nach v. Böhm's Meinung, nur eine gewisse beschränkte psychologische Bedeutung und zwar nur in Verbindung mit den beiden anderen „Hauptgründen“. Von diesen fällt aber die „verschiedene Versorgung der einzelnen Gesellschaftsklassen in Gegenwart und Zukunft“ nach dem oben zitierten Resumé der „Ergebnisse“, mit der Verschiedenheit der sozialen Besitzverhältnisse, also mit den aus der sozialen Kategorie des Kapitals herfließenden Bestimmungsgründen zusammen. Und den angeblichen dritten Hauptgrund, auf welchen v. Böhm das entscheidende Ge-

wicht legt, die technische Ueberlegenheit der Kapitalgüter, kann ich bei dem besten Willen — soweit dies auch v. Böhm von der Hand weist — nur als die Fassung alter Irrthümer in neue Formen bezeichnen. Worauf gründet sich denn die technische Ueberlegenheit der Produktivmittel, auch nach v. Böhm, anders, als auf ihre „Produktivität“?

Nun hat doch aber Niemand besser, ja klassischer als v. Böhm selbst, in dem kritischen Theile seines Werkes, bewiesen, dass die Fähigkeit, mittelst der Produktivmittel im Wege der kapitalistischen Produktionsumwege mehr Produkte, als im Wege des Arbeitens „mit der blossen Faust“ hervorzurufen, noch nicht ein Mehr an Werth erzeugt, dass sich vielmehr der Werth der Produktivmittel immer nach dem Werthe der Produkte richtet, und dass jene über dies ihr eigenes „Bild“ nicht hinanswachsen können. v. Böhm selbst stellt denn auch ganz richtig die zweifelnde Frage auf (S. 277): Wenn die ältere (gegenwärtige) Produktivmittelmengende der gleich grossen jüngeren (künftigen) technisch überlegen ist, ist sie es dann aber auch in der Höhe ihres Grenznutzens und ihres Werthes? „Gewiss ist sie es“, antwortet er. „Denn wenn sie uns für jeden denkbaren Bedürfnisskreis, zu dessen Gunsten wir sie verwenden können oder wollen, mehr Befriedigungsmittel zur Verfügung stellt, so muss sie doch auch eine grössere Bedeutung für unsere Wohlfahrt haben!“ Die grössere Menge des Produkts habe doch „für eine und dieselbe Person in einem und demselben Zeitpunkte auch immer den grösseren Werth: mag „der absolute Werth“ der Einheit des Produkts „wie immer stehen“, „zwei Gulden oder zwei Metzen, die ich heute habe, sind mehr werth, als ein Gulden oder eine Metze, die ich heute habe“. Zugegeben, sage ich; aber wenn dieselbe Metze Getreide nun von allen Produzenten unter Benützung der allgemein gewordenen besseren Produktionsmethode hergestellt wird, so gehört doch die frühere weniger „kapitalistische“ Art der Erzeugung der Wirthschaftsgeschichte an und spielt heute keine Rolle mehr. Besitzt der Produzent kein Machtmittel, sich das Mehr anzueignen, so geht es in den gesunkenen Werth des Produktes auf, und für den Zins bleibt keine Lücke übrig. Wenn alle Kapitalisten im Stande sind, gleichen Vortheil aus der erhöhten Produktivität zu ziehen, so bleibt kein Mittel des Mehrgewinnes, der „Mehrwert“ kann nicht mehr aus der Divergenz der Produktmenge, die ohne den kapitalistischen Umweg hergestellt wird, und

der Produktmenge, die mit Einschlagung desselben hergestellt wird, abgeleitet werden.

Woher also die dennoch unstreitig vorhandene Differenz zwischen dem Werthe der Produktivmittel oder m. a. W. der Güter höherer Ordnung und dem Werthe des aus ihnen hervorgegangenen Erzeugnisses? Suchen wir nach einer besseren und befriedigenderen Antwort und zwar in der *sedes materiae*, nämlich da, wo v. Böhm den Ursprung des Unternehmergewinnes behandelt! Seite 316 u. 317 steht die Antwort, sie lautet: Die Güter höherer Ordnung sind, obschon körperlich gegenwärtig, in ihrem gegenwärtigen Zustande zur Bedürfnissbefriedigung *untauglich*, eine Produktivmittelgruppe, z. B. Sämereien, Dungstoffe, Geräte, Arbeit u. dergl., durch welche man erst nach einem Jahre 100 Zentner genussfähigen Getreides herstellt, haben nur Zukunftsnutzen, sie sind also nur „Zukunftswaare“. Da nun die Güter entfernterer Ordnungen nach dem Werthe ihres genussreifen Schlussprodukts geschätzt werden, so ist die Produktivmittelgruppe gleich 100 Zentnern, aber nicht 100 gegenwärtigen, sondern 100 künftigen Zentnern nach einem Jahre, sie sind, „wie wir aus dem vorigen Abschnitte wissen“ (der Abschnitt behandelt die drei bekannten Einzelgründe, die in ihrem Zusammenwirken allgemein das Agio aller Gegenwartsgüter bestimmen sollen), weniger werth als gegenwärtige: 100 künftige Zentner sind also z. B. nur so viel werth als 95 gegenwärtige. Dieser „billige“ Einkauf der Produktivmittel und insbesondere der billige Einkauf der Arbeit, meint v. Böhm, sei von den Sozialisten mit Recht für die Quelle des Kapitalgewinns, aber mit Unrecht rundweg für die Frucht einer Ausbeutung der Arbeiter durch die Besitzenden erklärt worden. Der Einkauf sei nicht so billig, als er scheine. Der Anschein der Billigkeit komme zumeist daher, dass man den Preis an einem anderen Maassstabe messe, als die Waare, gleichsam an einer längeren Elle, an der die gleiche Grösse schon durch eine geringere Anzahl von Einheiten dargestellt werde, nämlich an den werthvolleren gegenwärtigen Gütern. Aus dem billigen Kauf resultire der Kapitalgewinn nicht, sondern erst daraus, dass die vom Unternehmer gekaufte Zukunftswaare in seiner Hand während des Fortschreitens der Produktion allmählich zur Gegenwartswaare ausreife und damit in den Vollwerth der Gegenwartswaare hineinwache. Kurz, in dem Maasse, als die Zeit fortschreite, tilge sie die Ursachen, aus denen die einstige Zukunftswaare einen Werthabschlag erfuhr, und führe sie in den vollen Werth der Gegenwartswaare hinein: Der Werthzuwachs ist der Kapitalgewinn.

Soweit v. Böhm. Der Ausgangspunkt sei als richtig angenommen: die Güter entfernterer Ordnung haben als solche in der That gar keinen eigenen unmittelbaren Werth, ihr wirklicher Werth kann nur durch die Ableitung vom Werthe der fertigen Genussgüter gefunden werden. Nun, wenn sie im Grunde keinen eigenen Werth haben, woher stammt denn ihr Werth von 95? Einen solchen Werth könnte man doch nur herausdeduziren, wenn sie heute schon an sich einen solchen Werth hätten, wenn sie etwa, als solche verzehrt oder zur „sofortigen lohnenden Augenblicksproduktion verwendet“, 95 Zentner Getreide gäben. In Wahrheit ergeben sie dann aber 0 Befriedigung, nicht gegenwärtige 95 Zentner, sondern rein gar keinen Zentner! Es werden also nicht 95 gegen 100 Zentner vertauscht, sondern, wenn man sich z. B. die Produktivmittelgruppe vereinfacht nur als Arbeit bezw. Arbeitslohnsumme vorstellt, so und so viele Arbeitstage u. s. w. gegen so und so viel Geld als Arbeitslohn, mit dem die Arbeiter sich aus dem grossen Markte 95 in früheren Produktionsperioden erzeugte Zentner Getreide oder andere Nahrungsmittel in gleichem Werthe kaufen. Die Unternehmer, so kann man höchstens sagen, geben einen Werth von 95 Zentnern heute, weil sie wissen, die Produktion wirft einst 100 Zentner ab, und 5 wollen, können und müssen sie selbst erhalten, um Kapitalisten, d. h. vom Zins lebende Personen zu sein und zu bleiben. Ich wiederhole also meine Frage: Wenn die Produktivmittelgruppe an sich nicht = 100 und auch nicht = 95 Zentnern an Befriedigungswerth ist, sondern zur Zeit gar keinen solchen hat, woher stammt dann der doch in der That überall wahrgenommene Werthabschlag, woher der Werth von 95? v. Böhm antwortet: Die Produktivmittelgruppe ist „Zukunftswaare“, d. h. Waare, die erst in der Zukunft genussreife Produkte, also auch erst in der Zukunft überhaupt „Nutzen“ bietet, nämlich den Nutzen von 100 Zentnern; 100 zukünftige Zentner sind aber nur gleich 95 gegenwärtigen. Weshalb denn? frage ich. Weshalb schätze ich heute 100 Zentner, die ich in einem Jahre geniessen kann, gleich 95 Zentnern, die ich jetzt geniessen kann? Ein „Genuss“ kann immer nur in der Gegenwart stattfinden. 100 künftige Zentner sind jetzt ungeniessbar. Bringe ich also an sich ungeniessbare Produktivmittelgruppen auf die Einheit „Genussmittel“, so kann ich der Einheit nur den Werth zu Grunde legen, welcher ihr zur Zeit ihrer Zweckerfüllung, zur Zeit des wirklichen Genusses, innewohnt, d. h. immer nur wieder den Werth von 100. Aus der künftigen Genussmittelqualität lässt sich also die

Differenz, welche den Kapitalzins erklären soll, nimmermehr heranschälen. v. Böhm hat ja auch selbst, siehe oben S. 239, gerade umgekehrt gelehrt, dass die gegenwärtigen Genussmittel den Mehrwerth vor künftigen Genussmitteln nur indirekt dadurch erlangen, dass die Verfügung über eine Summe gegenwärtiger Genussmittel unsere Subsistenz in der laufenden Wirthschaftsperiode decke und dadurch unsere in eben dieser Periode verfügbaren Produktivmittel für den technisch ergiebigeren Dienst der Zukunft frei mache. Die Differenz im Werthe zukünftiger und gegenwärtiger Genussmittel ist also erst eine abgeleitete Wahrheit, abgeleitet aus der tieferen Wahrheit, dass das Kapital Zins bringt. Mit welchem Rechte kann ihn also v. Böhm an jener Stelle benutzen, um mit ihm diese tiefere Wahrheit selbst zu erklären und sonach mit ihm erst das ganze Thema probandi zu beweisen?

Da ich hiernach glaube, die v. Böhm'sche Zinslehre insoweit widerlegt zu haben, als es die Erklärung des Ursprungs und Wesens des Kapitalzinses betrifft, so kann ich mich bei der Kritik der Lehrsätze über die Höhe des Kapitalzinses sehr kurz fassen; denn sie fallen, als abgeleitete Folgesätze, damit von selbst zusammen. Die Lehre v. Böhm's über die Höhe des Kapitalzinses (oben S. 241 ff.) gipfelt in folgenden Sätzen: Die Gegenwartsgüter decken sich mit dem nationalen Subsistenzfonds. Dieser besteht aus den genussreifen Gütern und dem übrigen, während der Produktionsperiode allmählich zu Genussgütern ausreifenden Vermögensstock. Das Angebot an Subsistenzvorschüssen fällt im Wesentlichen mit dem ganzen aufgesammelten Vermögensstocke zusammen. Die Dauer der gesellschaftlich üblichen Produktionsperiode wird durch die Grösse dieses Subsistenzstockes bestimmt. Zins, Lohn und Länge der eingeschlagenen Produktionsperiode sind wechselweise bedingt, alles Kapital bzw. der ganze Subsistenzfonds auf der einen Seite, Arbeit u. s. w. auf der anderen Seite wollen ihrer Natur nach ganz beschäftigt sein, die rationelle Produktionsperiode trifft mit der wechselseitigen Absorption von Subsistenzfonds und angebotenen Produktivmitteln (Arbeit u. s. w.) zusammen. Je grösser der Subsistenzfonds im Verhältniss wird, d. h. für desto längere Produktionsperioden mit dem Subsistenzfonds vorgesorgt ist, desto weniger lohnend können die letzten Theile des Subsistenzangebotes angelegt werden, weil die Produktivität bei der — dann nur noch offenstehenden — Einschlagung grösserer kapitalistischer Umwege absolut grösser, aber relativ kleiner wird. Da sich nach dem allgemeinen Preisgesetze

der zu verkaufende Vorrath der Reihe nach in die lohnendsten Verwendungen einweist und sich der Grenznutzen nach der letzten noch gestatteten Verwendung richtet, so wird die Höhe des Zinsfusses durch die letzte, noch gestattete Produktionsverlängerung und ihr Mehrerträgniss bestimmt, was also fast genau mit dem Thünen'schen Gesetze zusammentreffe, welches die Höhe des Zinsfusses von der Ergiebigkeit des zuletzt angelegten Kapitaltheilchens abhängen lässt.

Alles, was unsere Kritik gegen das „Preisgesetz“ und die ganze Grenznutzenlehre vorgebracht hat, trifft hier natürlich ebenfalls zu. Im Uebrigen beschränke ich mich an dieser Stelle auf folgende Zweifel: Ist das, was im Leben Kapital bedeutet, wirklich mit dem „Subsistenzmittelfonds“ identisch, ganz abgesehen davon, dass doch v. Böhm dies selbst bei Gelegenheit seiner Kapitaldefinition in Abrede stellt? Ist der Begriff des Subsistenzmittelfonds nicht eine blosse Erneuerung des alten Smith-Ricardo'schen Fehlbegriffs „Lohnfonds“ auf erweiterter und deshalb um so leichter irreführender Grundlage? Ist der Subsistenzmittelfonds wirklich eine jeweilig gegebene „fixe“ Grösse und geeignet, einen sicheren Ausgangspunkt für die Bestimmung der Grösse des Nationalkapitals und der Grösse des zu erzielenden Gewinnes zu liefern? Ist die Grösse und der Werth dieses Fonds von sich aus bestimmt, oder ist es nicht vielmehr wahr, dass die Menge des Kapitals eine abhängige Grösse, nämlich das aus den jeweiligen Produktivitäts- und Vertheilungsbedingungen erst abgeleitete Resultat darstellt? Und gar der Werth des Fonds und damit des Kapitals, ändert er sich nicht unausgesetzt gleichzeitig mit jenen Bedingungen und mit dem veränderlichen Werthe seiner Produkte, dem er nach v. Böhm's eigenen besseren Ausführungen als seinem „Bilde“ immer nachstrebt? Ist die Ermöglichung der Verlängerung der Produktionsperiode und der hierdurch herbeigeführten Vergrösserung des Werthertrages wirklich das entscheidende Merkmal der Kapitalfunktion? Hängt der grösstmögliche Erfolg des Kapitals wirklich von der Einschlagung möglichst langer Produktionsperioden ab? Fällt die Produktion auf möglichst erweiterter „kapitalistischer“ Grundlage wirklich mit der Einschlebung möglichst langer „Umwege“ zusammen? Ist der Begriff „Umweg“ nicht trivial und irreführend, da die Einschlagung von Zwischenproduktionsstufen im Resultat keineswegs immer ein grösseres Opfer an „Zeit“ zu erfordern braucht, sondern, wie es ein vernünftiger Umweg

immer als Folge mit sich bringt, im Ganzen genommen schneller zum Ziele führt (Rodbertus)? Schliesslich aber, wenn auch alle übrigen Prämissen richtig wären, wie will man aus der letzten noch gestatteten Produktionsverlängerung in „positiver“ Weise die Existenz und die Höhe des Kapitalzinses ableiten? v. Böhm antwortet: Man muss „zusehen, was . . . von der Verfügung über eine bestimmte Summe von Subsistenzmitteln an Nutzen abhängt“. Vom Besitz oder Nichtbesitz dieser Summe, d. h. von dem zuletzt angelegten Kapitaltheilchen, meint er, hänge dann ab, ob man die längere und lohnendere oder die weniger lohnende, nächst kürzere Periode einschlagen kann; das Mehrerträgniss, die Differenz ergibt den Zins: es ist „die Höhe des Zinsfusses aus dem Verhältniss des letzten Mehrerträgnisses zu der die letzte Produktionsverlängerung gestattenden Subsistenzsumme abzuleiten“. Der Satz, behaupte ich, ist praktisch so werthlos, wie das „grosse Werthgesetz“ und das „grosse Preisgesetz“ der Grenznutzenlehre, von welchem es ja auch nur eine Abart, eine andere Aussageweise ist. Gewiss, die Grenzverwendung „ergiebt“ überall den Werth, d. h. die letztgestattete Verwendung hat so viel Werth wie alle anderen, und alle anderen haben denselben Werth wie sie. Aber wie gross ist dieser Werth, das ist die überall unbeantwortet gebliebene Frage. Das Problem des Kapitals und des Kapitalzinses, sagt v. Böhm im ersten Bande seines Werkes sehr treffend, ist ein „Werthproblem“. Jedes Werthproblem löst sich aber im Grunde als ein Vertheilungsproblem auf. „Mehrerträgnisse“ besagt zunächst nichts Anderes als „grösserer Güterertrag“. Nicht hierauf aber, sondern auf den Werth der Mehrerträgnisse über den Werth des verwendeten Kapitals, oder in v. Böhm'scher Auffassungsweise über den Werth der „Subsistenzsummen“ hinaus, kommt es an. Es kommt darauf an, ob das rein ökonomische „Mehrerträgniss“ einen grösseren Werth hat, als der Werth der „Subsistenzsumme“ ausmacht, d. h. m. a. W., ob es dem Kapitalisten gelingt, einen Antheil für sich aus dem Produktionsertrage dadurch zu gewinnen, dass er den Werth des Produkts über den Werth des verwendeten Kapitals erhebt, oder mit noch anderen Worten, es kommt darauf an, wie sich der Ausgleich zwischen ihm und den beiden anderen Partizipienten, den Arbeitern und den Grundeigenthümern, gestaltet. Denn — um diese letztere Ausdrucksweise zu rechtfertigen — wir werden später sehen, dass sich der Werth des Kapitals nach der Grösse und dem Werthe der zu seiner Herstellung gezahlten Arbeitslöhne d. h. der

auf die Arbeiter fallenden Nahrungseinheiten richtet, und ebenso ist es ohne Weiteres klar und übrigens anerkannt, dass das über diese Löhne hinaus verbleibende Mehrerträgniss ohne Weiteres noch nicht den geringsten Anschluss über die Höhe des dem Kapitalisten zufallenden Gewinnes ermöglicht, wenn man nicht zuvor die Gesetze der Beitragszurechnung und des Anstragsverhältnisses zwischen Kapital und Grundeigenthum ergründet hat. Ist diese Grenzregulirung zwischen Grundeigenthum und Kapital durch die bekannten „paar Federstriche“ (oben S. 244) zur Befriedigung gelöst worden? Und wie steht es mit der Abgrenzung der „Beitragszurechnung zwischen Kapital und Arbeit? Sollen hier wirklich die zufällig aufeinanderstossenden gegebenen „Quantitätenverhältnisse“ des grossen Marktes die Gesetze des Kapitalzinses und des Arbeitslohnes bestimmen? Liegen nicht vielmehr die werthbildenden Elemente immer im Mikrokosmos der gleichartigen Einzelwirthschaften, setzt sich der wirthschaftliche Makrokosmos nicht erst aus den Mikrokosmen zusammen, deren Ergebniss er bildet, statt dass die grossen zusammengefassten Massen auf die Gesetzgebung der Einzelwirthschaften einwirken?

Eben diesem Gange vom Kleinen zum Grossen, vom Theil zum Ganzen bitte ich den Leser nun mit mir zu folgen. Unsere Bahn ist frei, wir können jetzt vorwärts schreiten, unbeirrt durch die Lockungen noch so blendender Werth- und Kapitalzins-theorien.

§ 39.

Bedeutung und Wirksamkeit der sozialen Arbeitskosten inmitten der heutigen Volkswirtschaft.

Wir sind nun im Stande, die Untersuchungen über die Gesetze und die Wirksamkeit des als elementaren Mikrokosmos erkannten wirthschaftlichen „Urtypus“ nach der Richtung zu vervollständigen, dass wir zeigen, wie dieser Typus, wenn auch geschichtlich in seiner Reinheit vielleicht niemals verwirklicht, doch für die Deduktion der entscheidende Ausgangspunkt und die, erkannt oder unerkannt, integrirende Grundform ist, um welche sich auch heute und gerade heute das ganze wirthschaftliche Leben, wie um einen Krystallisationspunkt, ansetzt.

Auch heute, behaupte ich, mitten im komplizirtesten Getriebe der kapitalistischen Volkswirtschaft, treffen wir immer wieder auf

die Gruppen nach Art jener 10 Männer (oben § 5), die bewusst oder unbewusst nach einheitlichem Plane eine ihrer Zahl entsprechende Menge von „Nahrungseinheiten“ produziren und die Bestandtheile derselben nach Maassgabe der in den Produkten enthaltenen Arbeitsquoten als Lohn ihrer Arbeit erhalten. Nur sind sie nicht in der geringen Zahl, wie in jenem Beispiele, vorzustellen, auch ist ihr Thun und Treiben nicht wie dort nach ihrem leicht zu übersehenden planmässigen Ineinanderarbeiten wahrnehmbar. Es sind vielmehr die Millionen von Lohnarbeitern, auf welche der Typus und seine Gesetze, und zwar noch heute, zutreffen, trotzdem sich auf den ersten Blick scheinbar alle Voraussetzungen und Bedingungen jener klassisch einfachen und ursprünglichen Arbeitsvereinigung geändert haben.

So ist es ja ganz richtig, dass die Arbeiter — unter dem Kommando der sie beschäftigenden und sie in den einzelnen Betrieben vereinigenden Unternehmer — nicht blos jetzt, sondern theilweise schon vor Jahrhunderten wegen des grossen Umfangs und der massigen und vielgestaltigen Waarenproduktion der Volks- und Weltmärkte, welche sie versorgen und aus welchen sie wieder im Austausch ihren Bedarf decken, nicht mehr überschauen können, welche Quantitäten und Qualitäten an Nahrungseinheiten bezw. integrirenden Bestandtheilen derselben von ihnen für Personen produziert werden, die vielleicht in fernen Welttheilen wohnen. Aber kann das im Prinzip etwas ändern? Läuft der eigentliche Inhalt und der bewusste oder unbewusste Zweck der ganzen Volks- und Weltwirthschaft nicht trotzdem auch heute auf den grossen Plan hinaus, dass die einzelnen Produktionsstätten, wenn auch noch so entfernt und zerstreut von einander, die nöthigen Waaren der Art und Menge nach genau so herstellen, dass der Alles umspannende, Alles verbindende, ans- und zutheilende Handel sie den schliesslichen Konsumenten mit demselben Effekte wie früher zuführt, mit dem Effekte, dass jedem Individuum die integrirenden leibhaftigen Bestandtheile der ihm nach den geltenden Vertheilungsgesetzen gebührenden Nahrungseinheiten ausgeantwortet werden? Krisen, Arbeitsmangel und alle die sonstigen Uebel des modernen Verkehrs, was sind sie Anderes, als ein Zeichen dafür, dass man jenen Plan nicht richtig ausgeführt und innegehalten, dass man durch allgemeine oder partielle Ueber- oder Unterproduktion, durch falsche Verrechnung und Zuthellung der Abfindungsquoten gegen jenen grossen Plan gesündigt hat, der nicht ungestraft verletzt werden darf?

Es ist ja auch ferner richtig, dass heute der Typus jener zehngleichen und freien, durch Produktions- und Vertheilungsgemeinschaft verbundenen Arbeiter in seiner reinen Gestalt schon deshalb nicht vorkommen kann, weil die vorausgesetzte unbeschränkte Zugänglichkeit und Benutzung des besitzfrei vorgestellten Grund und Bodens nicht mehr zutrifft. Die Erde ist vertheilt, die Grundeigenthümer und ausserdem die zwischen ihnen und den Arbeitern eingeschobene neue Personengattung, nämlich die kapitalistischen Unternehmer, haben die Leitung der ganzen Produktion nunmehr ausschliesslich in die Hände genommen. Nicht das Interesse der Arbeiter regelt den Zweck und das Ziel der Produktion, sondern diese Arbeiter erscheinen auf den ersten oberflächlichen Blick heute nur als das Mittel zum Zweck, wie jedes andere Produktionsmittel, als ein nothwendiges Uebel, um die Schätze der Natur im Interesse der Eigenthümer zu heben und sie denselben in der von ihnen begehrten Form genussreif zuzuführen. Mit besonderem Wohlgefallen betonen die Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung, dass die Arbeiter in Bezug auf Produktion und Arbeitslöhnung vor dem Arbeitsvieh wenig oder gar nichts voranshaben. Und doch soll die Arbeit heute nach den Marxianern thatsächlich noch allein den Werth der Güter bestimmen. Es ist bezeichnend, dass dieser Widerspruch von den Sozialdemokraten herangefühlt ist, und der Satz von der Bestimmung allen Werthes durch die Arbeitskosten, der sonst als Ausgangspunkt an der Spitze ihrer Partheiprogramme stand, jetzt klüglich fortgelassen wird. Es wäre kein Wunder, wenn ein findiger Kopf aus diesem Partheilager es versuchte, die Vertheidigungswaffe des Programms zur Abwechslung einmal aus dem Arsenal der Gebrauchswerthschulen zu entlehnen. Eine richtige — unpartheische — Methode der Wissenschaft dagegen kann und muss unbeirrt dahin gehen, die von der britischen Schule instinktmässig herausgefühlte prinzipielle Bedeutung der Arbeitskosten, durch Herausschälung ihrer effektiven Wirkungssphäre, auch für den heutigen Wirthschaftsorganismus klar zu legen, um zu zeigen, was die Arbeit heute für eine Rolle spielt, was ihr heute zukommt, und was ihr zukünftig zukommen könnte. Nur eine Reform, nicht eine Preisgebung der Arbeitskostentheorie kann der Volkswirthschaftslehre die Möglichkeit und das Anrecht gewähren, der Volkswirtschaftspolitik und der sozialpolitischen Reform durch Vorhaltung des wissenschaftlichen Rüstzeuges die richtigen Wege zu ebnen. Dazu ist aber erforderlich, dass die Arbeit nicht in einseitigen

Theilbeziehungen aufgefasst werde, nicht als blosser rein ökonomischer Begriff eines Produktionsfaktors, nicht als „Opfer“, nicht als „Einsatz von Gehirn- und Muskelsubstanz“, nicht als wunderbare „Substanz“, nicht als „ein in beschränkter Menge vorkommendes und deshalb im einzelnen Falle wegen seiner anderweitigen Verwendungsmöglichkeiten zu schätzendes Gut höherer Ordnung“, sondern in der umfassendsten Beziehung auf den lebendigen Träger der Arbeitskraft, auf den Arbeiter als ganzen Menschen in seiner doppelten Gestalt: es kommt der Arbeiter einerseits in Betracht als ein bei der Produktion thätiges und unabweislich nothwendiges Produktionselement einerseits und andererseits als unabweislicher Besitzer dieses indispensable Produktionsfaktors, und demgemäss als unabweislicher sozialer Partizipient am gemeinsamen sozialen Produktionsertrage, aus welchem er vor allen anderen Partizipienten als praecipuum seine Arbeiternahrungseinheit oder eine Anweisung auf dieselbe in der Gestalt des Lohnes vorweg erhält. Nicht nur als Produktionsmittel, sondern auch gleichzeitig als antheilsberechtigter Konsument und Käufer übt der Arbeiter seine volkswirtschaftlichen Funktionen aus; der Umfang und die Art der Produktion richtet sich von Hause aus nicht nach dem einseitigen Bedarf der nachfragenden Kapitalisten und Eigenthümer, sondern in erster Linie nach dem massigen Konsum der kaufenden Arbeiter. Der Profit des Kapitalisten kommt nicht nur aus der werthschaffenden Kraft der Arbeit, sondern in höherem Maasse aus der Werthe kaufenden Kraft der Arbeiter. Wehe der Industrie und Wehe dem Handel, wenn es ihm nicht gelingt, den an den Arbeiter fortgegebenen Lohnthaler von dem Arbeiter als kaufenden Konsumenten zurückzuerhalten!

Der Weg des Kapitalgewinnes führt in diesem ewigen Kreislaufe über den Arbeiter hinweg. Die Gesetze des Kapitalgewinnes lehnen sich unmittelbar an die Gesetze des Arbeitslohnes an. Der Kapitalgewinn ist ein Prozentsatz des Kapitals, das Kapital aber ist wiederum in seinem Werthe zusammenfallend mit den in demselben verwendeten Arbeitskosten, die Arbeitskosten sind identisch mit den an die Arbeiter als Lohn gezahlten Arbeiternahrungseinheiten. — Mag es auch rechtlich zutreffen, dass die Arbeiter erst dann ihre Arbeitskraft bethätigen und einen Lohn für die Hergabe derselben beanspruchen können, wenn ihnen die Besitzer der beiden anderen Produktionsfaktoren den Zutritt zur Arbeit gestatten, so stellt sich doch wirtschaftlich umgekehrt eine nicht nur gleiche, sondern

noch grössere Abhängigkeit der Kapitaleigenthümer und ihres Renten- und Gewinnbezuges von der Arbeit und den Arbeitern heraus. Wenn die Kapitaleigenthümer ihre Rente sichern wollen, so müssen sie den Produktionsplan in der Art anlegen, dass die Herstellung der Arbeiternahrungen bzw. der Ersatz der durch den Lohn vorgeschossenen Werthe der Arbeiternahrungen durch den Erfolg des stetigen Produktionsplanes gesichert ist. Zwar stellt der einzelne kapitalistische Unternehmer keine Nahrungseinheiten als solche, sondern nur integrirende Bestandtheile von solchen oder sogar nur erst die zur Herstellung derselben erforderlichen Güter höherer Ordnung her, aber die kapitalistischen Unternehmer, als Ganzes gedacht, streben durch das arbeitstheilige Zusammenwirken und durch den erfolgten Austausch ihrer Werthprodukte zu demselben Ziele. Diese Arbeiternahrungseinheiten stellen ihrem Werthe nach das dar, was man die „Kosten“ einer kapitalistischen Unternehmung nennt, wenn man unter Kosten nur dasjenige versteht, was thatsächlich als „Opfer“ eingeworfen wird. Der Gewinn ist nur dasjenige, was über diese Kosten hinaus erzielt wird. Wenn die Nationalökonomien so häufig Gewinne und Renten zu den Kosten rechnen, so ist dies nur vom individuell wirthschaftlichen Standpunkte aus gerechtfertigt, d. h. vom Verhältniss des nichtbesitzenden und deshalb kapitalentlehrenden Unternehmers zum kapitalbesitzenden und herleihenden Eigenthümer als Gläubiger. Für den mit fremden Kapital arbeitenden Unternehmer rechnen die zu zahlenden Kapitalzinsen allerdings zu den Kosten. Vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus ist dies nicht der Fall, hier erscheint der Unternehmer nur als Geschäftsführer des eigentlichen Kapitaleigenthümers, welcher den Zins als einen Gewinn über das „geopferte“ Kapital hinaus erhält.

Jedenfalls sind volkswirthschaftliche Zustände ohne allen Kapitalzins denkbar. Ich glaube, besonders gelegentlich der Kritik der v. Böhm'schen Kapitalzinstheorie, gezeigt zu haben, dass der Zins nur eine historische Kategorie ist — trotz aller entgegenstehenden Behauptungen der Grenznutzenlehre und aller früheren Theorien, welche den Zins als nothwendige und natürliche rein ökonomische Kategorie für alle Zeiten und Zustände als gegeben ansahen. Der methodische Gang dieser Theorien war dadurch von vornherein in der Weise engagirt, dass die Gesetze der Grundrente erst abgehandelt wurden, wenn die Kapitalzinslehre vorher feststand. Auch Ricardo behandelt erst den Faktor „Arbeit“ gesondert

(in den Abtheilungen I und II des ersten Hauptstücks), fügt in den folgenden Abtheilungen dieses Hauptstücks den Faktor „Kapital“ in die Betrachtung ein und setzt dann in dem von der „Rente“ handelnden „zweiten Hauptstück“ das Kapital und den Kapitalzins so sehr als gegeben voraus, dass er die Rente nur als einen Abpliss von dem — ursprünglich nur Kapitalgewinn ausmachenden — Rein-gewinn betrachtet. Durch diesen Gang haben alle diese Methoden ungemein gelitten. Ich schlage den umgekehrten Weg vor. Er liegt doch so nahe. Wie heute allgemein zugegeben, ist ja der Faktor Kapital eigentlich gar kein ursprünglicher, völlig originärer Faktor. Er ist erst abgeleitet, er entsteht erst aus Arbeit und Natur. Nur diesen letzteren gebührt die Originalität, das Kapital wird nur ewig aus jenen beiden verjüngt und neugeschaffen. „Die Natur ist die Mutter, die Arbeit der Vater des Werths“ und der ökonomischen Dinge, der dritte Faktor ist ein Eindringling, ein „Zwischenfaktor“, wie selbst v. Böhm in den ersten einleitenden Kapiteln seiner positiven Kapitalzinslehre treffend ausführt. Aber nicht nur deduktiv gebührt dem Faktor Natur die Priorität, sondern auch historisch hat das Grundeigenthum viel früher seine Rolle als Werthbildungs- und Vertheilungselement gespielt, als das Kapital. Die Grundrente hat sich auch historisch nicht aus dem Kapitalgewinn herausgeschält, sondern der Kapitalist und der Kapitalismus haben sich erst umgekehrt aus der feudalen Grundherrlichkeit entwickelt und emanzipirt.

Ich will deshalb im Gegensatz zu den früheren Methoden den Weg einschlagen, dass ich nicht wie diese zuerst den Kapitalgewinn, als das ursprüngliche gegebene prius, behandle und dann erst die Grundrente entstehen lasse, sondern ich will umgekehrt zuerst vom Bestehen des Kapitalzinses abstrahiren und der im Urtypus allein verkörpert Arbeit das Grundeigenthum unmittelbar gegenüberstellen. Lassen wir denn also die Voraussetzung des Urtypus fallen, wonach Grund und Boden frei und unerschöpflich ist, und nehmen wir, der Wirklichkeit der geschichtlichen Entwicklung entsprechend, an, dass der Boden überall vertheilt, und dass die Bodeneigenthümer im Stande und Willens sind, die Gewalt, welche ihnen die Beschlagnahme alles Grund und Bodens giebt, rücksichtslos auszubenten, während noch keine grösseren oder kleineren „Kapitalisten“ sich zwischen Arbeiter und Grundeigenthümer als irgendwie wesentliche Mitpartizipanten stellen, die städtischen Produktionsunternehmen vielmehr, wie im Anfange des Mittelalters, im

grossen Ganzen nur den Typus des handwerksmässigen Kleinbetriebes aufweisen. Wem es besser dünkt, mag sich auch die Sache hypothetisch so zurechtlegen, dass es wohl Kapital und Kapitaleigenthümer giebt, dass die letzteren aber aus irgend welchen Gründen des Zwanges oder aus Menschenfreundlichkeit sich beschieden, ihr Eigenthum nur in der Weise anzunutzen, dass sie sich der schwierigen verantwortlichen Leitung der Unternehmungen auf ihre Rechnung und Gefahr wie heute unterzögen, jedoch selbst vom Ertrage nichts oder doch nur einen — grossen oder kleinen — Arbeiterantheil wie die übrigen unter ihrer Leitung arbeitenden Produzenten beanspruchten. Die Produktion ginge dann wie heute ihren Gang, nur mit dem einzigen Unterschiede, dass keine „besonderen“ Kapitalistennahrungseinheiten erzeugt würden, sondern nur Arbeiternahrungseinheiten. In diesem praktisch unmöglichen, aber hypothetisch denkbaren Zustande wäre am „Urtypus“ nicht viel geändert, vorausgesetzt, dass der Grund und Boden frei und überall gleich zugänglich, gleich fruchtbar und gleich gut gelegen wäre. Die einheitlich als Ganzes gedachte Gesamtproduktion der Kapitalisten-Unternehmer hätte dann nur dafür zu sorgen, dass nicht bloss die erforderlichen Arbeiternahrungen, sondern natürlich auch der jedesmalige Ersatz der in den einzelnen Produktionsperioden verzehrten Kapitalgegenstände — bei fixem Kapitale: der Abnutzungsquoten — planmässig und stetig hergestellt würde, und so das neu hergestellte Nationalprodukt immer wieder in gleicher Menge und Art als Ersatz in die Stelle des Verbrauchten einrückte. Was jene Kapitalgegenstände und ihren Werth angeht, so wären sie kurz gesagt nur „durchlaufende Posten“, nur das neu hergestellte Werthprodukt käme zur Vertheilung. Die Arbeiter würden ihre Nahrungseinheiten auf dem Markte um den Preis der in denselben enthaltenen Arbeitskosten zusammenkaufen, Arbeitskosteneinheit und Nahrungseinheit deckten sich nach wie vor und gingen mit ihrem Werthe vollständig in einander auf.

Wie gestaltet sich nun der Zustand, wenn wir, unserm Vorsetze getreu, die Voraussetzung der freien Zugänglichkeit der Naturkräfte verlassen und annehmen, dass das Grundeigenthum, wie es heute in Wirklichkeit der Fall, mit allen seinen Einflüssen in Wirksamkeit tritt, indem schlechter und guter, ungünstig und günstig gelegener Boden unterschiedslos von Grundeigenthümern in Beschlag genommen ist. Wie gestalten sich dann die Werthgesetze?

§ 40.

Die Werthgesetze, die Nahrungseinheit, der Werth der Rohprodukte und die Grundrente in einem nichtkapitalistischen Wirtschaftszustande.

Auch in diesem Wirtschaftszustande bleibt die Arbeiternahrungseinheit das primäre Moment der Werthbestimmung, nur ist die Nahrungseinheit ihrem Umfange nach nicht mehr die natürlich gegebene feste Grösse, wie sie es in dem geschilderten Zustande des Urtypus war. In diesem letzteren richtete sich der Umfang der Nahrungseinheit nach den rein-ökonomischen Bedingungen der jeweiligen Kulturstufen und Produktionsverhältnisse. Der Umfang des durch diese letzteren gegebenen Rahmens brauchte bloß in der Weise inhaltlich ausgefüllt zu werden, dass man die originären Produktionsfaktoren Natur und Arbeit auf die Herstellung der begehrten Theile des standard nach den Regeln des Gesetzes der „Bedürfnissrangfolge“ einwies. Jetzt dagegen, wo neben dem Arbeiter der Grundeigenthümer als Partizipient in die Erscheinung tritt, wo also der Umfang der Arbeiternahrungseinheit erst durch einen sozialen Ausgleich zwischen den beiden Gesellschaftsklassen festgestellt werden muss, kommt die soziale Kategorie für den Begriff der Nahrungseinheit zur Geltung, und es rückt dieser Begriff erst jetzt mit seiner eigentlichen praktischen Bedeutsamkeit und Fruchtbarkeit in den Vordergrund. Der Umfang der Nahrungseinheit bestimmt sich nun erst durch den Kampf der sozialen Machtverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen dem Grundherrschaften und seinen Arbeitern. Wie wird sich der Austrag gestalten? Jeder Arbeiter, sowohl der städtische wie der ländliche, wird nur eine Nahrungseinheit von dem Umfange erlangen, als es die jeweiligen sozialen Klassenverhältnisse mit sich bringen: die bisherige Lebensart der Arbeiter, ihre Macht, ihre Begehrlichkeit und die Achtung, die man ihnen jeweilig als Mitmenschen nach den Auffassungen über Menschenwürde und nach den Geboten der Ethik und der Religion entgegenbringt, wird über jenen Umfang entscheiden. Und nach welchen Gesetzen wird sich nun der Werth der einzelnen Bestandtheile der Nahrungseinheit und damit der Werth der Güter überhaupt bestimmen? Jedenfalls auch jetzt durch die auf die Herstellung verwandte Arbeit, aber durch welche Arbeit? Denn einen Theil des Gesamtarbeitsprodukts bezieht ja jetzt der Grundherr in seinem Renteneinkommen, und das Gesamtarbeitsprodukt,

welches Grundrente und Lohn enthält, wird *nno actu* produziert und ist einmassig derart, dass sich aus ihm nicht ohne Weiteres eine Quantität als Theil aussondern lässt. Auch der Weg würde nicht zum Ziele führen, wenn man die Gesamtarbeitskosten in der Weise zerlegte, dass die eine Quote derselben nach Maassgabe Marx'scher Anschauungen als die nothwendige Arbeit, d. h. die Arbeit, welche zur Herstellung des dem Arbeiter zufallenden Antheils erforderlich ist, und die andere Quote als Surplusarbeit vorgestellt würde, welche dem Grundherrschaft seine Rente schafft. Denn, wie gesagt, das Gesamtprodukt wird *nno actu* mit derselben Arbeit geschaffen: man kann nicht sagen, dass der erste Theil der Arbeit — etwa die ersten sechs Arbeitsstunden, wie Marx exemplifizirt — die Nahrungseinheit, und der letzte Theil, die Surplusarbeit, die Rente hervorzaubert, ganz abgesehen von dem weiteren Hinderniss, dass dieselbe Arbeit je nach der Fruchtbarkeit und Lage des Bodens ganz verschiedene Produktionserträge zu Wege bringt. Aus diesem Dilemma giebt es nur Einen Ausweg: man muss definitiv vom alten Aberglauben lassen, dass die Arbeit in ihrer nackten Gestalt als Produktionsfaktor *a priori* als letzter zureichender Grund den Werth bestimme. Die Behauptung, dass die auf die Herstellung verwandte Arbeit den Werth bestimme, ist erst in der näheren Weise zu modifiziren und zu umschreiben, dass darunter nicht einseitig die Arbeit als stoffbewegende Kraftäusserung zu verstehen, sondern die Arbeit in viel umfassenderer persönlicher und sozialer Bedeutung, die Arbeit als Einsatz eines nothwendig antheilsberechtigten Produktionsgenossen, die Arbeit nicht deshalb, weil sie Produktionseffekte schafft, sondern die Arbeit, weil und soweit sie Vergeltung erheischt, also eigentlich nicht die Arbeit selbst, sondern was ihr in Gestalt der Arbeiternahrungseinheit gegeben werden muss, oder m. a. W. der in dieser Einheit ausgedrückte Lohn. Man gelangt allerdings auf diese Weise zu einer scheinbaren Tautologie: der Werth der Gütermasse, welche in ihrer Gesamtheit den Arbeiterverzehr ausmacht, wird durch die soziale Arbeiternahrungseinheit bestimmt, also durch den zusammengefassten Werth eben derselben Güter des Arbeiterverzehrs. Diese vermeintliche Tautologie wäre aber keineswegs etwas in sich Widersinniges, sie wäre nur der ungeschminkte Ausdruck einer im Wesentlichen längst von den Physiokraten, von Smith und Malthus erkannten und nur etwas näher ausgestalteten Wahrheit, nämlich der Wahrheit, dass der Werth der Güter des Arbeiterverzehrs als Ganzes gedacht

einen „*valor intrinsecus*“ habe, einen Werth, der nicht erst aus anderweitigen tiefer liegenden Gründen abzuleiten, sondern der als zusammengefasste Wertheinheit *a priori* aus sich heraus das selbstverständliche integrierende Werthmaass aller Güter sei. Diese Wertheinheit sucht nichts Weiteres, als die Erfüllung alles dessen, was auch die Gebrauchswerthschulen von jeher angestrebt haben, sie sucht einfach und natürlich den Werth nach der Bedeutung der Güter zu bemessen, welche sie für die menschliche Bedürfnissbefriedigung erstellen. In Wahrheit bildet jener Satz aber überhaupt keine Tautologie; denn in Wahrheit muss er doch den Anspruch erheben, viel mehr zu besagen, als *A* gleich *A*. Er besagt, dass alle Nahrungseinheiten, obgleich sie in concreto vielleicht nach Mode, Geschmack und Begehrt des Individuums einen gar sehr verschiedenartigen buntten Güterinhalt haben, trotzdem untereinander gleich sind, weil sie gleich einem gemeinsamen Dritten sind, nämlich gleich der begrifflich zusammengefügtten Gesamtbefriedigung des Bedürfnisskreises der Person. Ferner ist in dem Satze der weitere Inhalt gegeben, dass jede einzelne Güterquantität als eine Quote einer höhern Gütereinheit zu bewerthen, dass alle und jede Güter trotz ihrer konkreten qualitativen Verschiedenheit und deshalb scheinbar vorliegenden Inkommensurabilität einen bestimmten Theil eines gemeinsamen Gebrauchswerthigen darstellen, dass sie, mit Knies — oben S. 138 und 139 — zu sprechen, dem Werthe nach „fungible soziale Gebrauchsquantitäten“ seien.

Ausser dem zurückgewiesenen Vorwurf, dass die Aufstellung der Nahrungseinheit als Wertheinheit eine Tautologie enthalte, ist nun noch ein weiterer, ebenso naheliegender Einwand abzuweisen, der ebenfalls scheinbar geeignet ist, die Brauchbarkeit jener Wertheinheit in Frage zu stellen. Die aufgestellte Wertheinheit scheint nämlich deshalb unvollkommen und unzureichend zu sein, als sie zunächst nicht die Werthbestimmung der sämtlichen Güter des Produktionsertrages umfasst, sondern nur die Güter des Arbeiterverzehr in sich begreift, während doch das Gesamtprodukt beinahe jeder Betriebsunternehmung ausser dem Lohn noch die Rentengüter *in natura* oder dem Werthe nach umfasst, oder m. a. W. sich in Lohn, Kapitalgewinn und Grundrente „auflöst“, und die Nationalökonomten haben ja allerdings beinahe immer die umfassendere Frage lösen zu sollen gemeint, wie sich jenes Gesamtwerthprodukt, jener Gesamtertrag, auftheilt bzw. bewerthet. Aber ich möchte behaupten, dass sich jener Vorwurf bei näherem Zusehen in ein

Lob, in einen Vorzug der Theorie umwandelt. Jene „Beschränkung“ auf den Arbeiterverzehr scheint mir nur einen vernünftigen Verzicht, ein Genügen am theoretisch allein Erreichbaren zu bedeuten. Der Gesammtertrag, der Bruttowerthertrag einer Produktion, ist, meine ich, gar nicht der entscheidende Gegenstand und Ausgangspunkt der Güterbewerthung, er ist lediglich die mechanische Summe von anderweitigen a priori festzustellenden Güterwerthen und Gütereinheiten, aus der er sich erst a posteriori zusammensetzt. Es handelt sich nicht um eine „Auflösung“ des Ertrages in seine begrifflichen Elemente, sondern es ist der Ertrag erst das Ergebniss, die Resultante dieser Elemente. Der Ertrag als solcher lässt die Menschen kalt, er erhält erst seinen vielbegehrten Gehalt als Inbegriff der erstrebten Bedürfnissbefriedigung, als Inbegriff der durch ihn erzielten Nahrungseinheiten, nämlich der Arbeitsnahrungseinheiten und der Rentengüter. Da der Ertrag aus drei verschiedenartigen Nahrungseinheiten besteht, da er die Einheit des Arbeiterverzehrs neben den beiden Abfindungsantheilen der Kapitalisten und Grundeigenthümer enthält, so führt seine „Auflösung“ zu keinem Ziele, sondern zu dem Dilemma, auf welches wir oben schon stiessen. Um zur Einheit zu gelangen und gerade nm diesem Dilemma zu entgehen, hat bereits der praktische Brite Ricardo sich zu dem natürlichen Schritte gezwungen gesehen, zunächst einmal den einen störenden Faktor, den Grund und Boden bzw. die Grundrente, auszuschalten, indem er in der Gestalt des jeweilig angebauten unfruchtbarsten Bodens einen Betriebsertrag aufsuchte, der keine Grundrente zu berücksichtigen nöthig machte, weil er nur die Wertheinheiten des Arbeitslohnes und des Kapitalgewinns umfasst. Die dann immer noch verbleibende Zwiespältigkeit unternahm er dadurch zu beseitigen, dass er den Ertrag der letztbebauten Grundstücke, obgleich sie Kapitalgewinn und Arbeitslohn abwerfen, doch einheitlich und primär als Arbeitskostenenertrag fingirte und den Kapitalgewinn nur als sekundären Abzug vom Arbeitskostenwerthe darstellte. Nichts Anderes als eine Vereinfachung und Vereinheitlichung erstrebt die hier vertretene Theorie der Arbeiternahrungseinheit, wenn auch auf einem fundamental abweichenden Wege, der nur darin dem methodischen Vorgehen Ricardo's ähnelt, dass auch wir die Arbeitskosten als einheitliches Werthprinzip heraus-schälen.

Dieser unser Weg unterscheidet sich im Einzelnen durch folgende Charakterzüge:

Ricardo und die meisten der übrigen Theoretiker irrten in der Natur und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Arbeitskosten. Sie erblickten und erblicken, wie ich immer wiederholen muss, diese Bedeutung zu einseitig in der technischen rein ökonomischen Produktionsfunktion, während die wahre wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitskosten erst erkannt werden kann, wenn man sie nicht bloß als Produktionsfaktoren, sondern als Medium der Vertheilung erfasst. Unsere Theorie — oben S. 281 — führte zu dem Postulat der „Humanisirung“ und „Sozialisirung“ der Arbeitskosten, wie überhaupt aller übrigen Faktoren der Werthbestimmung und der Ertragszutheilung. Nur soweit ein antheilsbefähigter und antheilsberechtigter Mensch und Wirtschaftsgenosse hinter dem Herstellungsfaktor steht, wird letzterer der wirtschaftlichen „Zurechnungsfähigkeit“ theilhaftig. Nicht was ein Faktor im Dienste der technischen Herstellung der Produkte leistet, sondern was dem Menschen, in dessen Eigenthum der Faktor steht, für die Hergabe desselben als Ertragsdividende herausgegeben werden kann und muss, ist für den Umfang jener Zurechnung entscheidend. Schon für den Zustand des „Urtypus“ stellten wir fest, dass die Arbeit nur als sozialer Vertheilungskoeffizient den Werth bestimmte, indem der Arbeitskostenwerth die Rolle der Austheilung zwischen den einzelnen Arbeitsgenossen übernahm. Sobald das Grundeigenthum als Partizipient in die wirtschaftliche Gemeinschaft eintritt, wird die Rolle der Arbeitskosten dahin erweitert, dass ihnen ausserdem vor Allem die Abgrenzung des Zurechnungsgebietes zwischen Arbeit und Grundeigenthum zufällt, indem sie den Umfang der den Arbeitern zufallenden Nahrungseinheit bestimmen. Schon Seite 51 berührten wir gelegentlich die Frage, was denn eigentlich „Kosten“ seien. Wir gelangten damals zu dem mehr formellen Ergebniss, dass mit dem Begriffe „Kosten“ im praktischen Leben im Grunde nichts Anderes als die Zurückführung des Werthes auf die einzelnen Abfindungsantheile der verschiedenen, auf der langen Kette der Produktionsstufen beteiligten Wirtschaftssubjekte ausgedrückt werde. Unsere Untersuchung hat jetzt diese Formel mit sachlichem Inhalt ausgefüllt. Auch die Arbeitskosten sind im sozialwirtschaftlichen Sinne nichts Anderes, als der nothwendige Abfindungstheil für die Arbeit d. h. für die Arbeiter. Schon Mill — vergl. oben S. 57 folg. — war auf dem richtigen Wege, als er betonte, dass die Produktionskosten für den Unternehmer eigentlich nicht in der Arbeit, sondern in dem Arbeits-

lohne beständen. Nur irrte er in der Erfassung der Gesetze, welche diesen Arbeitslohn bestimmen, indem er sie auf rein ökonomischen Elementen, statt auf der sozialen Kategorie aufbaute. Seine weitere Irrung, und die Irrung der britischen Schule überhaupt, bestand in der Verkenning des wichtigsten Grundelementes des Güterwerths, nämlich des Gebrauchsmomentes. Diese Schule vernachlässigte die eigentliche Zweckbestimmung der Güter, nämlich ihre Bestimmung, den Menschen zu ernähren, zu kleiden etc. (vergl. oben S. 23). sie stellte das „Gebrauchswerthige“, die Bedürfnissbefriedigungsqualität, ganz mit Unrecht in den Hintergrund, sie irrte, um in v. Wieserschem Ausdrucke zu reden, im „Ursprunge des Werthes“. Sie verkannte, dass die Wertheinheit, trotz aller scheinbaren und wirklichen Inkommensurabilität der einzelnen Bedürfnisse, doch a priori irgendwie im Gebrauchswerthe liegen und also fundamental durch diesen bestimmt werden müsse, nur dass die Gebrauchswertheinheit nicht, wie Seitens der Grenznutzenlehre angenommen wird, durch die atomistische Vergleichung der einzelnen Bedürfnissbefriedigungsquantitäten gefunden werden kann, sondern in der nächstfassbaren grösseren Gebrauchswertheinheit, der Nahrungseinheit, zu suchen ist. Sie verkannte ferner, dass der Begriff aller „Kosten“ nur in demjenigen Opfer gelegen sein kann, welche man den anderen Produktionsbetheiligten, den fremden Mitpartizipienten bringt; sie übersah deshalb, dass auch der Kapitalgewinn, vom — entscheidenden — Standpunkte des Kapitalisten-Unternehmers aus betrachtet, nicht zu den „Opfern“ in diesem Sinne, m. a. W. nicht zu den Produktionskosten gehört, dass Kosten nur das Entgelt für den Einsatz fremder Faktoren fremder Partizipienten darstellen, dass also — volkswirtschaftlich betrachtet — der Gewinn ebensogut wie die Grundrente nicht in die Kosten einbegriffen werden darf, sondern nur einen Ueberschuss über dieselben repräsentirt. Sie irrte endlich, wenn sie hiernach den Kapitalgewinn als Abzug von den Arbeitskosten auffasste. Weil die Arbeitskosten ihrem Werthe nach in den Arbeiternahrungseinheiten bestehen, stellt der Kapitalgewinn gleich wie die Grundrente nicht nur einen Werthüberschuss, sondern auch einen Produktenüberschuss über die Kosten, d. h. über die Arbeiternahrungseinheiten dar, welche letzteren als solche, wie gesagt, ihren Werth in sich tragen und wirklichen valor intrinsecus umfassen. In Wahrheit sind Renten und Kapitalgewinne lediglich Ueberschüsse von Nahrungseinheiten über die an die Arbeiter als Kosten abzugebenden

Nahrungseinheiten. Es kommt deshalb darauf an, vor Allem die Kosten, d. h. die Arbeiternahrungseinheiten selbst, mit ihrem eigenen Maasse zu messen, welches dadurch auch das Werthmaass für die Gewinn- und Rentengüter, wie für alle Güter überhaupt wird. Ricardo und Mill sind auf halbem Wege stehen geblieben, als sie die Grundrente aus den werthbestimmenden Faktoren eliminirten, sie hätten auch den Kapitalgewinn ausmerzen müssen, sie hätten, wenn sie doch einmal nach dem elementarsten Wirthschaftstypus forschten, nicht nur die Grundstücke suchen müssen, die keine Grundrente liefern, sondern es wäre ihre Aufgabe gewesen, konsequenter Weise bis auf die Grundstücke zurückzugehen, die auch keinen Kapitalgewinn tragen. Sie würden diesen richtigen Elementartypus auch wohl aufgefunden haben, wenn sie eben nicht Kapital und Kapitalgewinn als aprioristische und indispensable Nothwendigkeit vorausgesetzt hätten, und wenn sie dafür lieber, wie unsere Methode, unter hypothetischer Abstraktion vom Kapitalgewinn das unmittelbare Verhältniss von Grundeigenthum und Arbeit zu einander untersucht hätten.

Indem wir dies letztere thun, gelangen wir zu dem einfachen und durchsichtigen Satze, dass auch bei Voraussetzung des Grundeigenthums der Werth der einzelnen Güterbestandtheile der Arbeiternahrungseinheit, ganz wie im Urtypus, nach der absoluten und relativen Arbeitsmenge sich richtet, welche ihre Herstellung erfordert, und dass der Werth aller übrigen Güter durch Uebertragung desselben Maassstabes gemessen wird. Kosteneinheit und Nahrungseinheit fallen harmonisch zusammen, da sie beide in der höheren immanenten Einheit, dem Arbeiter als geniessenden und als produzierenden Menschen, begründet sind. Der Werth der Güter kann praktisch nach beiden Maassstäben gemessen werden. Die Vermuthung, die wir gelegentlich unserer Kritik S. 47 bis 50 aussprachen, wonach Ad. Smith's Behauptung, dass der Werth der Güter sich nach der Arbeit richte, die man dafür eintauschen könne, sich doch schliesslich, trotz Ricardo's Polemik, als zutreffend erweisen könnte, wäre somit durch das Ergebniss unserer Untersuchung glänzend bestätigt. Durch die Ergebnisse dieser Untersuchung würde auch die Lücke in den Kostenwerthstheorien beseitigt sein, die man denselben gegnerischerseits immer und immer wieder vorhielt, indem man ihnen den Vorwurf machte, dass nach ihnen der Werth durch die Kosten bestimmt werden solle, indessen die Frage, worin der Werth dieser Kosten bestehe, unbeantwortet

bleibe und an sich — vom Horizonte der Kostenwerthschule aus — auch wirklich unlösbar sei (vergl. oben Menger S. 182 und 183). Nach unserer Theorie wäre die von den besten Nationalökonomen erkannte und beklagte Duplizität (Antinomie) des Werthbegriffes, die aus dem Gegensatze seiner beiden heterogenen Elemente — der Kosten und des Nutzens — erwächst (vergl. z. B. oben bei Schäffle S. 16), beseitigt, es wäre die versöhnende Einheit gefunden worden.

Für den hier hypothetisch angenommenen Zustand, in welchem, unter Ausschluss des Konkurrens von Kapitalisten, nur das Vorhandensein von Arbeitern und Grundeigenthümern vorgestellt wird, ergeben sich nach den obigen Prämissen die folgenden Konsequenzen: Vom Standpunkte des Grundeigenthümers aus bildet nur das, was er an die anderen Partizipanten, die Arbeiter, abzugeben hat, die Kosten. Diese letzteren bestehen in den Arbeitslöhnen, d. h. in den Arbeiternahrungseinheiten der beschäftigten Personen. Grund und Boden gehört nicht zu den Kosten, er ist kostenlos da, er muss, wie Rodbertus (oben S. 78) sagt, als kostenlos vorausgesetzt werden. Die erste Aufgabe des Grundeigenthümers ist nun, auf jene seine ausschliesslichen „Kosten zu kommen“, nämlich auf die Wiedererstattung der verlegten Arbeitslöhne, welche vor allen Dingen durch den Ertrag eingebracht werden müssen. Dieselben haben ihren aprioristischen Werth in sich, nämlich in ihrer Eigenschaft als Multipla bezw. Quoten von Nahrungseinheiten. Der Ertrag muss also zunächst darauf berechnet und verwerthet werden, dass sich dieser Kostenwerth im Produkt erstattet. Der Ueberschuss an dem nach diesem Maassstabe berechneten Werthe, m. a. W. der Ueberschuss an Nahrungseinheiten oder Quoten von solchen ist die Grundrente. Dieser Ueberschuss wird dem Boden „zugerechnet“, es wird so angesehen, als sei er „das Werk der Natur“ (Smith oben S. 101), als habe die Arbeit ihn gar nicht schaffen helfen, wie es im Zustande des „Urtypus“ umgekehrt so angesehen würde, als sei alles Produkt „das Werk der Arbeit“, als sei die Natur, obgleich sie doch ihrerseits das Beste hergibt, wirtschaftlich ganz irrelevant. Ein deutlicher Beweis ad oculos, wie unvollkommen alle Theorien ausfallen müssen, welche die volkswirtschaftlichen Gesetze aus rein natürlichen Produktionselementen, anstatt aus den sozialrechtlichen Vertheilungseinflüssen abzuleiten unternehmen. Die technische Beitragszurechnung des Naturfaktors geht durchaus andere Wege, als seine soziale Zu-

rechnung und Ertragsabfindung. Knies weist Kredit 2. Theil, S. 325 mit Recht darauf hin, dass der kümmerlichste Acker mit dem armseligen Ertrage eines Scheffels Kartoffel eine „naturale“ Rente liefere, während die wirkliche Rente, die Rente in der Bedeutung des praktischen Lebens, von den Preis- und Vertheilungsgesetzen bedingt sei.

Der oben formulirte lapidarische Satz, wonach die Grundrente ihrem Wesen und Werthe nach aus dem nach dem Maassstabe der Arbeitskosten- und der Arbeiternahrungseinheit bewertheten Produktionsüberschusse, d. h. aus dem Ueberschusse über die verauslagten bezw. die zu erstattenden Arbeiternahrungseinheiten bestimmt wird, scheint indessen, ehe er für die ferner zu ziehenden Konsequenzen verwerthet wird, zunächst noch weiterer Ausführung und Erläuterung zu bedürfen, nämlich insofern, als ja weder jener Produktionsüberschuss, noch die an die Arbeiter abzugebenden Antheile, noch überhaupt der landwirthschaftliche etc. Produktionsertrag aus wirklichen leibhaftigen Nahrungseinheiten besteht. Der landwirthschaftliche Grundeigenthümer produziert keine kompletten Nahrungseinheiten, sondern nur Rohprodukte, und nur gewisse Bestandtheile der Nahrungseinheit, nämlich die Rohprodukte, welche, wie sie sind, die Schwelle der Konsumtionswirthschaft überschreiten, und andererseits nur diejenigen Rohprodukte, welche für die übrigen Bestandtheile der Nahrungseinheit Material und Hilfsstoffe liefern, an welchen sich sodann erst die industrielle Arbeit durch Bearbeitung und Verarbeitung, oder in Rodbertus'schem Ausdrucke die sog. „Fabrikationsarbeit“, anschliessend bethätigen muss. Dieser Umstand ändert aber am Ergebnisse nicht das geringste. Um die zerstreuten und getrennten Produktionsstätten, wo die Rohprodukte und die Fabrikationsprodukte arbeitstheilig hergestellt werden, sowie das gegenseitige Auf- und Ineinanderwirken dieser Produktionsstätten einheitlich zu erfassen, ist nichts weiter erforderlich, als sich den sozialen Produktionszusammenhang als Ganzes vorzustellen. In der antiken Oikowirthschaft und auch zum Theil auf den mittelalterlichen Höfen wird nicht nur Getreidebau und Viehzucht getrieben, sondern es verarbeiten die Gutshandwerker vielfach das Rohmaterial unmittelbar zu genussreifen Gütern. Aber auch für den modernen Wirthschaftszustand mit seiner Scheidung von Stadt und Land ist der organische Zusammenhang des grossen Arbeitsplanes leicht zu übersehen. Man bedarf dazu nicht einmal jenes physiokratischen Gedankenganges (oben S. 99), wonach die industrielle Bevölkerung in einseitig tendenziöser Weise nur als

eine Art landwirthschaftlichen Hausgesindes erscheint, das lediglich die gegebenen Werthe der Urproduktion umarbeite mit der Nuance, dass dies „industrielle Gesinde“ die Arbeit für die Landeigenthümer nicht innerhalb, sondern ausserhalb des Haushaltes derselben vornehme. Es genügt die — wirklich zutreffende — Vorstellung, dass die landwirthschaftlichen und die städtischen Betriebe planmässig ineinander greifen, und dass die erzeugten landwirthschaftlichen Rohprodukte und städtischen Fabrikate nach Verhältniss der in ihnen enthaltenen Kostenarbeit mit dem Ergebniss ausgetauscht werden, dass jeder Arbeiter, sei er ländlich oder städtisch, seine Nahrungseinheit schliesslich zusammengesetzt erhält. So erzeugt also die Landwirthschaft nicht Nahrungseinheiten in natura, aber wohl dem Werthe nach, worauf es ja ausschliesslich ankommt.

Der von uns als durchgreifender Wertheinheitsmaassstab erkannte Begriff der Nahrungseinheit ermöglicht es eben, und damit gelangen wir zu einer weiteren, überaus wichtigen Verwerthung, auch den Werth der Rohprodukte als mathematische Quote der Wertheinheit anzurechnen und nach der Kostenarbeit zu bestimmen: der Werth der Rohprodukte ist die Differenz zwischen dem gegebenen Werthe der ganzen Nahrungseinheit und dem Werthe des Fabrikationsprodukts, welcher Werth ebenfalls eine bekannte und feste Grösse ist, weil die zur Umwandlung des Rohprodukts in das Endfabrikat nothwendige Arbeitsmenge gegeben ist, oder m. a. W.: Innerhalb des gegebenen Werthrahmens der Nahrungseinheit verhält sich der Werth der Rohprodukte zum Werthe der Fabrikationsprodukte, wie die Menge Arbeit, die von der Arbeitskraft des ganzen Menschen nach Abzug der auf diese Fabrikation zu nennenden Arbeit übrig bleibt, zu dieser Fabrikationsarbeit. Je produktiver im Laufe der Kultnr. die Fabrikationsarbeit wird, desto mehr Arbeit kann auf die Herstellung der Rohprodukte verwendet werden. Die volkswirthschaftsgeschichtliche Thatsache des verhältnissmässigen Herabganges des Werthes der Industrieerzeugnisse und der Werthhebung der Rohprodukte findet hierdurch ihre einfachste und ungezwungenste Erklärung. Sollte also unsere Theorie von der Nahrungseinheit, wie ich hoffe, auch sonst die Probe bestehen, so wäre ihr gelungen, ein Problem zu lösen, an welchem die bisherigen Schulen scheiterten und zu Grunde gingen, speziell die Kostenwerthschulen und im Besonderen diejenigen, welche die Arbeitskosten zum Werthmaass erhoben. Wieviel Arbeitskosten

nämlich die Fabrikationsbetriebe mit der Verarbeitung der Rohprodukte in Anspruch nehmen, das stand von je her fest, hier ist die „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ im Ganzen und im Einzelnen jederzeit aus den gezahlten Arbeitslöhnen abzulesen. Diese gesellschaftlich nothwendige Arbeit ist diejenige, welche in den auf dem Markte konkurrenzfähigen Betrieben für die Herstellung der Fabrikate erforderlich ist. Die Fortschritte in der industriellen Produktionstechnik werden nach kürzerem oder längerem Uebergange, während dessen die Erfinder oder vielmehr die Ausbeuter der Erfindungen und Verbesserungen einen Präzipualgewinn geniessen, schliesslich Allgemeingut, so dass die verminderten Arbeitskosten den Preis nivelliren und endgültig diktiren. Anders steht es mit den Herstellungskosten für die Rohprodukte, mit den Kosten der Rohproduktion. Hier ist jene demokratische Nivellirung durch die Natur der Dinge ausgeschlossen. Die einzelnen verschiedenen Grundstücke geben nach Lage und Fruchtbarkeit ewig und unausgleichbar den verschiedensten Ertrag. Wie soll da die Menge der werthbestimmenden Kostenarbeit gefunden werden, da die Arbeit auf beinahe jedem Grundstücke und Grundflächenraume ganz verschiedene Erfolge hervorbringt, und der Grund und Boden selbst ja nicht produziert wird, vielmehr als „kostenlos“ voranzusetzen ist. Die Ricardo'sche Behauptung, dass hier die Arbeit auf dem ungünstigsten Boden für das Kostenausmaass entscheidend sei, ist eine Ausflucht. Wir sahen und werden sehen, dass es umgekehrt die jeweilige — erst anderweitig aufzufindende Menge — der aufwendbaren landwirthschaftlichen Kostenarbeit und damit der Werth der Rohprodukte selbst es ist, welcher seinerseits bestimmt, welche Grundstücke noch rentabel sind. Unsere Theorie spannt auch die nothwendige landwirthschaftliche Arbeitskostenmenge in den festen Rahmen der Nahrungseinheit ein und fesselt ihre flüchtige Grösse in das strenge Gefüge der allgemeinen Werthgesetze.

§ 41.

Anselndersetzung mit der Ricardo'schen Grundrententheorie, zuerst bei Annahme eines nichtkapitalistischen, dann bei Annahme eines kapitalistischen Zustandes.

Der Werth und die volle wissenschaftliche Bedeutung der gefundenen Sätze wird vielleicht noch besser durch eine weitere Gegenüberstellung und Vergleichung mit der Ricardo'schen Grund-

rententheorie in das richtige Licht gestellt werden. Die Ricardo'sche Lehre steckt uns bis heute theils bewusst, theils unbewusst, — und zwar weil sie immerhin die relativ weitaus beste ist, mit vollem Rechte — in den Gliedern. Will man sie widerlegen oder vervollkommen, so muss man immer wieder an sie anknüpfen. Wie Mill treffend hervorhebt, ist sie die „Eselsbrücke“ der Volkswirthschaft. Er begründet dies Schlagwort mit der Behauptung, es gäbe nur Wenige, die der Ricardo'schen Grundrentenlehre ihre Zustimmung versagten, nachdem sie dieselbe vollständig begriffen hätten. Das Schlagwort „Eselsbrücke“ akzeptire ich vollständig, aber aus ganz anderen Gründen, wie Mill.

Ich möchte die Ricardo'sche Theorie eine Eselsbrücke nennen, weil sie wie alle sonstigen Eselsbrücken ein leicht zu behaltendes und plausibles volkswirtschaftliches Faktum (Resultat, Ergebniss, Erscheinung) kurz ausdrückt, das an sich ganz richtig ist, aber nur eine äusserliche oder formale Wahrheit ausspricht, die gedankenlos behalten und nachgesprochen werden kann, ohne dass man den eigentlichen Grund und innersten Kern der Sache erfasst. Gewiss, es ist richtig: die Grundrente ist der Unterschied, der Ueberschuss, den ein Land über den Arbeitslohn und den üblichen Kapitalzins abwirft, sie ist der Unterschied des Ertrages auf den einzelnen Grundstücksklassen und speziell der Ueberschuss, der Unterschied zwischen den Erträgen der besseren Klassen und dem Ertrage des unfruchtbarsten Bodens. Auch ist es ferner wohl gerechtfertigt, dass Mill den Kritikern der Ricardo'schen Lehre Leichtfertigkeit und Flüchtigkeit vorwirft, wenn sie die Lehre um deswillen verkehrt nennen, weil durch sie die Existenz der Grundrente auf eine blosser Differenz im Ertrage zurückgeführt werde und weil es unrichtig sei, zu behaupten, der Anbau schlechteren Bodens sei die Ursache der Bodenrente für bessere Ländereien. Ricardo habe dies, meint Mill, nicht von der Thatsache des Anbaues von schlechterem Boden behauptet, sondern von der Nothwendigkeit, solchen zu bebauen, weil der bessere Boden nicht mehr ausreiche, eine anwachsende Bevölkerung zu ernähren (Ricardo sagt wörtlich: „weil der nothwendige Bedarf an Erzeugnissen es gebietet, die Hervorbringungsarbeiten auf dem ungünstigsten Boden fortzusetzen.“) Alles zugegeben! Aber was ist dann wieder der „nothwendige Bedarf“? Und wie kann ein solcher „geboten“, Ländereien in Kultur zu setzen? Hier ist die grosse Lücke. Hier tritt die ganze Misere zu Tage, die in der alten und immer wieder neuen Er-

klärung der volkswirtschaftlichen Dinge aus dem Verhältniss zwischen „Bedarf“ (Nachfrage) und „Angebot“ liegt. Hier ist das schwauke Gerüst der Eselsbrücke blosgelegt. Was kann der triviale Ausdruck Bedarf besagen, und was nützt selbst alles fleissige Bemühen der Nationalökonomien, diesen angeblich werthbestimmenden „Bedarf“ näher zu begrenzen und begrifflich auszufüllen durch Definitionen wie: kauflustige, zahlungsfähige, effektive Nachfrage (effectual demand), Nachfrage, die willens und im Stande ist zu kaufen, „Grenzkäufer“ und dergl. mehr? Es bleibt der Vorwurf bestehen, dass Bedarf und Angebot hier dennoch lediglich nur als ein „Quantitätenverhältniss“ des Marktes erfasst wird, das durch die rohen zufälligen Mengen der angebotenen und nachgefragten Güter auf die Preise wirkt, ohne Untersuchung nach den Gründen der Entstehung dieser Mengen, ohne Untersuchung besonders darüber, wodurch denn das der Nachfrage korrespondirende Angebot bestimmt und begrenzt wird? Wie oft wird bei dieser Begrenzung übersehen, dass auch das Angebot, wenn es als kontinuierlicher, „stetiger“ Faktor der Wirtschaft des „Beharrungszustandes“ (v. Komorzynsky) erklärt werden soll und muss, auch wieder nur das „effektive“ Angebot umfassen kann. d. h. das Angebot zu einem solchen Preise, „bei dem die Waare fortdauernd hergestellt und an den Markt gebracht werden kann“ (A. Smith). Da, für die ganze Volkswirtschaft, die Konsumenten, wenn man vom sog. „abgeleiteten Einkommen“ absieht, mit den theilsberechtigten Produzenten zusammenfallen, so lag es doch so nahe, Angebot und Nachfrage aus derselben Wurzel zu erklären. Es lag nahe, die ganze Nationalökonomie als das Problem zu erfassen, wie Produktion und Konsumtion ihrer fundamentalen Aulage und ihrer prinzipiellen Zweckbestimmung nach miteinander in unzertrennlicher, organischer und harmonischer Wechselwirkung verwachsen sind, und es lag demgemäss nahe, auch die Volkswirtschaftspolitik und die Sozialreform als die Lösung des Problems zu behandeln, wie auf Grundlage der Erkenntniss der sozialen Zusammenhänge allüberall und mit allen dazu tauglichen Mitteln jener Harmonie praktische Geltung verschafft werden könne, m. a. W. wie man unter Adoptirung des *laissez faire*-Prinzips den Dingen da ihren freien Lauf lassen solle, wo dieser Lauf jenes wirtschaftliche Ideal, wenn auch nur annähernd, verwirklicht, und nur dort fest einzugreifen und nachzuhelfen habe, wo die That nicht dem Gedanken entspricht.

Wie wäre hiernach nun also jener „Bedarf“ wirklich grössen-

mässig zu bestimmen, welcher seinerseits im Ricardo'schen Sinne erst wieder den Umfang und die Art des Anbaues gebietet? Der Bedarf setzt sich in dem hier vorläufig noch weiter voranzusetzenden Wirtschaftszustande aus dem Bedarf der Arbeiter und dem Bedarf der Grundeigenthümer zusammen. Welchen Einfluss der Bedarf der Kapitalisten seinem Umfange nach ausübt, braucht erst untersucht zu werden, wenn wir, die Hypothese der „nichtkapitalistischen“ Wirtschaft aufgebend, den Kapitalisten in den Kreis der Mitbetheiligten eingeführt haben werden. Aber auch der Bedarf der Grundeigenthümer kann an dieser Stelle noch aus der Betrachtung ausscheiden, weil nach der — übrigens auch richtigen — Annahme Ricardo's die Grundrente, und also die Grundlage des Bedarfs der Grundeigenthümer, keinen Theil der Getreide etc. -Preise bildet. Es bleibt also nur der Bedarf der Arbeiter, zumal ja auch nur durch ihre Vermehrung allein nach Ricardo'scher Auffassung die Wirkung des sog. Bodengesetzes in die Erscheinung tritt. Wie gross ist also dieser Bedarf und nach welchen Gesetzen vermehrt er sich?

Da stossen wir nun vor Allem gleich auf eine Zweideutigkeit des Begriffes Bedarf, die zu beseitigen ist. Man kann nämlich entweder, wie es im gewöhnlichen Leben meistens geschieht, an den gegebenen Bedarf, an die gegebene Nachfrage des grossen Marktes denken, d. h. an den Massenbedarf der zufällig vorhandenen kaufkräftigen Konsumenten, diesen Bedarf als ein Ganzes oder als eine Summe betrachtet, gleichviel nach welchen Gesetzen oder aus welchen Bestandtheilen sich diese zusammensetzt. Man kann aber, zumal bei Berücksichtigung der oben berührten Kongruenz von Produzenten und Konsumenten, auch an denjenigen Bedarf denken, welcher sich zunächst in der Wirtschaftseinheit der einzelnen Individualwirthschaften giebt. In der stationären, für die wissenschaftliche Betrachtung maassgebenden Volkswirtschaft des Beharrungszustandes, setzt sich ja der erstere Bedarf, der Gesamtbedarf, erst als Summe der Individualbedarfe, als ein Vielfaches derselben zusammen. Es genügt also, die typischen Gesetze des Individualbedarfs der Einzelwirthschaften ins Auge zu fassen. In der stationären Volkswirtschaft mit den ebenso stationären Einzelwirthschaften ist nun dieser Bedarf eine gegebene feste Grösse. Der Bedarf der Arbeiter, auf den es nach den Gesetzen zunächst allein ankommt, ist eben erstens durch die Grösse der einzelnen Arbeiternahrungseinheiten und zweitens durch die Zahl dieser Nahrungseinheiten, d. h. durch die Zahl der Arbeiter bestimmt, die

beschäftigt werden und solche Arbeiternahrungseinheiten in Gestalt ihres Lohnes zugetheilt erhalten.

Was nun zunächst die erstere Grösse, also den Umfang der einzelnen Nahrungseinheit betrifft, so ist auch schon Ricardo der Erfassung dieser wichtigen Einheit sehr nahe gekommen, nämlich durch die Aufstellung des von ihm der Sache nach gefundenen und von Lassalle erst später so markant benannten „ehernen Lohngesetzes“. Der Lohn als natürlicher Preis der Arbeit gedacht, d. h. der Bedarf an Nahrungsmitteln, „der nothwendig ist, um die Arbeiter, einen mit dem Anderen, in Stand zu setzen, zu bestehen und ihr Geschlecht fortzupflanzen ohne Vermehrung und ohne Verminderung“, ist auch nach seiner Lehre die im Wechsel der Dinge konstante, natürliche stabile Grösse des Ruhe- und Beharrungszustandes, von welcher alle übrigen wirthschaftlichen Grössenbegriffe abhängig sind. Nur vernachlässigte der Meister bei der Bestimmung des Umfanges und des Wesens dieser Einheit die sie verursachenden sozialen Momente. Zwar verkennt er nicht, dass der Umfang der Lohnbezüge „nach Sitte, Gewohnheit, Volkscharakter und Zeit“ — und das sind sicherlich soziale Momente — sehr verschieden sind; aber er meint, dass, abgesehen von dem zeitlich und örtlich gegebenen verschiedenen Umfange dieses Minimalsatzes, es doch rein ökonomische Ursachen sind, welche den Arbeiter immer auf diesen Satz zurückwerfen, nämlich: „die Unvernunft und der Mangel an Bedachtsamkeit auf Seiten der Arbeiter“ in Verbindung mit „der Kargheit der Natur, welche verhindert, dass die Produktion der vermehrten Bevölkerung und ihren Bedürfnissen gerecht wird“. Die Geschichte hat diese Behauptungen längst Lüge gestraft und strafft sie täglich Lügen. Die Höhe des Lohnes hängt dauernd nicht mit dem jeweiligen Steigen und Fallen der Produktivität und der Unachtsamkeit sowie der Heirathlust der Arbeiter zusammen. Denn ehe in Folge der erhöhten Kinderzeugung die Grösse des Arbeitsangebotes effektiv vermehrt würde — es bedürfte dazu mindestens 14–20 Jahre — haben sich die wirthschaftlichen Verhältnisse, besonders heute, aus tausend anderen Gründen längst verschoben. Es ist hierüber auch sonst soviel gesagt und geschrieben worden, dass ich mich bescheiden darf. Der standard hebt und senkt sich aus ganz anderen Gründen, er hat sich trotz aller Bevölkerungszunahme verbessert und wird es in Zukunft vielleicht in noch grösserem Maasse thun, weil es den Arbeitern trotz alledem gelungen ist und gelingen wird, als gleichfalls berechnigte Partizipanten, als Menschen und

Bürger, auf den Umfang ihres eigenen standard machtvoll einzuwirken. Das eherne Lohngesetz im Ricardo'schen Sinne und die von Malthus aufgestellten Gesetze, durch welche dieses Lohngesetz seine vermeintliche naturwissenschaftliche Begründung gefunden haben soll, werden für die praktisch verwerthbare Nationalökonomie kaum noch nachhaltigen Werth haben. Die Vermehrung der Produktivität scheint heute wirklich mindestens gleichen Schritt mit der Vermehrung der Bevölkerung halten zu wollen, die Malthus'schen Wahrheiten gelten doch kaum noch für die Menschen der modernen Kulturvölker, sondern nur noch für das Thierreich und die Pflanzenwelt.

Aber nehmen wir einmal getrost an, Ricardo und Malthus wären im Rechte, die Arbeiter lebten in Folge ihrer „Unvernunft“ und wegen der „Kargheit der Natur“ immer auf dem *qui vive*, so dass, falls nicht der Fortschritt der Technik die Produktivität auf gleichem Fusse mit der Volksvermehrung erhielte, ein Theil der Bevölkerung immer auf den Aussterbeetat zu stehen käme. An der Thatsache, dass die Nahrungseinheit die Grundlage für die Werthbildung und den Umfang des Bedarfs des einzelnen Arbeiters abgiebt, würde hierdurch Nichts geändert. Ob der „eherne“ Rahmen der Nahrungseinheit durch den jeweiligen Stand der Produktivität, wie Ricardo meint, oder ob er im Sinne unserer Theorie durch die sozialen Macht- und Abfindungsgesetze gezogen wird, wäre für den Begriff der Nahrungseinheit an sich gleichgültig, es hätte dies nur auf den grösseren oder geringeren Umfang der Einheit bzw. des Arbeitslohnes seinen Einfluss.

Die Frage bleibt, wie es mit dem oben postulirten zweiten Faktor des Arbeitsbedarfes, mit der Zahl der beschäftigten und gelöhnten Arbeiter und der von ihnen mit ihrem Lohn auf den Markt ausgeübten Nachfrage bestellt ist. Ricardo spricht hier konstant von einer Vermehrung der Bevölkerung und ihrer Nachfrage nach Getreide. Wie ist diese Vermehrung aber möglich, wenn man, nach der Auffassung der britischen Schule, immer am „Rande der Kultur“ dahinschwebt? Im stationären Zustande, d. h. in einem Zustande, wo die Kultur und die Produktivität stille steht, wäre sie ja schlechterdings gänzlich ausgeschlossen; denn Ricardo müsste den Ueberschuss über den alten Arbeiterbestand konsequenterweise ins Gras beißen lassen, es wäre nach Malthus' widrigen Worten für ihn kein Konvert gedeckt. Hier könnte von einem „vermehrten Bedarfe“, der den Anbau schlechterer Ländereien „gebietet“, nicht die Rede sein. Der allein „Gebietende“

wäre der Grundherr, der doch — wenn man wie Ricardo das freie Walten der egoistischen Triebe voraussetzt — nicht so thöricht sein wird, auf Kosten seines Rentenüberschusses mehr Menschen wie früher zu beschäftigen und glücklich zu machen. Und wie lange sollte eventuell eine solche Wirthschaft à fonds perdu andauern, da die „Kargheit der Natur“ schliesslich auch dieser Gnadenwirthschaft ein Ende machen müsste? Der „Tag des Gerichts“, wie Rodbertus spöttisch sagt, wäre längst angebrochen. Wie hilft sich Ricardo aus dieser Noth? Folgendermaassen. „Zum Glücke“, sagt er, „wird von Zeit zu Zeit entgegengewirkt durch die Verbesserungen im Maschinenwesen . . . sowie durch Entdeckungen in der Landwirthschaftslehre, welche uns in Stand setzen, einen Theil der früher nöthig gewesenenen Arbeit aufzugeben und deshalb den Preis des ersten Bedürfnisses der Arbeiter (des Getreides) herabzusetzen“.

In der That ist dieser Ausweg vom Standpunkte aus, den Ricardo gewöhnlich voraussetzt, nämlich vom Standpunkte eines reicheren und kultivirteren Landes mit einer „sich um die Unterhaltungsmittel drängenden und drückenden Bevölkerung“ der einzig mögliche. Es wäre da in der That eine Beschäftigung von mehr Arbeitern nur unter der Voraussetzung denkbar, dass eine Erhöhung der Produktivität eine vermehrte Heranziehung von Arbeitern nicht nur möglich, sondern auch rentabel mache. Die erhöhte Produktivität, und nur diese ausschliesslich und allein, ermögliche dann die Heranziehung einer vergrösserten Arbeitermasse mit ihrem vergrösserten Bedarf und liesse günstigenfalls ausserdem noch eine Erhöhung des Ueberschusses über die Arbeiternahrungseinheiten und also eine Vergrösserung des Grundrentenbezuges zu. Das Ergebniss dieser aufsteigenden Wirthschaftsperiode wäre doch aber auf einen umgekehrten Kausalzusammenhang, als wie ihn sich Ricardo vorstellt, zurückzuführen. Nicht der erhöhte „Bedarf“ würde die Heranziehung und vermehrte Ausnutzung des Grund und Bodens und auch die Kultivirung noch schlechterer Ländereien „gebieten“, sondern umgekehrt, es würde die ermöglichte Ausnutzung des bisher latenten Reichthums der Erde und der im Menschen schlummernden und geweckten Fähigkeiten eine Ausdehnung des Bedarfes ermöglichen und verursachen. Adam Smith und Malthus ziehen denn auch diese Konsequenz ganz logisch und folgerecht. Sie nehmen, noch ganz auf physiokratischem Boden stehend, an, dass „die Nahrungsmittel die

eigene Beschaffenheit besitzen, sich ihre Nachfrage selbst zu verschaffen, oder eine Anzahl von Begehren hervorzurufen, die zur Menge der hervorgebrachten Lebensmittel in Verhältniss steht“. Sie lassen demgemäss die Grundrente mit der zu- und abnehmenden Produktivität steigen und fallen. Und A. Smith besonders betont die Harmonie der Interessen aller Bevölkerungsklassen, indem er ausführt, dass alle durch die Produktivität gewinnen müssen: der Naturalüberschuss giebt auch einen Werthüberschuss.

Es sind das Alles bekannte alte Sätze der Physiokratenschule⁷ (vergl. oben S. 101), und sie bleiben für alle Theorien konsequent und wahr, welche sich wie jene Schule nicht von der Anschauung zu emanzipiren vermögen, dass ausschliesslich die rein ökonomische Kategorie, die Schwerkraft der Naturgesetze und das Maass ihrer technisch-wirtschaftlichen Ausnutzung die national-ökonomischen Gesetze diktiren. In dieser Anschauung sind mehr oder minder sämmtliche Theoretiker, von A. Smith und Say bis Hermann und bis zur Grenznutzenschule hinauf befangen, und zwar die letztere in soweit, als auch sie die durch die jeweilige Produktivität gegebenen „Mengenverhältnisse“ der Güter entscheidend sein lässt. Der vermeintliche Fortschritt jener Schulen besteht vielfach nur in der Verallgemeinerung des physiokratischen Irrthums, indem sie neben der Natur auch der Arbeit, besonders aber dem Kapital die Wertherzeugung, Werthbildung und die Mehrung der Völker und ihres Reichthums zuschreiben. Man könnte beinahe versucht sein, auch Ricardo einen solchen versteckten oder besser unbewussten Physiokraten zu nennen, nur dass er, im Gegensatz zu dem reinen und unverfälschten Physiokratismus, das natürliche „produit net“ dem Kapital „zurechnet“.

Ricardo ist, *sit venia verbo*, ein physiokratischer Kapitalist, ein kapitalistischer Physiokrat, er lässt den „Ueberschuss“ durch das Kapital entstehen oder doch vom Kapital aufsaugen, indem er dem letzteren in naiver Weise (oder ist es sozialpolitische Tendenz, durch welche der Staatsmann Ricardo beeinflusst wird?) die Rolle des wirtschaftlichen spiritus rector vindiziert.

Er sucht sich jedoch jenen von A. Smith und Malthus gezogenen Konsequenzen in folgender Weise zu entziehen. An Smith'sche Beispiele anknüpfend, behandelt er im 24. Kapitel einen besonders krassen Fall plötzlicher landwirtschaftlicher Ertragsvermehrung, indem er annimmt, dass statt des kostspielig zu produzierenden Getreides

die Kartoffeln die allgemeine Volksnahrung werden, wie es etwa der Reis in einigen Ländern ist, so dass angesichts des viel grösseren Ertrages an Nahrungsmitteln, den man bekanntlich durch Anpflanzung von Reis und Kartoffeln auf gleich grossem Acker erzielen kann, nach Abzug des an die Arbeiter abzugebenden Antheils vom Ertrage ein weit grösserer Ueberschuss zur Verfügung bleibe. Smith sei im Unrechte, wenn er diesen Ueberschuss den Grundherren zufallen lasse, er falle vielmehr den Kapitalisten in Gestalt des erhöhten Gewinnsatzes zu. Der wirkliche Verlauf in Folge der landwirthschaftlichen Verbesserung sei folgender: Es seien die Grundherren, welche lange Zeit hindurch einen ausserordentlichen Abzug von der Rente zu erdulden haben würden: denn der Preis der Nahrungsmittel ginge, bis die Bevölkerungsvermehrung dem nun ermöglichten vielfach vergrösserten Nahrungsmittelertrage entsprechend stattgefunden habe, erheblich herab, weil der alte Bedarf nunmehr auf den besseren Grundstücken allein gedeckt werde, viel Boden müsse gänzlich verlassen werden, auf den besseren jetzt bebauten Grundstücken bliebe nach Abzug des Arbeitslohnes ein viel grösserer Ertrag übrig, dies Mehr fiesse dem Kapitale zu, die Gewinnste würden mächtig steigen, der erhöhte Gewinnsatz sei aber der Kapitalansammlung und Kapitalmehrung günstig, diese Kapitalmehrung gebe, als erhöhter Lohnfonds, die Möglichkeit einer vermehrten Arbeiterbevölkerung, und durch diese erst trete ein erhöhter Bedarf an Nahrungsmitteln hervor; diese vergrösserte Nachfrage „gebiete“ dann, auch die schlechteren Ländereien wieder in Kultur zu nehmen, und erst am Schlusse führe der Gang der Entwicklung, durch diese Mittelstufen hindurch, zu dem von A. Smith fälschlich als unmittelbare Folge angesehenen Ergebniss, dass sich die Grundherren des Vortheils einer Erhöhung ihrer Grundrenten erfreuen würden. Die Rente steige nicht, wie Malthus annehme, unmittelbar und nothwendig mit der Zu- und Abnahme der Fruchtbarkeit des Bodens, seine gesteigerte Ergiebigkeit setze ihn nur in Stand, für die Zukunft eine erhöhte Rente zu entrichten; allein etwas Anderes sei es, im Stande sein, eine Rente abzuwerfen, und etwas Anderes, wirklich eine Rente zu bezahlen. Eine hohe Rente könne nur von einem hohen Preise der Erzeugnisse abhängig sein; erst wenn der hohe Preis vorhanden, so müsse die Rente hoch sein im Verhältnisse zur Fülle und nicht zur Spärlichkeit des Ertrages (32. Kapitel).

Da Ricardo hier mit seiner eigenthümlichen Kapital- und

Kapitalzinslehre operirt, so kann die endgültige und volle Widerlegung der von ihm vorgeführten Gedankengänge an dieser Stelle noch nicht stattfinden. Es kann dies erst nach Einfügung des „Kapitals“ (als historische Kategorie) in die Betrachtung erfolgen. An dieser Stelle drängen sich nur folgende Zweifel auf: Wie reimen sich die Ricardo'schen Sätze mit seinen übrigen Grundauffassungen, d. h. mit der Annahme des ewigen „Drängens und Drückens“ der Bevölkerung, womit er doch sonst sein ganzes System begründet? Leitet er doch das alles Andere erst bestimmende Gesetz des ehernen Arbeitslohnes gerade davon ab, dass der Uebergang zum Besseren nur immer eine kürzere Dauer habe, nämlich nur bis dahin, wo die Vermehrung der Bevölkerung wieder den alten Zustand der Kargheit herbeigeführt habe, und so die Abweichungen des blossen Marktpreises immer wieder auf den normalen Satz des „natürlichen“ Wertbes zurückleiten. Vernachlässigt Ricardo bei dem vorgeführten Beispiel plötzlicher Ertragsmehrung nicht eben den sonst von ihm so treffend und sorgsam auseinandergehaltenen Unterschied zwischen den vorübergehenden Marktgesetzen und den tieferen nationalökonomischen Fundamentalgesetzen (vergl. das vierte Hauptstück)? Erklärt er doch selbst, im 24. Hauptstück, dass die schliessliche Bevortheilung der Grundeigentümer nichts Anderes als ein Ausfluss des sonst von ihm vertretenen allgemeinen Grundsatzes sei, wonach „alle aussergewöhnlichen Gewinnste ihrer Natur nach nur von beschränkter Dauer sind, da der ganze Ueberschuss des Bodenerzeugnisses, nach Abzug eines mässigen bloß zur Kapitalansammlung ermunternden Gewinnes, dem Grundherrn schliesslich zufallen muss“? Wenn, frage ich, die natürlichen Gesetze den ehernen Arbeitslohn ergeben, wenn ferner die Entwicklung auch den Kapitalgewinn immer auf den niedrigen, bloß die Kapitalvermehrung ermunternden Minimalsatz herabdrückt, muss dann nicht folgerecht die Vermehrung der Grundrente schon a priori aus der Vermehrung der Produktivität abgeleitet werden, da dann naturgemäss für die Rente nur das übrig bleibt, was jene beiden Abfindungen vom jeweiligen Ertrage des natürlich begrenzten Produktionssegens übrig lassen? — Wie denkt sich überdies der grosse praktische Volkswirth Ricardo die Möglichkeit, dass minder fruchtbares Land verlassen werden soll. Der Grund und Boden ist ringsherum im Besitz von Eigenthümern, die Eigenthumsmaschen umspannen grosse und kleine, fruchtbare und unfruchtbare Flächen. Die Be-

sitzer kleinerer oder unfruchtbarer Ländereien werden diese schwerlich verlassen. sie werden die vermehrte Fruchtbarkeit durch Erzielung eines — zum grossen Theile von ihnen und ihren Leuten selbst verbrauchten — Ertrages oder durch die dann ermöglichte Ersparung an den Produktionskosten mit Vergnügen und Wohlbehagen dankbarst ausnutzen. und die Besitzer grösserer oder besserer Komplexe, welche durch ihr Angebot den grossen Markt versorgen. werden doch nicht so unvernünftig sein. nun soviel mehr Nahrungsmittel zu erzeugen. dass der Markt sie nicht aufnehmen kann. Dies ist nach allgemein anerkannten Gesetzen unmöglich. die keiner besser. wie Ricardo selbst an anderen Stellen anerkannt und für seine Lehrmeinungen benutzt hat. Wie nämlich Ricardo selbst treffend. z. B. im 32. Kapitel. ausführt. ist der Umfang der Produktion von der Nachfrage abhängig. „Welchen Grund kann ein Pächter haben. mehr Getreide zu pflanzen. als wirklich begehrt ist. wenn die Folge davon eine Herabdrückung seines Marktpreises unter den natürlichen Preis und folglich eine Verkürzung um einen Theil seines Gewinnstes ist. indem dieser unter den allgemeinen Satz herabgesetzt wird.“ „Würde durch Zufall eine grössere Menge hervorgebracht. so würde sie unter ihren natürlichen Preis sinken. und folglich die Hervorbringungskosten nebst dem üblichen und gewöhnlichen Kapitalgewinnste nicht bezahlen: so würde nun das Angebot zurückgehalten. bis es sich der Nachfrage gleichstellte und der Marktpreis auf den natürlichen stiege.“ Man wählt eben ein anderes Kultursystem. mit welchem nicht mehr Produkte wie früher. aber unter geringeren Kosten in veränderter Wirthschaftsweise produziert werden. Die bisher angebauten schlechtesten Ländereien werden nicht verlassen werden. Gerade umgekehrt: es werden jetzt in Folge der Verbesserungen noch schlechtere Bodenklassen kultivirbar. Der Fall. dass in Folge erhöhter Produktivität die unfruchtbareren Ländereien verlassen worden seien. ist in der Geschichte wohl noch nicht vorgekommen. In der Industrie allerdings verdrängen die zeitgemäss und rationell geleiteten Betriebe. da ihr Wirthschaftssystem. wie oben ausgeführt. Allgemeingut wird. schliesslich die schlechteren vom Markte. In der Landwirtschaft dagegen ist es anders. Es ist nicht denkbar. dass der Bedarf einer in sich geschlossenen Volkswirtschaft nach Ausschluss der schlechteren Ländereien durch die bevorzugten allein seine Deckung findet. In der Landwirtschaft geht der Anstoss für die Aenderung der Preisgesetze und der Gesetze der Grundrenten-

bildung nicht von oben nach unten, sondern er geht umgekehrt von den schlechtesten Grundstücken aus, die noch bebaut werden können, weil sie die nothwendigen Nahrungseinheiten hervorbringen. Wo Ländereien verlassen worden, wie z. B. in den Zeiten der spätrömischen Herrschaft in Italien, oder wo sie nach den Befürchtungen vieler Agrarier künftig in Deutschland u. s. w. ansser Kultnr gesetzt werden sollten, da kommen doch ganz andere Gründe als die wachsende Produktivität in Frage. Ein Hauptgrund der agrarischen Kalamitäten im antiken Italien war die Ueberschwemmung mit ausseritalienischem Getreide, und heute wieder sind es wirklich ganz ähnliche Gründe, welche von der nothleidenden Landwirthschaft als Ursachen ihrer Verlegenheiten verantwortlich gemacht werden. Nicht Ueberproduktion im Inlande, sondern die nachhaltige Ueberfüllung des inländischen Getreidemarktes durch die ausländische Getreideproduktion ist der Grund der entstandenen Verlegenheiten. Doch hiervon an anderer Stelle; denn bei unseren jetzigen Untersuchungen, wie bei den kritisirten Ricardo'schen Sätzen, handelt es sich um eine in sich abgeschlossene Volkswirthschaft, wo Produktion und Konsumtion derselben Volksangehörigen ein aufeinander angewiesenes organisches Ganze bilden.

Kommen wir somit zur Erkenntniss, dass auch Ricardo wie alle übrigen Produktivitätstheoretiker eigentlich zum Zugeständniss genöthigt gewesen wäre, dass die Produktivität den Bedarf bestimmt, dass gerade Ricardo also nimmermehr diesen Bedarf und das Steigen und Fallen desselben als zureichenden letzten Grund der Höhe des Getreidepreises und der Grundrente aufstellen durfte, so ist um so mehr zu betonen, dass der „Bedarf“ eine sehr entscheidende Rolle in einem nationalökonomischen System zu spielen berufen wäre, wo er nicht ohne Weiteres als ein mechanischer Ausdruck der durch die natürlichen Produktionsbedingungen jeweilig gegebenen Produktionsmengen erscheint, sondern erst aus den sozialen Organisations-, Vertheilungs- und Abfindungsverhältnissen grössenmässig abgeleitet wird. Setzt sich der Bedarf erst aus dem Umfange der durch die sozialen Machtverhältnisse gegebenen Grösse der Nahrungseinheiten zusammen, bestimmen erst die eigenthümlichen sozialen Organisationsverhältnisse und Berufswie Standesgliederungen, wieviel Arbeit und Arbeiter überhaupt Beschäftigung finden, und wieviel Kapital rationell zur Anwendung kommen kann, so liegt auf der Hand, dass je nach dem wechselnden Umfange von Bedarf an Arbeit und Kapital und je nach der Menge

und Grösse der sozialen Abfindungsquoten ganz verschiedene Quantitäten von Rohprodukten begehrt und demgemäss von den Landwirthen überhaupt produziert und verkauft werden können. Der Verkauf der Rohproduktenmenge ist das anschliessliche Medium, durch welches der Grundrentenbezug zur Realisirung gelangt. Der Gesamterlös aus dem Kaufpreise hängt ausser von der Höhe des Getreidepreises pro Scheffel u. s. w. im Einzelnen von der effektiv möglichen Menge des Gesamtabsatzes ab, und nicht von der rein akademischen Grösse des theoretisch grösstmöglichen physikalischen Produktionsertrages. Es ist theoretisch denkbar, aber für die modernen Staaten mit ihrer hochentwickelten Arbeitstheilung und Vergesellschaftung der Produktion ein reiner Zufall, wenn sich einmal gerade diese theoretische Phantasiegrösse mit dem effektiven Bedarfe der Wirklichkeit decken sollte. Ich glaube, wie viele Andere, dass der effektive Bedarf glücklicher Weise weit hinter jener Maximalgrösse zurückbleibt. Ich sage glücklicher Weise; denn in dieser Differenz liegt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zum grössten Theile eingeschlossen, vergl. oben S. 46.

Es ergibt sich somit die Gesamtsumme der begehrten und deshalb dauernd allein verkäuflichen und produzierbaren Rohproduktenmenge durch Multiplikation der Zahl der begehrten Nahrungseinheiten mit dem Umfange der zur Herstellung der einzelnen Nahrungseinheit erforderlichen Rohproduktenmenge. Der Werth und Preis dieser letzteren Grösse ist nach den Seite 343 aufgestellten Sätzen gegeben. Der Werth des Gesamtprodukts ergibt sich durch die gleiche Multiplikation.

Diese so gefundene Gesamtmenge mit ihrem gegebenen Gesamtpreise vertheilt sich nun auf die einzelnen Grundstücke, die dann je nach ihrer Lage und Fruchtbarkeit und durch Anwendung des je für sie rationellsten Wirthschaftssystems (Kulturart) an dem nach Abzug der Auslagen an Kapital, Kapitalzins und Arbeitslohn übrig bleibendem Ueberschusse verhältnissmässig partizipiren. Mit dem Steigen der Bevölkerung und ihres Bedarfes muss die Grundrente nothwendig steigen, erst hierdurch entsteht für sie die Möglichkeit, in jene potenzielle Grösse der möglichen Ertragsvermehrung hineinzuwachsen, ohne dass sie ihn thatsächlich je zu erreichen braucht. Es ist vielleicht eine der grössten und verhängnissvollsten Oberflächlichkeiten, welche man sich denken kann und der man doch so oft, aus dem Munde von „Praktikern“ mit der An-

naassang besonders tiefsinniger Gelehrsamkeit vorgetragen, begegnet, dass weil thatsächlich der Getreidebedarf der Nation zu einem grösseren Theile vom Auslande bezogen wird, dies auch so sein müsse und dies als eine unabänderliche und ergebungsvoll hinzunehmende natürliche Nothwendigkeit aufgestellt wird, als eine Nothwendigkeit, die sich ganz selbstredend aus der Bodenarmuth des einführenden Landes und seiner mangelnden natürlichen Produktivität ergebe. Es ist ja richtig, dass der Umfang des zu erzielenden naturalen Produktionsertrages in seinem möglichen Maximum von der natürlichen Produktivität abhängig ist, nemo ultra posse, die Vertheilung hat ihre Grenze an der Produktion. Aber etwas ganz anderes ist die Ausnutzung des potenziellen Maximums, die Auslösung der latenten Energien. Die Produktivität an sich mag sich erhöhen, soviel wie sie will, ihre Ausnutzung ist von der Grösse des sozialen Bedarfes abhängig, über welchen sich die Produktion dauernd nicht zu erheben vermag. Wird zuviel erzeugt, so sinkt der Preis in Folge des Ueberangebots immer wieder auf den „natürlichen“ Werth, die Abweichungen nach oben und unten stellen nur Marktschwankungen dar.

Um das Ergebniss zusammenzufassen: Ricardo hat in dem von ihm aufgestellten Typus der letzt bebauten schlechtesten Ländereien, welche keine Grundrente liefern, eine höchst anschauliche und handlige „Eselsbrücke“ geliefert. Die auf diesen Ländereien verwendeten Arbeitskosten ergeben den Werth der Rohprodukte, und die Differenz des Ertrages dieser Ländereien mit dem der besseren ist die Grundrente. Aber dieser Satz enthält Nichts weiter als eine höchst triviale und sehr mechanische Wahrheit, er ist nur das rohe Resultat anderweitiger, viel tiefer liegender Ursachen, er ist kein Grundgesetz der natürlichen Werthbildung, es ist mit ihm genau so viel und so wenig anzufangen, wie mit dem Fundamentalsatz der Grenznutzenlehre, wonach Grenznutzen und Grenzkosten den Werth „bestimmen“. Die schlechtesten Ländereien, die keine Grundrente geben, sind nach beiden Betrachtungsweisen, nach der Ricardo'schen und nach der hier vertretenen, der wirthschaftliche Mikrokosmos, in welchen die Werthgesetze rein zur Erscheinung und Anschauung gelangen, wo sie als Resultate in usum delphini zum Ablesen bereit liegen. Aber ob jener Mikrokosmos den Werth „bestimmt“, oder ob die aus tieferen anderweitigen Gesetzen sich erst ergebenden Abfindungsquoten bestimmen, welche Ländereien noch anbaufähig sind, das ist ein Unterschied, wie der

zwischen dem alten Weltensystem, wonach sich die Sonne um die Erde, und dem neuen System, nach welchem sich die Erde um die Sonne dreht. Viele alten Theorien der Volkswirtschaftslehre haben mit den alten Welttheorien gemein, dass sie Manches leidlich erklärten und manche wissenschaftlichen Wahrheiten und praktischen Thatsachen aufdeckten. Weil sie eben Alles umkehrten und auf den Kopf stellten, blieb die äussere Erscheinung und der äussere Zusammenhang vieler Dinge der gleiche. Man lässt ja auch noch heute für viele Betrachtungsweisen die Sonne ruhig „auf- und untergehen“. Am Lauf der Sterne ist Nichts zu ändern, wohl aber am Laufe der Wirthschaftswelt. Daher die grosse Wichtigkeit, die festen Punkte richtig zu erkennen, um welche sich diese Welt bewegt.

Es ist die höchste Zeit, dass wir die Untersuchung des ohne die Existenz des Kapitals — d. h. des Gewinn abgebenden Kapitals oder des Kapitals der historischen Kategorie — gedachten Wirthschaftszustandes abbrechen, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob die abgeleiteten Sätze nicht für die heutige durch und durch kapitalistische Wirthschaftsordnung zuträfen, und als ob es sich um die Ausmalung utopistischer Zustände handele. Zwar war es keine eigentliche Utopie, die ich schilderte, sondern ich bin, wie gesagt, leidlich historisch vorgegangen, da der vorausgesetzte Zustand sehr an die Formen des antiken und mittelalterlichen Wirthschaftslebens erinnerte, wo der dritte Faktor, das Kapital, in seiner Gestalt als Vertheilungsfaktor seine Wirkung noch nicht geltend machte. Ausserdem verfolgte ich mit der Zngrundelegung eines „nicht-kapitalistischen“ Wirthschaftszustandes den Zweck, zu zeigen, wie sich begrifflich die Grundrente keineswegs erst aus dem Kapitalgewinn heraus entwickelt.

Im kapitallosen Zustande kam nur der „Bedarf“ der Arbeiter in Betracht. Wie steht es nun, wenn wir uns den Bedarf der Kapitalisten hinzudenken? Wie äussern sich die Wirkungen dieses Bedarfes, was ändert sich überhaupt an dem Gesetze der Preisbildung und der Grundrente?

Nehmen wir also an, es hat sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung, wie es wirklich geschehen, das Kapitaleigenthum zwischen Arbeit (Handwerk) und Grundbesitz eingeschoben, es ist die kapitalistische Unternehmung als Grundform für die sämmtlichen in der Volkswirtschaft verbundenen Einzelwirthschaften überall dominierend

in den Vordergrund getreten. In der Industrie wie im Handel hat sie die Produktion und den Umsatz für den Markt fast ausschliesslich in die Hände genommen, und sie hat sogar auch den landwirthschaftlichen Betrieb, nach Beseitigung der mit der Schollenpflichtigkeit des landwirthschaftlichen Arbeiters verbundenen Natural- und Hofwirthschaft, in kapitalistische Unternehmungen verwandelt, ja Grund und Boden selbst zum „Kapitale“ gemacht. Was Wunders, wenn solch ein Ergebniss der historischen Entwicklung die britische Theorie geblendet hat, wenn besonders Ricardo, zumal angesichts der in England auch den landwirthschaftlichen Betrieb beherrschenden kapitalistischen Pächterwirthschaft, die ganze Wirthschaftswelt einseitig unter dem Zeichen des Kapitalismus betrachtete, wenn er, dem äusseren Scheine folgend, das Kapital als den gegebenen Fonds ansah, von dessen Existenz, Grösse und Anwachsen die Grösse der Bevölkerung und der Umfang des Volksreichthums abhängen. Statt als Ausgangspunkt seiner Deduktion einen Wirthschaftszustand zum Typus zu wählen, wo das Grundeigenthum wenigstens neben dem Kapital mit all seinen Konsequenzen wirksam sein konnte, statt anzunehmen, dass — der zu erklärenden Wirklichkeit entsprechend — praktisch genommen alles Land mit „Eigenthumsmaschen, wie mit einem Netz überzogen ist“, geht er von einem hypothetischen Zustande aus, in welcher vom Grundeigenthum gänzlich abstrahirt wird. „Im Anfang war das Kapital“: sein Typus entrückt uns in ein Land, wo es im Beginne der Entwicklung gar kein Grundeigenthum, sondern nur Kapital und Arbeit oder, da nach seiner Theorie die Möglichkeit, Arbeiter zu ernähren, lediglich vom „Lohnfonds“, also vom Kapitale abhängt, es im Grunde nur Kapital giebt. Mit diesem Kapitale und der Arbeiterschaft, die demselben wie ein Bienenschwarm, durch magische Gewalt angezogen, zu folgen scheint, rücken die Kapitaleigenthümer in ein „neues Land, wo im Vergleiche mit der Bevölkerung Ueberfluss an fruchtbarem Boden ist und also blos Boden No. I bebaut zu werden braucht.“ Hier blüht der kapitalistische Weizen in seiner ganzen Güte und Reinheit, das Land ist „herrenlos“ in Ueberfluss da, es kann sich „Niemand unterstehen, zu sagen: der Boden ist mein, und es muss mir für den Dienst, den er leistet, etwas bezahlt werden. Er ist frei wie Licht, Luft und Wasser“ (Say). Die Arbeiter bekommen ihren Lohn, wie im alten Lande, wenn auch etwas reichlicher, sie folgen in blinder uneigennütziger Gewohnheit! Da wird denn natürlich „der ganze Reinertrag dem Bebauer zufallen und den

Gewinnst von dem Kapitale ausmachen, welches er anlegt.“ Jetzt vergrößert sich die Bevölkerung, d. h. im Ricardo'schen Sinne der für die Ernährung der Arbeiterbevölkerung bei der vorausgesetzten Fruchtbarkeit des jungfräulichen Bodens leicht anzusammelnde akkumulierte Kapitalfonds, der nach Anlage strebt, wenn er nicht seinen Zweck verfehlen soll. Wo soll man mit ihm hin? Boden No. 1 ist bebaut, die ersten Kolonisten sind aber, wie Ricardo stillschweigend voraussetzt, so freundlich gewesen, Boden 2., 3., 4. Klasse u. s. w. als herrenlos und in unerschöpfter Fülle übrig gelassen zu haben. Man bebaut also Boden 2; wenn dieser bebaut ist, Boden 3 und so fort. Das Mehrprodukt und der Werth dieses Mehrprodukts, den je die besseren Bodenklassen über den Ertrag des jeweils bebauten schlechtesten Bodens als vergleichweisen Ueberschuss erzielen, wird Rente. Ueberall wird hierbei der schlechteste, zuletzt angebaute Boden als frei und herrenlos angesehen, und es geht Ricardo von dieser Voraussetzung auch dann nicht ab, wenn er von der Grundrente im zivilisirtesten modernen Staate, in Altengland, handelt. Mit der Richtigkeit dieser Voraussetzung steht und fällt aber die ganze Theorie. Nun ist sie jedoch gänzlich unhaltbar. Sie ist zwei Vorwürfen ausgesetzt. Der eine Vorwurf ist uns schon bekannt; die Voraussetzung widerspricht der historischen Entwicklung und den nackten Thatsachen, da der ganze Grund und Boden in zivilisirten Ländern schon seit Jahrtausenden vertheilt ist, und also kein Stückchen Erde bei uns herrenlos daliegt, wenn man von statistischen Kuriositäten absieht, aus denen aber keine Gesetze für die Volkswirtschaft abzuleiten sind. Indessen ist dieser Vorwurf nicht der schlimmste; denn theoretische Wirthschaftstypen brauchen nicht immer „historisch“ zu sein, sie müssen nur die heute wirksamen Grundelemente enthalten. Ein solches Grundelement ist aber gerade das Grundeigenthum. Indem Ricardo es für die letzte schlechteste, aber für die Werthbildung gerade entscheidende Bodenklasse absichtlich ausschaltet, begeht er den schlimmeren Fehler der methodischen Verirrung. Wenn man mit Abstraktionen und Hypothesen hantiert, um die Wirksamkeit eines einzelnen Faktors in seiner Reinheit zu beobachten, darf man ihn doch vor allen Dingen nicht selbst im Gedanken ausschalten. Diese verkehrte Abstraktion vom Grundeigenthum und der aprioristische Ausschluss des Naturfaktors von der „Beitragszurechnung“ bringt Ricardo zu der verkehrten *petitio principii*, dass „der ganze Reinertrag“ — im Anfange der Kolonisation auf dem einzig bebauten

besten Boden, im Lanf der Entwicklung auf dem jeweilig letztbebauten schlechtesten Boden — „immer den Gewinnst vom Kapitale ausmacht“, der auch für die Pächter der besseren Ländereien massgebend werden müsse, „weil es zwei verschiedene Gewinnsätze nicht geben könne.“

Interessant sind die Versuche Ricardo's und seiner Schule, derartige gegen seine Theorie sich erhebenden Vorwürfen zu begegnen und ihnen von vornherein die Spitze abzubrechen. Dem Einwande, dass die Theorie versage, wenn aller Boden vertheilt sei und Rente trage, hält er entgegen, dass, falls es wirklich wahr wäre, England z. B. wäre im Bodenbau so weit vorgeschritten, dass es daselbst zur Zeit keine Ländereien mehr gebe, die keine Rente ertragen, es nicht minder wahr sein würde, dass es ehemals daselbst solche Ländereien gegeben haben müsse, und dass es für diese Frage ganz ohne Bedeutung sei, ob es daselbst solche jetzt giebt oder nicht; denn es sei, wenn in Grossbritannien Kapital auf Boden verwendet werde, der blos Ersatz für das Kapital sammt dem üblichen Gewinnste leiste, ganz einerlei, ob es auf altem oder neuem Boden verwendet werde. Der Preis des Getreides werde dann auf dem alten Boden durch den Ertrag des letzten Kapitaltheiles bestimmt, der noch gerade die Kapitalauslagen und den üblichen (!) Gewinnst deckt, der Betrag der Rente des schlechtesten Bodens werde in geradem Verhältnisse stehen zu dem Ueberschusse des Tauschwerths der Erzeugnisse über die Kapitalauslagen und den gewöhnlichen (!) Kapitalgewinnst, die Rente auf den besseren Grundstücken übersteige dann die Rente auf dem schlechtesten Boden im Verhältnisse der grösseren Fruchtbarkeit (24. Kapitel).

Abgesehen von dem so nahe liegenden Einwande, dass hierdurch nicht das Wesen der Rente, sondern nur die s. g. Differentialrente, d. h. die verhältnissmässige Verschiedenheit der Grundrenten für die einzelnen Grundstücke erklärt werde, ist wohl zu beachten, dass sich die ganze theoretische Begründung inzwischen verschoben hat. Im Anfange derselben wurde lediglich auf Grundlage und mit Hilfe des als feste Grösse vorausgesetzten „letzten“ landwirthschaftlichen Betriebes der ganze Stoff der Werthbildungsgesetze gewonnen, nämlich vor allem die Menge und der Umfang der nothwendigen Arbeitskosten, welche ja allein allen Werth und also auch den Preis des Getreides bestimmten. Aber es wurde nicht nur dieser Getreidepreis, sondern auch die Höhe des „üblichen“ Kapitalgewinnstes aus dem Ertrage der unfruchtbarsten Boden-

klasse abgeleitet, die Höhe des Gewinnsatzes ergab sich erst aus dem Ueberschusse über die Kapitalanlage bezw. den Arbeitslohn: die Rente war die rechnerische Differenz im Ertrage der Grundstücke. Jetzt aber tritt eine andere Differenz an die Stelle, die Differenz im Ertrage der auf den verschiedenen Bodenklassen angewendeten Kapitalmengen: „Sie (die Rente) ist stets der Unterschied zwischen den Reinerträgen zweier gleichen Mengen von Kapital und Arbeit in ihrer Anwendung auf den Boden“. An Stelle des den Rentenbezug ausschliessenden Ertrages des zuletzt angebauten Bodens tritt jetzt der Ertrag des zuletzt angewendeten Kapitals, „das keine Rente zahlt“ (2. Kapitel). Damit fällt aber die ganze Theorie in ihr Nichts zusammen. Denn die Bestimmung dieses zuletzt angelegten Kapitals basirt auf lauter unbekannten Momenten. Welches soll denn nun die „nothwendige“ werthbestimmende Arbeit sein, welche erst den Werth des Kapitals, d. h. den Werth der „angesammelten Arbeit“ bestimmt? Ricardo definirt dies entscheidende letzte Kapital nur in der Weise, dass es dasjenige Kapital sein solle, welches nur den üblichen Gewinnsatz abwirft, dieser ist dann aber ein völliges x. Ricardo scheint ganz vergessen zu haben, dass er ja gerade, um dieses x zu erhalten, erst künstlich einen Boden suchte, der keine Rente trägt, einen Boden, in dessen Ertrage nur Kapitalgewinn und Arbeitslohn enthalten war!

Er hatte diesen Boden nöthig, um seine ganze Grundrententheorie erst auf die Füsse zu stellen (vergl. oben S. 119 u. 120), aus jenem x wurde ja erst der ganze Gang der Rentenentwicklung abgeleitet. Es wurde ja die ganze allmähliche Entstehung der Rente von Ricardo erst in der Weise entwickelt, dass er aus dem Reinertrag der besseren Ländereien, der früher mit keinem Grundeigenthümer zu theilen war, sondern ganz und voll den Gewinnst des Kapitalisten ausmachte, jetzt sukzessive ein Theil nach dem anderen als Grundrente ausscheiden liess, „die Vortheile, welche fruchtbarer Boden vor geringerem voraus hat, gehen auf keinen Fall verloren, sondern gehen vielmehr blos von dem Landwirth oder Zehrer auf den Grundherrschaft über“. Endlich ist wohl zu beachten, dass der „Ertrag“ des auf altem Boden angelegten letzten Kapitals schon deshalb eine rechnungsmässig gar nicht erfassbare Grösse ist, weil man dem einheitlich gewonnenen, einmassigem „Ertrage“ nicht ansehen kann, was von ihm auf Rechnung des alten und was auf Rechnung des neuen Kapitals fällt. Altes und neues Kapital

ist unterschiedslos für den gleichen Produktionszweck zusammengewürfelt.

Es ist somit als ein streng verwerfliches Beginnen zurückzuweisen, wenn Ricardo im Laufe seiner Untersuchungen einfach voraussetzt, als ob jene erstere Theorie, welche Kapitalgewinn und Arbeitslohn und damit erst die Grundrente aus dem Ertrage des jeweilig letztbehaften herrenlosen Bodens ableitet, mit der zweiten Theorie, nämlich der Theorie, welche vom Ertrage des letztangewendeten Kapitaltheiles ausgeht, wesensgleich sei. Das ist sie keineswegs. In der ersteren Theorie wird der nothwendige Anbau des letzten Bodens und seines abnehmenden Ertragnisses als Grund der Höhe des Kapitalzinses und der Grundrente hingestellt, in der letzteren Theorie ist die — vorher gegebene — Höhe des Kapitalgewinnes der mitwirkende Grund und die Erklärung dafür, in welcher Höhe Grundrente abfällt. Ricardo's eigene Worte bestätigen das. Er fügt dem Satze, dass im Falle vermehrter Kapitalverwendung auf altem Boden der Reinertrag des zuletzt angewendeten Kapitaltheiles entscheidend sei (zweite Theorie), folgende Erklärung bei. „Wenn ein Pächter mit einem Kapitale von 1000 L. von seinem Boden 100 Quarter Weizen zieht, und mit der Anwendung von noch einmal 1000 L. auf demselben Boden noch 85 Quarter mehr, so wird es sein Grundherr beim Ausgange des Pachtvertrages in seiner Gewalt haben, ihn zu einer Rentenzahlung von 15 Quarter oder zur Entrichtung eines Gleichwerthes für die Vermehrung der Rente zu vermögen; denn zwei verschiedene Gewinnssätze kann es nicht geben. Ist er mit einem Minderertrage des zweiten Kapitals von 1000 L. um 15 Quarter zufrieden, so ist es der Fall, weil für dasselbe keine vortheilhaftere Anlage gefunden werden kann. Der allgemeine Gewinnsatz wird (!) in diesem Verhältnisse stehen . . .“

Die grosse Lücke, der Abgrund, in den die Theorie Ricardo's versinkt, bleibt dann in der weder von Ricardo noch von der Wissenschaft überhaupt bis heute annähernd genügend erledigten offenen Frage bestehen: Warum ist der Kapitalist jeweils immer mit einem bestimmten Satze der Abfindung, nämlich dem üblichen Gewinnssatze „zufrieden“? Warum begnügt er sich jetzt mit dem geringeren, immer geringer werdenden Zinssatze an Stelle des früheren höheren, nach Ricardo's Ansicht die spätere Rente mitumschliessenden Satzes? Wohlverstanden: Es ist nicht mehr zu fragen, weshalb begnügt sich das Kapital, d. h. das todte Produktionsmittel, sondern weshalb begnügt sich der Kapitalist als

Mensch und Wirthschafter. als Theilhaber am vergesellschafteten Produktionsorganismus, mit einem bestimmten Antheile? Damit ist das Problem von vornherein als das erfasst, was es ist. als soziales.

§ 42.

Der Kapitalgewinn ist wie der Arbeitslohn eine soziale Abfindungsquote. Parallele zwischen Arbeitslohn und Kapitalgewinn. Der „eherne“ Kapitalgewinn.

Die Leistungsfähigkeit unserer Theorie steht vor einer neuen, harten Probe. Es fällt ihr die Aufgabe zu, die Gesetze des Kapitalgewinnes nunmehr aus der sozialen Kategorie positiv zu ergründen, nachdem unsere Kritik, wie ich glaube, den negativen Nachweis erbracht hat, dass die bisherigen Kapitalzinstheorien in ihrer einseitigen Berücksichtigung der rein-ökonomischen Kategorien die Lösung des Problems nicht herbeigeführt haben, nicht herbeiführen konnten.

Ich knüpfe wieder an Ricardo an, weil, wie gesagt, alle Neueren nichts Besseres an die Stelle seiner Lehre gesetzt haben, und sich in dieser schon die richtigen Keime und Ansätze finden, die nur auf falschen Boden gepflanzt wurden und deshalb keine guten Früchte tragen konnten. Der richtige Ansatz, den ich meine, ist die trotz aller Angriffe der Grenznutzenlehre u. s. w. unumstössliche Wahrheit, dass sich der Werth der Güter — mit Ausnahme der Raritäten — nach der Produktionskostenarbeit richtet. Aber die Theorie blieb nothwendigerweise unvollkommen und schief, weil dieser Satz nur ein abgeleiteter Folgesatz ist, dessen tiefere Gründe unaufgedeckt und deshalb für die Wissenschaft unbenutzt und unverwerthet bleiben mussten. und weil durch das Operiren mit dem abgeleiteten Satze natürlich nur Halbwahrheiten und Irrthümer erzeugt werden konnten. Wir sahen wiederholt, um die kritischen Ergebnisse noch einmal resümirend zu pointiren, dass die Uebereinstimmung des Ertragswerthes mit den auf die Herstellung des Ertrages verwendeten Arbeitskosten in dem von Smith und Ricardo gewählten Ausgangspunkte des „Urtypus“ zufällig zutraf, und zwar nicht nur relativ, sondern, was Ricardo vernachlässigte, auch absolut. Die Uebereinstimmung resultirte daraus, dass die planmässig im Wege der Berufsgliederung erzeugten, durch die rein ökonomischen Produktionsbedingungen und Konsumtionsgewohnheiten ihrer absoluten Grösse nach gegebenen

Nahrungseinheiten in ihren einzelnen Güterbestandtheilen nach Maassgabe der allein „zurechnungs- und beitragsberechtigten“ Arbeits-einlage vertheilt und ausgetauscht werden mussten. Die effektive Wirkungssphäre der Arbeit für die Werthbestimmung resultirte jedoch keineswegs aus der Arbeit in ihrer Gestalt als Produktionsfaktor, sondern in ihrer organischen Wirkung als Medium der Vertheilung. Statt nun für die moderne Wirthschaft den Grund und Boden sowohl wie das Kapital als neue Vertheilungsmedien einzufügen und ihr konkurrirendes Nebeneinanderwirken mit dem ursprünglich als einzig angenommenen Medium, der Arbeit, zu untersuchen, werden die Gesetze des Urtypus oder vielmehr eine aus diesem Typus eines heute gar nicht existirenden Wirthschaftszustandes einseitig und missverständlich entnommene abgeleitete Thatsache blindlings übertragen: es behält das Produkt der angehauchten schlechtesten Ländereien, obgleich jetzt an seiner Herstellung und Vertheilung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Kapitalist theilhaftig ist, lediglich Arbeitskostenwerth, der Kapitalist als neuer Antheilsberechtigter kommt wohl zu seiner Rechnung, aber nur durch Abzug einer entsprechenden Quote von dem nach wie vor nur nach Arbeit bewertheten Gesamtprodukte. Es bringt im typisch wiederkehrenden Beispiele Ricardo's (Seite 63) eine gleiche Arbeitsmenge auf dem jeweils schlechtesten Boden immer ein gleiches Werthprodukt von 720 L. hervor; was die Arbeiternahrungseinheiten übrig lassen, ist der im Verhältniss der Fruchtbarkeit des schlechtesten Bodens seiner Grösse nach beständig wechselnde Kapitalgewinn. Ich sage: der „wechselnde“ Kapitalgewinn; denn er wechselt, tanzt auf und ab je nach dem natürlichen Ertrage jenes letzten Bodens, in anderer Version: nach dem natürlichen Ertrage des zuletzt angelegten Kapitaltheilchens. Im gewöhnlichen Laufe der Kulturentwicklung handelt es sich nach Ricardo allerdings in der Regel nur um die eine, die absteigende Bewegung, um die Tendenz des durch die Abnahme der natürlichen Ertragsfähigkeit hervorgerufenen fortdauernden Zinsfalles. Ein Steigen ergibt sich nur ausnahmsweise, nämlich wenn grosse, die Fruchtbarkeit erhöhende Verbesserungen eingeführt sind, der Zins steigt dann bis dahin, wo die Vermehrung des Kapitals und der Bevölkerung die Produktion immer wieder bis an den „Kulturrand“ zurückgeworfen hat. Dann, meint Ricardo, kann die Kapitalvermehrung unter Umständen ganz stille stehen, da der Trieb zur Kapitalansammlung beim Schwinden der Gewinnste nothwendig sinken müsse. Denn,

sagt Ricardo, „der Pächter und Gewerksmann kann ebenso wenig ohne Gewinn als der Arbeiter ohne Lohn leben“, und die Last zur Kapitalansammlung wird ganz schwinden. „wenn ihre Gewinnste so klein sind, dass sie ihnen nicht einmal eine genügsame Vergütung für ihre Mühe und ihr Wagniss einbringen.“

In diesem aphoristisch hingeworfenen und leider gar nicht weiter verfolgten Gedanken Ricardo's liegt nun meines Dafürhaltens die Lösung des ganzen Kapitalzinsproblems eingeschlossen. Begegnen wir doch in diesem Gedanken endlich einmal einer Auffassung des Kapitalisten als eines wirklichen Menschen, der vom Ertrage seines Kapitals „leben“ will, begegnen wir doch in ihm endlich einmal einer Parallele des Kapitalisten und des Kapitalzinses mit dem Arbeiter und dessen Arbeitslohne! An diese wichtige Parallele muss unsere Theorie natürlich anknüpfen. Es fällt auf und befremdet, dass Ricardo der sich geradezu andrängenden Analogie nicht weiter nachgegangen ist. Warum hat er seinem Gesetze des „natürlichen Preises der Arbeit“ (ehernes Lohngesetz) nicht ein analoges Gesetz des „natürlichen Kapitalgewinnes“ (ehernes Zinsgesetz) zur Seite gestellt? Warum hat er nicht, wie er als natürlichen Arbeitslohn das Existenzminimum des Arbeiters erklärte, d. h. das Lohnminimum, welches die Arbeiterschaft zur Aufrechterhaltung ihrer Arbeiterfunktion nothwendig hat, das Existenzminimum, d. h. den standes- und zeitgenässen standard der Kapitalisten als den natürlichen Kapitalgewinn proklamirt, als den Gewinn, den der Kapitalist nöthig hat, um seine Funktionen als solcher fortzuführen? Diese Gleichstellung lag doch so nahe und gerade für Ricardo; denn wenn die ganze Volkswirtschaft doch immer am Rande der Kultur vorwärts schreitet, warum soll denn der Kapitalist nicht ebenso gut darunter leiden, wie der Arbeiter, da sie doch nach Ricardo's eigenen Ausführungen alle Beide gleich sehr durch die nothwendig werdende Bebauung immer schlechteren Kulturlandes in Nachtheil kommen und — im Maasse, als die glücklichen Grundbesitzer durch die Erhöhung ihrer Renten immer mehr bevorthcilt werden — ihrerseits in eine entsprechend ungünstigere Position zurückgeworfen werden? Wenn Vermehrungstrieb und Konkurrenz die Arbeiter diese immer wieder auf den Satz des ehernen Lohnes herabziehen, warum werden dann nicht auch die Kapitalisten durch die Vermehrung ihrer Kapitale und durch ihre Konkurrenz auf ein ehernes Gewinnminimum getrieben? Wenn es immer eine „Arbeiterreservearmee“ giebt, deren andringende Kon-

kurrenz der Kapitalist sich zu Nutze macht, giebt es dann nicht auch eine überschüssige Kapitalreservemasse, welche dahin wirkt, dass einem Theile des Nationalkapitals in der Krisis ein Massengrab gegraben oder dass doch der allgemeine Zinssatz alles Kapitals, ebenso wie dies sich der Arbeitslohn gefallen lassen muss, auf das necessarium herabgesetzt wird? Ricardo spricht auffälliger Weise von einer Konkurrenz der Kapitalien nur immer in Beziehung auf die Ausgleichung des Gewinnes in den einzelnen Geschäftszweigen: die Konkurrenz der Kapitalisten bewirkt nur die gleichmässige Einweisung des Kapitals in die einzelnen Verwendungsgelegenheiten, vergleiche sein ganzes 4 Hauptstück: „Von dem natürlichen und dem Marktpreise“. Er spricht aber nicht von der Konkurrenz, soweit sie auf das allgemeine Sinken des Kapitalzinses, insbesondere auf das Sinken zum Minimum hinwirkt.

Der Grund liegt auf der Hand: Es giebt nach der britischen Lehre, welcher auch Say, Hermann und alle Lehrer der Freihandelschulen folgen, keine allgemeine Ueberproduktion, sondern es ist nur die partielle Ueberproduktion in einzelnen Produktionszweigen denkbar, welchem dann aber die Ueberproduktion in anderen Zweigen entspricht. Vergl. Say oben S. 106 und 107 und Ricardo 21. Hauptstück: „Wirkung der Kapitalansammlung auf Gewinnste und Zinsen.“ Ricardo wie seine Nachfolger stellen das Kapital immer als einen „Fonds“ dar, dessen Umfang sich, zum Segen der Volkswirtschaft, schrankenlos vermehren kann, und in welchen diese gern und willig hineinwächst, indem das vermehrte Kapital entweder die Möglichkeit einer vermehrten Arbeiterverwendung oder die Möglichkeit erhöhter Löhnung der Arbeiter gewährt. Wir sahen schon oben. Ricardo ist ein „kapitalistischer Physiokrat“ (S. 351). In Wahrheit jedoch trägt das Kapital seinen Selbstbestimmungszweck nicht in sich, es ist nur „Zwischenprodukt“ und man kann von ihm nur soviel gebrauchen, als zur Fertigstellung der absetzbaren Endprodukte nothwendig ist.

Ein zweiter Grund, weshalb Ricardo nicht auf den Begriff eines „ehernen“ Kapitalgewinnes kam, liegt wohl in der Vernachlässigung und gänzlichen Verkennung der wirtschaftlichen und sozialen Machtposition des Grundeigenthums, und besonders in der uns bekannten fehlerhaften Annahme, dass Boden der letztangebauten Klasse immer in Fülle „herrenlos“ daliegt, während in Wirklichkeit das Eigenthum am ganzen Lande häufig genug

viel eher vertheilt ist, als irgend ein Anbau erfolgt. Da Grund und Boden nicht vermehrt werden kann, so muss sich das Mehr an Kapital, das nach Plazirung ringt, ebenso gut in die ungünstige Rolle des begehrenden Bewerbers fügen, wie der Beschäftigung suchende Arbeiter seinerseits dem arbeitgebenden Kapitalisten gegenüber die inferiore Stellung im Kampfe um's Dasein einnimmt. Ja man muss das Vorhandensein des Grundeigenthums in gewissem Sinne sogar als Voraussetzung der kapitalistischen Machtposition auffassen: das Grundeigenthum ist der Vater des Kapitaleigenthums. Wäre nämlich der Grund und Boden in genügender Fülle frei und herrenlos da, so ist nicht einzusehen, weshalb trotz dieser Fülle die Arbeiter immer wieder, wie Ricardo sagt, „alsbald“ dennoch mit dem Lohnminimum zufrieden sein und dem Kapitalisten die Ausbeute der günstigen Verhältnisse und die Einheimsung eines hohen Kapitalgewinnes ruhig gestatten müssten. Was der Kapitalist vermag, können sie dann in kleinerem Maassstabe auch, weil ja der in Fülle vorhandene „letzte“ Boden nach der eigenen Voraussetzung Ricardo's immerhin so fruchtbar ist, dass er Kapitalgewinn und Arbeitslohn hervorbringt. Sie laufen dem Kapitalisten leichten Herzens davon, oder erzwingen mit der blossen Drohung des Davonlaufens einen den ehernen Lohn übersteigenden Satz. Der echte Ricardianer würde allerdings vielleicht seinen Kopf über die fortlaufenden Arbeiter schütteln und meinen, dass sie bald zurückkommen würden; denn der Kapitalist behält ja den „Lohnfonds“ in den Händen, also ein wesentliches Stück der Lebensmöglichkeit des „Arbeiters“. Ich befürchte aber, dass sich dieser sanguinische „Kapitalist“ bitter täuschen würde. Was es mit der Selbstherrlichkeit des Kapitals auf sich hat, sieht man an klassischen, erprobten Beispielen, z. B. an der vielgenannten Kolonisation der Schwaneninsel: Nach allen Regeln der Kunst wird das „Kapital“ nach dem neuen Lande geschleppt, wo freier Boden in Hülle und Fülle vorhanden, der „Fonds“ für die Ernährung der Arbeiter ist mit herübergeschafft, auch die Arbeiter selbst werden gleich mitgebracht. Hier haben die theoretischen Grundkräfte ein freies Feld der Bethätigung. Aber die fatale Praxis! Was ist aus dem „Fonds“ mit den „dazugehörenden“ Arbeitern geworden? Das Schicksal der Kolonie hat die Schulweisheit zu Schanden gemacht. Lohnfonds, „Subsistenzfonds“ und dergl. mehr sind an sich, d. h. als rein ökonomische Natralfonds, nicht das a priori Gegebene und Entscheidende, worans sich erst als blosser Folge der Umfang und das Wesen von

Kapitalgewinn und Arbeitslohn ergeben könnte. Sie sind das Abgeleitete, die Folge und der Ausdruck viel ursprünglicherer und zwar rein ökonomischer und sozialer Grundbedingungen. Es ist die ganze sozialwirthschaftliche und sozialrechtliche Gliederung und Bindung des Volkswirtschaftsorganismus mit seinen urwüchsigen historischen Machtverhältnissen und vor Allem mit dem Privateigenthum am wichtigsten und ersten „Fonds“, dem Naturfonds, was den national-ökonomischen Erscheinungen ihr eigenthümliches Gepräge giebt. Denn, selbst rein ökonomisch betrachtet, sind Kapital und Lohnfonds nichts Gegebenes und Originäres, sie werden jährlich und täglich konsumirt und erneuert, geschweige denn, dass sie in sozialer Beziehung die konstitutiven Ursachen und Bedingungen der „kapitalistischen Charaktermasken“ erstellen. Die letzteren, bemerkt Marx mit vollem Recht, verdanken nicht der „Natur“, sondern der „Gesellschaft“ ihren Ursprung. Es ist eine nicht auszudenkende Oberflächlichkeit, den Begriff „Arbeiter“ allein vom Zeitwort „arbeiten“ abzuleiten, es ist eine wahrhaft rührende Naivität, den Begriff „Kapital“ heute noch auf die Definition „produziertes Produktionsmittel“ zu gründen. Dass — rein ökonomisch betrachtet — Kapital und Lohnfonds nicht originär, sondern abgeleitete Folgeerscheinungen sind, hat Niemand besser als Mill in einem vielzitierten Beispiele treffend veranschaulicht: „Ein Feind verwüstet ein Land mit Fener und Schwert und zerstört und schleppt fort alles darin bewegliche Vermögen, alle Einwohner sind ruinirt und — wenige Jahre später ist Jedes so wie es war.“ In dieser angestaunten „vis medica naturae“ sieht Mill nichts Wunderbares; was der Feind zerstört habe, würde binnen kurzer Zeit auch von den Einwohnern selbst vernichtet worden sein. Ganz recht; auch der zerstörte Lohn- und Kapitalfonds würde bald wieder da sein; aber nicht blos, weil er, wie Mill hervorhebt, nur das natrurale Produkt der bleibenden natürlichen originären Urkräfte, sondern vorzüglich deshalb, weil er auch in sozialer Beziehung nichts Originäres ist, sondern nur durch die sozialen Verhältnisse immer von Neuem geschaffen wird. Sind das Grundeigenthum und die übrigen Vermögensrechte dieselben geblieben, so wird auch die vis medica socialis als perpetuum mobile ihre alten Wunder wirken lassen. Anders allerdings, wenn ein äusserer oder innerer Feind auch die sozialen Grundrechte zerstört und geändert hätte, wenn etwa die Arbeiter sich mit den übrigen Bewohnern in den Grund und Boden theilten und dieser, um nun die Ricardo'sche Utopie wieder anzunehmen, in Ueberfluss,

wenigstens soweit es Boden der letzten anbanfähigen Art betrifft, ringsum daläge. Nähmen wir selbst an, dass der Feind den Kapitalisten ihre „Mobilien“, also den alten „Lohn- und Subsistenzfonds“ gelassen, so kann ich es nicht glauben, dass Alles beim Alten bliebe. Der „Arbeiter“ würde hier nicht mehr unter den früheren Bedingungen zu halten sein, es würde ein Staat mit einem spezifisch anders gearteten Charakter, vielleicht mit agrarisch-bäuerischem Typus, in die Erscheinung treten. Erst wenn wieder Alles mit „Eigenthumsmasken“ überzogen, wird der alte Lohnfonds die alten Wirkungen äussern. Erst dadurch, dass jede Scholle von einem Eigenthümer besetzt und behütet wird, ist die Grundlage des modernen Wirthschaftstypus wieder gegeben und verfallen Arbeiter und Kapitalisten wieder den alten „ehernen“ Abfindungsgesetzen.

Wie steht es nun mit dem nach Obigem sich ergebenden, soviel mir bekannt, sonst noch nicht in bestimmter Form aufgestellten Begriff des „ehernen Kapitalgewinnes“, und welche weiteren Folgen ergeben sich aus demselben für die Kapitalzinstheorie? Der Begriff und das Wesen des „ehernen“ Kapitalgewinnes bedarf gar sehr der näheren Begründung und Erläuterung. Ich gebrauchte den Ausdruck bisher kann anders, als wie man ein markantes Stichwort anwendet. Er ist natürlich nur *cum grann salis* und mit allen möglichen Vorbehalten zu benutzen. Aber dasselbe traf ja, wie wir oben sahen, auch schon mit seinem Analogon, dem „ehernen Lohn“, zu. Er ist nur mit demselben Rechte und demselben Unrechte wie dieser zu gebrauchen. Mit demselben Unrechte, weil der Kapitalgewinn ebenso wenig wie der Lohn „ehern“ im Ricardo-Lassalleschen Sinne ist, er ist nicht naturnothwendig, sondern sozial ehern, d. h. in gewissem Sinne wieder auch nicht ehern, sondern historisch variabel. Gleich wie sich der Arbeitslohn nicht vermöge blosser Naturgesetze auf die nothwendige Arbeiternahrung stellt, so kann sich auch der Umfang der Kapitalistennahrungseinheiten nicht nach dem natürlichen Mindestertrage irgend einer typischen Grenzwirthschaft, nicht also nach dem Mindestertrage der anbanfähigen Ländereien bestimmen, sondern es werden auch hier die Schwerkkräfte der Vertheilungsgesetze ihre Rolle spielen. Wie ferner das eherne Lohngesetz nur das naturnothwendige Minimum des Arbeitslohnes ansagt, so würde der eherne Gewinnsatz nur das Minimum des Gewinnbezuges ergeben in der Gestalt, wie es von Ricardo in dem Satze angewandt wird, dass der Kapitalist ebensowenig ohne

Gewinnst, wie der Arbeiter ohne Lohn leben kann. Wie Ricardo zugiebt, dass nach Zeit und Ort das Lohnminimum verschieden ausfällt, so ist dies auch mit dem Gewinnst der Fall.*) Auch jeder Kapitalist will leben, möglichst gut leben. Der alte Windhorst sagte einmal bei Gelegenheit der Debatte über die Zinsreduktion der staatlichen Anleihen, dass die Kapitalisten auch Menschen seien wie alle Anderen, man müsse sich freuen, wenn ihnen dies auch in materieller Beziehung in recht grossem Umfange gelänge und der Staat müsse, was an seinem Theile liege, dies wohl berücksichtigen. Den Kapitalgewinn als soziale Abfindungsquote vorausgesetzt, muss in der That unendlich Vieles, was über die Höhe des Arbeitslohnes gesagt wurde, auch auf die Höhe des Kapitalgewinnes analog Geltung finden. Die Höhe der Kultur, der Umfang der modern-mässigen Bedürfnisse, die Vorbildung der Kapitalistenklasse, ihr Zusammenschluss zu Verbänden, Koalitionen, Syndikaten, wenn

*) Beim Lohn trifft das Gesetz des Existenzminimums höchstens für die niederste Sorte von Arbeit zu, die keine Vorkenntnisse voraussetzt und im Ueberfluss angeboten wird. Aber selbst für diese niedrigste Lohnarbeit kann nach Zeit und Sitte der *standard of life* immer noch sehr verschieden ausfallen. Freiwillige Humanität der Unternehmer, wie sie heute vielfach in so erhebender Weise von einsichtigen und den Zeitgeist verstehenden Arbeitsherrn bethätigt wird, vermag durch Arbeiterwohlfahrtspflege aller Art selbst für die niedrigsten Arbeiter das Niveau des Daseins auf eine trostreiche Höhe emporzuheben. Staats- und sozialpolitische Einrichtungen, wie bau- und gesundheitspolizeiliche Anordnungen, die auch dem Arbeiter ein Minimum an Licht, Luft und Leben garantiren, die ganze moderne Gesetzgebung der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes, sowie alle sonstigen Einrichtungen staatlicher Fürsorge laufen, mit durchgreifenderer Wirkung als die Privatmildthätigkeit, auf dasselbe Ziel hinaus. Staatsraison und Privatbestrebungen, auch solche, welche die Arbeiter im Wege der Selbsthilfe selbst in die Hand nehmen, gehen hente Hand in Hand, um zu beweisen, dass das „eherne“ Lohngesetz ohne Umsturz des bestehenden Organismus zu überwinden ist, ja dass es im Sinne, den Ricardo ihm beilegte, überhaupt kein Gesetz ist. Selbstredend wird durch diese Hebung der niederen Arbeit auch die Lebenshaltung der höheren Arbeiterschaft und selbst die der übrigen Berufsstände indirekt mit in die Höhe gezogen. Der Baum wächst in Stamm und Krone, wenn die Wurzel gedeiht. Der soziale Fortschritt wird erst mit der Ueberwindung des Ricardo'schen Irrthums völlig freie Bahn gewinnen, wonach die Erhöhung des Arbeitslohnes im gewöhnlichen Laufe der Dinge auch immer den Gewinn herabsetze. Im gewöhnlichen Laufe der Dinge folgen Lohn und Gewinn ihren eigenen Gesetzen, der Gewinn ist ebenso gut wie der Arbeitslohn eine soziale Abfindungsquote, sie sind beide soziale „Grenzgrössen“ koordinirter Gattung.

nicht gar staatliche Einwirkungen und Förderungen, sie werden künftig auf die Grösse der Kapitalistennahrungseinheiten immer mehr von bestimmendem Einflusse sein. Der Kapitalist ist wie der Arbeiter auf einen gewissen Durchschnittssatz der Lebenshaltung angewiesen. Welcher Kapitalist diesen Satz in seiner Unternehmung auf die Dauer nicht erreichen kann, muss zu Grunde gehen und abtreten, auch für ihn ist kein Kouvert mehr an dem grossen Mahle gedeckt.

Ist dies Alles richtig, so ergäben sich für die Lehre vom Kapitalwerthe und für die Theorie vom Kapitalzinse — zunächst unter der Voraussetzung annähernd gleicher Grösse der einzelnen Kapitalistenvermögen — folgende einfache und prinzipiell unabweisbare Schlüsse: Wie aller Werth im Allgemeinen nicht blos die naturale Bedürfnissbefriedigung zur Grundlage hat, sondern, in einem sozialen Wirthschaftsorganismus wenigstens, vor allem das Medium der Vertheilung darstellt, so muss auch der Kapitalbegriff den ihn bildenden beiden Kategorien gerecht werden und beide Funktionen a priori enthalten und umfassen. Der Werth des Kapitals bestimmt sich, wie die Briten, Recht behaltend, sagen, nach der in ihm enthaltenen Kostenarbeit, oder, wie es nach unserer Theorie unter Erfassung des primären Grundes lauten muss, nach den an die Arbeiter für die Herstellung des Kapitals zu gewährenden Nahrungseinheiten. Indessen ist dies nur die eine Seite der Betrachtung, es kommt in ihr nur die Rücksicht auf die Entstehung des Kapitals und auf die Geschichte seiner Vergangenheit zur Geltung (vergl. oben Menger S. 183). Die Betrachtung muss ergänzt werden durch die Berücksichtigung des Zwecks, den jedes Kapital für die Zukunft bestimmungsmässig zu erfüllen hat. Das Kapital muss die Eigenschaft haben, dass mit seiner Hilfe ebensoviel Werth reproduziert wird, d. h. mindestens ebensoviel neue Nahrungseinheiten geschaffen werden, wie zu seiner Herstellung geopfert werden mussten. Der Stoffwechsel muss die Sozialkraft erneuern (Schäffle), die Nutzung der stetigen Grundkräfte muss in der Weise erfolgen, dass dem Erforderniss der stetigen Bedürfnissbefriedigung und des Gleichgewichtszustandes der Güterproduktion durch den sozialen Wirthschaftsplan dauernd und fortlaufend Rechnung getragen wird (v. Komorzynski).

Für die kapitalistische Wirthschaftsordnung ist das aber immer noch nicht ausreichend. Es genügt nicht, dass das Kapital die Wiedererlangung der auf seine Herstellung verwendeten und

zu seiner Erneuerung nothwendigen Arbeiternahrungseinheiten garantirt, es müssen die Kapitalgegenstände ferner die ganz besondere Eigenschaft besitzen, dass sie ein Mehr darüber hinaus zu produziren im Stande sind. Es können die Unternehmer nur dann mit dauerndem Erfolge die ihnen zugewiesenen Funktionen erfüllen, wenn das Kapital die doppelte Möglichkeit bietet, die Möglichkeit nämlich, einmal jenes Mehr an überschüssenden Nahrungseinheiten technisch herzustellen, und das andere Mal dies durch die naturale Produktivität gegebene Mehr ihren Anwendern als Abfindungsquote zur persönlichen Aneignung als Kapitalistennahrungseinheit zuzuführen.

Dieser Erfolg kann nur dadurch erreicht werden, dass das Kapital von Hause aus um diesen Satz niedriger als die mit demselben herzustellenden Güter bewerthet wird. Die einzelnen Kapitalisten müssen die Möglichkeit haben, pro rata temporis der Anwendung und Bindung ihres Kapitals einen Werthüberschuss über ihren Einsatz hinaus zu gewinnen und festzuhalten. Diese Möglichkeit wird praktisch dadurch erzielt, dass die Produktion und die Einweisung der Arbeitskräfte grundsätzlich und vorweg nur auf die Herstellung solcher Kapitalgegenstände gerichtet wird, welche die naturale Eigenthümlichkeit haben, im Verhältniss zu der Zeit, durch welche sie im Produktionsprozess gebunden werden, im Verein mit den komplementären Produktsfaktoren ein die Kapitalistenabfindungen mitumfassendes Mehr an Bedürfnissbefriedigung hervorzubringen. Nur dadurch ist dem Kapital die Möglichkeit gegeben, über seinen Werth hinaus und in den Mehrwerth „hineinzuwachsen“, seine Fruchtbarkeit, sein „Hecken“ ist dann nichts Wunderbares mehr, es ist ein höchst natürlicher Vorgang. v. Böhm spricht mit Recht von einer „detaxatio pro rata temporis“, nur dass es ihm mit Hilfe des Apparates der Grenznutzenlehre freilich nicht gelingen konnte, die Gesetze für das Ausmaass dieser detaxatio aufzudecken. Er irrte in der Natur derselben, indem er sie (trotzdem er selbst anderer Meinung ist) im entscheidenden Punkte aus dem — rein ökonomischen — Momente der Produktivität zu lösen versuchte (oben S. 321), nicht besser und nicht schlechter wie alle Produktivitätstheoretiker vor und nach ihm. Alle Produktivitätstheorien, die „naiven“ sowohl wie die anderen, mussten an der Nichtbeachtung der sozialen Natur des Kapitals scheitern, sie verkannten die Werthnatur des Kapitals, weil sie es nicht

als ein organisches Glied eines gesellschaftlichen Organismus, sondern nur als todttes Produktionsmittel, als ein Gut entfernterer Ordnung erklärten, das als solches keinen Werth a priori besitze, sondern denselben mechanisch nur rückwärts vom Werthe der mit ihm erzeugten Güter erster Ordnung erhalte. Wäre das Kapital nichts weiter als ein solches blosses Zwischenprodukt, wäre es in der That nur das genussreife Gut selbst in seinem Entstehen „auf dem Halme“, so müsste es mit diesem in seinem Werthe zusammenfallen und könnte keinen Zoll breit hinter diesem seinem „Bilde“ zurückbleiben. Hier wäre absolut kein Raum für das „agio“ übrig gelassen. Anders nach unserer Theorie. Nach dieser hat all und jeder Güterwerth neben der Funktion der naturalen Bedürfnissbefriedigung die Funktion der sozialen Abfindung als immanente Voraussetzung. Der Güterwerth ist stets das medium der Vertheilung, er ist der lebendige Ausdruck und getreue Niederschlag der ganzen sozialen Gliederung und Interessenausgleichung. Auch der Werth des Kapitals macht hiervon keine Ausnahme, auch er bildet sich in hervorragender Weise nach seiner sozialen Zweckbestimmung. Im nichtkapitalistischen Wirtschaftsorganismus bestimmt sich, wie oben ausgeführt, der Werth der Arbeit, und zwar sowohl derjenige der unmittelbaren wie derjenige der angesammelten Arbeit und deshalb auch der mit dem Werthe der angesammelten Arbeit (Zwischenarbeit) zusammenfallende Werth der naturalen Kapitalgegenstände, nach dem Zwecke, den er dort allein verfolgen kann. Dieser Zweck geht dort eben nur dahin, die Abfindungsquoten für die nur ausschliesslich in Frage kommenden Partizipienten, nämlich für die an der Produktion und der Vertheilung interessirten Arbeiter zu reguliren: Werth der Arbeit, Werth des Arbeitsertrages, Werth des (naturalen) Kapitals und Werth des Kapitalertrages fallen in eins zusammen. In der „kapitalistischen“ Wirtschaftsordnung dagegen ist jene Zweckbestimmung verändert und erweitert, der Kapitalwerth ist hier das medium einer Vertheilung des Produktionsertrages zwischen Arbeiter und Kapitalisten geworden. Er muss, dieser erweiterten Aufgabe entsprechend, a limine so konstituiert werden, dass er dahin wirken kann, den Produktionsertrag den beiden Partizipienten nach Maassgabe ihrer sozialen Abfindungssätze aufzuteilen. Dies kann, wie wir sahen, nur dadurch geschehen, dass die Kapitalistenantheile ihrem Werthe nach vom Werthe der Kapitalgegenstände a priori in Abzug kommen. Diese „Konstituierung“, dieser „Abzug“ ist, trotzdem es auf den ersten oberflächlichen Blick den Anschein erwecken könnte, keine petitio

principii, sie ist nichts Willkürliches und thut den Dingen keinen Zwang an. Denn nach unserer Theorie haben die Wertheinheiten, d. h. die Nahrungseinheiten keinen durch die Stufe der Produktivität gegebenen, rein ökonomisch festen Umfang, sie sind nicht natural-chem, sondern bestimmen sich nach sozialen, historischen Kategorien, sind deshalb ihrem Begriffe nach beweglich, variabel und damit eben „konstituierbar“. Während z. B. nach Ricardo's Theorie das Ausmaass des Produktionsertrages, im Ganzen und auch in seinen, durch die Abfindungsquoten der Kapitalisten und Arbeiter gebildeten Theilen, von der natürlichen Ertragsfähigkeit des letztangebauten Bodens abhängig ist, und sich deshalb „diesem Gesetze der Vertheilung, da es auf einem Gesetze der Arithmetik beruht, nicht entgehen lässt“ (Mill oben S. 42), haben die Nahrungseinheiten nach unserer Theorie einen völlig beweglichen Werthrahmen, der sich nach Maassgabe der sozialen Macht- und Rechtsverhältnisse in veränderlicher Weise ausdehnt und einzieht. Die offene Seite für diese Expansionsfähigkeit ist nach der Richtung des Naturfaktors zu gelegen. Die Grenze ist hier völlig labil. Wie wir wiederholt sahen, ist hier der wirthschaftliche Mikrokosmos keineswegs mit einer Bretterwand vernagelt. Der letzte angebaute oder anbaubare Boden ist keine vorher gegebene Grösse, sondern seinerseits abhängig von der Produktivität des Kapitals und der Arbeit und in letzter Linie von den an die Kapitalisten und die Arbeiter zu gewährenden sozial-historischen Abfindungsanteilen. In der nichtkapitalistischen Wirthschaft fällt der die Arbeiternahrungen überschliessende Mehrertrag dem Grundeigenthümer zu, bei „kapitalistischer“ Wirthschaft bleibt für die Grundrente nur derjenige Ertragstheil, den Arbeiter und Kapitalisten davon übrig lassen. Der effektive Werthinhalt dieses Restbetrages, nämlich der Grundrente, braucht selbstredend deshalb nicht herabzugeben, da sich der Kapitalist nur dann mit Erfolg zwischen Arbeit und Grundeigenthum einschieben kann, wenn der Gesamtertrag der drei Faktoren durch die mittels des Kapitals geförderte Produktivität einen die abzugebende Kapitalistennahrungseinheit ausgleichenden Zuwachs enthält.

Auch über den Umfang der Werthdetaxation, d. h. des Kapitalgewinnes, entscheidet sonach keineswegs die natürliche Produktivität des Kapitals im Allgemeinen oder des Kapitals, wie es etwa durch die Arbeit auf einem bestimmten Boden gegeben ist; denn solch ein festes naturales Normalkapital giebt es überhaupt

nicht, und giebt es insbesondere auch nicht in dem v. Böhm'schen Kapital der letzten Produktionsverlängerung oder in dem Begriff des letzt anwendbaren Kapitaltheilchens. Alle Produktivitätstheorien bauen ihre Lehre vom Kapitalzinse in die Luft, da ihnen das unentbehrliche Fundament, nämlich die Grösse des Kapitalwerthes unter der Hand fortschlüpft: Um das eigene schwanke Ich zu erfassen, läuft der Kapitalwerth sehnstüchtig seinem „Bilde“, dem Werthe des Kapitalertrages nach, um sich in dessen Spiegel zu messen. Immer stellt sich aber der neckische Kapitalgewinn dazwischen, ihn gilt es zuvor in die greifbare Form zu fesseln. Man wähnt, dies erreichen zu können, da er doch nur eine Funktion dieses nämlichen Kapitals, da er doch nur durch die eigene Fruchtbarkeit desselben zu entstehen scheint. Man versucht also schlecht und recht, den Umfang dieser Produktivität der grössenmässigen Bestimmung zuzuführen. Man glaubt das Maass desselben gefunden zu haben und will es auf die Werthgrösse des Kapitals abtragen, aber dies Kapital selbst ändert seinen Werth je nach dem Grade seiner Fruchtbarkeit. Man sieht, dass man ein Unbekanntes auf ein anderes Unbekanntes projiziert hat! Wohl ist das Kapital fruchtbar, das ist nicht zu leugnen. Es hat aber diese natürliche Produktivität mit den beiden anderen Produktionsfaktoren gemein; deshalb ist die Beitragsanseinandersetzung mit diesen letzteren nach dem Maassstabe der Produktivität allein rechnerisch unansführbar. Es muss ein anderer Maassstab zur Hilfe genommen, ein Maassstab, der nicht den Beitrag an den unmessbaren Produktionseffekte der Dinge, sondern an den Menschen sucht, für welche diese Dinge nur Mittel zum Zwecke sind. Nur durch dies menschliche und gesellschaftliche Maass kann bestimmt werden, wieviel sich der Kapitalist von jener natürlichen Fruchtbarkeit anzueignen vermag. Nur soviel wird ihm zugestanden, nur soviel wird dem Kapitalwerthe Raum gelassen, um in sein Bild „hineinzuwachsen“. Nur wenn eine Detaxation um diese soziale „Barre“ (vergl. oben v. Böhm S. 152) vorgenommen und der ganze Aufbau und die ganze Abmessung der sozialen Arbeitsorganisation a priori hiernach eingerichtet wird, fügen sich die einzelnen Glieder der gesellschaftlichen Verkettung harmonisch aneinander.

Das Gefüge dieser Verkettung ergibt danach für die Kapitalzinstheorie folgenden Zusammenhang. Ausgangspunkt und Grundlage auch der Kapitalwerthbildung ist die menschliche Arbeit, richtiger: der Arbeiter selbst in Bezug auf seine einheitlich

zusammengefasste Arbeitskraft und seine dieser Einheit korrespondirende Nahrungseinheit. Der nicht nur relative, sondern auch absolute Werth des Kapitals, wie der aller anderen Güter, besteht aus integrierenden Bestandtheilen oder Quoten dieser zusammengefassten Doppeleinheit, die Quoten der Arbeitskosteneinheit und der Nahrungseinheit fallen zusammen, da sie aus demselben Stamme, als ihrer höheren Einheit, hervorgehen. Auch der Werth des Kapitals richtet sich nach dieser Doppeleinheit; ob man ihn nach den Arbeitskosten bestimmt oder nach den mit denselben herzustellenden Nahrungseinheiten, ist gleichgültig, es ist das nur eine doppelte Aussageform für dieselbe Erscheinung. Das Kapital der einzelnen Unternehmungen entsteht aus dem Arbeitskostenwerthe und dient zur Erneuerung der Arbeitskraft und der Erhaltung der Kapitalisten, oder m. a. W. zur Herstellung der Arbeiter- und Kapitalistennahrungseinheiten. Selbstredend ist hier nicht die einzelne Unternehmung in ihrer isolirten Erscheinung ins Auge zu fassen; denn keine derselben erzeugt leibhaftige komplette Nahrungseinheiten als solche, sondern nur vereinzelte Bestandtheile derselben, ja zum grösseren Theile nur Güter höherer Ordnung, nur wieder Kapitalgegenstände. Es ist vielmehr an das Zusammenwirken und Ineinandergreifen der ganzen Unternehmerschaft zu denken, die durch ihre Einzelbetriebe in planmässiger gesellschaftlicher Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung zum nämlichen Ziele hinstrebt und dies Ziel auch erreicht, wenn jede Unternehmung die ihr zur Verfügung stehende unmittelbare und angesammelte Arbeit so verwendet, dass das gesellschaftliche „Produktionsniveau“ (oben S. 271) erreicht wird, d. h. dass auf die Herstellung eines jeden Artikels soviel Arbeitskosten eingewiesen werden, als es der „Bedürfnissrangfolge“ entspricht und als es der vielgestaltige und wechselnde Begehr der Theilhabenden erfordert. Hier ist der richtige Platz für die trefflichen Gedankengänge der Grenznutzenlehre über den ausgleichenden Dienst von Angebot und Nachfrage, über die „Aufsaugung der originären Produktivkräfte“ und dergl. mehr. Hier, wo die festen Rahmen der Wertheinheiten vorher feststehen, wo es sich nur um die Ausfüllung derselben durch den intermediären Stoffwechsel handelt, fügt sich der weiche rein ökonomische Stoff an das feste Rückgrat der gesellschaftlichen Werthformen.

Die Höhe des Kapitalgewinnes lässt sich somit in folgendem rechnerischen Ausdruck darstellen. Angenommen, die Arbeiter

würden im grossen Ganzen gleich hoch gelöhnt, die jährliche Arbeiternahrung sei nach dem derzeitigen zufälligen Geldwerthe mit 1000 Mark bewerthet. Jedes Gut der Arbeiternahrungseinheit, jeder Kapitalgegenstand, jeder Bestandtheil der Kapitalistennahrungseinheit ist dann eine Quote oder ein Vielfaches jener Einheit, je nach der verhältnissmässigen Kostenarbeit, die zur Herstellung verwendet wird. Angenommen ferner, der Kapitalfonds jedes Unternehmens — wir müssen dabei einen stationären Beharrungszustand der Volkswirtschaft voranssetzen — sei und bleibe ebenfalls annähernd gleich, er bestehe z. B. überall aus Kapitalgegenständen im Werthe von 100 000 Mark, er sei also 100 Nahrungseinheiten im Werthe gleich. Welchen Prozentsatz wird jeder Kapitalist von seinem 100 000 Mark betragenden Kapitalwerthe als Kapitalgewinn erlangen? Das ist mit Hilfe zweier Grössen zu berechnen, die nach unserer Theorie gegeben und bekannt sind, nämlich einerseits mit Hilfe der jeweils gegebenen sozialen Abfindungsquote der Kapitalistennahrungseinheit, m. a. W. des in durchschnittlich bestimmten Konsumtionsgegenständen bestehenden Kapitalisten-standard, und andererseits mit Hilfe der zur Zeit ebenfalls immer gegebenen rein ökonomisch technischen Produktivitäts- und Kulturstufe. Angenommen, es würden die Gegenstände des kapitalistischen Verzehrs in einer gegebenen Zeitperiode mit dreimal soviel Arbeitsaufwand hergestellt, als eine Arbeiternahrungseinheit, so würden sie einen Werth von 3 mal 1000 = 3000 Mark repräsentiren. Es gäben also 100 000 Mark Kapital 3000 Mark Zinsen, der Zinssatz beträgt 3 Prozent. Den standard als gleich bleibend angenommen, hängt der Gewinnsatz demnach — unter all den angenommenen Voraussetzungen — von der Produktivität der Arbeit und des Kapitals ab, der „Abzug“, die „Detaxation“ wird mit zunehmender Produktivität immer geringer, eine Folgerung, die mit der statistisch-historischen Thatsache übereinstimmt, dass der Zinsfuss mit dem Wachsen der Kultur eine fortschreitende Tendenz zum Fallen aufweist. Freilich wird die Thatsache des Zinsfalles hierdurch nur theilweis erklärt, die wachsende Produktivität ist nur einer der Erklärungsgründe, und zwar einer von vielleicht nicht besonders bedeutsamer Tragweite. Denn wird die Arbeit produktiver, so behält die Arbeiternahrungseinheit und damit die Produktionskosteneinheit auf die Dauer — *ceteris paribus* — denselben Werth wie vorher, weil, wie wir oben sahen, diejenigen Arbeitskosten, die bei der Herstellung der Arbeiternahrungs-

einheit an der Fabrikationsarbeit gespart werden, den Werth der Rohprodukte steigern; die Arbeit, welche an der Bearbeitung der Rohprodukte gespart wird, wird jetzt auf die Herstellung der Rohprodukte selbst übertragen, es können unfruchtbarere Ländereien neu angebaut oder es kann, wie es praktisch richtiger ist, das alte Kulturland mit der freigewordenen Arbeit intensiver ausgenutzt werden, der Erfolg der vermehrten Produktivität geht in die Grundrente. Nur soweit die Kapitalistennahrungseinheiten — was ja thatsächlich in grösserem Umfange zutrifft — im Vergleich zu den Arbeiter-nahrungseinheiten mehr aus Fabrikationsprodukten, besonders aus feineren Industrieartikeln bestehen und also vergleichsweise weniger werthvolles Rohproduktenmaterial beanspruchen, bedarf es zu ihrer Herstellung weniger Arbeitskosten, die Artikel der reicheren Ausschmückung des Haushalts und des verfeinerten Luxus verschlingen verhältnässig viel weniger Arbeitskosten, als die Gegenstände des Arbeiterkonsums, die bekanntlich vielleicht 60 Prozent vom Lohn in der Gestalt von Nahrungsmitteln vorweg in Anspruch nehmen. Was aber hierdurch bei der Herstellung der Kapitalistennahrungseinheiten gespart wird, geht im Laufe der Zeit vielfach wieder dadurch verloren, dass die Kapitalisten anspruchsvoller werden und in der alten einfachen Weise nicht länger leben zu können meinen, und besonders auch dadurch, dass derselbe Grund bei den Arbeitern zutrifft, beider Nahrungseinheit ist ja nicht „ehern“, die Begehrlichkeit wächst nach oben und unten und saugt zu einem erheblichen Theile das durch die Produktivität ermöglichte Mehr an Produkten auch thatsächlich auf, ohne dass aber damit das Dogma der alten Schulen wahr wird, wonach sich die Grösse des Lohnes und der Kapitalgewinne *a principio* von dem Ausmaasse der Produktivität ableitet.

§ 43.

Ersetzung der Lehre vom „letzten Kapitaltheilchen“ durch die Lehre vom „letzten Kapitalisten“. Produktives Kapital und Geldkapital.

Unsere bisherigen Ausführungen über des Wesen und die Höhe des Kapitalgewinnes waren an gewisse vereinfachende Voraussetzungen gebunden und hatten deshalb nur hypothetischen Werth. Blickt man der Wirklichkeit des Lebens ins Angesicht, so scheinen sich der Parallele zwischen Kapitalgewinn und Arbeits-

lohn, sowie ihrer Gleichstellung als persönlicher sozialer Abfindungsantheile ganz unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Die für die Bestimmung des Arbeitslohnes vorfindliche einfache Beziehung zwischen Arbeitsleistung und Mindesthonorirung des Arbeiters, die Beziehung des sachlichen rein ökonomischen Produktionsfaktors Arbeit, dem persönlichen Träger dieser Leistung, dem Arbeiter, und zu seinen Existenzansprüchen, scheint für das Verhältniss zwischen dem Produktionsfaktor Kapital und dem persönlichen Inhaber desselben, dem Kapitalisten, gar nicht vorhanden oder doch nur eine sehr nebensächliche und lockere zu sein. Die Beziehung des Kapitalgewinnes in seiner Grösse und Höhe mit dem Umfange der nothwendigen Lebenshaltung des Kapitalisten scheint, auf den ersten Blick, überhaupt keine ursprüngliche und ursächliche zu sein. Denn von der „nothwendigen Lebenshaltung“ kann doch füglich nur bei kleineren Kapitalisten die Rede sein. Diese kleineren Kapitalisten aber, die nur soviel Gewinneinkommen beziehen, dass sie sich noch gerade als Kapitalisten aufrecht erhalten können, scheinen doch wahrlich nicht den Ton anzugeben, die „nothwendige Kapitalistennahrungseinheit“ scheint in gewisser äusserlicher Hinsicht vielmehr etwas stark an den durch Lassalle verhöhten Hungerleider von Kapitalisten zu erinnern, der sich nach der Senior'schen Enthaltensamkeitstheorie den Bissen vom Munde abspart, um Kapital und Kapitalfonds für die Beschäftigung und Ernährung der leidenden Arbeiterwelt zusammenzuscharren. Die zunehmende Häufung des blendenden und beneideten Kapitalreichtums in wenigen Händen, seine stetige „Akkumulation“ und der sinnbestrickende Aufwand, den viele emporgekommene Neulinge sich nicht versagen können, scheint den Zusammenhang zwischen persönlichem Leistungseinsatz und verhältnissmässiger gesellschaftlicher Honorirung ganz ausgewischt und den ganzen Schwerpunkt der Gewinnbildung in die Region des Grosskapitals verlegt zu haben. Oder, da grosse und kleine Kapitalisten zwar denselben Prozentsatz an Kapitalgewinn, aber gerade deshalb ein grundverschiedenes Gesamteinkommen beziehen, so möchte man beinahe überhaupt an all und jeden Zusammenhang zwischen sozialer Leistung und sozialer Honorirung verzweifeln und mit Ricardo und den meisten anderen Theoretikern glauben, dass die Höhe des Kapitalgewinnes überhaupt nicht gesellschaftlichen Einflüssen den Ursprung verdanke, sondern nur das natürliche Resultat des durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse vorweg gegebenen

Sachverhalts sei. Es scheint der kleinste lebensfähige Kapitalist danach derjenige zu sein, der noch gerade so viel Kapital besitzt, dass das nach dem herrschenden — vorweg aus anderen Gründen gegebenen — Gewinnsatze berechnete, zufällige Gesamteinkommen ihm die Allüren und das Leben eines Kapitalisten gestattet; nicht der Kapitalist, so wäre dann der Schluss, macht die Höhe des Kapitalgewinnes, sondern umgekehrt bestimmt die letztere in Verbindung mit der Grösse des Kapitalstocks selbst, wer noch Kapitalist sein kann. Nur grössere Kapitalisten scheinen beim fortschreitenden Falle des Zinsfusses noch als „Kapitalisten“ ihr Dasein führen. kleinere Kapitalien mit ihren geringen zusammengesparten Kapitalsümmechen dagegen nur so von den Brosamen mitleben zu können, die in Gestalt des niedrigen Zinsprozentsatzes für sie vom Tische fallen. Wo ist da das entscheidende „Normalkapital“, wo der „Normalkapitalist“ zu finden, so dass die zu suchende Grösse, nämlich der Prozentsatz des Kapitalgewinnes, durch Division der bekannten Grösse dieses Kapitals mit der Grösse der nothwendigen Kapitalisten-nahrungseinheit auszurechnen wäre?

Die Schwierigkeit des Problems wird indessen durch einen noch viel schlimmeren weiteren Umstand erhöht. Derselbe besteht in der Unbestimmtheit der Begriffe: Kapital und Kapitalist. Wir stellten uns bisher immer einen Unternehmer-Kapitalisten vor, also einen Unternehmer, der in der Hauptsache mit seinem eigenen Kapitale produktiv wirthschaftet, um hieraus sein Einkommen zu erzielen. Die Begriffe Kapitalist und Unternehmer fielen zusammen und wurden promiscue gebraucht. Im wirklichen Leben sind aber Kapitalisten und Unternehmer durchweg durchaus nicht identische Personen. Diese Identität wurde nur stillschweigend und der Einfachheit halber vorausgesetzt, und zwar nicht nur von mir, sondern auch seitens der von mir kritisirten Theorien aller anderen Schriftsteller. Thatsächlich arbeiten alle Unternehmungen aber beinahe unterschiedslos in grösserem oder geringerem Umfange mit geborgtem Kapital, der grösste Industrie- und Eisenbahnkönig, die grösste Aktienunternehmung haben in ihren Betrieben Kapital zu stecken, das andere „Kapitalisten“, grosse und kleine, ihnen anvertraut haben, vielleicht sogar kleine Handwerker, Arbeiter oder Beamte, die ihr Geld auf die Sparkasse getragen oder in Aktien angelegt haben. Im Aktienunternehmen tritt das scheinbar Widersinnige, was in dem Versuche liegt, den Kapitalgewinn als persönlichen Abfindungstheil mit dem nothwendigen Arbeitslohn in Parallele

zu setzen, besonders krass hervor: das Aktienunternehmen selbst ist kein „Kapitalist“, d. h. eine Person, die als solche vom Kapitalgewinn lebt, und der einzelne Aktieninhaber ist wohl ein Kapitalbesitzer, aber er ist nicht der Unternehmer. Die Identität zwischen Unternehmung (Betrieb) und Besitz am Unternehmungs- (Betriebs-) Kapital geht hier gänzlich in die Brüche. Wie nun, wenn sich der Betrieb in Form der Aktienunternehmungen, in Form der gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Wirthschaftsvereinigungen, endlich in Form der Unternehmungen mit vergrösserter Heranziehung des Kredits überhaupt immer mehr verallgemeinert, so dass der Unternehmer-Kapitalist, also der Kapitalist, der im Wesentlichen mit eigenem Kapitale arbeitet, auf dem Kapitalmarkte eine angestaunte Sondererscheinung würde? Weist unsere wirthschaftliche Richtung nicht anerkanntermaassen gerade eine dahinzielende Entwicklungstendenz auf? Was soll da der theoretische Begriff der „Kapitalisten-nahrungseinheit“ helfen?

Hierzu kommt dann endlich noch ausserdem der fatale Umstand, dass wir bisher — allerdings auch in Uebereinstimmung mit der herrschenden Schulmeinung — zunächst von der Identität dessen, was man im Leben „Kapital“ nennt, mit den Naturalkapitalgegenständen, den Maschinen, Rohstoffen, Werkzeugen u. s. w., in einem Worte mit den „produzierten Produktionsmitteln“, mit den wirklichen körperlichen und greifbaren Gegenständen, die reale Güter hervorbringen, als selbstverständlicher Voraussetzung ausgingen. Gerade unsere kritischen Studien über den Einfluss der sozialen Kategorie liessen uns aber schon so oft auf eine Sorte Kapital stossen, das vielfach mit jener realen Produktionsfunktion gar keinen oder doch nur einen entfernten Zusammenhang hat. So oft stiessen wir auf Kapital, das nur als „Magnet“ wirkende „Rentenquelle“, nur als „Aneignungskapital“ zu bezeichnen war. Wir stiessen auf Geldforderungskapital, Geldkapital, das nur eine „Anweisung“ auf einen gewissen Antheil aus dem Gesamtertrage der allein wirksam wirkenden natürlichen Produktionsfaktoren darstellt, auf „fingirtes Kapital“, künstlich „kapitalisirtes“ Renteneinkommen, kapitalisirten „Tribut“, oder wie man sonst die Sache erfassen und ausdrücken mag. Die Schwierigkeiten scheinen sich also gerade bei der Adoptirung unserer die sozialen Einflüsse zur Grundlage wählenden Theorie besonders hoch aufzuthürmen.

Der Gang der Untersuchung ist hiernach von selbst gegeben. Es ist zu zeigen, wie alle diese thatsächlichen Schwierigkeiten

das Problem zwar komplizieren, recht sehr komplizieren, aber nicht mehr, als es nun einmal der zu erklärende vielgestaltige Wirthschaftsorganismus des modernen Lebens mit sich bringt. Es ist zu zeigen, wie die Komplikation nicht aus unserer Theorie kommt, sondern aus den Dingen, die sie erklären helfen soll und die eben nicht durch Ein Gesetz, sondern durch eine ganze Reihe von verschiedenen Gesetzen bestimmt werden. Die Theorie hat nur die Aufgabe, aus der ganzen ursächlichen Verkettung die leitenden und bleibenden Triebkräfte zu abstrahiren. Die Theorie muss, falls sie Anspruch auf Werth haben soll, schlicht und klar sein und gerade durch ihre Einfachheit geeignet sein, das scheinbar Regellose und Widerspruchsvolle auf ein durchsichtiges und überall durchschlagendes und wirksames Elementarprinzip zurückzuführen, an welches sich alle anderen Gesetze angliedern und anschmiegen.

Es ist hiernach vor allen anderen Dingen zu zeigen, wie die Verschiedenheit der einzelnen Kapitalvermögen nicht hindert, dass einer gewissen Grössenart derselben die Eigenschaft inne wohnt, jeweils immer eine annähernd feste Höhe des Gewinnsatzes herbeizuführen, welche vermöge der aufeinander wirkenden sozialen Schwerkkräfte auch für alle übrigen Arten nothwendig wirksam wird. Die hier für unsere Theorie zu überwindende Schwierigkeit ist nicht grösser, als sie es für die bisherigen Theorien war, und nicht blos für die bisherigen Kapitalzinstheorien, sondern für die ganze Nationalökonomie auf beinahe allen ihren Theilgebieten. Man hat sich in unserer Wissenschaft von jeher überall durch die Konstruirung von „Grenzwerten“ behelfen müssen, auch die Grenznutzenlehre wandelt in dieser Beziehung, wie sie ja selbst hervorhebt, auf alten betretenen Pfaden. Denn auch schon bei Adam Smith und Ricardo und vorher, wohin wir nur blicken, bei der Lehre vom Werthe, bei der Lehre vom Arbeitslohn, von der Grundrente, vom Kapitalgewinn, überall stossen wir auf ausgesprochene Grenzgrössen: auf den nothwendigen Minimalunterhalt, auf Betriebe, welche unter den ungünstigsten Umständen arbeiten, auf die unfruchtbarsten Ländereien, auf den „Ertrag des letzten Arbeiters“, den „Ertrag des zuletzt angelegten Kapitaltheilchens“ u. s. w. u. s. w. Der einzige methodische Unterschied zwischen diesen früheren Methoden und der hier eingeschlagenen Art der Untersuchung besteht darin, dass die Grenzwerte und Grenzgrössen der früheren Theorien einseitig auf die rein-ökonomische Kategorie der gegebenen Produktivitätsverhältnisse begründet wurden. Man gelangte deshalb nur zu Halbwahrheiten.

man erkannte, dass hier Grenzwerthe überall wirksam seien; aber man irrte in der Bestimmung des Wesens und des begrifflichen Umfanges dieser Grenzwerthe, und man irrte vor Allem in der Erkenntniss der letzten zureichenden Gründe, auf welche sich die Wirksamkeit der Grenzeinheiten aufbaut. Die Lehre vom letzt angelegten Kapitaltheilchen blieb unvollkommen, indem sie das Kapital zu sehr in seiner Funktion als eines toten Produktionsfaktors und zu wenig in der als eines Aneignungsmittels, als eines sozialen Existenz- und Erwerbsmittels für einen lebenden Menschen, den Kapitalisten, erfasste. An die Stelle der Lehre vom letzten Kapitaltheilchen ist die Lehre vom „letzten Kapitalisten“ zu setzen.

Wer ist dieser letzte Kapitalist? Gewiss wird es sich nicht um einzelne Persönlichkeiten handeln, sondern um eine entscheidende und Ausschlag gebende ganze Gruppe von Kapitalisten. Das ist vom Standpunkte unserer Theorie, welche nur den grossen und wichtigen sozialen Schwerkräften nachgeht, wohl selbstverständlich. Nicht selbstverständlich wäre es allerdings aus dem Gesichtskreise der meisten früheren Theorien heraus, z. B. der Theorie Ricardo's, Mill's und besonders der Grenznutzenlehre. Mill sagt Buch III, Kapitel V, § 1 sehr drastisch: „Wenn die Produktion irgend eines, wenn auch noch so kleinen Theiles des Bedarfs einen gewissen Preis als nothwendige Bedingung erfordert, so wird man diesen Preis für alles übrige erhalten“. Das letztangelegte Kapitaltheilchen entscheidet — ein Satz, den, wie wir sahen, die Grenznutzenlehrer in ihrer atomistischen Betrachtungsweise auf die Spitze getrieben haben. Den Grund der Irrung erkannten wir in der Verwechselung blosser Marktgesetze mit den tiefer liegenden organischen Grundgesetzen und in der Vermischung von Ursache und Wirkung bezüglich des Aufeinanderwirkens der wirthschaftlichen Phänomene. Der Ricardo'sche Satz, dass sich der Preis nach den Produktionskosten des ungünstigsten Betriebes „bestimmt“, enthält keinen innerlichen Erklärungsgrund der Phänomene, sondern stellt höchstens das mechanische rohe Resultat jenes tieferen — nicht gefundenen — Erklärungsgrundes dar. Es ist mit jenem Satze für die theoretische Nationalökonomie herzlich wenig anzufangen. Der letzte Kapitalist, auf den Grundlagen der Ricardo'schen Theorie gedacht, wäre eine graatheoretische abstrakte Person, dessen matte Gestalt in ihren farblosen Umrissen erst die zufällige Folgeerscheinung der auf ihn einwirkenden ob-

jektiven Produktivitätsverhältnisse ist, er „bestimmt“ nicht, sondern wird bestimmt. Unser letzter Kapitalist muss der Mann der Kraft sein, der Mann aus Fleisch und Blut, der sich aus eigener Macht, aus der sozialen Schwerkraft heraus, die ihm als indispensablem Produktions- und Vertheilungspartizipanten vermöge seines Kapitalbesitzes innewohnt, seine Existenz und seinen Gewinnst-antheil erringen und erkämpfen kann. Solche sozialen Schwerkkräfte können nur grosse entscheidende Gruppen von Personen erstellen. Nur lebensfähigen und lebenskräftigen Gruppen von Kapitalisten kann es gelingen, sich über Wasser zu halten und die Rentabilität ihrer Unternehmungen dauernd zu erhalten. Nur dann können sie dauernden Einfluss auf die Werth- und Gewinnbildung ausüben, wenn sie für die Versorgung des grossen Marktes unentbehrlich sind. Nur dann vermögen sie ihren Platz im Wettbewerb machtvoll zu behaupten. Ihr Kampf gegen die widerwärtigen sozialen Gegenkräfte und besonders gegen die „Konkurrenz“ ist kein leichter. Ringsum Feinde! Da stürmen von der einen Seite die Grossproduktionsbetriebe heran, die dem kleineren Kapitalisten das Leben von Tag zu Tage saurer machen. Sie drücken ihm vermöge der veränderten Produktionsverhältnisse, nämlich sowohl der aus technischen Gründen immer lukrativer werdender Konzentrirung des Kapitals in Grossbetrieben als auch vermöge der günstigeren Produktionsbedingungen, welche dem Grosskapital aus seiner erweiterten Kreditfähigkeit erwachsen, die Marktpreise so hernieder, dass er trotz allem Fleisse und der Anspannung alles ihm zu Gebote stehenden Kredites gar leicht den kürzeren zieht. Da rückt von der anderen Seite auch jene bekannte Sorte von Kapitalisten heran, die ihr Kapital gar nicht in eigener produktiver Unternehmung anlegen, sondern das oben S. 382 näher gekennzeichnete „Geldkapital“ auf den Markt werfen. Die Massen dieses nationalen und internationalen Geldkapitals sind ganz gewaltige. Sie werden nicht nur repräsentirt durch das ungeheure Grundkapital der grossen kapitalkräftigen Banken und Geldgeschäfte, sondern auch durch die Vermögensbestände der Personen, die von ihrem Renteneinkommen leben und durch die grösseren, kleineren und kleinsten Ersparnisse aller Volksklassen, bis herab zu den Sparkassengroschen der Arbeiter und kleinen Beamten. Dazu kommt das angewachsene und heckende Kapital der sog. todtten Hand, das Kapital der milden Stiftungen und Vereine, ja selbst die anwachsenden Reservefonds und Kapitaldeckungsbestände der privaten

Versicherungsanstalten und jetzt auch der auf Grund der staatlichen Arbeiterversicherung neuerdings ins Leben gerufenen Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und Versicherungsanstalten. Obgleich hier die grossen thesaurirten Fonds aus den kleinsten Beiträgen und Klebemarken gebildet werden, so fliessen doch schliesslich ganz stattliche Massen von Geldkapital zusammen, und sie üben — so geht die Klage — einen nicht zu unterschätzenden Druck auf den ohnehin durch die ewige Konvertirungsschranke in Unruhe versetzten Kapitalmarkt aus.

Wir wollen, um den Begriff des „letzten Kapitalisten“ auf die Füsse zu stellen, mit der Betrachtung und Umgrenzung des Einflusses gerade der letzterwähnten Gruppe von Kapitalisten, der Geldkapitalisten, anfangen. Hier wird in unserer Wissenschaft noch unendlich viel zu thun und nachzuholen sein. Hier stossen wir, wie die folgende Skizzirung ergeben wird, auf bisher wenig kultivirte Gebiete, ja vielfach auf terra incognita.

Wie steht es denn also nun mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung jener grossen und kleinen „Geldkapitalisten“, d. h. derjenigen Kapitalisten, die mit ihrem Kapitale nicht selbstthätig an dem schaffenden Getriebe der Nationalproduktion theilnehmen, sondern nur Kapital der sozialen Kategorie, reines „Vertheilungskapital“. „Aneignungskapital“ besitzen und durch Kredit und Leihe verwerthen? Worin besteht überhaupt die volkswirtschaftliche Funktion dieses Kapitals und wie stellt sich sein organisches Verhältniss zu jenem „angewandten“ Kapitale der produktiven Unternehmungen? Wie ist besonders sein Verhältniss zur Bestimmung des „letzten Kapitalisten“? Ist es überhaupt, wie wir oben zunächst annahmen, gewissermaassen ein Konkurrent und Widersacher des letzteren, oder ist es gar ein guter Freund desselben, indem es ihm, durch den Kreditverkehr zugeführt, seine Existenzmöglichkeit erleichtert und ihn den unvermeidlichen Kampf gegen die Konkurrenz des industriellen Grossbetriebes in gestärkter Position ansfechten hilft?

Soviel dürfen wir wohl, ohne auf Widerspruch zu stossen, als feststehend annehmen: aus eigener Kraft kann dies „Geldkapital“ nicht produktiv wirken und es kann also auch nicht die Unterlage für die Gesetze der Kapitalgewinnbildung in letzter Linie abgeben. Die Gesetze der Gewinnbildung sind der Hauptsache nach nur aus der Funktion des angewandten industriellen Kapitals zu entnehmen. „Das entscheidende Prinzip für die wirth-

schaftlichen Thätigkeiten und Vorgänge wird in dem Ziel erstellt: Herbeiführung der Befriedigung von bezüglichlichen Bedürfnissen des menschlichen Lebens; alles Andere kommt nur als Mittel zu diesem Zweck in Betracht“ (Knies). Aus Geld, aus Forderungen, aus Schuldverschreibungen lassen sich keine Nahrungseinheiten, keine naturalen Güter erster oder auch nur entfernterer Ordnungen herstellen, sie können keinen Grashalm wachsen lassen. Die produktiven Nationalwerkstätten, welche die Nation mit ihrem Bedarfe versorgen, liegen wo anders, als in den Büreans der Banquiers und in den Börsensälen. Es ist nur eitel Schein, dass das Geldkapital, in gleicher Linie mit dem rein-ökonomischen Kapital marschierend, eine eigene Produktivität wie dieses besitzt, und, unabhängig von der Nationalproduktion, ein selbstständiges schöpferisches Dasein führt. Der Schein wird hervorgerufen und aufrecht erhalten, weil man sieht, dass die Fruktifizierung des Geldkapitals im Kreditgeschäft und im Effektenhandel etc. einen eigenen Berufszweig bildet, dessen Ausübung nicht minder Fleiss und Intelligenz verlangt und deshalb wahrlich nicht minder angesehen, unentbehrlich und lukrativ ist, als jedes produktive Industrieunternehmen, in welchem die Schloten rauchend zum Himmel ragen und tausend schwielige Hände die Arbeit fördern. Wie man im Schweisse seines Angesichts natürliche Waaren prodnzirt, vertauscht und ihrer rein-ökonomischen Bestimmung zuführt, so zieht der Banquier mit saurer Arbeit aus tausend grossen und kleinen Quellen das ersparte oder disponible Geldkapital als ebenso nothwendiges und unenthehrliches Material und „Handwerkzeug des Verkehrs“ von allen Seiten heran, sammelt es aus den unzähligen Rinnsalen in grosse Reservoirs, aus deren fruchtbarem Schatz er dann, den goldenen und papiernen Segen seiner Bestimmung zuleitend, das geld- und kreditdurstige Erdreich der einzelnen Unternehmungen speist. Ganz wie die Produktion und der Waarenhandel ihren Mann ernähren, so wirft auch das Geldgeschäft seinen Kapitalgewinn ab, den der Banquier ebenso wie der industrielle Unternehmer, soweit er in seinem Geschäfte mit eigenem Kapital wirthschaftet, als Unternehmergewinn und Kapitalzins behält, soweit er aber mit fremdem Kapitale arbeitet, als Leihzins an die Eigenthümer desselben abführt.

Aber dies ist nur eine privatwirthschaftliche Betrachtung. Volkswirthschaftlich ist das Geldkapital und das Geldgeschäft nur im Anschluss und in Anlehnung an die wirkliche Produktion denkbar, welche sie zu ihrer Voranssetzung und Grundlage hat. Es hat

wohl von jeher produktive Unternehmungen ohne Leih- und Geldkapital gegeben, aber es ist kein Geldkapitalist denkbar, wenn es nicht produktive Unternehmungen giebt, aus denen der Midas mit seinem Golde die Nahrung schöpft. Das Geldkapital ist nicht neben oder über das naturale produktive Kapital in die Luft gebaut, das Geldkapital ist nur eine Anweisung, eine Hypothek, ein Antheil, ein Titel am naturalen Kapitale, es setzt sich mittelst des ewigen Zirkulationsprozesses in produktives um, es stellt gewissermaassen nur eine Erscheinungsphase, nur eine Metamorphose, ein Durchgangsstadium desselben dar. In letzter Linie wird auch der Gewinn aus dem Geldkapital nur durch die Produktion und den Verkauf der leibhaftigen und naturalen Güterwaaren ermöglicht und realisirt. Der Gewinn des Geldkapitalisten nimmt, ehe er an diesen abgeführt wird, seinen Durchgang durch den Erlös des natürlichen Produktionsertrages, welchen der Unternehmer in seinem eigenen Produktionsgeschäft geschaffen hat. Die produktiven Unternehmungen sind die Zellen des volkswirtschaftlichen Organismus, aus denen alles wirtschaftliche Leben entquillt, aus denen sich die wirtschaftliche Materie des sozialen Körpers in ewigem Kreislaufe des Stoffwechsels erneuert und verjüngt, und aus denen auch die Wissenschaft allein ihre Gesetze entnehmen kann. Die „Sozialkraft“ (Schäffle) nimmt durch diese Zellen ihren Durchgang, naturale Produktionskräfte werden ihnen zugeführt, naturale Bedürfnissbefriedigung entströmt ihnen als reintegrierte Frucht des Einsatzes. Wie die naturale Bedürfnissbefriedigung in der Form der verschiedenen sozialen Nahrungseinheiten Zweck, Ziel und Maass aller Produktion und aller Werthbestimmung ist, so kann es auch kein Kapital geben, das seinen Werth und seine Vergeltung ausserhalb und unabhängig von jener naturalen produktiven Zweckbestimmung und jener allein fruchtbaren und segenspendenden Quelle, nämlich der produktiven Unternehmung, zu suchen und zu finden im Stande wäre. Zwar fanden wir so oft, dass erst die soziale Kategorie der weichen Materie der rein ökonomischen Dinge ihren festen Halt und ihre festen Formen giebt, wir sahen, dass das Wesen dieser Formen, das Wesen des Kapitals und des Kapitalgewinnes in der sozialen Kategorie wurzelt und seine Konsistenz und sein Leben aus den Gesetzen der Vertheilung zieht; aber das Substrat, an dem sich Kapital und Kapitalgewinn darstellt, der Gegenstand, an dem sie sich verkörpern, ihr Stoff sind die naturalen Produktionsgegenstände im Gefüge der produktiven Unternehmung. Das Kapital.

aus dem sich die Gesetze des Kapitalgewinnes ableiten, muss beide Kategorien in sich vereinigen, es muss rein ökonomisch produktiv sein und zu gleicher Zeit die Funktion der Aneignung in sich aufnehmen und ausüben. Nur das naturale Unternehmungskapital indessen, insonderheit das sich aus den dauernden Produktionskräften stetig erneuernde sog. „umlaufende“ Kapital führt seinen Werth direkt auf eine Summe von Nahrungseinheiten zurück und steht somit in perpetuirlicher Beziehung mit der bestimmenden Wertheinheit. Nur dies flüssige, dem Blut vergleichliche, immer neu verbrauchte und immer neu wieder hergestellte naturale Werthprodukt, dies naturale indispensable Kapital, steht mit der Wertheinheit, d. h. mit dem Menschen und seiner Nahrungseinheit, in ununterbrochener und unmittelbarer genetischer und organischer Verbindung.

Nur dem Zwecke dieser produktiven Unternehmung dient auch das Geldkapital, oder mit andern Worten, der Theil des naturalen Kapitals der Unternehmung, das mit dem kreditirten Geldkapital entweder angekauft oder, wenn es der Unternehmung schon als eingefügt gedacht wird, auf welches der Geldkapitalist, ökonomisch gedacht, angewiesen ist und auf dessen Erträgniss sich sein ideeller Antheil fundirt. So theilt sich das sachliche Fundament der Unternehmung, das Kapital, in zwei Theile, in den Kapitalstock des Unternehmers und in das in die Unternehmung eingeworfene und ihm anvertraute Kapital des Geldkapitalisten. Das persönliche Element scheint diesen realen Substraten zu entsprechen und ebenfalls in jeder Beziehung ein doppeltes zu sein, Unternehmer und Geldkapitalist erscheinen gleich sehr beim Unternehmen betheiligte. Indessen ist hier doch sehr zu unterscheiden zwischen der volkswirtschaftlichen Bedeutsamkeit, Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit der Person des Unternehmers und der Person seines Gläubigers. Es steht hier ganz anders, als mit den sachlichen Substraten. Auch das Geldkapital ist seiner Wirkung nach ein integrierender indispensable Theil des produktiven sachlichen Fonds, ohne die auf seinen Antheil fallende Quote ist die Unternehmung in concretu casu unmöglich, aber keineswegs ist die Unternehmung, ist die Volkswirtschaft, von der persönlichen Mitwirkung des Geldkapitalisten abhängig, wie dies doch vom Unternehmer gesagt werden muss, ohne dessen Talente, Sorgen, Mühen die ganze Unternehmung, ja die ganze wirtschaftliche Welt, stille stehen würde. Wir erkannten oben den Kapitalgewinn als soziale Abfindungsquote, als ein, in dieser Beziehung dem Arbeitslohn paralleles Entgelt für eine sozialwirtschaftliche indispensable und

deshalb und nur deshalb antheilsberechtigzte und zutheilungsberechtigte wirthschaftliche Leistung. Davon ist beim Geldkapitalisten keine Rede. Seine soziale Stärke, seine ganze soziale Macht, die Grundlage für den Antheil, den er fordern kann, ist und bleibt schliesslich nur in der einen unleugbaren Thatsache gewurzelt, dass er, falls man ihm nicht einen Antheil abgiebt, sein Kapital zurückhält und mit diesem selbst Unternehmer wird oder es an gefügigere andere Unternehmer überlässt. Seine Macht ist eine abgeleitete. abgeleitet aus der Macht und der Unentbehrlichkeit der Unternehmung und des Unternehmers. Volkswirthschaftlich ist der Letztere die Hauptperson.

Der „letzte Kapitalist“ kann, so scheint hieraus hervorzugehen, nur der Unternehmer sein und zwar der Unternehmer, der in eigener Produktivunternehmung mit eigenem Kapitale wirthschaftet und aus der Anwendung desselben seinen Lebensunterhalt geniesst. Ist dies Alles wahr, so wären damit auch die oben aufgeworfenen schwierigen Fragen nach dem Verhältniss des Geldkapitals und des Geldkapitalisten zum „letzten Kapital“ und „letzten Kapitalisten“ zur Hälfte, vielleicht ganz beantwortet. Zunächst in formeller Hinsicht: der produktive Kapitalist benutzt das Kapital der nicht produzierenden Geldkapitalisten und Geldbesitzer (Rentner, Banquiers und wie die Leute alle heissen) zur Erweiterung seiner eigenen Unternehmung, indem er dasselbe nach Maassgabe seiner Kreditfähigkeit als Leihkapital heranzieht. Neben dem Begriff des „letzten Kapitalisten“ tritt somit eine neue Grenzgrösse, der Begriff der „letzten Unternehmung“. Das ist diejenige Unternehmung, welche nach Maassgabe der derzeitigen Besitz- und Produktionsverhältnisse noch an der Grenze der Konkurrenzfähigkeit steht. Diese Grenze verrückt sich, wie die Erfahrung unbestritten zeigt, für die meisten oder viele Industriezweige, nämlich gerade für diejenigen, in denen das Kapital und nicht die persönliche Leistung des Arbeiters und des Geschäftsinhabers die Hauptrolle spielt, also gerade in den mehr oder minder rein-kapitalistischen Unternehmungen, im Laufe des Kulturfortschritts stufenweise nach oben.

Die einzelnen Umstände, aus denen sich diese allmähliche Vergrösserung des Kapitalfonds der „letzten“ ausschlaggebenden Unternehmungen ergibt, sind ja wohl mit den Händen zu greifen. Sie sind allgemein anerkannt, sie liegen theils in der Entwicklung der rein ökonomischen technischen Produktionsbedingungen und anderentheils in der damit Hand in Hand gehenden sozialen That-

sache der Vermehrung und Vergrösserung des Kapitalvermögens. Jede Verbesserung der Technik, jede bessere Organisation in der Arbeitstheilung, besonders aber die Einführung und tägliche Vervollkommenung des Maschinenbetriebes führt zur Erweiterung und Vergrösserung der Einzelunternehmung, die von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag mehr Kapital und Arbeit in ihrem Betriebe konzentriert und die Produktion nur auf wachsend breiterer Grundlage und immer erweiterter Stufe lohnend macht. Der Kleinbetrieb wird vom Grossbetrieb in Folge der Ueberlegenheit des letzteren so vielfach aufgesogen, der Grossbetrieb erreicht ein solches Uebergewicht in der Massenherstellung vortheilhafter und billiger produzierter Artikel des allgemeineren Konsums, dass der verhältnissmässig kleinere Betrieb der Konkurrenz des überlegeneren Mitbewerbers nicht Stand halten kann und dadurch vom Markte getrieben wird. Die somit herbeigeführte langsame aber andauernde und sichere Verschiebung des Betriebsumfanges wird nun gerade noch durch das fortlaufende Anwachsen des „Geldkapitals“ und die damit in Verbindung stehende vermehrte Ausbildung der Kreditverhältnisse gefördert und immer mehr zur Entwicklung gebracht. Wir warfen oben gelegentlich die Frage auf, ob das Geldkapital ein Freund oder ein Feind des „letzten Kapitalisten“ sei. Aus dem Gesagten folgt, dass die fortgesetzte Vermehrung des Geldkapitals dem Unternehmer allerdings [ermöglicht, durch die Heranziehung fremden Kapitals den] gesamten Kapitalstock auf den zeitgemässen konkurrenzfähigen Umfang zu erhöhen und ihm damit seine Existenzfähigkeit zu erleichtern und zu verlängern. Das Geldkapital ist somit unentbehrlich ein unentbehrlicher Freund des Unternehmers, ohne dessen schätzbare Beihilfe er einfach vom Boden gefegt würde. Auf der andern Seite ist aber nicht zu verkennen, dass diese Hilfe, dies Geschenk auf die Dauer und für die gesamte kleinere Unternehmerschaft auch etwas vom Begriffe eines Danaergeschenks in sich trägt. Denn was dem kleinen Unternehmer hilft, nützt seinem grosskapitalistischen Konkurrenten noch in erweitertem Maasse. Je grösser der eigene Kapitalfonds des Unternehmers, je grösser auch der Kredit. Wer da hat, dem wird gegeben. Wer viel hat, dem wird vielmehr gegeben. Der Kredit und die günstigen Bedingungen des Kredits wachsen mit der Basis des Kredits, nämlich mit dem Umfange des eigenen Vermögens auf Seiten des Kreditbegehrenden. Im Fortschreiten der Entwicklung wird dies unter Umständen leicht zu einer solchen Ueberlegenheit der grösseren Unternehmer führen.

dass die Vortheile, die zunächst den kleineren zufließen, durch die in Folge der gleichen Ursache hervorgerufene und verstärkte Konkurrenz des Grossbetriebes wieder wett gemacht werden. Der frühere „letzte“ Kapitalist tritt seine volkswirtschaftlichen Funktionen an einen nächstgrösseren ab, der nun an seine Stelle tritt. Glücklicherweise ist dieser Entwicklungsgang manchmal sehr langsam, er wird durch die mannigfaltigsten Ursachen, die an späterer Stelle zu besprechen sind, aufgehalten. Aber eins folgt sicher aus dieser Entwicklung: der Kapitalgewinn geht in seinem Prozentsatze herab; denn durch alle Einflüsse, welche den Umfang der gesellschaftlich nothwendigen letzten konkurrenzfähigen Unternehmung und die Grösse der in ihr verwendeten Kapitalmasse erweitern, wird die dem letzten Kapitalisten für den der Gesellschaft geleisteten Dienst gewährte nothwendige Kapitalistennahrungseinheit im Verhältniss zu jener Kapitalmasse pro centum herabgesetzt, vorausgesetzt, dass, wie wir eben nach unserer Theorie annehmen, diese soziale Leistung annähernd immer gleich hoch honorirt wird. Die Inhaber der grösseren und grössten Unternehmungen erfreuen sich einer Zuthheilung des Kapitalgewinnes pro rata der Kapitalmasse, aber die Grösse der Rateneinheit ergibt sich für sie erst in abgeleiteter Weise aus dem für die Grenzunternehmungen maassgebenden Grenzmaasse.

Erweist sich somit die uns in Folge der Existenz des Geldkapitals aufgedrungene Erweiterung des Begriffs des „letzten Kapitalisten“ durch die Aufstellung des weiteren Begriffs der „letzten Unternehmung“ nach vielen Richtungen hin fruchtbar, indem sie besonders die Thatsache der wachsenden Tendenz der Gewinnherabsetzung theoretisch in erhöhtem Maasse plausibel macht, so ist auf der anderen Seite nicht zu verkennen, dass der erweiterte Begriff noch keineswegs alle Räthsel löst, dass er vielmehr das ganze Problem nach gewisser Richtung eher komplizirt als vereinfacht. Durch die Inkongruenz nämlich zwischen dem Umfange des in der Unternehmung angelegten Gesamtkapitals und dem hiervon dem Unternehmer gehörigen Eigenkapitale droht der unentbehrlichen Einheitlichkeit des Begriffs des „letzten Kapitals“ und „letzten Kapitalisten“ eine ernstliche Gefahr; denn wir treffen in unserer „letzten Unternehmung“ nicht mehr auf Einen Kapitalisten, den Unternehmer, sondern neben diesem noch auf einen anderen Kapitalisten, den Geldkapitalisten, ja vielfach auf mehrere solcher, die dem Unternehmer ihren Kredit zur Verfügung gestellt haben, ja manch-

mal auf ein ganzes Heer von grossen und kleinen Kapitalisten, die dadurch, dass sie ihre Ersparnisse tropfenweise durch Vermittlung der Sparkassen, Banken und anderer unzähliger Kreditinstitute der produktiven Verwendung zuführten, in gewissem Sinne Partner des Unternehmers geworden sind, der für sie mit ihrem Kapitale sich sorgt und müht und für sie, was den ihnen zufallenden Zins betrifft, als *negotiorum gestor* — nicht juristisch, sondern volkswirtschaftlich betrachtet — handelt und auftritt. Die hierdurch für unsere Theorie entstehenden Schwierigkeiten sind in der That recht ernsthafte. Ich sage: für unsere Theorie. Denn für die meisten bisherigen Kapitalzinstheorien treten diese Schwierigkeiten überhaupt nicht recht hervor. Nach ihren Grundanschauungen ist der Kapitalgewinn ja überhaupt nicht so sehr als persönlicher Abfindungstheil aufzufassen, sondern als ein sachlicher Ertragsantheil, der durch die Produktivität des Kapitals oder durch den sachlich und objektiv a priori gegebenen Nutzungsertrag („Zurechnungsbeitrag“ oder wie die Lehrmeinungen die Sache sonst fassen) von vornherein anderweitig feststeht, und, ob gross oder klein, den antheilsberechtigten Personen zufällt, gleichgültig, was sie damit anfangen oder ob sie gar davon leben wollen. Anders für uns. Wir rechnen den Gewinn nicht blos den Sachen, sondern auch den Personen zu. Eine Duplizität in der Person des letzten Kapitalisten erscheint für unsere Theorie auf den ersten Anblick beinahe vernichtend. Wir sind nicht in der glücklichen Lage, den Gewinn als vorher gegeben vorzufinden, so dass es, wie es für jene Theorien zutrifft, eine verhältnissmässig nebensächliche und leichte Frage wäre, nach welchen weiteren Grundsätzen sich jene feste Grösse hinterher zwischen Unternehmer und Geldkapitalisten vertheilt. Für uns ist der Kapitalgewinn nicht vorher da, wir wollen ihn erst finden, und zwar finden gerade erst aus der Grösse des persönlichen Abfindungsantheils.

Die oben über das Verhältniss zwischen Unternehmer und Geldkapitalisten aufgefundenen Grundsätze dürften zwar Ansätze für die Beseitigung der angedeuteten Duplizität sein, aber es bedarf gar sehr ihrer näheren Entwicklung, um mittels ihrer der gekennzeichneten Schwierigkeit völlig Herr zu werden. Jene Grundsätze gipfelten zunächst nur darin, dass der Unternehmer die „Hauptperson“ sei, und dass sich der Leihzins nur als eine „abgeleitete Quote“ darstellen könne. In welcher Weise aber diese Ableitung im Einzelnen zu erfolgen hat, und in welcher näheren

Wechselwirkung Leihzins und Kapitalgewinn stehen, das erheischt eine ganz besondere Untersuchung. Dass eine solche Wechselwirkung vorhanden sei, dass m. a. W. eigenthümliche, den Leihzins in erster Linie treffende Momente ihren Rückschlag auf die Höhe des Kapitalgewinnes ausüben, tritt uns schon beim ersten Anblick als unabweisbare Vermuthung entgegen. Kein Praktiker wird glauben wollen, dass die durch den Kredit in Bewegung gesetzten gewaltigen Massen des Leihkapitals keine umfassende Einwirkung auch auf den Kapitalgewinn bezw. den vom Unternehmer zu beziehenden Abfindungsantheil ausüben sollten. Der Alles beherrschende Geld- und Kapitalmarkt mit seinem ewigen Auf- und Absteigen wird nicht ermangeln, hier seine Einflüsse geltend zu machen und auch die produktiven Unternehmungen seine Macht fühlen zu lassen. Ich glaube auch nicht, dass diese Einflüsse des Leihkapitals immer nur vorübergehende sind, und dass man mit dem Einwande auskommt, dass die aus dem Geldmarkte entstammenden Fluktuationen des Zinses für kurzsichtigen Kredit und des quecksilbernen Diskonts den dauernden landesüblichen Kapitalgewinnst nicht wesentlich berühren; es giebt nämlich auch Geldkapitale und sehr grosse, die den Marktschwankungen durch Anlage in festen Werthen — Hypotheken u. s. w. — entzogen sind, und es handelt sich für unsere Betrachtungen gerade um solche. Ich bin der Ansicht, dass dies Geldkapital durch die eigenartigen und mannichfachen Kreditverhältnisse auch auf den durchschnittlichen industriellen Kapitalgewinnsatz ungemein vielfache und bedeutsame Einwirkungen ausüben muss. Das produktive Kapital des Unternehmers ist mit jenem Kapitale durch so viele feine und feinste Beziehungen verkettet, dass diese Verkettung im Einzelnen nur bei der speziellen Darstellung der bezüglichen Materien einigermaassen erschöpfend dargelegt werden kann, soweit dies überhaupt für die Theorie möglich oder nothwendig erscheint. An dieser Stelle, wo es sich nur um die Klarstellung der allgemeinsten Grundsätze handelt, und zwar lediglich der Grundsätze, die sich aus der systematischen Berücksichtigung der sozialen Kategorie für die allgemeine Kapitalzinstheorie als Folgerungen ergeben, hier genügt die kurze Darlegung, dass durch die angedeutete Intervention des Geldkapitals der Aufbau unserer Theorie vom „letzten Kapitalisten“ in der Hauptsache nicht alterirt, sondern nur im Einzelnen modifizirt und mit reicherm Ornament ausgestaltet wird.

Zur Sache denn! Wie lösen wir die Schwierigkeit? Zunächst

die Bemerkung, dass es keine Lösung des gordischen Knotens, sondern eine blossе Durchhaung desselben bedeuten würde, wenn man, wie man vielleicht versucht sein könnte, diejenige „letzte Unternehmung“ als ausschlaggebend annähme, welche nur mit eigenem Kapitale arbeitet und also den Störenfried in der Person des Geldkapitalisten, der die theoretischen Kreise verwirrt, gar nicht zu berücksichtigen brauchte. Es wäre dann die Höhe des Kapitalgewinnes einfach durch das Verhältniss der sozialnothwendigen Unternehmerabfindung zum einheitlichen Kapitalstamme der letzten Unternehmung gegeben. Die Höhe des Kapitalzinses, d. h. des Zinses für Leibkapital, durch welches andere Unternehmungen etwa ihr Anlagekapital vergrössern, richtete sich dann nach eben der Höhe jenes Kapitalgewinnsatzes in der Weise, dass man den letzteren, wie es nach einigen Theorien schon heute geschieht, durch einen entsprechenden Bruchtheil verringert (in welcher Weise diese verhältnissmässige Verringerung zu Stande kommt, davon unten bei der Lehre vom Unternehmergewinn mehr). Der angedeutete Ausweg wäre aber nur dann probat, wenn die in der Hauptsache mit eigenem Kapital geführten Unternehmungen so sehr den Regelfall bildeten, dass die Hinzunahme geborgten Kapitals, als Ausnahmeerscheinung, auf den Kapitalmarkt und also auf die Gesetze der Gewinnbildung keinen praktischen Einfluss ansüben könnte. Wie wir indessen Alle aus der Praxis wissen, ist das Verhältniss in Wirklichkeit gerade umgekehrt. Wie es eine Seltenheit, eine Kuriosität heute darstellt, dass ein Unternehmer ganz mit fremdem Kapitale arbeitet, so ist es beinahe ebenso, wenn auch nicht ganz so selten, dass ein Unternehmer nur eigenes Kapital verwendet. Er wäre geradezu thöricht, wenn er so unwirtschaftlich handelte und nicht den vollen erreichbaren Kredit zur Erweiterung und besseren Fruktifizirung des Geschäftes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln heranzöge. Der ausschlaggebende Regelfall ist also, dass der Kapitalfonds der Unternehmung theils aus eigenem, theils aus geborgtem Kapitale besteht. Ja, es entsteht und besteht sogar, als Folge der Konkurrenz der Kreditsuchenden — trotz aller durch die verschiedene Tüchtigkeit und Vertrauenswürdigkeit etc. der Persönlichkeit des Unternehmers und durch das verschiedenartige Risiko der Unternehmungen gegebenen Verschiedenheiten im Einzelnen — ein durchschnittlich einigermaassen festes Verhältniss zwischen der Grösse des eigenen Kapitals und der Grösse des Kredites bezw. des kreditirten Leihkapitals. Wie ge-

sagt, wer da hat, dem wird gegeben, und im Durchschnitt gegeben nach Maassgabe dessen, was er hat. Das eigene Kapital, ohne welches sich im grossen Ganzen überhaupt unter normalen Verhältnissen kein irgend wie erhebliches Geschäft etabliren lässt, ist ein Magnet, der das nach Anlage suchende Leihkapital nach Maassgabe seiner Attraktionsfähigkeit heransaugt.

Dies notorische Durchschnittsverhältniss zwischen dem eigenen und fremden Kapitalbestandtheile der Unternehmungen, speziell also auch der „letzten“ Unternehmung ist nun aber gerade das entscheidende Mittel für die Lösung des aufgeworfenen Problems. Steht das der Unternehmung eingefügte Leihkapital in einem durchschnittlich festen Verhältniss zu dem Grundstock des Eigenkapitals, so ist die Lösung unserer Aufgabe beinahe ebenso leicht, als wenn der oben als Regel zurückgewiesene Fall vorläge, nämlich dass nur mit eigenem Kapital gewirthschaftet würde: der Kapitalgewinnsatz, den der letzte Unternehmer bezieht, ist der prozentuale Bruchtheil, welcher durch das grössenmässige Verhältniss des Eigenkapitals zur sozialnothwendigen Unternehmernahrungseinheit gegeben ist. Der Unterschied ist nur, dass die Grösse der „letzten Unternehmung“, in welcher der Unternehmer sein Kapital anlegt, durch das geliehene in der früher geschilderten Weise nach oben verrückt wird.

Der letzte Kapitalist ist und bleibt danach in der Person des Unternehmers zu suchen, aber — und das ist der Unterschied zwischen dem vorhin behandelten hypothetischen Falle, in welchem die Unternehmer in der Regel nur eigenes Kapital investiren — das Kreditkapital übt seinen sehr bedeusamen Einfluss auf den jeweiligen Umfang der letzten konkurrenzfähigen Unternehmung aus und bestimmt somit erst, wer letzter Kapitalist sein kann. Letzter Kapitalist ist der Inhaber eines Kapitalvermögens, mit welchem er unter Hinzunahme des jeweilig nach den zeitweiligen Kreditverhältnissen mittels des eigenen Kapitalstocks heranziehbaren und seiner Grösse nach zu diesem letzteren in einem durchschnittlich gegebenen Verhältniss stehenden Leihkapitals eine solche konkurrenzfähige kleinste (ungünstigste) Unternehmung etabliren und als fortdauernd rentabel fortführen kann, dass er mit dem Werthe des Produktionsertrages neben dem Kapitalersatz einschliesslich der Arbeitslöhne die zeitübliche sozialhistorische minimale Lebenshaltung als Unternehmer nebst dem Zins für die geborgten Leihkapitale bestreiten kann. Auch der Zinsfuss für das geborgte Leihkapital, das hier prima

vista als eine für die Auflösung des Exempels nothwendige, aber zunächst unbekannte Grösse erscheint, ist in Wahrheit grössermässig bestimmbar. Zwar nicht deshalb, weil man ihn etwa mit dem an den Unternehmer fallenden Antheilssatze seiner Höhe nach einfach gleichsetzen könnte, wohl aber deshalb, weil er in Folge besonderer und besonders abzuleitender Gesetze zur Zeit jeweilig einen bestimmten Bruchtheil jenes Kapitalgewinnes beträgt, und also mit $\frac{x}{2}$, $\frac{x}{3}$ oder $\frac{x}{n}$ in die Rechnung eingesetzt werden kann. Kenne ich die Höhe des Kapitalgewinnes, so ist die Ableitung des Zinsfusses für Leihkapital eine sekundäre Aufgabe, bei deren Lösung ich mich in der glücklichen Lage befinde, Hand in Hand mit herrschenden nationalökonomischen Schulmeinungen zu gehen und ihre bekannten Gedankengänge vielfach direkt zu benutzen. Denn die Nationalökonomien sind, ich darf wohl sagen überwiegend, der Ansicht, dass die Ableitung des Zinses aus dem Kapitalgewinn die leichtere Aufgabe ist, vorausgesetzt, dass die Gesetze der Kapitalgewinnbildung vorher gefunden sind. mögen letztere an sich je nach der Stellung der einzelnen Theorien noch so verschieden und eigenartig ausfallen.

Da die Regeln, welche die Ableitung des Leihzinses aus dem Kapitalgewinne zum Gegenstande haben, mit der Lehre vom sog. Unternehmergewinn in engem Zusammenhange stehen, ja sich vielfach mit demselben decken, so fällt mir jetzt naturgemäss als nächste Aufgabe zu, die bis auf die neueste Zeit noch ziemlich stiefmütterlich behandelte und äusserst verworren gebliebene Lehre vom Unternehmergewinn an der Hand der diesseitig aufgestellten Lehrsätze einer kritischen Untersuchung zu unterziehen und meinerseits eine bestimmte Stellung zu dieser Materie zu nehmen. Es ist diese Aufgabe um so dankbarer, als ich hierbei die Gelegenheit finde, abschliessend meine ganze Lehre vom Kapitalgewinn in ihren letzten Ergebnissen noch klarer zu formuliren und dem Leser dadurch näher zu führen, dass ich, an bekannte Terminologien und dem Theoretiker und Praktiker vertrautere Begriffe und Gedankengänge anknüpfend, durch Vergleichung und Gegenüberstellung mit bekannten Systemen meinen Standpunkt deutlicher hervortreten lasse.

§ 44.

Die Lehre vom Unternehmergewinne.

Mit der eingehendsten und im dogmengeschichtlichen Theile anerkannt besten Untersuchung über diese Lehre ist die Wissenschaft durch Julius Pierstorff — die Lehre vom Unternehmergewinn Berlin 1875 — bereichert worden. Nach dem Ergebnisse seiner Untersuchung lassen sich alle die mannigfaltigen, auf diesem Gebiete bisher vorgenommenen „möglichen und unmöglichen Konstruktionen“ in zwei Kategorien ordnen. Die eine und zwar die die ältere Lehrmeinung vertretende Kategorie rührt von der britischen Schule in ihren Hauptvertretern A. Smith, Ricardo und J. St. Mill her. Dieselbe identifizirt die Lehre vom Unternehmergewinn mit derjenigen vom Kapitalgewinne, sie betrachtet den Unternehmergewinn als einen integirenden und seinem Charakter nach ununterschiedenen Theil des an sich einheitlichen, eine gleichartige Masse bildenden Kapitalgewinnes, hält sich deshalb überhaupt sehr wenig mit dieser Materie auf und benennt den Unternehmergewinn nicht einmal als solchen, wie denn J. St. Mill bedauernd hervorhebt, dass man in England nicht einmal einen entsprechend passenden Ausdruck für den — in Frankreich mit *entrepreneur* bezeichneten — Begriff des Unternehmers besitze, da *undertaker* etwas ganz Anderes bedeute. Alle drei Schriftsteller behandeln deshalb den Unternehmergewinn gewissermaassen nur mittelbar, nämlich bei Besprechung des Verhältnisses zwischen Kapitalgewinn und Kapitalzins. Smith, dem sich Ricardo einfach zitirend anschliesst, bemerkt, dass es äusserst schwer sei, den zur Zeit geltenden Kapitalgewinnsatz zu bestimmen. Der Gewinn sei so schwankend, dass es selbst für ein besonderes Gewerbe, geschweige denn für das Gewerbe im Allgemeinen, schwer sein würde, den Durchschnittssatz desselben anzugeben. Da es indessen einleuchtend sei, dass man für die Benutzung von Geld viel geben werde, wenn man viel damit gewinnen könne, so zieht er daraus den Schluss, dass der marktgängige für Leihkapital entrichtete Zinssatz dazu führen werde, uns einigen Begriff von dem Gewinnsatze zu bilden. In Grossbritannien werde ein Kapitalgewinnsatz von der doppelten Höhe des einfachen Zinses als ein guter, mässiger und vernünftiger und deshalb üblicher Gewinn betrachtet. J. St. Mill tritt wie immer seinem Meister Ricardo bei und berührt die Stellung des Unternehmergewinns in der Weise, dass er neben den beiden Bestandtheilen des Kapitalgewinns, welche

sich aus dem als „Lohn der Enthaltbarkeit“ der Kapitalisten (Senior) gewährten allgemeinen Darlehnszinssatz und ferner aus der „Ausgleichung für das Risiko“ zusammensetzen, noch einen ferneren, dritten Bestandtheil als vorfindlich aufstellt, der als „Vergeltung für die rücksichtlich der Aufsicht erforderlichen Arbeit und Geschicklichkeit“ des Unternehmers zu charakterisiren sei.

Die zweite, entgegengesetzte, Kategorie der Lehrmeinungen hat ihren Boden in Frankreich gefunden und ist zuerst von Say entwickelt und begründet worden. „Während“, so zeichnet Pierstorff S. 54 die Grenzlinie, „man in England den Unternehmer vorzugsweise nur ins Auge fasste, insoweit er betheiligt schien an der Vertheilung des nationalen Einkommens und in seiner rechtlichen Stellung zum Kapitale und zu den produzierten Gütern und Werthen, deren Eigenthümer er ist, und aus deren Mehrwerth über die gehabten Auslagen er seinen Gewinn zieht; während also hier gegenüber seiner Person mehr das Objekt, das Kapital, in den Vordergrund tritt, sieht man bei den französischen Oekonomisten fast überall in erster Linie das persönliche, individuelle Moment, die Tüchtigkeit, die persönliche Thätigkeit und Arbeit des Unternehmers in seiner wirtschaftlichen Stellung als Leiter und geistiges Haupt im Organismus der Produktion hervorgehoben und daraus, nicht aber aus dem Kapitaleigenthum oder der rechtlichen Verfügung über fremdes Kapital seinen Gewinn und seinen gerechten Anspruch auf einen solchen hergeleitet“. Es ist häufiger versucht worden, diesen Gegensatz auf den Unterschied des englischen und französischen Nationalcharakters als tiefer liegende Ursache zurückzuführen. Say zerlegt den Gewinn bezw. das Einkommen, welches er aus den „services productifs“ der drei „fonds productifs“, nämlich Land, Kapital und „industriellen Fähigkeiten“, herleitet, dieser dreitheiligen Klassifikation entsprechend, in „profits de fonds de terre“, „profits de capital“ und „profits de l'industrie“ und zerfällt letzteren wieder in „profits du savant“, „profits de l'entrepreneur d'industrie“ und „profits de l'ouvrier“. Auf dem Wege dieser französischen Richtung treffen wir später Droz, Dunoyer, Garnier, Courcelle-Seneuil, während die Franzosen Rossi und Sismondi sich mehr der britischen Lehre anschliessen. Als eine Ausnahme unter den Engländern bewegt sich andererseits Read schon 1829 in der französischen Richtung, er fasst den Unternehmergewinn als Lohn auf. Die deutschen wichtigeren Schriftsteller sind immer mehr und mehr der französischen Schule gefolgt, indem sie entweder den Unter-

nehmergewinn als selbstständigen Einkommensbestandtheil und als vierten selbstständigen Zweig des Nationaleinkommens neben Grundrente, Kapitalzins und Arbeitslohn (Hufeland, Schön, Riedel, v. Thünen, Mangoldt) auffassten, oder aber, wie z. B. Roscher, in Anklang an Read den eigentlichen Unternehmergewinn, d. h. den Betrag, der vom gesamten Kapitalgewinn nach Abzug des Kapitalzinses übrig bleibt, als blossen Arbeitslohn betrachteten und ihn nach denselben Gesetzen wie diesen bestimmt werden liessen. Hermann charakterisirt den Unternehmergewinn als einen Bestandtheil des Kapitalgewinnes, führt ihn aber trotzdem als besonderen Produktionskostenbetrag neben Arbeit, Kapital und Kapitalnutzung an. Die deutschen Sozialisten Rodbertus, C. Marx und Lassalle sind wieder auf Smith-Ricardo zurückgegangen, sie behandeln den Unternehmergewinn als integrierenden Theil des Kapitalgewinnes und fassen ihn in der bekannten Weise als einen dem Arbeiter vorenthaltenen Abzug vom Arbeitskostenwerthe auf.

Vorstehende dürftige Skizzirung genügt für unsere Zwecke. Ich darf im Einzelnen, besonders was die Literatur der Lehre betrifft, ganz auf Pierstorff verweisen, der, wie gesagt, so weit es den dogmengeschichtlichen Theil seines Buches betrifft, allgemeine Anerkennung gefunden hat, während er leider seine eigene positive Meinung sehr wenig entwickelt, sondern sich einfach an die Sozialisten anlehnt und besonders der Rodbertus'schen Lehre eine wohl viel zu hingebende und kritiklose Verehrung entgegenbringt. Die einzelnen vielen Nüancirungen, welche die Lehre bei allen den genannten Schriftstellern findet, interessirt für unsere Frage nicht.

Wie stellt sich nun unsere Theorie vom Kapitalgewinn zu den hergebrachten Lehren vom Unternehmergewinn? Was kann sie aus ihnen lernen und was kann sie etwa ihrerseits zu deren Vervollkommnung und Läuterung beitragen?

Unsere Theorie charakterisirt sich ihrem entscheidenden Wesen nach als Lehre der sozialen Abfindungsantheile. Diese letzteren richten sich nicht nach dem — unmessbaren — sachlichen Ertragniss oder Ertragsantheile der Produktionsfaktoren, sondern die Abfindungssätze, mit anderen Worten die Honorirung der Inhaber der Produktionsfaktoren, sowie in Folge dessen der Werth dieser Faktoren, wie überhaupt der Werth aller Güter, beruhen auf Vertheilungsgesetzen. Lohn und Kapitalgewinn sind Abfindungsquoten, deren Grösse sich auf die Dauer zufolge der Konkurrenz der Arbeiter bzw. der Kapitalisten auf einen Durchschnittssatz im Minimalumfange

ihrer erlangbaren sozialen Existenzansprüche festsetzt. Entscheidende Grundlage für die Existenz und den Umfang dieser Abfindungsquoten sind nicht die technischen naturalen Produktionsleistungen der Arbeiter und des Kapitals, sondern die Arbeiter und Kapitalisten selbst als Menschen, als lebendige theilsberechtignte Persönlichkeiten, die ihren Unterhalt ans der sozialen Gesamtproduktion nach Maassgabe ihres Einsatzes und dem Gewicht ihrer sozialen Beitrags- und Zurechnungsfähigkeit zu ziehen angewiesen und mächtig sind. Diese Abfindungsquoten sind nur durch Bezugnahme auf Nahrungseinheiten grössenmässig zu erfassen, nämlich die Arbeitslöhne durch Bezug auf die Arbeiternahrungseinheiten, der Kapitalgewinn durch Bezug auf die Kapitalistennahrungseinheiten, genauer auf die Nahrungseinheiten der noch konkurrenzfähigen und für die produktive Versorgung der Gesellschaft unentbehrlichen „letzten“ Kapitalisten.

Läge es nun nicht gerade nach dieser unserer Theorie nahe, der oben skizzirten französischen Richtung in der Weise zu folgen, dass wir auch den Unternehmergewinn eben gerade als einen solchen sozialen Abfindungstheil betrachteten derart, dass sich die Grösse desselben, ähnlich wie die Grösse des Arbeitslohnes, nach dem standesmässigen Minimalunterhalte des Unternehmers (etwa auch hier des „letzten“ Unternehmers) richtete, und zwar als selbstständige, koordinirte Einnahmequelle neben dem eigentlichen Kapitalgewinne? Läge dies nicht vielleicht um so mehr nahe, als wir bei jener Say'schen Richtung sogar vielfach Anklänge dahin finden, die Höhe des Unternehmergewinnes mit dem „standesmässigen Unterhalt“ des Unternehmers in kausale Verbindung zu bringen? Oder läge es nicht vielleicht sogar nahe, den Unternehmergewinn mit Roscher geradezu als „qualifizirten Arbeitslohn“ zu behandeln und mit diesem Schriftsteller ihn deshalb überhaupt nicht Unternehmergewinn, sondern „Unternehmerlohn“ zu nennen, sowie anzunehmen, er „gehörte wesentlich denselben Naturgesetzen (!) wie der Arbeitslohn überhaupt“? (Vergl. Roscher §. 195.)

Diese oder ähnliche Konstruktionen wären in der That gerechtfertigt, wenn es in Wirklichkeit einen solchen Unternehmer der vorgestellten Art, einen solchen Unternehmer *κατ' ἐξοχήν* gäbe, einen Unternehmer, der nur Unternehmer und nichts als Unternehmer wäre, der analog dem Arbeiter mit seiner nackten Arbeitskraft, dem Unternehmen nichts Anderes als seine persönliche, allerdings sehr schätzbare und wichtige, das Ganze zusammenhaltende Direktions-

kraft zubrächte! So oder ähnlich scheint man sich denn auch seitens der Say-Roscher'schen Richtungen, wenn auch meistens unausgesprochen, die Sache in deutlicherer oder dunkelerer Weise vorzustellen, man denkt sich stillschweigend den Unternehmer als losgetrennt von seinem Kapitale oder mit lediglich oder vorwiegend fremdem Kapitale wirthschaftend. Der Theil des Reingewinnes, der hiernach als persönliche Abfindung auf den Unternehmer fällt, wird als selbstständiger Unternehmergewinn oder Unternehmerlohn neben dem an den Kapitalisten abzuführenden Kapitalzins vorgestellt. Letzterer wird dann als sachlicher Ertragsantheil dem Kapitale als solchem zugeschrieben und zwar nach den bekannten Gesetzen, wonach sich der Kapitalzins als ein aprioristischer Ausfluss des gegebenen „Nutzertrages“, als Lohn der Enthaltksamkeit des Kapitalisten oder, wie man das Verhältniss sonst konstruirt, darstellt. Es bildet nach diesen Auffassungen der gesammte Kapitalgewinn eine mechanische Addition seiner beiden selbstständigen, je auf dem persönlichen und dem sachlichen Faktor der Unternehmung fundirten Bestandtheile, und die ganze Lehre in dieser Form ist und bleibt ein Ausdruck der schon so oft gekennzeichneten verhängnissvollen Duplizität in der Nationalökonomie, sie ist der Ausdruck der allgemeinen Disharmonie, welche auch hier nur durch Angleichung der beiden unvermittelt auf einander stossenden Kategorien und durch Aufdeckung der sie beide verbindenden höheren Einheit fortgeräumt werden kann.

Der Unternehmer, losgedacht von der sachlichen Grundlage seiner Unternehmung, dem Kapitale, der Unternehmer als „höherer“ qualifizirter Arbeiter mit einem „höheren“ qualifizirten Lohne, ist eine theoretische Ausgehärt und farblose Abstraktion, eine Gedankenpielerei ohne Realität und Wirklichkeit. Der „Lohn“ des Unternehmers, der Unternehmerlohn, ist einer der vielfach aufgetretenen irreführenden und verschwommenen Quasibegriffe, welche mit Vorliebe sich breit machen, wenn die nur mit grossen und reinen Typen arbeitende Wissenschaft zeitweise schläft, und an ihrer Stelle eine selbstgenügsame und superkluge Scholastik ihr unfruchtbares, aber nun so anmaasslicheres Gewerbe treibt. — Lohn ist in Wahrheit der voransbedangene Antheil, der einem Arbeiter, sei er „niederer“ (Roscher) oder höherer Arbeiter, von einer fremden Person, nämlich dem Unternehmer, gezahlt wird, welcher den Arbeiter auf seine, des Unternehmers, eigene Rechnung und Gefahr arbeiten lässt und der den Arbeiter vorweg mit seinen Ansprüchen durch ein ver-

einbartes Fixum abgefunden hat. Der Arbeitsertrag ist Eigenthum des Arbeitgebers, wie dieser auch, abgesehen von gemiethetem Grund und Boden der Betriebsstätte und gewissen gemietheten fixen Kapitalien, schon vorher juristisch Eigenthümer der darlehnsweise gemietheten Kapitalien, besonders des gemietheten Geldkapitals, wurde. Er ist der Herr des Kapitals, der Herr der Arbeit und der Herr der Arbeitsfrüchte. Wie gross diese Arbeitsfrucht, das interessiert den abgefundenen Arbeiter unmittelbar gar nicht, der Arbeits- und Produktionserfolg kommt nur dem Unternehmer zu gute, in dessen Eigenthum die erzielten Produktionserträge verbleiben. Wessen Arbeiter soll dagegen der Unternehmer sein, von wem wird ihm ein „Lohn“ gezahlt? Etwa vom Kapitaldarleiher oder den tausend Darleihern, deren zusammengewürfeltes Kapital in der Unternehmung haftet? Sind diese fremden Kapitalisten seine Arbeitsherren, die ihn abfinden, oder ist er nicht selbst der Arbeitsherr, der Herr der Unternehmung und sein eigener Herr, ist er es nicht, der die Leihkapitalisten mit vorweg ausbedungenem Kapitalzins abfindet, wie seine Arbeiter, mit denen er den Lohn verabredet hat? Oder zahlt er gar den Lohn an sich selbst, ist er sein Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person? Und wie soll der „Lohn“ berechnet werden, wenn die Unternehmung mit seinem eigenen Kapital betrieben wird, eine Abfindung für seine Unternehmerthätigkeit also gar nicht auszuscheiden ist, ihm somit der ganze Kapitalgewinn einheitlich zufällt? Und wonach soll sich endlich die Höhe des Lohnes richten? Nun sind hier alle jene Schriftsteller einverstanden, dass sich diese Höhe lediglich nach der Grösse des angewandten sachlichen Bestandtheiles der Unternehmung, nach der Grösse des angewandten Kapitals, richte. Was wäre das doch aber für eine sonderbare Art von Lohn, die sich nicht nach dem Grade der Arbeitsleistung, sondern nur nach dem Umfang des Gegenstandes, an welchem sich die Arbeit bethätigt, bestimmte. Es ist geradezu gewalththätig, wenn Hermann a. a. O. S. 538 die in der Praxis vorfindliche Proportionalität zwischen der Grösse des angewandten Kapitals und derjenigen des Unternehmergewinnes durch die Redensart deckt, dass die zu vergeltende Sorge und Mühe des Unternehmers mit der Grösse jenes Kapitals im Verhältniss stehe. Es mag ja hingehen, wenn hier und da mit Emphase jenes Sorgen und Mühen des Unternehmers als verdienstvollste und wirkungsvollste soziale Thätigkeit gefeiert wird. Es mag hingehen, wenn z. B. Roscher

§. 195 zur Rechtfertigung des Gewinnes, welchen der Unternehmer bezieht, ausführt, wie der letztere „in jedem Falle“, „und wenn er sich für alle laufenden Geschäfte von einem besoldeten Agenten wollte vertreten lassen“, ihn („den Arbeitslohn“) damit „verdiene“, „dass sein Name das ganze Unternehmen zusammenhalte und dass er auch in letzter Instanz die Sorge und Verantwortlichkeit dafür trägt (Meister muss sich ewig plagen)“, und dass, wenn das Geschäft übel geht, sich der besoldete Direktor in ein anderes Geschäft berufen lassen könne, während der Unternehmer die „kummervollen Nächte“ habe, die nach v. Thünen's Bemerkung so oft „produktiv“ seien. Wachsen denn aber — und darauf kommt es hier an — diese kummervollen Nächte mit der Grösse des Anlagekapitals? Ich denke, der Kummer und die Sorge stehen doch häufiger am Bette des kleineren Unternehmers und flüstern ihm „Sein oder Nichtsein!“ in's Ohr.

Das Unheil und die Verwirrung, welche die von Say inaugurierte Sonderstellung des Unternehmergewinns als einer eigenartigen, von den übrigen Produktionsfaktoren isolirten unabhängigen Kategorie hervorgerufen hat, wird dadurch ganz besonders verstärkt, dass sie das an sich wichtige und thatsächlich überaus wirksame „persönliche Element“ für die Konstruktion eines unfruchtbaren Sonderbegriffes, des Unternehmergewinns, derartig vindizirte und absorbirte, dass es für die Konstruktion des viel wichtigeren Begriffes, des eigentlichen Kapitalgewinnes, ganz verloren ging. Wenn die Rücksicht auf den persönlichen Leistungs- und Abfindungsantheil des Unternehmers schon für die Konstruktion des Unternehmergewinns erschöpft ist, so bleibt nichts Anderes übrig, als den eigentlichen Kapitalgewinn mit dem Kapitalzins zu identifiziren und denselben rein auf das sachliche Element, auf die Wirksamkeit der rein-ökonomischen Produktionserfolge der Kapitalgegenstände zurückzuführen. Es war nur eine scheinbare, rein äusserliche Emanzipation von der britischen Kapitalgewinnlehre, thatsächlich aber eine Verballhornisirung derselben, wenn man durch Ausscheidung des Unternehmergewinns aus dem Kapitalgewinne eine Verbesserung oder Weiterbildung der Smith-Ricardo'schen Lehren vorzunehmen wähnte; die Lehre vom „Kapitalgewinne im engeren Sinne“ oder dem Kapitalzinse musste sich um so ängstlicher und einseitiger an jene Lehren anschliessen und den Kapitalzins ausschliesslich als den „natürlichen“ Ertrag des sachlichen Faktors der produktiven Unternehmung erklären, indem man

mehr oder minder „naiv“ den Kapitalzins aus der Produktivität des Kapitals wie eine „Frucht“, „wie den Halm aus dem Acker“ hervorspriessen liess, oder ein theoretisches Extrading neben dem Kapital, nämlich die Kapitalnutzung (Kapitalverfügung Menger), für die Erklärung eigens erfinden musste. Da man sich durch die unnöthige Verausgabung jenes werthvollen persönlichen Elementes des besten Erklärungsmittels für den Kapitalgewinn beraubt hatte, musste man auf andere mögliche und unmögliche Surrogate sinnen. Man hatte durch Eliminirung des Unternehmergewinnes dem Kapitalgewinn das beste Stück aus der Seele gerissen und so das an sich unstreitige Verdienst, das man durch die Hervorhebung des richtig geahnten sozialen und menschlichen Antheils am Kapitalertrage zweifellos erwarb, zu Schanden gemacht dadurch, dass man es an einer falschen Stelle zur Geltung brachte. Erst wenn der kapitalistische Unternehmer nicht länger als eine Person mit zwei Seelen betrachtet und seine in eins fallende Abfindungsquote als ungetheiltes Ergebniss der einheitlich zusammengefassten Grundelemente wiedererkannt wird, ist der unselige Dualismus auch auf diesem schwierigsten aller Theilgebiete unserer Wissenschaft endgültig zu beseitigen.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, durch meine Theorie vom „letzten Kapitalisten“ ein Scherflein für diese Ausgleichung beigetragen zu haben. In der „letzten Unternehmung“ verdient der Unternehmer-Kapitalist einen Kapitalgewinn, dessen Grösse sich als Anfluss darstellt sowohl des sachlichen Faktors, des angewandten produktiven Kapitals, welches die erste Grundlage, die *conditio sine qua non* des Kapitalgewinns, bildet, als auch des persönlichen Faktors, welcher durch sein Korrelat, nämlich durch die sozial nothwendige Abfindung, über den Umfang der sozialen Abfindungsquote entscheidet. Auf diesen richtigen Boden, den Boden der „letzten Unternehmung“, übertragen, giebt das persönliche (soziale) Moment nicht mehr die ungelösten Räthsel auf, die uns in der üblichen Lehre vom Unternehmergeinn entgegenlaufen. So löst sich besonders auch das Räthsel: Weshalb wird der durchschnittliche Gewinn des Unternehmers, obgleich er angeblich eine Abfindung für dessen persönliche Leistungen bildet, dennoch grössenmässig nicht nach dem Umfange der letzteren, sondern pure nach der Grösse des zufällig angewandten sachlichen Kapitals derartig bestimmt, dass Honorirung und Leistung in keine Harmonie zu bringen sind? Das Räthsel löst sich dahin auf, dass sich die Ge-

setze der Gewinnbildung nicht für sich in den einzelnen Individualwirthschaften bilden, sondern erst aus den Gesetzen des tieferen sozialen Zusammenhanges ihre Ableitung finden, nämlich aus dem alten und nur auf neuen Boden verpflanzten und neu begründeten Ricardo'schen Gesetze, wonach die ungünstigsten Betriebe, welche zur Herstellung des sozialen Bedarfes erforderlich sind, als wirthschaftlicher Mikrokosmos Werth und Abfindungsquoten bestimmen, während die Inhaber der unter günstigeren Bedingungen produzierenden, d. h. in casu concretu mit umfangreicherem Kapitale arbeitenden Unternehmungen denselben Preis, dieselbe Abfindungsrate und deshalb, ähnlich wie bei der Grundrente, im Gesamtgewinne eine „Surplusrente“ beziehen, eine Rente, die allerdings je grösser die Unternehmung ist, äusserlich um so weniger noch eine Spur einer Abfindung für proportionale persönliche Leistung erkennen lässt.

Von einer solchen kann nur im Bereiche der „letzten“, die Kapitalgewinnstrategie bestimmenden Unternehmung die Rede sein. Hier weist allerdings die Höhe des Kapitalgewinnes, die mit der Höhe der nothwendigen Honorirung zusammenfällt, eine unmittelbare innige Verbindung und Beziehung mit der Leistung und der Unentbehrlichkeit dieser Leistung für die Versorgung der Gesellschaft auf. Aber selbst hier geschieht diese Honorirung nicht ausschliesslich auf Grund der persönlichen Leistung, sondern nur in Verbindung mit dem vom Unternehmer gestellten sachlichen Fundamente des Betriebes, dem Kapitale, und sicherlich ist diese Honorirung, wie oben nachgewiesen, ihrem Wesen nach kein blosser „Lohn“. Sie ist nicht nur quantitativ, sondern qualitativ vom Arbeitslohn verschieden, sie ist auch kein „qualifizirter“ Lohn.

Der gegentheilige Schein wird bei einigen kleineren Unternehmungsarten erweckt, die eine Uebergangsform zwischen einem lediglich auf die Arbeit des Inhabers gegründeten Geschäftsbetriebe und der eigentlich kapitalistischen Unternehmung bilden, z. B. bei dem Geschäft des Apothekers, des kleineren Kaufmanns und überhaupt bei jedem Kleingewerbe. Diese Personen, sagt Pierstorff S. 42 a. a. O. zutreffend, „arbeiten stets allein oder doch meistens, wie der Apotheker; und wenn auch Letzterer Gehilfen anstellt, so ist doch deren Zahl äusserst beschränkt, und ihre Arbeit bildet nicht die wesentliche Grundlage des Geschäfts. Jene alle sind vornehmlich Arbeiter auf eigene Rechnung. Zum eigentlichen Unternehmer wird der Produzent im Allgemeinen erst da, wo und

soweit er einen selbstständigen Produktionsorganismus schafft oder leitet, in welchem er eine gewisse Anzahl von ihm abhängiger und das eigentliche technische Werk verrichtender Arbeiter anstellt Voll und rein findet sich . . . der Begriff des Unternehmers erst da verwirklicht, wo das Unternehmen eine Grösse und einen Umfang erreicht hat, dass die Thätigkeit des Hauptes in der Leitung des Ganzen aufgeht, wo seine Mitwirkung als technischer Arbeiter aufhört irgendwie wesentlich und nothwendig zu sein. Hier ist der Punkt, wo die Grösse des erzielten Gewinnes unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht mehr in erster Linie abhängig ist von der eigenen Arbeit des Unternehmers, mag auch diese noch unmittelbaren Einfluss auf die Grösse seines Einkommens haben. Hier vielmehr ist es vor Allem die Grösse des Kapitalfonds, eigener und fremder, über die derselbe zu gebieten vermag, welche den absoluten und meist auch gar den relativen Gewinn vom Kapitale bestimmt.“

Ich muss bitten, diese trefflichen Sätze auch für die von mir so genannte letzte Unternehmung als maassgebend zu betrachten. Unternehmung in dem hier entscheidenden Sinne ist nicht jedes Geschäft, das irgendwie auch mit Kapital arbeitet, sondern nur dasjenige, dessen wesentliche Grundlage auf Anwendung des Kapitals beruht. Ich erlaube mir schon oben zu bemerken, dass die „letzten“ Kapitalisten nur als machtvolle und auf dem Markte den Ausschlag gebende grosse Gruppen von Inhabern kapitalistischer, d. h. rein kapitalistischer Unternehmungen in die Erscheinung treten können. Wie gross im einzelnen Lande zur gegebenen Zeit der zahlenmässige Umfang des letzten noch als „Unternehmung“ im beschriebenen Sinne zu bezeichnenden Betriebes sein muss, das wird praktisch schwer zu bestimmen sein, ist aber auch, für die Theorie im Allgemeinen, unerheblich.

Ehe ich nun dazu übergehe, die Gesetze des Kapitalzinses, d. h. des Zinses für geliehenes Kapital aus dem allgemeineren, umfassenderen und entscheidenden Begriffe des Kapitalgewinnes abzuleiten, ist eine kritische Prüfung und positive Klarstellung der beiden Begriffe Kapitalgewinn, Kapitalzins und auch des Unternehmungsgewinns nach Umfang und Inhalt geboten, besonders kommt es auch auf eine Festlegung der diesen Begriffen entsprechenden Terminologie an.

Zuerst: Was ist Kapitalgewinn und wie stellt sich sein begriffliches Verhältniss zum Kapitalzins? Beide Begriffe werden

häufig wechselweise für einander gebraucht, theils aus Unachtsamkeit und Gedankenlosigkeit, theils aus methodischen Gründen, letzteres vielfach seitens derjenigen Theoretiker, welche den Unternehmergewinn als Lohn oder als einen vierten verselbstständigten Einkommenstheil aus dem Reingewinn der Unternehmung vorweg ausscheiden, und den Rest auf den „Nutzertrag“ des Kapitals oder sonst wie auf den sachlichen Faktor zurückführen und demgemäss auch meistens diesen Rest als mit dem Leihzins zusammenfallend sich vorstellen. Man kann dann seine Höhe nur aus dem Satze erkennen, den fremde Unternehmer für die Ueberlassung dieser Kapitalnutzung durchschnittlich zu gewähren pflegen. So sagt Roscher §. 179: „Wer mit eigenem Kapitale arbeitet, kann höchstens durch Vergleichung mit Anderen bestimmen, wo im Ertrage seines Geschäftes der Arbeitslohn (und dieser fällt nach Roscher mit dem Unternehmergewinn zusammen) aufhört, der Kapitalzins anfängt.“ Und in einer Note setzt er hinzu: „Dies ist die natürliche Kapitalrente, im Gegensatze der ausbedungenen“. Bei dieser Auffassung giebt es dann allerdings keinen besonderen „Kapitalgewinn“ neben dem „Kapitalzins“. So gebraucht auch z. B. von Thünen, neben vielen anderen Schriftstellern, beide Ausdrücke als identisch. Was übrigens Roscher mit der Hervorhebung des Gegensatzes von natürlicher und ausbedungener Kapitalrente überhaupt noch bezweckt, ist nicht recht einzusehen, da ja nach seiner eigenen Erklärung die Höhe der ausbedungenen Rente, also des Leihzinses, mit der natürlichen Kapitalrente d. h. der Rente, welche sich der Unternehmer vom eigenen Kapitale als Kapitalzins anrechnet, zusammenfällt, ja erst aus ihr „erkannt“ und demgemäss aus ihr erst bestimmt wird. Der Gegensatz von ursprünglichen (natürlichen) und ausbedungenen (abgeleiteten) Zinsen hat m. E. nur dann einen Sinn, wenn man unter Zins einen umfassenderen Begriff, etwa den Kapitalgewinn im weiteren Sinne, und dann unter abgeleitetem Zins den eigentlichen Leihzins verstehen würde. Aber terminologisch wäre es auch dann besser, dem einen Begriffe die Bezeichnung Kapitalgewinn, dem anderen die Bezeichnung Kapitalzins beizulegen. Dieser Sprachgebrauch, welcher besonders von der klassischen britischen Schule im Ganzen konsequent angewendet wird, dürfte auch sprachgeschichtlich allein zutreffend sein. Zins (census) bedeutet überall ein Entgelt, eine Abgabe, eine Gegenleistung für ein von einer fremden Person zur Nutzung empfangenes Gut, eine Gegenleistung, die sich wirtschaft-

lich dadurch ermöglicht und rechtfertigt, dass der Schuldner durch die eigene Anwendung einen Ertrag aus dem Gute erzielen könnte, nämlich den „ursprünglichen“, „natürlichen“. von dem die Möglichkeit der ausbedungenen Abgabe erst „abgeleitet“ wird. Niemals erlaubt dieser Sprachgebrauch jedoch jenen ursprünglichen, aus der eigenen Bewirthschaftung des Gutes gezogenen originären, unmittelbaren Ertrag als Zins zu bezeichnen, sondern der Zins ist erst eine Folge des Auseinanderfallens der Wirthschaftssubjekte in der Weise, dass das Gut selbst oder die Forderung auf das Gut oder auf ein gleichartiges Gut oder eine entsprechende Geldforderung im Vermögen der einen Person verbleibt, die Ausnutzung des Gutes aber einer anderen Person für die betriebsmässige Verwendung überlassen wird. Wenn der Zins erst durch diese Trennung von Vermögen und Nutzung entstehen und in die Erscheinung treten kann, so ist es ein Unding, ihn dort schon als gegeben und als „natürlich“, ursprünglich gegeben, anzunehmen, wo eine solche Trennung gar nicht stattgefunden hat, nämlich auch dann sogar vom Zinse des Kapitals zu reden, wo sich der Eigenthümer von seinem Kapitale überhaupt nicht trennt, sondern es in eigener Unternehmung selbst nutzbar macht, wo also gar kein Zins entsteht oder der Eigenthümer ihn an sich selbst zahlen müsste. Wie es eine Grundrente erst dann geben kann, wenn der Produktionsfaktor Land zu zwei Personen, dem Grundeigenthümer und dem kapitalistischen Pächter, in Beziehung tritt, wie ein Arbeitslohn erst entsteht, wenn der Arbeiter und die Person des Betriebsunternehmers, welcher die fremde Arbeit nutzbar macht, verschiedene Personen sind, so entsteht auch der Kapitalzins erst durch Sonderung von Kapitalvermögen und Kapitalnutzung. In der Oiken- und mittelalterlichen Hofwirthschaft ist von ihm gar nicht die Rede.

Kein Geringerer als v. Böhm-Bawerk hat bei der Kritik der Roscher'schen Kapitalzinslehre, „Kapitel“ I S. 146 u. 147, auf den Widersinn aufmerksam gemacht, der aus einer solchen Nichtbeachtung des unterschiedlichen Verhältnisses zwischen natürlicher und abgeleiteter Kapitalrente entsteht. Roscher führt nämlich merkwürdigerweise in § 148, wo er von den allgemeinen Beziehungen der „drei grossen Zweige“ des Volkseinkommens handelt, sehr trefflich aus: „Endlich hat noch ein ganz besonderes Gewicht der Unterschied zwischen dem ausbedungenen und ursprünglichen Betrage sowohl der Grundrente, wie des Arbeitslohnes und Kapitalzinses. Jener besteht in dem Preise, welcher dem Eigenthümer der bezüglichen Produktiv-

kraft für deren Benutzung vom Abmiether entrichtet wird; dieser in den unmittelbaren Ergebnissen, welche die Anwendung derselben Produktivkraft auf eigene Rechnung hervorbringt. Offenbar(!) ist der ursprüngliche Betrag auf die Dauer der Hauptbestimmungsgrund für die Höhe des ausbedungenen. Während aber der erstere mehr von den tiefer und nachhaltiger wirkenden Preiselementen abhängt, nämlich den Produktionskosten, dem Gebrauchswerthe und der Zahlungsfähigkeit der Käufer (ganz Hermann), wird der letztere mehr durch die oberflächlichen Schwankungen von Angebot und Nachfrage, oder gar die Gewohnheit bedingt. Für unseren Zweck ist jener bei weitem wichtiger, aber freilich auch bei weitem schwieriger (sic!) zu erkennen.“ Trotz dieses schönen Programms geht Roscher in der Speziallehre vom zweiten grossen Zweige des Volkseinkommens, in der Kapitalertragslehre, von der ausbedungenen Kapitalrente aus, er behandelt nur immer den abgeleiteten Begriff, den Kapitalzins, leitet diesen nicht etwa von dem besagten „tieferen“ ursprünglichen Begriff ab, sondern geht eher umgekehrt vor, wenigstens lässt er beide Begriffe zusammenfallen oder stellt doch für beide dieselben Gesetze auf. Es hätte ihm das nicht passiren können, wenn auch er nicht durch Ausmerzung des besten innerlichen Bestandtheiles der Kapitalrente, nämlich durch Ausmerzung der Abfindung des persönlichen Faktors und durch seine Ausgestaltung zu einem besonderen und eigenartigen Gesetzen gehorchenden Produktionsfaktor und Ertragsantheil in Gestalt des Unternehmergewinns, sich derart den Weg verrannt hätte, dass keine Zwischensubstanz für die ursprüngliche Kapitalrente übrig blieb.

Der Unternehmergewinn ist eben — und damit kommen wir zur endgültigen Abrechnung mit diesem irreführenden und protensartigen Theoriegebilde, überhaupt kein selbstständiger, eigenartiger Produktions-, Ertrags- und Abfindungsantheil, er ist überhaupt kein volkswirtschaftlicher Begriff in dem bedeutsamen Sinne von Arbeitslohn, Grundrente oder Kapitalgewinn. Die letzteren drei Begriffe bezeichnen bestimmte und bestimmende, mit dem Ganzen des volkswirtschaftlichen Organismus und der gesamten Werthbildung verwachsene „grosse“ Ertrags- und Einkommensantheile. „Bestimmt“ sind sie nach Wesen und Umfang durch die eigenartige soziale Produktions- und Vertheilungsgliederung als gesellschaftlich nothwendige und durch die gegebenen machtvollen sozialen Schwerkkräfte dynamisch verursachte Abfindungsantheile

und Werthquoten. Der Arbeitslohn ist die zur Honorirung und dauernden Erhaltung der sozial indispensablen persönlichen Arbeitskraft erforderliche Werthsumme an Arbeiternahrungseinheiten. Nicht minder ist der Kapitalgewinn, zumal nach der von mir vorgeschlagenen Auffassung, die sich aus dem volkswirtschaftlichen Zusammenhange und der bestehenden Rechtsordnung ergebende, von der Gesellschaft nothwendig zu gewährende und durch den Kapitalisten dem gesellschaftlichen Produktionsertrage abgetroztte, ihm unweigerlich zu zahlende Honorirung für die in die Produktion eingeworfene, vom Unternehmer durch seine persönliche Thätigkeit und Sorge fruchtbar gemachte Kapitalverwendung. Und Grundrente ist der an den Bodeneigenthümer abzuführende und auf die Geltendmachung seines Grundeigenthums basirte Antheil vom Ertrage, der nach Abzug der beiden ersteren festen Abfindungsbeträge vom Gesamtwerthertrage übrig bleibt.

Aber auch „bestimmend“ sind jene drei grossen Abfindungsarten, indem die eigenartige Grössen- und Werthbildung des einen Faktors auf die der anderen nach den in früheren Abschnitten abgeleiteten Regeln organisch eingreift.

Wie steht es dagegen um den Unternehmergewinn, der sich, ein echter Usurpator, den Platz des vierten grossen Einkommensbestandtheiles angemaassst hat? „Bestimmend“ ist er sicher nicht, dazu fehlt ihm alle Kraft, er hat sich seine Machttribute und Machtvollkommenheiten aus fremden Begriffssphären zusammengeraubt, der Glanz seiner Krone ist eitel Flimmer, er steht auf zwei geborgten Krücken.

„Bestimmend“ soll er sein, indem er angeblich neben der selbstständigen Grösse des Kapitalzinses den besonderen Anspruch repräsentirt, welcher dem Unternehmer als solchem am sozialen Produktionsertrage nach Maassgabe dessen zukommt, was er für die Herstellung des letzteren beigetragen hat. Wir aber sahen, es giebt einen solchen Unternehmer gar nicht, der Unternehmer entlehnt den Gewinn gleichzeitig und in erster Linie dem sachlichen Faktor, dem angewandten Kapitale; nur wenn und soweit er solch Kapital durch seine Unternehmerthätigkeit fruchtbar macht, entsteht ein Kapitalgewinn, und die Höhe desselben richtet sich einzig nach der Höhe dieses Kapitals.

Aber dieser Zwitter- und Pseudobegriff, dieser Unternehmergewinn, ist auch nicht einmal „bestimmt“, und deshalb, als volkswirtschaftlicher Begriff, nicht einmal definirbar. Denn selbst die-

jenigen Theoretiker, welche ihn nur als integrierenden und abgeleiteten Bestandtheil des allgemeinen Kapitalgewinnes festzulegen versuchen, können dies nur auf dem Wege versuchen, dass sie dasjenige als Unternehmergewinn definiren, was der Kapitalzins vom priori feststehenden Kapitalgewinn übrig lässt, oder dass sie umgekehrt den Kapitalzins in seiner Höhe dadurch fixiren, dass sie ihn als Rest ansehen, der nach Abzug des Unternehmergewinnes übrig bleibt. Letzteres geht nicht an, weil die Grösse des Unternehmergewinnes wie gesagt nicht feststellbar ist, und der erstere Weg, den Unternehmergewinn durch Abzug des Kapitalzinses vom Kapitalgewinn zu normiren, ist nicht gangbar, weil der Kapitalzins selbst erst, als ausbedungene Abfindung, eine abgeleitete Grösse ist.

Der Unternehmergewinn bildet nur eine rechnerische Grösse, und hier sind wir nun endlich auf die einzige Rolle gekommen, den dieser anmaassliche Begriff zu spielen im Stande und allein berufen ist. Wenn nämlich zuvor volkswirtschaftlich, d. h. aus anderweitigen und tiefer liegenden Gesetzen, sowohl die Grösse des Kapitalgewinnes als Minuendus als auch die volkswirtschaftliche Grösse des Zinses nach ebenfalls selbstständigen Gesetzen vorher grössenmässig als Subtrahendus festgestellt ist, dann und erst dann kann man den Unterschied zwischen beiden Grössen als „Unternehmergewinn“ benennen und „anrechnen“. Nicht aus der Volkswirtschaft, sondern aus der Individualwirtschaft, welche ihrerseits mit den vorher durch die Gesetze des volkswirtschaftlichen Organismus gegebenen Werthgrössen zu rechnen hat und praktischer Weise wirklich rechnet, stammt die Bedeutung dieses nur ökonomisch wichtigen Rechnungsbehelfes. Den Unternehmer als Individuum interessirt es freilich meistens sehr wenig, woher die Werthe entstanden und entstehen, sie sind da, und wenn er geschenkt ist, benutzt er die Werthverhältnisse nach Kräften, gleichgültig, ob das angewandte Kapital ihm selbst oder (zum Theil) fremden Personen gehört. Selbst wenn er glücklicher Eigenthümer des ganzen angewandten Kapitalstocks ist, „rechnet“ er in folgender Art: Im Falle, dass ich mein Kapital verleihe, erhalte ich x Prozent als allgemein übliche Kapitalzinsrate. Wenn mir die produktive Verwendung in einem eigenen Geschäfte nicht einen lohnenden Ueberschuss giebt, lasse ich die Thorheit, mein Kapital, als meine einzige Existenzbedingung, in ein gewagtes eigenes Unternehmen festzulegen. Selbst wenn es eine Kleinigkeit abwirft, aber doch zu wenig über den üblichen Kapitalzinssatz hinaus, so lasse ich die

Hand ebenfalls von der Sache. Erst wenn der Ueberschuss voraussichtlich eine mit dem Risiko und der Mühe im Verhältniss stehende Höhe ergibt, dann wage ich es, mische mich unter die Unternehmer und kämpfe den „Kampf Aller gegen Alle“ mit. Und ferner, wenn eine Wirthschaftsperiode des Unternehmens glücklich vollendet ist und die goldenen Früchte im Produktionserlöse übersehbar daliegen, da rechne ich wiederum, indem ich sage: der Reinerlös beträgt x ; wenn ich mein Kapital verliehen hätte, würde ich mich auf y stehen, der glücklich realisirte Gewinn $x - y$ ist der Gewinn aus meinem Wagestück, er ist der Gewinn aus dem „Unternehmen“, er ist der „Unternehmergewinn“, „mein Unternehmergewinn“. Und nun erst kommen die gelehrten Nationalökonomten mit der Say'schen Tendenz, alle möglichen „Bezüge“ zu selbstständigen und auf entsprechende wundersame fonds productifs zurückzuführen, die Bezüge sogar im Grunde mit den „fonds productifs“ oder doch ihren „services productifs“ oder „actions“ zusammenzuwerfen und sie aus dem blossen gegenseitigen Austausch dieser services herzuleiten: das Einkommen aus dem Produktionsfonds, genannt „industrielle Fähigkeiten“ ist dann, abgesehen von der ebenfalls selbstständigen Unterart des „profit du savant“ und des „profit de l'ouvrier“: profit de l'entrepreneur d'industrie.

In Wahrheit ist die Rechengrösse des Unternehmergewinnes nur ein praktischer für das Wirthschaftsleben wichtiger Maassstab dafür, ob es sich unter den gegebenen Bedingungen lohnt, überhaupt ein Unternehmen und ferner gerade ein bestimmtes Unternehmen anstatt eines anderen zu beginnen. Die Berechnung des Unternehmergewinnes gewährt die Möglichkeit, die Rentabilität der einzelnen Unternehmungsarten zu vergleichen, und fördert damit die richtige Auswahl der lohnendsten und deshalb auch für die Versorgung der Gesellschaft vortheilhaftesten und sparsamsten ökonomischen Verwendung und Placirung der wirthschaftlichen Urkräfte und originären Produktionsfaktoren. Diese Leistung ist grossartig und werthvoll genug. Ein Mehr kann und soll man vom Begriffe des Unternehmergewinnes nicht verlangen.

§ 45.

Verhältniss des Kapitalzinses zum Kapitalgewinne.

Das Ergebniss unserer Untersuchung über den Unternehmergewinn liess die volkswirtschaftliche Bedeutung und Fruchtbarkeit

dieses Begriffes nicht nur im Allgemeinen als ziemlich negativ erkennen, sondern sie hat auch im besonderen für die durchgreifende Erledigung des aufgeworfenen Problems, welches das grösssenmässige Verhältniss des Kapitalzinses zum Kapitalgewinne zum Gegenstande hat, abgesehen von einigen werthvollen kritischen Streiflichtern, welche hierbei für die begriffliche Abgrenzung und Klärung dieser Begriffe abfielen, die Erwartungen nicht erfüllt, die man für die Lösung jenes Problems erwarten durfte.

Wir müssen also auf eine anderweitige selbstständige Erledigung des letzteren bedacht sein, und es ist nicht auffällig, dass wir bei dieser Aufgabe Anhalt und Unterstützung nur bei solchen Schriftstellern finden, welche die Unternehmerthätigkeit und den Unternehmergewinn nicht als einen selbstständigen Produktions- und Abfindungsfaktor aufgestellt, sondern den Kapitalgewinn ohne die Auslösung des für jenen Pseudobegriff verschwendeten „persönlichen“ Elements in seiner ungetriebten Einheit voll und rein konservirt haben.

So hat zunächst Hermann, der insofern zur Gattung der letztgenannten Schriftsteller zu rechnen ist, als er den Kapitalzins als „Bestandtheil“ des Kapitalgewinns behandelt, das leitende Prinzip richtig hervorgehoben, indem er sagt: „Erst ein sekundärer Kampf zwischen Kapitalisten und Unternehmer regelt die Theilung von Gewinn und Zins“.

Auch die Grenzen, in denen dieser Kampf wogt, werden von anderen Schriftstellern durch die Begriffe des „Zinsmaximums“ und des „Zinsminimums“ richtig abgesteckt. Von Knies — dessen prinzipielle Stellung zum Unternehmergewinn allerdings nicht durchsichtig erkennbar ist — wird z. B. „Kredit“ II S. 96 ff. das Maass des Zinsmaximums in dem „Gebrauchswerthe des Kapitals“, und in der „Produktivität“ desselben gefunden, oder es wird von ihm, unter Vermeidung dieser Ausdrücke, welche auf seiner anfechtbaren theoretischen Stellung zur Kapitalzinslehre beruhen, in unanstösslicherer Weise als Zinsmaximum der Ertrag angegeben, den der Kapitalbesitzer durch Eingehung einer eigenen produktiven Unternehmung erzielen würde. Unter Umständen, bemerkt Knies, wird ausnahmsweise dieser ganze Betrag vom Schuldner an den Gläubiger entrichtet werden können, wie z. B. schon mancher Banmeister in flauer Zeit den ganzen aus dem Vorschuss-Kredit erlangbaren Ueberschuss über den ihm zum gewohnten Lebensunterhalt erforderlichen Lohnbetrag als Zins darbiehen können werde (das wäre allerdings

nur ein fürs Prinzip ganz unmaassgeblicher Ausnahmefall; denn wir wissen bereits, dass solche Existenzen, wie dieser Baumeister. jenseits der Grenzen fallen, wo die bestimmende Gruppe der „letzten“ Kapitalisten steht). Für das Zinsminimum wird dann von Knies der „parallele Satz“ aufgestellt: „Irgend einen Betrag wird man dem Kapitalbesitzer geben müssen, wenn nicht für diesen jedes wirtschaftliche Motiv zur Abgabe der Kapitalnutzung an Andere fehlen soll“. Knies bemerkt richtig, dass die untere Grenze der Forderung des Gläubigers nur im Hinblick auf den eigenen Gebrauch erkennbar werden könne. Dieser eigene Gebrauch sei entweder ein konsumtiver oder ein produktiv erwerblicher. Was den ersteren angehe, so müsse der Reiz des Zinsenempfanges für den Gläubiger nicht etwa — wie man gemeint habe — so gross sein, dass er den Reiz zur Genusskonsumtion überwinde; das wäre viel zu viel verlangt, der Gläubiger könne ja das Kapital später selbst verzehren, der Reiz des Zinsempfanges brauche also nur den Reiz einer jetzigen Konsumtion an Stelle der späteren zu überwinden. Und für den Fall des eigenen gewerblichen Gehrauchs sei für den Gläubiger zu erwägen, dass er wegen seiner Abneigung gegen eigene Erwirtschaftung von Kapitalgewinn sich schon mit einem geringeren Zinse begnügen werde, als wie er ihn selbst zu erwirtschaften hoffen kann, indem die Differenz durch jene Abneigung beglichen werde. Jedenfalls sei aber nach dem vorhin Gesagten ein gewisser Zinssatz immer garantirt, und es sei deshalb auch für ein in künftiger Zeit zu erwartendes Sinken des Zinsfusses immer eine Grenze gesetzt. Innerhalb derjenigen Grenzen, welche hiernach durch das für den Gläubiger nothwendige Zinsminimum und das dem Schuldner wegen „des Gebrauchswerthes der Kapitalnutzung“ mögliche Zinsenmaximum festgestellt seien, entscheide dann die Wirksamkeit der Grösse des Angebots und der Nachfrage, sowie die Konkurrenz unter den Ausleihern und den Anleihern. Der effektive „Satz“ sei theoretisch nicht festlegbar, weil hier kein „gesetzliches“ Quantitätsverhältniss zwischen naturalen Substanzen, sondern eine wirtschaftliche Grösse in Frage stehe, die von den mannigfaltigsten sachlichen und persönlichen Verhältnissen abhängig sei. Er weist hier, wie Ricardo Kapitel 21, vergl. oben S. 398, auf die Nivellirung des üblichen Zinssatzes hin, welche das überaus bewegliche Geldkapital auf das anderweitige Kapital ausübe.

Dies Alles ist völlig zutreffend und begegnet sich mit den Ausführungen Roscher's in der oben S. 409 u. 410 citirten Stelle, wonach

für die ausbedungene Kapitalrente, im Gegensatz zur ursprünglichen, nicht die „tieferen“ volkswirtschaftlichen Gesetze, sondern mehr das „Spiel von Angebot und Nachfrage“ entscheidend ist. Wenn ich die Bedeutung des „Gesetzes von Angebot und Nachfrage“ hier im weitesten Umfange konzedere, so will ich mich damit keineswegs in Widerspruch setzen mit der so oft in dieser Schrift diesem „Gesetze“ entgegengebrachten skeptischen Zurückhaltung. Diese Skepsis war überall dort geboten, wo nicht die zufällig gegebenen rein ökonomischen Quantitätenverhältnisse, sondern die tiefer liegenden sozialen Werthbildungs- und Abfindungsverhältnisse entscheidend sind (weil sie erst über den Umfang der jeweilig auf dem Markte angebotenen und nachgefragten Güter bestimmen), und wo eine zufällige Ueber- oder Unterproduktion immer nur den Anstoss zur Zurückkehr auf den durch die sozialökonomischen stetigen Schwerkräfte bedingten „Beharrungszustand“ bildete. So entstehen auch die Gesetze des Kapitalgewinnsatzes aus solchen stetig wirkenden sozial nothwendigen, manchmal sozial ebernen Bedingungen. Mag zur Zeit zu viel Kapital vorhanden sein, mag das Kapitalprodukt die Nachfrage überschreiten und mag der Gewinnst deshalb unnatürlich heruntergehen, Angebot und Nachfrage spielen hier nur die mechanisch vermittelnde Rolle des Ausgleichs, sie führen im Wege der Reaktion oder der Krisis zur Heilung und zum Ruhepunkt. Der Kapitalgewinnst wird sich trotz aller Krisen und Schwankungen immer wieder auf denjenigen Minimalatz zu stellen streben, der die Fortführung der kapitalistischen Unternehmungen im Interesse der gesellschaftlichen Versorgung ermöglicht. Weil die kapitalistische Unternehmung für unseren gegebenen Wirtschaftsorganismus eine sozial nothwendige Einrichtung darstellt, so wird der Gewinnst für den kapitalistischen Unternehmer schliesslich nicht mehr und nicht minder betragen, als es für die soziale Lebenshaltung der „letzten“ für die Gesellschaft muentbehrlichen Kapitalisten nothwendig ist.

Wie ganz anders liegen die Umstände für den Kapitalist! Das jeweilige Verhältniss, in welchem das Volkskapital im Eigenthum der Unternehmer oder im Vermögen anderer Personen steht, ist auf keinerlei soziale Nothwendigkeit begründet, es ist ein mehr oder minder zufälliges und es ist im grossen Ganzen für die Versorgung des Marktes ganz irrelevant. Die volkswirtschaftliche Produktion geht ihren Gang ohne Rücksicht auf die persönlichen Existenzansprüche der Leihkapitalisten, diese Leute müssen sich

nach der Decke strecken, sie müssen geduldig hinnehmen, was abfällt und übrig bleibt. Auch die wiederholt gehörten Drohungen der bedrängten Kapitalisten, „mit dem Kapital“ ins Ausland zu wandern, können dem ernsthaften Nationalökonomem wohl höchstens ein Lächeln abgewinnen.

Indessen, zur Beruhigung nochmals gesagt, das Spiel von Angebot und Nachfrage wird schon immer von selbst dafür sorgen, dass der Leihkapitalist niemals ganz leer ausgeht. Der Nullpunkt des Zinsminimums ist nie zu fürchten. Seine unverwüstliche Kraft übt das Leihkapital dadurch aus, dass mit demselben, wenn sich nur der nothwendige Unternehmer findet, sich jederzeit eine neue produktive Unternehmung ins Werk setzen lässt, wo der Kapitalgewinn sicher ist, sei er nun gross oder klein. Ist der Kapitalist selbst nicht im Stande, ein Unternehmer zu werden, so wird es niemals ganz an Leuten fehlen, welche diese Rolle an seiner Statt gern übernehmen. Allerdings kann dies nicht Jeder, der die Lust und die Kenntnisse hat, es ist ausserdem, wie oben ausgeführt, in aller Regel ein gewisser Umfang von eigenem Vermögen dazu erforderlich, weil es sonst an der nöthigen Grundlage für den Kredit gebricht. Einen gewissen erheblichen Abschlag vom üblichen Kapitalgewinnsatz, d. h. vom „Zinsenmaximum“ wird sich der Leihkapitalist immer gefallen lassen müssen. Der Zins wird oft nur den kleineren Theil, vielfach nur die Hälfte oder unter Umständen noch weniger ausmachen.

Diese und die weiteren anderen zahlreichen Momente, welche jenen Abschlag einzeln begründen, sind auch noch von anderen Nationalökonomem schon vielfach treffend und erschöpfend aufgezählt worden. Es wird von ihnen mit Recht auf das mit der produktiven Verwendung des Kapitals nothwendig verbundene Risiko hingewiesen (oben Mill), ferner auf die zur Betreibung eines eigenen Geschäfts heute immer mehr und mehr erforderliche Geschäftskennntniss, Umsicht, Thatkraft und sorgenvolle Mühewaltung — Anforderungen, welchen der Kapitalbesitzer selbst häufig genög nicht entfernt wird genügen können. Der Kapitalist ist vielfach gar nicht in der Lage und Willens ein eigenes Unternehmen zu beginnen, z. B. wenn das Vermögen zu gross und massig ist, um es in einem Geschäfte oder in mehreren, noch übersehbaren und leitbaren Unternehmungen unterbringen zu können, wenn das Kapital von solchen Personen besessen wird, die überhaupt nicht Unternehmer werden können, so bei dem Kapitale von Wittwen,

Waisen, juristischen Personen, Stiftungen, Korporationen, Verbänden aller Art n. s. w. Häufig geht auch diese persönliche oder juristische Unfähigkeit zur Eigenverwendung mit der Kleinheit des Kapitals Hand in Hand. die Inhaber des Kapitals setzen sich in grossen Massen aus den Besitzern solcher kleinen und kleinsten Kapitalsummen zusammen, dass sie damit kein eigenes Geschäft einrichten und unterhalten können. Handelt es sich doch hier, wie oben gesagt, vielfach um minimale Vermögensbestände und Sparpfennige, die naturgemäss nur einen Nothgroschen oder nur einen Neben-erwerb zur Ergänzung des Einkommens aus dem Hauptberufe abzugeben bestimmt sind.

Ein Mittel allerdings giebt es für einen Theil aller dieser Kapitalisten, um, wenigstens der juristischen Form nach, selbst Unternehmer oder doch Mitunternehmer zu werden. Dies Mittel wird ihnen durch den Erwerb einer Aktie geboten, und es ist auch nicht zu leugnen, dass die Aktiengesellschaften und ähnliche wirthschaftliche Gebilde viel grosses und kleines Geldkapital absorbirt und deshalb den Kapitalmarkt durch Hebung des Zinses hier und da aus seiner Stagnation gerissen haben. Aber man darf doch, bei aller Anerkennung der sonstigen grossartigen volkswirtschaftlichen Funktionen der Aktiengesellschaften (vergl. auch Knies Kredit II S. 87 und 88) ihren Einfluss auf dem hier in Rede stehenden Gebiete nicht überschätzen. Ihre wirthschaftliche Wirkungssphäre ist nur auf eine eigenartige und begrenzte Gattung von Grossbetrieben beschränkt, das Beste vom Kapitalgewinn wird vielfach von den Gründern und den hochbesoldeten Direktoren und Verwaltungsräthen vorweg abgeschöpft, es wird viel mehr vergeudet als bei Privatunternehmungen. der Besitz der Aktien wechselt täglich, und die neuen Erwerber bezahlen den Preis der höheren Dividende in der durch den erhöhten Kurswerth bestimmten grösseren Ankaufssumme, welche sich doch wieder lediglich nur auf Grundlage des sonst herrschenden niedrigeren Zinssatzes berechnet. Von einer Verallgemeinerung dieser Unternehmungsform kann füglich gar nicht die Rede sein, und selbst bei dem hypothetisch gesetzten Falle, dass im Wesentlichen alle oder doch die meisten und wichtigeren Unternehmungen in diese oder eine anderweitige ähnliche genossenschaftliche Form zu überführen wären (dies gilt auch in gewissem Sinne für die Lassalle'schen „Produktivassoziationen“) und überdies musterhaft geleitet würden, so würde die Kapitalrente schliesslich doch keinen höheren Betrag erreichen als heute, weil die eigene Konkurrenz dieser Unterneh-

mungen durch Verbilligung der produzierten Waaren den Roh- und den Reinertrag immer wieder herabdrücken würde.

Von den mannigfachen anderen Umständen, welche das Verhältniss des Kapitalgewinnes zum Kapitalzins zu Ungunsten des letzteren beeinflussen, muss hier abgesehen werden, ihr Platz ist im speziellen Theile. Hier sei nur noch kurz auf Folgendes hingewiesen. Je mehr sich Wohlstand und Kultur heben, je mehr sich auch das Einkommen der niederen und mittleren Volksklassen nun etwas bessert, desto mehr Personen treten auf, deren, einzeln genommen, geringe Ersparnisse doch vereint zu ungeheuren Kapitalsummen zusammenströmen und den produktiven Unternehmungen als Leihkapital angeboten werden. Abgesehen von der durch dieses Angebot verursachten Zinssenkung, liegt in jedem Sparen ein Verzicht auf das unmittelbare Geniessen und übt einen nothwendigen Einfluss auf den Umfang der Produktion aus. Das gesparte Geldkapital ist nicht an sich fruchtbar, sondern nur dadurch, dass es in produktives Kapital umgewandelt wird. Produktives Kapital ist aber nur bei entsprechendem Absatz der produzierten Waaren rentabel. Die arge Ueberfülle des angebotenen Zinskapitals wird also häufig eine Schwierigkeit für seine Aufsaugung und Placirung bewirken, und der Druck auf den Zinssatz ist unvermeidlich. — Ein weiterer Grund für die Niederhaltung des Zinssatzes ist wohl in der vermehrten Ersetzung des Baarverkehrs durch den Kredit zu finden. Je mehr sich dieser Kreditverkehr hebt, je mehr ein Unternehmer dem anderen kreditirt, je mehr die Baarzahung durch Banken und clearinghouse erübrigt wird (vergl. z. B. Roscher §. 123 zu B u. Anmerk. 13), desto weniger ist baares Geld vonnöthen. Es wird hierdurch, trotzdem „Geldkapital“ keineswegs mit Baargeld zu verwechseln, immerhin ein entsprechender Theil von Leihkapital überflüssig. Der Fonds, den man zur Gründung und Führung eines Geschäftes braucht, der nothwendige Unternehmerfonds, wird nun den durch den Kredit ersetzten Baargeldbedarf geringer. Roscher, Anmerk. 2 zu §. 95, leugnet zwar die Richtigkeit der früher von ihm selbst vertretenen Ansicht, dass der Kredit Kapital ersetze, er giebt aber zu, dass die Kreditoperationen eine grosse Menge von Baarkapitalien, die in Kassen, Geldbörsen, Postwagen u. s. w. müssig lagen, „produktiver benützen“ lassen. Diese „produktive“ Verwendung der freigesetzten Baarkapitalien kann doch aber erst erfolgen, wenn das Geldkapital in produktiven Unternehmungen untergebracht ist, soweit dies nicht geschieht, vermehrt es das An-

gebot des Leihkapitals und drückt auf den Zinsfuß. Nach den alten Lehrmeinungen kann es allerdings keine Ueberfülle, keinen Ueberfluss an Kapital geben, da jedes Kapital, sei es Geldkapital oder produktives Kapital, immer und bedingungslos als „produktiv“ anzusehen ist. Es wird Aufgabe des speziellen Theils sein, einen Beitrag zur Ueberwindung dieses allzuzähen Aberglaubens zu liefern. Der letztere beruht auf der Verwechslung des individual-wirtschaftlichen und des volkswirtschaftlichen Standpunkts. Das Individuum kann ja nicht genug Kapital haben, das Volk aber sehr wohl zu viel, weil die sozialehernen Abfindungssätze für den Absatz mitentscheidend sind und der Umfang des Konsums auf den Umfang der Produktionsmöglichkeit einwirkt.

Wie alle die angeführten Umstände, welche das Leihkapital im Verhältniss zur Menge des produktiv verwendeten und verwendbaren Kapitals vermehren, einen ungünstigen Einfluss auf den Zinssatz ausüben, so müssen umgekehrt alle Verhältnisse für seine Hebung günstig sein, welche die relative Fülle des Leihkapitals mindern, z. B. der Abfluss in ausländische Unternehmungen, und ebenso alle solche Verhältnisse, welche die Rentabilität der Unternehmungen und somit den Kapitalgewinn heben und dadurch die Nachfrage nach Leihkapital hervorrufen und mehren. Man hat den Kapitalzins öfters als Barometer des an sich seiner Höhe nach schwer zu erkennenden Kapitalgewinnes genannt, vergl. oben Ricardo. Auch Hermann a. a. O. S. 243 bemerkt: da der Zins im Ganzen mit dem Gewinne steige und falle, so genüge es, aus dem Zinse auf den Stand des Gewinnes zu schliessen. Auch gleiche sich durch den Zins der Gewinn aus, nämlich in Folge der Konkurrenz der Unternehmer, die bei hohem Gewinne höhere und bei niedrigem Gewinne niedrigere Zinsen geben. „Wenn mit Kapitalvermögen“, sagt Rodbertus im dritten sozialen Briefe, „hoher Gewinn zu machen ist, so ist klar, dass die Besitzer von Kapitalvermögen in der Lage sind, höhere Zinsen zu fordern, die Unternehmer höhere zu geben“. Dies ist Alles richtig, sofern dadurch die prinzipielle Abhängigkeit des Zinses vom Kapitalgewinn ausgedrückt wird, aber insofern zu einseitig, als, wie gesagt, die eigene Fülle oder Knappheit des Leihkapitals einen selbstständigen Einfluss unabhängig von dem aus der produktiven Verwendung sich ergebenden Kapitalzinssatz ausübt, ja es schlägt der zufällige Stand der marktmässigen Masse des Angebots und der Nachfrage des Leihkapitals auch auf den Stand des Kapitalgewinnes zurück aus dem oben erörterten Grunde, weil

nämlich die durch den Kredit zugänglich gemachten Massen des Leihkapitals den Umfang der Expansionsfähigkeit der produktiven Unternehmungen beeinflussen, indem der „letzte Kapitalist“ bei flüssigem Kredit sein Unternehmen erweitern kann, mit mehr Kapital mehr Kapitalertrag erzeugt, deshalb seinen standard durch Anrechnung eines niedrigeren Gewinnsatzes erreicht und so auf allgemeine Herabsetzung des letzteren hinwirkt.

Wir sind am Schluss. Es war unser letztes Bemühen, auch das vielbestrittene Wesen des Kapitalgewinns mit Hilfe der „sozialen Kategorie“ zu erfassen. Auch der Kapitalgewinn ist, ähnlich wie der Arbeitslohn, ein Anfluss der sozialnothwendigen Vergeltung der sozialnothwendigen Kapitalbildungs- und Kapitalverwendungsfunktionen der kapitalistischen Unternehmerklasse. Dieser Gedanke ist nicht neu, er ist sowohl von Schäffle wie auch besonders von Adolf Wagner als „sozialpolitischer Rechtfertigungsgrund“ für den derzeitigen indispensable „volkswirtschaftlichen Produktionsberuf“ der Kapitalisten und für die relative Nothwendigkeit des „Instituts“ des Kapitaleigenthums und des Kapitalgewinnes verwendet worden. A. Wagner sagt „Grundlegung“ 3. Auflage II. Theil 1894 S. 333 § 150: „Die Unmöglichkeit, welche wenigstens für jetzt hier unbedingt anzuerkennen ist, den gesamten Produktionsprozess ohne Privatkapital und ohne privatwirtschaftliches System einzurichten, ist das allein, aber auch das ausreichend triftige antikritische Argument gegen die sozialistische Kapitalkritik. Entweder ist der Produktionsertrag also nicht bloß „Arbeitsertrag“, „kosten die Produkte nicht bloß Arbeit“ oder wenn man an dieser Formel festhält, wie es gerechtfertigt werden kann, so umfasst diese „Arbeit“ auch die nothwendigen Leistungen des Privatkapitalisten als solchen und des Privatunternehmers mit in sich. Kapital- und Unternehmergewinn sind dann insoweit ein „konstitutives Werthelement“ mit.“

Obgleich Wagner hier ausdrücklich von einem „konstitutiven Werthelement“ spricht, und der Gedanke wirklich nahe liegen könnte, dass damit doch mehr als eine allgemeine „sozialpolitische Rechtfertigung“ angestrebt und sogar der „grundlegende“ Ansatz für eine „stichhaltige theoretische Erklärung des Kapitalzinses“ gemacht werde, lehnt dies jetzt Wagner a. a. O. S. 291 auf eine diesbezügliche Bemerkung von Böhm-Bawerk's ausdrücklich ab. Jene

sozialpolitische Rechtfertigung, sagt er, „schliesst im Prinzip, deshalb noch nicht im Maass und in der Regulierungsweise. eine Rechtfertigung des Kapitalzinses, als des normalen Einkommens aus dem Besitz des Privatkapitals ein.“ Hier geht nun meine Theorie vom „letzten Kapitalisten“ allerdings einen energischen Schritt weiter, indem sie auch gerade die „Regulierungsweise“, sowie das „Maass“, d. h. die Höhe des Kapitalgewinns auf Grundlage der gegebenen sozialen Machts-, Rechts- und Vertheilungsverhältnisse aus jener „volkswirtschaftlichen Funktion“, wenn auch nicht „rechtfertigt“, so doch aber ableitet und erklärt. Dies folgt ja schon aus meiner ganz abweichenden methodischen Stellungnahme und meinen abweichenden Untersuchungszielen. Adolf Wagner ist der Sozialpolitiker, er untersucht mehr, was sozialpolitisch gut oder besserungsfähig, er untersucht mehr, wie es sein und wie es werden soll. (Vergl. oben S. 9 und 10). Meiner ausgesprochenen und hoffentlich einigermaassen durchgeführten Tendenz — wenigstens für diesen ersten allgemeinen Theil — liegt das, ich möchte sagen ängstliche Bestreben zu Grunde, nichts zu „rechtfertigen“ und nichts und Niemanden anzuklagen, sondern einfach zu erklären, zu beschreiben, die wirtschaftlichen thatsächlichen Wertherscheinungen als nothwendige, als durch die bestehende Wirtschaftsordnung gegebene und logisch unvermeidliche Kansalfolgen zu erweisen. für diesen Erweis aber etwas bisher einigermaassen Vernachlässigtes nachzuholen, nämlich den bestehenden Werthbildungsgesetzen aus der „sozialen Kategorie“ heraus näher zu kommen. Und auf eben diesem Wege gelange ich dazu, gerade jenes sozialrechtliche Werthbildungsmoment der gesellschaftlich nothwendigen Kapitalistenfunktionen auch direkt für die theoretische Kapitalzinslehre zu verwerthen. Ich hoffe, dass ich dabei ganz logisch vorgegangen bin. Denn wenn die „historische Kategorie“ den Kapitalgewinn als sozial nothwendige Abfindungsquote nicht bloß rechtfertigt, sondern auch erklärt, so müssen aus ganz demselben Grundelement auch für das Maass und die Regulierungsweise die entscheidenden Grössenbestimmungsgesetze entnommen werden können. Wir begegneten im Laufe unserer Untersuchungen schon öfters dem von anderen Schriftstellern angewendeten Gedanken, dass eine dem Wesen nach richtige Erklärung des Werthes auch gleichzeitig über das Maass, d. h. die Grösse des Werthes Aufschluss zu geben habe. Nichts Anderes als ein Werthproblem ist aber, wie jetzt anerkannt wird, im Problem des Kapitalzinses zu erblicken.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass auch H. Dietzel, dessen geschickter Hand die endliche Bearbeitung der „theoretischen Sozialökonomik“ im Rahmen des Wagner'schen Gesamtwerks zu gefallen ist, im Buch II des allgemeinen Theils der Bedeutung der sozialen Kategorie auch nach der angedeuteten Richtung hin gerecht werden wird, nachdem er sich im Buch I Leipzig 1895 zunächst der ausschliesslichen Behandlung der rein ökonomischen Beziehungen hingegeben hat. Dietzel ist in diesen Untersuchungen mit Erfolg der von der Grenznutzenlehre angewandten Methode der rein ökonomischen Grenzwert- und Grenzgrössenbestimmung gefolgt und hat sie in selbstständiger und eigener Art verwerthet und weiterentwickelt. Seine Untersuchungen über die aus den „natürlichen Kategorien“ sich ergebenden „Elementarphänomene“ können doch aber nur Mittel zum Zwecke sein, nämlich zum Zwecke, die rein ökonomischen (natürlichen) Grenzwerte und Grenzgrössen zu sozialen zu ergänzen oder umzuwandeln und sie so für die praktische Erkenntniss des bestehenden, durch und durch sozial gegliederten Wirthschaftsorganismus, d. h. für die Ergründung der praktisch allein entscheidenden „Sozialphänomene“, verwerthbar und fruchtbar zu machen. Mag der systematische Professor dabei immerhin auf einem anders gearteten methodischen Wege zu zu abweichenden, besseren Zielen und zu einem festeren und umfassenderen Ausbau des ganzen Lehrgebäudes gelangen; es wird dem Verfasser der „sozialen Kategorie“ schon zur Genugthnung gereichen, wenn er seinerseits nur einige rohe und wichtige brauchbare Bausteine für das Fundament hat mitliefern helfen, mag dann die Kritik mit Meissel und Hammer ansetzen, um das geläuterte Material in den endlichen harmonisch gegliederten und umfassenden Ornamentalbau einzufügen, auf den die Wissenschaft schon so lange vergeblich gewartet hat.

In der That scheinen mir die sozialen Grenzwerte und Grenzgrössen die entscheidenden Wirthschaftstypen zu ergeben, auf welche sich die Volkswirtschaft und die Volkswirtschaftslehre aufbaut. Besonders die äusserlich unscheinbaren „letzten Unternehmungen“ der „letzten Kapitalisten“ sind die Kampfplätze, auf denen sich der moderne Sozialkampf täglich und stündlich abspielt. Auch der Sozialpolitiker wird dies immer mehr beachten müssen. Die soziale Frage ist nicht bloß eine Arbeiterfrage. Es ist nicht bloß zu untersuchen, ob das „eherne“ Arbeitslohngesetz überwindbar ist, sondern es steht damit in innigster Verbindung die Frage nach den Gesetzen

der Grösse und der Wandelbarkeit der übrigen grossen Zweige des Volkseinkommens. Bei allen sozialpolitischen Maassnahmen wird besonders auch zu erwägen sein, welchen Einfluss dieselben auf den Mikrokosmos der „letzten Unternehmungen“ ausüben, wieviel für sie gethan werden kann, was sie ihrerseits an Lasten für die sozialpolitische Reform ertragen können und ob Wohlthat für sie nicht Plage wird. Hier ist die empfindlichste und wichtigste Stelle des ganzen Organismus, wo jede Aenderung der Konjunktur, jeder Wechsel im Wirthschaftssystem und jede Schwenkung in der Steuer- und Sozialpolitik gleich Sein und Nichtsein in Frage stellen kann. Der Kampf der Konkurrenz, den die Kapitalisten unter einander führen, ist nicht minder bedeutsam, als der Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern, und, was die letzteren oftmals unbeachtet lassen, der erstere Kampf, der Kampf der Kapitalisten unter einander, schlägt auf die Arbeiter zurück. Delirant reges, plectuntur Achivi. Es ist ein gewaltiges aber trostloses Wort, das C. Marx ausspricht: „Ein Kapitalist schlägt den anderen todt“. Es ist auch für die Arbeiter trostlos. Denn sie sind es, die am ersten leiden, wenn jener Konkurrenzkampf die Unternehmungen zu Einschränkungen und Stillstand zwingt, und es ist, glaube ich, eine arge und verhängnissvolle Irrlehre, dass die Arbeiter bei diesem Kampf ganz unbetheiligt seien, ihm sogar mit Genugthuung und Schadenfreude zusehen dürften, und dass ihre Position nur günstiger werden könne, wenn sie blos noch der leistungsfähigeren Grossindustrie mit ihren Forderungen gegenüberstehen, statt an die Pforten des Kleinunternehmers anklopfen zu müssen, der selbst in Nöthen sei. Denn so lange der Kampf nicht stille steht, bringt er auch täglich neue Krisen und neue Arbeitslosigkeit mit sich. Auch möchten die Arbeiter vielleicht recht lange warten müssen, bis der letzte Kapitalist im Bruderkampf gefallen und begraben ist. Denn es ist doch wohl eine arge Uebertreibung, dass die kapitalistische Konkurrenz schliesslich nur einige wenige Grossbetriebe übrig lassen werde. Es giebt glücklicher Weise genug Gewerbszweige, wo dem Kleinbetriebe seine Existenz gesichert ist, auch wenn sowohl die „grossen“ als auch die „kleinen Mittel“ versagen sollten, die man von Staatswegen zu ihrer Erhaltung in's Werk setzen mag. Auch ein grosser Theil des Handwerks wird sicher seine Lebens- und Leistungsfähigkeit bewahren können, da diese zum grossen Theil nicht auf dem Kapitaleinkommen, sondern auf dem Ertrag aus der persönlichen Arbeitsleistung begründet ist. Durch dieses persönliche

Moment hat das Handwerk, von der rein technischen Seite aus betrachtet, vielfach eine solche wirthschaftliche Ueberlegenheit vor dem maschinellen Gross- und Massenbetrieb voraus, dass sein Bestand wie eine ruhige Felseninsel im grossen Meere gesichert ist, bis zu welcher die unheilbringenden Stürme des grossen Marktes nicht vordringen. Der geschilderte fortschreitende Fall des Gewinnst- und Zinssatzes wird allerdings hierdurch in seinem Laufe nicht aufgehalten werden. Denn wir sahen oben, dass sich der Gewinnst und damit der Zins nur durch die „reinen“ Kapitalunternehmungen bestimmt, wo das Kapital und nicht die persönliche Arbeitsleistung der Unternehmer die entscheidende Grundlage des Reinertrages ergibt. Das Handwerk steht wohl meistens jenseits der Grenze der „letzten Unternehmung“. Obgleich es nicht minder auf Kapital angewiesen ist, wie alle anderen „Unternehmungen“, so übt es doch wohl nur geringeren oder gar keinen Einfluss auf die Kapitalverhältnisse und die Gewinnbildungsgesetze aus, es nimmt dieselben einfach hin und muss sich in sie fügen. Was dem Handwerk, soweit es überhaupt zu retten ist, fehlt, ist der erforderliche Schutz vor Ausbeutung durch solche Personen, die gar nicht Handwerker und auch nicht „produktive Unternehmer“ sind. Nicht das Kapital der rein ökonomischen Kategorie, sondern das „Aneignungskapital“ ist der Feind. Hier droht die Gefahr, dass der Handwerker die oben hervorgehobene eigenartige technische Ueberlegenheit praktisch dennoch nicht ausnutzen kann, sondern dass die Früchte der sauren Arbeit von nichtproduktiven Geldkapitalisten und Mittelpersonen, die sich zwischen den Handwerker und das konsumirende Publikum eindrängen, eingeheimst und verzehrt werden.

Das Unheil, das diese Leute anrichten, ist für den Bestand des Handwerks viel gefährlicher, als die Konkurrenz des kapitalistischen produktiven Grossbetriebes. Die Handwerkerfrage ist keine technische, sondern eine soziale, sie ist eine Organisationsfrage. Sie kann nur dadurch gelöst werden, dass das Handwerk auf eigene Füße gestellt wird. Nicht also blos durch Auswahl der geeigneten Produktionszweige und Produktionsmethoden, sondern vor Allem durch Hebung des Kredits und Förderung des Genossenschaftswesens aller Art wird hier zu retten sein, was überhaupt der Rettung werth ist; ob und inwieweit im Wege der Selbsthülfe oder der Staatshülfe und des gesetzlichen Schutzes, das sollte keine Frage der Politik, sondern der praktischen Zweckmässigkeit sein.

Doch ich muss mich bescheiden und der Versuchung widerstehen, meiner ausgesprochenen Tendenz zuwider, hier dennoch „politisch“ zu werden. Woran es mir ankam, war lediglich, das theoretische Prinzip klar zu legen und seine Richtigkeit und Brauchbarkeit vorläufig zu bescheinigen. Es kam besonders darauf an, zu erhärten, dass der Lehre vom letzten Kapitalisten ein mehr wie theoretisches Interesse innewohnt und dass sie mitten in das volle Leben mit seinen bewegenden Tagesfragen hineinspielt. Es war zu zeigen, wie die scheinbaren Schwierigkeiten das Problem nicht bis zur Undurchführbarkeit komplizieren, wie insbesondere die Verschiedenheit der Kapitalvermögen, die Benützung und die Existenz des Leihkapitals die Lösung des Problems keineswegs unmöglich machen. Es wird die Aufgabe des speziellen Theils sein, die mit Hilfe der sozialen Betrachtungsweise gewonnenen Grundlagen nicht nur auf dem vereinzeltten Gebiete der Kapital- und Kapitalgewinnlehre, sondern auf dem ganzen grossen und unzertrennlichen Gebiete der gesamten Volkswirtschaftslehre zur fruchtbaren Verwendung zu bringen. Ist unser Prinzip richtig, so wird es von selbst Anklang finden und zum eigenen Nachdenken und Weiterbau anregen. Der Same wird Frucht bringen, und der Leser wird seinerseits das Beste hinzuthun.

Druckfehler - Verzeichniss.

- S. 16 Zeile 4 von unten: „könne“ statt „können“.
S. 23 letzte Zeile: Hinter „Wagner“ fällt „, der“ fort.
S. 43 Zeile 7: „welche“ statt „welches“.
S. 99 Zeile 7: „Geld“ statt „Gold“.
S. 113 Zeile 10 des 2. Absatzes: „in“ statt „ihn“.
S. 113 Zeile 11 von unten: „verbrauchlichen“ statt „unbrauchbaren“.
S. 123 Zeile 1, 2. Absatz: „(S. 120)“ statt „(S. 184)“.
S. 125 Zeile 15: „uns“ statt „und“.
S. 150 Zeile 4: „es ja“ statt „ja es“.
S. 152 Zeile 17: „den“ statt „der“.
S. 169 vorletzte Zeile des 1. Absatzes: „seltsamen“ statt „sattsamen“.
S. 177 fünfte Zeile des 2. Abs.: „Lord Lauferdale“ statt „Landerdale“.
S. 192 Zeile 3: „§. 22“ statt „S. 22“.
S. 200 Zeile 15: „Es“ statt „Er“.
S. 201 Zeile 6 von unten des 1. Abs.: „auftragen“ statt „aufregen“.
S. 206 Zeile 20: „erfasst“ statt „erfasse“.
S. 232 Zeile 8: „nächste“ statt „höchste“.
S. 244 Zeile 5 von unten 1. Abs.: „ein reiner „Ertrag“.“
S. 254 Zeile 2, 2. Abs.: „eine“ statt „einen“.
S. 293 Zeile 12: „mittelbare“ statt „mittlere“.
S. 361 Zeile 7: „derartigen“ statt „derartige“.
S. 366 Zeile 5 von unten: „diese“ fällt fort.
S. 374 Zeile 8: „müsste“ statt „musste“.
S. 380 Zeile 6: „zu“ statt des Komma.
S. 390 Zeile 13: „den“ statt „dem“.
S. 400 letzte Zeile Abs. 2: „interessiren“ statt „interessire“.
-

Schriften von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow.

- Zur Beleuchtung der sozialen Frage. 2 Theile M 13.—
Theil I. 2. Auflage 1890. M 5,—. Theil II. 1885. M 8,—.
Das Kapital. Vierter sozialer Brief an v. Kirchmann. 1884. M 3.—
Ferd. Lassalle's Briefe an Rodbertus. Herausgegeben von
Professor Adolph Wagner. 1878 M 2,40
Zur Erkenntniss unserer staatswirtschaftlichen Zustände.
Heft 1. Fünf Theoreme. 1842 M 4,20
Kleine Schriften. Mit einem Anhang: Aufruf an die
Deutschen von Joseph Mazzini. Herausgegeben von
Moritz Wirth. 1890 M 6.—
-

Arbeit und Boden.

Grundlinien einer Ponophysiokratie.

Von

Otto Effertz.

2. vermehrte Auflage. 1891. 3 Bände.

Ladenpreis M 16,—.

Auch einzeln:

- Band I. Allgemeiner Theil: Analyse der abstrakten Gesellschaft. gr. 8. XXII. 348 Seiten M 8,—
„ II. Analyse der bürgerlichen Gesellschaft. gr. 8. XXXI. 304 Seiten M 7,—
„ III. Analyse der sozialistischen Gesellschaft. gr. 8. XXIX. 127 Seiten M 1,—
-

Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich.

Von

Dr. Eugen Jäger.

- Band I. Frankreich bis zur grossen Revolution. 1879. . M 8,—
„ II. Frankreich am Vorabend der Revolution von 1789. 1889. M 8,—
-

Die Agrarfrage der Gegenwart.

Sozialpolitische Studien.

Von

Dr. Eugen Jäger.

Theil I—IV. 1882—1893. Preis M 18,—.

Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin.

Der wirthschaftliche Werth.

Begriff und Normen.

Von

H. Schröder,

Grossherzoglich Badischer Oberamtmann a. D.

S. 1894. Preis M 2,—.

Werthvertheilung und Rententheorie.

Von

H. Schröder,

Grossherzoglich Badischer Oberamtmann a. D.

S. 1894. Preis M 2,40.

Das Recht auf Arbeit.

Ein Beitrag zur Geschichte, Theorie und praktischen Lösung.

Von

Friedr. Joh. Haun.

1889. Preis M 2,40.

Die Arbeit und ihr Recht.

Rechtlich-volkswirtschaftliche Studien zur sozialen Frage.

Von

Robert Schellwien.

1882. Preis M 6,—.

Das angebliche Recht auf Arbeit.

Eine historisch-kritische Untersuchung.

Von

Dr. Berthold Prochownik.

1891. Preis M 1,60.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin SW., Wilhelmstrasse 32.

J. Strobl, Buchbinder,
München, Maximstr. 121/122.

